C 21734 D

1. Frauenforum im Revier S.24

Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 153, 14.5.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-

Elisabeth von Dyck erschossen

Wir glauben nicht an Notwehr!

Den Nachrichten am Morgen des 5. Mai konnte man/frau entnehmen: Terroristin in ihrer Wohnung "gestellt und erschossen"! "Ein Bomben erfolg für uns!", prahlte Nürnbergs Polizeipräsident Helmut Kraus.

Die sorgfältige Vorbereitung dieses „Bombenerfolgs" soll so ausgesehen haben :
Nach zwei Bankrauben in Darmstadt und Nürnberg, die beide der RAF zugeschrieben wurden, stießen die Fahnder in Nürnberg auf eine "konspirative"Wohnung. Ein Sonderkommando aus Nürnberger Polizei und Spezialeinheiten aus Baden-Württemberg und Bayern machte sich an die Arbeit. Die Bullen brachen in die Wohnung ein, fanden angeblich Spuren von mehreren RAF-"Prominenten", beschatteten die Wohnung von gegenüberliegenden Häusern. und einer extra eingerichteten Baustelle aus u.a. mit Videokameras rund um die Uhr. Einen Tag bevor Elisabeth von Dyck erschossen wurde, legten sich zwei Bullen in der Wohnung auf die Lauer. Als sie am Abend des 4. Mai zurückkam, war außerdem das Viertel von Polizei umstellt; man hatte nicht einmal vergessen, spielende Kinder vorher vom Tatort zu verscheuchen. Als Elisabeth von Dyck ihre Wohnung betrat, wurde sie erschossen. Der Zusatz, sie habe vorher versucht, nach ihrer Pistole zu greifen oder habe ihre Pistole gezogen, wirkt durch die lange Abnutzung schon wie eine Ritualformel.

Wie im Fall von Willi-Peter Stolls Erschießung gab es keine Zeugen - mit Zeugen hat die Polizei bei ähnlichen Aktionen schlechte Erfahrungen gemacht, so z.B. die Skandale, die sich an die Erschießung von Georg v. Rauch und Thomas Weißbecker anschlossen. Aber auch so bleiben in diesem Fall einige Fragen offen. So wäre es schon interessant zu erfahren, ob die beiden Kugeln, die E.v.

Fortsetzung Seite 2

Erklärung zur Erschießung von Elisabeth v. Dyck

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind über die Erschießung von Elisabeth van Dyck bestürzt.

Noch stärker als nach der Erschießung von Willi Peter Stoll drängt sich der Eindruck auf, daß die Polizeibeamten nicht in Notwehr gehandelt haben. Wir befürchten, daß die Staatssicherheitsorgane eine kriegsmäßige Strategie des ‚kurzen Prozesses' verfolgen, durch welche die Ungelegenheiten eines regulären Prozesses vermieden werden sollen.

Wir verlangen, daß diese Polizeiaktion öffentlich untersucht und die für diesen Einsatz Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ingeborg Drewitz, Berlin
Max von der Grün, Dortmund
Gerd Hirschauer, München
Volker Schlöndorff, München
Peter Schneider, Berlin
Christian Sigrist, Münster
Margarethe von Trotta, München
Angelika Wittlich, Köln



16/17. Juni Auf nach Frankfurt!



Etwas neues entsteht in der bundesdeutschen Szene: **ROCK GEGEN RECHTS - eine vor mehreren Monaten von Musikern in Hamburg und Westberlin ins Leben gerufene Initiative - wird zu einer Massenbewegung.**

35 Rock- und andere Musikgruppen sowie nahezu die gesamte hessische Linke werden am 16./17. Juni ein großes antifaschistisches Rockfestival in Frankfurt veranstalten, um das „Deutschlandtreffen" der NPD zu verhindern. Wenn nicht alles täuscht, wird dies die größte Anti-Nazi-Kundgebung in der BRD. Dies ist u n s e r e Antwort auf Holocaust.

Dies ist auch unsere Antwort auf eine gewalttätige Polizei, die vor einem Jahr den Frankfurter Römerberg von Antifaschisten „säuberte", um der NPD den Weg zu bahnen. Eine Antwort auf die Majdanek-Freisprüche und auf einen zukünftigen Bundespräsidenten, der ein ehemaliges NSDAP-Mitglied ist. Gegen die Kriegs- und Mordhetze der Faschisten wird ROCK GEGEN RECHTS Lebensfreude und Menschlichkeit demonstrieren. Gegen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus setzt ROCK GEGEN RECHTS internationale Solidarität und gegen einen immer noch naziverfilzten Staat unseren Wunsch nach einer wirklich demokratischen Gesellschaft.

ROCK GEGEN RECHTS ist auch der Versuch eine Musik zurückzuerobern, die als Ausdrucksform unterdrückter und diskriminierter Minderheiten entstanden ist. ROCK GEGEN RECHTS wehrt sich gegen die Kommerzialisierung, Verflachung und Gleichschaltung der Rockmusik durch die Kulturkonzerne. Mit unserer Musik wollen wir unseren Protest leben, nicht aber unseren Kopf in der Disko abgeben.

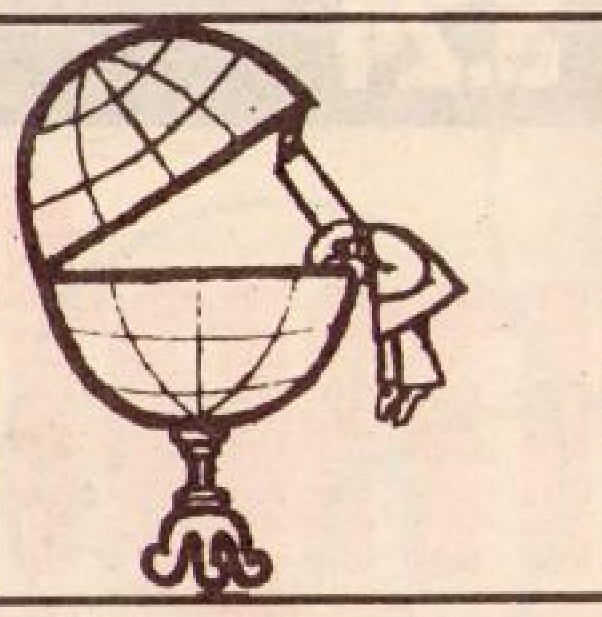
Diese Idee hat jetzt schon eine euphorische Stimmung ausgelöst. Traditionelle Gräben in der Linken, mit deren Unüberwindbarkeit man sich schon beinahe abgefunden hatte, werden auf einmal unüberbrückbar (dies gilt freilich nicht für die ganz harten Sektierer von der DKP und ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse). Das Gefühl ohnmächtiger Wut, das der Polizeieinsatz vom letzten 17. Juni in Frankfurt hinterlassen hatte, ist einem neuen Selbstbewußtsein gewichen. Mancher fühlt sich jetzt schon als „Sieger von morgen" und vergißt dabei leicht, daß dieser Staat gar nicht daran denkt, der Forderung nach einem Verbot des NPD „Deutschlandtreffens" freiwillig nachzukommen. Von Behörden und Justiz und Polizei ist zu erwarten, daß sie den Nazi-Aufmarsch zumindest irgendwo im Großraum Frankfurt genehmigen und daß sie erneut ihren Gewaltapparat zur Verfügung stellen wollen, um „Störungen" nach deutschem Modell zu unterbinden. Deshalb appelieren wir an alle Antifaschisten in der ganzen BRD, ROCK GEGEN RECHTS zu ihrer Sache zu machen und am 16./17. Juni ein unübersehbares Zeichen zu setzen.

Nach dem gegenwärtigen Informationsstand plant die NPD ihre Kundgebung für den 16.6. um 19.00 Uhr auf dem Römerberg. ROCK GEGEN RECHTS soll mit einem Sternmarsch zum Römer am Vormittag des 16.6. (Samstag) beginnen. Auch der DGB hat eine Kundgebung auf dem Römerberg zum gleichen Zeitpunkt wie die NPD angemeldet. Möglicherweise wird es eine Vereinbarung zwischen dem DGB und ROCK GEGEN RECHTS über den Ablauf der antifaschistischen Kundgebungen geben (was freilich nicht heißt, daß der DGB der Rockinitiative nicht doch noch Knüppel zwischen die Beine wirft). Das eigentliche Rockfestival soll gegen 21.00 Uhr als Open-air-Konzert beginnen und am Sonntag mittag fortgesetzt werden. Dort wird es – soviel steht jetzt schon fest – auch von der musikalischen Seite her ein einmaliges Programm geben.

Fortsetzung Seite 3

China empfiehlt: »Straflektion« gegen Kuba

Chinas Regierung hat die USA aufgefordert, nach dem Vorbild der chinesischen Aggression gegen Vietnam jetzt Kuba „eine Lektion zu erteilen". Das könnte am besten in Afrika geschehen, schlugen die chinesischen Machthaber vor (siehe dazu Artikel Seite 61 in diesem AK).
Ob die Imperialisten diese „Straflektion gegen Kuba" nun in Angola oder in Äthiopien durchführen sollen, ließen die chinesischen Politiker offiziell offen. Intern haben sie ihren Tip vielleicht auch konkretisiert.
Chinas Machthaber haben ihre Strategie schon vor und während ihrer Vietnam-Aggression im Februar-März deutlich gemacht. Sie wünschen sich militärische Interventionen des Imperialismus gegen alle Länder der Dritten Welt, die nach chinesischer Interpretation unter sowjetischem Einfluß stehen oder unter diesen geraten könnten: Vietnam, Kuba, Südjemen, Afghanistan, Iran, ... und andere. Noch auf dem Höhepunkt der Krise des alten Regimes im Iran, kaum einen Tag vor der Rückkehr Khomeinys nach Teheran, sprach sich Deng Hsiao-ping für „Maßnahmen" der Imperialisten gegen den Iran aus und bedauerte, daß China dort leider nicht selbst eingreifen könne.
Gleichzeitig mit der Empfehlung für eine „Straflektion" gegen Kuba haben mehrere chinesische Politiker auch eine neuerliche „Straflektion" gegen Vietnam wieder ins Gespräch gebracht. Diese Andeutungen sollten ebenso ernst genommen werden wie Dengs arrogant-aggressive Sprüche vor dem chinesischen Überfall im Februar. Die chinesischen Machthaber haben ihre Kriegspläne gegen Vietnam nicht aufgegeben.



Blick in die Welt

Appell von Demokraten und Sozialisten an die DDR-Regierung

Appell an den Staatsrat der DDR zur Generalamnestie der politischen Häftlinge aus Anlaß des 30. Jahrestages der Staatsgründung

Die DDR hat den Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet. Hierin werden insbesondere Gedanken- und Religionsfreiheit (Artikel 18), Redefreiheit (Artikel 19), Vereinigungsfreiheit (Artikel 22), Recht auf friedliche Versammlung (Artikel 21) garantiert, wie auch das Recht, das eigene Land verlassen zu können (Artikel 12). Diesen Verpflichtungen kommt die DDR weder in ihrer Gesetzgebung noch in der Praxis der Justiz und Staatssicherheitsorgane nach. Einige dieser Rechte sind noch nicht einmal in der Verfassung gewährleistet.

4000 bis 6000 politische Häftlinge gibt es nach den Mitteilungen und Berichten von amnesty international in der DDR. Hausarrest und Berufsverbot für Robert Havemann, der bereits gegen den deutschen Faschismus im Zuchthaus Brandenburg unter Einsatz seines Lebens kämpfte, sowie die Verurteilung zu 8 Jahren Haft für Rudolf Bahro einzig und allein wegen seiner, heute bereits international anerkannfen marxistischen Analyse des „realen Sozialismus", sind alltägliche Beispiele für die Praxis der Staatssicherheits- und Justizorgane.

Die Situation der Untersuchungshäftlinge ist gekennzeichnet durch bewußten Einsatz psychologischer zermürbender Haftbedingungen und Verhörmethoden, weitgehendes Überschreiten der Untersuchungshaftzeiten, keine freie Wahl der Verteidiger, häufige Verweigerung der Aushändigung der Anklageschrift und später der Urteilsbegründung, faktische Aufhebung der Berufungsmöglichkeit, totale Nichtöffentlichkeit der Prozesse.

Jahrzehnte, besonders während des Faschismus, haben Organisationen der Arbeiterbewegung Sozialisten, Demokraten, Christen und Kommunisten für die Freiheit der Meinungsäußerung, für das Recht auf uneingeschränkte Information, für Versammlungs-, Streik- und Koalitionsrecht und gegen politische Verfolgungen gekämpft. Die Repräsentanten der DDR, insbesondere die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), stellen sich bewußt in die Tradition des antifaschistischen Kampfes und der internationalen Arbeiterbewegung. Die Unterzeichner appellieren daher an den Staatsrat der DDR

— die Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte zu erfüllen,

— die Willkürmaßnahmen gegen Robert Havemann und andere Personen aufzuheben,

— das Urteil gegen Rudolf Bahro zu annullieren,

— eine sofortige Generalamnestie für alle politischen Häftlinge zu verfügen.

Da wir gegen politische Repression und Berufsverbote (wie z.B. in der BRD) und für die Verwirklichung der sozialen und Menschenrechte in allen Ländern eintreten, werden wir auch zur Tatsache und Situation politischer Gefangener in der DDR nicht schweigen. (FR)

zermürbender Haftbedingungen und Verhörmethoden, weitgehendes Überschreiten der Untersuchungshaftzeiten, keine freie Wahl der Ver-

in allen Ländern eintreten, werden wir auch zur Tatsache und Situation politischer Gefangener in der DDR nicht schweigen. (FR)

Bisher unterschrieben diese Erklärung u.a.:

Ken Coates (Bertrand-Russell-Peace-Foundation, London); Simone de Beauvor (Paris); Jesus Antonio Berjarano (Direktor in der „Universidad National Bogota"); Felice Besostri (ZK der PSI, Mailand); Wolf Biermann (Hamburg); Ilka-Christian Björklund (Parlamentsabgeordneter, Helsinki); Heinrich Böll (Köln); Helmut Braun (Gewerkschaftssekretär, Wien); Tamara Deutscher (London); Pierre Emmanuel (PEN, Paris); Erhard Eppler (Stuttgart); Ference Feher (Australien); Johan Galtung (Genf); Kurt Georgi (Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Düsseldorf); Hellmut Gollwitzer (Berlin); Karl-Heinz Hansen (MdB, Bonn); Heinz Hawreliuk (DGB, Düsseldorf); Agnes Heller (Australien); Dieter Hildebrandt (München); Alfred Kastler (Nobelpreisträger für Physik, Paris); Albrecht K. Konecny (Vorsitzender der „Jungen Generation Österreichs", Wien); Gustav Korlen (Stockholm); Shores Medwedjew (London); Horst Morich (Düsseldorf); Zdenek Mlynar (bis 1968 ZK-Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Wien); Peter von Oertzen (Hannover); Luciano Pellicani (Italien); Günter Nenning (Präsident der österreichischen Journalistenvereinigung, Wien); Gert Petersen (Vorsitzender der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks); Carol Luigi Pintor (Rom); Rossana Rossanda (Rom); Jean Paul Sartre (Paris); Romy Schneider (Bundesrepublik Deutschland); Gerhard Schröder (Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Hannover); Alfred Stroer (Leitender Sekretär des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien); Martin Walser (Bundesrepublik Deutschland); Richard Müller (Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern); Fritz Leuthy (Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern); Freddy Aederli (Präsident des Schweizerischen Typografenverbandes, Zürich); Kurt Scharf (Bischof, Berlin).

Keine Havemann Solidarität im AK?

Manche(r) wird sich fragen, warum weder im AK 152 noch in diesem etwas zu den Schikanen gegen den DDR-„Dissidenten" Robert Havemann zu lesen war ... ?

Da die AK-Redaktion unmöglich alle Artikel im Alleingang schreiben kann gibt es für die einzelnen Themen sogenannte Kommissionen. Im Falle Havemanns wäre die RGW-Kommission zuständig gewesen. Diese hat für AK 152 keinen Artikel geliefert, ohne Kommentar. Für AK 153 war ein Artikel zugesagt. Der ist aber nicht gekommen. Trotzdem sind wir selbstverständlich mit Havemann solidarisch!

AK-Redaktion



Elisabeth von Dyck erschossen

Fortsetzung von Seite 1

Dyck trafen - eine im Oberschenkel, die andere i m R ü c k e n - gleichzeitig oder nacheinander, vielleicht gar aus derselben Waffe abgefeuert wurden. Sogar Springers "Welt" nörgelte: "..**die Polizei täte gut daran, den Ablauf in allen Einzelheiten zu rekonstruieren und zu erläutern, warum die Beamten schießen mußten. Frau von Dyck trug eine entsicherte Pistole... Der tödliche Schuß allerdings traf sie in den Rücken**". (7.5.). Wir sind gespannt, welch wunderbare Erklärungen Polizei und Staatsanwaltschaft jetzt finden werden, um der Öffentlichkeit diesen Schuß in den Rücken noch als besondere "Perfidie" von Terroristen zu verkaufen. Seit Stammheim muß man/frau in der BRD ja auf solche Wunder gefaßt sein!

Angezweifelt werden muß auch, ob es den Fahndern möglich war, lediglich aus dem Vorfinden von Tageszeitungen aus Frankfurt, München und Stuttgart eine Reiseroute von E.v. Dyck nach Frankfurt, dann über Stuttgart nach München und zurück nach Nürnberg zu „rekonstruieren"- oder ob hier nicht die Vermutung der "tageszeitung" vom 8.5. naheliegender ist: E.von Dyck sei "in Begleitung" gereist?!

So oder so kann als sicher angenommen werden, daß bei einer derartigen Beschattung es einem "Spezialkommando" möglich sein müßte, eine einzelne Person festzunehmen, ohne sie gleich zu erschiessen – vorausgesetzt, daß eine Festnahme überhaupt beabsichtigt ist! Dies wäre nicht der erste Fall, in dem die "Zielfahndungskommandos" eine Polizeifalle aufstellen, an deren Ende eine Erschießung steht. Man/frau erinnert sich an die Erschießung von Thomas Weißbecker. Für seinen Fall ließ die Staatsanwaltschaft im Hamburger Prozess gegen das "Russell-Buch Nr. 5" des Reents-Verlags als "wahr unterstellen", er sei "gezielt in eine Polizeifalle gelockt und dann erschossen" worden.

Der Erschießung Elisabeth von Dycks ging eine neue Medien-Kampagne voraus: Seit den erwähnten Bankrauben am 19.3. und 17.4. wurde die RAF wieder in einer Weise in die Schlagzeilen gerückt, die geeignet war, die "öffentliche Meinung" auf den Abschuß einzustimmen. Da befanden sich angeblich "Stalinorgeln" im Bau, die eine "verheerende Flächenwirkung haben" (FAZ v. 10.4.); "Anschläge mit hochgiftigen bakteriologischen Kampfstoffen" wurden geplant ("Bild am Sonntag" 22.4.); ein Schiff im Hamburger Hafen sollte in die Luft gejagt wer-

10.4.); "Anschläge mit hochgiftigen bakteriologischen Kampfstoffen" wurden geplant ("Bild am Sonntag" 22.4.); ein Schiff im Hamburger Hafen sollte in die Luft gejagt wer-

den (Hamburger Morgenpost, 28.4.). Auch von der Planung einer "kombinierten Aktion von Hinrichtung und Geiselnahme" war die Rede (Süddeutsche Zeitung' 26.4.).

Trotz eingehender Beschäftigung mit dem Lebenslauf der Erschossenen kann aber das, was die Presse an "Beschuldigungen" gegen E.v.Dyck zusammengetragen hat, nur als jämmerlich bezeichnet werden. Wie es sich für eine Terroristin nach Vorstellung der Bundesanwaltschaft gehört, hat ein Mann - in diesem Fall angeblich Klaus Jünschke - sie zur RAF gebracht. "Natürlich" war sie auch mal im Croissant-Büro. Weiter ist, neben den "mutmaßlichen" pauschalen Beschuldigungen (Kurier, Sprenstofflieferantin, Unterstützung), die nur dadurch belegt sind, daß ein angeblich geplantes Attentat auf den damaligen Schah von Persien, das 1975 die Schweizer Polizei E.v.Dyck anzuhängen versuchte, wieder in der Versenkung verschwunden ist ("tageszeitung" v.7.5.). *"Sie wurde etwas voreilig gleich als Schleyer-Entführerin hingestellt. Tatsächlich, so sagt die Bundesanwaltschaft, gibt es gewisse Anhaltspunkte (!) dafür, daß Frau von Dyck in Verbindung mit der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Wohnungen angemietet haben könnte (!). Ein dringender Tatverdacht, der zur Ausstellung eines Haftbefehls gegen sie gereicht hätte, habe jedoch nicht bestanden, lautet die Karlsruher Auskunft".* (Süddeutsche Zeitung v. 7.5.).

Es entsteht der Eindruck: Wenn die Vorwürfe "terroristischer Umtriebe" für einen Haftbefehl nicht reichen - dann wenigsten für eine "einstweilige Erschießung"?!

Inzwischen wird formal gegen "unbekannt" ermittelt. Der Todesschütze wird von Polizei und Staatsanwaltschaft geheimgehalten und gedeckt. Dazu schafft das im Mai 1978 verabschiedete bayerische Landespolizeigesetz, das den gezielten Todesschuß legalisiert, jetzt auch noch die rechtlichen Voraussetzungen.

Wir rufen dazu auf, der Praxis der Liquidierung politischer Gegner entgegenzutreten und die Erschießung von Menschen durch geheimpolizeiliche Sonderkommandos nicht zum Bestandteil des politischen Alltags der BRD werden zu lassen.

Wir fordern eine völlige Aufklärung der Todesumstände Elisabeth von Dycks. Wir fordern Rechenschaft des Todesschützen und seiner Auftraggeber!

Antifa - Kommission
KB Hamburg



Presseerklärung

Presseerklärung

An dem Ort, an dem vorgestern von der Polizei Elisabeth von Dyck niedergeschossen worden ist, legen wir heute einen Kranz nieder.

Wir trauern um ein weiteres Opfer der polizeistaatlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Inzwischen ist es bei uns bereits an der Tagesordnung, daß Menschen, die zuvor jahrelang als sog. „Terroristen" gejagt werden, ohne daß ihnen konkret etwas nachgewiesen werden kann, auf offener Straße oder in ihren Wohnungen niedergeschossen werden.

Genauso ist es offenbar inzwischen an der Tagesordnung, daß vom Bundeskriminalamt nach Belieben eine Nachrichtensperre verhängt werden kann, hinter der Polizei und BKA völlig unkontrolliert schalten und walten können. Warum darf über die näheren Umstände der Erschießung von Elisabeth von Dyck nicht berichtet werden? Warum protestiert die sogenannte „freie Presse" nicht dagegen?

Über 150 Menschen sind seit 1971 von der Polizei erschossen oder durch sonstige Gewaltanwendung seitens der Polizei getötet worden. Diese Todesschußpraxis wurde von allen Parteien gerechtfertigt und durch Gesetze abgesichert und ausgebaut, wie z.B. mit dem neuen bayrischen Polizeigesetz, nach dem sogar gegen Kinder Schußwaffengebrauch erlaubt ist!

Angesichts der Perfektion, mit der im „Modell Deutschland" die Repressionsmaschinerie ausgebaut wird, scheint unser Widerstand fast aussichtslos zu sein. Aber wir wissen auch, daß dieses System nicht unüberwindbar ist. Der Weg dahin wird langwierig und mühsam und mit vielen Rückschlägen verbunden sein. Aber er wird letztlich doch erfolgreich sein.

Nürnberg, 6.5.79

Blutbad in El Salvador

Nach einer Solidaritätsdemonstration von rund 300 Bauern für fünf inhaftierte Mitglieder des „Volksrevolutionären Blockes" (BPR) richtete die El Salvadoranische Polizei ein Blutbad an. 20 Menschen wurden erschossen, mindestens 37 Menschen verletzt.

Der amerikanische Fotograf Ken Hawkins schildert das Massaker so: *„Es gab keine Warnung, überhaupt keine Warnung. Etwa 35 Angehörige der Staatspolizei, vorwiegend mit Maschinenpistolen bewaffnet, gingen etwa 20 Meter gegen die Menge vor. Dann, blies der Befehlshaber in seine Pfeife, und die Polizisten eröffneten das Feuer. Für zweieinhalb bis drei Minuten gab es ständig schwere Salven. Die Menschen begannen zu schreien und in die Kirche zu laufen, aber viele von ihnen wurden getroffen, bevor sie die Kirche erreichten"* ("SZ" 10.5.79).

Die Kathedrale war seit mehreren Tagen von Angehörigen der BPR (Volksrevolutionärer Block) besetzt, gleichzeitig hatte die BPR die Botschaft Costa Ricas und Frankreichs überfallen und dort die Botschafter und einige andere Personen festgesetzt.

Nach den Zusamnenstößen vor der Kathedrale sperrte die Polizei die gesamte Innenstadt ab, die Telefonverbindungen wurden unterbrochen, mit Ausnahme der Anwohner mußten alle das Gebiet verlassen. Während allerdings die Geiseln in der Botschaft Costa Ricas offensichtlich fliehen konnten und die Genossen freies Geleit nach Costa Rica erhielten, hält die Besetzung der französischen Botschaft zur Zeit noch an.

Der BPR, der besonders unter den Arbeitern eine gewisse Anhängerschaft aufweisen kann, wurde bisher vor allem im Zusammenhang mit Streiks bekannt, so z.B. beim Streik Anfang März in der Brauerei „La Constancia", bei dem fünf Arbeiter und zwei Bullen ums Leben kamen ("NZZ" 11.5.1979).

Die neuesten Zwischenfälle sind Ausdruck eines sich immer weiter radikalisierenden Klimas, in dem immer mehr Organisationen – außer den 42 Guerillagruppen – sich dem militanten Kampf gegen die Diktatur anschließen. Das Beispiel Nicaragua macht Schule.

Lateinamerika-Kommission

16/17. Juni
Auf nach Frankfurt!

Fortsetzung von Seite 1

Der Kommunistische Bund, der am Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS teilnimmt, ruft dazu auf, überall in der BRD örtliche Aktionsbündnisse zum 16./17. Juni zu bilden und eine massenhafte Anreise zu organisieren. Als diejenige Organisation der neuen westdeutschen Linken, die den Antifaschismus seit 1971 zu ihrem zentralen Anliegen gemacht hat, fordern wir alle unsere Mitglieder, Symphatisanten und Leser auf: Mobilisiert, was das Zeug hält! Es wird sich lohnen.

Nazi-Terror im Rhein-Main-Gebiet
Eine Dokumentation der Frankfurter KB-Gruppe über die faschistische Szene und ihre staatliche Begünstigung im Frankfurter Raum.
Preis: 2,– (32 Seiten)
Erhältlich bei Vertriebsbüro Liesler, Rödelheimer Str. 13 6000 Frankfurt 90

Aus einer Mitteilung der Frankfurter Initiative:

Rock gegen rechts geht los am Samstag vormittag (16.6.) mit einem Sternmarsch aus vier Frankfurter Stadtteilen zum Römerberg. Dort werden die Liedermacher und Straßenmusiker dabei sein. Abmarsch soll jeweils um 11.oo Uhr sein. Treffpunkte sind:

1. **Nordend: Friedberger Platz**
   Leute aus Bayern (Autobahn Würzburg – Aschaffenburg) biegen hinter Offenbach rechts nach Frankfurt Ost ab (A 66) und fahren über die Kaiserleibrücke/Ratsweg zum Ostpark (Parkplätze).
2. **Sachsenhausen: Brückenstraße**
   Leute aus Baden-Württemberg (Autobahn Mannheim/Heidelberg – Darmstadt) biegen am Frankfurter Kreuz rechts zur Autobahnausfahrt Frankfurt Süd ab. Von dort Mörfelder Landstr. bis zum Südbahnhof.
3. **Gallusviertel: Frankenallee**
   Leute aus dem Norden und Westen fahren Autobahnausfahrt Frankfurt West ab und parken auf dem Rebstockgelände (vor dem Messegelände). Von dort geht's zu Fuß durch die Bahnunterführung (Am Römerhof) ins Gallusviertel.
4. **Bockenheim: Campus der Universität**
   Auf den Parkplätzen wird es Infostände für die Auswärtigen geben. Wer mit dem Zug anreist, kann mühelos vom Westbahnhof zur Uni laufen (Treffpunkt 4) oder vom Südbahnhof zur Brükkenstraße (Treffpunkt 2). Linie der Demonstrationen führt direkt am Hauptbahnhof vorbei.

Das wär's fürs erste. Frankfurt wartet auf euch!

Bisher haben zu ROCK GEGEN RECHTS aufgerufen:

bots (Holland), Schmetterlinge (Österreich), Misty (England), Jomfru Ane (Dänemark), Oktober, Alcatraz, Fate, Performance, Abi Wallenstein, David Johnson Band, Madrugada, Druckknöpfe, Schneewittchen, Hamburger Straßentheater (alle vorgenannten Hamburg), Crazy Marching Band (Lübeck), Brühwarm (Hamburg), Teller Bunte Knete (Westberlin), 3 Tornados, Ton Steine Scherben, Komplott (Göttingen), Checkpoint Charly, Missus Beastly (Göttingen), Hammerfest (Vlotho), Munju (Würzburg), Octopus (Ffm), Lerryn (Ffm), Linksradikales Blasorchester (Ffm), Mobiles Einsatzorchester – Röckchen gegen Rechts (Ffm), Straßenjungs (Ffm), Steintigers (Ffm), Frankfurter City Blues Band (Ffm), Upstairs (Ffm), Michael Sargmeister Trio (Ffm), Volker Kriegel, Albert Mangelsdorff, Scaramouche, Rotators (Minden).

Grüne Liste Hessen + Initiative Rock gegen rechts e.V. + AStA der Uni Frankfurt + Ökologiegruppe Frankfurt + Pflasterstrand + Antifaschistischer Arbeitskreis Frankfurt-Höchst + Ensemblemitglieder des Theater am Turm (TAT) + Stadtschülerräte Frankfurt und Lahn + Stadtjugendring Frankfurt (Mitglieder sind: DGB-Jugend, DAG-Jugend, Falken, DFG/VK, SDAJ, AG freier Jugendhäuser/AFJ, AG Jugendgruppe Frankfurt/Hilfsorganisationen, Evangelische Jugend, Evangelische Freikirchenjugend, Frankfurter Tanzkreis, Sportjugend, Junge Europäische Föderalisten/JEF, Katholische Jugend Frankfurt, Naturfreundejugend Frankfurt, Pfadfinderring, Solidaritätsjugend) + Freunde der Erde Frankfurt + Jungsozialisten (Unterbezirk Frankfurt) + Landesvorstand der GLU Hessen + Katholische Studentengemeinde Frankfurt + Naturfreundejugend Hessen + Sozialistisches Büro Frankfurt + Kommunistischer Bund + Bürgerinitiative Offenbach gegen Atomanlagen + Sprachrohr (Schülerzeitung Heidelberg/Mannheim) + Bunte Liste Hamburg + Alternative Liste Westberlin + GIM Frankfurt + Kulturkommission der AG Alternativer Verlage und Autoren AGAV + AStA Uni Gießen + AStA FHS Fulda + BI Umweltschutz Fulda + Jetzt reden wir (Schüler Zeitg., Kassel) + Emma + Frauenzentrum Darmstadt + Uni Frauengruppe Münster +

Ingrid und Gerhard Zwerenz, Rudi Dutschke, Henning Venske, Werner Klein (Regisseur), Hermann Treusch (Schauspieler), Jürgen Roth (Schriftsteller), Herbert Stubenrauch (Wissenschaftler), Alexander Schubart (Magistratsdirektor), Wolfgang Trus (Architekt); Pastoren: Frieder Stichler, Jörg Panzer, Hermann Düringer, Martin Jürges, Manfred Oelke; Rechtsanwälte: Golzem, Plottnitz, Riedel, Koch, von Braunmühl, Schuler, Reder, Weider, Zimmermann, Funke, Dietrich, Goffin, Grabach, Steve B. Peinemann, Andreas Buro.

Prozesse gegen Anti-Schah-Demonstranten

Am 9./16. u. 23.12.78 wurden in der Hamburger Innenstadt über 200 Leute von der Polizei verhaftet.

Prozesse gegen Anti-Schah-Demonstranten

Am 9./16. u. 23.12.78 wurden in der Hamburger Innenstadt über 200 Leute von der Polizei verhaftet.

Ca. 70 Leute wurden durch das brutale Eingreifen der Polizei verletzt. **Was war geschehen?**
Zu der Zeit demonstrierten im Iran Millionen von Menschen gegen das Folter- und Mordregime des Schah Reza Pahlewi. Über 10.000 Menschen wurden dabei brutal vom Militär ermordet.. Aus diesem Grunde wollten Hamburger Schah-Gegner ihre Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes demonstrieren. Die Hamburger Innenbehörde (SPD-Senat) ließ diese Demonstration jedoch verbieten, da „mit erkennbaren Umständen", die darauf hindeuteten, daß „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit Zusammenstößen und Tumulten und demgemäß mit einer unmittelbaren Gefährdung von Leib, Leben und Eigentum der Beteiligten gerechnet werden" müsse. Diese „erkennbaren Umstände" wurden nirgendwo benannt. Stattdessen demonstrierten Polizei und BGS mit ca. 2.000 Mann mit Schlagstöcken und Schilden bewaffnet in der Innenstadt Stärke. Trotz alledem fanden überall in der Innenstadt Menschenansammlungen und Straßendiskussionen statt. Die Polizei und der BGS prügelten wahllos in diese Menschenmengen rein, viele Passanten und Schah-Gegner wurden dabei verletzt.
Nicht nur, daß uns verboten wurde, gegen die Massenmorde und für die Solidarität mit dem iranischen Volk zu demonstrieren, jetzt sollen wir dafür auch noch bestraft werden!
Inzwischen haben über 30 damals Festgenommene Anklagen und Strafbefehle erhalten. Bekannt sind:

– 12 Anklagen und Strafbefehle u.a. wegen Widerstand, Gefangenenbefreiung, Körperverletzung, Leitung einer verbotenen Demonstration.
– 18 Bußgeldbescheide wegen Flugblattverteilen, Umhängeplakaten, Transparenttragen, Auflagenverstoß, Beleidigung (u.a. soll ein Demonstrant „Scheißbullen" gerufen und als Zeichen der Geringschätzung mit dem linken Daumen nach unten gezeigt haben).

Die Betroffenen haben Einspruch erhoben. Drei Prozesse haben bereits stattgefunden. Gemeinsam mit Rechtsanwälten und Betroffenen wurde ein Unterstützungsausschuß gebildet. Wir möchten nochmals alle, die von juristischen Verfolgungen betroffen sind oder Kenntnis über die Vorfälle vom 9.12., 16.12. und 23.12.78 haben, auffordern, sich an den Unterstützungsausschuß zu wenden (Bunte Liste Büro 43 21 71). Wir brauchen auch noch Mitarbeiter/innen, auch Nicht-Betroffene.
Bereits damals gab es zahlreiche Proteste in der Öffentlichkeit gegen die brutalen Polizeieinsätze. Wir bitten alle demokratischen Menschen, mit ihrer Solidarität (auch materiell) dazu beizutragen, daß nicht wir, sondern die Verantwortlichen für die Unterdrückung der Demonstrationsfreiheit und den brutalen Polizeieinsatz zur Rechenschaft gezogen werden.

Der erste Prozeß hat bereits stattgefunden:
Gegen einen iranischen Studenten wurden DM 2.800,– Geldstrafe verhängt wegen Widerstand gegen die Festnahme bei der Demonstration am 16.12.78. Die Staatsanwaltschaft hatte DM 1.750,– beantragt.
Richter Graue begründete die Höhe der Strafe mit der abschreckenden Wirkung, die er sich davon auf die Solidaritätsbewegung mit dem iranischen Volk verspreche. Die acht iranischen Zeugen, die den Angaben der Polizisten widersprochen hätten, wurden von Richter Graue der Falschaussage bezichtigt. In Anspielungen auf bürgerliche Presseberichte über die iranische Justiz äußerte er, die Zeugen würden derzeit in ihrem eigenen Land für derartige Falschaussagen sicherlich wegen „Korruptheit auf Erden" belangt werden, während sie in unserem „freiheitlichen Rechtsstaat" nichts zu befürchten hätten, wenn sie sich an die Gesetze hielten.

Unterstützungsausschuß, Bunte Liste Büro, Fruchtallee 9, HH 19, Tel. 43 21 71 o. 439 86 71

Weg mit dem Nazi-Hof!

Kamen (Westfalen). *„Nazi-Hof und Harting-Bande sind für Kamen eine Schande"* riefen die ca. 1.500 Demonstranten, die am 12. Mai in Kamen gegen das dort gelegene JN-Landeszentrum „Gut Barenbräucker" und die von hier aus gesteuerten Provokationen der neofaschistischen „Harting-Bande" demonstrierten.
Organisiert worden war diese Demonstration, für die regional mobilisiert wurde, von der *„Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW"*. Die „Landeskonferenz" ist ein Zusammenschluß von derzeit ca. 15 Antifa-Initiativen.

Breites Bündnis

Der Kreis der Unterstützer war noch bis unmittelbar vor Beginn der Aktion immer weiter angewachsen. Vor allem im lokalen Raum fand sich ein imposantes Bündnis für die Demonstration zusammen: Betriebsrat der Zeche „Monopol", Industriegewerkschaft Bergbau und Energie Kamen, Schachtgewerkschaftsausschuß Kamen, SDJ — „Die Falken" Kamen, Juso-Unterbezirk Unna, Juso AG Kamen-Heeren, Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich Unterbezirk Unna, zwei Vorstandsmitglieder der Kamener SPD-Ortsvereine, ein SPD-Stadtrat sowie die „Gruppe Kamener Antifaschisten". Regional mobilisierten darüber hinaus der „Falken"-Bezirk Westliches Westfalen, der KB, Bunte Liste Bielefeld, Uni-Frauengruppe Münster, der Freidenker-Verband Münster, Front gegen Reaktion und Faschismus Dortmund, die Waldecker Bürgerinitiative gegen Neofaschismus, SOdZDL Regionalzentrale West sowie einige ASten, Umweltschutzinitiativen und Alternativzeitungen.

Kundgebung und Demonstration

Die Kundgebung eröffnete ein Vertreter der Landeskonferenz, der in seiner Rede auf die Umtriebe der „Harting-Bande" einging und die staatliche Begünstigung anprangerte, die diesen Neonazis lokal wie auch landesweit immer wieder zuteil wird. Danach sprach der Betriebsratsvorsitzende der Zeche „Monopol", Heinz Dyduch, dessen kämpferische Ausführungen immer wieder von Beifall unterbrochen wurden. Dyduch wendete sich nicht nur gegen die Neonazis, sondern auch gegen Berufsverbote, Aussperrungen und andere Erscheinungen der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung. Gegen Schluß seiner Rede versprach er: „Wenn dieses Nazi-Jugendzentrum nicht endlich wegkommt, dann wird Kamen eine Demonstration erleben, wie es sie hier noch nie gegeben hat!"
Erich Fried, der auch als Redner vorgesehen war, hatte aus terminlichen Gründen nicht erscheinen können und daher eine Grußadresse gesandt.
Die anschließende Demonstration, die durch die Kamener Innenstadt führte, stieß auf lebhaftes Interesse bei der örtlichen Bevölkerung. Eine größere Zahl schloß sich dem Demonstrationszug sogar spontan an.

Reaktion der Faschisten

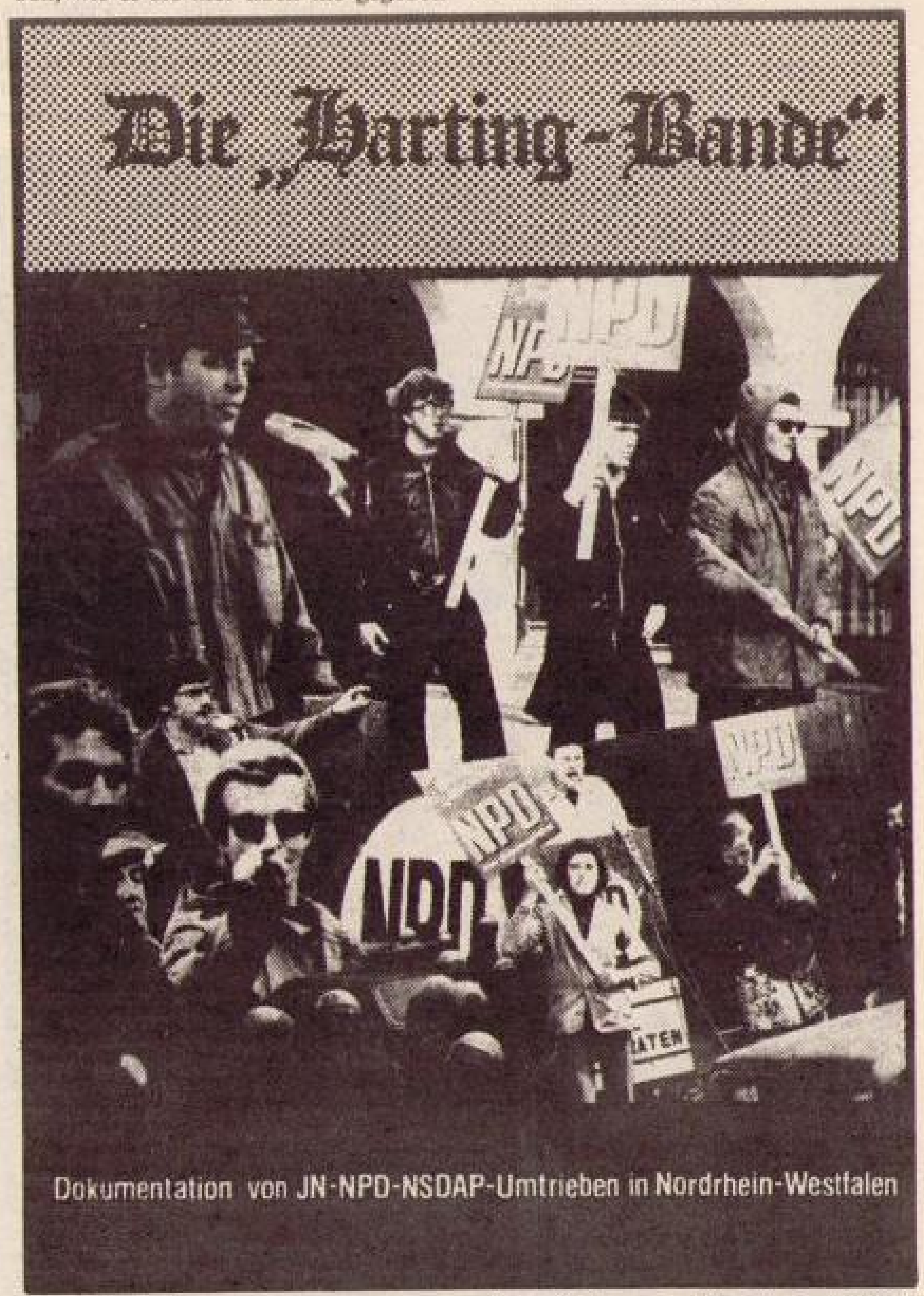
Die Faschisten hatten sich am 12.5. auf ihrem von starken Polizeikräften gesicherten Nazi-Hof verschanzt. Noch einige Tage vor der Demonstration hatten sie die Aktion mit einem Aufmarsch am Kundgebungsort stören wollen: Eine Liga **„Freiheit der Sowjetunion"** sowie ein ominöser **„Bund für christlich-jüdische Aussöhnung"** hatten im Auftrag eines gewissen Hans Yaacov **Bohnenstengel** aus Rotenburg/Wümme für den gleichen Ort und die gleiche Zeit eine Kundgebung angemeldet. Sie wurde allerdings vom zuständigen Rechtsamt untersagt. „Gut Barenbräucker"-Chef und NPD-Funktionär Karl-Heinz Harting strengte darüber hinaus Strafanzeigen und einstweilige Verfügungen an, mit denen er den Vertrieb eines Plakates der „Landeskonferenz" sowie den Verkauf der vom KB herausgegebenen Broschüre „Die Harting-Bande" unterbinden will ...

Sonstige Reaktionen

Während die örtliche wie auch die linke Tagespresse („TAZ", „Die Neue") bereits im Vorfeld der Demonstration ausführlich berichtete, konnte sich die der DKP-dominierten VVN nahestehende Wochenzeitung „die tat" nicht dazu durchringen, von dieser Aktion auch nur Notiz zu nehmen. Entsprechend hatten DKP/VVN-Mitglieder und Funktionäre auch bis zur Demonstration nichts unversucht gelassen, um die Aktion zu diskreditieren und zu spalten. Daß ihnen dies nicht gelang, ist eindeutig auch das Verdienst von Kräften wie Heinz Dyduch, die der Revi-eigenen „Chaoten"-Hetze die Auffassung gegenüberstellten, daß es nur e i n e antifaschistische Bewegung gäbe. So blieb die VVN, trotz mehrfacher, auch öffentlicher Aufforderungen seitens der „Landeskonferenz", sich an dem Bündnis zu beteiligen, draußen vor. Erfreulich war dann natürlich, daß sich an der Demonstration auch ein Block der DKP-Jugendorganisation SDAJM beteiligte.

Antifa-Kommission NRW

trum nicht endlich wegkommt, dann wird Kamen eine Demonstration erleben, wie es sie hier noch nie gegeben
te.
Antifa-Kommission NRW



Die „Harting"-Bande" Dokumentation von JN-„NSDAP"-Umtrieben in Nordrhein-Westfalen. Herausgegeben von der Antifa-Kommission NRW des KB. Umfang: 44 Seiten zum Preis von 3,50 DM.

Bestelladresse: J. Reents-Vertriebsbüro, Buddestr. 9, 48 Bielefeld. 1. Überweisungen bitte an M. Breitkopf, Sparkasse Bielefeld, BLZ 408 501 61, Kto. Nr. 65 46 618).

Disziplinarverfahren gegen Pastoren wegen Besetzung der Petri-Kirche in Hamburg

Schon wenige Tage nach Beendigung der Besetzung der Hamburger Petri–Kirche wußte das „Hamburger Abendblatt" (HA) zu berichten, daß gegen vier von den an der Besetzung beteiligten Pastoren ein Verfahren wegen Verletzung der Amtspflichten eingeleitet würde (HA vom 28.4.79). Zu diesem Zeitpunkt waren weder die genannten Pastoren von einem entsprechenden Beschluß der Kirchenleitung in Kiel informiert, noch hatte die Kirchenleitung ihre Ermittlungen darüber, welche Pastoren nun beteiligt waren, endgültig abgeschlossen.

Das Springer-Blatt hat zweifellos das Interesse, die Stimmung gegen fortschrittliche Pastoren durch gezielte Hetze in der Öffentlichkeit anzuheizen. Entweder nun hat sich die Kieler Kirchenführung durch Springers Aufruf zum Disziplinarverfahren anregen lassen oder aber die Springerpresse bekommt die Beschlüsse der Kirchenleitung zugespielt, noch ehe sie gefaßt sind. — Wie es auch sei, die Zusammenarbeit klappt vorzüglich. Die genannten Pastoren und noch einige darüber hinaus erhielten inzwischen die Mitteilung, daß gegen sie ein Verfahren wegen „Verletzung der Amtspflichten" eingeleitet sei.

Nun fragt sich der AK-Leser wahrscheinlich genauso wie die betroffenen Pastoren, wieso eigentlich für Geistliche der Aufenthalt in einer Kirche eine Verletzung der Amtspflicht sein könne.

Für die Pastoren, die die Besetzung aktiv unterstützten und mittrugen, war es — wie sie immer wieder betonten — eine neue und außerordentlich wohltuende Erfahrung, daß ein solches Kirchengebäude, das sonst meistens leer steht oder gelegentlich von wenigen Besuchern zu sterilen Göttesdiensten aufgesucht wird, endlich einmal mit Leben gefüllt war und sich für die vielfältigen Aktionen und Unternehmungen der Besetzer wegen seiner Architektur und auch seiner Grösse ausgesprochen gut eignete. Deswegen und besonders wegen ihres Engagements in der Anti-AKW-Bewegung war eine große Anzahl von Pastoren und anderer kirchlicher Mitarbeiter von Anfang an mit viel Elan an der Besetzung beteiligt.

Die Führungsspitzen der Kirche und auch der Kirchenvorstand reagierten zunehmend mit Druck auf die Besetzungsaktion, wobei es ihnen ein besonderer Dorn im Auge war, daß ihre eigenen Funktionäre sich nicht nur neben, sondern mitten unter die Besetzer stellten. Anfänglich bestand

Besetzer stellten. Anfänglich bestand

offenbar bei der Kirchenbehörde die Hoffnung, ihre Seelsorger zu einer Art Geheimpolizei in der Petri-Kirche benutzen zu können: sie sollten für Ruhe und Ordnung sorgen und möglichst darauf hinwirken, daß die Besetzung abgebrochen würde. Anfängliche Zugeständnisse, wie das Bemühen des Petri-Pastors von Schlippe, eine Begnadigung für den verurteilten AKW-Gegner Eso zu erwirken, Bereitstellung der Lautsprecheranlage für öffentliche Diskussionen und die Versicherung, auf einen Polizeieinsatz zu verzichten, waren schnell wieder zurückgenommen, als sich herausstellte, daß die Besetzung längerfristig angelegt wurde und daß die Pastoren jede Form des Auftragsdienstes für die Kirchenführung ablehnten.

Ein erstes Gespräch mit dem Hamburger Bischof Wölber endete damit, daß dieser die Flucht ergriff, als er auf folgende Parallele hingewiesen wurde: zum Hitlerfaschismus habe die Kirche zunächst auch geschwiegen, sie habe daraus zu lernen und müsse ihre Aufgabe darin sehen, dafür zu sorgen, daß hinterher keiner sagen könne, er habe von den Gefahren des Atomprogramms nicht gewußt. Wölbers Reaktion wirft auch ein Licht auf seine damalige politische Haltung.

Die Kirchenführer zielten nun darauf, einen Anlaß zu finden oder zu provozieren, der die Besetzer zum Verlassen der Kirche zwingen würde.

Willkommen war dafür der nach einiger Verzögerung in Hamburg eingetroffene Haftbefehl gegen Eso, der möglicherweise einen Polizeieingriff unumgänglich machte. Als Eso dann verschwunden war, setzten sie alles daran, den Straftatbestand der *„Störung der freien Religionsausübung"* herzustellen. Dies war allerdings nicht ganz einfach, weil die Besetzer Wert darauf legten, daß die Gottesdienste in der Petri-Kirche störungsfrei verlaufen konnten. Auch ein Kirchenkonzert, die Johannispassion, konnte reibungslos durchgeführt werden — die Besetzer nahmen auf Wunsch des Dirigenten eigens ihre Transparente ab. Als nach dem Verklingen des Schlußaktes dann wieder ein Spruchband entrollt wurde, meinten die Petri-Pastoren, dies könnten sie endlich als die ersehnte Gottesdienststörung auslegen. Ähnlich wurden einige Zwischenrufe, die der Prediger Kopfermann provozierte, beim Gottesdienst am Freitag vor Ostern ausgelegt. Er brach seine Veranstaltung wegen angeblich tumultartiger Störung ab. Ein gefundenes Fressen in diesem Zusammenhang war dann schließlich das Auftreten einiger Neo-

schließlich das Auftreten einiger Neo-

faschisten, die einen Besetzer krankenhausreif schlugen. Nun wollten die Kirchenfürsten und die Springer-Redakteure plötzlich bei den Besetzern Waffen gesehen haben. Aus dem Versuch, den Angriff der Faschisten abzuwehren, wurde nun der fadenscheinige Anlaß genommen, die Ostergottesdienste nicht mehr in der Kirche stattfinden zu lassen, um endlich behaupten zu können, die Religionsausübung sei in der Kirche gestört.

Der Tod eines Kirchenvorstehers der Petri-Gemeinde wurde dann schließlich ausschlaggebend für die Räumung der Kirche. Angeblich müßte die Trauerfeier nun unbedingt in der Kirche stattfinden, obwohl solche Veranstaltungen üblicherweise in den eigens dafür gebauten Friedhofskapellen abgehalten werden.

Die Besetzer verließen dann am Mittwoch, den 18.4., nach mehr als zwei Wochen ihr Asyl. Weil die Pastoren weder der Empfehlung noch der Aufforderung, für die Räumung der Kirche zu sorgen, nachgekommen waren, sondern immer betont hatten, sie seien Besetzer wie alle anderen auch, werden sie nun vor die kircheninterne Gerichtsbarkeit gezerrt. Diese Verfahren sollten genutzt werden, auf breiter Basis auch im Bereich der Kirche die Auseinandersetzung um das Atomprogramm der BRD-Regierung verschärft zu führen.

In Fällen wie Militarisierung, Todesschuß für die Polizei, Euthanasie u.ä. übernimmt die Kirche mit ihrer Militärseelsorge, Polizeiseelsorge und als gesellschaftlicher Garant für „richtige" ethische Entscheidungen die Funktion vor der Öffentlichkeit, durch Bourgeoisie und vom Staat gesteuerte politische Entwicklungen moralisch zu rechtfertigen. Diese Rolle spielt sie auch in der Debatte um Atomkraft. Inzwischen gibt es schon eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Christen, die sich eindeutig gegen Atomenergie ausgesprochen haben und die es für ihre Christenpflicht halten, gegen das Atomprogramm der BRD Stellung zu beziehen. Die Auseinandersetzungen um die Amtszuchtverfahren gegen die Hamburger Pastoren können dazu beitragen, das traute Miteinander von Kapitalisten, Staat und Kirche zumindest in der Frage der Atomkraft erheblich zu beeinträchtigen.





Wahlen in Großbritannien: Niederlage der Labour-Party



Die Wahlen zum englischen Unterhaus am 3.5. endeten erwartungsgemäß mit einem klaren Sieg der Konservativen Partei (Tories), die mit einem Stimmenanteil von 43,9 % die absolute Mehrheit von 339 Sitzen im Parlament erreichten. Die bisher regierende Labour Party unter Premierminister Callaghan verlor mit 36,9 % und 268 Sitzen ihre regierungsfähige Mehrheit. Die Liberalen fielen von vormals 18,3 % und 13 Sitzen auf nunmehr 13,8 % und 11 Sitze zurück. Schottische und walisische Nationalisten verloren ebenfalls: Die Waliser wurden von 3 auf 2 Sitze, die Schotten sogar von 11 auf ebenfalls 2 Sitze reduziert.

Labour hat gegenüber 74 insgesamt 2,6 % der Stimmen verloren – gemessen an der offen arbeiterfeindlichen Politik der vergangenen 4 Jahre eigentlich ein relativ geringer Verlust. Interessanterweise hat die Labour Party gerade in den Industriegebieten des Nordens und in Wales (Schiffbau, Kohle, Stahl) mit hohen Arbeitslosenzahlen und in Bezirken mit einem großen Anteil von Farbigen ihren Stimmenanteil halten können. In Schottland war sogar ein erheblicher Zuwachs an Parlamentssitzen auf Kosten der schottischen Nationalisten zu verzeichnen. Letzteres allerdings nur aufgrund des undemokratischen Wahlsystems: Nur der Kandidat mit den meisten Stimmen erhält einen Sitz, die Stimmen der übrigen Kandidaten bleiben völlig unberücksichtigt. So ließen bereits minimale Stimmenveränderungen (in diesem Fall Zuwachs für Labour von 0,1 %!) den Anteil der Parlamentssitze der Schottischen Nationalisten von vormals 11 auf ganze 2 zusammenschrumpfen.

Die Verluste der Labour Party entfielen vor allem auf die südlichen und mittleren Landesteile Englands sowie auf die Hauptstadt London, wo Labour im Schnitt etwa 6 % der Stimmen an die Tories abgab.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Labour-Wähler – mangels Alternative (beim englischen Mehrheitswahlrecht hat eine linke Alternative nicht die geringste Chance) – doch wieder zähneknirschend Labour gewählt hat. "Hauptsache die Tories kommen nicht dran!" war die Devise unter der auch die Gewerkschaften in den letzten Wochen vor der Wahl voll mobilisiert haben. Wochenlange Vorhersagen eines sicheren Wahlsieges der Tories haben ein übriges dazu getan, auch resignierte Labour-Wähler an die Urnen zu mobilisieren.

Die reaktionäre Presse im In- und Ausland begrüßte einhellig den Wahlsieg der Konservativen und sah ihn als Anzeichen dafür, daß die Mehrheit der britischen Bevölkerung

Mehrheit der britischen Bevölkerung

genug hatte vom "teuren Wohlfahrtsstaat" (?), der "Willkür der die Labour-Party finanzierenden Gewerkschaften" und "sturmbereiten Labour-Aktivisten" (FAZ vom 5.5.79).

5 Jahre Labour-Politik gegen die Interessen der Bevölkerung

An die Regierung gekommen war Labour 1974 durch den erfolgreichen Streik der Bergarbeiter um mehr Lohn und gegen die Tory-Regierung, der schließlich Premierminister Heath zum Rücktritt zwang. Die Labour-Regierung nutzte ihre naturgemäß enge Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung von Anfang an, um die Interessen der britischen Imperialisten in der Arbeiterklasse reibungsloser durchzusetzen: Mit einer 30 %en Lohnerhöhung für die streikenden Bergleute wurde der militanteste Teil der Arbeiterbewegung zunächst befriedet. Sehr rasch ging die Labour-Regierung allerdings zu Lohnleitlinien über, was darin gipfelte, daß Callaghan selbst angesichts von Massenstreiks im vergangenen Winter am 5 % Lohndiktat festhielt.

Das Antistreikgesetz der Tories wurde zwar aufgrund hartnäckiger Kämpfe der britischen Arbeiterklasse zurückgenommen (AK 43), aber – stattdessen wurde ein "Sozialkontrakt" eingesetzt, wo mit Hilfe von "Schlichtungskommissionen", 12-monatigen Laufzeiten bei Lohnabschlüssen der Kampfeswille der englischen Arbeiter eingeschläfert werden sollte.

Hatte Labour vor Regierungsantritt noch "grundsätzliche Neuverhandlungen" der Beitrittsbedingungen zu EG angekündigt und den Rückzug für den Fall, daß diese nicht zufriedenstellend ausfallen sollten (AK 54), tat die Labour-Regierung in der Folgezeit alles, Großbritannien engstens in die EG einzubinden.

Hand in Hand mit dem Versuch, den Lebensstandard der Bevölkerung zu senken, wurde die innerstaatliche Repression vorangetrieben, wie z.B. durch die Anti-Terror-Gesetzgebung 1974 (AK 55). Eines besonderen Schutzes seitens der Labour-Regierung durften sich die Faschisten der National Front sicher sein, deren Aufmärsche durch den brutalen Einsatz der Polizei gegen Proteste der Bevölkerung ermöglicht wurden (s. AK 152 "Bullen ermorden Antifaschisten").

Vor allem mit der Integration von Großbritannien in die EG aber auch mit der (wenn auch abgeschwächten) Reglementierung von Lohnkämpfen hat die Labour-Regierung in den vergangenen 5 Jahren wesentliche Forderungen der westeuropäischen Imperialisten – allen voran der westdeutschen – erfüllt. Eine Bilanz, auf die eine Tory-Regierung im gleichen Zeitraum wegen des stärkeren Widerstandes in der englischen Arbeiterklasse nicht hätte zurückblikken können. Umso mehr fällt jetzt der Thatcher-Regierung die Aufgabe zu, auf dem von Labour gelegten Fundament aufbauend die Forderungen der Imperialisten ganz zu erfüllen.

Die Faschisten

Erfreulich ist, daß die "National Front" ihren Anteil von 1974 bei weitem nicht halten konnte. Sie sank trotz eines Spitzenaufgebots an Kandidaten in 300 (!) Wahlkreisen auf 0,6 % der Stimmen (insgesamt 190.000 Stimmen). Besonders in ihren Hochburgen (Bradford, Leicester) mußte die NF beträchtliche Verluste hinnehmen, ebenso wie an den Orten wo die Ökologisten kandidierten und lokale "Anti-Nazi-League"- Gruppen arbeiten.

Die Wahlergebnisse der Linken

Die Wahlergebnisse der Linken

Die linken und revolutionären Organisationen spielten bei den Wahlen so gut wie keine Rolle und kamen über einzelne – sehr bescheidene – Achtungserfolge nicht hinaus. Ihre Leistungen müssen allerdings auch vor dem Hintergrund des repressiven Wahlsystems gesehen werden, das kleinen Parteien von vornherein keine Chance läßt.

"Socialist Unity" (s.AK 152): kandidierte in 10 Wahlkreisen, 280.000 Stimmen insgesamt, entspricht etwa 0.7 bis 0.9 %.

"Workers Revolutionary Party": kandidierte in 60 (! – nicht wie im letzten AK irrtümlich geschrieben "knapp 30") Wahlkreisen, 13.500 Stimmen insgesamt, in einigen Wahlkreisen sogar 2,5 %, sonst aber unter 1 % bzw. knapp 1 %.

"Workers Party" – eine uns bislang unbekannte Gruppe, die in 2 Wahlkreisen kandidierte und in einem davon 1 % bekam (London), in anderen nur 47 Stimmen.

"Communist Party" (die Revisionisten): kandidierte in 38 Wahlkreisen und bekam 16.000 Stimmen insgesamt, in einigen Wahlkreisen 2,5 bzw. sogar 3 %.

Daneben kandidierte zum ersten Mal die Umweltschutzorganisation **"Ecology"** in 53 Wahlkreisen, wo sie immerhin 40.000 Stimmen erhielt, obwohl die Ökologie-Bewegung in Großbritannien – abgesehen von jahrzehntelang arbeitenden Spezialisten – noch am Anfang steht.

Als unabhängige Linke kamen der Ire Brendan **Gallagher**, Vater eines Gefangenen im berüchtigten Internierungslager Long Kesh (Nordirland) und Mitglied der "Troops Out" (Truppen Raus) Bewegung ebenso wie Pat **Arrowsmith**, Veteranin der Anti-Atomtod-Bewegung, leider nicht über 1 % hinaus.

England-Kommission

KB-Prozesse

Russell-5-Prozeß — Quo vadis, Richter Betz

30 Tage war der Russell-5-Prozeß nun ausgesetzt, aber das Gericht — und insbesondere die Staatsanwaltschaft — scheinen in dieser Zeit nicht mit wesentlich neuen Einfällen gesegnet worden zu sein; die Trümmer der Anklage liegen weiter so ungeordnet auf dem Tisch, wie sie am 12. April beim Aussetzungsbeschluß hinterlassen wurden und bringen das Gericht in Verfahrensnot. Unter Hinweis darauf, daß nach dem Bankrott der 90a-Anklage und nach bereits 5-tägiger Verhandlungsdauer über die erste Beleidigungsklage wegen der polizeilichen „Exekution" des Bankräubers Gonzales weiterhin eine Tatsachen-Aufklärung massiv behindert wird (Verweigerung einer Aussagegenehmigung für den Todesschützen Fasig, Verweigerung der Vorführung des Videofilms über die „Exekution" usw.), forderten der Angeklagte Jürgen Reents und Rechtsanwalt Uwe Maeffert am 15. Verhandlungstag (10. Mai) erneut die Einstellung des Prozesses. In seiner Stellungnahme verwies Jürgen Reents u.a. auch auf die skandalöse Situation, daß hier vor Gericht über eine Kritik an der polizeilichen Todesschußpraxis verhandelt wird, während gleichzeitig außerhalb des Gerichts mit der Erschießung von Elisabeth von Dyck weitere Beweise für die Hemmungslosigkeit und Ungesetzlichkeit des polizeilichen Vorgehens geliefert werden. RA Maeffert legte desweiteren das Urteil eines Lüneburgers Gerichts vor, das die Bezeichnung des Todes von Holger Meins als „Mord" für nicht strafbar erklärt hatte.

Staatsanwalt Reumann lehnte allerdings in gewohnt dürren Sätzen seine für ein Einstellung notwendige Zustimmung ab. Die Ankündigung von Jürgen Reents, daß andernfalls beharrlich um den gerichtlichen Wahrheitsbeweis aller inkriminierten Aussagen des Buches weitergekämpft wird und er und die Verteidigung nicht bereit sind, gegenüber den Behinderungen dieser Wahrheitsbeweise zu passen, beantwortete Reumann schlaksig mit den Worten: *„Da noch länger verhandelt wird, gibt es ja noch genügend Zeit für weitere Ermittlungen."* Reumann bestätigte damit auch ungeschminkt die Kritik, daß die Staatsanwaltschaft entgegen der strafprozessualen Vorschriften ihre v o r Prozeßbeginn notwendigen Ermittlungen nun — da sich die Sache für sie als nicht so leicht herausgestellt hat — w ä h r e n d des Prozesses nachzuholen versucht. Welch unschlagbare Qualität dieser Staatsanwalt besitzt, dokumentierte er überdies an einem anderen Punkt: zur Erschießung von Thomas Weisbecker, die in dem Buch als „Liquidierung" bezeichnet wird, liege — so Reumann — gar kein Strafantrag des BKA wegen Beleidigung vor. Reumann wiederholte dies sogar, als nicht nur die Verteidigung, sondern auch der Richter einigermassen überrascht die von Reumann selbst unterzeichnete Anklageschrift dazu zitierte. Das sei falsch interpretiert, meinte Reumann. Die Frage, ob man über diesen Vertreter der Anklagebehörde mehr empört sein oder mehr lachen sollte, stellte sich dann aber erst recht, als Reumann nach einer Prozeßunterbrechung lakonisch meinte, er müsse sich „korrigieren", es gehe hier doch auch um Beleidigung. Vielleicht wäre es ratsam für das Gericht, den Prozeß allein schon deswegen erneut auszusetzen, damit der Staatsanwalt Zeit genug hat, die von ihm selbst verfaßte Anklageschrift mal genau durchzuarbeiten...?

Richter Betz scheint das Verhalten dieses Staatsanwalts selbst jedenfalls immer unangenehmer und hinderlich zu werden. Er teilte schließlich mit, daß man wohl nicht umhin käme, in Sachen Weisbecker und v. Rauch, wozu mittlerweile die Ermittlungsakten aus Bayern und Westberlin eingetroffen sind, umfangreichere Verhandlungen durchzuführen, da den als Beleidigung inkriminierten Textstellen im „Russell-Buch 5" ja unbestreitbar „Tatsachenkerne" zugrunde liegen. Na bitte! Er wolle deshalb bis zum nächsten Termin „überprüfen", ob der Prozeß nicht in „bestimmten Punkten" ausgesetzt werden müsse. Konkret könnte das bedeuten, daß Betz zu der Entscheidung kommt, den Prozeß „nur noch" wegen des beleidigten Herrn Strauß aufgrund der Schreibweise seines Namens mit SS weiter zu führen. Das Zusammenschrumpfen der ehemals bombastischen Anklage auf eine „Majestätsbeleidigung" des CSU-Chefs würde diesen Prozeß nun endgültig zur Farce werden lassen. Vielleicht sollte Richter Betz mal bei den vorgesetzten Behörden des Staatsanwalts Reumann vorsprechen, ob diese sich nicht solche Peinlichkeit ersparen wollen und Reumann stattdessen dazu veranlassen, beim nächsten Prozeßtag auch seine Ablehnung einer völligen Einstellung des Prozesses zu „korrigieren"...

Possenspiel um die Vernehmung des Todesschützen Fasig

Das Verwaltungsgericht hat inzwischen über unsere Klage entschieden, die Stadt Hamburg im Wege einer einstweiligen Anordnung zur Erteilung einer Aussagegenehmigung für den MEK-Beamten Fasig (Todesschütze des Bankräubers Gonzales) aufzufordern: sie wurde abgelehnt! Ein juristisches Possenspiel dabei ist die Begründung, wozu noch einmal an den Gang dieses Ereignisses erinnert werden soll:

1. Das Strafgericht beschließt am 29.3. (12. Prozeßtag) auf Antrag der Verteidigung, den MEK-Beamten Fasig zu vernehmen.
2. Die Polizeibehörde verweigert die Aussagegenehmigung für Fasig, weil daraus *„Nachteile für das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg"* zu erwarten seien, und Richter Betz hebt darum am 12.4. (14. Prozeßtag) seinen Vorladungsbeschluß auf, da Fasig ein *„unerreichbares Beweismittel"* sei.
3. RA Maeffert reicht im Auftrag des Angeklagten am 20.4. die Klage vor dem Verwaltungsgericht ein, die Stadt Hamburg zur Erteilung der Aussagegenehmigung zu verpflichten.
4. Die Landespolizeiverwaltung nimmt zu dieser Klage in einem Schriftsatz Stellung, der in der Behauptung gipfelt, *„daß es dem Antragsteller weniger um die Zeugenfunktion des betreffenden Polizeibeamten und damit um die Aufklärung von Tatsachen ankommt, als vielmehr darauf, im Rahmen der Hauptverhandlung eine spektakulär inszenierte Vorführung des Polizeibeamten Fasig zu erreichen."*
5. Das Verwaltungsgericht beschließt am 9.5. die Ablehnung der Klage mit der Begründung, daß hierfür *„kein Rechtsschutzinteresse"* bestehe, das Strafgericht den Polizeibeamten Fasig ja als *„unerreichbar"* bezeichnet habe (eben wegen der nichterteilten Aussagegenehmigung!!) und deswegen unklar sei, ob eine Vernehmung Fasigs überhaupt noch *„beabsichtigt"* sei! Das Verwaltungsgericht, das über n i c h t s w e i t e r als die beamtenrechtlichen Voraussetzungen einer Aussagegenehmigung zu entscheiden hat, hat sich überdies in seinem Beschluß eine Einmischung in die Kompetenz des Strafgerichts angemaßt: der Vorladungsbeschluß durch Richter Betz *„erscheint"* dem Verwaltungsgericht *„rechtlich nicht unbedenklich"*! Richter Betz bekommt damit neue Gelegenheit, klarzustellen, wie „unabhängig" er sich selbst ansieht und wie ernst er seinen seinerzeitigen Vorladungsbeschluß selbst nimmt: wir sind gespannt, ob er diese Einmischung in seine Kompetenz zurückweist und nun v o n A m t s w e g e n einen neuen Vorladungsbeschluß erläßt. Oder welchen anderen Weg wollen Sie aus diesem Chaos nehmen, Herr Betz?

★

Nächster Prozeßtag ist

Montag, 21. Mai, 9.30 Uhr
Strafjustizgebäude Raum 297
Sievekingplatz 3

Stammheim-Prozeß: „Glück gehabt"?...

Nach Einstellung des Stammheim-Prozesses gegen mich (als Presseverantwortlicher des KB) erreichten mich viele herzliche Glückwünsche von politischen Freunden und Freundinnen und aus den Reihen der Organisation. Einzelne Genossinnen oder Genossen, auch Gruppen des KB von außerhalb, haben sogar Text- bzw. Blumentelegramme geschickt. In all dem drückt sich eine wohltuende Anteilnahme und eine große Erleichterung über den „glücklichen Ausgang" dieses Prozesses aus. Ich habe mich sehr über diese Glückwünsche gefreut. So persönlich sie vorgebracht wurden, so persönlich möchte ich mich bei allen für ihre Anteilnahme bedanken.

Und doch möchte ich zugleich ein paar kritische Anmerkungen aus diesem Anlaß machen.

Mehrfach meinten Genoss (innen)-en: „Mensch, da hast du aber Glück gehabt!". Ein leitender Genosse ermunterte mich freundlich: „Na, Kai, da bist du ja noch mal glücklich davongekommen".

Dem steht der ebenso häufig vorgebrachte Kommentar zur Seite: „Das hätte ich ja nie gedacht. Für uns war klar, du gehst in den Bau. Wir haben zwar gedacht, das ist Scheiße, aber was soll man da machen...".

Der Parole: „Glück gehabt!" möchte ich aber ganz entschieden entgegenstellen: „Gut gearbeitet!"

Die Einstellung dieses Prozesses ist k e i n Glückstreffer, etwa weil der Richter etwas liberaler war als gewöhnlich oder der Staatsanwalt persönlich kein „scharfer Hund". Die Einstellung des Prozesses ist vielmehr das Ergebnis gründlicher Vorarbeit in der Sache, einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit und einer der politischen Situation angepaßten Prozess-Strategie.

Schon die angeklagte Berichterstattung des AK zu Stammheim/Stadelheim selbst zeichnete sich durch tatsachenbezogene Exaktheit aus. Diese Tatsachen wurden von uns untermauert, justitiabel aufbereitet, in Kooperation mit Angehörigen und Anwälten der „Selbstermordeten" weitere Tatsachen zusammengetragen.

Es ist das Produkt einer nunmehr ein halbes Jahr dauernden Öffentlichkeitskampagne, daß sich eine r e l a t i v breite Solidarität gegen die beiden 90a – KB-Prozesse entwickelt hat und weiter entwickelt. Nur durch die organisierte öffentliche Debatte und eine breite Welle der Solidarität zu diesen Prozessen (und anderen) konnte verhindert werden, daß der „Russel-Buch 5"- und der Stammheim-Prozeß unter einem Mantel des Schweigens durchgezogen würden.

Unsere Prozess-Strategie war darauf gerichtet, die Anklagevertretung vor die Alternative zu stellen: entweder in der Verhandlung an Hand von Tatsachen die „Selbstmord"-These b e w e i s e n zu müssen – oder trotz nachweisbar erwiesener Berechtigung der Zweifel vor einer interessierten Öffentlichkeit eine Aburteilung vorzunehmen und sich dadurch als offene Meinungsjustiz zu präsentieren.

Als g ü n s t i g e Voraussetzung konnte davon ausgegangen werden, daß eine Verurteilung der gegenwärtigen „Liberalisierungs"-Demagogie zuwiderlaufen würde und daß die Staatsanwaltschaft aus nicht öffentlich dargelegten Gründen k e i n Interesse an einer Erörterung der Stammheim-Stadelheimer Ermittlungsergebnisse hat.

Unter diesen Voraussetzungen ist das Ergebnis dieses Prozesses ein Beweis dafür, daß gegen die Klassenjustiz – unter Berücksichtigung der konkreten politischen Umstände – auch Erfolge o r g n i s i e r t werden können.

Und dann noch zu einem weiteren Punkt. Verschiedentlich habe ich gehört: „Gottseidank! Jetzt ist alles vorbei!". Diskussionen zu den „Selbstmorden" von Stammheim wurden abgesetzt, „weil das ja jetzt nicht mehr so aktuell ist". Daran ist nur so viel richtig, daß d i e s e r P r o z e ß (vorläufig) eingestellt ist.

Zugleich hat jedoch gerade dieser Ausgang des Prozesses b e w i e s e n, daß der Staat in dieser Frage etwas zu verbergen hat. Darüber hinaus gibt es für die Zweifel an den „Selbstmorden" neue Anhaltspunkte.

Die Einstellung des Prozesses ist somit ein Signal, das zementierte Stammheim-Tabu in unseren Köpfen und denen der linken und demokratischen Öffentlichkeit mit frischer Kraft anzuknacken. Insofern möchte ich doch etwas variiert sagen: „Gottseidank! Jetzt kann es erst richtig losgehn!".

In diesem Sinne!

Kai Ehlers

Solidarität mit Jürgen Reents und Kai Ehlers

Wir veröffentlichen im folgenden wieder einige Unterschriften unter die Protesterklärung gegen die 90a-Anklagen – stellvertretend für alle, die inzwischen neu unterzeichnet haben. Die Gesamtzahl der Unterschiften liegt jetzt bei 2100.

BRD

Norbert Cobabus, Bibliotheksangestellter, Frankfurt
Bernhard Treutwein, Taxifahrer, München
Hiltrud Vogelbush, Bibliotheksangestellte, Frankfurt
Hannes Wager, Discjockey, Bielefeld
Guido Grünhage für: Freie Presse, alternative Stadtzeitung für Mühlheim/ Ruhr
tageszeitung, Hamburger Redaktion
"Lila Klatschmohn", Schwulenzeitung aus Westberlin
Rote Schwule Fraktion/ AO, Westberlin
Fotogruppe "Blende auf", Göttingen
AStA der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Landau/Pfalz
Theologenkollektiv Katlenburg

Dänemark

Bernhard Baunsgaard, Abgeordneter der "Radikale Venstre" im dänischen Parlament
Grete Carlsson, Stadträtin, Kopenhagen
Siegfried Christiansen, Sekretär, Kopenhagen
Rolf Dressler, Stadtrat, Kopenhagen
Kurt Hansen, Mitglied des Folketinget (dän. Parlament)
Ole Erik Hansen, Vorstandsmitglied des dän. Studentenverbandes
Kirsten Juul, Lehrerin, Kopenhagen
Nana Mikkelsen, Stadträtin, Kopenhagen
Daniel Mottelson, Vorstandsmitglied des dän. Studentenverbandes
Hans-Jörgen Nielsen, Schriftsteller und Mitglied des dän. Pen-Clubs, Vanlöse
Ib Nörlund, DKP-Abgeordneter im dänischen Parlament
Henrik Piet, Vorsitzender des dän. Studentenverbandes
Villo Sigurdsson, Bürgermeister, Kopenhagen
Poul Iven Hejlskov Sorensen, Vorstandsmitglied des dän. Studentenverbandes
Ebba Strange, Abgeordnete der "Socialistisk Folkeparti" im dän. Parlament
Carl Thio Tyroll, Mitglied des Folketinget (dän. Parlament)
Mikael Waldorff, Mitglied des Folketinget (dän. Parlament)
Verlag Demos, Kopenhagen
KobenhavnsBogcafe, internationaler sozialistischer Buchladen
Redaktion der "politisk revy", Kopenhagen

Niederlande

Hans van den Boos, Entomologe, Haarlem
Marten Donma, Lehrer, Amsterdam
Joost Kircz, Chemiker, Amsterdam
Marie Lindelauff, Gruppenleiterin, Nijmegen
R. Visser, Dozent, Leiden
L. Weinsmann, Soziologe, Nijmegen

Wir bedanken uns ausdrücklich beim "Internationale Kommunisten Bond" (IKB), der die Protesterklärung ins Niederländische übersetzt hat und sich kräftig in der Unterschriftensammlung engagiert: fast 250 Unterschriften haben wir aus den Niederlanden neu hinzubekommen.

Ein Göttinger Genosse

Zum Prozeß gegen Kai Ehlers schickte ein Göttinger Genosse eine Karte: *„Als Betroffener im Göttinger Buback-Nachruf-Verfahren und gleichwohl als dem KB skeptisch gegenüberstehend, möchte ich doch meine Solidarität Dir gegenüber bekunden. Die Anklage gegen Dich bezüglich der ungeklärten Todesursachen der Stammheimer Häftlinge ist ein Skandal. Ich bin zwar bis heute nicht von einer bestimmten Version der Ereignisse überzeugt, aber gerade die offenen Fragen [z.B. wo kann man trotz regelmäßiger Zellendurchsuchungen Spachtelmasse für Wandaushöhlungen verstecken] begründen Euren Verdacht gegen die ‚Selbstmord'-These staatlicherseits. Dies strafprozeßmäßig zu verfolgen ist 'ne Sauerei, die in Westeuropa wohl nur in der BRD [schon wieder!!!] möglich ist.*

Grüße und viel Glück
Jürgen

Werner Schlegel

Gewaltverherrlichung

für Jürgen Reents
und Kai Ehlers

1
"man hat sich gedanken gemacht,
gefangene
zu exekutieren;
da
kann ich nur sagen:
na und?"

sagte der staatsanwalt
Reumann im stattfindenden
eine-zensur-
findet-nicht-statt-prozess
gegen den verleger
Jürgen Reents
zu Hamburg
der freien
freien hansestadt 1)

2
man hat sich gedanken gemacht
staatsanwälte
zu exekutieren
da kann ich nur sagen:
na und?

dachte der verfasser
bei lektüre
des geschichtsträchtigen
juristischen gesinnungsblitzes

und wartet nun
neugierig darauf
ob er
oder *der*
ein ermittlungsverfahren
nach 88 a
um den hals gelegt kriegt

weil er
gefangener *ist*

1) 22.2.79 – J. Reents, der durch die Herausgabe des Buches RUSSEL-Reihe Nr. 5 den Staat, also das Volk, dessen Teil er ist, also sich selbst, verunglimpft haben soll.

Solidarität

„radikal", Westberlin

Einen sehr ausführlichen und informativen Artikel über die (mittlerweile durch Prozeßeinstellung geplatzte) Anklage gegen die Stammheim-Berichterstattung im AK brachte die Westberliner "radikal" in ihrer Ausgabe vom 27. April (Nr. 59/60). Der Artikel schloß mit den Sätzen: *"Es bleibt zu hoffen, daß dieser Prozeß von der linken und liberalen Öffentlichkeit nicht genauso verdrängt wird, wie die 'Wunder von Stammheim und Stadelheim', deren Aufklärung heute von kaum jemand mehr gefordert wird."* Angekündigt wird, daß in der nächsten Ausgabe der "radikal" ein *"Artikel über die Entwicklung des westdeutschen 'Strafvollzugs' nach dem deutschen Herbst"* erscheinen soll, *"um aufzuzeigen, daß Stammheim und Stadelheim keine 'spektakulären Einzelfälle' waren, die nur noch Geschichte sind".* Es ist zu hoffen, daß noch andere Zeitungen diesem Beispiel folgen und den Schleier (huch!) über dem westdeutschen "Strafvollzug" und seine "Wunder" lüften helfen.

„Da Gablmoo", Bamberg

In der Mai-Ausgabe der Bamberger Stadtzeitung "Dä Goblmoo" heißt es in einer Bekanntmachung der 90a-Anklage gegen den ARBEITERKAMPF: *"Es muß ... zum Beispiel in Bezug auf Stammheim möglich sein, jede Hypothese zur Diskussion zu stellen, ohne daß sie strafrechtlich verfolgt wird."*

tageszeitung

Die "tageszeitung" informierte am 23.4. über den Prozeß gegen Kai Ehlers. Die "taz" schrieb u.a.: *"Die Anklage ist eine Provokation; sie zeigt die arrogante Selbstsicherheit der westdeutschen Staatsschützer, die auf die 'Zuverlässigkeit' der Justiz bauen, indem sie Zweifel an der staatlichen Version der 'Selbstmorde' in Stammheim und an der staatlichen Version der 'Selbstmorde' in Stammheim und Stadelheim bestrafen wollen, die in ausländischen Zeitungen öffentlich diskutiert wurden. Wie die Gefangenen im Herbst 77 zu Tode kamen, ist noch nicht geklärt! Anhaltspunkte, die gegen die S.M.-Theorie sprechen, gibt es mehr als genug."*

BASE-FUT, Portugal

In einer Solidaritätserklärung der linken portugiesischen Basisorganisation BASE-FUT, der 50 Unterschriften beigefügt sind, heißt es u.a.: *"Die Bewegung BASE-FUT ist sich bewußt, daß sich in letzter Zeit die Angriffe der sozialdemokratischen Regierung auf die demokratischen Freiheiten – insbesondere die Pressefreiheit – in der BRD verstärkt haben. Gegen diese Repression bringt BASE-FUT ihre lebhafte Abscheu zum Ausdruck."*

„New Statesman" und „The Leveller", London

Mit sieben Unterschriften von der Redaktion des "New Statesman" und der Unterschrift von Phil Kelly für "The Leveller", beide in London, erreichte uns folgende Erklärung: *"Die Unterzeichner haben mit Bestürzung vom dem Prozeß gegen den Journalisten-Kollegen Kai Ehlers wegen angeblicher 'Staatsverunglimpfung' erfahren. Soweit uns bekannt ist, gibt es in den Gesetzen Großbritanniens keinen vergleichbaren Paragraphen, und wir meinen, daß es dafür auch gar keinen Bedarf gibt. Wir betrachten den Prozeß gegen unseren Kollegen als einen direkten Angriff auf die Pressefreiheit in der BRD und fordern seine sofortige Einstellung."*

Norbert Cobabus

Einen längeren Solidaritätsbrief schrieb uns Norbert Cobabus, Personalratsvorsitzender der Deutschen Bibliothek in Frankfurt und Sprecher eines Arbeitskreises gegen Zensur und Gesinnungsschnüffelei in Bibliotheken. In dem Brief heißt es u.a.: *"Die Beurteilung dieser Prozesse stellt sich für mich nicht unter dem Gesichtspunkt, ob und inwieweit ich mit der im "Arbeiterkampf" und dem Buch geäußerten Auffassungen übereinstimme. Es geht bei diesen wegen "Staatsverleumdung" (§ 90a StGB) angestrengten Verfahren vielmehr darum, kritische Meinungen, also Meinungen, die nicht mit den von den Herrschenden gewünschten Auffassungen übereinstimmen, zum Schweigen zu bringen. ... Die Fülle der ... zu Tage gekommenen Einschränkungen von Grundrechten, die Tendenzen eines sich immer mehr entwickelnden einseitig ausgerichteten Überwachungsstaates, in dem sich immer stärker neofaschistische Tendenzen ausbreiten, sind unübersehbar. Deshalb ist es umso notwendiger, daß sich Verlage wie der J. Reents-Verlag gerade mit dieser Problematik auseinandersetzen, unabhängig davon, wie weit man jeden einzelnen Punkt ihrer Interpretation teilt oder nicht."*

„Stadtpost", Hannover

"Bundesdeutsche Polizei in Aktion, Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes – wer hat da nicht schon mal den Vergleich mit Deutschlands brauner Vergangenheit gezogen? Damit soll jetzt Schluß sein! Nein, nicht mit Bullen- und Spitzel-Unwesen, sondern mit dem Vergleich BRD – Drittes Reich." Mit diesen Sätzen beginnt ein Artikel in der Hannoveraner Alternativzeitung "Stadtpost" (März-Ausgabe) über den "Russel-5-Prozeß". Er trägt die Überschrift: " *'Das ist ja wie bei Adolf!' Darf man das bald nicht mehr sagen?"* Weiter heißt es: *'Adolf!' Darf man das bald nicht mehr sagen?"* Weiter heißt es: *"Auch wenn man der politischen Einschätzung des KB von der 'schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft' nicht folgt, der § 90a-Prozeß geht alle Demokraten an".*

Die "Stadtpost" erwähnt auch, daß *"schon viele Menschen und Gruppen aus dem In- und Ausland gegen den Prozeß protestiert"* haben, und schließt daran die Worte: *"Hoffentlich hilft's!"*. Das tut's!

„Spectrum", Nürnberg

In der März-Ausgabe der Nürnberger Jugendzeitung "Spectrum", die in einer Auflage von 10.000 Exemplaren herausgegeben wird, erschien ein längerer Bericht über den Zensurprozeß gegen das "Russell-Buch 5". Die vielen Solidaritätserklärungen aus dem In- und Ausland, heißt es dort, *"sollten auch den Leuten, die sich nicht mit den Inhalten des Buches identifizieren können, ... einen Denkanstoß geben".*

lotta continua, Italien

Die Redaktion der linken italienischen Tageszeitung „lotta continua" hat in ihrer Ausgabe vom 5. Mai dazu aufgerufen, *„Briefe, Telegramme und Karten nach Hamburg zu schicken, in denen die Freisprechung des Genossen Reents von allen Meinungsdelikten, derer er beschuldigt ist, gefordert wird". „Es ist nötig, Jürgen unsere Solidarität mitzuteilen und dem Gericht klarzumachen, daß dieser Prozeß auch im Ausland verfolgt wird",* heißt es weiter. Schon wenige Tage danach kam eine sehr liebe Karte einer Genossin aus Brescia an.

Chris Farley, Russell Peace Foundation, London

Chris Farley, Direktor der Bertrand Russell Peace Foundation (Bertrand Russell Friedens-Stiftung), schickte am 6. Mai folgende Erklärung: *„Der Hamburger Journalist Kai Ehlers wird vom Strafgericht wegen angeblicher ‚Staatsverunglimpfung' nach § 90a des Strafgesetzbuches verfolgt. Sein Verbrechen ist, daß er Ende 1977 die offizielle Regierungsversion über den Tod der Gefangenen von Stammheim und Stadelheim anzweifelte.*

Er steht mit seinen Zweifeln nicht allein — sie werden überall in der Welt von Beobachtern geteilt, die bemerkt haben, daß keine glaubwürdige unabhängige Untersuchung dieser Todesfälle erlaubt wurde. Aber in der Bundesrepublik Deutschland können Zweifel als Verbrechen gelten. Versuche, die Bürger mit Hilfe der Gerichte anzuweisen, was sie denken dürfen, werden jedoch unweigerlich scheitern. Keine Regierung, die sich selbst durch verschwommene Gesetze gegen ‚Staatsverunglimpfung' zu schützen versucht, wird mit der Anwendung dieser Gesetze gegen die Bürger gut fahren. Solche Gesetze sind in einer freiheitlichen Demokratie nicht nötig, sondern sie bedrohen die bürgerliche Freiheit.

Die Anklage gegen Ehlers muß fallen gelassen und Pressefreiheit erlaubt werden.

Chris Farley"

AGAV Presseerklärung

Vor 46 Jahren, am 9. Mai 1933, fielen die Bücher von Heine, Tucholsky, Kästner, Dostojewsky und dutzender anderer Schriftsteller den Vernichtungsfeuern der Nazis zum Opfer.

Die Kulturkommission der AGAV (Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren) hat auf ihrer Sitzung am 5. und 6. Mai mit tiefer Besorgnis die zunehmenden Tendenzen der Beschneidung von Presse- und Meinungsfreiheit diskutiert. Tendenzen, die im Herbst des vergangenen Jahres den Verband deutscher Schriftsteller (VS) dazu veranlaßten, eine Kommission zum Schutz des Buches einzurichten. Seit der Einführung des Strafrechtsparagraphen 88a häufen sich die staatlichen Repressionen gegen Verleger, Schriftsteller, Drucker, Buchhändler und Vertriebe. Sie führen in der Konsequenz zu Staatshörigkeit und Duckmäusertum.

Nach Angaben des Bundesjustizministeriums laufen in der Bundesrepublik über 1000 Ermittlungsverfahren oder Prozesse wegen angeblicher Verstöße gegen die Paragraphen 88a und 90a des Strafgesetzbuches.

Kritische Bücher sollen durch die Anwendung dieser Paragraphen aus dem Verkehr gezogen und deren Verleger und Autoren sowie die Buchhändler, die „verbotene" Bücher vertreiben, empfindlich bestraft oder hinter Gitter gebracht werden.

Während es heute möglich ist, daß Nazimörder wegen angeblichem Beweismangel freigesprochen werden, müssen wir registrieren, daß grundlegende demokratische Rechte Schritt für Schritt beschnitten werden und breite Teile der Medien dies nicht registrieren oder stillschweigend hinnehmen.

Andererseits kann ein CDU-Abgeordneter in Bremen ungestraft äussern, daß der die Gedichte von Erich Fried lieber verbrannt sehen möchte.

Die Fernsehserie „Holocaust" hat gerade unter den Jugendlichen tiefe Betroffenheit erzeugt, eine Betroffenheit, die durch das Unwissen über die Schreckensherrschaft der Nazis hervorgerufen wurde. Angesichts dieser Erfahrung und der deutschen Geschichte und Vergangenheit ist es die Pflicht der Journalisten und Schriftsteller, unbequem zu sein; vor Kadavergehorsam und Unrecht zu warnen.

Was ist das für eine Demokratie, die unbequeme Meinungen gesetzlich beseitigen will?

Wir wehren uns deshalb entschieden gegen alle Versuche staatlicher Organe, die Freiheit der Kunst und des Wortes zu verbieten, in sie hineinzuregieren und damit öffentliche Diskussionen über kontroverse Standpunkte und Kritiken gesetzlich verbieten zu wollen.

AGAV-Kulturkommission

Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim/Stadelheim"

Am 26.4.79 begann vor dem Amtsgericht Hamburg der Staatsverleumdungsprozeß gegen Kai Ehlers, der als presserechtlich Verantwortlicher des ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes, im November 1977 Zweifel an den „Selbstmorden" von Stammheim und Stadelheim äußerte. Die Staatsanwaltschaft wollte die angebliche Unbezweifelbarkeit der staatlichen „Selbstmord"-These mit der Einstellungsverfügung aus dem Stammheimer Todesermittlungsverfahren beweisen. Der Prozeß wurde noch am selben Tag auf Antrag der Staatsanwaltschaft nach § 154, Absatz 2 der StPO vorläufig eingestellt.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft wurde n a c h der Erklärung von Kai Ehlers gestellt und n a c h der mündlichen Begründung eines Antrags von RA Heldmann auf Beiziehung der Stammheimer Todesermittlungsakten, als deutlich wurde, daß die Staatsanwaltschaft die in der Einstellungsverfügung behauptete Unbezweifelbarkeit der „Selbstmorde" an Hand der Ermittlungsakten würde überprüfen und beweisen müssen. RA Heldmann hatte deutlich gemacht, daß es in den Stammheimer Ermittlungen haarsträubende Widersprüche gebe, die nur durch Beiziehung der Akten zu klären seien.

Die vorläufige Einstellung nach § 154 StPO erscheint vor diesem Hintergrund als ein juristischer Trick, mit dem die Staatsanwaltschaft möglichst „elegant" aus einem Verfahren aussteigt, das dazu führen könnte, daß einer interessierten Öffentlichkeit die Unhaltbarkeit der angeblich unbezweifelbaren „Selbstmord"these allzu deutlich gemacht werden könnte.

Dieser Abschluß des Verfahrens ist für die demokratische und für die linke Öffentlichkeit eine Ermutigung und eine Aufforderung, erneut und mit aller Kraft gerade die Aufklärung der Vorfälle von Stammheim und Stadelheim zu betreiben, die hier so unübersehbar verhindert werden soll: zunächst durch den Prozeß selber, nun durch seine eilige Einstellung!

Wir haben deshalb für die Presse und für die interessierte Öffentlichkeit eine Arbeitsmappe zusammengestellt.

Sie enthält:
- **die Anklageschrift,**
- **die persönliche Erklärung von Kai Ehlers,**
- **den Aktenbeiziehungsantrag von RA Heldmann,**
- **den Einstellungsantrag der Staatsanwaltschaft,**
- **einen ersten Kommentar der „Umschau am Abend" des NDR**

Sie kann gegen einen Betrag von 5,– DM beim
Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50 bestellt werden
(Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Kto.-Nr. 2405 95-203)

Wir machen darauf aufmerksam, daß weiteres Informationsmaterial (damalige Berichterstattung des ARBEITERKAMPF, die Anklage, der Stammheimer Einstellungsbescheid u.a.m.) in einer Dokumentation zusammengefaßt sind: „Die Wunder von Stammheim vor Gericht – Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord", – zu bestellen ebenfalls beim
Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; 4,– DM.

STERN-Redakteur wegen

STERN-Redakteur wegen Stammheim-Recherchen zu 10 Monaten Knast verurteilt!

Die 5. Kammer des Landgerichts in Stuttgart hat in zweiter Instanz den Redakteur Tränkner wegen angeblicher Bestechung zweier Justizbeamter des Stammheimer Todesknastes zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, die bei einer Geldbuße von 25.000 DM auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt sind. Die Strafkammer betonte, Tränker habe *„recht skrupellos"* den Knastbullen große Geldbeträge *„für eine Verletzung der Dienstpflicht angeboten."*

Der „Stern" hatte Tränkner zwei Tage nach der Todesnacht im Herbst '77 beauftragt, Informationen ranzuschaffen. Das baden-württembergische Justizministerium verweigerte ihm jegliche Aussage zu diesem frühen Zeitpunkt. So legte der Redakteur seinen Fragenkatalog zwei Knastbullen vor *„und sicherte ihnen* (im Auftrag des „Stern" natürlich, die AK-Red.) *ein Honorar von 20.000 bis 25.000 DM sowie die Geheimhaltung ihrer Nahmen zu"* („SZ", 20.4.79). Die Bullen lehnten ab.

Für das Gericht war es überhaupt nicht von Belang, daß aufgrund der verhängten Nachrichtensperre über andere Wege kaum Informationen zu bekommen waren: *„Das ist kein Fall, in dem das Informationsrecht der Presse eine Rolle spielt"*, heißt es in der Urteilsbegründung. Und weil das so sei, bleibe da eben nur noch das Delikt der „Beamtenbestechung". Also ein ganz „normaler" Prozeß mit einem „normalen" Urteil, wodurch das Urteil der ersten Instanz noch um drei Monate gesteigert wurde.

Der Redakteur hat Revision angekündigt.

Wo ansonsten Henry Nannen jede Gelegenheit ausnutzt, bei Auseinandersetzungen um Artikel des „Stern", sich auf die Pressefreiheit zu berufen, wollen die Anwälte in der Revision nur klären lassen, *„... ob es bei kleinen Beamten als Bestechung gilt, wenn eine Zeitung sie gegen eine Zusage von Informationshonorar nach ihren persönlichen Erfahrungen befragt, während hochgestellte Geheimnisträger bis zum Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ihre Memoiren gegen klingende Münze verwerten dürfen."* Während die Justiz wieder einmal jemanden hart dafür bestrafen will, daß er die „Nachrichtensperre" zu Stammheim nicht beachtet hat und damit Widerstand gegen diese Untergrabung der Pressefreiheit der juristischen Verfolgung aussetzt, schweigt die bürgerliche Presse und nimmt den Ball (an dem sie sich auch mal verschlucken wird) auf.

Es wäre interessant zu erfahren, welche Position die DJU (Deutsche Journalisten Union) einnehmen wird, hat sie sich doch bisher uneingeschränkt zur Pressefreiheit bekannt, gilt das bei Stammheim nicht auch?

„SPD und Frauenpolitik das geht nicht!"

Interview mit Eva Rath, ehemalige 2. Landesvorsitzende der ASF Schleswig-Holstein

Am 1. Mai trat Eva Rath aus der SPD aus. Sie war bis zum Tage ihres Austritts 2. Landesvorsitzende der ASF und Gemeindevertreterin in Kronshagen bei Kiel. Ihr Mandat in der Gemeindevertretung legte sie nieder. Eva ist 48 Jahre alt und hat 6 Jahre lang aktiv in der SPD gearbeitet. Bis zu den ersten scharfen Auseinandersetzungen in der SPD Schleswig-Holstein um die Frauenarbeit war sie „überzeugte Sozialdemokratin". Heute versteht sich Eva als Feministin.

Nach dem Landesparteitag im Juni, als die Liste für die Landtagswahlen aufgestellt wurde, kam das Faß zum Überlaufen: nur 3 von 50 Plätzen entfielen auf Frauen. Die von der ASF vorgeschlagene Landesvorsitzende Edith Mecke-Harbeck wurde nicht nominiert. Der ASF-Landesvorstand erklärte, die Unterdrückung der Frauen in der SPD nicht länger hinzunehmen und kündigte für den Fall, daß sich weiterhin nichts ändert, den Austritt an.

In der Folgezeit setzten die Frauen durch, daß sie erstmalig einen Frauenwahlkampf führen konnten, der nicht vom Landesvorstand der SPD abgesegnet zu werden brauchte. Außerdem erhielten sie erstmalig Gelder dafür. Eva Rath war wesentlich beteiligt an der programmatischen Ausrichtung des Landtagswahlkampfs, der unter dem Motto „Eva Offensiv" geführt wurde. Zu den Veranstaltungen wurden örtliche Frauengruppen eingeladen, es gab Veranstaltungen mit Alice Schwarzer und Schneewittchen.

Gemeinsam mit autonomen und LDU-Frauengruppen wurde eine Broschüre zur Handhabung des § 218 in Schleswig-Holstein herausgegeben. Die ASF machte Kampagnen gegen die Rollenerziehung von Jungen und Mädchen, gegen Wehrkunde und Kriegsspielzeug, gegen Kernenergie, sie initiierte eine Demonstration gegen Frauenarbeitslosigkeit und Leichtlohngruppen.

AK: Warum bist Du aus der SPD ausgetreten, was war der aktuelle Anlaß?

E.R.: *Eigentlich gab es in der jüngsten Zeit keinen besonderen Anlaß, sondern Grund sind die permanenten Auseinandersetzungen mit der Bundes-ASF und dem SPD-Landesvorstand. Dadurch bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß feministische Politik in der SPD nicht machbar ist und habe die Konsequenzen gezogen. Die Bundes-ASF hat uns wegen unserer gesamten Haltung immer wieder angegriffen: wir würden uns in eine „feministische Abseits-Position" bringen, wir sollten doch die Partnerschaft sehen, Hand in Hand mit den Männern – das sei unsere Aufgabe. Ich weiß, was dieses „Hand in Hand" heißt: Frauen strömen in die Partei, weil sie meinen, hier sei Frauenpolitik möglich. An der Basis arbeiten dann auch viele Frauen aktiv, aber nach oben hin wird es immer dünner.*

Schon vor mehrern Monaten hatten wir den Vorschlag gemacht für eine autonome Organisierung der Frauen in der SPD, aber da war kein Durchkommen. Wir stießen nur auf Granit. In den Auseinahdersetzungen mit der Bundes-ASF ging es immer wieder um die grundlegende Veränderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft. Wir haben uns z.B. für ein Erziehungsgeld eingesetzt, was heißt, daß Mann oder Frau nach der Geburt des Kindes drei Jahre lang Kündigungsschutz hätten und ihr Gehalt weiterbekämen. Uns wurde jedoch vorgehalten, daß das ein fal-

heißt, daß Mann oder Frau nach der Geburt des Kindes drei Jahre lang Kündigungsschutz hätten und ihr Gehalt weiterbekämen. Uns wurde jedoch vorgehalten, daß das ein fal-

scher Ansatz wäre, es käme darauf an, das „Recht auf Arbeit durchzusetzen". Aber den Frauen wird keine Arbeit gegeben, und der Kreislauf ist immer wieder derselbe: Frauen kriegen Kinder, sind verantwortlich für die Erziehung, können nicht in den Beruf zurück, bekommen keine Rente, sind damit völlig abhängig vom Mann.

Daß wir solche Fragen und die Rollenerziehung zu einem Schwerpunkt des Wahlkampf machten, konnten die Männer in der SPD nicht begreifen. Da hieß es dann wieder: Hand in Hand ... Wäre es bei der Durchforstung von Schulbüchern auf reaktionäre und frauenfeindliche Inhalte hin stehengeblieben, wäre für die Männer die Welt in Ordnung gewesen, daß aber grundsätzlich an der Rolle der Frau in dieser Gesellschaft gekratzt werden sollte, wollte keiner verstehen.

Ich möchte ein paar Beispiele nennen, wie Frauenarbeit in der SPD behandelt wird. Im September hatten wir unser zweites Gespräch beim SPD-Landesvorstand über Frauenfragen. Das war eine Provokation: drei Männer diskutierten mit uns, die anderen guckten gelangweilt in die Luft – es war kein Interesse vorhanden. Wenn es um die Küstenautobahn oder das Werftenprogramm geht, dann sind sie Experten, aber hier hören sie nicht einmal zu. Danach gingen wir aber erst richtig los, und wir setzten auch durch, daß wir zum erstenmal einen eigenständigen Wahlkampf führen konnten. Den Ausschlag dafür, daß wir diesen feministischen Ansatz entwickelten, war der Landesparteitag im Juni geworden, als es um die Aufstellung der Liste für die Landtagswahlen ging. Wir wollten, daß Edith Mecke-Harbeck nominiert wurde, was aber nicht durchkam. Überhaupt wurden Frauen kaum berücksichtigt. Nur drei Frauen kamen auf die Liste. Daraufhin verfaßten wir unsere Erklärung „Schwestern zur Sonne zur Freiheit", in der wir deutlich machten, daß für Frauen in der SPD kein Platz mehr ist, wenn das so weitergeht. Die „Wir"-Redaktion (Anm. AK: Die „Wir" ist die Mitgliederzeitschrift der SPD Schleswig-Holstein), *die aus 16 Männern und einer Frau besteht, weigerte sich, die Erklärung zu drucken.*

„Wir"-Redaktion (Anm. AK: Die „Wir" ist die Mitgliederzeitschrift der SPD Schleswig-Holstein), *die aus 16 Männern und einer Frau besteht, weigerte sich, die Erklärung zu drucken.*

Wir haben dann jedoch beim SPD-Landesvorstand Krach geschlagen, bis die Erklärung abgedruckt wurde.

AK: Angesichts des Wahlkampfs konnten Frauen den Eindruck bekommen, daß Eure Politik von der SPD mitgetragen wird und daß somit Frauenpolitik in dieser Partei möglich ist.

E.R.: *Ja, unter dem Mantel des Wahlkampfs ist vieles an Widersprüchen zugedeckt worden. Aber die Abrechnung mit dem Feminismus in der Partei wird jetzt nach den Wahlen kommen. Da bin ich ganz sicher. Das ist ja der Widerspruch: mit unseren Veranstaltungen haben wir viel Zuspruch außerhalb der Partei, aber in der SPD stoßen wir auf Widerstand.*

Das war auf der letzten Landeskonferenz der ASF am 31. März schon offensichtlich. Es war kurz davor, daß gegen den ASF-Landesvorstand ein Mißtrauensantrag gestellt wurde. Darauf ist wegen des Wahlkampfs verzichtet worden. Auf dieser Landeskonferenz gab es eine Kampfabstimmung über die sogenannte Quotierung, d.h. Besetzung der Parteigremien mit Frauen entsprechend ihrer Mitgliederzahl in der Partei. Dieser Antrag wurde mit 54:52 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Bei der Ablehnung der Quote – mittlerweile würde ich auch sagen, daß die Quote allein nichts ändern würde – ging es aber um die Abrechnung mit unserer gesamten Politik. Immer wieder wurde argumentiert, Anträge seien zu spät eingereicht worden, die Basis hätte noch nicht beschlossen. Z.B. gab es eine Kontroverse mit Heide Simonis (Anm. AK, schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete) *um den Antrag zur Kernenergie: beschlossen wurde auf dem Kongreß die Forderung nach Stillegung aller Atomanlagen und Einstellung des Atomprogramms. Gerade Heide Simonis hatte immer wieder auf die notwendige Diskussion an der Basis verwiesen, bis sie jedoch gefragt wurde, wo sie denn war, als im Bundestag über den Schnellen Brüter abgestimmt wurde. Damals wurde auch nicht der Landesverband befragt, der sich doch gegen den Bau des Schnellen Brüters ausgesprochen hatte.*

Nach dem Kongreß wurde deutlich, daß viele Frauen unzufrieden sind in der SPD, aber viele haben eben doch immer noch die Hoffnung, daß sich Frauenpolitik hier realisieren ließe und ziehen nicht die Konsequenzen. Allerdings gibt es eben auch einen großen Teil, die die offizielle SPD-Politik von „Partnerschaft" usw. mittragen.

AK: Du hast die Kernenergieauseinandersetzungen erwähnt. War diese und andere Fragen für Dich auch Grund für den Austritt?

E.R.: *Die SPD ist schon bürokratisch erstarrt, d.h. da sitzt man seine Zeit ab – progressive Politik ist kaum durchsetzbar. Bei der Auseinandersetzung um die Bundestagsabstimmung über den Schnellen Brüter war ich auch schon kurz vor dem Austritt. Da wird erst großartig der Widerstand gegen Kalkar angekündigt und dann stehen die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten wie ein Mann für den Schnellen Brüter. Und wenn Harrisburg nicht gewesen wäre, hätte Matthiesen wohl nicht so eindeutig gegen Brokdorf*

steinischen Bundestagsabgeordneten wie ein Mann für den Schnellen Brüter. Und wenn Harrisburg nicht gewesen wäre, hätte Matthiesen wohl nicht so eindeutig gegen Brokdorf

Stellung bezogen. Es wird also eine ständige Schaukelpolitik betrieben und „taktische Rücksichtnahme" verlangt. Da heißt es dann: da sitzt einer von der ÖTV im Aufsichtsrat, da müssen wir uns in unseren Forderungen etwas zurückhalten.

AK: Du verstehst Dich als Feministin, verstehst Du Dich auch als Sozialistin?

E.R.: *Ich bin totale Gegnerin des kapitalistischen Systems, aber auch in den sozialistischen Ländern ist die Diskriminierung der Frauen nicht aufgehoben. Deswegen muß der Ansatz zur Veränderung der Gesellschaft von den Frauen kommen. Die Frauenunterdrückung ist kein Nebenwiderspruch. Mein Ziel ist eine Gesellschaft, wo es echte Gleichberechtigung gibt: in der Politik, Kultur, Medien und überall.*

AK: Was hast Du jetzt für Vorstellungen über Deine weitere Arbeit?

E.R.: *Andere Frauen und ich sind in der Diskussion über den Aufbau einer Frauenpartei. Die Diskussion ist aber ganz am Anfang. Meine persönliche Vorstellung wäre eine Frauenpartei, die mit der Frauenbewegung eng zusammenarbeitet und die auf Bundes- und Landesebene kandidiert. Denn dort – im Bundes- und Landtag werden ja nach wie vor die Gesetze gegen oder für die Frauen gemacht. Ich glaube, daß so eine Partei bei entsprechender Programmatik auch einigen Zuspruch finden könnte.*

Auf kommunaler Ebene habe ich das, was die Bunte Liste in Hamburg z.B. macht, als sehr erfrischend empfunden: also die Beteiligung vieler Initiativen, die Unterstützung bestimmter Projekte, sei es nun das Kinderhaus oder andere. Zwischen einer Frauenpartei, wie mir sie vorschwebt und der alternativen Wahlbewegung, wird es wohl viele Berührungspunkte geben.

AK: Vielen Dank für das Gespräch.



Eva Rath trat aus der SPD aus

Bielefeld: Die Bunte Liste läuft sich warm

Ende September finden in Bielefeld Kommunalwahlen statt. Wie bereits kurz im AK berichtet wurde, hatte sich aus diesem Anlaß vor zweieinhalb Monaten eine „Initiative Bunte Liste" (IBLB) gegründet, die frischen Wind in die Lokalpolitik bringen will.

Diesem Anspruch ist die Initiative in der kurzen Zeit ihrer Arbeit bereits sehr gut gerecht geworden, wie der folgende Zwischenbericht zeigt.

In der IBLB arbeiten heute Mitglieder eines breiten Spektrums von Bürger- und Basisinitiativen mit, aus allen Anti-AKW-Gruppen, aus Anti-Repressionsgruppen, Schüler- und Frauengruppen, Kinderläden, aus dem Arbeitskreis Kirche und Gesellschaft, der Katholischen Hochschulgemeinde, dem Verband Demokraitscher Juristen, dem Arbeitskreis Psychiatrie Bethel, dem Aktionskomitee Afrika, der AUD, der Aktion Straffälligenhilfe und vielen anderen mehr. Von den politischen Organisationen arbeiten bisher KB und „KPD" mit, ausserdem sehr viele Unorganisierte.

Die Beteiligung an der Arbeit der IBLB wächst kontinuierlich an, auf dem Plenum und in den Arbeitsgruppen sind mehr als 100 Leute aktiv, der Kreis derer, die die IBLB unterstützen, liegt erheblich darüber. Für diese Interessierten wird jetzt eine Mitgliedschaft bzw. Förderermitgliedschaft in der Bunten Liste angeboten. Zwölf Arbeitsgruppen sind gegenwärtig mit der Untersuchung ihrer jeweiligen Bereiche und der Erstellung eines Programmteils für die Wahlplattform beschäftigt. Ende Mai soll endgültig über die Kandidatur im Herbst entschieden werden. Mitte Juni soll dann das Programm der Bunten Liste von einer großen Mitgliederversammlung verabschiedet werden.

Von Anfang an ist von der IBLB in die Bielefelder Politik eingegriffen worden. Eine Presseerklärung zum geplanten Regionalflughafen Nagelsholz, ein Aufruf zur Hannoveraner Gorleben-Demo sowie ein gemeinsames Flugblatt mit örtlichen Initiativen zu Harrisburg fanden breite öffentliche Resonanz.

Beim Hermannslauf am 22.4., einem traditionellen Volkslauf durch den Teutoburger-Wald, trat diesmal auch eine Bunte-Liste Team an, weithin erkennbar durch ihre T-Shirts. Gleichzeitig wurde ein Flugblatt „Wir brauchen eine Alternative" an die zahlreichen Schaulustigen verteilt.

Schon Anfang April hatte die IBLB zusammen mit dem Umweltzentrum OB Schwickert, gleichzeitig Chef der Bielefelder Stadtwerke, einen überraschenden Besuch im Rathaus gemacht.

In einer Petition wurde der OB zentrum OB Schwickert, gleichzeitig Chef der Bielefelder Stadtwerke, einen überraschenden Besuch im Rathaus gemacht.

In einer Petition wurde der OB aufgefordert, die Beteiligung der Bielefelder Stadt am AKW Grohnde nach Harrisburg zurückzuziehen. Schwickert und auch die CDU beeilten sich, in der Öffentlichkeit vor „Emotionen" bzw. „übereilten Beschlüssen" zu warnen. Damit läßt sich dieses Thema wohl kaum aus dem Wahlkampf halten.

Inzwischen haben Judos und Umweltzentrum alle Parteien und die Bunte Liste zu einer Veranstaltung zu diesem Thema eingeladen.

2.000 beim 1. Mai-Fest der Bunten Liste

Wie groß das Interesse an der Bunten Liste ist, beweist die überraschend große Teilnehmerzahl beim 1. Mai-Fest der Bunten Liste, es drängten sich rund etwa 2000 Menschen in den viel zu engen Räumen der Alten Universität. Fast alle Bielefelder Initiativen hatten ihre Stände aufgebaut, neben einem Kinderprogramm, viel Musik und einem bissigen Theaterstück der „Schaulust" (Bielefeld-Revue) informierten die alternativen Listen aus Bielefeld, Hamburg und Westberlin über ihre Arbeit. Noch nie hat es in Bielefeld ein 1. Mai-Fest mit so vielen Besuchern gegeben!

Die Bunte Liste hatte auch zur Demo des DGB aufgerufen, zu der etwa 3000 Menschen gekommen waren, etwa die Hälfte davon Linke. OB Schwickert, der Bielefelder DGB-Vorsitzende und Europakandidat der SPD, Schmitt und NRW-Ministerpräsident Rau sprachen über das „Europa der Arbeitnehmer". Besonders Starredner Rau mußte einige Federn lassen. Weite Passagen seiner Rede gingen in einem wütenden Pfeifkonzert unter. Lokalchefredakteur Gerke von der „Neuen Westfälischen" meinte unter den „Störern" das Hauptkontingent bei der Bunten Liste ausmachen zu können.

Wie geht's weiter?

Die Bunte Liste hat sich weitere Schwerpunkte in ihrer Öffentlichkeitsarbeit gesetzt. Jeden Samstag wird ab sofort ein Infostand in der Fußgängerzone aufgebaut, vielfältige Aktionen sind zum traditionellen Leinewebermarkt vom 25.-27. Mai geplant. Dieses Fest zieht jedesmal Zehntausende von Bielefeldern an. Bis dahin soll die Nr. 1 der Bunten Liste Zeitung fertig sein.

Die Bunte Liste trifft sich jeden Freitag um 19.30 Uhr im Umweltzentrum, Friedrichstr. 52-54. Alle 14 Tage wird zu einem inhaltlichen Thema informiert.

Kontaktadressen der BL sind:

Detlef Freienstein
Rohrteichstr. 32
4800 Bielefeld 1
Tel. 0521/179125

Detlef Freienstein
Rohrteichstr. 32
4800 Bielefeld 1
Tel. 0521/179125

und

Helmut Ostermeyer
Am Gottesberg 27
4800 Bielefeld 1
Tel. 0521/100707

Buchbesprechung: Alternativen zum Atomstaat

Dieses Buch enthält unterschiedliche Stellungnahmen von Personen, Organisationen, Alternativen Listen usw. zu den verschiedenen Fragen der Alternativ- und Ökologiebewegung.

Der Herausgeber Jan Peters (Redakteur beim „Nonkonform-Dienst") will mit diesem Buch einen Überblick über die Alternativbewegung und die dort bestehenden verschiedenen Ansichten geben.

Im Kapitel zur Ökologiebewegung nimmt W. Sternstein vom BBU Stellung zu den von ihm angestrebten Zielen wie Gewaltlosigkeit und Überparteilichkeit von BIs. In dem gleichen Kapitel ist auch ein Artikel aus dem ARBEITERKAMPF „Wie geht es weiter mit der Anti-AKW-Bewegung" nachgedruckt. In dem Buch sind 14 verschiedene Grundsatzerklärungen zu Alternativen Wahllisten von den Listen selber oder von Organisationen wie BBU, SB, AUD dokumentiert.

Zur Politik der GLU/Niedersachsen ist eine Zwischenbilanz von H. Bergengruen, der in der Zwischenzeit aus der GLU/N ausgetreten ist, abgedruckt. Er behandelt die Auseinandersetzungen der rechten und linken Strömungen. Dabei weist er an praktischen Beispielen nach, wie der rechte Flügel bestrebt ist, aus der GLU eine etablierte Partei zu machen und wie sie sich dabei immer mehr von der Basis entfernt. Zu den Wahlen ist außerdem ein Beitrag von Roland Vogt (BBU), eine Stellungnahme einer Berliner BI, die eine Beteiligung an der AL abgelehnte und ein Interview mit W Dombrowsky über die Politik der GLU/N abgedruckt.

Sehr empfehlenswert ist das Buch für Menschen, die sich mit den Alternativen Listen auseinandersetzen, da es unseres Wissens noch keine so ausführliche Dokumentation aller relevanten Aussagen dazu gibt.

Aber auch den grünen Spontis, die die Gefahr eines realen Öko-Faschismus nicht sehen oder wahrhaben wollen, sei das Buch dringend empfohlen: Der Autor beschreibt darin kenntnisreich die Verbindungen von rechtsextremistischen Kräften mit der Ökologiebewegung.

In einem Anhang sind Dokumente dieser Tendenzen wie von der rechten GAZ, NPD, MLD abgedruckt.

Weitere Kapitel in dem Buch sind: Marxismus contra politische Ökologie?; Alternative Lebensformen; Internationales.

Das Buch ist im Rotations-Verlag, 1 Berlin 15 erschienen und kostet DM 14,80 ISBN 3-88384-001-7 zu beziehen über Buchvertrieb Josef Wintjes, 4250 Botrop, Bahnhofstraße 42

AKW-Nein-Kommission

Bürgerpartei aus der rechten Ecke

Eine „Partei der Mitte" will die am 1. Mai gegründete Bürgerpartei (BPa) von Fredersdorf sein. Zum Gründungsdatum hatte sie nach eigenen Angaben 600 Mitglieder. Nicht gerade viel, wenn man die gut halbjährige Gründungszeit und die Tatsache berücksichtigt, daß sich allerhand Grüppchen und Personen aus dem Spektrum der „4. Partei"-Versuche seit einiger Zeit mit dem Gedanken befreunden, in einer Fredersdorf-Partei einen neuen Anlauf zu riskieren.

Fredersdorf selbst kommt zwar vom rechten Flügel der SPD, hat sich aber durch seine freimütigen Bekenntnisse, Strauß als Kanzler zu unterstützen, eindeutig auf rechtsaußen festgelegt. Aus der bürgerlichen „Mitte" sollen wohl nur die Wähler kommen. Die Gründungsmitglieder kommen von rechts bis rechtsaußen.

Als stellvertretender Vorsitzender fungiert **Kaminski**, vormals GAZ-Vize. Kaminski soll vom Namen her ein wenig Umweltschutz und Ökologiedenken in der BPa verkörpern. Seine kurze Laufbahn in der GAZ wies ihn als rechten Opponenten des GAZ-Gründers und Ex-CDUler H. Gruhl aus.

Als ebenfalls stellvertretende Vorsitzende taucht **Elke Hunsicker** auf. Sie war (oder ist noch) nicht nur zweite Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung im Saarland, sondern war (oder ist auch noch) Vorsitzende des CSU-Freundeskreises dern war (oder ist auch noch) Vorsitzende des CSU-Freundeskreises im Saarland. („Rheinischer Merkur", 26.1.79).

Im Präsidium der BPa sitzt ein Herr **Döbertin**. Er spielte eine führende Rolle in der Fritz-Erler Gesellschaft, die auf dem Rechtsaußen-Flügel der SPD agiert. Im Wahlkampf in Schleswig-Holstein trat er verschiedentlich als Wahlredner für die CDU auf.

Mit von der Partie ist bei Fredersdorf auch der Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber, bisher Vorsitzender der SDU, eine mit CSU-Hilfe ins Leben gerufene Hilfstruppe für eine 4. Partei, an deren Spitze ehemalige SPDler mit Straußdrall standen.

Aus der CDU zur Fredersdorf-Partei kamen auch der ehemalige baden-würtembergische Landtagsabgeordnete **Wurm** und der zeitweilige Pressereferent der Stuttgarter CDU-Landtagsfraktion **Kimmich.** (FAZ, 2.5.79).

Fredersdorf reißt die Bourgeoisie nicht von den Stühlen

„*Fredersdorf ante portas: Das reißt einstweilen in Bonn niemand von den Stühlen*", heißt es in der FAZ zur BPa-Gründung. „*Tenor der Überlegungen ist, daß Fredersdorf mit seiner Partei vor einer schwierigen Durststrecke stehe . . .*", so faßt die FAZ nichtöffentliche Kommentare aus allen bürgerlichen Parteien zusammen.

Bei der SPD wird die BPa in die Reihe der seit 1970 „. . . *wieder-*
Bei der SPD wird die BPa in die Reihe der seit 1970 „. . . *wiederholt (zu) beobachtenden Operationen im Bereich der CDU/CSU*" eingereiht. Bei der SPD weist man darauf hin, daß alle diese Versuche immer über „phantastisches Geld" verfügt hätten.

Auch bei der FDP gilt die BPa als „trojanisches Pferd" der CSU. Die CDU befürchtet, die BPa würde bei Wahlen etwa 60% ihrer Stimmen von der CDU holen. Der BPa sieht die CDU deshalb „ohne Freude" entgegen. (Alle Zitate und Angaben nach: FAZ, 30.4.79).

Die CSU selber hat die BPa-Gründung nur knapp kommentiert. Der „Bayernkurier" erwähnt die BPa-Anstrengungen gegen FDP und SPD wohlwollend, sagt aber nichts über die Erfolgsaussichten der BPa. Zum Programm heißt es: „*Vieles dazu war allerdings weit verbreitetes Gedankengut der demokratischen Mitte in nicht besonders neuer Verpackung*" (12.5.79).

Die „Welt" meint: „*Programmatisch ist die BPa gegen alles, was die Bürger verabscheuen, und für alles, was man sich so wünscht.*"

Es fehle der BPa „*an einem stringenten Programm und an einem verläßlichen Unterbau.*" (2.5.79).

Insgesamt versucht das Programm an einer Reihe gängiger Protestmeinungen gegen Verbürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, zu hohen Steuern, garniert mit Anlehnungen an Umweltschutzgedanken anzuknüpfen.

So heißt es in der Präambel: „*Ausgerechnet in einer Zeit, in der durch die Verfassung die Freiheit des gerechnet in einer Zeit, in der durch die Verfassung die Freiheit des Menschen für unseren Teil Deutschlands beispielhaft geregelt ist, sehen sich die Bürger. . . geistig und körperlich durch staatliche Reglementierung und unzureichenden Schutz der Umwelt immer stärker ihrer Freiheitsräume, ihrer vollen Lebens und Überlebenschancen beraubt. Sie fühlen sich ausgeliefert, staatlich gegängelt und zunehmend entmündigt.*" (FAZ, 5.4.79).

In den konkreter gefaßten Einzelteilen des BPa-Programms kommt neben vielem Bla-Bla aber auch die reaktionäre Grundhaltung der Parteigründer zum Tragen. So wird z.B. unter dem Stichwort „Innere Sicherheit" gefordert, daß Gewalt gegen Menschen und gegen Sachen „unnachsichtig zu bestrafen" sei.

Die BPa bekennt sich auch zur „*gesamten deutschen Geschichte*" und fordert „*Stolz für das Vaterland und lehrreiche Erfahrung mit folgerichtigem Verhalten für das ganze Volk.*" (alle Angaben nach FAZ, 5.4.79).

Auch darin zeigt sich, wie sich die BPa in die „Freiheit statt Sozialismus"-Kampagne der CDU/CSU einfügen läßt. Die große Frage bleibt aber, ob mit solcher Politik außerhalb des CDU/CSU-Lagers groß Stimmen zu ziehen sind. Sollte sich in der Aufbauphase der BPa die politische Decke an Zulauf und Wählersympathie schon als zu dünn erweisen, dann wird die BPa kaum bis zu den Bundestagswahlen durchhalten. Geld und politische Unterstützung erhält im „4.Partei"-Geschäft nur der, der meßbaren politischen Einfluß erkämpft. Sekten kann die Bourgoisie auf diesem Feld nicht gebrauchen.



Patenonkel und Patenkind: Strauß und 2. Vorsitzende der Bürgerpartei Elke Hunsicker

Faschisten im Landeskoordinationsausschuß des Umweltschutztreffens Rheinland-Pfalz

Unter den Mitgliedern des Landeskoordinationsausschusses Rheinland-Pfalz, der sich auch für das Saarland mitverantwortlich fühlt, sind viele „grüne" Reaktionäre und Faschisten vertreten. Laut Stand vom 15.10.78 besteht er aus folgenden Personen:
Dr. Max Otto Brucker, Mitglied in der Frei-Sozialen-Union (FSU), langjähriges WSL-Mitglied, Kuratoriumsmitglied in der klerikalfaschistischen „Bruderschaft Salem" und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats" für die Rassisten-Gesellschaft des Krawall-Faschisten Rieger in Hamburg; Gerd Dittmann (AUD); Hans Dieckhoff (Gruppe „Neuer Tag"); Anna Maria Hauck, Mitglied der Gruppe „Weltumfassender Wille" (WGW) und der Gruppe „Volksbewegung der Vernunft und Verantwortung" (VVV); Hans Kaegelmann, Mitglied im VVV, der Gesellschaft für Lebensordnung (GfL) und des 5 % Block – und alter Vertrauter des Nazi-Propagandisten Schönborn –; Lothar Müller (FSU); Helmut Nestle (AUD); Hans Siegelkamp (VVV); Walter Thal, Mitglied im VVV und der Deutschen Bewegung für Demokratie (DBD). Schließlich noch Emmi und Winfried Tschapke, beide VVV.

Im Ausschuß sind also Vertreter aus AUD, DBD, Deutscher Naturheilbund (DNB), FSU, 5 % Block, GFL, Neuer Tag, VVV und WGW. Auf der konstituierenden Sitzung war neben der Bürgeraktion Atomschutz Mittelrhein und Gruhls GAZ **auch die NPD-Jugendorganisation JN vertreten.** Im Protokoll von Hans Kaegelmann wird das ausdrücklich vermerkt. Ebenso vermerkt sind die Organisationen, die durch Vorstandsmitglieder außerhalb von Rheinland-Pfalz vertreten waren, nämlich die Europäisch-Föderalistische Partei (EFP) durch ihren Bundesvorsitzenden, die GLU durch ihren Vorsitzenden für die BRD, Niedersachsen, Baden-Würtemberg und Hessen, nach diesen Kriterien also durch Georg Otto **und schließlich die „Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte", in der Nazi-Schönborn maßgeblich mitwirkt.**

Im 5 % Block arbeiten Faschisten mit, in nicht genau abzuschätzendem Maße auch in der FSU. Auffällig an der Liste ist die Konzentration von VVV-Mitgliedern. 6 Mitglieder sind in der VVV, darunter Walther Thal. Thal ist Schriftsteller der Zeitschrift „VOLK und UMWELT". Fast alle Beiträge der Zeitung stammen von Thal selber.

In der Ausgabe 1 und 2/79 findet sich von Thal folgende Wahlempfehlung für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz: „*Die einzige Möglichkeit, unseren Willen zum Ausdruck zu bringen, ist also die, die ökologische Liste zu wählen, die zur Wahl angetreten ist! ...Unter diesen Umständen gibt es für uns Umweltschützer nur eine Liste, die wir wählen können, die verfemte NPD*".

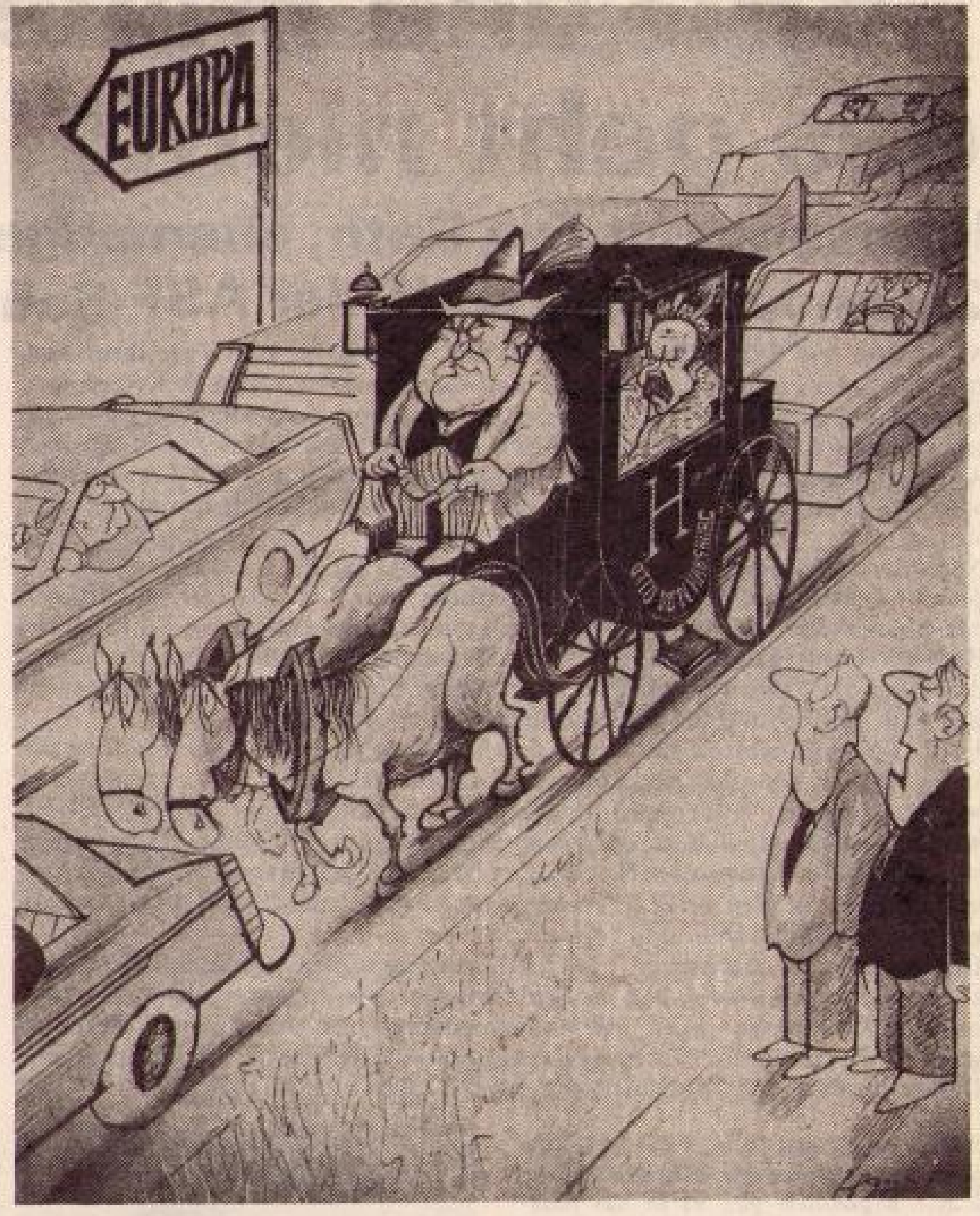
An anderen Stellen bekennt sich Thal zur „Sammlung der nationalen Gruppen".

Am 16.12. gab es ein Treffen, an dem VVV, DBD und zwei obskure Gruppen mit dem Namen PRS (Partei für Renten-, Steuer- und soziale Gerechtigkeit) und eine SVD (Sozialer Verband Deutschland) teilnahmen. Hans Kaegelmann (VVV, GfL und 5 % Block) wirbt für eine „Liga Freier Völker – Europa 2000", die zu den rechtsradikalen Sammlungsversuchen gehört.

Ein seltsamer Kreis also, der sich im Koordinationsausschuß Rheinland-Pfalz getroffen hat.

Auf dem nächsten Bundestreffen der Koordinationsausschüsse sollte das zur Sprache kommen!

Antifa-Kommission
KB Hamburg



Otto Habsburg Straußens Mann für Europa

Unterstützt durch die CSU, Paneuropa-Union und katholischen Klerus zieht Otto Habsburg in Bayern in den Europa-Wahlkampf. Die SPD hat angekündigt: „*Wir werden den Wahlkampf gegen Otto von Habsburg in ganz Europa führen*" („FAZ", 14.3.79).

Strau.. hingegen meint über seinen Schützling: „*Daß Wirken Otto von Habsburgs ist ein gewichtiger Beitrag zu dem geistig-politischen Entwicklungsprozeß, in dem Europa wieder zu sich selber finden, seine geschichtliche Aufgabe erkennen und seine Pflichten gegenüber anderen wahrnehmen muß*" („PDI", 15.2.79). Für den Anspruch der CSU, „**Bayerns Rolle als Drehscheibe Europas**" auszubauen, scheint Habsburg der rechte Mann zu sein. Unterstützt wird er dabei von seiner Paneuropa-Union, die am 12.5. in München eine Großveranstaltung mit Habsburg durchziehen wird. Verärgerung bei der SPD rief die Aufforderung Aigners (Landesvorsitzender der Paneuropa-Union und CSU-MdB) an die Landratsämter hervor, für die Veranstaltung zu werben („Nürnberger Nachrichten", 16.3.79). Für den Fall, daß Innenminister Tandler nichts gegen diese Unterstützung unternimmt, drohte die SPD eine Klage an. Außerdem möchte sie wissen, warum Aigner bereits zwei Monate vor der Veranstaltung versichern konnte: „*Der Bayerische Rundfunk wird eingehend über dieses bayerische Bekenntnis zu Europa berichten*" („SZ", 14.3.79).

Doch nicht nur Landräte und Rundfunk unterstützen die Veranstaltung, auch Kardinal Ratzinger wird zu diesem Anlaß am 12. Mai im Münchner Dom predigen.

Auf dem 85. Deutschen Katholikentag am 16.9.78 rief Habsburg zur „Entscheidungsschlacht" um ein „Großeuropa" auf, „*in dem auch die Tschechen, Slowaken, Polen, Ungarn ... Platz finden ... Wir sind nicht bereit, unseren Boden, unsere Heiligtümer, unser Erbe den Heiden zu überlassen*" („Sudetendeutsche Zeitung", 22.9.78; nach „PDI", 15.2.79).

Der CSU-nahe Hintergrunddienst „Privat-Depesche" rühmt: „*In Bayern gilt Habsburg von der Häufigkeit seiner Reden her und von der Höhe seiner Besucherzahlen im Bereich der CSU als zweiterfolgreichster politischer Redner hinter Strauß*" (laut „PDI", 1.12.78).

Zu Habsburgs Zuhörern gehörten bei einer Veranstaltung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" am 4.3. in Landshut auch „*die Herren Dieter Bauer, Robert Fonauer, Herbert Lösnitz und Paul Kubitza*" von der NPD („Landshuter Zeitung", 5.3.79). Kein Wunder, daß sich selbst Freys „Deutsche National-Zeitung" für Habsburg einsetzt. Denn während ihn die CSU allen Ernstes zum Antifaschisten glorifiziert, spricht er so manchem Alt- und Neonazi aus der Seele: „**Es wäre interessant zu erforschen, ob Adolf Hitler in seinem Leben oder durch das, was nach seinem Selbstmord geschah, schädlicher gewesen ist. Das gilt insbesondere für die sogenannte Vergangenheitsbewältigung, die eine der abwegigsten Ideen der Nachkriegszeit war**" („DNZ" nach „PDI", 26.5.78).

Der „Bayernkurier" vom 24.3.79 hat für die „schiere, parteipolitisch motivierte Böswilligkeit", die Habsburg entgegenschlage, seine eigene Erklärung: „*Habsburgs Thesen über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges, über die politischen Strategien der Kommunisten, über den desolaten Zustand der UN, über die ‚Gefälligkeitsdemokratie', in der wir leben, oder über die Rolle des Kindes in der Gesellschaft bzw. in der Menschheit – wer will sie widerlegen?*" – Zitieren wir in diesem Zusammenhang Habsburgs Beitrag zum Jahr des Kindes in der „Zeitbühne": „*Hierzulande ist das Hauptproblem weniger, was man mit Kindern anzufangen hat, sondern vielmehr die Nichtexistenz von Kindern, mit denen man etwas anfangen könnte.*

Alljährlich empören wir uns über den Kindermord von Bethlehem, der uns zur Weihnachtszeit präsentiert wird. Heute ist der Kindermord staatlich legitimiert, nur mit dem Unterschied, daß man sich freiwillig ohne Befehl eines Herodes an noch nicht einmal drei Monate ‚alten' Kindern vergreift und sich Schwerter, Blut, Gräber und Mitgefühl spart. Dieser Kindermord ist die wahre Kinderfeindlichkeit und die wahre Perversion des Denkens von Politikern, Frauenrechtlerinnen und Zeitgeistern. Hat ein deutsches Kind die ersten drei Monate überlebt, so gedeiht es dank unserer Medizin und Gesundheitsvorsorge. Nachdem ihm keine körperlichen Gefahren mehr drohen, wartet auf ihn der geistige Mord. ‚Progressive' Eltern liefern ihr Kind irgendwo einem antiautoritären Kinderladen aus. Die Freiheit des Kindes ist so wichtig, daß es mit dem Kopf durch die Wand darf, obwohl der Erzieher genau weiß, daß es dabei einen geistigen Schädelbasisbruch erleidet. Diese behütete Kinderpflege wird in Klassenkampf- und Elternhatz-Schulbüchern fortgesetzt. Das Kind wird angehalten, sich im Rauschebart von Karl Marx wohler zu fühlen als im Schoße seiner Eltern. Eines Tages wird sich das antiautoritär erzogene Kind für die Autorität halten, die über Buback, Drenkmann, Schleyer, Ponto zu Gericht sitzen darf".

Sowas kann man eigentlich nur als faschistisches Gedankengut bezeichnen.

KB/Nürnberg



Nachrichten vom Widerstand



Bundeskonferenz in Göttingen: „Jetzt erst recht. Das Atomprogramm muß zu Fall gebracht werden."

Nach der größten Anti-AKW-Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, der Gorleben-Demonstration in Hannover, und nach den mannigfaltigen Aktionen im Zusammenhang mit der Harrisburg-Katastrophe trafen Vertreter/innen der Anti-AKW-Bewegung (ca. 800 aus über 200 BI's) zu ihrem zweiten Bundestreffen in diesem Jahr am 5./6. Mai in Göttingen zusammen. Der Gorleben-Treck war die letzte gemeinsam beschlossene Aktion der Anti-AKW-Bewegung. Nach Harrisburg und der damit abermals sprunghaft gestiegenen Bereitschaft zum Protest und kurz bevor die (nun doch Allparteien-) Entscheidung über Gorleben bekanntgegeben wird (offiziell am 16. Mai), war somit der weitere Fahrplan für den bundesweiten Kampf gegen das Atomprogramm noch offen. Nach zwei Tagen war das Werk vollbracht. 1979 wird ein ereignisreiches Anti-AKW-Jahr werden:

- **+ Zu Pfingsten werden internationale Aktionstage in aller Welt durchgeführt, in der BRD allein an fünf Standorten.**
- **+ In den Sommerferien gibt es mehrere Anti-AKW-Camps im Landkreis Lüchow-Dannenberg.**
- **+ Für den Fall, daß in diesem Jahr Tiefbohrungen in Gorleben beginnen, sind viele dezentrale und zentrale Aktionen geplant worden, um diese Bohrungen zu verhindern.**
- **+ Auf jeden Fall – mit oder ohne Tiefbohrungen – wird in diesem Herbst unter dem Motto 'Stillegung a l l e r AKWs' eine Großdemonstration mit internationaler Beteiligung in Bonn, dem „Standort" der politisch Verantwortlichen für das Atomprogramm, stattfinden.**
- **+ Sollten die Tiefbohrungen im Herbst beginnen, dann wird diese Demonstration nach Gorleben verlegt. Als Generalklausel gilt: Drei Wochen nach Bohrbeginn – Großdemonstration in Gorleben.**

Was am Sonntag im Plenum beschlossen wurde, war am Samstag in Arbeitsgruppen vorbereitet worden. Dabei war eine außerordentlich positive Erfahrung, daß zwischen den verschiedenen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung zwar sehr kontrovers, aber dennoch solidarisch diskutiert wurde, und schließlich alle Beschlüsse mit solider Mehrheit gefaßt wurden.

Zu den Ergebnissen des Plenums im Einzelnen:

Pfingstaktionen: Die Bundeskonfe-

Pfingstaktionen: Die Bundeskonferenz unterstützt dabei für die BRD die Demonstrationen/Aktionen in Kalkar (Sonntag 14 Uhr ist in Kalkar Abmarsch der Demo), Fessenheim (2-tägiger Marsch auf Fessenheim), Grohnde, Gorleben und Esenshamm. Die Pfingstaktionen stehen unter den Parolen:

- Sofortige Stillegung aller Atomanlagen;
- Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen;
- Wir wollen keinen Atomstaat;
- Gegen die Salamitaktik von Albrecht - Einstellung a l l e r Bohrungen in Gorleben.

Sommerlager: Dieses Jahr wird es mehrere Sommerlager in Gorleben geben. Organisiert werden sie u.a. vom „Bund deutscher Pfadtfinder", BdP Hessen, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt 90 (Wenn BI's und Einzelpersonen Interesse daran haben, sollen sie sich an den wenden). Wie jedes Jahr wird es zum Abschluß der Lager wieder ein großes Fest geben. *„Auch der Aufbau eines Anti-Atomdorfes sollte beraten werden. Für alle diese Aktionen sollte jedoch der Grundsatz gelten, sie im Einverständnis und mit der Unterstützung der örtlichen AKW-Gegner, den örtlichen BI's und der Landwirte durchzuführen"* (Beschlüsse der Bundeskonferenz). Gleichzeitig empfahl die Bundeskonferenz, auch an anderen Orten Anti-AKW-Camps durchzuführen.

Abgelehnt (wenn auch nur knapp) wurde ein Vorschlag der „KPD", auch über praktische Aktionen in der ebenfalls durch die WAA betroffenen DDR zu beraten.

Tiefbohrungen: Inzwischen wurde bekannt, daß Tiefbohrungen auf jeden Fall auch Bestandteil der „kleinen Lösung" (= vorerst „nur" Bau eines Zwischenlagers) sind. Auch *„die SPD (Niedersachsens) fordert ... ferner, die zur Untersuchung des Gorlebener Salzstockes erforderlichen Tiefbohrungen rasch aufzunehmen"* (HAZ, 10.5.79). Ein Fachmann berichtete über den immensen Aufwand, der bei Spül-Tiefbohrungen notwendig ist (reichlich LKW's mit Bohrgestänge, tausende Liter von Natronlauge und starke Lärmentwicklung). Er vergaß auch nicht seinen fachmännischen Rat zur Verhinderung der Bohrungen abzugeben (Schrott in den Bohrlöchern behindert die magnetischen Messungen ganz ungemein).

In der Resolution zu den Tiefbohrungen heißt es: *„ ...Tiefbohrungen müssen das Signal für einen breiten, praktischen Widerstand vor Ort und auch an anderen Stellen sein. Die auf der Bundeskonferenz anwesenden Gruppen und Personen erklären ihren Willen, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um diese Tiefbohrungen als weitere konkrete Baumaßnahme der Wiederaufbereitungsanlage zu v e r h i n d e r n. Dabei müssen die Widerstandsaktionen zu Beginn der Flachbohrungen weiterentwickelt und eskaliert werden."* Die BI Lüchow-Dannenberg hat zu einem regelmäßigen Treffen zum Thema „Tiefbohrungen" aufgerufen, das regelmäßigen Treffen zum Thema „Tiefbohrungen" aufgerufen, das erstmals am Samstag nach Pfingsten in Trebel stattfinden wird.

Demonstration in Bonn: Mit großer Mehrheit (3/4 der Anwesenden) einigten sich die Versammelten auf eine zentrale Demonstration gegen das g e s a m t e Atomprogramm in diesem Herbst in Bonn. Mit dieser Demonstration soll die Stimmung gegen das Atomprogramm, die zweifelsohne nach Harrisburg in der Bevölkerung stark angewachsen ist (lt. Umfrage in der „Zeit" vom 13.4..79 sind 61% gegen den weiteren Bau von AKW's), ausgenutzt werden und den überall laufenden dezentralen Aktionen noch diese g e m e i n s a m e Protestaktion hinzugefügt werden. Bedenken gegen Bonn derart, daß dadurch auf den Demonstrationsort Gorleben verzichtet werde, konnten dadurch entkräftet werden, daß im Falle des Beginns von Tiefbohrungen im Spätsommer oder Herbst die Demonstration von Bonn natürlich nach Gorleben verlegt wird.

Diesen Beschluß gilt es jetzt zu nutzen und an allen Orten vor allem auch diejenigen Kräfte, die bislang noch kein fester Bestandteil der Anti-AKW-Bewegung sind, wie Jusos, Jungdemokraten, Jugendgruppen und -verbände, Kirchengruppen usw. usf. anzusprechen und sie für die Unterstützung und aktive Teilnahme an dieser Protestaktion in Bonn zu gewinnen.

Wenn uns das gelingt, dann werden wir im Herbst der Schmidt-Regierung und der Atom-Lobby zeigen, daß der Widerstand immer breiter wird und unser Ziel erst mit der Stillegung aller Atomanlagen erreicht ist.

Zur Vorbereitung der Bonner Demonstration wurde ein Koordinationsausschuß eingerichtet, in dem der BBU, die BI Lüchow-Dannenberg, BBA (Bremen), BUU Hamburg, BUU autonom und Vertreter von existierenden Regionalkonferenzen die Einzelheiten der Vorbereitung und Durchführung festlegen sollen. Der erste Termin findet am 26. Mai in Göttingen statt.

Demonstration in Gorleben: Keinen Zweifel gab es unter den Anwesenden, daß eine Provokation der Atomindustrie wie z.B. der Beginn der Tiefbohrungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg mit einer Demonstration a l l e r AKW-Gegner beantwortet werden muß. Unterschiedliche Auffassung herrschte darüber, ob sich die Bundeskonferenz bereits auf den Termin drei Wochen nach Beginn der Tiefbohrungen festlegen soll oder nicht. Die Vertreter der BI Lüchow-Dannenberg waren gegen die Festlegung eines Termins, vor allem mit der Begründung, daß dadurch notwendige s o f o r t i g e Aktionen (wie z.B. Blockaden) geschmälert werden könnten. Mit relativ großer Mehrheit einigte sich das Plenum darauf, daß der Termin für die Demo drei Wochen nach Bohrbeginn festgelegt wird. Und natürlich werden die AKW-Gegner vor allem im norddeutschen Raum alles in ihren Kräften stehende tun, um die BI Lüchow-Dannenberg und die betroffene Bevölkerung bei den Protestaktionen gegen die Tiefbohrungen zu unterstützen.

Kriminalisierung: Einstimmig wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Einstellung des Brokdorf-II-Prozesses gegen Jens Scheer und Uli Lenze, die Einstellung des Grohnde-Prozesses gegen Gerd K. (wegen angeblichen Entladens eines Baufahrzeuges im Zusammenhang mit dem Grohnde-Anti-AKW-Dorf) und die Aufhebung des Haftantrittsbescheids für Eso, Karl, Christian und Andreas (alle in Grohnde-Prozessen verurteilt) gefordert wird. Außerdem werden die BI's aufgefordert, über die Forderung nach Amnestie für die Verurteilten zu diskutieren.

Gewerkschaften: Der Bundeskongreß unterstützt die Initiative der ehemaligen „metall"-Redakteure (=Zeitung der IG Metall) H. Brandt und J. Moneta nach Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages des DGB zur Frage der Atomenergie.

„Nazis raus"

„Nazis raus"

Ein Zwischenfall am zweiten Tag des Kongresses zeigte, daß das antifaschistische Bewußtsein in der Anti-AKW-Bewegung erfreulich weit verbreitet ist. Als sich Herr Menkens (Kläger gegen das AKW Brunsbüttel) anschickte, wortgewaltig gegen „illegale Blockadeaktionen" zu Felde zu ziehen, enthüllte Fritz Storim die faschistische Gesinnung dieses Herrn (siehe dazu die nahezu einstimmig verabschiedete Resolution), die ebenfalls von Peter Willers und vier weiteren Teilnehmern des Anti-AKW-Wissenschaftler-Kreises bezeugt wurde. Schlimm war, daß sich dann noch Walther Soyka (Öko-Institut Bremen) für Menkens ins Zeug warf und Fritz Storim als „Lügner" bezichtigte.

Der Resolution ist nichts hinzuzufügen und man kann ihr nur weiteste Verbreitung in der Anti-AKW-Bewegung wünschen. Menkens mußte unter „Nazis raus"-Rufen den Saal verlassen. Das sollte in Zukunft allen Faschisten, die sich mit grüner Tarnkappe in die Anti-AKW-Bewegung einschleichen wollen, passieren.

Ein Genosse des KB/Gruppe Hannover und AKW-NEIN-Kommission

RESOLUTION zum Auftreten von Faschisten

Bei der Bundeskonferenz der BI gegen Atomanlagen am 6.5.79 in Göttingen wollte Herr Menkens auftreten. Dies wurde ihm von den Teilnehmern verwehrt und er wurde des Saales verwiesen. Herr Menkens hat in Leserbriefen und öffentlich auch bei einem nachbereitenden Gespräch eines bundesweiten Treffens von Wissenschaftlern gegen Atomenergie u.a. folgende Thesen vertreten:

- Gaskammern sind eine Lüge,
- durch „Holocaust" soll Deutschland diskreditiert werden und dadurch das Vormachtstreben des Judentums unterstützt werden,
- keine Eingliederung von Vietnamesen, um die Rassenreinheit zu gewährleisten,
- Die technologische Entwicklung und AKW's sind ein Anschlag auf das deutsche Volk, um dieses im embryonalen Zustand auszurotten (Erbschäden, Ausrottung).

Als AKW-Gegner, die wir für ein menschenwürdiges Leben kämpfen, erklären wir: Wir werden nicht mit Menschen zusammenarbeiten oder auch nur diskutieren, die den Massenmord des Faschismus leugnen und menschenverachtende Ideologien vertreten.

In Kiel und Hamburg standen bzw. stehen Antifaschisten vor Gericht, weil sie versucht haben, 1976 ein europäisches Faschistentreffen zu verhindern. Sie sind wegen schwerem Landfriedensbruch angeklagt. Die Kieler Antifaschisten sind inzwischen zu hohen Strafen verurteilt worden, in Hamburg beginnt der Antifaschisten-Prozeß erneut am 17.5.79. Wir fordern Annulierung der Urteile und Einstellung der Prozesse gegen diese Antifaschisten, die sich nicht nur verbal gegen Faschismus ausgesprochen haben, sondern den Faschisten praktisch entgegengetreten sind.



„Schlesinger als Energieboß - das ist, als wenn man Dracula zum Vorsitzenden der Blutbank macht." (James Schlesinger ist der amerikanische Energieminister). Diesen treffenden Vergleich brachte die Schauspielerin Jane Fonda in ihrer Rede auf der größten Anti-AKW-Demonstration der USA (100.000 Menschen) am 6.Mai in Washington. Einige Tage vorher hatten bereits 35.000 in San Francisco demonstriert.

Mühlheim-Kärlich: Bullen wollten Liste von Demonstranten!

Nach der Demonstration am 21.4. mit 500 Leuten zogen am 28.4. wiederum 2000 AKW-Gegner zum Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich, das ganz offensichtlich Katastrophen-verdächtig ist, da es im wesentlichen baugleich mit dem Harrisburg-Reaktor ist.

Aufgerufen hatten Bürgerinitiativen aus Rheinland-Pfalz und NRW und

Aufgerufen hatten Bürgerinitiativen aus Rheinland-Pfalz und NRW und auch die Jusos.

Von der Polizei wurden gegen diese Demonstration in dieser Frechheit noch nie dagewesene Aufgaben verhängt:

- Die Bullen wollten eine Liste mit Namen und Anschrift aller Ordner - (das erleichtert es, sie im BKA-Computer zu speichern).
- Es wurde zunächst sogar ein Lautsprecherwagen verboten.
- Die Demonstranten durften sich nicht maskieren oder Taschen mitnehmen.

Davon ließen sich allerdings die Demonstranten in keiner Weise abschrecken. Im Anschluß an die Demonstration wurde noch eine Veranstaltung mit Musik und Reden durchgeführt.

Nach einem Bericht eines Bonner KB-Genossen



Baustop gegen das AKW Krümmel beantragt!

Am 8.Mai haben die Rechtsanwälte Günnemann und Jacobi im Namen der Bürgerinitiative Geesthacht in Schleswig einen Baustopantrag gegen das AKW-Krümmel gestellt, der sich gegen die 9.Teilerrichtungsgenehmigung wendet.

Die Genehmigung gestattet es, jetzt das Reaktorschutzsystem und die Störfallinstumentierung einzubauen.

Das Reaktorschutzsystem soll den Reaktor bei Störfällen in einen sicheren Betriebszustand führen können, während die Störfallinstrumentierung die Aufgabe haben soll, die dazu erforderlichen Daten zu erfassen. In dem Baustopantrag wurde u.a. folgendes ausgeführt: *„Die Störfälle von Harrisburg und Brunsbüttel haben erwiesen, daß das Reaktorschutzsystem prinzipiell unzureichend ist, um auf jeden denkbaren Störfall angemessen zu reagieren. Das AKW-Krümmel ist baugleich mit dem AKW-Brunsbüttel. Gerade im AKW-Brunsbüttel ist durch den letzten Unfall die Unzulänglichkeit des Reaktorschutzsystems bewiesen worden: Die Bedienungsmannschaft konnte nämlich das Reaktorschutzsystem von Hand abschalten. Darüberhinaus steht fest, daß wichtige Meßinstrumente für die Störfallinstrumentierung nicht vorgesehen sind.*

2) Der Ablauf des Störfalls im AKW-Brunsbüttel beweist, daß die HEW nicht die erforderliche Zuverlässigkeit bietet, um das AKW Krümmel sicher zu betreiben. Dies hat auch die Reaktorsicherheitskommission in ihrem Bericht vom 1.7.78 zum Störfall in Brunsbüttel festgestellt.

3) Aus dem Gorleben-Hearing vom 28.3. bis 3.4.79 in Hannover ergibt sich, daß das Problem der Entsorgung immer noch nicht gelöst ist und die 9.Teilerrichtungsgenehmigung daher die Anforderungen nicht erfüllt, die das OVG Lüneburg (in dem Brokdorf-Verfahren) an die Entsorgung stellt.

4) Der sofortige Vollzug der 9.Teilerrichtungsgenehmigung ist nicht erforderlich, weil die Kapazität des AKW-Krümmel im Zeitpunkt der beabsichtigten Inbetriebnahme 1982 und weit darüber hinaus nicht benötigt wird. Die HEW hat 1982 noch eine Überkapazität von 718 MW, die NWK einen Leistungsüberhang von 463 MW."

(Aus einer Presseerklärung des Vereins zur Förderung und Unterstützung einer Klage gegen das Kernkraftwerk Krümmel e.V.)

Gorleben jetzt auf Raten?



Den Schlagzeilen der ersten Maiwoche zufolge scheint die WAA in Gorleben vorerst zu den Akten gelegt zu werden. Diese Entscheidung wird Albrecht vermutlich in seiner Regierungserklärung am 16. Mai bekanntgeben, also Atommüllagerung vielleicht, WAA vorerst nicht. Ein neuer Stand von Einsicht, oder ein taktisch sinnvolles Manöver in einer gespannten politischen Atmosphäre?

Aufschluß darüber gibt eine Aussage des DWK-Vorstandes G. Scheuter auf der nichtöffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie am 25.5.77 (!) in Bonn: *„Für uns ist der Bauzeitplan bezüglich des gesamten Entsorgungszentrums weniger wichtig als vor allem die Inbetriebnahme des Lagerbeckens. Sobald wir das Lagerbecken haben, haben wir in zeitlicher Hinsicht genügend Flexibilität, die wir auch nach meiner Auffassung brauchen, um in großer Ruhe und aller Sorgfalt die Wiederaufbereitungsanlage selbst zu planen, zu bauen, alle Begleitanlagen - auch das Endlager - zu planen und zu bauen, um auch nicht den geringsten Anschein in der Öffentlichkeit zu erwecken, als ob diese Dinge unter Zeitdruck ständen und darunter unter Umständen leiden könnten. Diesen Eindruck muß die Verwaltungsbehörde, muß die Regierung und müssen auch wir, als die wirtschaftlich Interessierten, unter allen Umständen vermeiden. Deswegen kommt es nicht so sehr darauf an, wieviel Bauzeit wir für die Wiederaufbereitungsanlage selbst brauchen; ob das vier, fünf oder sechs Jahre sind, spielt im Grunde genommen keine Rolle. Wichtig ist nur die Inbetriebnahme des Zwischenlagerbeckens... Ich habe nicht die Entsorgungsrichtlinien des Bundesinnenministeriums kritisiert, sondern nur das Junktim, das aufgestellt worden ist für das Genehmigungsverfahren des Entsorgungszentrums, das ja besagt: Wir erteilen die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Eingangslagerbecken nur dann, wenn wir die Genehmigungsfähigkeit der Gesamtanlage einschließlich des Endlagerbeckens überschauen können. Das ist juristisch nicht notwendig. Man könnte leicht das Risiko – wir müßten es tragen – auf sich nehmen und sagen: Auch ohne daß wir die Genehmigungsfähigkeit des Gesamten überschauen, genehmigen wir auf jeden Fall das Eingangslagerbecken. Sollte sich später herausstellen, daß der Standort falsch ist oder daß irgendetwas hapert, dann ist auf jeden Fall dieses Eingangslagerbecken wie ein Zwischenlagerbecken zu betrachten."* (Gorleben Aktuell Nr. 7).

Albrecht hat dieses Konzept seinerzeit abgelehnt, er wollte erst die Landtagswahlen unter Dach und Fach haben und dann das gesamte „Sicherheitskonzept" auf einen Schlag genehmigen, das war bekanntlich ein Schlag ins Wasser.

Doch wenn jetzt von Seiten der niedersächsischen SPD und Albrecht die Bedenken gegen die WAA geäussert werden, sie sich aber gleichzeitig für ein Eingangslager bzw. Tiefbohrungen aussprechen, befindet sich das noch voll im Rahmen des DWK-Konzepts.

Erstaunlich bleibt die Dummheit, mit der dieses ohnehin schon durchsichtige Täuschungsmanöver von Schmidt selbst und öffentlich zugegeben wird. Am 7. Mai sagte er vor der europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg: *„Die Bundesregierung ist bereit, über diesen Komplex* (der Entsorgung, der Verf.) *im Lichte der Erkenntnisse zum Beispiel des Gorleben-Symposiums zu sprechen. An der grundsätzlichen Zielsetzung und Aufgabenstellung des nuklearen Entsorgungszentrums wird sich für uns nichts ändern. Möglicherweise wird es aber Änderungen an wichtigen Elementen oder Details geben."*

Mit dieser geplanten Salami-Taktik zur stufenweisen Errichtung eines „integrierten Entsorgungszentrums" haben diese Herren jedenfalls nicht das rechte Mittel gefunden, dem Kampf um Gorleben eine Betäubungsspritze zu versetzen.

AKW-Nein Kommission

Prozeß-Meldungen

Schadensersatzklage zum 19.3.:

Der erste Verhandlungstag am 26.4. vor dem Landgericht Hannover war vor allem durch Aktionen vor dem Gericht und im Verhandlungssaal bestimmt: Müllfässer wurden vor dem Gericht abgeladen, im Saal ein Transparent, jede Menge Knall-Kaugummi, ein Spruch auf T-Shirts, und schließlich 235 übergroße Tausendmarkscheine, mit der Bremer AKW-Gegner die Forderung der Bezirksregierung beglichen.

Der Prozeß wurde dennoch fortgesetzt — mit Erklärungen der beklagten AKW-Gegner und juristischem Formalkram, aus dem noch nicht im geringsten ersichtlich wurde, wie das Gericht die 124 Seiten starke Anklageschrift mit mehreren hundert Polizeizeugen zu verhandeln gedenkt. Die Bezirksregierung ist jedenfalls — das wurde an diesem Tage bereits deutlich — nicht in der Lage, ihre Schadensersatzforderung im einzelnen zu belegen: schließlich hätten die Polizisten am 19.3. wichtigeres (?) zu tun gehabt, als Belege zu sammeln.

Bernd und Wolfgang, zwei der Beklagten, werden sich an der weiteren Verhandlung nicht beteiligen. Sie lehnen das grundsätzlich ab und haben keinen Anwalt benannt (das ist Pflicht vor dem Landgericht). Wahrscheinlich wird deshalb gegen sie ein „Versäumnisurteil" ergehen — d.h. sie werden ohne Verhandlung zur Zahlung der vollen 235.000 DM verurteilt, deren Pfändung sie aber unter allen Umständen verhindern wollen.

Nächster Termin ist der 31.5., an dem es vor allem um das Versäumnisurteil und um die Prozedur der Beweisaufnahme gehen wird.

* * * * *

Zahlungsbescheide Essensham:

Die Bezirksregierung Weser-Ems hat den Besetzern des Informations-Pavillons in Esenshamm mitgeteilt, daß sie nun doch keine 25.000 DM für den Polizeieinsatz zahlen brauchen — wie die Bezirksregierung das ursprünglich von 26 Leuten gefordert hatte, weil *„in diesem besonderen Fall die Voraussetzungen für die Festsetzung von Kosten nach der Polizeigebührenordnung nicht gegeben sind"*.

Dies bezieht sich allerdings nur auf Formfehler bei den Räumungsaufforderungen durch die Polizei — Rückschlüsse auf die Zahlungsaufforderungen wegen der Räumung des Anti-Atom-Dorfes Grohnde (212.133 DM, verteilt auf über 200 Leute) lassen sich daraus nicht ziehen.

Die Bezirksregierung beklagte sich denn auch im NDR, daß es noch Schwierigkeiten bei der Anwendung der neuen Polizeigebührenordnung gebe, und regte ein Treffen der niedersächsischen Bezirksregierungen an, um die Anwendung zu vereinheitlichen.

* * * * *

Asyl für Eso und Karll

Als in Hannover die Verhandlung wegen der Grohnde-Schadensersatzklage eröffnet wurde, fehlten zwei der Beklagten: Eso und Karl. Sie hatten nur telegrafische Grüße geschickt und waren zum gleichen Zeitpunkt in Amsterdam unterwegs, um ihren Asyl-Antrag abzugeben.

Eso, der eigentlich am 30.3. seine einjährige Haftstrafe wegen der Teilnahme an der Demonstration am 19.3. in Grohnde antreten sollte, und Karl, dessen Haftantritt drohend bevorstand, waren während der Besetzung der Petri-Kirche in Hamburg der Einladung holländischer AKW-Gegner gefolgt, nach Holland zu kommen und dort politisches Asyl zu fordern.

Die Öffentlichkeitsarbeit der holländischen AKW-Gegner fand gute Resonanz. Der Asylantrag wurde offiziell entgegengenommen, so daß Eso und Karl jetzt den Status von Flüchtlingen haben und bis zur Verhandlung über ihren Asylantrag unbehelligt in Holland leben können. Die Verhandlung soll Mitte Juni stattfinden.

* * * * *

Berufungsverhandlung gegen Matthias:

Nachdem die Revisionsanträge in den Grohnde-Prozessen vor dem Landgericht samt und sonders abgelehnt wurden (bei Karl ist noch nicht entschieden), und nachdem Linda in der Berufungsverhandlung freigesprochen wurde, steht als letzter Prozeß zum 19.3. noch die Berufung im Verfahren gegen Matthias aus.

Matthias war zu 30 Tagessätzen verurteilt worden, weil er sich gegen seine Festnahme am 19.3. gewehrt haben soll. Nachdem Fotos eines Pressefotografen die Polizeizeugen der Lüge überführt hatten, hatte diese überraschende Verurteilung wohl vor allem die Funktion, die Polizeizeugen vor einem Falschaussage-Verfahren zu bewahren. Der Termin der Berufungsverhandlung: 5.6., 12.30 Uhr vor dem Landgericht in Hannover. Weitere Termine: 8. und 12.6., jeweils 9.00 Uhr.

* * * * *

Anti-Atom-Dorf—Prozeß gegen Gerd:

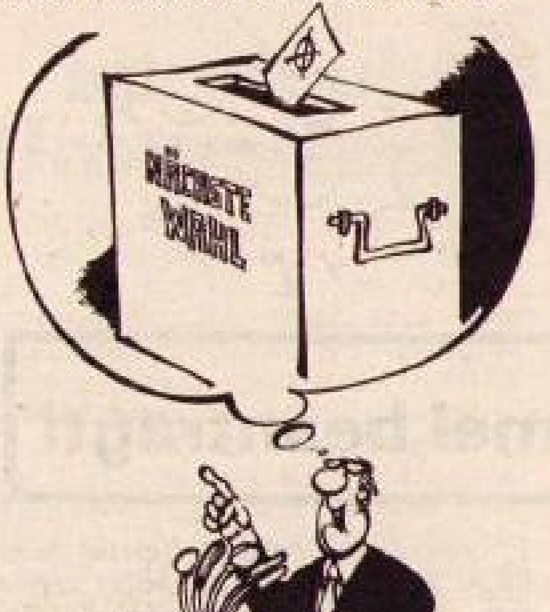
Die Skandal-Serie der Grohnde-Prozesse setzt sich im Prozeß gegen Gerd vor dem Amtsgericht Hameln fort: Gerd wird vorgeworfen, Rädelsführer gewesen zu sein, als vor zwei Jahren aus dem Anti-Atom-Dorf Grohnde heraus ein LKW mit Reaktor-Bauteilen angehalten und abgeladen wurde. Belastet wird er vor allem durch einen Spitzel, der im Prozeß selbst nicht auftritt — vermutlich Klaus Eggert, der krüzlich im Göttinger Arbeitskreis enttarnt wurde.

„Bewiesen" werden die Beschuldigungen gegen Gerd in diesem Verfahren, indem als „Zeuge" ein Kriminalbeamter auftritt, der seinerseits den Spitzel vernommen hat und nun dem Gericht erzählt, was der Spitzel ihm erzählt hat. Dies unglaubliche „Beweisverfahren" ist in den 50er Jahren für die KPD-Prozesse entwickelt worden, um Aussagen von Spitzeln verwerten zu können, ohne deren Identität preiszugeben, und ist nun hier wieder ausgegraben worden, nachdem es seit rund 20 Jahren nicht mehr angewandt wurde.

Zweiter Skandal: Die Aussage dieses Spitzels, der wohl auf gut Glück alle ihm bekannten Leute beschuldigt hat, an der Abladeaktion beteiligt gewesen zu sein. In mehreren Fällen wird die Verteidigung beweisen, daß die entsprechenden Aussagen des Spitzels falsch sind.

Skandalös (jedenfalls für Hamelner Verhältnisse) war auch die Eröffnung des Prozesses am 30.4., als der überfüllte Zuschauerraum ohne Vorwarnung derart brutal geräumt wurde, daß sich selbst die „Hannoversche Allgemeine" zu einem empörten Artikel veranlaßt sah. Auch Staatsanwalt Borchers war mit dem Ablauf der Räumung nicht zufrieden: Er beklagte hinterher den Verlust seiner Aktentasche.

Und damit auch ja keiner auf die absurde Idee kommt, hier könne es mit rech(staatlich)en Dingen zugehen, hat man dem schon bekannten Vorsitzenden Richter Hemesath als Beisitzer den Richter Meyerdink zur Seite gesetzt, der noch im März persönlicher Referent von Schnipkoweit war, dem niedersächsischen Sozialminister, verantwortlich für die Genehmigung von AKWs!



„Bei den schweren Bedenken gegen die Kernenergie hat unsere Partei ausschließlich sachliche Gründe im Auge!"

Atomkanzler Schmidt

Nachdem nun die Wahlkampfzeiten fürs erste vorbei sind, beginnen einige der Atomchamäleons unter den Politikern der bürgerlichen Parteien wieder ihre ursprüngliche Farbe anzunehmen.

Auch Kanzler Schmidt, während des schleswig-holsteinischen Wahlkampfes noch dezent zurückhaltend, ließ auf der Atomforum-Tagung in Hamburg seiner eigentlichen Überzeugung freien Lauf: Nicht nur Ausbau der Atomenergie sondern auch ihre „Vervollkommnung" (Hamburger Abendblatt, 9.5.79) muß her!

Harrisburg sei ein „Glücksfall" gewesen, - da keine Menschen zu Tode gekommen seien - und müsse nun zur „Vertiefung der Probleme" führen. Erstens wird dieser „Glücksfall" ca. 2000 - 40.000 Menschen den Krebstod durch Strahlung bringen, zum anderen scheint die „Vertiefung der Probleme" zwangsläufig im massenhaften Bau von Atomschutzbunkern zu liegen. Oder wie ist seine Aufforderung, die Atomtechnologie zu „vervollkommenen", anders zu verstehen?

Da ihm klar ist, daß die Bevölkerung solche Perspektive zunehmend weniger teilt, forderte er die Wissenschaftler und Techniker zu einem verstärkten Einsatz an der Informationsfront auf. Nur zu, bisher schlugen alle Maßnahmen des „Bürgerdialogs" und des „Gesprächs" von Atomwissenschaftlern und Betreibern mit der betroffenen Bevölkerung fehl und führten sogar dazu, daß nach solchen Bürgerdialogsveranstaltungen mehr Leute das Atomprogramm ablehnten. Kein Erörterungstermin mehr in den letzten Monaten, der nicht ohne Tumulte abging, kaum eine Veranstaltung mit Atombefürwortern, falls diese überhaupt erschienen waren, in der diese irgendwelche Punkte für sich verbuchen konnten.

Der Juso-Vorsitzende Schröder nannte Schmidts Äußerungen „unverantwortlich, blind und gefährlich" (Welt, 9.5.79) und forderte, entsprechend dem Juso-Bundeskongreßbeschluß, daß alle Atomkraftwerke der BRD schrittweise innerhalb der nächsten zwei Jahre abgestellt werden. Schröder sieht durch solche Äußerungen von Schmidt „die Dialogfähigkeit der SPD" gefährdet.

Schmidt macht kaputt, was Ravens, Überhorst und Klose mühsam aufgebaut haben: In Taten eine Atompolitik zu betreiben, aber in Worten die zunehmenden AKW-Gegner innerhalb der SPD daran zu hindern, scharenweise auszutreten. Starke Worte fand auch Heide Simonis, schleswig-holsteinische SPD-Abgeordnete: *„Wer in der SPD bedingungslos für die Kernenergie eintritt, muß wissen, daß er in der Minderheit ist"* („HA", 9.5.79). Jeder Juso achte auf die Wortwahl.

Oberchamäleon Klose ließ ebenfalls vor soviel Befürwortern mehr Grundfarbe erkennen. Plötzlich erschien ihm ein baldiger oder alleiniger Verzicht auf diese Energiequelle kaum möglich. Von einem Verzicht auf Brokdorf oder Krümmel war natürlich nichts mehr zu hören.

AKW-NEIN-Kommission

Die Bremer Umwelt

Das kleinste Bundesland geht in Sachen Umwelt voran. Selbst die klotzigsten Hochhäuser können im schönsten Grün liegen, so dokumentiert es der Bremer Umweltatlas. Gleich 40.000 Exemplare ließ Umwelt-Senator Brückner verteilen. Hier kann man sich über die ruhigste Lage, die sauberste Luft und den saubersten See und den besten Humus informieren.

Nun leider sind die Bremer Seen häufig sauer — nicht etwa durch Schwefeldioxidgase aus Kohlekraftwerken und Verhüttungsprozessen — sondern „mangelnde Hygiene der Badegäste" wird hier als verantwortlich knallhart angegeben, weil *„den menschlichen Bedürfnissen noch allzuoft an Ort und Stelle und mithin im See nachgegeben werden"* (S. 6).

Industrieverschmutzung ist offensichtlich in Bremen schon abgeschafft, im Umweltatlas braucht sie jedenfalls nicht mehr erwähnt zu werden. Auch der Bremer Trinkwasserskandal scheint „überwunden". Erwähnt ist es nämlich auch nicht, daß nur noch mit krebserregender Chlorierung das Trinkwasser „genießbar" gemacht wird. Nicht umsonst ist in Bremen die Krebsrate 30 % über dem Bundesdurchschnitt.

In Bremen geht es laut Umweltatlas um andere Probleme. Hier gilt es, die Bevölkerung für das Recycling bei kaputtem Glas, Altpapier und ähnlichem zu mobilisieren. *„Jeder kann mithelfen, diesen Rohstoff* (durch Altpapier) *zu schonen. Zum Beispiel dadurch, daß man daheim in Küche und Toilette auf blütenweißes Hygienepapier verzichtet und stattdessen auf graue — aus Altpapier hergestellte — Papierqualitäten zurückgreift"* (S. 10). Man könnte natürlich noch schonender für den kostbaren Rohstoff sich in Zukunft mit dem Umweltatlas den Arsch abwischen. Merke! Nicht die Deckseiten (mit den Umweltkarten) sondern die Innenseiten mit solchem Schwachsinnstext sind auf Altpapier gedruckt!

AKW-Nein-Kommission

Atomkatastrophe durch Lagerbecken?

Die Atommafia würde sich derzeit so kurz nach Harrisburg kaum erlauben, die Genehmigung eines neuen AKWs in der BRD zu beantragen. Denn Atomenergie, so bekannte jüngst selbst Atomkanzler Schmidt, sei *„auf die Dauer ... ohne breite Zustimmung der Öffentlichkeit nicht durchsetzbar"*. Also tritt man zumindest derzeit etwas kürzer, bis sich die Gemüter — so hofft man — wieder etwas beruhigt haben.

Doch wußten Sie, daß man zur gleichen Zeit dabei ist, Lager für abgebrannte Brennstäbe mitten in AKWs zu bauen, die atomar oder auch durch Knallgas explodieren und damit ebenso einen Super-GAU hervorrufen können?

Wußten Sie, daß das erste Lager dieses Typs schon im Juni in Biblis in Betrieb gehen soll?

Bisher ist es der Atomindustrie noch gelungen, die Frage der Lagerung der Brennelemente als vergleichsweise harmloses Unterfangen darzustellen. Dem soll dieser Artikel ein wenig entgegenwirken.

Am 8. Mai fand in Biblis der öffentliche Erörterungstermin über die Erweiterung der Lagerbecken der AKWs Biblis A und Biblis B statt. Die bisherigen Lager, die sich mitten im Reaktor befinden, sollen in sogenannte Kompaktlager umgewandelt werden. Über 10.000 Einwendungen hatte es gegeben. Aber die hessische Regierung hatte es eilig! Der Termin wurde mitten auf einen Wochentag gelegt — damit nur wenige kommen könnten. Der vor dem Termin vorschriftsmäßig ausgelegte „Sicherheitsbericht" enthielt wichtige Dinge überhaupt nicht, wie die Anlage des Kühlsystems, die Ableitung der Radioaktivität und

Reaktor befinden, sollen in sogenannte Kompaktlager umgewandelt werden. Über 10.000 Einwendungen hatte es gegeben. Aber die hessische Regierung hatte es eilig! Der Termin wurde mitten auf einen Wochentag gelegt — damit nur wenige kommen könnten. Der vor dem Termin vorschriftsmäßig ausgelegte „Sicherheitsbericht" enthielt wichtige Dinge überhaupt nicht, wie die Anlage des Kühlsystems, die Ableitung der Radioaktivität und

Schutzmaßnahmen bei Störfällen. Diese — wie wir sehen werden — brisanten Dinge hatte man vorsichtshalber rausgelassen. Dies veranlaßte die Beschwerdeführer auf dem Erörterungstermin, die Aussetzung des Termins zu verlangen. Vertreter des hessischen Wirtschaftsministeriums lehnten das rundheraus ab, schließlich drehte man den Einwendern kurzerhand das Mikrophon ab. Die zogen daraufhin empört aus dem schwerbewachten Gebäude ab. Unbeirrt wurde der Erörterungstermin fortgesetzt.

Die Atomindustrie und ihre Regierung hat es eilig. Im Mai/Juni soll in Biblis B Brennelemente-Wechsel sein, die sollen in das neue Kompaktlager.

Erst bauen, dann genehmigen lassen!

Bereits 1976 hatten die RWE (Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerke) wegen des befürchteten Entsorgungsengpasses am 7.4. Antrag auf Kompaktlagerung gestellt. Man hoffte ohne öffentliche Erörterung die Genehmigung zu bekommen. Erst als es Proteste hagelte, sicherte man Anfang 77 (zur Zeit der Demos von Brokdorf und Grohnde) den AKW-Gegnern eine öffentliche Anhörung zu.

Anfang April 78 platzte dann die Bombe! Auf einer Reaktortagung in Hannover wurde über das bereits in Biblis eingebaute Kompaktlager berichtet. Auch für Ohu war das Lager Anfang 78 fertig (s. Sonderdruck der Ohu-Betreiber, „Energie", Gräfling Oktober 77). In welchen AKWs sonst noch Kompaktlager eingebaut wurden, wissen wir derzeit nicht. Erst im Sommer 78 beschloß dann die Länderinnenministerkonferenz, die Verfahren für die Kompaktlager mit einer öffentlichen Anhörung durchzuführen, bzw. nachzuholen. Eine Farce, die schnell über die Bühne gehen soll.

Bisher wurden die kleinen Lager in den AKWs benutzt und einiger Atommüll, in Form von abgebrannten Brennelementen nach La Hague geschafft, die großen Zwischenlager in Ahaus und Gorleben sind noch nicht in Sicht. Aber nun sind die Lager voll. Außerdem möchte man die Dinger schnell genehmigen, bevor schlafende Hunde des Protestes geweckt werden. Denn diese Lager sind für neue Harrisburg-Katastrophen und Super-GAUs „gut". Wenn das ersteinmal breiter bekannt ist, sieht es schlecht aus...

Gefährlich wie Harrisburg

In den bisherigen Lagern in der Reaktorkuppel sollen in Zukunft zwei- bis dreimal soviele Brennelemente gelagert werden, d.h. in der Reaktorkuppel befindet sich dann sozusagen ein zweiter Reaktor im abgeschalteten Zustand. Denn die Brennelemente lagern dort so dicht, daß eine Kettenreaktion, d.h. eine Atomexplosion nur durch millimeterdicke „Borcarbidplatten" verhindert wird. Diese Gefährlichkeit ist keine Erfindung der AKW-Gegner: Im Pro-Atom-Buch ei-

zwei- bis dreimal soviele Brennelemente gelagert werden, d.h. in der Reaktorkuppel befindet sich dann sozusagen ein zweiter Reaktor im abgeschalteten Zustand. Denn die Brennelemente lagern dort so dicht, daß eine Kettenreaktion, d.h. eine Atomexplosion nur durch millimeterdicke „Borcarbidplatten" verhindert wird. Diese Gefährlichkeit ist keine Erfindung der AKW-Gegner: Im Pro-Atom-Buch ei-

nes Herrn Gerwin („So ist das mit der Entsorgung") heißt es: *„Zwar könnte man der Gefahr der Kritikalität* (atomare Kettenreaktion, die zu „Verpuffungen" oder Atombombenexplosionen führen können) *auch durch entsprechend große Abstände zwischen den Brennelementen entgehen, doch das würde Platz kosten und solche Lagerbecken sind nicht gerade billig"*. Zu teuer ist das! Nun können zwar die kleinsten Störungen schon die hauchdünnen Borplatten kaputtmachen, zwar könnte die dann entstehende atomare Kettenreaktion das Lager, ja den Reaktor selbst zu großen Teilen zerstören und dort ebenfalls die Katastrophe in Gang setzen, zwar würden dann (auch ohne zusätzliche Reaktorkatastrophe) unvorstellbare Mengen an Radioaktivität frei (im Lager lagert mehr Radioaktivität als im Reaktorkern), aber die Atombauer nehmen gern Millionen Tote im Katastrophenfall in Kauf, wenn sie nur sparen können.

Selbst die „deutsche Sicherheitsphilosophie" wurde bei den Kompaktlagern gespart. Verkündete die KWU nach Harrisburg noch stolz, sie habe vier Kühlsysteme für den Reaktor und damit (leider nur scheinbar) immer noch große Kühlreserven, wenn was ausfällt, hat man sich Derartiges beim Kompaktlager gespart. Im Kompaktlager würden ohne Kühlung die abgelagerten Brennelemente genauso zusammenschmelzen, aber man hat dort nur zwei Kühlpumpen im Kern des AKWs, ist eine mal in Reperatur oder Wartung, darf die andere unter gar keinen Umständen ausfallen — 30 Millionen Tote könnten die Folge sein.

Selbst die angeblich vor Harrisburg so unbekannte Gefahr der Wasserstoffblase, die zusammen mit Sauerstoff in der „richtigen" Mischung explodiert, ist in Kompaktlagern noch größer. Durch die radioaktive Strahlung bildet sich im Kompaktlager nämlich ständig Wasserstoff, der ununterbrochen abgesaugt werden muß — nun, Ventilatoren fallen natürlich niemals aus, so hofft man offensichtlich.

Kein Wunder, daß diese Dinge, wie das Kühlsystem und die Ableitung der Radioaktivität im Sicherheitsbericht für die Öffentlichkeit nicht drin lagen, es könnte ja jemand dahinter kommen, wie mies die Dinger sind!

Die Sicherheit von Menschenleben ist der Atomindustrie eben zu „teuer". Da spielen „unsere" Regierungen allemal mit. Als kriminell ist das ganze nur zu bezeichnen.

KB/Gruppe Nürnberg

Demonstration gegen Atommüll-Lager in den Niederlanden

Auf Initiative der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung wird während der Pfingsttage, am 2. und 3. Juni, in ganz Westeuropa gegen AKWs, WAAs und Atommüll-Lager protestiert. Von den Niederlanden aus wird für den 3. Juni nach Kalkar mobilisiert, für den 2. Juni zum belgischen AKW Doel und ebenfalls am 2. Juni nach Gasselte.

Die Demonstration in Gasselte gegen Atommüll-Lager in den Salzstöcken der Provinzen (im Norden der Niederlande) Groningen und Drenthe ist die zentrale niederländische Anti-AKW-Aktion dieser Tage. In schon mehrjährigem Widerstand haben die Bevölkerung und teilweise auch die örtlichen Obrigkeiten sich bisher erfolgreich den Plänen des niederländischen Staates widersetzt, ihre Umwelt mit Atommüll zu verseuchen. Nicht einmal zu Probebohrungen ist es bisher gekommen.

Zu den drei Demonstrationen wird mit der „Vierten Energiezeitung" (Aufl. 150.000) aufgerufen, die vorherigen Ausgaben dieser sehr informativ gehaltenen „Energiezeitung" waren zur Mobilisierung für Kalkar und Almelo eingesetzt worden.

Die Demonstration in Gasselte wird bisher unterstützt vom Amsterdamer Energiekomitee, ASVA (AStA-ähnlich), Bond van Nederlandse Kommunisten, Centrum voor Geweldloze Weerbaarheid (Pazifisten), Internationale Kommunistenbond (IV. Internationale), Pacifistisch Socialistische Partij, Partij van de Arbeid (Sozialdemokraten), Politieke Partij Radikalen (Radikaldemokraten). — Das Aktionsbündnis ist damit erheblich schmaler, als es bei der Almelo-Demonstration der Fall war; besonders auffällig ist hier noch, daß sich bisher (Stand 24.4.) die revisionistische KP (CPN) nicht beteiligt und auch die Socialistische Partij (SP) fehlt.

Die Parolen für Gasselte sind:

— *Keine Lagerung von radioaktivem Abfall in den Salzstöcken von Gasselte oder anderswo;*
— *mehrjähriger Bau- und Bauerlaubnisstop für alle im Bau befindlichen und geplanten AKWs, Beendigung des Exports von Atomanlagen und Atommüll;*
—*Stoppt die Atombewaffnung;*
—*gegen jede Unterdrückung und für das Streben nach Erhaltung und Ausbau der demokratischen Rechte;*
—*allgemeine Öffentlichkeit für Informationen und Beschlüsse über die Energiepolitik;*
— *beschleunigte Entwicklung und Gebrauch von milieufreundlichen Energiequellen.*

Die Demonstration beginnt am 2. Juni um 12 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Dorfplatz in Gasselte. U.a. werden der Bürgermeister von Gasselte; Aktivisten aus der Anti-AKW-Bewegung der umliegenden Orte und ein Vertreter des LEK sprechen. Um 14 Uhr folgt eine Demonstration von etwa fünf Kilometern oberhalb der Salzstöcke. Die Abschlußkundgebung wird etwa um 16 Uhr stattfinden.

Nähere Informationen: Vereniging Milieudefensie, 2e Weteringsplantsoen 9, Amsterdam, Tel. (von der BRD aus) 0031-20-22 13 66.

Niederlande-Kommission

ähnlich), Bond van Nederlandse Kommunisten, Centrum voor Geweldloze Weerbaarheid (Pazifisten), Internationale Kommunistenbond (IV. Internationale), Pacifistisch Socialistische Partij, Partij van de Arbeid (Sozialdemokraten), Politieke Partij Radikalen (Radikaldemokraten). — Das Aktionsbündnis ist damit erheblich schmaler, als es bei der Almelo-
oberhalb der Salzstöcke. Die Abschlußkundgebung wird etwa um 16 Uhr stattfinden.
Nähere Informationen: Vereniging Milieudefensie, 2e Weteringsplantsoen 9, Amsterdam, Tel. (von der BRD aus) 0031-20-22 13 66.
Niederlande-Kommission

Leserbrief zur Gewalt in Brunsbüttel

Leserbrief zur Gewalt in Brunsbüttel

In AK 152 war ein Leserbrief ("Was'n nu los?") zu den Geschehnissen auf der Demo in Brunsbüttel am 21. April abgedruckt. Dort war es zu körperlichen Auseinandersetzungen unter den Demonstranten gekommen, nachdem einige Scheiben des Lügenzentrums der HEW zu Bruch gegangen waren.

Petra und Ralf aus Hamburg, die Verfasser dieses Leserbriefs, kritisieren, daß die Demo quasi auf Gewaltfreiheit festgelegt war, und daß so einige Demonstrationsteilnehmer "ihre Wut nicht zum Ausdruck bringen konnten".

Sicherlich ist es nicht bedauerlich, wenn einige Fensterscheiben der HEW zu Bruch gehen (ob es nun der große Schritt voran ist, wie einige Vertreter des "militanten" Flügels meinen und die einzig sinnvolle Aktionsform, will ich dahinhestellt sein lassen), und sicherlich ist es bedauerlich, wenn sich an so einer Frage eine Spaltung in "friedliche" und gewalttätige" Demonstranten einstellt und es ist auch notwendig, solche Fragen sehr genau zu diskutieren — nur ob man das anhand der Geschehnisse in Brunsbüttel machen sollte, erscheint mir zweifelhaft.

Dort erschien mir das Vorgehen der Ordner und anderer Demonstranten gegen die "Militanten, die 'ne Aktionsform mit konkretem Verhinderungscharakter wählten", wie man's auf der Demo hören konnte, sinnvoll und gerechtfertigt. Es standen nämlich 'ne ganze Menge Leute zwischen den Steinewerfern und dem Lügenzentrum, und da diese nicht gerade besonders nüchtern waren — jedenfalls die, die ich gesehen habe — flogen auch 'ne Menge Steine mittenmang in die Leute. Diese waren dann natürlich entsprechend sauer und forderten die anderen auf, ein bißchen vorsichtiger mit den Steinen umzugehen. Als Antwort bekamen sie dann zugelallt, sie sollten doch machen, daß sie wegkämen, und überhaupt hatten sie mit dem Kampf gegen Brunsbüttel nichts im Sinn, sondern wollten nur spalten und Leute von sinnvollen Aktionen abhalten. Also Antworten, die politisch in etwa auf dem Niveau des KBW und eine Stufe tiefer lagen. Einer, dem dieses Niveau trotzdem noch zu hoch war, ergriff kurzerhand seinen Motorradhelm und schlug ihn den nächststehenden Leuten in's Gesicht. Daß der dann seinerseits ein paar Streicheleinheiten verpaßt bekam, ist wohl nicht weiter verwunderlich, und daß nicht nur Gewaltfreie dafür sorgten, daß nicht weiter unkontrolliert Steine durch die Gegend fliegen, wie in dem Leserbrief von P. und R. polemisch unterstellt wird, sei nur nebenbei erwähnt.

Ich bin auch der Meinung, daß im Prinzip jedes Mittel recht ist, um das Atomprogramm zu Fall zu bringen, aber man muß den politischen Nutzen einer Aktion mit in die Rechnung einbeziehen und keinesfalls darf man ohne Rücksicht auf Verluste (im Sinne des Wortes!) einfach drauflosholzen, wie's einem gerade durch den besoffenen Kopf geht und schon gar nicht bei einer Aktion, wo's mit dem angestrebten "konkreten Verhinderungscharakter" (ein hoher Anspruch!) nicht sonderlich weit her ist.

Militant sein, heißt ja nicht, daß man immer und überall zeigen muß, daß man das, was man nicht im Kopf hat, dafür in den Beinen oder sonstwo hat und zu den vielfältigen Widerstandsformen gehört es auch, mal "gewaltfrei auf 'ne lahmarschige Demo" zu gehen.

Jörg aus Kiel

Niederlande: Sozialdemokraten und Revisionisten gegen AKWs

Auf dem Parteikongreß der Sozialdemokraten (Partij van de Arbeid) Ende April wurde *„mit überwältigender Mehrheit"* vom Kongreß eine Resolution angenommen, in der die schnellstmögliche Stillegung aller niederländischen AKWs gefordert wird. Darüberhinaus sollen die Niederlande so schnell wie möglich ihr finanzielles Engagement im Urenco-Projekt (Urananreicherung) und für Kalkar beenden. Ebenso sollen die Niederlande die Anwendung der Atomenergie innerhalb und außerhalb des eigenen Landes in keiner Weise mehr unterstützen. Abgelehnt wurden ebenfalls die Probebohrungen in den Salzstöcken der nördlichen Provinzen, um dort die Möglichkeiten der Atommüll-Lagerung zu untersuchen. Die Parteiführung — gegen deren Willen diese Resolution durchgesetzt worden war — und die Parlamentsfraktion erhielten den Auftrag, sich entsprechend den Forderungen dieser Resolution im Parlament stark zu machen. Darüberhinaus wurde gefordert, daß der Kampf für eine neue Energiepolitik einen zentralen Platz in der Kampagne zu den Europawahlen einnehmen müsse („de Volkskrant", 30.4.).

Schlechte Nachrichten für Atom-Kanzler Schmidt ...

Ebenfalls für die Stillegung der AKWs in Dodewaard und Borssele sprach sich die Parteiführung der revisionistischen KP (CPN) aus. Der Gebrauch von Atomenergie brächte unter den heutigen Umständen *„unzulässige Gefahren und Risiken"* mit sich („de Volkskrant", 25.4.).

Niederlande-Kommission

Leserbrief zur Brunsbüttel-Demo

In diesem Brief möchte ich schreiben, was ich von der Gewaltaktion in Brunsbüttel am 21. April halte. Ich hatte den Eindruck, daß die Leute vom KB zu den Leuten gehören, die das Fensterscheibeneinschmeißen ganz schlecht, sinnlos, schädlich, primitiv, der-Polizeitaktik-geradezu-in-die-Hände-spielend oder was weiß ich finden. Ich sehe das nicht so, zwar sehe ich, daß das Problem sehr viele Seiten hat und auch einige Seiten gegen die Aktion sprechen, doch meiner Meinung nach werden die entscheidenden Punkte vom KB und von vielen Leuten, die die Aktion schlecht fanden, nicht gesehen.

Einer dieser Punkte ist das Verhalten der Polizei. Diese hat sich "betont zurückgehalten", wie es auch in der Presse zu lesen war; mit den paar Polizisten, die da waren, konnte man sich sogar gut unterhalten. Auch wurde vorher durchs Radio wieder dazu aufgerufen, sich von allen Gewalttätern zu distanzieren.

Diese Masche ist bekannt: Die AKW-Gegner sollen eingeteilt werden in gute (?!) und schlechte, in friedliche Bürger, die ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und kriminielle Militante, die man dann isolieren und in den Knast stecken kann. Soll es jetzt unser Ziel sein, daß wir alle friedliebende Bürger werden, die alle paar Wochen mal auf die Straße gehen. Dann hat der Staat genau das geschafft, wofür er Knaststrafen verhängte und Zahlungsbefehle verschickte. Endlich Ruhe, hin und wieder eine Demo oder was Originelleres, aber nichts, was den Bonzen schadet, denn das ist ja verboten. Oh, nein, so einfach dürfen wir es ihnen nicht machen.

Mal was anderes. In der Presse stand überall, die Demo sei friedlich verlaufen, nur einmal war was von eingeworfenen Scheiben zu lesen.

Ich glaube nicht, daß die Aktion in Brunsbüttel so heruntergespielt wurde, um die Demonstranten in ein gutes Licht zu rücken. Warum wurde nicht gehetzt auf ein paar lächerliche Chaoten, die mit Steinen warfen und von guten Demonstranten beruhigt wurden, Streit im eigenen Lager, Terroristensumpf usw.?

Doch nicht aus Überlegenheit, sondern aus Angst davor, daß ein Tabu gebrochen wird, das vom Staat mühsam aufgebaut und jetzt langsam brüchig wird, endlich. Das Tabu heißt "Über Gewalt spricht man nicht, Gewalt verabscheut man". Daß dieses Tabu endlich von uns besiegt wird, zeigt sich an Aufklebern "Lieber heute Sprengen als morgen in die Luft fliegen" oder an der Predigt eines Pastors in St. Petri, der unterschieden hat zwischen Gewalt zur Unterdrückung und Gewalt zur Befreiung (gute Gewalt). Es fragt sich doch auch, warum aus den Sabotageaktionen gegen AKWs (z.B. Esenshamm) und Betreiberfirmen (z.B. HEW) keine Terroristenhetze gemacht wurde, Ansatzpunkte gäbe es genug. Volkswirtschaft, Personengefährdung, Demokratieverachtung.

Ich meine, die Verantwortlichen wissen, daß sie dabei nicht im Entferntesten den Rückhalt kriegen würden wie bei Baader-Meinhof, sondern viele sich die Frage stellen, was eigentlich verwerflicher ist, ein AKW durch Sabotage für einige Zeit stillzulegen oder es nicht zu tun und zuzusehen, wie das AKW uns verseucht. Vor solche Fragen möchte der Staat möglichst wenige Leute gestellt sehen.

Das einzige Argument gegen Gewaltaktionen, das ich akzeptiere, ist, daß viele Leute sich dann nicht mehr trauen, offen gegen AKWs zu kämpfen, weil die Gewalt bei den Allermeisten immer noch tabu ist. Gerade deshalb sollten wir die Diskussion über Gewalt gegen Sachen mit in Gang bringen und nicht dem Staat bei seinen Moralaktionen behilflich sein, denn ich bin der Meinung, daß Sabotage eine Kampfform ist, auf die wir nicht verzichten können, weil sie die Betreiber da trifft, wo sie empfindlich sind, an der Wirtschaftlichkeit, am Geld. Nur das interessiert doch die Herren der Atomindustrie, das Geld und ihr leibliches Wohl.

Ein AK-Leser aus Neumünster

Noch ist Frankfurt nicht Narita

Unter starker Anteilnahme der umliegenden Bevölkerung demonstrierten am 6. Mai in Mörfelden–Walldorf ca. 4000 Menschen gegen den geplanten Ausbau des Frankfurter Rhein-Main–Flughafens und für ein generelles Nachtflugverbot. Denn im Falle der Verwirklichung der Startbahn West würde das letzte zusammenhängende und unersetzliche Waldstück im Kern des Rhein–Main–Gebietes zerstört und durch Fluglärm als Erholungsgebiet wertlos. Ein Teil des Gebietes, als großes Naturschutzgebiet empfohlen wurde bereits über Nacht abgeholzt.

Der Frankfurter Rhein–Main–Flughafen

Nach dem Luftfrachtaufkommen (über 600 000 Tonnen im Jahr) ist der Frankfurter Flughafen der größte, nach dem Passagieraufkommen (fast 16 Millionen Passagiere im Jahr) der zweitgrößte Flughafen Europas.

Pro Minute landet oder startet dort jeweils ein Flugzeug und das mehr als während der Hälfte des Tages (Angaben „FR", 5.5.,; 6.7. und 13.9.78). Das soll noch schlimmer werden: In kaum zu überbietendem Größenwahn erklärte der Vorstandsvorsitzende der Flughafen AG (FAG) Becher, (in einer Fernsehdiskussion am 7.2.79), in den nächsten Jahren sei eine Erhöhung der Fluggäste von ca. 16 Mio. auf 35 Mio. und eine Erhöhung der jährlichen Frachtraten von derzeit über 600 000 Tonnen um das dreifache programmiert, („FR", 3.4.79).

Die Notwendigkeit für den Ausbau des Flughafens wird von Seiten der FAG, der Landesregierung und der ÖTV u.a. mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung versucht zu begründen – der Frankfurter Flughafen ist der größte Betrieb im Rhein–Main–Gebiet mit ca. 30 000 direkt und indirekt Beschäftigten. Doch auch hier ist die Rationalisierung durch Umstellung auf Großcontainer und den Einsatz von EDV–Anlagen und Computern voll im Gang. Für die Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau bedeutet dies im Klartext: Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit, verstärkte Nacht- und Schichtarbeit und häufige Umschulungen, in absehbarer Zeit wahrscheinlich auch Entlassungen („FR", 3.4.79). Selbst der Gewerkschaftssekretär der IG Chemie, Karl Löffert, erklärte, die Gefährdung der Arbeitsplätze auf dem Frankfurter Flughafen habe nichts mit der Startbahn West und ihrer Verhinderung zu tun, „*sondern mit der täglichen kapitalistischen Praxis*" („FR", 4.5.79).

Der Ausbau des Flughafens – Raubbau an der Natur !

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurden im Gebiet zwischen Frankfurt und Darmstadt schon 23% des Waldes gerodet. Das ist fast jeder 4. Baum! („FR", 29.12.78)

Für den geplanten Ausbau werden erneut ca. 400 Hektar Wald (800 Fußballplätze!!) benötigt. Mehr als die Hälfte würde der Rodung zum Opfer fallen. Für das Ballungszentrum Rhein/Main wären die Folgen enorm: Temperaturanstieg von 1 bis 2 Grad, weitere Grundwasserabsenkung, weitere Lärmsteigerung, etc. p.p. Kein Wunder also, daß sich die Bevölkerung heftig gegen diese Pläne wehrt.

Flughafenausbau 1959 – 65 illegal !

Von ersten zaghaften Protesten von kleineren Gruppen um den bekannten Pfarrer Oeser (Umweltbeauftragter der evangelischen Kirche und SPD–Mitglied) Mitte der 60er Jahre, hatte sich im Laufe der Jahre eine starke Bewegung entwickelt. Schon seit 1971, als der Ausbau des Flughafens durch das Land Hessen beschlossen wurde, wird dagegen mit unterschiedlichem Ergebnis prozessiert.

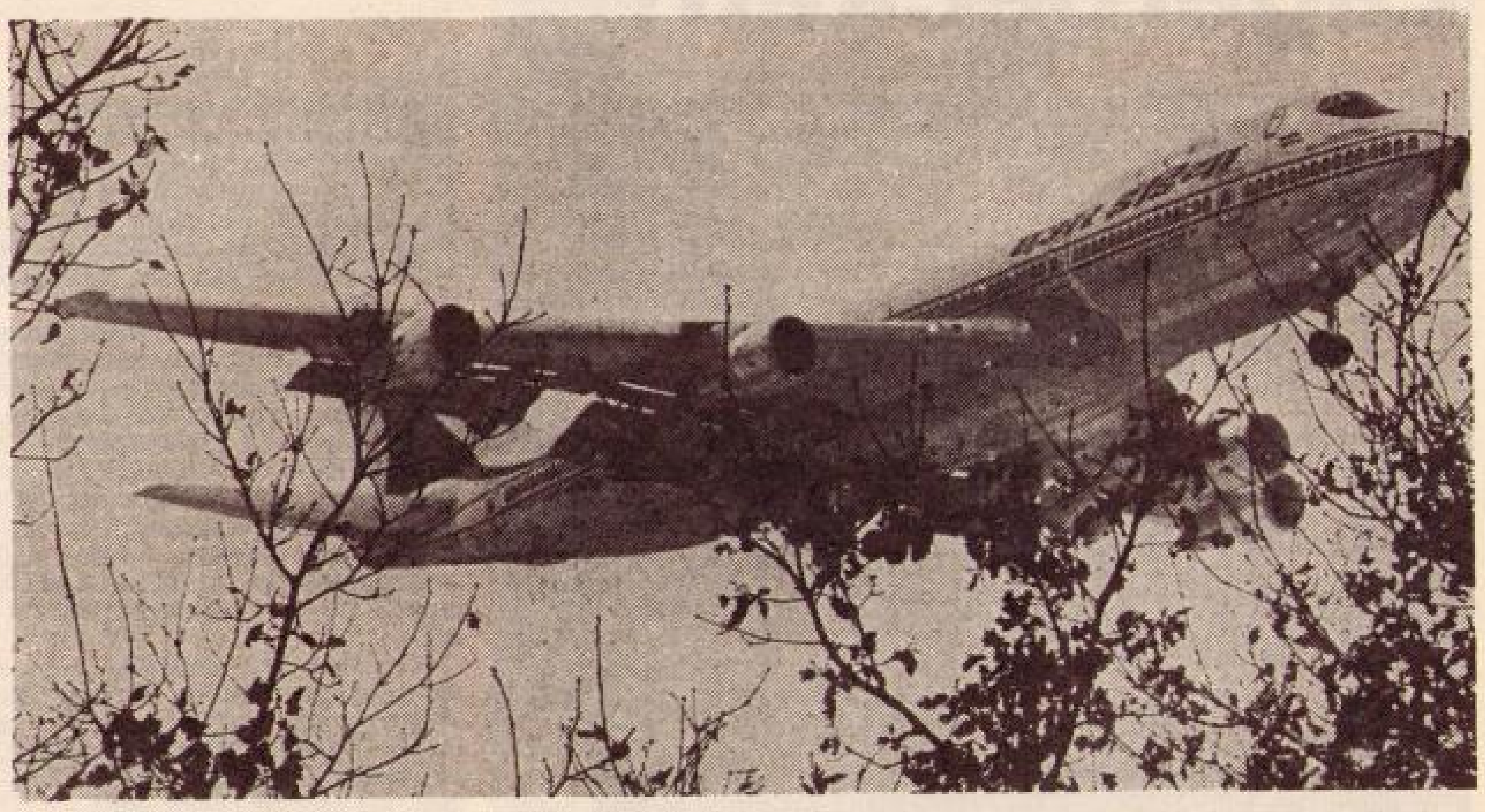
Der Ausbau des Flughafens ist in 2 Teilen geplant, eine Verlängerung der beiden Start– und Landebahnen um jeweils 690 bzw. 900 Meter, und der Bau einer neuen, 4000 Meter langen Startbahn, der Startbahn 18 West.

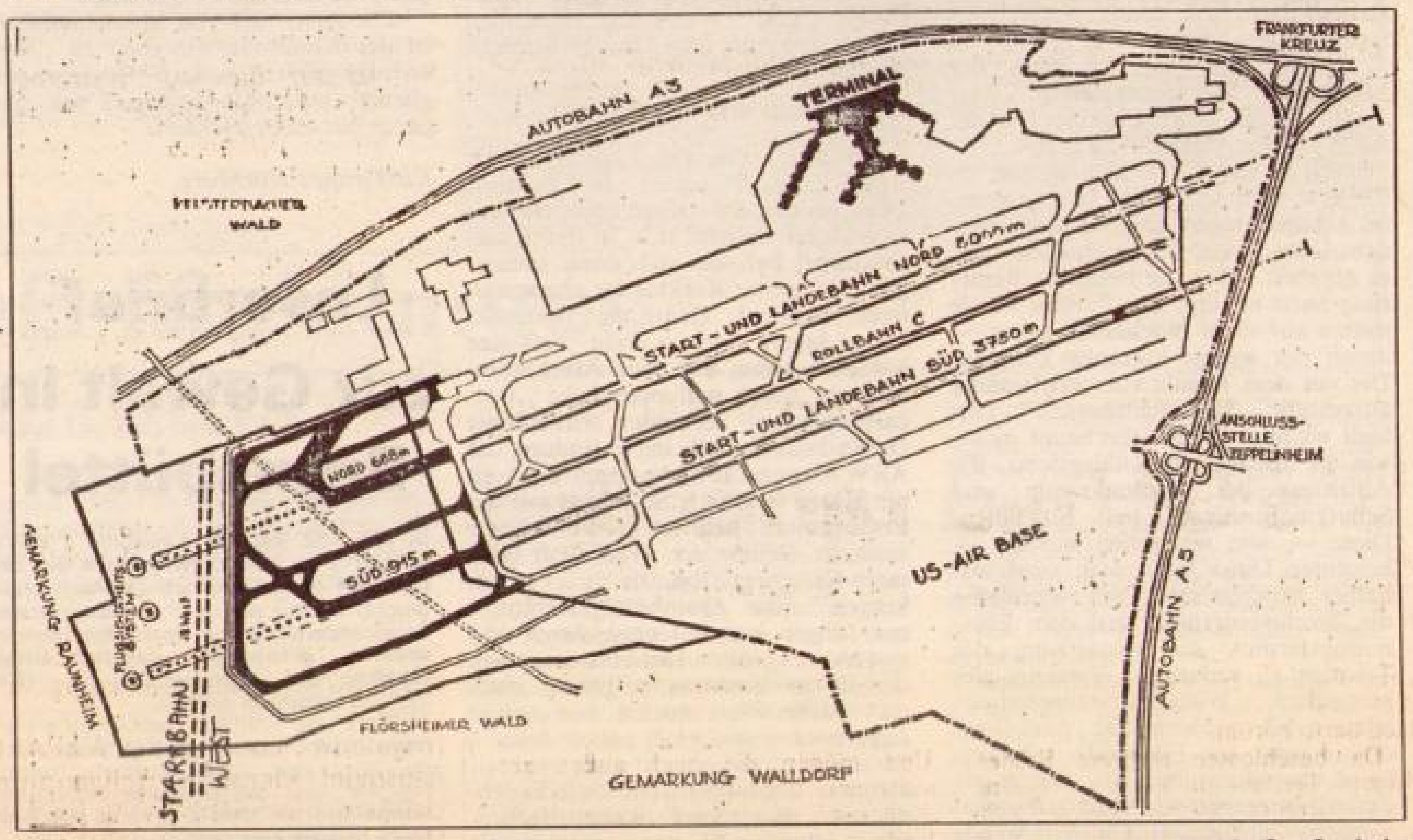
Dem Protest und auch dem Vorgehen auf juristischem Weg haben sich rund 15 Städte und Gemeinden und der Landkreis Groß–Gerau in einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Anfang 1978 erreichten die Gegner des Ausbaus einen kleinen Erfolg in Sache Startbahn West vor Gericht. Eine Verwaltungsgerichtskammer in Darmstadt hob den Teil A des Planfeststellungsbescheides auf („FR", 18.1.78).

Die Ausbaugegner hatten 1977 herausgefunden, daß die Verlängerungen der Startbahnen Nord und Süd in den Jahren 1959 bis 65 klammheimlich und ohne vorgeschriebene Planfeststellungsverfahren, also widerrechtlich gebaut worden sind („FR", 26.2.77).

Andererseits wurde die Klage gegen die Verlängerung der beiden Start– und Landebahnen vom Gericht zurückgewiesen: „*Die zu erwartende Lärmsteigerung lasse sich mit dem menschlichen Ohr kaum noch wahrnehmen*" („FR", 19.1.78) – wo viel Krach ist, kann es ruhig noch lauter werden.





Dies ist einer der Pläne der Flughafen-AG, auf denen deutlich erkennbar ist, daß bereits Land für die Straßenbahn West erworben wurde (Die dunklen Bahnen sind die geplanten Verlängerungen der Startbahnen Nord + Süd. Die Startbahn West ist bereits eingezeichnet). (FR, 21.11.78)

Im Juli 78 genehmigte das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin die Verlängerung der beiden Start- und Landebahnen des Frankfurter Flughafens erneut. Die Klage gegen den Bau der Startbahn West wurde zur erneuten Verhandlung an den
zur erneuten Verhandlung an den
hessischen Verwaltungsgerichtshof zurückverwiesen („FR", 8.7.78).

Ein Urteil darüber steht bis heute noch aus.





Börners altbekannte Wahlkampftaktik: „Wer in diesem Land einen Baum fällt, muß 2 pflanzen" (Holger Börner)

Schon im Februar 78 wurden Kontakte der FAG mit dem hessischen Landwirtschaftsministerium bekannt, bei denen es um Gespräche um Waldverkauf ging. Schon wurden Bedenken laut, die FAG wolle „klammheimlich" Wald für die Startbahn West erwerben. Um die berechtigten Befürchtungen der Bevölkerung wegen der Gespräche zwecks Waldverkauf des Landes Hessen an die FAG „auszuräumen", hatte dann Börner noch kurz vor der Hessenwahl im Oktober '78 versichert, man werde erst einmal prüfen müssen, „*ob die 3. Startbahn nicht aufgrund des verstärkten Einsatzes von Großflugzeugen und der technischen Entwicklung ... überflüssig werde*" („FR", 9.11.78). Daß man hier eindeutig von Wahlbetrug sprechen kann, beweist die Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau: „*Ministerpräsident Börner hat sein vor den Wahlen gegebenes Versprechen, daß die Gemeinden eingeschaltet, daß mit den Bürgermeistern und dem Bürger hier gesprochen würde, nicht gehalten*" („FR", 17.4.79).

Ende November letzten Jahres, also schon 4 Wochen nach der Wahl (!), bestätigte die Landesregierung den Ausbau des Flughafens und am 28.11.78 beschloß der hessische Landtag mit den Stimmen von SPD und FDP den Verkauf des Geländes. Statt „nur" 200 ha für die Verlängerung der Startbahnen erhielt die FAG gleich 303 ha und hatte damit bereits ein Drittel des für den Bau der Startbahn West benötigten Geländes („FR", 22.12.78).

Dabei war der Geländeverkauf von langer Hand vorbereitet. So wurde z.B. ein Teil des verkauften Geländes durch eine Gebiets„reform" der Stadt Frankfurt zugesprochen. Sofort nach dem Kauf des Geländes wurden von der FAG in einer Nacht-
wurden von der FAG in einer Nacht-
und Nebel–Aktion, innerhalb kürzester Zeit und in einer einmalig brutalen Weise 129 ha Wald abgeholzt, um jedes Gerichtsverfahren zur Farce zu machen.

Die Stämme wurden von Bulldozern einfach umgeworfen und verfeuert. Da die FAG ja im Grunde ihres Herzens ein Freund des Waldes ist, bot sie ersatzweise die Aufforstung von 65 ha Wald in Mörfelden–Walldorf an. Wie dumm bloß, daß dort kein Aufforstungsgebiet vorhanden ist, das war von der FAG „völlig unbeabsichtigt" übersehen worden („FR", 3.2.79).

Mittlerweile ist nach Auskunft des dortigen Bürgermeisters schon eine 2. Startbahn West im Gespräch (lt. „FR", 3.1.79). Dagegen demonstrierten am 6.5. über 4000 Menschen am Flughafengelände.

„Was sich hier anbahnt ist ein grundlegender Konflikt"

So charakterisierte der SPD–Ortsvereinvorsitzende May den Konflikt der Parteibasis um den Flughafen mit der SPD–Führung.

Auf der letzten Jahreshauptversammlung der SPD Mörfelden–Walldorf wurde scharfe Kritik an der hessischen SPD–Führung, inbesondere an Holger Börner geübt. Örtlich arbeiten alle Kommunal–Politiker in Sachen Flughafen zusammen, die SPD bildet mit der CDU, FDP und in Mörfelden auch mit der im Stadtrat vertretenen DKP eine Parteiengemeinschaft. Demnächst will sich der SPD-Vorstand – dem das nicht paßt – mit dem Thema „befassen". SPD-Ortsvereinschef May erklärte, daß „*Ministerpräsident Börner gesagt habe, er sei bereit, unpopuläre Politik über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu machen, und ihn würden 30 000 (Einwohner von Mörfelden–Walldorf) oder auch mehr nicht interessieren: die Startbahn West werde gebaut*" („FR", 3.5.79). Hinter solchen Sprüchen steckt – wie für Hessen bekannt – der Genosse Filz, das große Geld: „Genosse" Reitz (SPD), der Finanzminister ist ja schließlich Aufsichtsratvorsitzender bei der FAG, sein Kollege dort ist ÖTV–Gewerkschaftsfunktionär Wolf, der dort „die Arbeitsplätze"
Wolf, der dort „die Arbeitsplätze"
sichert. Da „lohnt" es sich halt noch, Politik zu machen, die unpopulär ist. Pfarrer Oeser, umweltpolitischer Sprecher der SPD Mörfelden–Walldorf hat deutlich gemacht: „*Ich werde meinen Weg für diese Partei notfalls auch außerhalb von ihr gehen, wenn mich die Partei zwingt*". Etliche weitere SPD–Mitglieder haben ebenfalls angekündigt, bei Startbahnrealisierung die SPD zu verlassen. Der Widerstand gegen die Startbahn West ist in den betroffenen Gemeinden sehr breit. Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung hat nach eigenen Angaben ca. 250 aktive Mitglieder aus über 20 umliegenden Gemeinden. Die Gesamtmitgliederzahl geht in die Tausende. „*Die BI versteht sich als eine von Parteien und Weltanschauungen unabhängige organisierte Alternative, die jedermann zu Mitwirkung an dem gesteckten Ziel ‚Keine Startbahn West – Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr' offensteht*".

In vielen Städten gibt es Aktionsgemeinschaften gegen die Startbahn West, so z.B. in Mörfelden–Walldorf, in der SPD, FDP, CDU und DKP und andere zusammenarbeiten. Auch hier, wie überall bei Protesten, egal aus welcher politischen Ecke, ist die Polizei, Verfassungs„schutz" und BGS immer dabei. Demonstrationsteilnehmer werden vom Verfassungs„schutz" und BGS gefilmt und fotographiert. Ermittlungen werden gegen Teilnehmer eines friedlichen Protestspaziergangs !! eingeleitet. Die BI, die mittlerweile Kontakte zu den BIs in Brokdorf und Wyhl aufgenommen hat, erklärte dazu: „*Die Vorgänge um den Waldverkauf haben gezeigt, daß wir uns auf Gerichte und Politiker nicht verlassen können. Wir müssen eine eigene starke Bewegung werden, um die Startbahn West mit allen demokratischen Mitteln zu verhindern*" (aus dem Aufruf zur Protestkundgebung).

KB/Gruppe Frankfurt

Boehringer-Arbeiter „entdeckt" Parteienvertreter und Atomlager

Im stillgelegten Erzschacht Konrad in Salzgitter soll höchstwahrscheinlich eine der größten Atommülldeponien Westeuropas entstehen. Ende März gaben die Jusos den Verantwortlichen Gelegenheit, auf einer mit ca. 200 Leuten besuchten Veranstaltung Stellung zu nehmen. Auf dem Podium saßen u.a. ein CDU-Ratsmitglied, Schmidt (SPD, MdL) und ein Vertreter der Gesellschaft für Strahlen und Umweltforscher (GSF). Die GSF betreibt das jetzt auch offizielle Endlager Asse 2 und leitet die „Forschungsarbeiten" in Konrad.

Auf die Frage, wie es in der als völlig sicher definierten Anlage Asse zu Wassereinbrüchen im und zu Erdeinbrüchen am Grubengebäude kommen konnte, verweigerte der Vertreter der GSF schlichtweg die Antwort. Er wisse auch nichts davon, daß Menschen, die sich einen Erdsturz in der Asse ansehen wollten, von der Polizei fotografiert werden. Die CDU versuchte, die im Laufe der Veranstaltung immer deutlicher werdende Lügenpolitik der Verantwortlichen zur Asse dahingehend abzuschwächen, daß doch jeder in die Asse fahren könne, um sich von der Ungefährlichkeit zu überzeugen. Im übrigen würden sich die Politiker beim Projekt Konrad dafür einsetzen, daß eine gute Informationspolitik gewährleistet werde. Dazu müsse die GSF ihre Forschungen aber transparenter als bisher machen. Als der Vertreter der GSF darauf hinwies, daß der Stadtrat Salzgitters u.a. halbjährlich unterrichtet werde, flüsterte der CDU'ler etwas und schon schwieg die GSF zu diesem Punkt.

Ansonsten setzten sich SPD und CDU kräftig für die weiteren Untersuchungen in Konrad ein, um herauszufinden, ob sich überhaupt die Schachtanlage für eine Endlagerung eigne. Das Ergebnis ist aber schon heute klar angesichts der Tatsache, daß Konrad außer Gorleben das einzige neue Projekt dieser Art ist und daß interministerielle Gespräche zu diesem Thema angekündigt sind, obwohl die Ergebnisse offiziell erst in einem Jahr vorliegen sollen.

Schmidt (SPD) kritisierte das „integrierte Entsorgungssystem" Gorleben. Seiner Meinung nach seien Wiederaufbereitung und Endlagerung zu trennen. Ersteres solle kurzfristig völlig entfallen, zweites in eine „Zwischenlagerung" verwandelt werden. Im gleichen Zusammenhang forderte er allerdings, die Flachbohrungen in Gorleben fortzusetzen, was dem Baubeginn der Wiederaufbereitungsanlage praktisch gleichkommt.

Zu einem mittelprächtigen Zwischenfall kam es, als ein anwesender Beamter der politischen Polizei, der sich seitenlange Notizen gemacht hatte, enttarnt wurde. So sah sich Schmidt zu einer kleinen Anfrage im Landtag veranlaßt und erklärte: „*Die Überwachung könne sich so auswirken, daß kritische junge Menschen polizeiliche Methoden zu erkennen glauben* (?!) *und sich vom demokratischen Staat und seinen Repräsentanten abwendeten*" („FR", 5.4.79). Dem ist mit Reden auf Veranstaltungen allein kaum beizukommen!

Ein Genosse aus Salzgitter

Die Schau fängt an

Es gab einmal ein Gelände im Grünen, da konnte gegrillt werden, Fußball gespielt werden oder die Leute und Hunde liefen einfach darin herum.

Da beschlossen mehrere Brüder diesem Treiben ein Ende zu setzen. Diese Brüder unterschieden sich von anderen Brüdern dadurch, daß sie sich nach außen immer stritten und unter sich ein Herz und eine Seele waren. Ihre Stadt, obwohl eine kleine Provinzstadt, war Hauptstadt geworden und die Brüder setzten alles daran, sie herauszuputzen. Vom Sonnenkönig hatten sie gehört, der in Versailles einen riesigen Park hatte anlegen lassen – nicht für die Bürger – sondern zu seiner eigenen Pracht und Herrlichkeit. Die Brüder ließen nun auch einen Park bauen oder wie es hieß :
Gartenschau.
Viele Bürger fragten sich nun verwundert, warum mit Millionenaufwand ein Park abgerissen wurde, um einen neuen zu errichten. Aber sie hatten immer noch nicht verstanden, daß ihr Dorf ja Hauptstadt war und der Park nicht für sie bestimmt war, sondern für die ganze Welt.

Und so entstand in Bonn die Bundesgartenschau.

Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?

Der Aufwand für die Bundesgartenschau, die am 27. April eröffnet wurde, von anfangs 17 Millionen ist nach den letzten Überlegungen bei 90 Millionen gelandet („Bonner Rundschau", 15.3.). Um soviel Geld zu verjuxen, um aus dem Naherholungsgebiet Rheinauenpark die Bundesgartenschau zu machen, bedurfte es schon einer ganzen Trickkiste:

- die vom ADAC angebotene Spende von 80.000 Mark wurde abgelehnt, weil man 800.000 haben wollte (Zeit, 9.3.);
- die von mehreren Botschaften angebotene Unterstützung wurde nicht abgefordert (Zeit, 9.3.);
- statt einer unentgeldlichen Pionierbrücke wurde für 1,4 Millionen eine Brücke gebaut, die nach der Schau wieder abgerissen wird;
- es wurden so „vortreffliche" Gartenanlagen geschaffen, um dann jährlich für die Pflege z.B. 3,5 Millionen für den Rasen und 10.000 Mark für den japanischen Garten auszugeben.
- man hatte auch so viel Geld, daß man sich noch genügend viel Unkrautvertilgungsmittel kaufen konnte um Bäume zu zerstören...

Und mögen die nach außen zerstrittenen Brüder – CDU & SPD – auch noch so zänkisch in der Öffentlichkeit auftreten, gemeinsam im Aufsichtsrat sitzend, verjuxen sie die Steuermillionen als wär's ein Lottogewinn.

Ja, wer hat, der hat. Und was sind bei einem Schuldenberg von 600 Millionen der Stadt Bonn schon lächerliche 90 Millionen. Sicher fehlt das Geld beim Frauenhaus, bei Kinderläden, im Wohnungsbau, bei Jugendzentren, in Kliniken, bei Radfahrwegen....Das sind zwar alles Projekte, die die Leute dringend nötig haben – aber dient es dem Ausbau Bonns als Hauptstadt?

Bürgergartenschau?

Über die Generalprobe der BuGa schrieb der „expreß" (21.4.):„ Ärger gab's mit den Hundebesitzern und Radfahrern. Während man gestern noch ein Auge zudrückte, soll ab 27. April keine Ausnahme gemacht werden :Tiere und Radfahrer haben in der BuGa keinen Platz."

Bezahlen tut das alles ja der Steuerzahler und es ist schon toll, was wir uns so leisten können, und sind dabei noch so großzügig, darauf zu verzichten, die Bundesgartenschau so zu benutzen, wie den alten Rheinauenpark. Normalerweise wird der Griff in die Taschen anderer ja Diebstahl genannt und bei den 90 Millionen, die die Stadtväter ausgegeben haben, würde das wohl nicht mal mehr auf Bewährung gehen. Der Bund der Steuerzahler schickte dann auch dem Rädelsführer der BuGa, Oberbürgermeister Daniels, ein Faß ohne Boden.

Und was haben nun die Bürger davon, die sich einen solchen Luxus leisten können? „Zu unserer eigenen Sicherheit" (so ein Schild an der BuGa) ist der Radfahrweg Bonn-Koblenz mit Stacheldraht versperrt. Was macht man bloß mit den „terroristischen Gärtnern", die schon auf dem Gelände sind?

Statt im Rheinauenpark zu spazieren, darf man nun gegen Eintritt das Gelände betreten. Und mit dem Grillen wird's wohl auch nichts mehr in den japanischen Gärten. Aber dafür gibt es ja Restaurants.

Der Bürger ist für die scheinbar zerstrittenen Brüder als Steuerzahler nur der ungeliebte Erbonkel.

KB/Gruppe Bonn

1. Mai 1979

Auch in diesem Jahr waren wieder mehrere hunderttausend Menschen den Aufrufen des DGB, linker Organisationen und Gruppen zu 1. Mai-Kundgebungen und Demonstrationen gefolgt. Die größte Mobilisierung wurde in den Großstädten Hamburg, München, Frankfurt und Westberlin erreicht. Die bestimmenden Parolen waren von gewerkschaftlicher Seite her die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, der 35-Stundenwoche, Verbot der Aussperrung, gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierung; auf allen größeren Demonstrationen waren in starkem Maße Parolen gegen das Atomprogramm, verbunden mit der Forderung nach sofortiger Stillegung aller AKWs,vertreten; weitere Schwerpunkte waren antifaschistische Parolen, gegen den Abbau demokratischer Rechte und für die Gleichberechtigung der Frauen.

In deutlicher Form trat der Widerspruch zwischen den Interessen der Gewerkschaftsführer und denen der Demonstranten am 1. Mai zutage. Der DGB hatte das Motto „Arbeit für alle – Für ein Europa des sozialen Fortschritts" gewählt. Im Mittelpunkt der zentralen DGB-Reden standen dementsprechend Aufrufe an die Arbeiterschaft, sich an den Europa-Parlaments-Wahlen zu beteiligen. Wieder einmal werfen sich die Gewerkschaftsführer so für eine Sache in die Bresche, die Regierung und Kapital der arbeitenden Bevölkerung bisher nicht als Fortschritt verkaufen konnten.

Kampf für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterschaft, das fehlte auch dieses Jahr in den Reden der DGB-Führer. Stattdessen nur schönfärberische Versprechungen, daß in einem „Europa der Arbeiter" sozialer Fortschritt erreicht werden könnte.

Höhepunkt dieser Art von Interessenvertretung der DGB-Führer war wiederum die zentrale Mai-Kundgebung in Saarbrücken. Sie wurde beherrscht von Bundeskanzler Helmut Schmidt, der der Arbeiterschaft das Regierungsprogramm als Lösung ihrer Probleme verkaufen wollte. Provokationen ganz besonderer
der Arbeiterschaft das Regierungsprogramm als Lösung ihrer Probleme verkaufen wollte. Provokationen ganz besonderer
Art leisteten sich die DGB-Führer noch in Heidelberg und München. Im Namen der „Einheitsgewerkschaft" sprachen in Heidelberg der CDU-Ministerpräsident Späth und in München der CSU(!)-Oberbürgermeister.

Auf den größeren Demonstrationen, an denen sich jeweils große oppositionelle Kräfte beteiligten, ernteten die DGB-Führer für ihren Wahlrummel durchweg Pfiffe.

Schon im Vorwege hatten Heidelberger Vertrauensleute gegen das Auftreten von Späth protestiert. In München ging die Rede des CSU-Oberbürgermeisters vollständig in Pfiffen der 10.000 unter.

Insgesamt haben an den Mai-Aktivitäten in diesem Jahr etwa genausoviel Menschen teilgenommen wie im vergangenen Jahr. Größere Einbrüche hat es im wesentlichen nur in NRW gegeben. Dort stimmten offensichtlich viele Kollegen „mit den Füßen" gegen den Kurs der Gewerkschaftsführung beim Stahlarbeiterstreik ab und dagegen, daß die dort erhobenen Forderungen überhaupt nicht Gegenstand der Mai-Mobilisierung waren. Dies steht im Gegensatz zu der in diesem Streik entwickelten Opposition, die allerdings noch nicht den Schritt über konkrete betriebliche Aktivitäten getan hat. Besonders schroff tritt angesichts dieser Situation die Unwilligkeit und Unfähigkeit der Linken in NRW hervor, von der es kaum Anstrengungen gab, für ein starkes oppositionelles Auftreten auf den 1. Mai-Kundgebungen und Demonstrationen zu sorgen.

Die Linke hat insgesamt jedoch auch in diesem Jahr wieder erheblichen Einfluß auf die Demonstrationen gehabt. Erfreulich ist, daß sich die Einsicht in die Notwendigkeit eines organisierten oppositionellen Auftretens immer mehr durchsetzt. An vielen Demonstrationen nahmen AKW-Gegner, Frauengruppen, Antifaschisten usw. in eigenen Blöcken teil. In einer Reihe von Städten wruden eigene Abschlußkundgebungen und Mai-Veranstaltungen durchgeführt. Allerdings hat sich auch gezeigt, daß dieses oppositionelle Auftreten noch keine Selbstverständlichkeit geworden ist – auch nicht in unseren eigenen Reihen. Teilweise ging der Verzicht auf ein eigenständiges Vorgehen einher mit defätistischen „Diskussionen" darüber, ob es überhaupt sinnvoll sei, am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Schleswig-Holstein

Flensburg. Der DGB hatte wie in den beiden vergangenen Jahren wieder zu einer Kundgebung auf dem „Nordermarkt" aufgerufen. Daran beteiligten sich knapp 600 Menschen, davon 300 Oppositionelle, die deutlich mit eigenen Transparenten auffielen. Im letzten Jahr hatten sich noch ca. 800 Menschen an der DGB-Kundgebung beteiligt. Ebenfalls 300 Menschen beteiligten sich an der Demonstration im Anschluß an die DGB-Kundgebung. Zu dieser Demonstration hatte ein Bündnis aufgerufen: Einige Mitglieder der DFG/VK, die SOdZDL, AG Frauen der LDU Stadt, Vorstand der LDU Land, die Schülerinitiative gegen Atomanlagen, die Redaktion „Die Zeitung" (Flensburger Stadtzeitung), das „Bluntschli"-Kollektiv (Diskothek, in der auch das Mai-Fest stattfand) sowie aus umliegenden kleineren Orten der Buchladen „Ecke 13" Husum, die BI Niebüll, der Rat des Jugendzentrums Niebüll, die Frauengruppe Kappeln, die Jugendzentrumsinitiative Kappeln. Mit einem eigenen Aufruf hatte außerdem die Flensburger Frauenzentrumsinitiative zu Demo und Fest mobilisiert. Die KPD/ML - noch nicht ganz vertraut mit der neuen Parteilinie - sowie ihr nahestehende Initiativen hatten eine Beteiligung an dem Bündnis abgelehnt, da es von „kleinbürgerlichen Elementen" dominiert sei. Die Demo wurde von einem Frauenblock (ca. 30 Frauen) angeführt - vorneweg ein großes lila Transparent: „Frauen gegen § 218 und AKW" und „Für ein Frauenzentrum in Flensburg". Auf der Abschlußkundgebung sprachen Vertreter der LDU, der DFG/VK und SO und der Jugendzentren. Das Mai-Fest am Nachmittag war mit 350 Menschen gut besucht. Es spielten die Musikgruppen Terz und Hamburger Straßentheater. Gesammelt wurde für das Flensburger Kinderhaus. Es wurden Redebeiträge gehalten zur Arbeit der Frauenzentrumsinitiative und der AG Frauen der LDU sowie Beiträge der DFG/VK, SO und Jugendzentren sowie zu den Prozessen gegen Jürgen Reents und Kai Ehlers. Die Flensburger KB-Gruppe hatte für Demo und Fest mobilisiert, man vermißte jedoch diesmal die Unterzeichnung des gemeinsamen Aufrufs durch die KB-Gruppe.

Insgesamt sind die Aktivitäten der Flensburger Linken ein Erfolg, auch wenn die Zahl der Demonstranten im Vergleich zum letzten Jahr (350) leicht rückläufig war. Die Mobilisierung aus den umliegenden kleinen Orten war gemessen an der Zahl der Unterstützer aus diesen Orten jedoch dieses Jahr sehr dürftig.

* * *

Kiel. Hier ließ der DGB erstmals seine traditionelle Mai-Kundgebung auf dem Marktplatz fallen zugunsten einer Feier am 30. April in der Ostseehalle. An dieser Veranstaltung, auf der Atomfilz Jan Sierks seine Pro-AKW-Reden hielt (nur etwas „vornehmer" als vor Harrisburg) nahmen ca. 1.500 Menschen teil (lt. „Kieler Nachrichten"). Für die Kieler Linke wurde dieses Jahr der 1. Mai zu einem großen Erfolg. Zu einer Demonstration und zu einem Fest am Nachmittag sowie einem Kinderfest hatten folgende Gruppen aufgerufen: Basisliste an der Kieler Uni, Redaktion des Dr. Mabuse (eine Gesundheitsgruppe), Kinderladen zum Brook, Kinderhaus Gaarden e.V., Bambule-Heiminitiative, Frauenzentrum, Tageszeitungsinitiative, Einblatt (Stadtzeitung), Buchladen Barrikade, Kieler Kulturinitiative, Gruppe Kieler Antifaschisten, Antifagruppe Kiel, Rote Garde, KB, Kieler türkischer Arbeiterbund/Studentenbund, Gruppe oppositioneller Gewerkschafter, Kieler Verein für psychische und soziale Selbsthilfe e.V., BI gegen Atomanlagen, BI Umweltschutz Kieler Förde e.V., Lebensgruppe Kiel, Homosexuelle Aktion Kiel (HAKI), Initiativgruppe 3. Welt. Darüberhinaus hatten mehrere Initiativgruppen, die aus zeitlichen Gründen den Aufruf nicht mehr unterstützen konnten, aufgerufen. Die Kieler CISNU, die anfangs auch dem Bündnis angehörte, lehnte später eine Beteiligung mit der bemerkenswerten Begründung ab, da auch Schwulen- und Lesbengruppen sich beteiligen würden. Das könnten sie sich mit Rücksicht auf die inneren Verhältnisse im Iran nicht erlauben, da so dort die Linken noch weiter unter Beschuß kommen würden. Gerade angesichts der Schwulenunterdrückung im Iran wurde dieser Standpunkt von dem Bündnis verurteilt.

An der Kieler Demonstration nahmen 1.000 Menschen teil. Der Aufruf unter dem Motto „Bleibe im Lande und wehre Dich redlich" (so auch das Haupttransparent auf der Demo) hatte sich sehr stark an die Linke gerichtet. Auf der Demo gab es einen lila Frauenblock (ca. 40 Frauen) sowie einen kämpferischen Block der türkischen Kollegen. Der Block der KPD/ML, hatte ca. 100 Teilnehmer. Die KPD/ML hatte nach anfänglichen Bauchschmerzen wegen des bunten Charakters der Demo
hatte ca. 100 Teilnehmer. Die KPD/ML hatte nach anfänglichen Bauchschmerzen wegen des bunten Charakters der Demo
kurze Zeit vor dem 1. Mai doch noch den Plan einer eigenen Demo fallengelassen. Das war das erste Mal seit Jahren. Nur der KBW hielt wieder durch wie das „tapfere Schneiderlein" und demonstrierte mit ca. 40 Menschen allein.

Diese Demo mit 1.000 Menschen war die erste bunte Demo in Kiel seit Jahren zum 1. Mai von einem solchen Bündnis und die erste Demo, die nicht von der KPD/ML oder dem KBW veranstaltet wurde, die im Vergleich zu den vergangenen Jahren nicht mehr viel auf die Beine bringen. Immerhin war Kiel einmal Hochburg beider Organisationen.

Auf dem Kinderfest, veranstaltet von den Kieler Kinderinitiativen, feierten ca. 100 Kinder den 1. Mai. Das Maifest am Nachmittag wurde von 1.500 Menschen besucht. Geboten wurde in mehreren Räumen des neuen Kommunikationszentrums „Pumpe" Musik, Theater, Filme, Selbstdarstellungen der Initiativen sowie natürlich Stände von allen Initiativen. Der KB hielt einen Redebeitrag zu den Prozessen.

* * *

Lübeck. Hier sah der DGB dieses Jahr nicht gut aus. Zu einer Mai-Kundgebung in der Freilichtbühne mit Eugen Loderer kamen nur 500 Menschen, diese großteils vom SPD- und DGB-Funktionärskörper. Noch im letzten Jahr waren ca. 2.000 Menschen zur DGB-Kundgebung erschienen. Allerdings war auch von einer oppositionellen Beteiligung nichts zu spüren. Zu einem Fest am 30.4. in der „Alternative" hatte ein Bündnis aus politischen Gruppen und Basisinitiativen aufgerufen: Verein Frauen helfen Frauen e.V. (Frauenhaus), SOdZDL, Lübecker Initiative gegen Atomanlagen, Frauen-Kunstgruppe, Frauen aus dem Frauenzentrum, Babygruppe e.V., Dritte Welt Laden, Buchladen/Galerie „Die Alternative", Solidaritätskomitee für die sofortige Freilassung von Lisa, Frank und Jörn (die inhaftierten angeblichen Lübecker „Terroristen"), KB, RGO, Rote Hilfe. Gekommen sind über 500 Leute. Das sind etwa 300 weniger als im letzten Jahr. Wenn man allerdings die späten Vorbereitungen des Bündnisses in Rechnung stellt, ist das ein guter Erfolg. Neben dem gemeinsamen Aufruf gab es noch einen gesonderten Aufruf des Lübecker Frauenhauses.

Auf dem Fest wurden verschiedene Filme geboten: ein Frauenfilm, ein Anti-AKW-Film sowie ein selbstgedrehter Film der Babygruppe über ihre Arbeit. Neben Musik gab es Wortbeiträge zum Frauenhaus, den „Terroristen"-Verhaftungen in Lübeck und den KB-Prozessen.

* * *

Neumünster. Hier fand die einzige Demonstration des DGB am diesjährigen 1. Mai in Schleswig-Holstein statt, an der sich ca. 500 Menschen beteiligten. Auf der Kundgebung vor dem Gewerkschaftshaus (ebenfalls 500 Teilnehmer) sprach Gerda Linde von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung. An der Demonstration und Kundgebung nahmen ca. 200 Oppositionelle der Neumünsteraner Basisinitiativen mit eigenen Parolen teil. Am 30.4. hatte ein „Initiativkreis 1. Mai" ein Fest mit 200 Teilnehmern veranstaltet, was auch mit Vorjahren verglichen für Neumünster ein gutes Ergebnis ist. Mitglieder dieser Initiativgruppe waren der KB, die Jusos, die LDU Neumünster, der AJLE, die Naturfreundejugend, die RGO, der Stadtjugendring, die BI, Dritte Welt-Laden, Aktion

Jugendzentrum, sowie ein Kreis türkischer Kollegen. Auf dem Fest wurden viel Musik, Büchertische, Redebeiträge und Filme geboten.



Bremen/ Niedersachsen

Bremen: 5.000 Menschen beteiligten sich in Bremen an der 1. Mai-Demonstration des DGB (1978: 6.000 Teilnehmer). Wie schon in den Vorjahren hatte sich der KB wieder dafür eingesetzt, daß sich ein Bündnis linker und radikaldemokratischer Kräfte für ein gemeinsames oppositionelles Auftreten am 1. Mai bildete. Aufgrund der Ausrichtung des diesjährigen 1. Mai durch die DGB-Führung zu einem Europa-Propagandatag für die SPD war die Bereitschaft, die Opposition hiergegen aktiv zum Ausdruck zu bringen, dieses Jahr besonders breit vorhanden. Daß dann auch noch Hans Koschnick, SPD-Vize und Chef der Bremer Landesregierung, 5 Monate vor den Bürgerschaftswahlen in Bremen vom DGB zum Hauptredner der Mai-Kundgebung erkoren wurde, machte für viele das Maß erst recht voll.

Es kam ein breites oppositionelles Bündnis zustande, an dem sich neben dem KB die Frauenwahlinitiative für eine Grüne/Bunte Liste, die Frauengruppe gegen Faschismus, die Eltern-Kind-Initiative "Der Kinder wegen...", Kulturgruppen, Schwule, der Landesverband der Jungdemokraten, die Falken, die Christen für den Sozialismus (CFS) und —als einzige Ausländerorganisation — die CISNU beteiligten. Dieses Bündnis rief zur Teilnahme an der DGB-Demonstration auf und zum demonstrativen Abmarsch von der DGB-Kundgebung während der Rede von Bürgermeister Koschnik. So beteiligte man sich mit eigenständigen Parolen an der DGB-Demonstration: die Frauengruppen formierten wieder mit lila Fahnen und Transparenten einen Frauenblock, dem sich diesmal sogar die Frauen der DFI (Demokratische Frauen-Initiative) anschlossen; eigene Blöcke bildeten auch die Schwulen, die Eltern-Kind-Gruppen unter tatkräftiger Beteiligung der Kinder, AKW-Gegner aus der BBA und Krankenpflegeschüler, die ebenfalls oppositionelles Auftreten beschlossen hatten. Ein kleiner Block von Daimler-Benz-Arbeitern wurde wegen seines mitgeführten oppositionellen Transparentes aus dem IG-Metall-Block "ausgesondert". Sie waren nahezu die einzigen Daimler-Kollegen, die überhaupt gekommen waren. Erheblichen Unmut über die politische Ausrichtung dieses 1. Mai gab es auch unter den Klöckner-Stahlarbeitern, von denen ebenfalls nur eine "Abordnung" mitdemonstrierte. Die DGB-Demonstration war insgesamt stark durchsetzt von oppositionellen Parolen und Transparenten, wobei die AKW-Gegner als solche etwas weniger ins Gewicht fielen als letztes Jahr. Die Forderung nach der
als solche etwas weniger ins Gewicht fielen als letztes Jahr. Die Forderung nach der
35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war natürlich sehr häufig vertreten.

An der DGB-Kundgebung nahmen zunächst rund 6.000 Menschen teil, viele von ihnen sehr aktiv und lautstark — indem sie ihrem Unmut über diese SPD- "Wahlveranstaltung" Ausdruck gaben. Ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert erhob sich, als Koschnick "das Wort ergriff". Mehrfach pöbelte er äußerst gereizt gegen diese "kleine Minderheit von Radikalen" oder auch "Chaoten-Gruppen", die da solchen Krach machten. Seine Rede ging weitgehend in dem Pfeifkonzert unter.

Gleich zu Beginn des Koschnick-Auftritts war es den Falken eindeutig zuviel geworden, sie verließen kurzentschlossen den Kundgebungsplatz.

Nach der Koschnick-Rede waren es dann ca. 1.500 Menschen (Radio Bremen sprach sogar von 2.000), die den von einem oppositionellen Bündnis organisierten Abmarsch bildeten. Sie umrundeten den Platz einmal und zogen dann in allerbester Stimmung zur eigenen Demo.

DKPler hatten sich auf der Kundgebung fürchterlich über die "Krachmacher" aufgeregt und versuchten, der "Marxistischen Gruppe" Transparente zu klauen; angesichts des "Kräfteverhältnisses" steckten sie dann jedoch zurück.

An dem eigentlichen demonstrativen Abmarsch nahmen noch weitere Kreise teil als die von dem Bündnis repräsentierten: Daimler- und Klöckner-Kollegen zogen mit ab.

Die Demo ging aus der Innenstadt heraus zu den Weserwiesen, wo eine eigene Abschlußkundgebung und ein Fest stattfinden sollten. Pastor Bergengruen aus Hannover und Günter Wöckner, BR-Vorsitzender von Reynolds-Aluminium waren als Sprecher gekommen; auch die "Rock gegen Rechts"- Gruppe "Crazy Marching Band" aus Lübeck war gekommen, um ihr Politk-Rock-Theater vorzuspielen. Wegen etlicher technischer Pannen fiel dieser schöne Abschluß leider ins Wasser.

***

Bremen-Nord: Hier findet traditionell eine eigene DGB-Demonstration statt, die im wesentlichen von den Vulkan-Arbeitern getragen wird. Diesmal beteiligten sich 1.000 Menschen (1978: 2.500).

Hier kam es zu einem brutalen Bulleneinsatz gegen Vulkan-Jugendliche und KBW-ler (der KBW hatte zur Demo auch aufgerufen). Die Bullen versuchten, dem KBW ein Megaphon abzunehmen. 5 bis 6 Leute wurden festgenommen.

Auf einem anschließenden Treffen oppositioneller Gewerkschafter stand der Polizeieinsatz im Mittelpunkt der Diskussion. Verschiedene Gewerkschaftsfunktionäre versuchten dort, den Einsatz zu legitimieren. Mittlerweile gibt es aber eine Erklärung von Betroffenen Betriebsräten und Jugendvertretern, die den Polizeieinsatz verurteilt. Es werden juristische Schritte dagegen angekündigt.

***

Bremerhaven: An einer DGB-Demonstration nahmen 3.000 Menschen teil (1978: 2.500). Dieses Jahr wurden von Gewerkschaften und Kollegengruppen auffallend viele Forderungen mitgetragen: türkische Kollegen von den Werften mit Parolen gegen das Treiben türkischer Faschisten, im GEW-Block Parolen gegen Berufsverbote und AKW's, die NGG-Jugendgruppe mit Parolen gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen, die ÖTV (Fischereihafen) mit Parolen zur Arbeitsplatzsicherung.

Ein Initiativenblock umfaßte 150 Menschen (1978: 100). Auf der Abschlußkundgebung des DGB wurde ein großes Transparent mit einem Bundesadler entrollt: "Dieser Vogel legt nur faule Eier". — § 218, Kontaktsperre, Atomprogramm waren bildlich dargestellt.

Zu einem oppositionellen Vorgehen auf der DGB-Demo hatte es zwar von mehreren Initiativen Aufrufe gegeben, jedoch war es nicht zu einer Aktionseinheit gekommen; u.a. hängt das damit zusammen, daß die KB-Gruppe erst sehr spät mit den Mai-Vorbereitungen anfing. Auf einem anschließenden Fest fanden sich 100 Menschen ein.

***

Oldenburg: Zum ersten Mal seit 7 Jahren führte der DGB wieder eine Kundgebung im Freien durch. Nach eigenen Bekundungen der örtlichen DGB-Führung sah sie sich dazu durch den Druck aus den Einzelgewerkschaften und dem KJA veranlaßt. Kreisvorsitzender Bittner: "Wir wollen von den geschlossenen Saalveranstaltungen loskommen." An der Kundgebung beteiligten sich ca. 1.500 Menschen. Es gab jedoch kaum oppositionelle Aktivitäten (ein paar Transparente vom KBW, Offener Brief der BI an den DGB, Frauentransparente der DFI).

Zu einem Fest der Linken wie noch im letzten Jahr kam es diesmal nicht. Die Oldenburger KB-Genossen hatten keinerlei Anstrengungen für den 1. Mai gemacht.

***

Emden: An der 1. Mai Demonstration in Emden nahmen ca. 3.000 Menschen teil. Im Gegensatz zu den vorangeganenen Jahren tauchten auf dieser Demonstration verstärkt fortschrittliche Parolen auf. Im GEW-Block wurden z.B. Transparente gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen und gegen Berufsverbote mitgeführt. Die DGB-Frauen beteiligten sich mit einem eigenen Frauenblock. Etwa 150 AKW-Gegner bildeten einen eigenen Anti-AKW-Block. Die "Initiative gegen Atomernergie Emden" verteilte einige Tage vor dem 1. Mai einen Offenen Brief, in dem der DGB in Anbetracht der Katastrophe in Harrisburg aufgefordert wurde, seine Haltung zur Kernenergie zu überprüfen. Zu kleineren Auseinandersetzungen kam es, als einige DGB-Ordner ein Transparent der "Initiative" verboten hatten.

***

***

Lüneburg: An der DGB-Demonstration beteiligten sich diesmal 600 Menschen (1978: 500). Unter den Oppositionellen kam es zu keinem gemeinsamen Vorgehen; so waren sie über den Zug verstreut. Eine kleinere Aktionseinheit aus WAA-Gruppe, SO, Antifa-Gruppen und KB bildeten einen Block mit etwa 80 Teilnehmern. Die Beteiligung war damit geringer als in den Vorjahren (1978: 100, 1977: eigene Demo mit 200). Die KB-Gruppe hatte wohl zu wenig Gewicht darauf gelegt, in den Lüneburger Initiativen zu mobilisieren.

Der oppositionelle Block wurde massiv von DGB-Ordnern behindert, um ihn ans Demo-Ende zu drängen. Dabei kam es zu üblen Handgreiflichkeiten.

Am Abend veranstaltete die Aktionseinheit ein erfolgreiches 1. Mai-Fest, das mit 500 Teilnehmern auch gegenüber dem Vorjahr (400) noch einmal eine Steigerung darstellt. Geboten wurde ein Film-und Kulturprogramm. Initiativen hatten Info-Tische aufgebaut.

***

Hannover: An der DGB-Demonstration und der abschließenden Kundgebung auf dem Klagesmarkt nahmen ca. 6.000 Menschen teil. Im letzten Jahr waren es noch über 10.000.

Im Block der ÖTV hatte es einen grösseren Teil AKW-Gegner mit Fahnen und Transparenten gegeben. Auf der Abschlußkundgebung sprachen örtliche Betriebsräte und DGB-Funktionäre.

Wie in den vergangenen Jahren zog danach der oppositionelle "Lister-Turm"-Zug ab. Es nahmen etwa 1.200 daran teil. Letztes Jahr waren es 1.500 gewesen. Das Bild der oppositionellen Demonstration prägten Anti-AKW-Transparente. Sehr viele ausländische Kollegen gingen mit.

Ein kleiner, sehr kämpferischer Frauenblock hatte sich durch Aufruf der GLU-, Frauenhaus-, KB- und Antirepressionsfrauengruppe gebildet.

Das Fest im Lister Turm wurde schätzungsweise von 3.000 Menschen besucht. Dieses Fest geht von linken Sozialdemokraten aus, die vor allem ausländische aber auch hannoveraner Basisinitiativen, jedes Jahr einladen. Im letzten Jahr hatte es von der radikalen Linken, u.a. auch vom KB, gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Lister-Turm-Initiatoren gegen K-Gruppen ein eigenes großes Fest gegeben. Mit 1.400 Teilnehmern war dieses Fest auf Anhieb ein großer Erfolg.

Insgesamt sind die 1. Mai-Aktivitäten hinter die der vergangenen Jahre zurückgefallen. Der DGB mobilisierte nur noch knapp die Hälfte des letzten Jahres, aber auch die Linke schaffte es nicht, die Erfolge der letzten Jahre zu wiederholen.

Insbesondere Teile unserer eigenen Organisation rührten für den 1. Mai keinen Finger. In einigen Berichten fragen KB-Genossen ernsthaft nach, warum wir aussgerechnet am 1. Mai demonstrieren wollen. In anderen Berichten werden die Mai-Aktivitäten des letzten Jahres (Fest der Linken) in Grund und Boden kritisiert und vorgeschlagen, daß wir uns bei den UVB's gegen uns nicht so anstellen sollen!

***

Braunschweig: Wie in denletzten Jahren war auch in diesem keine Demonstration des DGB angekündigt.

Auf Einladung des ASTA der TU, ASTA der FHS und des KB hatten sich

Hamburg

Hamburg erlebte mit rund 30.000 Teilnehmern an Kundgebung und Demonstration des DGB wieder die größte 1. Mai-Aktion des Bundesgebietes. Auch die im Anschluß an die DGB-Kundgebung von der BUNTEN LISTE und mehreren Ausländerorganisationen durchgeführte Demonstration und Kundgebung waren mit knapp 6000 Teilnehmern (trotz strömenden Regens) die bestbesuchten oppositionellen 1.Mai — Aktionen in diesem Lande. Neben der Bezirksabgeordneten der BL sprachen weitere Vertreter von Basisinitiativen (und als besondere Überraschung K.H. Galander, Gefangenen — Kandidat der BL, der einen Tag Hafturlaub für den, 1. Mai erhalten hatte). Das Odins Teatret (Dänemarks Beitrag zum Theater der Nationen) und die Sounds of Soweto spielten und tanzten zur Freude der Kundgebungsteilnehmer. Am Volksfest der BL nahmen am 28. April rund 3.000 Menschen teil (mehr Karten gab's nicht).





zahlreiche Basisinitiativen und politische Organisationen zusammengesetzt um über gemeinsame Aktionen zum 1. Mai zu beraten. Einmütigkeit bestand in der Durchführung eines großen 1.Mai-Festes. Der überwiegende Teil der Anwesenden unterstützte auch eine Demonstration zum DGB-Kundgebungsplatz. Sehr unterschiedlich waren die Meinungen, ob bei provokatorischen Reden vom Platz abgezogen werden sollte.

Kurz vor dem 1. Mai kündigte dann die HBV an, daß sie eine Demonstration zum Kundgebungsplatz machen werde. Angeführt wurde der Zug, an dem sich 900 Menschen beteiligten, von einem kleinen Trupp HBV-ler und neben Jusos und Falken überwogen die Transparente der Mai-AE (Antifa, Frauen, Anti-AKW...).

An der DGB-Kundgebung nahmen 3 - 4.000 (Braunschweiger Zeitung: 5.000) Menschen teil, etwas mehr als im letzten Jahr. Hauptredner war ausgerechnet der Gewerkschaftsboss der westdeutschen Bullen, Schirrmacher. Seine Rede bestand zum übergroßen Teil aus Daten zur Polizeigeschichte. Und das auf einer 1. Mai-Kundgebung! Mehrmals wurde diese Unverschämtheit mit Pfiffen und Sprechchören wie "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" gestört.

Objektiv waren die Voraussetzungen für einen Abzug vom DGB-Kundgebungsplatz gegeben (Provokation durch Schirrmacher, viele Oppositionelle).

Am Abend des 1. Mai fand dann das große Mai-Fest der AE statt. Mit 1.800 Teilnehmern war es fast doppelt so gut besucht wie im letzten Jahr. Eine vom KB durchgeführte Vietnam-Tombola erbrachte DM 730.- für die SR Vietnam.

An der AE waren beteiligt: Antifa-Arbeitskreis, BI gegen Atomenergie, die vier Asten der Braunschweiger Hochschulen, Gröhlgruppe, Grotrian-AG, Internationale Buchladen, Kommunistischer Bund, KSV, Lehrerzentrum, Meiers Aktionstheater, Paukertheater, GUAS und die Galerie Kunstkooperative. Darüber hinaus beteiligten sich am Fest noch die Frauenhaus-Initiative, das Frauenzentrum, die GLU, 3.Welt-Laden und die SO der ZDL.

* * *

Salzgitter: Am traditionellen 1. Mai-Umzug mit abschließender Kundgebung beteiligten sich ca. 1.000 Personen. Hauptredner war ein Vertreter der IGM.

Der Arbeitskreis gegen Atomenergie hatte zu einer Beteiligung in einem Anti-AKW-Block aufgerufen, "um nach außen hin einen klaren Trennungsstrich gegen die verantwortungslose Politik 'unserer' Interessenvertreter zu ziehen" und um zu zeigen, daß die Teilnehmer/Innen die "Linie der DGB-Führung nicht teilen." An diesem Block beteiligten sich 100 AKW-Gegner/innen (im letzten Jahr 50) mit Sarg, Atommüllfässern, Transparenten, Sprechchören und viel guter Laune – der seit Jahren gelungenste 1. Mai in Salzgitter.

* * *

Wolfsburg: Am 30.4. fand in Wolfsburg eine 1. Mai-Feier statt, die trotz Bemühung um eine breite Aktionseinheit mehr oder weniger allein vom Arbeitskreis gegen Atomenergie getragen wurde.

Zu dieser Veranstaltung kamen ca. 200 Menschen (im letzten Jahr 150). Mit grossem Erfolg spielte die Braunschweiger Gröhl-Gruppe, eine Anti-AKW-Song-und Theater-Gruppe. Ein Beitrag eines VW-Lehrlings ging auf die Situation der Arbeiter- und Basisbewegung in der BRD ein. Darüber hinaus gab es eine Theateraufführung der Schwulen-Gruppe. Zum Abschluß des Festes veranstaltete eine Frauengruppe einen Fackelzug zur Walpurgisnacht durch die Innenstadt.

Die Demonstration am 1. Mai, zu der die ÖTV aufgerufen hatte, war mit 100 Leuten (300 im letzten Jahr, 900 1977) außerordentlich schwach besucht. Kaum mehr Menschen befanden sich auf der Kundgebung des DGB.

* * *

Göttingen: Der Demonstrationszug des DGB mit 2.000 Teilnehmern setzte sich zu 1/3 aus offiziellen DGB'lern zusammen, zu gut 2/3 aber aus Linken und Oppositionellen. (ähnlich wie im letzten Jahr). Der Frauenblock mit 100 Teilnehmerinnen und der Kinderblock mit 60 Eltern und Kindern fielen aus dem drögen DGB-Rahmen. Auf der Abschlußkundgebung des DGB sprachen der DGB-Ortschef und ein linker Professor von der PH, der immerhin auch auf den Konflikt in der IG Chemie zu sprechen kam ("Sieg der Basis"). Ca. 1/2 Stunde vor Abschluß dieser Kundgebung zog ein Teil der Linken ab und formierte sich zuerst mit 300, später 500 Teilnehmern zu einer eigenen Demo. Auf der Kundgebung der Opposition gab es viel Musik, es sprach ein BR von Texaco Hamburg und eine Vertreterin der Göttinger Kinder-Initiativen. Zu der oppositionellen AE hatten sich der KB, ZDL, "Lotta"-Frauengruppe an der PH, Mieter-Initiative, Nicaragua-Gruppe, CISNU, Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Fachschaftsrat Psychologie und Kinderinitiativen zusammengefunden.

Abends spielte dann noch die Hamburger Rockband "Oktober". Insgesamt ist es der Linken, unter maßgeblicher Initiierung des KB, in Göttingen damit zum ersten Mal gelungen, mehr als die üblichen DGB-Mai-Aktivitäten zu fressen. Bravo! Innerhalb unserer Ortsgruppe hat es ähnlich wie in Hannover eine Reihe von Kritiken an diesem Vorgehen gegeben.

* * *

Hildesheim: 600 Menschen fanden sich zur DGB-Demo ein. Davon 150 mit oppositionellen Transparenten und Parolen. Auf der Abschlußkundgebung sprachen örtliche DGB-Funktionäre. Mehrmals wurden ihre Sprüche von einer Gruppe türkischer Arbeiter und von AKW-Gegnern mit Buh-Rufen und Pfeifen gestört.

Am Abend gab es ein oppositionelles Fest, zu dem ca. 300 Menschen kamen. Aufgerufen hatten der KB, Antifa-Arbeitskreis, Arbeitskreis gegen Atomanlagen, KDV/ZDL, Buchladen und ein Kulturverein.

* * *

Saarland

Saarbrücken: Hier fand dieses Jahr die zentrale DGB-Veranstaltung mit 3000 Teilnehmern statt, genauer Regierungsveranstaltung mit Bundeskanzler Schmidt. Die Teilnehmer mußten sich die regierungsamtlichen Sprüche anhören wie: Die Forderung nach der 35 Stunden-Woche sei „keineswegs unanständig oder abwegig" .– aber .... nur auf längere Sicht durchsetzbar. Ein großer Fortschritt war jedoch dieses Jahr das Zustandekommen einer eigenen Demo von oppositionellen Gewerkschaftern, zum Kundgebungsort, u.a. Gewerschafter aus der Saarbergwerke AG, dem Neunkircher Eisenwerk, Michelin Homburg, den Industriewerken Saar sowie Bundespost und Stadtverwaltung. Auf Transparenten wurde vor allem Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Verbot der Aussperrung gefordert. Es wurde zur Solidarität von westdeutschen und ausländischen Arbeitern aufgerufen und Solidarität mit den lothringischen Arbeitern gefordert.

Nordrhein-Westfalen





Münster: Der Moment, in dem Bullen provokativ den Frauenblock am Ende des Demonstrationszuges überfallen

Münster. Die traditionelle 1. Mai-Demonstration des DGB in Münster - in den vergangenen Jahren ein eher ruhiges bis langweiliges Alltagsereignis und nie Anlaß zu spektakulären politischen Auseinandersetzungen - wurde in diesem Jahr von der Polizei dazu benutzt, einen der brutalsten Prügeleinsätze der letzten Jahre in Münster zu inszenieren. Einiges deutet dabei auf eine bewußt geplante Provokation hin; so das unverhältnismäßig große Bullenaufgebot und die Konzentrierung der Polizeitruppen genau an der Stelle, an der dann der Knüppeleinsatz stattfand.

Opfer dieser Provokation wurde der Frauenblock, der als Teil des alternativen Blocks das Ende des Demonstrationszuges bildete. (1.300 Demo-Teilnehmer - 300 in einem alternativen Block). Als die 70 Frauen gegen Ende der Demo an einem Sex-Shop vorbeizogen, riefen sie laut und unterstützt durch ein Megaphon „Weg mit den Sex-Shops!". In diesem Augenblick schritten die Bullen zur Tat. Die Frau, die gerade das Megaphon trug, (die Frauen hatten das Megaphon abwechselnd benutzt) wurde zum Mitkommen aufgefordert, da die Benutzung eines Megaphons verboten sei und ihre Personalien aufgenommen werden müßten. Die Frauen hatten für diese „leider notwendige" Polizeimaßnahme aber ebensowenig Verständnis wie die herbeigeeilten Leute aus dem alternativen Block. Vor dem Wagen, in den die Frau mittlerweile gebracht worden war, wurde laut ihre Freilassung gefordert. In dieser Situation machten die Bullen, die offenbar nicht mit Widerstand gegen ihre Dreistigkeiten gerechnet hatten, keine sehr glückliche Figur. Der Fahrer des Wagens fuhr „auf Befehl" vorwärts und rückwärts in die Menge. Schon nach zwei Minuten kam Verstärkung, und ohne jede Vorwarnung wurde brutal geknüppelt, auf am Boden Liegende wurde weiter eingeschlagen und -getreten, unter anderem auch auf eine contergan-geschädigte Frau ohne Ar-
nung wurde brutal geknüppelt, auf am Boden Liegende wurde weiter eingeschlagen und -getreten, unter anderem auch auf eine contergan-geschädigte Frau ohne Ar-
me. Vier mußten mit blutigen Köpfen im Krankenhaus behandelt werden; eine Frau wurde erst nach einer Woche entlassen, nachdem sich bei ihr ein Verdacht auf Schädelbasisbruch zum Glück nicht bestätigt hatte.

Die Reaktion des DGB auf den Polizeiüberfall war sehr solidarisch. Noch auf der Abschlußkundgebung wurde der Knüppeleinsatz sehr scharf und ohne jede Distanzierung von den Frauen oder dem alternativen Block verurteilt, sogar von Maria Weber (CDU), die angesichts der Polizei-Provokation an 1933 erinnerte. In den Tagen danach kündigten DGB und SPD in der Presse gerichtliche Schritte gegen die Polizeischläger an und sicherten den Betroffenen Unterstützung zu.

Es existiert eine Protesterklärung, die von sämtlichen Einzelgewerkschaften, der SPD, verschiedenen Bürgerinitiativen und allen politischen Kräften bis hin zur KPD/ML und zum KB unterschrieben worden ist. Eigentlich gute Voraussetzungen, um dem Polizeistaat mal erfolgreich die Zähne zu zeigen!

* * *

Duisburg. Hier hatte eine DGB-Demonstration ca. 3.000 Teilnehmer, das ist die Hälfte vom Vorjahr. Über die Hälfte der Blöcke wurden von türkischen Kollegen und ihren Forderungen bestimmt. An der Demo nahm auch wieder ein ca. 150köpfiger Block der Falken teil. Ein „bunter" Block hatte 80 - 100 Teilnehmer. Das ist gegenüber dem letzten Jahr (250) ein erheblicher Rückgang.

* * *

Hochfeld. An der DGB-Demonstration beteiligten sich ca. 500 Menschen, allerdings im Gegensatz zum vorigen Jahr kaum Kollegen von Mannesmann. Allerdings „dominierten" auch hier die türkischen Kollegen das Demobild.

* * *

Herne. Die Beteiligung an der DGB-Demonstration lag diesmal mit 3.000 Teilnehmern weit über dem Vorjahr (500). Auf der Demo gab es einen recht starken oppositionellen Block, an dem sich DGB-Jugend, Falken, Anti-AKW-Initiative, KBW u.a. beteiligten. Die DruPa forderte auf einem Transparent: „Wir bleiben dabei - 35 Stunden-Woche". Auf einzelnen Transparenten wurde außerdem das Verbot der NPD gefordert. Die Falken trugen Transparente gegen die Jugendpolizei. Auf der Abschlußkundgebung sprach Minister Ehrenberg, der während seiner Rede Buh-Rufe und Pfiffe erntete. Am Abend vorher hatte eine Veranstaltung der DGB-Jugend und Falken mit einem recht bunten Programm (Anti-AKW-Lieder usw.) stattgefunden.

* * *

Aachen. Hier gab es dieses Jahr eine Demonstration des DGB-KJA, an der sich die örtliche Linke beteiligte: Jusos, KBW,
Aachen. Hier gab es dieses Jahr eine Demonstration des DGB-KJA, an der sich die örtliche Linke beteiligte: Jusos, KBW,
„KPD", AKW-Nee-Gruppe, Frauen mit Sandwiches gegen Duogynon.

Zu einer Veranstaltung des DGB waren fast nur CDU-Politiker als Redner geladen! Der Kreisvorsitzende der HBV rief allerdings zum entscheidenden Kampf gegen Neonazis auf und griff die Kapitalisten recht entschieden an. Im nächsten Jahr soll nun auch in Aachen eine DGB-Demo stattfinden, „um nicht den Radikalen die Straße zu überlassen".

* * *

Essen. An der traditionellen DGB-Kundgebung beteiligten sich dieses Jahr nur 3.000 Menschen, das ist die Hälfte der Teilnehmer des letzten Jahres. DGB-Kreisvorsitzender Heinz Busch äußerte hier seine Empörung über die Freisprüche im Majdanek-Prozeß: „Auch heute müssen wir den Schwur unserer Väter - Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – einlösen". Ansonsten stand auch hier die Europawahl im Vordergrund.

An der DGB-Demonstration beteiligten sich wie letztes Jahr 2.000 Menschen. Vorneweg wurde ein Transparent der Lehrlinge getragen „Im Kampf für Übernahme - 35 Stunden-Woche". Die GEW hatte diesmal eine Mai-Zeitung herausgegeben zur Gesamtschule, Lage der ausländischen Kinder und verschlechterten Arbeitsbedingungen. Stark vertreten waren dieses Jahr auch wieder die Ausländergruppen, vor allem türkische Kollegen. Viele Mediziner waren in weißen Kitteln gekommen und riefen Parolen gegen Rationalisierung und Bettenstreichung. Die Falken bildeten traditionell ihren Kinder- und Jugendblock. Den Schluß der Demo stellten ein Anti-AKW-Block und ein Frauenblock.

Von der örtlichen KB-Gruppe hatte es praktisch keine Anstrengungen für ein Bündnis bzw. eine breite Mobilisierung gegeben.

* * *

Köln. An der DGB-Demonstration beteiligten sich 4.000 Menschen. Auf der Demo gab es einen kämpferischen Block der ausländischen Kollegen. Verschiedene Initiativen trugen oppositionelle Transparente mit, außerdem gab es einen Anti-AKW-Block und einen kleinen Bunte Liste-Block. Für eine Aktionseinheit hatte es keine Bemühungen gegeben. Die KB-Gruppe verharrte weitgehend in Untätigkeit.

* * *

Bochum. An der DGB-Demonstration beteiligten sich ca. 2.000 Menschen (1978: 1.400). An der Abschlußkundgebung nahmen ca. 3.000 teil. Ein Zug von 500 Demonstranten war vom Opel-Werk 1 losmarschiert. Im Opel-Zug befanden sich neben Mitgliedern der GOG auch Organisationen der spanischen und türkischen Linken. Ein Zug von knapp 100 Demonstranten hatte sich vom Krupp-Werk aufgemacht. Die Falken machten auf der Demo mit Transparenten gegen Polizeistaat und Faschismus auf sich aufmerksam.

Hauptredner auf der Kundgebung war NRW-Minister Farthmann, der in seiner Rede zu den Europa-Wahlen kräftig über die Linke herzog.

Wie alle Jahre wieder wurde im Anschluß an die DGB-Kundgebung eine „oppositionelle" Kundgebung von GOG, Kommunistischer Gruppe Bochum/Essen und „KPD" durchgeführt: 150 Teilnehmer. Ein Fortschritt gegenüber früheren Jahren war das Zustandekommen eines Mai-Festes am Nachmittag, das von 300 - 400 Menschen besucht wurde. Dieses Fest, auf dem Musik, Theater und Filme geboten wurden, wurde von Falken, Jusos, Judos und Bochumer Initiativen getragen. Die KB-Gruppe hatte, wie im Vorjahr, keine Anstrengungen für eine örtliche Aktionseinheit gemacht.

* * *

Hagen. Über 600 Menschen beteiligten sich an der DGB-Demonstration. An der anschließenden Kundgebung nahmen 1.200 Menschen teil. Parolen und Transparente auf der Demo waren von der „Gewerkschaftsbasis" und der Linken geprägt. Mitbestimmungsforderungen und Europalosungen waren hier nicht zu sehen.

Der 1. Mai wird in Hagen von einer gewerkschaftlichen Mai-Konferenz vorbereitet, die für alle Interessierten offen ist. Auf dieser Konferenz wurden auch die basis- und betriebsnahen Forderungen beschlossen. Diesmal war jedoch die Hagener Linke bei den Mai-Vorbereitungen nur schwach vertreten. Offensichtlich sahen viele nicht mehr viel Sinn in einer Mai-Demonstration.

* * *

Bielefeld. An der DGB-Demonstration beteiligten sich 3000 Menschen (1978: 2000). Die Bunte Liste hatte zu einer oppositionellen Beteiligung aufgerufen, was von vielen Menschen unterstützt wurde. Für den Nachmittag hatte die Bunte Liste zu einem Fest aufgerufen, ebenfalls von vielen Initiativen unterstützt, das mit 2000 Besuchern die größte Veranstaltung der Linken seit Jahren war (s. ausführlichen Bericht im Wahlteil des AK).

* * *

Bonn. Nach vielen Jahren hielt der DGB zum erstenmal wieder eine Kundgebung im Freien ab, zu der etwa 800 Leute gekommen waren. Die Kundgebung, auf der der Kölner IGM-Chef Bräuer sprach, lief in vollster „Gewerkschaftsharmonie" ab. Die Bonner Linke hatte in diesem Jahr keine eigene Veranstaltung organisiert und auch kein gemeinsames Vorgehen auf der Kundgebung vereinbart. Im letzten Jahr hatte es noch ein gemeinsames Fest von KB, „KPD" und Basisinitiativen gegeben.

Hessen

Frankfurt: An der diesjährigen 1. Mai-Demonstration beteiligten sich ca. 12.000 Menschen. (1978: 10.000) Den Teilnehmern wurde die übliche erste-Mai-Rede vom DGB präsentiert. Im Mittelpunkt standen die Europa-Wahlen. Beifall erhielt der Redner als er die IG-Druck-Kollegen, die einige Tage zuvor den Druck einer Times-Streikbrecher-Ausgabe bei der türkischen Faschistenzeitung Turciman verhindert hatten, der Solidrität des DGB versicherte. Große Blöcke türkischer Kollegen brachten ihren Protest gegen das von der Ecevit-Regierung verhängte Verbot von 1. Mai-Demonstrationen in der Türkei in Parolen und Spruchbändern zum Ausdruck.

Die linken Organisationen von Frankfurt hatten sich wie üblich der Vordemonstration von linken Kollegen der Postgewerkschaft angeschlossen. An dem linken Block beteiligten sich ca. 1000 Menschen (1978: 700); darunter auch ein Frauenblock zu dem mehrere Frauengruppen aufgerufen hatten: ICB-Frauengruppe, Frauenblatt-Kollektiv, Knastgruppe im FZ Neu-Isenburg, Schülerinnengruppe, Fraueninitiative „Frauen zum Bund? - Nein danke!". Einen (berufts)typischen Einstand gaben Ordner aus den Reihen der 17. DGB-Gewerkschaft, der Deutschen Polizei-Gewerkschaft. Nachdem sie sich zuerst unter Rempeleien in den linken Block gedrängt hatten, versuchten sie das Transparent: „Vetter, Loderer, Hauenschild - Atomfilze nehmt Euren Hut" aus der Demo zu zerren, gaben dann aber den Versuch auf.

Eine andere geplante Zensurmaßnahme der DGB-Ordner mißlang ebenfalls. Obwohl alle nicht direkt vom DGB inszenierten Stände auf dem Platz der Abschlußkundgebung, dem Römerberg, untersagt waren, konnten die Ordner im Gedränge doch nicht das Aufbauen verschiedener linker Stände, darunter der BI-Frankfurt, verhindern.

Bereits in der Nacht vorher hatte die GLH ein Maifest veranstaltet, das mit ca. 4000 Besuchern ein voller Erfolg und eine der bestbesuchtesten linken Veranstaltungen der letzten Jahre war. Pannach und Kunert, Los Latinos, Brennnessel und viele andere Musiker, eine Riesentombola, Videofilme zur Frankfurter Verkehrsplanung bildeten das Programm.

Auf der Veranstaltung wurden etwa 1000 Unterschriften zur Stillegung aller AKWs gesammelt.

* * *

Friedberg: Der Stadtjugendring Friedberg und das Friedberger Jugendzentrum veranstalteten am Morgen des 1.Mai eine Mai-Feier. Erschienen waren etwa 120 Personen, darunter auch einige ältere Leute. Mittelpunkt der Feier war die Rede einer Vertreterin des DGB-Ortskartells, in der Stellung gegen Atomkraftwerke bezogen wurde und die Breite des Protestes angesichts der 100.000 in Hannover dargestellt wurde.

Die Musikgruppe „Schwartenhals" gab der Feier mit Liedern der Arbeiterbewegung und der „Internationalen" einen kämpferischen Rahmen.

* * *

Kassel: Wie schon in den vergangenen Jahren begann der 1. Mai mit einem Sternmarsch. Auf der Abschlußkundgebung fanden sich dann 3500 Menschen ein, genauso viele wie 1978. Allerdings war dieses Jahr das Demo-Bild nicht mehr so „DGB-offiziell". Die Frauenhausinitiative und eine BI hatten zur Teilnahme aufgerufen. Sie bildeten einen Frauenblock (50 Frauen) und einen Anti-AKW-Block (40 Teilnehmer).

Während in den letzten Jahren von der KB-Gruppe Initiativen gestartet wurden, und sei es „nur" AK-Verkauf, gingen diesmal mehrere Genossen nicht einmal zur Demonstration hin.

* * *

Darmstadt: Hier kam es am Vortag des 1. Mai zum Skandal. Mit Genehmigung der Stadt meldete die NPD eine „Mai-Kundgebung" an. Aufgerufen hatte sie zum „Tag der Arbeit". Die Kundgebung der 20 Faschisten ging jedoch in den Sprechchören der 300 Antifaschisten vollständig unter. Zur Gegendemonstration hatten der KB, die Antifa-AE, der Stadtjugendring und die Falken aufgerufen.

Wie im letzten Jahr beteiligten sich an der DGB-Demo am 1. Mai ca. 1000 - 1500 Menschen. Während es im letzten Jahr jedoch noch einen linken Block mit 250 Teilnehmern gegeben hatte, waren diesmal Linke über den Zug verstreut. Für eine Aktionseinheit hatte es keine nennenswerten Anstrengungen (auch vom KB nicht) gegeben.

* * *

Marburg: Zum erstenmal seit Jahren fand hier eine DGB-Demonstration mit 1000 Menschen statt. Sonst hatte es nur Kundgebungen gegeben.

An der Kundgebung nahmen trotz strömenden Regens 1200 - 1300 Menschen teil.

Die Beteiligung von Linken war jedoch recht kläglich. KB-Genossen hatten sich um das Zustandekommen einer Aktionseinheit bemüht, was jedoch von mehreren Initiativen mit Argumenten wie „Arbeitsüberlastung" abgelehnt wurde. Lediglich die GLH und ein Teil der BI mobilisierten für die Demo. Es gab einen kleinen Anti-AKW-Block mit 30 Teilnehmern.

* * *

Fulda: Wie jedes Jahr fand auch dieses Jahr wieder ein volksfestartiges Spektakel des DGB statt, was auch nicht im entferntesten mehr etwas mit dem 1. Mai zu tun hat. Geladene Gäste waren wie üblich Alfred Dregger und andere CDU-Größen, ein Vertreter der in dieser Stadt stationierten US-Army, der Polizeidirektor, ein Vertreter der katholischen Kirche und Holger Börner. Die Besucher durften sich bei Jagdhornbläserchor und Bratwurst des einträchtigen Bildes erfreuen, das diese „Prominenz" abgab.

Neu war, daß dieses Jahr der KB und Fuldaer Basisinitiativen Infostände aufgebaut hatten.





Heidelberg: Ministerpräsident Spät kommt beim Publikum nicht gut an

Baden-Württemberg

Göppingen: Auf Initiative einiger unorganisierter Genossen entstand ca. 3 Wochen vor dem 1. Mai eine Aktionsgruppe (etwa 25 Leute), die sich zum Ziel gesetzt hatte, auf der offiziellen 1.Mai-Kundgebung des DGB in Göppingen eine dezentrale Widerstandsaktion gegen das Atomprogramm in der BRD zu machen. Hierzu konnten für Göppinger Verhältnisse eine recht hohe Zahl von etwa 150 AKW-Gegnern mobilisiert werden. Durch weiße Kleidung, geschminkte Gesichter, Transparente, Sandwiches und Flugblätter informierten sie die 600 Teilnehmer der DGB-Demonstration sowie die Passanten über das verbrecherische Atomprogramm.

Durch sehr aktives und lautstarkes Auftreten gelang es ihnen, viele Leute auf ihre Seite zu ziehen.

Von der Presse und vom DGB totgeschwiegen ereignete sich folgender Zwischenfall: Dem ebenfalls mit einem Büchertisch anwesenden KBW wurde von den Bullen der Büchertisch abgeräumt und Plakate und Spenden beschlagnahmt.

2 KB-Symphatisanten aus Göppingen

Stuttgart: 8.500 Menschen beteiligten sich an Demonstration und Kundgebung des DGB (1978: 6.000 auf der Kundgebung). Auch in diesem Jahr waren wieder viele ausländische Kollegengruppen dabei, die sehr kämpferisch auftraten.

Verschiedene linke Gruppen hatten zur Teilnahme an der DGB-Kundgebung aufgerufen. Am Nachmittag organisierten die Falken ein Fest im Freien. Weitere Mai-Veranstaltungen führten die KPD mit mehreren 100, der KABD mit ca. 1.000 Teilnehmern durch (1978: 1200).

In der Woche vor dem 1. Mai hatte der DGB zu mehreren Veranstaltungen aufgerufen: eine Frauenveranstaltung, eine Fete der DGB-Jugend und ein Kulturfestival.

* * *

Heidelberg: *"Lothar Späths Rede ging in Sprechchören unter"* (Heidelberger Tageblatt, 2.5.).

Der DGB Heidelberg hatte in diesem Jahr ausgerechnet den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Späth, als Festredner eingeladen. Späth hatte früher als Innenminister u.a. durch die Bespitzelung von streikenden Arbeitern von sich reden gemacht. Gegen diese Einladung regte sich schon früh Protest an der gewerkschaftlichen Basis und in der Linken. Es kam dann auch zu einem erfreulich breiten Bündnis. Eine Initiative von Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Heidelberger Metallbetrieben, Schulen, Verwaltungen und öffentlichem Dienst, AKW-Gruppen, Jugendzentren, die Russell-Gruppe, Ausländer-Gruppen und politische Organisationen (u.a. die Initiative Sozialistisches Zentrum und die KB-Symphatisanten) riefen zu einem Fest am 28.4. und zu einer Protestdemonstration auf – der DGB selbst veranstaltete nur die Kundgebung. Zum 1. Mai-Fest kamen wie im letzten Jahr ca. 300 Teilnehmer; es gab Erfahrungsberichte aus Heidelberger Betrieben und Kliniken, politische Lieder und Schwof.

An der Protestdemonstration zum DGB-Kundgebungsplatz beteiligten sich 3-400; auf dem Kundgebungsplatz waren lediglich ca. 50 Honoratioren der Parteien, Stadtverwaltung (OB Zundel) und Gewerkschaftsfunktionäre nebst einigen Zuhörern. Die ca. 500 Gegendemonstranten beherrschten mit ihren Fahnen und Transparenten das Bild, Späth hat sicher noch nie vor so viel roten Fahnen gesprochen. Seine Rede ging jedenfalls im tosenden Lärm vollkommen unter. Trotz oder gerade wegen der ihn begleitenden und "beschützenden" 500 Polizisten nebst Wasserwerfern gab er ein denkbar schlechtes Bild ab.

Nachtrag: Auch in Heidelberg ließ es sich der KBW nicht nehmen, eine eigene Demo im Anschluß an die DGB-Kundgebung durchzuführen. Mit etwa 30 bis 40 Getreuen verließ er in Demo-Formation den Platz, um zu seiner eigenen Kundgebung zu marschieren. Auch in seiner einstigen Hochburg ist damit der KBW deutlich ins totale Abseits geraten. 1978 hatte er immerhin noch 400 Anhänger auf die Beine bringen können.

* * *

Karlsruhe: Etwa 4.000 Menschen (nach DGB Angaben) nahmen am 1. Mai-Demonstrationszug teil (1978: 700). Für die fortschrittlichen Kollegen standen die Entlassungen bei Michelin im Vordergrund, dazu wurde auch am Nachmittag ein Film gezeigt.

Ein einheitliches Vorgehen der Oppositionellen in Karlsruhe gab es leider nicht. Es gab verschiedene Transparente gegen Repression, gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen, dann einen Block des AK Leben, des KBW und des KABD. Es wurde außerdem versucht, massiv durch Trillerpfeifen die offiziellen Reden der DGB-Vertreter zu stören.

Mannheim: Zur Maikundgebung in der Mannheimer Multihalle waren etwa 6000 Menschen gekommen. Festredner war der DGB-Landesvorsitzende Lothar Zimmermann. Zimmermann befaßte sich u.a. auch mit dem Thema Neo-Nazismus und Terrorismus. Es fand außerdem eine Demonstration der DKP mit 200 Teilnehmern (innen) statt. Losungen waren u.a. „Vietnam bleibt unsere Sache" und „Weg mit den Berufsverboten". Der KABD Mannheim und einige Spontis demonstrierten ebenfalls durch die Stadt. Teilnahme hier etwa 100 Menschen. Schließlich ließ es sich der KBW nicht nehmen, auch noch eine dritte Demo mit ebenfalls 100 Teilnehmern durchzuführen.

* * *

Ludwigshafen: Einige Hundert Menschen waren zur DGB-Maifeier in den Ebert-Park gekommen. Als Festredner stand der zweite Vorsitzende von NGG am Mikrophon. Begrüßungsworte wurden von Franz Schalk (Kreisvorsitzender) und SPD-OB Ludwig gesprochen. Ein Zweckbündnis von DKP, KABD, GIM,SAG und einer weiteren trotzkistischen Splittergruppe sorgte für Transparente mit Forderungen zur 35-Stundenwoche etc..

Bayern

Nürnberg: Die Mai-Mobilisierung stand diesmal im Zeichen der Solidarität mit den Kollegen von AEG-Kanis. Es gab rote Mai-Plaketten und Autoaufkleber mit der Aufschrift: „AEG-Kanis muß bleiben - Hände weg von unseren Arbeitsplätzen". Bei Demo-Beginn vor dem AEG-Werk versicherte der BR-Vorsitzende Pazelt, daß mit der Unterstützung von DGB und IGM keine Entlassungen von der Belegschaft hingenommen würden. Ein großer Teil der Belegschaft bildete zusammen mit ihren Familien eine kämpferische Demo-Spitze. Insgesamt beteiligten sich 3500 an der Demonstration (5000 im Vorjahr), an der Abschlußkundgebung nahmen (lt. Presse) 7000 teil. Besonders kämpferisch traten - wie in den Jahren zuvor - die Ausländer (Türken, Eritreer, Kurden und Griechen) auf. Auch die Jusos und Falken hatten eigene Blöcke gebildet.

Insgesamt breiter als im letzten Jahr war der Zug durchsetzt mit Anti-AKW-Parolen, die BI und der AK Leben waren in Blöcken mitmarschiert. Einige Frauen trugen Forderungen „Weg mit dem § 218" und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Der Arbeitskreis Antifaschismus der SPD hatte Parolen gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen und gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann getragen.

Der KBW führte im Anschluß an die DGB-Kundgebung noch eine eigene Abschlußkundgebung mit 15 Leuten durch.

Die „Marxistische Gruppe" hatte zwar nicht mitdemonstriert, aber war auf der Kundgebung mit Transparenten wie „90 Jahre Ausbeutung mit den Gewerkschaften" erschienen. Von den DGB-Ordnern wurde dieses Transparent dann kurzerhand „entfernt".

Im Gewerkschaftshaus fand anschließend an die Demo ein Mai-Fest statt, bei dem die IGM-Jugend Internationale und deutsche Arbeiterlieder sang.

Die linken Initiativen und Organisationen hatten auch diesmal zahlreich zu einem Mai-Fest im Kulturladen Nord aufgerufen. Neben einem Kinderprogramm und einem Frauenfilm gab es vor allem Musik von fränkischen Künstlern. Trotz miesen Wetters - das Fest fand im Freien statt - waren insgesamt 1000 Menschen auf dem Fest.

Obwohl das größere KOMM (fortschrittliches von der Stadt finanziertes Jugendzentrum) zur Verfügung stand, wollten einige Organisationen unbedingt trotz schlechterer Bedingungen in den Kulturladen.

Recht erfolgreich verlief die Spendensammlung des KB für Vietnam. Vor und auf dem 1. Mai kamen insgesamt 220,-DM zusammen.

Zwar hat es diesmal eine breite Mai-AE der Linken gegeben, ein gemeinsames oppositionelles Vorgehen für die Demonstration wurde aber überhaupt nicht erwogen, auch der KB unternahm dazu keine Initiative. Nach einem anfänglichen sehr großen AE-Treffen lagen die weiteren Vorbereitungen bei nur wenigen Einzelpersonen.

* * *

Bamberg: An der DGB-Demonstration beteiligten sich ca. 400 Menschen - doppelt so viele wie im Vorjahr. Vorbereitung, Mobilisierung und Durchführung der Demonstration wurde im wesentlichen von der Gewerkschaftsjugend getragen. Transparente und Parolen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die 35-Stunden-Woche bestimmten den Demo-Zug. Die GEW trug ein Transparent gegen Berufsverbote und führte eine Unterschriftensammlung gegen das Berufsverbot einer DKP-Lehrerin durch.

Die Frauengruppe war vertreten mit 2 wunderschönen lila Transparenten: „Frauen arbeitslos, Frauen an den Herd, Frauen zum Militär - das war schon mal, das wollen wir nie mehr" und „Frauenarbeitslosigkeit - erst geheuert, dann gefeuert". Ein Frauenblock wie in den vergangenen Jahren kam dieses Jahr leider nicht zustande. Die Anti-AKW-BI trug etliche Transparente, vor allem zu Harrisburg, verteilte Flugblätter zur Frage „AKWs und Arbeitsplätze", und sammelte Unterschriften für die Stillegung aller AKWs. Eine Initiative für ein gemeinsames Vorgehen aller Linken in Bamberg gab es auch von KB-Seite nicht. Zum ersten Mal nahm ein Block mit ca. 50 Mitgliedern der „Christlichen Arbeiterjugend" (CAJ) an der Demonstration teil; mit Transparenten gegen Jugendarbeitslosigkeit und zur Solidarität mit den 'Gastarbeitern'.

Die DGB-Kundgebung fand nach der Demonstration, wie üblich, im Saale statt - Hauptredner war der stellvertretende Landesvorsitzende der ÖTV, Reichelt, der in seiner Rede u.a. dazu aufrief, bei der Europawahl die Gewerkschafter auf den Listen der SPD und CSU zu wählen, und sich für die Nutzung der Kernenergie aussprach. Der lautstarke Protest im Saal war so deutlich, daß selbst die Lokalzeitung darüber berichtete.

Die DGB-Songgruppe berichtete während ihres Auftritts, daß sie vom DGB-Vorsitzenden unter Druck gesetzt worden seien, keine kritischen Lieder zu spielen - so war ein Lied zu den Berufsverboten der Zensur zum Opfer gefallen.

Hervor tat sich bei dieser Veranstaltung auch noch ein Revi-Fürst (MSB-Bundesvorstand) aus Bamberg: er spielte Saalordner, drängelte eine KBW-lerin unter wüsten Gepöbel aus dem Saal und verbot den AKW-Gegnern, Unterschriften zu sammeln und ihr Flugblatt zu verteilen.

Würzburg: Der DGB machte, wie jedes Jahr, eine Veranstaltung im Theater; die Gewerkschaftsjugend führte im Anschluß daran ein Fest im DGB-Haus durch, zu dem allerdings nur 30 - 50 Menschen kamen. Die Würzburger Linke hatte, wie im letzten Jahr, ein gemeinsames Fest vorbereitet. Unterstützt wurde dieses Fest von der Frauengruppe, KSG, SOdZDL, Antifa-Initiative, KB, Wühst, SB, Anti-AKW-Initiative und Mitgliedern des Zentrums WUF. Zu dem Fest kamen 400 - 500 Besucher (350 im Vorjahr), der Raum war total überfüllt. Es wurde der Film „Flötz Dickebank" gezeigt, die „Studio Bühne" führte Sketche auf, es gab Lieder usw. Die Linken hatten eine zeitlang gehofft, es würde zu einer DGB-Jugenddemo kommen. Eine eigene Initiative dazu gab es auch von KB-Seite nicht.

Der Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt veranstaltete am Nachmittag des 1. Mai ein großes Kinderfest.

* * *

Erlangen: Mehr als 500 Menschen beteiligten sich an der DGB-Demonstration in Erlangen (im Vorjahr 800 und ein Fest mit 2000). Wie schon im letzten Jahr hatte der DGB den Beschluß gefaßt, daß weder Pro- noch Kontra-AKW-Transparente getragen werden dürfen (die oppositionellen Kräfte 'dürfen' in Erlangen hinter der offiziellen DGB-Demo hergehen). Es gab trotzdem eine ganze Reihe oppositioneller Transparente: „CDU, CSU, KWU, Sie beschließen unsern Tod", „Harrisburger - da strahlt die ganze Familie", „Wenn selbst Dämme brechen, was haben dann erst WAAs für Schwächen"; etliche Kinder trugen selbstgebastelte Schilder, auf denen zu lesen war: „Ich bin auch gegen Atomkraftwerke". Forderungen für mehr Plätze in Kindertagesstätten für Kinder alleinerziehender und berufstätiger Frauen, Parolen gegen die geplanten Munitionsbunker in Erlangen und gegen die Verschärfungen im Zivildienst wurden mitgetragen. Auf der anschließenden Kundgebung wurden insbesondere die Beiträge der IGM-Songgruppe begeistert aufgenommen - sie behandelte in Sketchen und Liedern die Themen Rationalisierung und die besondere Belastung der Frauen. Außer der MG und den AKW-Gegenern, die Büchertische auf der Kundgebung machten, war von der Linken nichts zu sehen.

Die DGB-Ordner sorgten auf der Abschlußkundgebung dafür, daß die AKW-Gegner ihre Flugblätter nicht verteilen konnten.



München: SPD – Vorsitzender Brandt und CSU – Oberbürgermeister Kiesel

* * *

München: An der zentralen DGB-Kundgebung in München beteiligten sich rund 10.000 Menschen (im Vorjahr 12.000). Neben Brandt, der als Hauptredner auftrat, hatte die Gewerkschaftsführung ausgerechnet CSU-Oberbürgermeister Kiesl zu einem Grußwort aufs Podium gebeten: diese Provokation wurde dann auch gebührend beantwortet: *„Genau 12 Minuten sprach Oberbürgermeister Kiesl gegen einen Wald aus roten, grünen und weißen Transparenten sein Grußwort zu den rund 10.000 Teilnehmern der zentralen Maikundgebung in Bayern ... Und genauso lange dröhnte ihm ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert, ein ständiges Gejohle und Gegröle linksextremer Chaoten entgegen, von denen die Szene auf dem Marienplatz beherrscht war."* So kommentiert der CSU-nahe 'Münchner Merkur' den berechtigten Protest gegen die reaktionären Aussprüche von Kiesl, der in seinem „Grußwort" selbst die Angriffe der CSU gegen den DGB fortgesetzt hatte: er kritisierte die *„mangelnde Abgrenzung des DGB gegenüber Radikalen, fragte nach der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften... Der DGB sollte überlegen, ob er dem kommunistischen Ansinnen nachgeben möchte, den Weg einer autonomen Widerstandsorganisation einzuschlagen"* (MM, 2.5.79).

Allerdings kam auch Hauptredner Brandt nicht ungeschoren davon: er wurde in Sprechchören als „Weihnachtsmann" bezeichnet.

Auf dem Kundgebungsplatz waren sehr viele AKW-Gegner mit Transparenten versammelt. Die 'Humanistische Union' wandte sich in einem Flugblatt gegen die Diskriminierung der Frauen , „an der auch Gewerkschafter und Betriebsräte bisher nichts grundlegendes geändert hätten" (SZ, 2.5.).

Ob der „Arbeiterbund..." auch in diesem Jahr eine Demonstration zu einer eigenen Abschlußkundgebung gemacht hat, ist nicht bekannt.

* * *

Augsburg: 2500 Menschen beteiligten sich in Augsburg an der Demonstration des DGB. Im Mittelpunkt der Parolen und Forderungen standen die Themen Arbeitslosigkeit, Rationalisierung und Aussperrung. „Raus mit den Mc Kinsey-Menschenhändlern aus der MAN" - diese Parole brachte den Protest gegen die Rationalisierungsüberlegungen bei MAN zum Ausdruck, denen mindestens 600 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen. Auch AKW-Gegner waren im Demo-Zug vertreten.
(Informtionen aus AA, 3.5.).

Westberlin:

Über 30.000 Menschen beteiligten sich in Westberlin an getrennten Demonstrationen der Drupa, der ÖTV und der beiden GEWs sowie an der anschließenden offiziellen Kundgebung des Westberliner DGB vor dem Rathaus Schöneberg.

Eine Demonstration der IG Metall, auf die v.a. Kolleginnen und Kollegen von KWU (in deren Westberliner Werk demnächst Massenentlassungen anstehen) gedrängt hatten, gab es nicht; der IGM-Ortsvorstand hatte rechtzeitig abgeblockt.

Am Vorabend des 1. Mai hatten die GEW- Berlin und die GEW im DGB gemeinsam zu einem großen Maifest in die TU eingeladen. Höhepunkt des Abends: der (in Westberlin schon fast traditionelle) Auftritt der „Schmetterlinge" aus Wien. Mit 5.000 bis 6.000 Besuchern waren sämtliche Räume hoffnungslos überfüllt.

„Sickert ans Fließband, Arbeiter ans Mikrofon" so hallte es dem Westberliner DGB-Boß von rund zwei Dritteln der Teilnehmer der DGB-Kundgebung entgegen. Seine Rede ging zum größten Teil (wieder einmal) in Pfeifkonzerten und Sprechchören unter. Auch einige Eier und Farbbeutel als Zeichen des Mißfallens mußte er hinnehmen. Sickert, gleichzeitig langjähriger Vizepräsident des Westberliner Abgeordnetenhauses und Befürworter eines Atomkraftwerkes sowie von Rüstungsprodukten in Westberlin zwecks „Sicherung der Arbeitsplätze", ließ es sich nicht nehmen, daraufhin den Protest Tausender Kolleginnen und Kollegen als „Mummenschanz schwarzmaskierter Idioten" zu diffamieren! Auch der zweite Redner, der Vorsitzende der GdED, Haar (vormals Staatssekretär im Verkehrsministerium!), konnte mit seinem „gemäßigten" Bekenntnis zum Atomprogramm und seinen Wahlreden zur Europawahl keinen Blumentopf gewinnen.

Das „offizielle Bild" der DGB-Kundgebung wurde abgerundet durch ca. 4.000 Polizisten in voller Montur und z.T. zu Pferde, die zum „Schutz" ihrer (mittlerweile) „Kollegen" vom Vorstand, aufgeboten waren.

Sie riefen in Erinnerung, daß sich an diesem 1. Mai der „Berliner Blutmai" von 1929 zum fünfzigsten Mal jährte (damals waren vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel alle Maikundgebungen verboten worden. Über 30 Arbeiter wurden bei Protestaktionen getötet, mehrere Hundert verletzt!).

Um den 1. Mai nicht völlig den Sickert und Co zu überlassen, hatte die Alternative Liste, Bürgerinitiativen, politische Organisationen, gewerkschaftsoppositionelle Kräfte u.a. zur Organisierung einer oppositionellen Kundgebung aufgefordert. Die Resonanz war allerding relativ gering, sicher auch, weil diese Initiative erst relativ spät gestartet wurde. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß im Gegensatz zu den Vorjahren die KB-Gruppe weitgehend geschlafen hatte. Initiativen waren einzelnen Genossen überlassen. Immerhin nahmen an dieser Kundgebung gleich im Anschluß an die des DGB noch gut 3.000 Menschen teil. U.a. traten ein Jugendvertreter von KWU und eine Bezirksverordordnete der AL für die Stillegung aller AKWs ein; ein türkischer Kollege berichtete über die jüngsten Überfälle der faschistischen MHP auf fortschrittliche Türken sowie über das Verbot der Maidemonstration und den Belagerungszustand in seiner Heimat. Leider gab es dieses Jahr keinen Frauenblock oder sonstiges gemeinsames Auftreten der Frauengruppen.

Am Nachmittag des 1. Mai gab es noch gut besuchte Stadtteilfeste (jeweils mit gut 1.000 Menschen) in Kreuzberg und Tiergarten, ebenfalls unter Beteiligung der Alternativen Liste und vieler Bürgerinitiativen.

Bedenkt man, daß sowohl die SEW als auch andere Gruppierungen diesmal auf eigene Demonstrationen verzichteten, muß man feststellen, daß insgesamt weniger Menschen auf der Straße waren, als in den Jahren zuvor, namentlich zu der Zeit, als der DGB am 1. Mai die Straße den Linken überließ.

1. Mai in der Türkei — das Militär regiert

Eine gespenstische Szene: mehrere hundert Panzer, 80.000 - 100.000 Soldaten der 1. Armee und Jandarmas (hier mit dem BGS vergleichbar) regieren am 1. Mai die 4-Millionen-Stadt Istanbul. Die Straßen menschenleer, alle Plätze und Kreuzungen der Stadt werden von Soldaten mit schußbereiten Waffen gesichert.

So haben die Militärs mit Zustimmung der sozialdemokratischen Rehierung Ecevit das Demonstrationsverbot für den 1. Mai durchgesetzt.

Das Vorspiel

Das Vorspiel: Die revolutionäre Gewerkschaftskonföderation DISK hatte bis zuletzt zur Demonstration am 1.Mai in Istanbul aufgerufen und sich damit auf eine Kraftprobe mit der Ecevit-Regierung und den Militärs eingelassen, (siehe auch den ausführlichen Artikel in "Arbeiterkampf" Nr. 152, S. 45). Der DISK-Vorstand hatte die Regierung beschuldigt, nichts gegen den Faschismus zu unternehmen und erklärt:

"Auch wenn 100.000 von uns ins Gefängnis kommen, wird der 1. Mai auf dem Platz, den wir den 1. Mai-Platz nennen, stattfinden."

Auf diesem Platz, dem Taksim-Platz in Istanbul hatten in den vergangenen Jahren jeweils mehr als eine Millionen Menschen am 1. Mai demonstriert. Als deutlich war, daß die DISK nicht bereit ist, die Demonstration in Istanbul abzublasen, sondern es ernst meinte, reagierte die Regierung prompt:

Auf die Demonstranten wurde mit Gewehrkolben eingeschlagen, bis sie blutig am Boden lagen. Opfer der Verhaftungen war auch die Vorsitzende der türkischen Arbeiterpartei (TIP) Frau Behice Boran, die zusammen mit mehr als 400 Anhängern verhaftet wurde.

Am 1. Mai fanden in Istanbul auf das ganze Stadtgebiet verstreut mehr als 30 kleinere Aktionen der Linken und Arbeiter statt. Es gelang aber nicht, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen. Bilanz: Mehr als 1200 Verhaftungen in Istanbul allein am 1. Mai. Die Gefangenen wurden, nach chilenischem Vorbild, ins Inönü-Fußballstadion geschafft. Erst am späten Abend wurden die verhafteten Demonstranten in Militärunterkünfte transportiert.

- In Istanbul wurde für den 1. Mai von 0 Uhr bis 2. Mai 5 Uhr eine totale Ausgangssperre verhängt,
- die Truppen und die Polizei erhielten Schießbefehl,
- am 29. April wurden alle in der Türkei befindlichen Vorstandsmitglieder der DISK, sowie zwanzig Vorstände von den Einzelgewerkschaften verhaftet, alle DISK-Büros in Istanbul durchsucht und Flugblätter und Plakate beschlagnahmt.

Bei diesen Aktionen wurden noch weitere 100 Gewerkschafter verhaftet. Nach diesem Willkürakt der Regierung und des Kriegsrechtskommandanten veröffentlichte der DISK-Restvorstand eine Botschaft zum 1. Mai und rief weiterhin dazu auf, am 1. Mai ganz Istanbul zum Demonstrationsplatz zu machen.

Daraufhin begann eine gigantische Militärübung. Am 30. April abends rollten die Panzer in die Stadt und die Soldaten übernahmen das Kommando. Während der ganzen Nacht zum 1. Mai wurden die Truppen in der Stadt durch Einheiten aus der Westtürkei verstärkt.

Schon am 30. April waren die Istanbuler Gefängnisse überfüllt. Die Festgenommenen, insgesamt mehrere tausend, wurden in einer riesigen Kaserne eingesperrt. Doch trotz Massenverhaftungen, Militärherrschaft und Ausgehverbot war der Widerstand in Istanbul nicht völlig zu unterdrücken.

Vor dem Hauptgebäude von DISK in Istanbul, im Arbeiterviertel Bayrampasa und in Kadiköy wurde versucht größere Demonstrationen zu formieren. Allerdings standen die Demonstranten den Militärs machtlos gegenüber, die jeden Ansatz einer Kundgebung oder Demonstration mit blutiger Hand zerschlugen.

Militärschauspiel in der gesamten Türkei

So wie in Istanbul hat das Militär auch in allen anderen Städten der Türkei am 1. Mai seine Macht demonstriert.

So fand auch die größte erlaubte Demonstration zum 1. Mai in Izmir unter totaler Polizeikontrolle statt. Fast 100 000 demonstrierten hier, dabei soll das Verhältnis zwischen Polizei/Soldaten und Demonstranten zwei zu eins gewesen sein, also doppelt soviele "Sicherheitskräfte" wie Demonstranten ("Tercüman", 3.5.79).

Nach dem Bericht des Innenministers fanden am 1. Mai insgesamt in 43 Städten Demonstrationen statt, an denen sich insgesamt schätzungsweise mehr als 500 000 Menschen beteiligt haben. Außer in Izmir, wo drei DISK-Gewerkschaften zu den Demos aufgerufen hatten, wurden die Demonstrationen fast ausschließlich von der revolutionären türkischen Linken organisiert. Devrimci Yol, Halkin Kurtulusu und Kurtulus waren die Organistionen, die teils in Aktionsbündnissen oder allein, je nach örtlicher Stärke, demonstrierten.

Dabei kam es fast überall zu Verhaftungen. Allein in Ankara, wo kein Ausgangsverbot aber Demonstrationsverbot bestand, wurden 700 Menschen schon vor dem 1. Mai festgenommen, in Izmir waren es mehr als 100. Die Liste läßt sich noch beliebig fortsetzen. Am 1. Mai dürften in der Türkei ca. 3500 Menschen verhaftet worden sein.

Revisionisten auf Seiten der Reaktion

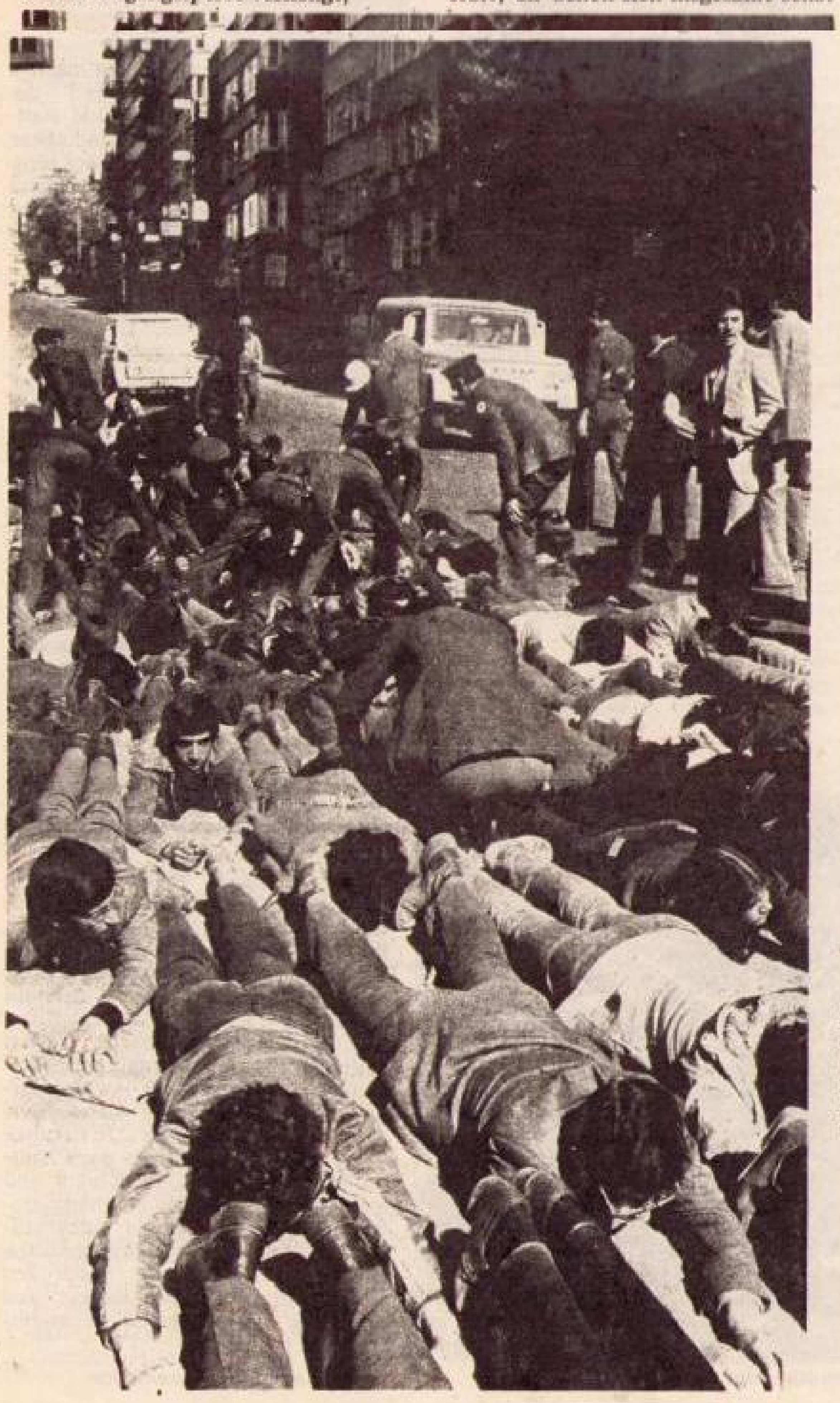
Der langen Kette revisionistischen Verrats, der Spaltung demokratischer und revolutionärer Kräfte, ergänzten die türkischen Revisionisten (TKP) um ein weiteres trauriges Kapitel. Wie berichtet, riefen drei DISK-Gewerkschaften zur Demonstration in Izmir auf. Diese drei Gewerkschaften werden von der TKP beherrscht. Während sie nach außen bis kurz vor dem 1. Mai noch den Aufruf für die Demonstration in Istanbul unterstützten, dann aber in letzter Minute doch absprangen, wurde am 29. April bekannt, daß dieser Verrat schon von langer Hand vorbereitet war.

Bereits vor drei Monaten meldeten die Revis die Demonstration in Izmir an und erhielten dafür auch eine Genehmigung! Dem Dank für ihren Bärendienst, den sie dafür von den Kriegsrechtskommandanten erhielten werden sich die Arbeiter kaum anschließen.

Ecevit ist am Ende

Am 1. Mai hat die Ecevit-Regierung den türkischen Werktätigen ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie hat sich das Gesetz des Handelns von den Militärs völlig aus der Hand nehmen lassen und diejenigen angegriffen, die noch vor zwei Jahren Ecevit gewählt und gehofft hatten, er würde Front gegen die Faschisten machen und die Versprechen von mehr demokratischen Rechten auch einlösen,

lösen.



Der 1. Mai hat gezeigt, wie brutal die Regierung für Ruhe im Land sorgt und hat deutlich gemacht, worauf die türkischen Werktätigen und Linken sich für die Zukunft noch einrichten müssen. Die Folgen dieser Politik sind noch nicht absehbar. Eins ist aber schon deutlich: Ecevits Kurs ist innerhalb der Regierungspartei CHP scharfer Kritik ausgesetzt. Die Delegiertenwahlen für den am 25. Mai stattfindenden CHP-Parteitag konnte bisher der linke Flügel in der CHP deutlich zu seinen Gunsten entscheiden:

In 33 Provinzen haben sich Parteilinke bei den Wahlen durchgesetzt, in 16 die konservativen und in 7 verliefen die Wahlen unentschieden.

Obwohl an der Wiederwahl Ecevits zum Vorsitzenden kaum Zweifel bestehen, zeigen diese Wahlen den wachsenden Unmut und werden für die innere Struktur der CHP nicht ohne Folgen bleiben.

Inzwischen wird auch von außen Kritik an Ecevits Kurs geübt. Der sozialdemokratische Abgeordnete des Europaparlaments, Pieter Danker, forderte von der Regierung die sofortige Freilassung der noch inhaftierten Demonstranten und DISK-Funktionäre. Sollte dies nicht geschehen, so steuere die Türkei auf eine neue Militärdiktatur wie in den Jahren 1971 bis 1973 zu.

Auch in der Türkei wurde gegen das Vorgehen am 1. Mai in den folgenden Tagen protestiert. Am 2. Mai boykottierten die Istanbuler Studenten und Schüler den Unterricht. Die fortschrittliche Rechtsanwaltsvereinigung BARO forderte die Freilassung aller noch 280 Gefangenen (Darunter befinden sich noch 7 Vorstandsmitglieder von DISK und auch Behice Boran.) BARO protestierte auch dagegen, daß von den Kriegsrechtskommandanten eine Verteidigung der Betroffenen durch Anwälte ihrer Wahl nicht zugelassen wird.

(Informationen: Augenzeugentelefonberichte, "Milliyet" 2./3.5.; "Tercuman" 3.5.; "Cumhuriyet" 2.5.; 3. + 6.5.)

Türkei-Kommission

Interview mit dem Pressesprecher der DISK (3. 5. 79, Istanbul)

Zwei KB-Genossen hatten die Gelegenheit in Istanbul das folgende Interview mit dem Pressesprecher der DISK (revolutionäre Gewerkschaftskonföderation) zu machen.
Wir freuen uns darüber ganz besonders und möchten der DISK an dieser Stelle dafür danken.

AK-Redaktion

KB: Wie beurteilt die DISK die Ereignisse um den 1. Mai?

DISK: *In diesen Tagen befinden sich drei Vorsitzende von sozialistischen Parteien und über 30 führende Mitglieder von DISK und den Einzelgewerkschaften im Gefängnis. Der Vorsitzende der Türkischen sozialistischen Arbeiterpartei (TSIP) z.B., Ahmet Kacmaz, wurde wegen einer Protesterklärung gegen das Vorgehen der Staatskräfte aus seinem Haus geholt. Bei der Verhaftung der DISK-Führung hat die Polizei alles beschlagnahmt, was sie in der DISK-Zentrale über den 1. Mai fanden - selbst einen Kalender, wo der 1. Mai rot gedruckt war. Die Presse steht unter einem starken Zensurdruck. Erklärungen von DISK werden nicht mehr abgedruckt. Wir können uns nur durch Flugblätter gegenüber der Öffentlichkeit bemerkbar machen. Nur in Nicaragua und in der Türkei waren in diesem Jahr die Arbeiter einer so starken Repression ausgesetzt.*

Wir haben einen harten Kampf geführt, um auf dem 1. Mai-Platz zu demonstrieren. Wir haben diesen Kampf verloren. Dennoch sind wir der Meinung, daß im Bewußtsein der türkischen Arbeiter durch das Vorgehen der Regierung die Fronten klarer geworden sind. Sie wissen jetzt, was von dieser Regierung zu halten ist, daß sie den 1. Mai nicht geschenkt bekommen, sondern dafür kämpfen müssen. Das ist gewissermaßen ein Sieg in der Niederlage. Wir haben dadurch bessere Voraussetzungen, den Kampf um den nächsten 1. Mai zu führen.

Worüber wir uns freuen, ist, daß wir Solidaritätstelegramme von der CGT und CFGT und per Telegramm Solidaritätsgrüße aus Bulgarien erhalten haben. Aus Belgien wurden wir angerufen und darüber informiert, daß in der westeuropäischen Presse umfangreich über die 1. Mai-Ereignisse in der Türkei berichtet wurde.

KB: Wir haben Eure Erklärung vom 30.4. nach Westdeutschland durchtelefoniert und sie ist zumindest in Hamburg auf der 1. Mai-Demonstration der „Bunten Liste" verlesen

tion der „Bunten Liste" verlesen

worden.

DISK: *Das ist schön, vielen Dank.*

KB: Wie steht DISK zu der Demonstration in Izmir?

DISK: *Die Demonstration in Izmir ist ein Beispiel für die vorhin benannte Haltung, die wir bekämpfen, nämlich, daß der 1. Mai von der Regierung den Arbeitern geschenkt wird. Es ist beschämend für eine Gewerkschaft, wenn ihr von Kriegsrechtsbefehlshabern dafür gedankt wird, daß sie das Angebot in Izmir und nicht auf dem 1. Mai- Platz zu demonstrieren, angenommen hat. Wir müssen im Gegenteil den Arbeitern klar machen, daß wir den 1. Mai erkämpfen müssen.*

KB: Wer ist Eurer Meinung nach der Initiator des Kriegsrechts, die CHP oder andere Kräfte?

DISK: *Ecevit ist verantwortlich. Ecevit begründete die Ausrufung des Kriegsrechtes damit, daß die Kriminellen, die für das Massaker von Karamanmaras verantwortlich waren, gefangen werden. Wir haben ihm gesagt, daß Ecevit für alles, was über diese Absicht hinausgeht, verantwortlich gemacht wird. Wenn es Ecevit mit dem Kriegsrecht wirklich darum ging, die Faschisten niederzuhalten, so hätte er gerade in diesen so „gesicherten" Provinzen die 1. Mai- Demonstrationen erlauben können. Allgemein gesagt steht die Politik der CHP-Regierung in folgendem Widerspruch: Sie steht unter dem Druck von zwei Seiten. Erstens den Imperialisten, speziell den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Zweitens den Arbeitern und Bauern der Türkei. Die CHP wurde mit der Hoffnung gewählt, daß sie die Forderungen der Arbeiter und Bauern verwirklicht. Die CHP hat jedoch ihre Wahl zugunsten des IWF entschieden.*

Das ist der Grund dafür, warum die CHP in den 15 Monaten ihrer Regierungszeit bereits das Vertrauen der Arbeiter und Bauern verloren hat.

KB: Wie beurteilt Ihr die Erklärung des Kriegsrechtsbefehlshabers von Istanbul am 2. Mai, wo er seine „Trauer" über die Verhängung der Ausgangssperre ausgedrückt hat?

DISK: *Wichtig ist nicht, was ein General über seine Gefühle zur Bevölkerung von Istanbul sagt. Die Fragen, die für ihn wichtig sind, heißen: Werden die neuen NATO-Raketen S22 in der Türkei stationiert oder nicht, wo werden die militärischen Einrichtungen der US-Armee, die bisher im Iran stationiert waren, jetzt in Stellung gebracht.*

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Intrigen und Manöver, die seit einiger Zeit mit den Kurden betrieben werden, zu betrachten. Von der türkischen Regierung wird versucht, eine gemeinsame Front mit den Regierungen des Irak und des Iran gegen das kurdische Volk aufzubauen. Auch Israel hat seine Finger in diesen Monövern drin. Das Ziel des Ganzen ist, die Position des Imperialismus im Mittleren Osten zu stärken.

KB: Wie seht Ihr die Rolle des westdeutschen Imperialismus, speziell im Zusammenhang mit seiner Unterstützung der türkischen Armee zur Zeit des Waffenembargos durch die USA?

DISK: *Wir meinen, daß für die BRD ein wesentliches Motiv für ihre Politik folgende Rechnung ist: Wenn die Türkei der Stationierung des S22-Raketen und der Neutronenbombe auf türkischem Boden zustimmt, dann braucht die BRD diese Waffen nicht bei sich selber zu stationieren. Differenzen zwischen den USA und der BRD treten hinter den gemeinsamen Interessen der Imperialisten gegenüber der Dritten Welt zurück.*

KB: Wie seht Ihr die Bemühungen der Regierung, die Gewerkschaften zum „Sozialvertrag" zu zwingen, angesichts der in diesem Jahr anstehenden Neuverhandlungen fast aller Tarifverträge?

DISK: *Wie ihr wißt, hat DISK den „Sozialvertrag" zurückgewiesen und dabei bleibt es auch.*

Die Gefahr für die Gewerkschaften droht zur Zeit über einen anderen Weg, der auch die Ereignisse um den 1. Mai in den Zusammenhang mit der gesamten politischen Entwicklung stellt: Die CHP-Regierung bereitet zwei neue Gesetze vor. Erstens Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte und zweitens Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Wenn diese Gesetze verabschiedet werden, dann würde die Regierung es nicht mehr nötig haben, gegen die sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung das Kriegsrecht auszurufen, weil mit diesen Gesetzen das ständige Kriegsrecht praktisch eingeführt würde.

KB: Was sind Eure nächsten Aufgaben nach dem 1. Mai?

DISK: *Erstens wollen wir ein Beispiel sofortiger Solidarität organisieren,*

sofortiger Solidarität organisieren,

um alle, die im Zusammenhang mit dem 1. Mai verhaftet worden sind, Linke wie Gewerkschafter, frei zu bekommen.

Zweitens findet am 8. Mai die erste Sitzung des Europäischen Parlaments statt, wo auch Ecevit reden will. Wir versuchen, daß Ecevit keine Chance bekommt, seine Rede zu halten, solange die Gefangenen des 1. Mai nicht frei sind. Wir hoffen, daß möglichst viele türkische Arbeiter in Westeuropa zu dieser Parlamentssitzung gehen werden, um Ecevit am Reden zu hindern und ihn aus dem Parlament zu schmeißen.

KB: Wird von der DISK Arbeit unter den Arbeitern in der BRD gemacht?

DISK: *Es gibt bisher noch sehr wenig organisierte Arbeit von DISK unter den türkischen Arbeitern in der BRD.*

KB: Wir haben davon gehört, daß in den letzten Monaten Gewerkschaften von DISK ausgeschlossen worden sind. Was sind die Gründe dafür?

DISK: *Es gibt ein türkisches Sprichwort: Die Zeit wird es zeigen.*

KB: In der BRD versucht die sozialdemokratische Führung der Gewerkschaften, die Linken daran zu hindern, Einfluß in den Gewerkschaften zu bekommen und schließt sie deshalb aus. Wenn die Gewerkschafter bei uns von den Ausschlüssen aus DISK hören, fragen sie sich, ob das gut oder schlecht ist.

DISK: *Der Ausschluß von Maden-Is* (Metallarbeitergewerkschaft, die u.a. zur Demonstration in Izmir aufgerufen hatte, Anm. d. Red.) *aus DISK ist in jedem Fall eine schlechte Sache, weil das die Gewerkschaftsbewegung spaltet. Aber die Ursachen sind politischer Natur. Die TKP* (türkische revisionistische, kommunistische Partei, Anm. d. Red.), *die in diesen Gewerkschaften Einfluß hat, beklagt sich, daß sie seit 1922 (dem Verbot der KP in der Türkei) keine Chance hatte, die Kommunisten in der Türkei bei sich zu organisieren. Deshalb versucht sie, die sozialistischen und auch andere linke Organisationen aus den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen aus eigenem Parteiinteresse zu verdrängen. Wir stellen ausdrücklich fest, daß es in der Türkei z.Zt. keine Partei gibt, die in der Lage ist, alle Kommunisten zu organisieren.*

KB: Vielen Dank für das Gespräch.



Norwegen

Am 1. Mai fanden drei voneinander getrennte Demonstrationen in Oslo statt. Getragen wurden diese von den Sozialdemokraten, der SV — eine linkssozialdemokratische Partei — und der AKP/ml. Mit ca. 6.000 Menschen konnte die AKP/ml die größte Gruppe hinter ihren Parolen sammeln. Zentrale Forderungen waren: Kampf gegen Rassismus und Faschismus! Gegen Atomkraft in Norwegen! Gegen die Supermächte USA und Sowjetunion!

Wie in den vorigen Jahren versuchten auch in diesem Jahr Rechte und Faschisten die Demonstrationsteilnehmer zu provozieren. In der Nähe des Zuges hatten sie sich zusammengerottet, als plötzlich ein Gegenstand in den Demonstrationszug flog. Ein Ordner, der das sah und wohl im Glauben war, daß es sich um eine Tränengasgranate handelte, setzte seinen Fuß darauf, um die Granate zu greifen und zurückzuschleudern. Plötzlich explodierte die vermeintliche Tränengasgranate, wobei dem Ordner vier Fingergelenke und Teile des Fußes abgerissen wurden. Die Reaktion auf dieses Attentat unter den demokratischen Kräften des Landes war einmütig. Die Gewerkschaftsverbände verurteilten den Anschlag auf den 1. Mai-Zug scharf. Vertrauensleute in den Gewerkschaften forderten die Mobilisierung der gesamten Arbeiterbewegung, um solchen Anschlägen ein für allemal entgegenzutreten.



1. Mai-Demonstration in Oslo

Staatsminister Odvar Nordli berief eine Regierungskonferenz ein. Wobei er das Attentat als eine ,,grobe Kränkung'' gegen alles, wofür der 1. Mai steht, charakterisierte. Am 3. Mai wurden zwei Gymnasiasten verhaftet. Die Polizei hatte bei einer Hausdurchsuchung Dynamit und Zubehör für die Herstellung von Bomben gefunden. Während des Verhörs gestand einer, die Bomben auf Bestellung gegen den 1. Mai-Zug der AKP/ml angefertigt zu haben. Leugnete jedoch, daß die Bombe, die zur Explosion kam, von ihm angefertigt worden sei.

Wohl aufgrund der Aussagen der beiden Gymnasiasten wurde wenig später Petter Kyvig festgenommen. Er ist kein unbeschriebenes Blatt mehr, sondern hatte führende Posten in der faschistischen Organisation ,,Norsk Front''. Obwohl sich inzwischen die ,,Norsk Front'' von dem Bombenanschlag distanzierte und damit auch von ihrem Mitglied Petter Kyvig, ist anzunehmen, daß diese faschistische Organisation den Anschlag unterstützte; denn diese Organisation steht für viele Gewaltakte gerade in der letzten Zeit. Erst vor kurzem wurde von der ,,Norsk Front'' eine Kampforganisation der Antikommunistischen Jugend gegründet, deren führendes Mitglied Petter Kyvig war.

(Informationen: ,,Klasskampen'')

Skandinavienkommission

Dänemark

Dieses Jahr gab es in Kopenhagen wieder — im Gegensatz zum letzten Jahr — eine breite Aktionseinheit unter den Linken unter der gemeinsamen Parole ,,Aktionseinheit gegen das Kapital und gegen die Krisenpolitik''. Am Bündnis waren u.a. beteiligt Venstre Socialisterne (VS), Socialistisk Folkeparti (Euros), verschiedene andere linke Organisationen, darunter auch die Trotzkisten und ,,ML''er.

Außer der Demonstration der Aktionseinheit gab es noch eine eigene Demonstration der DäKP sowie der Sozialdemokraten (Regierungspartei). Die Demonstration der Linken war jedoch mit 40.000 Teilnehmern die mit Abstand größte Aktion und übertraf auch bei weitem die Teilnehmerzahlen der Jahre zuvor.

Auf der Kundgebung der Sozialdemokraten sprach Ministerpräsident Anker Jörgensen. Allerdings gingen seine Reden oft in Buh-Rufen und Pfiffen unter. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die Sozialdemokraten im vergangenen Herbst eine Koalition mit der rechten Partei Venstre eingingen und seitdem die Angriffe auf die gewerkschaftlichen Rechte weiter verschärften. Insbesondere wurde aber Protest laut, als Jörgensen sich für die Einführung von AKWs auf der Mai-Kundgebung aussprach.

Auf der Kundgebung der Linken nahm der Protest gegen die Atomenergie einen Schwerpunkt ein.

Bei der DäKP-Kundgebung war davon jedoch nichts zu hören. Sie machte zum Hauptthema die Europawahlen. Auch in Aarhus gab es dieses Jahr wieder ein breites Bündnis, an dem sich weitgehend dieselben Organisationen wie in Kopenhagen beteiligten. Dieses Bündnis brachte eine Demonstration mit 20.000 Teilnehmern zustande. Dieses Jahr beteiligten sich auch die Anarchos mit schwarzen Fahnen. Deren Teilnahme war in den Jahren zuvor von anderen Organisationen teilweise abgelehnt worden. An einer Demonstration der Sozialdemokraten in dieser Stadt nahmen nur 600 Menschen teil.

Mit der sozialdemokratischen Regierungspolitik ist in Dänemark am 1. Mai kein Hund hinter dem Ofen hervorzulocken.

Grönland

Dieses Jahr demonstrierten in Godthaab 500 Menschen. Das war die zweite Mai-Demonstration in der Geschichte der grönländischen Arbeiterbewegung.

Die Kundgebungsreden wurden ausschließlich auf grönländisch gehalten. Demonstriert wurde unter der Hauptparole ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'', weil die grönländischen Arbeiter gegenüber den auf Grönland lebenden Dänen diskriminiert und wesentlich schlechter bezahlt werden. Auch die Frauen beteiligten sich mit eigenen Parolen an der Demo.



Schweden

Am 1. Mai demonstrierten (traditionell in Schweden in vorwiegend getrennten Zügen) in Göteborg ca. 18.000 Menschen, in Malmö ca. 6.000 Menschen (,,Arbetarkamp'', 18/79). Hier, wie auch in Stockholm, gab es erste Ansätze, die Zersplitterung zu überwinden, FK und KAF und teilweise VPK vereinigten ihre Mitglieder zu einem Demonstrationszug.

Nach Informationen der Zeitung ,,Arbetarkamp'' (Förbundet Kommunist — FK) demonstrierten in ganz Schweden ca. 78.000 Menschen.

In Stockholm schlossen sich an den VPK(Revisionisten)-Zug (ca. 14.000) ca. 3.000 Menschen an, die unter der Parole ,,Einheit der Linken gegen die Bürgeroffensive'' zusammen mit FK, KAF (4. Internationale), den Miljögruppen, internationalen Gruppen wie MIR, CISNU, ANC und andere Afrika-Gruppen (u.a eritreische Genossen), Spontis und andere demonstrierten. Hinzu stieß noch ein Zug von ca. 1.000 Menschen aus dem Stadtteil Söder, in dem in jüngster Vergangenheit Kämpfe gegen Häuserabrisse und Verseuchung der Stadt durch Autoabgase stattgefunden hatten.

,,Arbetarkamp'' erwähnt allerdings nicht den Demonstrationszug der Syndicalisten (SAF), die 800 Menschen unter Forderungen vereinten, wie z.B.:

— Internationale Revolution — die Arbeiterklasse hat keine Nation oder

— Den Kampf gegen die Armut haben wir gewonnen, jetzt müssen wir den Reichtum bekämpfen! (,,Dagens Nyheter'', 2.5.).

Zusammengenommen mit den Demonstrationszügen der Sozialdemokraten (12.000 Teilnehmer, auf der Abschlußkundgebung allerdings 30.000 Menschen), von SKP(Vaterländler, 2.000) und KPML(r) (300) gingen in Stockholm am 1. Mai ca. 40.000 Menschen auf die Straßen.

Skandinavienkommission

Paris

Zu einem ,,einheitlichen 1. Mai'' hatten die drei großen Gewerkschaften Frankreichs, die CGT, CFDT und FEN aufgerufen, unterstützt von den ,,Linksparteien'' und der extremen Linkaufgerufen, unterstützt von den ,,Linksparteien'' und der extremen Linken.

Der Demo-Zug war durch ein riesiges Polizeiaufgebot — Tausende von zivilen und uniformierten Bullen ,,zierten'' die Demo-Route — abgeschirmt: So wurde gleich die Spitze der Demo von einem starken 'Cordon' von mehreren Hundertschaften CRS-Bullen (bewaffnete Polizei, dem hiesigen MEK vergleichbar) gebildet. Es folgten Seite an Seite die drei Gewerkschaftsführer G. Séguy, E. Maire, A. Henry, die traditionellen Blöcke der einzelnen Industriebranchen, zum Schluß OCT (Organisation Communiste des Travailleurs) und LCR (Ligue Communiste révolutionnaire).

Auffallend war die starke Teilnahme ausländischer Arbeiter, die als zentrale Parole riefen: ,,Franzosen, Ausländer, dieselben Bosse, derselbe Kampf''. Auch Frauengruppen waren zahlreich vertreten und brachten ihre Besorgnis über die Infragestellung des Abtreibungsgesetzes durch Parolen zum Ausdruck.

Nicht nur wegen des provozierenden Polizeiaufgebots, sondern auch wegen der brutalen Polizeiübergriffe am 23. März auf der zentralen Demo der Stahlarbeiter in Paris wurden immer wieder Anti-Polizei-Parolen gerufen. Immer wieder forderten die Demonstranten den Rücktritt des Innenministers Bonnet (,,Bonnet, démission''). Diesmal konnte sich Bonnet Zwischenfälle während der Demonstration selbst nicht leisten.

Erst als sich bereits der Demozug am Place de la République auflöste, war das der willkommene Anlaß für die CRS und die Zivilbullen, ungefähr 30 Ordner der LCR anzugreifen. Es



entwickelte sich eine zweistündige

entwickelte sich eine zweistündige regelrechte Straßenschlacht zwischen LCR-Ordnern, einem Grüppchen ,,Autonomer'' und Bullen, wobei Tränengas eingesetzt und eine Mini-Barrikade aus einem umgeworfenen Auto aufgebaut wurde. Trauriges Resultat: mehrere Festnahmen, sechs Verletzte LCR-Genossen, davon drei krankenhausreif geschlagen! (aber immerhin: auch drei Zivilbullen kamen nicht mehr ohne ,,blaue Augen'' davon)

(nach ,,Le Monde'', 3.5.79)

Frankreich-Kommission


Kopenhagen: 40.000 auf der Demonstration der Linken

Chile

In Chile hatte die Junta absolutes Versammlungsverbot zum 1. Mai verhängt und keinen Zweifel daran gelassen, daß sie entschlossen wäre, Demonstrationen und Kundgebungen zu verhindern. Schon vor dem 1. Mai wurden 45 ausländische Gewerkschafter, die auf Einladung der chilenischen Gewerkschaften nach Chile kamen, bereits am Flughafen abgefangen und des Landes verwiesen, weil sie *,,die Ruhe des Landes empfindlich stören''* würden (,,SZ'', 5./6.5.79). Trotz des Verbots kam es am 1. Mai zu großen Massendemonstrationen, teilweise wird berichtet zu den größten Demonstrationen seit dem Putsch. Die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor, 400 Menschen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder wurden verhaftet. Anfang Mai befanden sich diese Personen bis auf einen kleinen Teil (darunter 40 Kinder, die wieder freigelassen wurden) noch in Haft.

Brasilien

Zum ersten Mal seit dem Putsch 1964 waren in Brasilien in diesem Jahr Kundgebungen zum 1. Mai erlaubt worden. In allen größeren Städten fanden Demonstrationen und Kundgebungen statt, die von Gewerkschaftern, Vertretern der Opposition oder der Kirche organisiert wurden. Die Grenzen der ,,Liberalisierung'' in Brasilien, die mit dem Zugeständnis der Maifeierlichkeiten demonstriert werden sollte, zeigten sich drei Tage später. In Sao Paolo wurden am ersten Tag des Streiks der Busfahrer, mit dem höhere Löhne durchgesetzt werden sollten, 114 Personen verhaftet.

Nicaragua

In Nicaragua war zum 1. Mai nur eine Veranstaltung erlaubt — alle Kundgebungen und Demonstrationen waren verboten worden. Auf der einzig erlaubten Veranstaltung sprach Somoza persönlich und bekräftigte, daß er alle Umsturzversuche niederschlagen werde. Trotz des Verbots fanden auch in Nicaragua Mai-Kundgebungen statt, gegen die die National-Garde vorging. Nach inoffiziellen Angaben wurden mindestens drei Menschen von der National-Garde umgebracht. Zahlreiche, auch prominente Politiker und Gewerkschafter wurden teilweise schon ,,präventiv'' vor dem 1. Mai verhaftet.

Aus Leon, wo seit Wochen massive Kämpfe zwischen Kämpfern der FSLN und der National-Garde stattfinden, sollen sich die Sandinisten nach schweren Kämpfen zurückgezogen haben. Die Stadt ist erneut bombardiert worden. Über die Opfer unter der Zivilbevölkerung ist noch nichts bekannt.

Japan

In ganz Japan nahmen 5,5 Millionen Menschen an 1. Mai-Kundgebungen und Demos teil. In Tokyo lag die Beteiligung an der zentralen Kundgebung bei 400.000. Obwohl der diesjährige 50. Maifeiertag in Japan unter dem Motto *,,Verteidigen wir mit den vereinten Kräften der Arbeitenden unseren Lebensstandard, unsere Rechte und den Frieden''* stand und trotz der steigenden Profite, trotz der steigenden Arbeitslosigkeit, trotz der zunehmenden Rationalisierungen und Arbeitsplatzunsicherheiten und trotz des erneuten Rechtsrucks bei den letzten Kommunalwahlen und der scharfen Attacken auf die demokratischen Rechte appellierten die Gewerkschaftsfunktionäre in ihrer Erklärung vor den Versammelten: *,,Jetzt müssen wir erst recht die Arbeiterbewegung von allen Seiten neu überdenken''*. Im Klartext heißt das, wie die bürgerliche Presse es richtig interpretierte, weiteres Maßhalten angesichts einer Zeit des ,,Niedrigwachstums'' (,,Asahi Shinbun'', 1.5.79, Abendausgabe)!

Von den revolutionären Linken hatten sich die 4. Internationale, Kakuma-ru-ha, Japanische Arbeiterpartei (China-Vasallen), der marxistische Arbeiterbund und die JCP/Linke (ML) beteiligt. So wurden auch Anti-AKW-Forderungen (JCP/Linke) und Sanrizuka-Forderungen (4. Internationale) sichtbar. Es ist aber hinzuzufügen, daß viele Einzelgewerkschaften auch über Forderungen gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die fortschreitende Rechtsentwicklung stellten.

Asien-Australien-Kommission

Betrieb und Gewerkschaft





KWU: Massenentlassungen und Atomstaatspraktiken

Die Kraftwerks-Union, hundertprozentige Siemens-Tochter und der Welt viertgrößter AKW-Produzent, hat es schon immer verstanden, sich in die Schlagzeilen zu bringen. Die jüngsten zwei Meldungen: Rund zehn Prozent aller Beschäftigten sollen entlassen werden. Und: Alle Mitarbeiter sollen schriftlich ein Glaubensbekenntnis auf die Atomkraft ablegen - wer nicht unterschreibt, fliegt raus!

Bereits Ende Februar meldete das „Handelsblatt', daß im Westberliner KWU-Betrieb 120 Arbeiter entlassen werden sollen; 70 Kollegen waren zu der Zeit bereits gefeuert, die restlichen 50 folgen

das „Handelsblatt', daß im Westberliner KWU-Betrieb 120 Arbeiter entlassen werden sollen; 70 Kollegen waren zu der Zeit bereits gefeuert, die restlichen 50 folgen


Kollegen, wisst ihr......

wer Schuld hat an unserem Arbeitsmangel ?
wer die Unverfrorenheit besitzt die eigenen Kollegen zu verraten ?
wer die Charakterlosigkeit besitzt Lohn(Judaslohn) von einem Unternehmen einzustecken an dem er Verrat übt ?
wer diese Kernkraftgegnergruppe ist ?
wem haben wir eine Zukunft zu verdanken die evtl. Versetzung, Einstellungsstopp und Entlassungen mit sich bringt ?

weigert Euch mit diesen Burschen zu arbeiten !

lasst sie als Erste unsere Werke verlassen !

Hier habt Ihr die Namen :

Initiative KWU Mülheim, Frankfurt, Erlangen, Berlin
R.B.

Dieses faschistische Hetzblatt wurde im KWU-Werk Mülheim gefunden. Erschreckend aber nicht überraschend angesichts der KWU-Personalpolitik.

bis Ende Mai. In diesem Werk werden Turbinen und Einbauten für AKWs produziert. Der Betriebsrat hatte Anfang März einen detaillierten Fragenkatalog erstellt, um Genaueres über die Entlassungsabsichten zu erfahren. Doch die Geschäftsleitung lehnte eine Beantwortung der Fragen ab - man sei der Informationspflicht nach dem Betriebsverfassungsgesetz bereits nachgekommen. Erst auf der Betriebsratssitzung am 9.3. kam das ganze Ausmaß der Entlassungspläne auf den Tisch: zehn Prozent aller Beschäftigten sämtlicher KWU-Betriebe sollen auf die Straße gesetzt werden. Diese Angaben wurden inzwischen noch präzisiert. Angekündigt wurden für die Standorte Erlangen und Offenbach die Entlassung von 800 Angestellten und 70 Arbeitern sowie ein Abbau von 100 Arbeitsplätzen im Werk Mühlheim. Über die aktuellen 120 Entlassungen in Westberlin hinaus soll das dortige Werk, das angeblich völlig veraltet sei, radikal „saniert" werden, wodurch ca. 800 der 2200 Arbeitsplätze vernichtet würden.

„Schuld" an dieser brutalen Arbeitsplatzvernichtung haben - wie sollte es anders sein- die AKW-Gegner. In einer „Mitteilung an die Belegschaft" (*„aus Sorge, daß Sie über die Zukunft dieses Werkes nicht in richtiger Weise informiert werden"*) schreibt diese Westberliner Geschäftsleitung: *„Diese Situation h. en wir den Bürgern dieses Landes zu verdanken, die sich gegen den Bau von Kraftwerken wenden. Eine Änderung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten".*

Tatsächlich liegen momentan AKW-Aufträge im Wert von 7,5 Mrd. Mark auf Eis. Darauf ist die Anti-AKW-Bewegung stolz. Die Atomkraft-Gegner jedoch für die Vernichtung von Arbeitsplätzen verantwortlich zu machen, ist angesichts der tödlichen Gefahren der Atomenergie genauso zynisch, als wenn die Contergan-Hersteller die weitere Freigabe ihres Gifts gefordert hätten, um Arbeitsplätze zu erhalten!

der Atomenergie genauso zynisch, als wenn die Contergan-Hersteller die weitere Freigabe ihres Gifts gefordert hätten, um Arbeitsplätze zu erhalten!

KWU-Fragebögen: Ein Stück Atomstaat vorweggenommen

Weit gefehlt wäre jedoch die Annahme, daß sich die KWU nach den Harrisburg-Ereignissen aus dem Geschäft mit dem Atomtod langsam zurückziehen würde. Ganz im Gegenteil ist der Vorstand darum bemüht, den eigenen Laden nach innen sorgfältig gegen die AKW-Gegner abzuschotten, um ungehindert weitermachen zu können. Mitte April meldete der SPD-nahe „Politisch parlamentarische Pressedienst" (PPP), daß die KWU von ihren Mitarbeitern eine *„positive Einstellung zur Kernenergie"* verlange und diese auch in erpresserischer Weise durchsetze. Im Erlanger Werk mußten Mitarbeiter bei der Einstellung einen Anhang zum Arbeitsvertrag unterschreiben, mit dem sie bestätigen, daß sie sich jeglicher Unterstützung von AKW-Gegnern enthielten. Ferner mußten sie versichern, daß sie keiner Partei oder Organisation angehörten, die *„das Produkt der Firma zu verhindern und damit dem Betrieb die Existenzgrundlage zu entziehen"* versuche (zitiert nach „FR", 8.5.). Außerdem *„mußten die Betroffenen ihrem Arbeitgeber überdies anhand einer umfassenden Liste versichern, weder sie noch ihre Ehefrauen (!) seien Mitglied in einer der dort aufgeführten, gegen die Kernenergie auftretenden oder als verfassungsfeindlich geltenden Organisationen; sie würden diese weder unterstützen, noch Kontakte zu ihnen unterhalten und seien bereit, dies auch für die Zukunft auszuschließen. Ein Verstoß berechtige die Kraftwerk-Union zur fristlosen Kündigung"* („FR", 8.5.). Das Bekanntwerden dieser Praktiken brachte sogar Harald Schäfer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz im Bundestagsinnenausschuß auf die Palme: er wertete das Verhalten der Firma als einen *„Schritt in den Atomstaat".*

Die KWU versuchte zunächst, den Skandal zu verharmlosen: es seien bei mehr als 10 000 Neueinstellungen in den letzten zehn Jahren nur fünf Fälle vorgekommen, und dies auch

Atomstaat".

Die KWU versuchte zunächst, den Skandal zu verharmlosen: es seien bei mehr als 10 000 Neueinstellungen in den letzten zehn Jahren nur fünf Fälle vorgekommen, und dies auch
nur, weil die Genehmigungsbehörden in diesen Fällen Bedenken geäußert hätten, die durch die Zusatzerklärungen ausgeräumt werden konnten. Als jedoch noch weitere Einzelheiten über die KWU-Einstellungspraxis bekannt wurden, legte der Firmenvorstand jegliche Scham ab: es sei das *„Recht, ja sogar die Pflicht"* der Personalleitung, so Vorstandsmitglied Wolfgang Keller, auf diese Weise Loyalität und Unbedenklichkeit der Mitarbeiter durchzusetzen.

Bekanntgeworden ist nämlich inzwischen, daß die KWU weitaus mehr Schnüffelaktivitäten aufzuweisen hat als die bisher zugegebenen fünf Fälle. So wurden Kurzformulare publik, die bei der Beschäftigung von Aushilfskräften zum Zuge kommen. Auf ihnen muß ein KWU-Mitarbeiter bestätigen, daß dem Bewerber *„die Aufgaben unseres Hauses bekannt sind, er/sie sie auch akzeptiert und seine Einstellung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie eine Beschäftigung nicht ausschließt."*

Alles offenbaren müssen vor allem aber solche KWU-Beschäftigte, die in sogenannten „sicherheitsempfindlichen Bereichen" eingesetzt werden sollen. Auf umfangreichen Fragebögen müssen sie Angaben bis in den persönlichen Bereich nicht nur über sich selbst, sondern auch über den Ehepartner, Kinder, Eltern, Geschwister, Schwiegereltern sowie sämtliche im Ausland lebende Verwandte machen. Verlangt wird Auskunft über sämtliche Auslandsreisen nach 1945 (frühere Reisen sind offenbar unverdächtig?), sowie über die Mitgliedschaft in *„Organisationen, Verbänden, Bewegungen, Gruppen oder anderen Zusammenschlüssen von Personen, hinsichtlich deren der Befragte mit der Möglichkeit rechnen muß, daß sie für die Beurteilung der Unbedenklichkeit seines Zugangs zu Verschlußsachen von Bedeutung sein kann".* Fehlen darf natürlich nicht die Frage nach früherer oder gegenwärtiger Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei oder einer anderen *„kommunistischen oder kommunistisch beeinflußten Organisation oder sonstigen verfassungsfeindlichen Partei oder Vereinigung".*

Mit jedem dieser Fragebögen wird also nicht nur der Betroffene selbst, sondern darüber hinaus jeweils rund ein Dutzend oder mehr Personen erfaßt. Wie die „Frankfurter Rundschau" von Betroffenen erfahren haben will, werden die eingetragenen Daten dieses mit deutscher Akribie und Gründlichkeit ausgeheckten Fragebogens häufig alles andere als vertraulich behandelt:

„Ist gerade die eigentlich vorgesehene Verschlußmappe nicht zur Hand, dann macht ein Fragebogen dem Vernehmen nach schon mal im Hauspostumschlag die Runde. Und weil nicht immer der Name des „Geheimschutzbeauftragten" auf dem Formular eingesetzt ist, an den die ausgefüllten Bogen zu richten sind, wandern die Daten mitunter von Schreibtisch zu Schreibtisch".

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



„Schweißer sind Sie? Da hätten wir was in Brasilien für Sie..."

„Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht"

„Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht"

Pressemitteilung

Am Dienstag, den 24.4.1979, fand im Haus der Jugend am Deutschherrnufer in Frankfurt vor mehr als 350 DGB-Gewerkschaftlern eine Veranstaltung der gewählten Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek unter dem Motto „Ihr hemmt uns , doch ihr zwingt uns nicht" statt.

Die im Dezember 1978 gewählten sieben Vertrauensleute sollen, nachdem sie bereits im Januar 1979 Funktionsverbot erhalten haben, aus der ÖTV ausgeschlossen werden. So will es der ÖTV-Kreisvorstand Frankfurt und so will es ganz offensichtlich auch der ÖTV-Hauptvorstand, der ein Gerichtsverfahren gegen die sieben Vertrauensleute anstrengte, um ihnen verbieten zu lassen, die von der Betriebsgruppe herausgegebene Dokumentation (Titel: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht) zu verbreiten.

Diese Maßnahmen werden gegen die Vertrauensleute ergriffen, weil die ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek bzw. die Vertrauensleute in i h r e m Namen Leserbriefe bzw. Bittschreiben abgefaßt hatten, die sich an Adressaten außerhalb der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt richteten. Um Rechte für die entmündigten Mitglieder in der ÖTV, um mehr Rechte für die von ihnen gewählten und einseitig an die Interessen der Kreisverwaltung gebundenen Vertrauensleute geht es bei diesem Konflikt.

In der Diskussion auf der Veranstaltung wurde der exemplarische Charakter dieses Konflikts für alle DGB-Gewerkschaften herausgestellt, ergänzt durch ähnliche Falldarstellungen aus anderen Betrieben. Es wurde betont, daß das Problem der Mitgliedsrechte, der freien Meinungsäußerung und offenen Diskussion unterschiedlicher Positionen für eine Arbeitnehmerorganisation zur Selbstverständlichkeit gehören sollte und daher nicht unter taktischen, sondern unter prinzipiellen Gesichtspunkten gesehen werden muß. In den verschiedenen Gremien der ÖTV soll verstärkt der Organstatus für Betriebsgruppen und Vertrauensleute gefordert werden.

In einer Resolution drückten die Veranstaltungsteilnehmer aus verschiedenen DGB-Einzelgewerkschaften (ÖTV, HBV, GEW, DPG, IG Metall, IG Chemie, IG Druck und Papier und RFFU) ihre Empörung über das brutale Vorgehen gegen die Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek aus und forderten die unverzügliche Einstellung des eingeleiteten Ausschlußverfahrens, die Aufhebung des Funktionsverbots sowie die Einstellung des gegen sie angestrengten Gerichtsverfahrens.

Der kulturelle Teil der Veranstaltung wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Mitglieder verschiedener Betriebsgruppen stellten in zwei Sketchen, inszeniert von Hermann Treusch, den Konflikt der Betriebsgruppe der Deutschen Bibliothek mit der ÖTV-Bürokratie dar. Der Schauspieler Stefan Viering und der Musiker Lutz Köhler trugen in einer Uraufführung das eigens für die Veranstaltung geschaffene Lied „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht" unter großem Beifall vor. Ausserdem wurde das Programm durch politische Lieder der Langener Folkloregruppe „Folksmund" und des Sängers Werner Heinz bereichert.

Der Vorsitzende des ÖTV-Kreisvorstands Frankfurt, Karl-Heinz Jungmann, war der Einladung zur Veranstaltung und zur Teilnahme an der Diskussion nicht gefolgt.

Von dem von den Vertrauensleuten herausgegebenen Nachtrag zu der vergriffenen Dokumentation der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek (ebenfalls unter dem Titel „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht") wurden auf der Veranstaltung über 250 Exemplare verkauft.

i.A. Norbert Cobabus für die vom Ausschluß bedrohten Vertrauensleute

Lambsdorff bei der IG Chemie

Die IG Chemie hat sich weiter nach rechts profiliert — offensichtlich ist ihre Führung in Wettstreit mit der IG Bergbau getreten. Während überall die Diskussion um die Ablehnung der Kernenergie neu aufbrandet, in den Gewerkschaften die Befürworter von AKWs kleinlauter werden, lädt der Vorstand der IG Chemie des Staates zweithöchsten Atomminister, Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, auf eine Sitzung der Energiekommission des Gewerkschaftshauptvorstands ein. Und was passiert? Man gewinnt Übereinstimmung, daß *»aus dem mittelfristigen Energiekonzept die Kernkraftwerke (nicht) gestrichen«* werden können, so der IG Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild (FAZ, 7.5.).

Dieser Hauenschild braucht offenbar mal wieder Dampf von der Basis, nach der Vertrauensleutefrage nun in der AKW-Frage.

„Privatkrieg" gegen die IG Chemie?

Nachdem der Konflikt zwischen „Führung und Basis" der IG Chemie vorübergehend beigelegt wurde, rechnet die „Gewerkschaftspost" („GP") der IG Chemie mit den Berichterstattern ab, die diesen Konflikt öffentlich machten und durch diese Öffentlichkeit dazu beitrugen, daß die innergewerkschaftliche Opposition einen Teilerfolg erzielte.

Der Beiratsbeschluß vom 5. April gibt den „GP"-Redakteuren die Legitimation dazu: *„Der Beirat verurteilt die gegen den Hauptvorstand und Karl Hauenschild angefachte Kampagne, ... In diesem Zusammenhang mißbilligt der Beirat insbesondere Form und Inhalt der Berichterstattung durch Redakteure der Frankfurter Rundschau"*. In zwei Kommentaren überzieht Menzel, Chefredakteur der „GP" und Pressesprecher der IG Chemie, die Berichterstatter mit Beschimpfungen. *„Bewußt wurden Mißtrauen gesät und Meinungen manipuliert... Kein Vergleich war dumm genug, um Schreckensbilder an die Wand zu malen... Bedauerlich, daß eine so wichtige Zeitung wie die Frankfurter Rundschau zweien ihrer Redakteure Narrenfreiheit ließ, auf daß diese in einen Privatkrieg gegen unsere Gewerkschaft zogen."* Besonders ärgerte es Menzel, daß auch der „Vorwärts" über die Auseinandersetzungen berichtete, u.a. über die Demonstration von Kollegen anläßlich der Beiratssitzung in Essen. Originalton Menzel: *„So rieben sich gestandene Gewerkschafter und Sozialdemokraten die Augen, als ausgerechnet der Vorwärts den Beirat zum bloßen Funktionsorgan degradierte und seine volle Sympathie einer Handvoll Demonstranten schenkte, die vor der Beiratssitzung mit abenteuerlichen Parolen ihre totale Falschinformiertheit in Sprechchören dokumentierten, wobei die Lautstärksten aus der IG Chemie Ausgeschlossene waren."*

In einem gesonderten Kommentar fällt Menzel über die Berichterstattung in der ZDF-Sendung „Kennzeichen D" her: *„Da wurde für den Privatkrieg der Frankfurter Rundschau gegen den IG Chemie-Hauptvorstand ein Alibi-Beitrag gefertigt, nahezu ein Werbefilm. ... Trotz vorliegender Materialien ... bekam ein freier Mitarbeiter, den man pikanterweise als ‚Spezialisten für Gewerkschaftsfragen' bezeichnete, Gelegenheit, die Tatsachen für seine vorgefaßten Ansichten in manipulativer Weise zurechtzubiegen. da entstand ein Grusical über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der IG Chemie mit Schurken, Helden und sogar einem Märtyrer* (gemeint ist Kollege Patschkowski, d. Red) ... *Der Gewerkschaftsspezialist ließ falsch informierte und dadurch aufgewiegelte Männer Dinge in die Kamera sprechen, von denen er genau wissen müßte, daß sie nicht stimmten, aber geeignet waren, Stimmung gegen unsere Gewerkschaft zu machen"*.

Der Vorwurf der einseitigen Berichterstattung fällt natürlich voll auf die „Gewerkschaftspost" zurück, denn sie ist es, die keinerlei Gegendarstellungen zum Vorgehen des Hauptvorstandes abdruckte, die sogar einem Hauptvorstandsmitglied den Abdruck eines Leserbriefes verweigerte, der sich kritisch mit der geplanten Satzungsänderung und der Berichterstattung in der „GP" auseinandersetzte. Diese Ausfälle Menzels dienen dazu, kritische Journalisten weiter einzuschüchtern, um die Selbstzensur und Zensur in den Redaktionen auch auf den gewerkschaftlichen Sektor auszudehnen. In diese Richtung zielt auch, wenn Menzel schreibt: *„Die Verantwortlichen im ZDF werden sich inzwischen selbst ihre Meinung über diesen tendenziösen Streifen gebildet haben. Und über Michael Busse, Autor dieses Anti-Gewerkschafts-Grusicals..."*.

Innergewerkschaftliche Diskussion wird unterdrückt

Aber die „Gewerkschaftspost" holzt nicht nur gegen eine öffentliche Berichterstattung, sondern druckt generell auch keine Leserbriefe zum Thema Satzungsänderung ab. In einer redaktionellen Stellungnahme heißt es dazu: *„Wir halten es nicht für sinnvoll, wenn die Diskussion einer inzwischen durch klaren Mehrheitsentscheidungen geregelten Frage durch den Abdruck von Leserbriefen bei einem Diskussionsstand wiederaufgenommen (?) wird, der längst überwunden ist."* Nachdem die „Gewerkschaftspost"-Redaktion alles getan hat, damit die Satzungsänderung nicht vor Beschlußfassung diskutiert wird, ist es nur konsequent, wenn sie auch hinterher jede Meinungsäußerung unterdrückt. Sie handelt damit auch in Übereinstimmung mit dem Beiratsbeschluß vom 5. April, der alle Funktionäre auf die Vorstandsmeinung verpflichtet und gegensätzliche Auffassungen verbietet: *„...Der Beirat fordert nachdrücklich alle Funktionäre dazu auf, Mehrheitsentscheidungen zu respektieren und alle Versuche einzustellen, dagegen eine fragwürdige Öffentlichkeit zu mobilisieren. Es ist die selbstverständliche Pflicht aller Funktionäre, die vom Beirat getroffene Entscheidung im Sinne dieser Entschließung innerhalb und außerhalb unserer Gewerkschaft zu vertreten."*

In einem Leserbrief an die „Welt der Arbeit" (DGB-Organ), stellt Plumeyer (Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie und Verfasser eines Leserbriefes, der in der „Gewerkschaftspost" nicht abgedruckt wurde) einen vorangegangenen „WdA"-Artikel richtig. Plumeyer wendet sich zunächst gegen den Stil, mit dem der „WdA"-Artikel abgefaßt wurde, der *„jeden menschlichen Anstand gegenüber einer Organisation vermissen läßt"*. Plumeyer wendet sich gegen die schlechten Recherchen des „WdA"-Journalisten, der nicht nur die 130.000 Mitglieder, die einen außerordentlichen Gewerkschaftstag forderten, als „Miniopposition kennzeichnete, sondern auch, daß insbesondere *„Zeitungsartikel von Linksaußen irgendwelche Bedeutung gehabt hätten. Diesen Tratsch hat erst die ‚Welt der Arbeit' an die Sache herangebracht."* Plumeyer betont zum Schluß die Legitimität der innergewerkschaftlichen Diskussion über die „betrieblichen Vertrauensleute" und welche Wirkungen diese für die demokratische Struktur einer Organisation hätten. Er fordert die „WdA" auf, eine korrekte Berichterstattung zu bringen und bietet das gesamte Material seiner Abteilung (Vertrauensleute) und der Rechtsabteilung an.

Ein zweiter Leserbrief in der „WdA" vom 3.5.79 vom ehrenamtlichen Mitglied des Hauptvorstandes und Betriebsratsvorsitzenden des Werkes Kassel der Enka AG, Helmut Haase, begrüßt den vorangegangenen „WdA"-Artikel. Haase wirft den Kritikern Demokratie-Unverständnis vor, weil sie sich angeblich nicht an Mehrheitsbeschlüsse gehalten haben. Originalton Haase: *„Ein Funktionär, der Mehrheitsbeschlüsse mißachtet, handelt gewerkschaftsschädigend und müßte eigentlich aus unserer Organisation ausgeschlossen werden."* Durch die breite Solidarität mit Patschkowski hat die IG Chemie-Führung nicht nur die Kündigung zurückgezogen, sondern im Moment wohl auch auf Ausschlüsse verzichtet, unter anderen Bedingungen ist sie sonst nicht so zimperlich.

Bei der IG Chemie alles dasselbe wie bei der IGM?

Während der Auseinandersetzung wurde seitens der IG Chemie-Führung mehrmals behauptet, die geplante Satzungsänderung sei nichts besonderes, in anderen Gewerkschaften sei das genauso, insbesondere wurde immer wieder die IG Metall genannt (z.B. Hauenschild in der „Frankfurter Rundschau" vom 8.3.79). In einem Artikel vom 19. April in der „Metall" nimmt Lutz Dieckerhoff, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IGM (zuständig für Vertrauensleute) dazu Stellung. Er betont, daß die IGM eine Mitgliederorganisation sei, wo ausschließlich die Mitglieder das Recht haben, Delegierte für Vertreterversammlungen zu wählen. Dies ist schon ein wesentlicher Unterschied zur IG Chemie, wo bekanntlich die Vertrauensleute die Delegierten wählen. Die Vertrauensleute werden ebenfalls von den Mitgliedern gewählt, sie können aber auch berufen werden (dort, wo eine Wahl aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist). Dieser Passus der IGM ist also ähnlich wie in der IG Chemie, aber die Vertrauensleute in der IGM haben andere Aufgaben als in der IG Chemie. Die Vertrauensleute sind wesentlich für die Betriebsarbeit zuständig, nicht für die Vertretung der Mitglieder nach oben. Natürlich kommt es hier auch in der IGM zu massiven Auseinandersetzungen zwischen Vertrauensleuten und Vorstandsbürokratie, wie die Auseinandersetzungen in der Stahltarifrunde beweisen.

Allerdings betont Dieckerhoff, *„daß es uns immer um gewerkschaftliche Vertrauensleute und nicht um die sogenannten betrieblichen Vertrauensleute geht. Die Wahl betrieblicher Vertrauensleute, bei denen Wähler und Gewählte auch andersorganisierte Personen sein können und sind, lehnen wir grundsätzlich ab."*

Der Gewerkschaftstag 1980 der IG Chemie könnte Gelegenheit bieten, zu einer ähnlichen Regelung zu kommen. Darauf muß die Linke in der IG Chemie hinarbeiten.

Chemiekommission

Gericht lehnte Wahlanfechtung eines Betriebsratskandidaten ab

Am 2. April lehnte das Landesarbeitsgericht Westberlin in zweiter Instanz die Klage eines Einzelbewerbers für die Betriebsratswahl beim Siemens-Wernerwerk ab. Er hatte die letzte Betriebsratswahl angefochten, da er bei der Sammlung der Unterschriften, die für eine Kandidatur notwendig sind, behindert worden war.

Die freigestellten Betriebsräte, die wieder als Spitzenkandidaten auf der IGM-Liste kandidierten, hatten sich selbst zum Wahlvorstand bestellt. Gleichzeitig hatten sie die Leitung des Vertrauenskörpers bei Siemens inne. Einem freigestellten Betriebsrat kam dadurch die Liste der Kollegen in die Hände, die die Kandidatur des Einzelbewerbers unterstützt hatten. Mit dieser Liste und einer weiteren, auf der die Kollegen ihre Unterschrift unter Androhung des Gewerkschaftsausschlusses widerrufen sollten, ging er durch die Abteilungen. Als daraufhin beim Wahlvorstand Einspruch erhoben wurde gegen solch üble Methoden, mußte dieser zwar seinen „Rechtsirrtum" eingestehen und die Unterschriften anerkennen; es blieb aber offenbar nicht aus, daß bei den Kollegen der Eindruck entstand, mit diesem Einzelbewerber stimme irgendetwas nicht. Ausländischen Kollegen hatte man massiv mit Entlassungen gedroht, wenn sie dessen Kandidatur unterstützten, worauf er ihre Namen auf der Unterschriftenliste schwärzen mußte. Trotz Drohungen und Hetze („Maoist") durch den Wahlvorstand, hätte es für die notwendigen 100 Unterschriften gereicht, wäre nicht noch eine sogenannte Doppelunterzeichnung aufgetaucht. Der beschuldigte Kollege versicherte eidesstattlich, nur auf der Liste des Einzelbewerbers unterschrieben zu haben, während er auf der offiziellen IGM-Liste lediglich mit Druckbuchstaben stand; die Unterschrift wurde trotzdem nicht anerkannt.

Beim Arbeitsgericht spielte sich folgendes ab: Vom Prozeßbevollmächtigten des IGM-Betriebsrates war eingangs auf die hohen Kosten, die durch eine Wahlanfechtung auf Siemens zukommen würden, hingewiesen worden, die letztendlich sogar Arbeitsplätze gefährden könnten. Beisitzer war ein Vertreter der IGM, der gleichzeitig BR-Vorsitzender bei Bosch-Siemens-Hausgeräte-GmbH ist. Ein diesbezüglicher Befangenheitsantrag wurde abgewiesen. Die Klage wurde dann ohne weitere Beweisführung mit folgender Begründung abgelehnt:

- Die Bedrohung der Ausländer sei eine „substanzlose Behauptung".
- Daß der freigestellte BR seine Liste, mit der er durch die Abteilungen zog, vom Wahlvorstand hatte, sei „durch nichts bewiesen".
- Die Androhung eines Gewerkschaftsausschlusses sei „keine Bedrohung", weil es ein satzungsgemäßes Verfahren mit Anhörung gäbe, und der Ausschluß aus der Gewerkschaft im übrigen keine Rechtsnachteile mit sich brächte! Der Kläger war sechs Tage nach der Wahl allerdings o h n e Anhörung und o h n e Verfahren ausgeschlossen worden, was bei dem Gerichtsverfahren natürlich nicht berücksichtigt wurde.
- Auch einem Mitglied des Wahlvorstandes, das kandidiere, müsse man die Führung eines Wahlkampfes erlauben.

Der Antragsgegner bei diesem Prozeß, nämlich der freigestellte BR, der gleichzeitig Wahlvorstand, IGM-Kandidat und VK-Leiter war, ist im übrigen ansonsten ehrenamtlicher Richter bei diesem Landesarbeitsgericht!

Metallkommission KB/Gruppe Hamburg

Erfolge oppositioneller Kandidat(inn)en bei den Personalratswahlen

Allgemeines Krankenhaus Altona/Hamburg

Nach unheimlichen Mauscheleien der ÖTV-Vertreter (s. AK151, S.19) hatten sich schließlich doch zwei fortschrittliche Krankenschwestern entschlossen, über die ÖTV auf der einheitlichen Liste zu kandidieren – und erreichten damit einen überraschenden Erfolg. **Die eine Kandidatin bekam mit 258 die meisten Stimmen überhaupt, während die zweite Frau mit 205 Stimmen immerhin noch das viertbeste Ergebnis (von neun Plätzen) erzielte.** Die bisherige (freigestellte) Personalratsvorsitzende bekam mit 209 Stimmen (drittbestes Ergebnis) etliche Stimmen weniger als bei den letzten Wahlen vor drei Jahren. Ein weiterer bekannter ÖTV-Vertreter rutschte mit 150 Stimmen gerade noch in den PR. Er war maßgeblich bei den ganzen Mauscheleien um die Kandidaten-Aufstellung beteiligt gewesen, weshalb die Kollegengruppe im AKA auch empfohlen hatte, ihn nicht zu wählen (s. „Altonaer Eingriff" Nr. 7, April/Mai 79).

Das Wahlergebnis drückt also eine in Teilen der Kollegenschaft vorhandene starke Ablehnung des bisherigen PR-Kurses aus und andererseits eine Stärkung der Position der Kollegengruppe im Haus. Zur Bewertung des Wahlerfolges der beiden fortschrittlichen Kolleginnen gehört noch, daß sie und die Kollegengruppe Altona insgesamt während des Wahlkampfes maßgeblich von den ÖTV-Vertretern als Linksradikale, die die „freiheitlich demokratische Grundordnung" zerstören wollen usw., diffamiert worden sind. Und schließlich ist dieses gute Ergebnis erreicht worden, obwohl der Wahlkampf der Kollegengruppe noch nicht einmal „auf Hochtouren" gelaufen ist.

Kreiskrankenhaus Elmshorn/Schleswig-Holstein

Außer der neunköpfigen ÖTV-Liste hatte sich nur ein Gegenkandidat, ein Arzt, zur Wahl aufstellen lassen. Da die ÖTV-Kandidaten trotz des Auftrags der ÖTV-Mitgliederversammlung kein Programm zu den Wahlen aufstellen wollten, fand praktisch kein Wahlkampf statt. Da neun Mitglieder für den neuen Personalrat zu wählen waren, war klar, daß alle bis auf einen Kandidaten durchkommen würden. Heraus fiel ein Kandidat der ÖTV-Liste, während der Arzt-Gegenkandidat sogar einen ganz guten Platz verbuchen konnte. Vielleicht ist ihm zugute gekommen, daß er durch seine Stellung als Arzt eine gewisse Autorität genießt (leider), oder daß er als einziger Nicht-ÖTVler antrat.

Erstaunlich war, daß zwei Kandidaten/innen, die einem fortschrittlichen Kreis von Kollegen/innen zugerechnet werden und in der Vergangenheit mehrfach aktiv für die Interessen der Kollegen eingetreten waren, beide beim „ersten Anlauf" gewählt wurden, der eine sogar mit den drittmeisten Stimmen. Dies ist deshalb als gutes Ergebnis zu werten, weil eine Diffamierungskampagne des alten Personalrats gegen diese und andere Kollegen vorangegangen war und sie auch zunehmenden Druck von Seiten der Krankenhausleitung ausgesetzt waren.

Die Wahlbeteiligung lag mit etwa 60% im Bereich des üblichen.

Gesundheits-Kommission

Maulkorb für Diskussion um Wirtschaftlichkeit im Krankenhaus

Vom 20. bis 23. Mai findet in Westberlin eine Tagung des Bereichs Gesundheitswesen der ÖTV statt. Thema: *»Entscheidungsprozesse im Krankenhaus unter Beteiligung der Arbeitnehmer«* (s. ÖTV-Magazin, Nr. 5, Mai 79).

Dazu hat ÖTV-Chef Kluncker auf einem Treffen mit Personalräten am 3.5. in Hamburg erklärt, daß auf dieser Tagung in Westberlin die Frage der Wirtschaftlichkeit im Krankenhaus (kaufmännische Buchführung, Krankenhausbetriebseinheit usw.) »neu diskutiert« werden solle. Was immer das auch heißen mag, denn die ÖTV-Führung hat den unsozialen Plänen, die vorsehen, die Krankenhäuser künftig nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen (mit genauer Abrechnung über jeden Tupfer auf der Station), im Kern schon längst zugestimmt. Auf dem letzten ÖTV-Gewerkschaftstag wurde der berüchtigte Antrag 601 beschlossen, der besagt: *»In Hinblick auf die erheblichen aus Steuermitteln aufzubringenden Investitionskosten für die Krankenhäuser, aber auch auf die Notwendigkeit sozial tragbarer Pflegesätze ist es erforderlich, daß von den Ländern Krankenhausbetriebsverordnungen verfaßt oder gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die den Krankenhäusern durch eine entsprechende Rechtsform die Möglichkeit geben, wirtschaftlich zu arbeiten. Selbständiges wirtschaftliches Handeln der Krankenhäuser setzt voraus, daß neben der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung und Betriebsabrechnung einschließlich einer Kostenstellenrechnung die Krankenhäuser der öffentlichen Hand vom Regiebetrieb zum Eigenbetrieb umgewandelt werden.«* Damit lassen die ÖTV-Funktionäre den verantwortlichen Krankheitspolitikern bei ihren ‚Spar'- und Rationalisierungsproblemen im Krankenhaus freie Hand. — Natürlich wollen sie auch selbst dabei beteiligt werden, deshalb wird z.B. in Hamburg die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte beim wirtschaftlichen Handeln der Krankenhäuser gefordert (s. Arbeitspapier für den Abteilungsvorstand Gesundheitswesen vom 1.3.79)....

Was also auf der westberliner Tagung »neu diskutiert« werden soll, bleibt nach wie vor unklar. Aber eine große Sache soll es werden. Jedenfalls hat Kluncker für den 11.-16.6. eine bundesweite Aktionswoche mit Stellwänden, Innenstadt-Information etc. angekündigt, um die Ergebnisse der Diskussion in die Öffentlichkeit zu bringen. Nicht so dagegen in der ÖTV: Der Abteilungsvorstand Gesundheitswesen der Hamburger ÖTV hat bis zur westberliner Tagung v e r b o t e n, über die Frage der Einführung der Wirtschaftlichkeit in den Krankenhäusern zu diskutieren!

Gesundheitskommission

„Werftenkrise": Milliarden-Aufträge bei Blohm & Voss

Die Blohm + Voss-Kapitalisten sind da, wo sie hinwollten: sie haben den bisher größten Auftragsbestand in der hundertjährigen Firmengeschichte. Bei einem Auftragsvolumen von ca. 2,7 Milliarden Mark ist die Werft für die nächsten zwei Jahre bereits zu 85 Prozent ausgelastet.

Der dickste Brocken dabei sind fünf Fregatten — zwei für die Bundesmarine, eine für Nigeria und zwei für die argentinische Militärdiktatur.

Schon lange ist der Handelsschiffsneubau nur ein kleiner Zweig in der B + V-Produktion, er machte im letzten Jahr nur noch etwa acht Prozent aus. Einen immer größeren Raum nimmt dafür die Fertigung von Panzerwannen und Panzertürmen ein. Zwei neue Hallen wurden hierfür errichtet, die mit den modernsten NC-gesteuerten Bearbeitungsmaschinen ausgestattet sind.

Trotz Auftragsmangel im letzten Jahr, der für mehr als 2.000 Arbeiter viele Monate lang schärfste Kurzarbeit mit großen Lohneinbußen brachte, hat B + V einen Jahresüberschuß von 10,4 Mio. DM erzielt, rund 150 Prozent mehr als 1977. Davon werden 6,8 Mio. DM an die Aktionäre als Tilgung von Genußscheinen und Dividenden ausgezahlt. Den Löwenanteil streicht Hauptaktionär Thyssen ein, der ca. 65 Prozent der Aktien besitzt.

Metallkommission

Solidarität für die „Times"-Drucker

Seit nunmehr fünf Monaten kann die große englische Tageszeitung „Times" nicht erscheinen, weil sich die Verlagsleitung nicht auf die berechtigten Forderungen der Drucker und Setzer einlassen will. Der Hintergrund der langen Auseinandersetzungen ist, daß innerhalb der nächsten Jahre mehrere hundert Drucker und Setzer ihren Arbeitsplatz durch Rationalisierungen verlieren sollen.

Um Druck auf die betroffenen Kollegen auszuüben, hatte die Verlagsleitung die Zeitung eingestellt und alle Drucker und Setzer entlassen. Da aber selbst solche Kampfmaßnahmen bei den sehr klassenbewußten englischen Druckern und Setzern kaum Wirkungen zeigen, hatte die Verlagsleitung beschlossen, eine Ausgabe herauszubringen, deren Satz und Druck sie ins Ausland verlegen wollte.

Internationale Solidarität

Um nun die Auslandsausgabe herzustellen, hatte sich die Verlagsleitung zwei Druckereien im Frankfurter Raum ausgesucht. *„Als Setzerei war die Firma O. Gutfreund & Sohn in Darmstadt, als Druckerei die Firma Ter gefunden worden"* („Neue", 3.5.). Nach Bekanntwerden dieser Pläne hatte der Hauptvorstand der DruPa *„seine Mitglieder dazu aufgerufen, die Arbeit an der Auslandsausgabe ... zu verweigern"* („Tageszeitung", 27.4.). Der Hauptvorstand der DruPa war damit einer Bitte der britischen Druckergewerkschaft nachgekommen. Allerdings gelang es nicht mehr, den Satz der Zeitung zu verhindern, da man zu spät erfahren hatte, wo dieser erstellt werden sollte. Rechtzeitig bekannt war aber, wo die Augabe gedruckt werden sollte, so daß die DruPa auch diese Drucker und Setzer auffordern konnte, die Arbeit zu verweigern. Allerdings gestaltete sich dieser Aufruf als sehr problematisch, da nur knapp die Hälfte der Belegschaft in der Gewerkschaft organisiert ist. Außerdem sind in dieser Druckerei viele Türken beschäftigt, weil hier auch *„unter anderem die rechtsradikale türkische Zeitung ‚Tercüman'"* („TAZ", 27.4.) erstellt wird. Da die türkischen Kollegen dieser Zeitung zumindest nahestehen, war zu vermuten, daß sie vielleicht dem Aufruf der DruPa nicht folgen würden. Deshalb versammelten sich *„rund 100 Betriebsräte und Vertrauensleute ... vor der Druckerei zu einer Protestversammlung"*, an der *„auch Vertreter der englischen Druckereigewerkschaft teilnahmen"*, (nach „UZ", 2.5.). Es wurden Streikposten aufgestellt und weitere Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, um an einer Blockade zur Verhinderung der Auslieferung teilzunehmen.

Die Polizei mischt mit

Mit ständigen Horrormeldungen in einigen großen westdeutschen Tageszeitungen wurde antigewerkschaftliche Stimmung gemacht. Angeblich wurden englische Reporter mit Messern bedroht, ein Feuer soll gelegt worden sein und ähnliches mehr. Die „FAZ" vom 2.5. wußte auch zu berichten, *„sie (die Streikposten usw.) sind bunt zusammengesetzt gewesen, von Mitgliedern der Gewerkschaft Druck und Papier bis zu Anhängern des Kommunistischen Bundes Westdeutschand (KBW)"*. Aber selbst die „FR" mußte in einem Kommentar zugeben, daß *„die Vorfälle aufgebauscht waren, um der Führerin der Konservativen Partei im britischen Wahlkampf Munition gegen die Gewerkschaften zu liefern"* („FR", 3.5.). Um die Auslieferung der „Times" sicherzustellen, hatte der hessische Innenminister zwei Hundertschaften Polizei aufgefahren, da es sich nach seiner Ansicht *„nicht um einen Arbeitskampf handele, sondern um eine rein politische Demonstration"* („FAZ", 2.5.). Daß es glücklicherweise nicht zu einem brutalen Polizeieinsatz gekommen ist, liegt nur daran, daß die Verlagsleitung der „Times" auf den Einsatz verzichtet hat.

Zu seinem Motiv, ohne Aufforderung Polizeikräfte aufzufahren, erklärte der Innenminister, *„er habe unter anderem auch verhindern wollen, daß in der internationalen Presse später vielleicht zu lesen gewesen wäre, in der Bundesrepublik Deutschland könne man keine Aufträge mehr vergeben, weil die Polizei dort nicht imstande sei, die Unternehmen zu schützen"* („FAZ", 2.5.).



Als Erfolg ist zu sehen, daß es den Mitglieder der DruPa gelungen ist, zu verhindern, daß die Zeitung in voller Auflage auf den Markt kam und die Verlagsleitung jetzt auf der Suche nach einer anderen Druckerei ist.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg



METALL-NACHRICHTEN
für die Metallindustrie im Nordverbund

Herausgegeben von der IG Metall, Bezirksleitung Hamburg — 10. April 1979

Tarifpolitischer Durchbruch im Nordverbund

Nach mehr als 5jährigen Verhandlungen hat die IG Metall erstmalig einen Manteltarifvertrag
- gemeinsam für Arbeiter und Angestellte
- für alle Tarifgebiete im Bezirk Hamburg

durchgesetzt.

Früher:
Vierzehn Manteltarifverträge

Seit 1973 verhandeln wir für die Tarifgebiete Schleswig-Holstein, Hamburg und Umgebung, Unterwesergebiet, nordwestliches Niedersachsen (Wilhelmshaven, Oldenburg, Cuxhaven, Werften Ostfriesland) mit dem Ziel, die sehr unterschiedlichen Bestimmungen aus sieben Manteltarifverträ-

Heute:
Ein gemeinsamer Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte

Während der letzten Tarifbewegung ist es uns gelungen, einen Teil dieses gemeinsamen Manteltarifvertrages für Arbeiter und Angestellte abzuschließen.

Wichtige [illegible]

Jubelflugblatt der IG Metall

„Tarifpolitischer Durchbruch"?

Nach mehr als 5 jährigen Verhandlungen einigten sich ziemlich überraschend die IG-Metall-Führer und die Arbeitgeberverbände auf einen neuen Manteltarif für den Nordverbund.

Das Auffälligste daran ist, daß er im Vergleich zur letzten Fassung vom 30.9.1970 zahlreiche Verschlechterungen enthält.

Von der glorreichen Einigung und davon, daß der neue Vertrag bereits seit dem 1. April in Kraft ist, erfuhren die meisten Kollegen durch die „Metall-Nachrichten" vom 10. April. Noch länger mußten alle, mit Ausnahme der Tarifkommissionsmitglieder und Verwaltungsstellen, auf den genauen Text warten; dieser ging erst Anfang Mai in die Betriebe.

Wie üblich bei Tarifabschlüssen sind die Reaktionen sehr unterschiedlich. Nach den Worten der Gewerkschaftsführer handelt es sich um einen „tarifpolitischen Durchbruch im Nordverbund". Dagegen stieß die Einigung insbesondere bei den Hamburger Funktionären auf Empörung und Ablehnung. Nach offiziellen Angaben soll es in der Hamburger Tarifkommission scharfe Auseinandersetzungen gegeben haben. Leider liegen hierüber keine genaueren Angaben vor. Bekannt ist nur, daß die meisten der 27 Nein-Stimmen (71 waren dafür) in der bezirklichen Tarifkommission aus Hamburg kamen.

Die wichtigsten Verschlechterungen

* **Voller Urlaub erst nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit.**

Mit Abstand das mieseste ist, daß man zukünftig erst nach 12 Monaten (statt bisher 6) den vollen Jahresurlaub erhält.

* **Möglichkeiten der Urlaubszerstükkelung wurden ausgedehnt.**

Bisher galt der Grundsatz, daß der Urlaub zusammenhängend zu gewähren ist, jetzt wurde die Teilung ausdrücklich für zulässig erklärt. Schon bei 15 Urlaubstagen ist eine Teilung möglich, wobei ein Teil dann mindestens 10 Tage umfassen soll. Aber selbst hiervon kann „aus betrieblichen Gründen" noch abgewichen werden.

* **Betriebsurlaub ist jetzt erzwingbar.**

Bei der Einführung von Betriebsurlaub wurden entscheidende Zugeständnisse gemacht. Bisher konnte der Betriebsrat dies ohne Angabe von Gründen ablehnen, jetzt dagegen nur noch, wenn nach Abwägung mit den betrieblichen Belangen „dringende Bedürfnisse" der betroffenen Arbeiter und Angestellten überwiegen."

Das wird zur Folge haben, daß die Kapitalisten verstärkt Zwangsurlaub durchsetzen werden, vor allem an weniger produktiven Tagen wie beispielsweise zwischen Weihnachten und Neujahr.

* **Verschlechtert wurden die Bestimmungen bei Arbeitsausfall und Arbeitsverhinderung.**

Dabei hatte das Schneechaos in diesem Winter ganz aktuell die Unzulänglichkeit der alten Regelung offenbart. Die Erwartung, daß aufgrund der negativen Erfahrungen entsprechende Konsequenzen erfolgen würden, erwies sich jedoch als Irrglaube.

Bei Arbeitsausfall, den der Unternehmer zu vertreten hat, mußten bisher mindestens vier Stundenverdienste gezahlt werden. Die Mindestzeit wurde jetzt ganz gestrichen. Der Anspruch auf Bezahlung entfällt sogar völlig, wenn mit dem Betriebsrat vereinbart wird, die Arbeitszeit nachzuarbeiten.

Abgeschafft wurde auch die bisher gültige Regelung, daß bei nachgewiesener Störung der öffentlichen Verkehrsmittel die Hälfte der Ausfallzeit bis zu höchstens zwei Stunden bezahlt werden muß.

Schlechter sind auch die Möglichkeiten des Arztbesuches während der Arbeitszeit geworden. Der Anspruch auf täglich bis zu vier Stunden wurde auf eine monatliche Höchstgrenze von 16 Stunden begrenzt.

Die Bezahlung bei laufenden Behandlungen bis zu 9 Stunden im Monat fällt weg.

Der absolute Hohn ist die „Errungenschaft" auf Freistellung von der Arbeit bis höchstens fünf Tagen im Jahr bei schwerer Erkrankung des Ehegatten oder bei Pflege des erkrankten Kindes. Es handelt sich nämlich um eine **unbezahlte Freistellung.**

Soweit die wichtigsten und bereits erkennbaren Verschlechterungen im neuen Manteltarifvertrag. Wozu noch zu sagen ist, daß das ganze Ausmaß des neuen Vertrages noch gar nicht zu übersehen ist. Aufgrund windiger und undurchsichtiger Formulierungen (zahlreiche Passagen sind dehn- und interpretierbar) sind noch etliche negative Überraschungen zu erwarten. Daraus machen auch die IGM-Führer keinen Hehl. *„Auslegungsgespräche werden hier nicht auszuschließen sein," („Metall-Nachrichten", 10. 4.79).*

Fortsetzung des Anpassungskurses in der Tarifpolitik

Die Voraussetzung dafür, daß plötzlich ein neuer Manteltarif vorliegt, hat ganz sicher der diesjährige Lohnabschluß geschaffen, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen war dadurch der materiell wichtigste Punkt – der Jahresurlaub – vom Tisch und brauchte nur noch übernommen zu werden. Zum anderen bringt die Akzeptierung von Verschlechterungen zum Ausdruck, wie weit die Gewerkschaftsführer den Bogen der totalen Anpassung bereits ziehen.

Um von den zahlreichen Verschlechterungen abzulenken, wird der neue Vertrag dummdreist zu einer bedeutenden tarifpolitischen Grundsatzentscheidung aufgebauscht.

Begründet wird dieser Unsinn damit, daß es gelungen sei, aus sieben Manteltarifen einen gemeinsamen zu schaffen. Und zusätzlich habe noch ein gemeinsamer Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte durchgesetzt werden können.

Der neue Manteltarif sei ein Schritt zur größeren *„tarifpolitischen Einheit," „um die Durchsetzungskraft zu stärken." („Metall-Nachrichten," 12.4.79).*

Dieser hochgestochene Unsinn wird vertreten, um von der schlichten Tatsache abzulenken, daß der neue Vertrag Verschlechterungen für alle festschreibt.

Hieran wird auch deutlich, wie unsinnig es ist, ganz abstrakt über das Für und Wider großer oder kleiner Tarifbezirke zu debattieren und dabei zu vergessen, wer derzeit die Tarifpolitik bestimmt.

Bänkervollversammlung 1979: Die Macht des Bankkapitals verteidigt

Alle fünf Jahre treffen sich die geldmächtigen Herren der bundesrepublikanischen Banken — in diesem Frühjahr in der vollklimatisierten Atmosphäre der Bonner Beethovenhalle. Alle waren sie da, 1300 an der Zahl, Friedrichs von der Dresdner Bank, Guth, Lieblingskind H.M.Schleyers, von der Deutschen Bank, usw. usf. Insgesamt, so jedenfalls die bürgerliche Presse, ein Bild der Harmonie, das auch nicht wesentlich durch Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesregierung und dem Bundesbankvorstand getrübt wurde. Es ist auch wohl nicht zu erwarten, daß hier in aller Öffentlichkeit große Dinge mit einiger Brisanz breitgetreten würden. Und so beschaffte man sich vorsorglich die Manuskripte der verschiedenen Redner, um noch zur rechten Zeit auf Änderungen dringen zu können.

Es war auch allen Beteiligten, noch bevor ein Wort gesprochen oder ein feierlich-würdiger Händedruck gewechselt war, der Punkt vertraut, der die offizielle Harmonie ein wenig stören sollte. Man war um etwas Kontrast bemüht, aber bitte, nicht zuviel.

Diskussionspunkt war die Tatsache, daß die bundesrepublikanischen Banken einmal über direkte Kapitalbeteiligung und durch Übertragung von Stimmrechten aus Aktienbesitz wesentlichen Einfluß auf Aktiengesellschaften besitzen. *„Das gilt vor allem für die Großbanken. So haben diese 1975 immerhin bei 15 der 100 größten Aktiengesellschaften allein aufgrund der Vollmachtstimmen mehr als 25 % der Stimmrechte vertreten. Bei 5 dieser Gesellschaften hatte die Deutsche Bank sogar allein - wiederum nur aus Vollmachtstimmen - mehr als 25 %"* („Blick durch die Wirtschaft", 29.3.). Dazu kommen dann noch die Anteile aus dem direkten Aktienbesitz der Großbanken. Ergebnis ist, daß *„bei 30 der 100 größten Aktiengesellschaften mehr als 50 % der Stimmrechte von Kreditinstituten vertreten"* wurden (s.o.).

Diese Daten wurden vom Bundeswirtschaftsminister vorgetragen. Um den wirtschaftlichen Einfluß der Großbanken auf die großen Unternehmen, nahezu alle der 100 größten Unternehmen der BRD sind Aktiengesellschaften, nochmals zu verdeutlichen, führte der Minister auch noch die Verteilung der Aufsichtsratsmandate an. *„Zwar stellten Ende 1974 nach Untersuchungen der Monopolkommission Bankenvertreter nur 15 % der Aufsichtsratsmandate der 100 größten Aktiengesellschaften. Von den Bankensitzen entfielen jedoch zwei Drittel auf die drei Großbanken"*, u.a. Dresdner und die Deutsche Bank (s.o.). Begründet wurde die Kritik mit der ‚Befürchtung', daß durch die Dominanz der Banken die entsprechenden Industrieunternehmen nicht mehr frei wären in der Wahl ihrer Bankenverbindungen, bei dem Aushandeln der Kreditbedingungen, und außerdem könnten die Großbanken ihre vielfältigen Informationen zu einer gezielten Politik ausnutzen.

Finanzkapital

Das Ausmaß der Einflußmöglichkeiten der Großbanken ist in der Tat sehr groß. *„Die Dresdner Bank ist mit mehr als 25 % an über 15 Unternehmen beteiligt"* (Kaufhof, Hapag-Lloyd) und die Deutsche Bank zum Beispiel an den Firmen Daimler-Benz, Karstadt, Philip Holzmann, Horten, Hapag-Lloyd etc. (Spiegel, 2.4.).

Begreiflich, daß sich die Herren Banker ihren wirtschaftspolitischen Einflußbereich nicht beschneiden lassen wollten. Von verschiedenen Seiten waren Vorschläge zur Begrenzung der Bankenbeteiligung gemacht worden; sie reichten von einer durch die Bankenstrukturkommission gesetzten Grenze „25 % plus eine Aktie" über den Lambsdorff-Kompromiß von 15 % bis zum Vorschlag der Monopolkommission von einer 5 %-Begrenzung. Die Antwort durch den Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Banken war eindeutig: *„Unter 25 % brauchen wir erst gar nicht anzufangen"*. Und es ist nicht nur der Vorbehalt gegenüber der Reduzierung des wirtschaftspolitischen Einflusses, sondern auch die Tatsache, daß durch eine Reduktion der Aktienanteile die Banken Aktienanteile verkaufen müßten, die sie schon sehr lange besitzen. Vielfach stammen diese Anteile aus der Zeit vor dem II. Weltkrieg und sind im Vergleich zu dem augenblicklichen Wert an der Börse unterbewertet. Ein notwendiger Verkauf dieser Aktienanteile würde für die Banken zu versteuernde Gewinne von über mehreren Milliarden DM bringen. Aber wesentlich ist die Aufrechterhaltung des ökonomischen Einflusses der Großbanken. Eine Änderung oder gar ein Gesetz würde von den Bankern als „ein Eingriff in die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes" gedeutet, und daher auch die Parole: „Wir gehen mit Sicherheit bis zum Verfassungsgericht" (Spiegel, 2.4.79).

Stahlindustrie nach dem Tarifabschluß: Kampf um jeden Arbeitsplatz

„Die Entscheidung des IGM-Vorstandes, die 35-Stunden-Forderung fallen zu lassen, bedeutet zugleich: grünes Licht für den Abbau weiterer 50.000 Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens". Diese Einschätzung formulierten die Vertrauensleute der Thyssen-Hütte Duisburg-Hamborn angesichts des Tarifergebnisses von Januar in einer Resolution.

Inzwischen sind die Stahlbosse ohne Zögern darangegangen, diese Einschätzung zu bestätigen. Bereits Ende Februar konnten sie vermelden, daß der streikbedingte Produktionsausfall mehr als aufgeholt ist. Trotz Streik lag die Rohstahlerzeugung um 2,5% über dem Ergebnis des Vorjahres (Angaben des statistischen Bundesamtes).

In vielen Stahlbetrieben bemühen sich Betriebsräte nach Kräften, wenigstens die durchgesetzten Freischichten und zusätzliche Urlaubstage in neue Arbeitsplätze umzumünzen. In erster Linie geht es darum, die ausfallenden Arbeitsstunden nicht durch zusätzliche Überstunden auszugleichen, sondern die Soll-Belegschaftsstärken zu verteidigen und gegebenenfalls neue (Springer-)Schichten einzurichten und damit arbeitslosen Kollegen einen Arbeitsplatz zu schaffen.

Doch dieser zähe „Kleinkrieg" bringt angesichts des katastrophalen Umfangs der Arbeitsplatzvernichtung bestenfalls den berühmten Tropfen auf den heißen Stein.

Bekanntlich sieht der neue Tarifvertrag für alle Schichtarbeiter - rund 60 Prozent der Stahlbeschäftigten - vier zusätzliche Freischichten und ab 1981 weitere zwei Freischichten vor; alle Beschäftigten mit über 50 Lebensjahren erhalten weitere zwei Freischichten; außerdem erhalten alle Kollegen in diesem Jahr zwei Tage Urlaub mehr.

Gerade die Verknüpfung der Arbeitszeitverkürzung mit der Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze hatte eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung der Stahlarbeiter während des sechswöchigen Arbeitskampfes gespielt. Nunmehr, nachdem die Stahlkapitalisten das Streikziel, den Einstieg in die 35-Stunden-Woche, abgewehrt haben, versuchen sie auch noch den durchgesetzten faulen Kompromiß jede arbeitsplatzerhaltende Wirkung zu nehmen.

Wie jetzt bekannt wurde, verschickte der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl bereits Anfang Februar ein Rundschreiben an alle Mitgliedsfirmen, in dem eine höchst eigenwillige Interpretation des Tarifvertrags vorgenommen wird. Kernpunkt des Rundschreibens: die neuen Freischichten könnten statt in Freizeit auch in Geld abgegolten werden. Die Überlegung der Kapitalisten ist simpel: dort, wo keine Freizeit genommen wird, braucht auch kein Ersatzmann eingesetzt werden. Sollte dieses Konzept verwirklicht werden, bräuchte nicht ein neuer Arbeiter beschäftigt werden.

Die Kapitalisten nutzen dabei die Tatsache aus, daß die IG Metall-Führer in ihrer Eile, den Streik zu beenden, es versäumt haben, Durchführungsbestimmungen zu vereinbaren, aus denen hervorgehen würde, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen die erreichten Freischichten zu gewähren sind, so bleibt es jetzt den Betriebsräten überlassen, in den einzelnen Betrieben derartige Regelungen in Form von Betriebsvereinbarungen zu treffen.

Eine zweite Variante des Arbeitgeberverbandes zur Vermeidung jeglicher Neueinstellung zielt darauf, die Freischichten auf solche Tage zu legen, an denen aufgrund einer Rechtsverordnung ohnehin nicht mit voller Kraft produziert werden darf. Infrage kommen dafür der 1. Januar und der 1. Mai, Ostern, Pfingsten und Weihnachten. An diesen Tagen, so rechnen die Kapitalisten, kommen sie sowieso mit weniger Leuten aus.

Dieses Konzept paßt den Stahlindustriellen genau in ihre Pläne zur „Senkung der Kosten" auf dem Rükken der Stahlarbeiter. Die inzwischen vorliegende Konzernplanung des größten westdeutschen Stahlproduzenten, Thyssen, steht unter dem Motto „Straffung des Konzerns" und soll 6000 Arbeitsplätze kosten. In einer zweiten Phase „Rationalisierung von Einzelbereichen" sollen weitere 1000 Arbeitsplätze fallen. Die anderen Konzerne der Branche haben ähnliche Pläne in der Schublade bzw. sind schon voll dabei, sie in die Tat umzusetzen.

Die IG Metall-Führung, die nach dem faulen Tarifkompromiß viel Kredit wiedergutzumachen hat, ließ scharfen Protest gegen die Absichten der Stahlkapitalisten verlauten. Vorstandssprecher Jörg Barczynski bezeichnete das Arbeitgeber-Rundschreiben als „Aufforderung zur Tarifwidrigkeit".

Der Kampf wird in den Betrieben weitergeführt

Indes — an vorderster Front stehen jetzt die Betriebsräte. Die Hauptforderung, die es jetzt durchzusetzen gilt, zielt auf die volle Einbeziehung der neuen Freischichten in die jeweils für ein ganzes Jahr aufgestellten Schichtpläne. Nur wenn diese Forderung in Betriebsvereinbarungen durchgesetzt werden kann, werden die Kapitalisten zur Einrichtung neuer Planstellen gezwungen.

Bezeichnenderweise war es bis April, drei Monate nach Ende des Streiks, erst in den allerwenigsten Betrieben gelungen, zu irgendeiner Vereinbarung zu kommen. Einige Stahlkonzerne hatten nach dem Streik lauthals verkündet, daß sie nunmehr Neueinstellungen vornehmen müßten. Tatsächlich waren sie in einigen Produktionsbereichen mit der Unterbesetzung der Schichten zu weit gegangen, so daß die Produktionsziele gefährdet waren.

Bei der Thyssen AG in Duisburg-Hamborn konnte bisher eine Erhöhung der Reservequote für Urlauber und Kranke von 19 auf 21 Prozent (in den Konti-Betrieben) bzw. auf 20 Prozent erreicht werden. Jegliche Erhöhung der Reservequote haben bisher die Werksvorstände von Mannesmann-Huckingen und von Krupp abgelehnt.

Auch auf der Bremer Klöckner-Hütte versuchen die Kapitalisten, anstelle von Neueinstellungen Überstunden fahren zu lassen. Im Rahmen des „2. Kostensenkungsprogramms" waren die Reservequoten bereits vor dem Streik um 1,5 Prozent gedrückt worden. Die Leitung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers forderte dementsprechend in einem Flugblatt, daß diese Quote zunächst dem tatsächlichen Bedarf angepaßt wird, um auf dieser Grundlage zu einer Betriebsvereinbarung zu kommen, die die neuen zusätzlichen Freischichten regelt. Dies soll in den Schichtplänen separat aufgeführt werden, damit die Kollegen und der Betriebsrat kontrollieren können, wieweit diese Arbeitszeiten tatsächlich durch Neubesetzungen gedeckt werden. In einem Flugblatt des Betriebsrates wurden die Kollegen darüber informiert, daß der Betriebsrat die weitere Zustimmung zu Überstunden davon abhängig macht, daß über diese Fragen und einige andere betriebliche Probleme kurzfristig Verhandlungen zustande kommen. Eine gute Initiative starteten einige Kollegen im Warmwalzwerk, indem sie ausrechneten, wieviele zusätzliche Arbeitsplätze nötig sind, um die Ausfälle durch die Freischichten abzudekken. Bekräftigt wurde das ganze mit einer Unterschriftensammlung.

Ungeklärt ist in den meisten Betrieben auch nach wie vor die Frage der Bezahlung der Freischichten. Während bei Krupp-Rheinhausen die Zeit wie Urlaub bezahlt wird, also der Durchschnitt inklusive Schichtzulagen, zahlen Thyssen Hamborn, Mannesmann und die Hoesch-Werke Phönix und Westfalenhütte wie bei Frühschicht. Die Kollegen haben gegenüber der Durchschnitts-Bezahlung Verluste bis zu 300 DM. In dieser Frage dürfte noch einiger Sprengstoff liegen.

Neben dem Kampf gegen die geplanten Stillegungen und Belegschafts-„Ausdünnungen", die in zahlreichen Betrieben in vollem Gange sind, ist der Kampf um die Umsetzung wenigstens des dürftigen Tarifergebnisses momentan eine weitere wichtige Front im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung.

Auch hier ist Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz angesagt!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft


IGM-VERTRAUENSKÖRPER

DER KLÖCKNER-WERKE AG, HÜTTE BREMEN

Hier spricht die Vertrauenskörperleitung

Kolleginnen und Kollegen!

Im Januar ist der neue Tarifvertrag abgeschlossen worden, der unter anderem die Freischichten für die Nachtarbeiter und für die über 50jährigen Kollegen regelt.

Die Position der Kollegen, der Vertrauensleute und des Betriebsrates in dieser Frage ist klar:

Die freien Tage müßen in neue Arbeitsplätze umgelegt werden.

Rationalisierungspläne der Stahlkonzerne

Rationalisierungspläne der Stahlkonzerne

Mit der gleichen Härte, die sie auch während des Streiks an den Tag legten, treten die westdeutschen Stahl-Kapitalisten auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf. Als Anfang April im Montan-Ausschuß der EG-Kommission angesichts der eskalierenden Kämpfe der Stahlarbeiter vor allem in Frankreich über einen „Sozialplan" für die westeuropäische Stahlindustrie beraten wurde, waren die drei Vertreter der westdeutschen Stahlkapitalisten die einzigen, die gegen jede Form von Arbeitszeitverkürzung stimmten.

Nach dieser Beratung ließ die EG-Kommission veröffentlichen, daß sie mit 81.200 vernichteten Arbeitsplätzen bis Ende 1980 rechnet, vorausgesetzt, daß die Stahlproduktion der EG sich im gleichen Zeitraum um 11 Prozent erhöht — eine sehr optimistische Einschätzung.

Durchschnittlich 690 Arbeitsplätze monatlich sind es gegenwärtig, die an Rhein, Ruhr und Saar verschwinden — eine nüchterne Zahl, die nur ahnen läßt, was sich in den Betrieben tatsächlich abspielt.

Thyssen – Konzern

Die Konzernleitung plant eine „Anpassung" der Jahreskapazitäten von 19 Mio. auf 16 Mio. Jahrestonnen. Es ist noch nicht bekannt, wieviel Arbeitsplätze das insgesamt kosten soll. Im einzelnen wurde bisher bekannt:

Im **Hamborner Walzwerk** soll eine Schicht abgebaut werden. Noch nicht entschieden ist, ob die Hochöfen 6 und 3 in Hamborn (600 Arbeitsplätze) oder die Hochöfen von **Thyssen Niederrhein Oberhausen** stillgelegt werden sollen. Überhaupt zeichnet es sich mehr und mehr ab, daß Oberhausen besonders hart rangenommen werden soll: Die Tübinger „Rote Fahne" (7.4.) veröffentlichte ein Papier des Thyssen-Vorstands vom Dezember 1977, in dem verschiedene Modell-Rechnungen durchgespielt werden. In allen vier Variationen wird davon ausgegangen, daß die Oberhausener Hochofenkapazität wegfällt, das Gesamtergebnis im Duisburger Raum aber trotzdem gesteigert werden soll. Doch das ist nicht alles: das Kraftwerk, das hauptsächlich für die Hochöfen arbeitet, wird voraussichtlich stillgelegt; das Preßwerk soll nach Hattingen ausgelagert werden; in der Grobblechstrasse sollen Schichten abgebaut werden; bedingt durch die Einschränkungen ist der Handwerksbereich nicht ausgelastet. Es gibt Überlegungen, Zentralwerkstätten für mehrere Betriebe einzurichten sowie verstärkt Fremdfirmen einzusetzen. Allein in Oberhausen stehen somit 1.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Weiter geplant für die Betriebe des Duisburger Raums: Wegfall von 2504 Arbeitsplätzen durch „Straffung der Verwaltung und Dienstleistungen"; u.a. soll die Reinigung (238 Kollegen) von Fremdfirmen übernommen werden, stark betroffen werden hier auch die Angestellten sein.

Thyssen Ruhrort: Von den vier Konvertern sollen zwei aktiv bleiben, einer wird in Reserve gehalten, der vierte stillgelegt. 1000 Arbeitsplätze sind davon betroffen.

Krefeld: Für 250 Mio.Mark wird eine neue Stranggußanlage und eine Langschmiedemaschine angeschafft. Die Strassen 1 und 2 werden wegfallen und damit 1400 Arbeitsplätze. Gegen diese Pläne waren Ende März 3000 Kollegen der Thyssen Edelstahlwerke (TEW) während der Arbeitszeit gemeinsam zur Hauptverwaltung gezogen (siehe hierzu AK 151).

Edelstahl Witten: Den Meistern wurde mitgeteilt, daß die Schmiede bis 1981 geschlossen werden soll. Wie Arbeitsdirektor Michels andeutete, ist mit dem Abbau von insgesamt 1500 Arbeitsplätzen zu rechnen, u.a. durch die Stillegung des Hammerwerks, des Elektro - und des SM-werks. **Gußstahlwerk Düsseldorf - Oberkassel:** Noch in diesem Jahr sollen von den 800 Kollegen rund 300 entlassen werden. Ursprünglich sollte diese Entscheidung frühestens am 31. Juli fallen. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung wurde den Kollegen der fertige Sozialplan serviert. Die Produktion von schwerem Stahlguß soll in Hattingen und Gelsenkirchen konzentriert werden.

Krupp – Konzern

Die genaue Einzelplanung der Konzernleitung liegt noch nicht vor. Immerhin ist bereits so viel bekannt, daß die Belegschaft von 36.000 auf 30.000 reduziert werden soll. Bei einer Umsatzsteigerung von 6% auf 11,9 Mrd.Mark wurden allein im letzten Jahr bereits 1800 Arbeitsplätze vernichtet.

Bochum: Der ursprünglich geplante neue Elektro - Ofen wird nicht gebaut. Im Bereich der Gesenkschmiede sollen 250 Arbeitsplätze verschwinden. Die Schmiedewalzanlage in Höntrop wird bis Ende 1979 stillgelegt, was 100 Arbeitsplätze kostet. Auf der Abschußliste stehen auch 350 Arbeitsplätze in den Bochumer Reparatur - und Instandhaltungsbetrieben.

Von den zu streichenden 710 Angestellten - Stellen, die in den nächsten drei Jahren innerhalb des Konzerns vorgesehen sind, entfallen allein 310 auf Bochum. Dabei

Von den zu streichenden 710 Angestellten - Stellen, die in den nächsten drei Jahren innerhalb des Konzerns vorgesehen sind, entfallen allein 310 auf Bochum. Dabei geht der Werksvorstand besonders gerissen vor: den Angestellten werden Abfindungsverträge mit Kündigungsprämien bis zu 12000 Mark für den Fall angeboten, daß die Betroffenen bis zum 30.Juni 1979 „freiwillig" ihren Arbeitsplatz räumen. Es muß weiter mit der Schließung des SM-Stahlwerks gerechnet werden, da bisher nicht abzusehen ist, daß die gestellten Umweltschutzauflagen (Entstaubung) bis zum 31.12.79 erfüllt werden.

Essen: Eine besondere Dreistigkeit erlaubte sich der Krupp-Vorstand in Essen. Von besorgten Krupp-Betriebsräten angesprochen, hatte sich die Essener Stadtverwaltung mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt, in der auf drohende Stillegungen in örtlichen Krupp-Betrieben hingewiesen wurde. Das rief sofort den Krupp-Vorstand auf den Plan, der nun seinerseits gemeinsam mit der Stadtverwaltung eine Erklärung veröffentlichen ließ, *„daß die Fried.Krupp GmbH nicht die Absicht hat, ihre Essener Fertigungsbetriebe zu schließen beziehungsweise die Produktion in Werke außerhalb Essens zu verlegen."* Die Essener Stadtväter mußten sich bissige Kommentare in der Presse gefallen lassen, weil sie gemeinsam mit den Betriebsräten an die Öffentlichkeit gegangen waren. Doch keine vier Tage später gab Krupp bekannt: Das Essener Schmiedewerk „Christine" wird bis Ende des Jahres geschlossen und nach Bochum verlagert — 180 Arbeitsplätze werden vernichtet. Kapitalistenversprechen sind eben nicht mal das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind!

Bereits wenige Wochen vorher war durch eine Indiskretion der Geschäftsleitung bestätigt worden, daß in den beiden Essener Betrieben Krupp Industrie - und Stahlbau (KIS) und Krupp Metall- und Schmiedewerke (KMS) 1000 - 1200 Arbeitsplätze durch Stillegung vernichtet werden sollen, sowie 170 im Pressenbau. Als Ende 1977 die DKP mit Flugblättern auf die geplante Schließung von KIS aufmerksam gemacht hatte, erwirkte Krupp eine einstweilige Verfügung, mit der der DKP bei einer Strafandrohung die weitere Verbreitung dieser „Behauptung" verboten wurde.

Duisburg: Im Werk Rheinhausen werden die beiden Elektro-Öfen stillgelegt, außerdem die Draht - und eine Walzstraße. Für dieses Werk sind aber Investitionen von 50 Mio. Mark geplant.


Gegen die Schließung der Gesenkschmiede protestierten am 31. Januar Krupp-Arbeiter vor dem Bochumer Rathaus.

Stahlwerke Peine – Salzgitter

Vorläufig abgewendet worden ist die vom bundeseigenen Salzgitter - Konzern vorgesehene völlige Stillegung der früheren Ilseder Hütte mitsamt Sinteranlage und Kraftwerk. Der 1970 als „Juwel" („FAZ", 14.4.) in den Konzern übernommene Betrieb soll in den letzten Jahren angeblich Verluste erwirtschaftet haben. Von der bereits in den letzten Jahren reduzierten Belegschaft hätten nur 115 Kollegen im Hochofenwerk Salzgitter neue Arbeit gefunden, 443 Kollegen wären arbeitslos geworden — in einer Region, in der die Arbeitslosenquote bereits bei sieben Prozent liegt.

Im Februar legte der Vorstand seine „mittelfristige Gesamtkonzeption" vor,

Arbeitslosenquote bereits bei sieben Prozent liegt.
Im Februar legte der Vorstand seine „mittelfristige Gesamtkonzeption" vor,

nach der Roheisen nur noch in Salzgitter erzeugt werden sollte, das SM - Stahlwerk in Peine und die Ilseder Hochöfen sollten geschlossen werden. Vor der entscheidenden Sitzung des Aufsichtsrates demonstrierten 1000 Arbeiter und Ilseder Bürger vor dem Tor der Hütte.

Doch der Aufsichtsrat lehnte das Vorstandskonzept ab. Damit dürfte die Gefahr jedoch noch nicht endgültig gebannt sein. Daß die Schließung betriebswirtschaftlich möglicherweise sinnvoll wäre, wird, so die „Frankfurter Rundschau" v. 10.4., von Aufsichtsratsmitglied Erich Frister, Vorsitzender der Lehrergewerkschaft GEW, *„nicht bestritten"*. Offensichtlich ist er Fachmann.

Stahlbau Liesegang

„Im Kölner Arbeitervorort Kalk heißt das Industriegebiet schon volkstümlich „Bermuda - Dreieck". Ein Unternehmen nach dem anderen veschwindet" („Metall" 5/79). Nun hat auch Liesegang Konkurs angemeldet, so daß die restlichen 370 von ehemals 1200 Kollegen auf der Straße stehen. Trotz prallvoller Auftragsbücher waren die Banken nicht mehr bereit, weitere Kredite zu geben. Nach Angaben der IG Metall war wegen der „Mißwirtschaft" die Kapitaldecke zu dünn.

Besonders die Techniker und Konstrukteure werden es schwer haben, wieder Arbeit zu finden: der Altersdurchschnitt liegt bei fast 50 Jahren.

Nachdem die Kollegen von dem endgültigen „Aus" erfahren hatten, zogen sie in einem Protestmarsch durch Kalk. Protest hatte es auch auf der letzten Betriebsversammlung gegeben. *„Vereinzelt kommen Pfiffe auf. Einer schreit sogar „Aufhängen" und meint damit den Chef"* („WdA", 8.3.).

Saar - Drahtwerke, Völklingen - Luisenthal

Am Morgen des 16.März legten die Arbeiter der Drahtzieherei Luisenthal zu einem Warnstreik die Arbeit nieder. Erst die telefonische Ankündigung, die Belegschaft werde die Schranken des Bahnübergangs an der Hauptverkehrsstraße mitten im dichten Berufsverkehr blockieren, konnte den Spartenchef Weiterverarbeitung des Röchling Burbach- Konzerns (gehört zum Luxemburger Stahl-Giganten Arbed), Altmeyer, zum Kommen bewegen. Genaue Auskünfte blieb er den Kollegen aber schuldig.

Die Arbed will ihre „Randaktivitäten" zusammenfassen. Alle Draht-Geschäfte sollen künftig über die Trefil-Arbed, der Stahlbau über die Mecan - Arbed abgewickelt werden. Nächstes Rationalisierungsopfer sollen die Saar- Drahtwerke sein. 180 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Neuauflage der „Konzertierten Aktion"

Was sich bereits unmittelbar nach dem Verfassungsgerichtsurteil über Mitbestimmung ankündigte, ist jetzt eingetreten: die DGB-Führer planen eine Wiederbelebung der »Konzertierten Aktion« aus Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Gewerkschaften. Wegen der Unternehmerklage gegen die Mitbestimmung hatten die DGB-Führer Ende 1977 die »Konzertierte Aktion« platzen lassen. Jetzt hat DGB-Chef Vetter in einem Brief an Arbeitgeberpräsident Esser Gespräche angeboten. Diese Gespräche sollen noch vor dem Sommer stattfinden. Hauptthemen sollen die »technologische Entwicklung« und ihre Folgen, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung sein. Vetter machte dabei gleich deutlich: *»Wir sind nicht gegen Rationalisierung«*, es sollten nur *»die Belastungen für die Menschen in erträglichen Grenzen«* gehalten werden (FR, 9.5.).

Ziel des Treffens soll es laut Vetter sein, *»das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wieder in Ordnung zu bringen«* und *»die alte Ausgangsgrundlage der gegenseitigen Beziehungen zu erreichen«* (ebenda). Die Herren »Sozialpartner« haben offenbar wieder Sehnsucht nacheinander.

Neues von der Wanzenfront

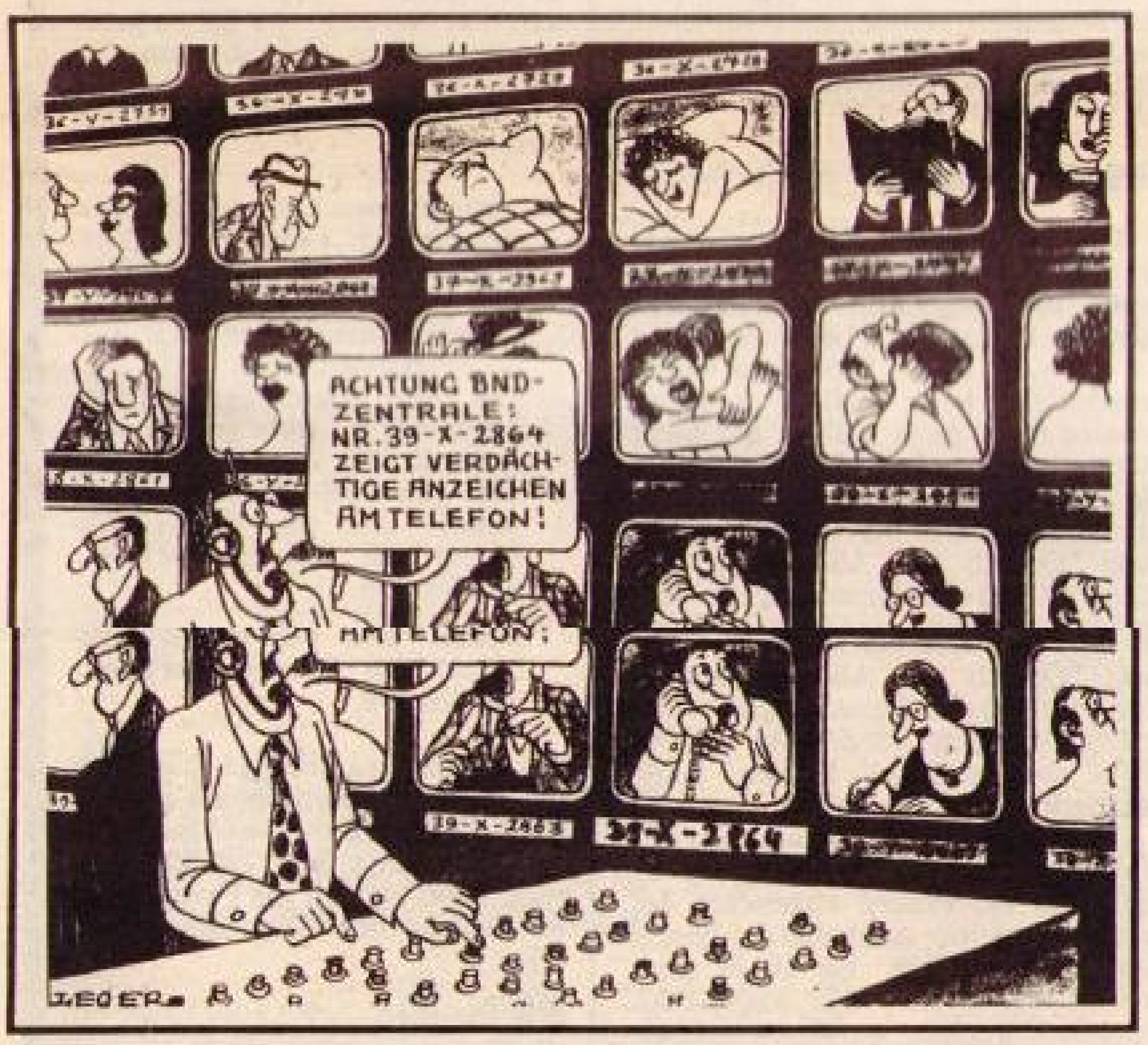
Vor einigen Monaten war durch einen Zufall bekannt geworden, daß in mehreren Hamburger Druck- und Verlagsanstalten Telefonabhöranlagen in den Telefonzentralen eingebaut sind. So gibt es die Befürchtung vieler Kollegen, daß nicht nur dienstliche, sondern auch private Telefongespräche abgehört worden sind. Auch hatte sich herausgestellt, daß diese Praxis bereits seit Jahren angewandt wird, auf Anraten der Polizei, laut Geschäftsleitung mehrerer Druckbetriebe.

Aus diesem Anlaß hatte der Ortsvereinsvorstand der DruPa Hamburg einen Brief an den Innensenator W. Staak geschrieben zwecks Beantwortung folgender Fragen:

1. *Gibt eine Stelle der Hamburger Polizei tatsächlich solche Empfehlungen?*
2. *Um welche Stelle handelt es sich dabei?*
3. *Auf welcher rechtlichen Grundlagen stützt sich diese Stelle bei ihren Empfehlungen?*
4. *Welchen Firmen gegenüber wurden solche Empfehlungen ausgesprochen und welche Firmen haben sich aufgrund dieser Empfehlungen solche Anlage angeschafft?*
5. *Sind diese Empfehlungen mit ihrem Wissen gegeben worden und billigen Sie diese Praxis?*

Und der Senator antwortete tatsächlich, aber wie wohl zu erwarten, machte er keine konkreten Aussagen, hieß es doch in seinem Brief: *„Zu der von Ihnen gestellten Frage, ob eine Stelle der Hamburger Polizei tatsächlich solche Empfehlungen gäbe, hat mir die Polizei berichtet, daß sie grundsätzlich solche Empfehlungen nicht erteile. Dies schließt allerdings nicht aus, daß im konkreten Einzelfall die erforderlichen Maßnahmen zur Strafverfolgung und Gefahrenabwehr eingeleitet werden".* Also grundsätzlich nicht, aber im konkreten Einzelfall, warum sollen nicht all die Fälle konkrete Einzelfälle gewesen sein können? Die Abhörerei von Telefongesprächen geht also weiter und ist nach Auffassung des SPD-Innensenators auch „rechtlich zulässig".

Betriebszelle Broschek



GEW

Vergabe von Planstellen nach „Wohlverhalten"

Die GEW Bayern hat gegen das Bayerische Kultusministerium schwere Vorwürfe erhoben. Die GEW: *„Das Kultusministerium verletzt laufend die geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Anstellungsprüfungen der Gymnasiallehrer. Es verstößt dabei gegen die eigenen laufbahnrechtlichen Regelungen und macht damit die Prüfungsordnung zur Farce."*

Zur Untermauerung ihres Vorwurfs hat die GEW anläßlich der Beendigung der pädagogischen Seminare zum 14. Februar 1979 folgende Vorfälle anläßlich der Ernennung der Lehramtsassessoren zu Beamten auf Probe aufgelistet:

1. Die sieben Prüfungsbesten der 21 Teilnehmer am Pädagogischen Seminar des Augustinus-Gymnasiums in Weiden haben anstelle der in Aussicht gestellten Ernennungsurkunden zum Beamten auf Probe in letzter Minute allesamt befristete Zeitverträge erhalten, weil sie aus Solidarität mit ihren Seminarkollegen an einer abschließenden 10-minütigen „Würdigung" ihrer Prüfungsleistungen durch einen Ministerialbeauftragten nicht teilnahmen. Sie protestierten damit gegen die scharfe Benotung, die auf die Anwesenheit dieses Ministerialbeauftragten bei den Prüfungen zurückzuführen war. Ihre Kollegen hatten dadurch so schlechte Noten bekommen, daß sie nur Zeitverträge erhielten. Der Ministerialbeamte Dr. E. Kitzinger wertete dieses Verhalten (nicht zur „Würdigung" zu erscheinen) als „Dienstvergehen", für das als mildeste Strafe die Nichternennung erfolgt sei. Dieses Verhalten des Ministeriums ist durch rechtliche Bestimmungen nicht gedeckt.
2. Ein Prüfungsteilnehmer (Fächerverbindung D/Ek/Sk) hatte in der Anstellungsprüfung die Gesamtnote 2,09 erreicht, wurde aber zum 14.2.79 nicht zum Beamten auf Probe ernannt. Der Betroffene hat ein Schreiben erhalten, wonach sich das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wegen einer Einzelnote im „dienstlichen Verhalten" gem. §59 der Prüfungsordnung (GAO), die bereits Bestandteil der Gesamtprüfungsnote ist, „nicht in der Lage sieht, ihn in den Staatsdienst zu übernehmen". Der Bewerber hat alle Voraussetzungen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis erfüllt, die entsprechend dem Beamtenrecht und den Laufbahnbestimmungen erforderlich sind.
3. Drei weitere Lehramtsassessoren wurden ebenfalls wegen einzelner Passagen in der Beurteilung der Seminarlehrer nicht ernannt und erhielten lediglich Zeitverträge. Sie können nachweisen, daß Prüfungsteilnehmer mit schlechteren Prüfungsergebnissen ernannt wurden. Eine schriftliche Begründung erhielten sie bis jetzt nicht. Auf mündliche Anfrage wurde einem der Betroffenen mitgeteilt, „ein einzelner Passus" in einem der drei Beurteilungstexte zur „Unterrichtsgestaltung, pädagogische Wirksamkeit und dienstliches Verhalten" (nach §59 GAO) könne der Grund sein. Von einer schriftlichen Anfrage nach einer rechtsmittelfähigen Begründung wurde seitens des Ministeriums abgeraten, *„weil diese ja auf dem Dienstweg erfolgen müßte und dann der zukünftige Schulleiter vielleicht etwas Negatives über Sie erfahren könnte".*
4. Ein Prüfungsteilnehmer der Pädagogischen Prüfung 1978/II (D/G/Sk) hatte unter 125 Teilnehmern die Platznummer 54 erhalten, die Gesamtnote war 2,41. Er erhielt einen Zeitvertrag. Zufällig traf er an seiner neuen Dienststelle einen Kollegen des gleichen Prüfungsjahrganges mit der Platznummer 73 und der Note 2,68, der jedoch zum BaP ernannt worden war. Eine Begründung für die negative Entscheidung in seinem Fall hat er bis heute nicht erhalten. In allen genannten Fällen haben die Betroffenen Zeitverträge, auf 1 1/2 Jahre befristet, erhalten. Nach dieser Zeit droht ihnen möglicherweise Arbeitslosigkeit.

Stellungnahme des GEW-Landesvorstandes:

„Die GEW wirft dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus vor, in eklatanter Weise Bestimmungen des Grundgesetzes, der Bayerischen Verfassung, des Bayerischen Beamtengesetzes, der Laufbahnbestimmungen und des Wettbewerbsprinzips für Einstellungsprüfungen verletzt oder zumindest falsch angewandt zu haben...

Das seit 1973 bekannte Verhalten des Ministeriums, bei der Einstellung und der Planstellenvergabe in „Ausnahmefällen" das sonst so hochgehaltene Wettbewerbsprinzip der Einstellungsprüfungen zu durchbrechen, artet nunmehr angesichts der Tatsache, daß derzeit ohnehin nur rund ein Drittel der Prüfungsteilnehmer eine Ernennung zum BaP erhalten, zur offenkundigen Willkür aus ...

Durch die Nichtbeachtung der Gesamtprüfungsnoten und der Platznummern und bei gleichzeitiger Einstellungsentscheidung nach den sog. ‚Wohlverhaltensnoten' der Seminarlehrer werden qualifizierte Prüfungsteilnehmer um ihre Prüfungsergebnisse betrogen.

Der Erfolg jahrelanger Berufsausbildung kann bei solchen Praktiken durch einen einzigen Satz eines beleidigten Seminarlehrers gefährdet werden. ...

Diese Vergabepraxis von Planstellen macht deutlich: Dem Kultusministerium geht es bei der Lehrerausbildung offensichtlich darum, in Zukunft anstelle fundierter Pädagogik und Fachdidaktik in den Seminaren widerspruchslose Nachahmung und Stillhalten als Leitziele der Lehrerausbildung durchzusetzen ..."

Maßnahmen des GEW-Landesvorstandes:

„1. Die GEW fordert die unverzügliche Offenlegung aller Notengrenzen und der Einstellungs- und Wartelistenkriterien und gibt allen Bewerbern den Rat, vom Ministerium eine schriftliche rechtsmittelfähige Begründung zu verlangen, wenn sie trotz ausreichender Prüfungsleistungen nicht zu Beamten auf Probe ernannt worden sind.

2. Die GEW wird bei ihren Mitgliedern, die von der genannten Praxis betroffen sind, Rechtsschutz für das Widerspruchs- und Klageverfahren einschließlich der Anträge auf einstweilige Anordnung befürworten.

3. Die GEW wird gleichzeitig zu den laufenden Verwaltungsgerichtsverfahren die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde prüfen.

4. Die GEW wird den Landespersonalausschuß über die Vorgänge unterrichten und dort um Abhilfe ersuchen.

5. Gegen die Beamten des Kultusministeriums, die für diese Praktiken verantwortlich sind, wird Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben."

(aus „Die demokratische Schule" — GEW, Heft 3, März 79)

KB / Gruppe Nürnberg

Zehn unserer Kollegen könnten noch leben

In einer Broschüre „Die tödlichen Risiken der chemischen Industrie" konkretisiert die IG Chemie-Verwaltungsstelle Ludwigshafen die in letzter Zeit immer häufiger erhobenen Vorwürfe gegen die chemische Industrie bezüglich der Gefährlichkeit der von ihr erzeugten Produkte. Auf die BASF bezogen wird in der Broschüre festgestellt, daß zehn Kollegen noch leben könnten, die jahrelang mit „Dichlordimethyläther" (einem starken Krebserreger) gearbeitet haben und mittlerweile alle an Krebs gestorben sind. Die BASF hat die Kollegen dieser Substanz ausgesetzt, ohne daß zuvor ausreichende Tierversuche durchgeführt worden wären. Dieser Vorfall beweist, nach Aussage der Broschüre, *„daß auch die BASF weit davon entfernt ist, das Risiko der chemischen Produktion fest im Griff zu haben"* („Frankfurter Rundschau", 3.5.79).

„Investitionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes würden nur getätigt, um die Produktion zu sichern... Es ist deshalb zwangsläufig das Ziel der Broschüre, zu zeigen, daß ein privatwirtschaftlich orientiertes Unternehmen wie die' BASF, Umweltschutz nicht immer so akzeptiert, wie es die Öffentlichkeit, die Arbeitnehmer, erwarten" („FR", 3.5.79).

Die Geschäftsleitung der BASF reagierte entsprechend sauer. Sie erklärte die Broschüre für „ein Pamphlet" und einen polemischen Angriff der Gewerkschaft gegen die BASF, der künftige Gespräche schwer belaste.

Vorbildliche Kampagne

Wir halten die Arbeit mit dieser Broschüre der Ludwigshafener Verwaltungsstelle der IG Chemie für eine vorbildliche Kampagne im Betrieb. 3.000 Exemplare sind gedruckt worden. Sie sollen das Hauptthema der gewerkschaftlichen Werbearbeit der nächsten Zeit im Betrieb sein. Im Gegensatz dazu versucht z.B. die Hamburger Verwaltungsstelle Mitglieder zu werben, indem sie Krokotaschen, Zinnkrüge und Reisen in den Harz verlost.

Das Beispiel der Ludwigshafener sollte Schule machen, auch in anderen Verwaltungsstellen, um zu einer gewerkschaftlichen Betriebsarbeit zu kommen.

Chemiekommission

Teilnehmer eines antifaschistischen Marsches angeklagt

Westberlin. Daß die Teilnahme an antifaschistischen Veranstaltungen hierzulande nicht ganz risikolos ist, mußte dieser Tage ein Mitglied der GEW Berlin erfahren. Ihm flatterte eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft ins Haus, in der ihm vorgeworfen wird, während eines antifaschistischen Schweigemarsches zum 40. Jahrestag der Reichspogromnacht am 8.11.78 „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" geleistet zu haben; außerdem wird ihm „Gefangenenbefreiung vorgeworfen".

Wie auch in zahlreichen Städten der BRD hatte es in Westberlin am 8.11.78, organisiert von der jüdischen Gemeinde, dem DGB, der GEW, einem „Arbeitskreis 9. November" u.a., einen antifaschistischen Schweigemarsch mit großer Beteiligung gegeben (vgl. AK 143, S. 25/26). Bereits vor Beginn des Schweigemarsches waren von der Polizei mehrere Transparente, sogar wenn diese ohne Stangen waren, „sichergestellt". „Sichergestellt" wurden z.B. Transparente, die sich gegen die Verjährung der Naziverbrechen wandten. Begründet wurde diese „Sicherstellung" mit einem entsprechenden Auftrag der Veranstalter.

Im Zusammenhang mit diesen „Sicherstellungen" wird dem GEW-Kollegen nun „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" sowie „Gefangenenbefreiung" vorgeworfen. Einem anderen Teilnehmer wurde ein Strafbefehl wegen „Beamenbeleidigung" (weil er nach seiner Festnahme einen Polizisten einen „Hampelmann" genannt haben soll) über 500 DM zugestellt.

Der betroffene GEW-Kollege erinnert in einem Artikel für die „Berliner Lehrerzeitung" daran, daß die beteiligten Organisationen, die im „Arbeitskreis 9. November" zusammengeschlossen waren, keinerlei Beschluß gefaßt hatten, Transparente nicht zuzulassen, und daß lediglich der DGB für sich beschlossen haben soll, keine Transparente zu tragen: *„Es bleibt nur die Alternative: Entweder hat die Polizei eigenmächtig gehandelt — dann bedeutet das einen erheblichen Eingriff in die Meinungsfreiheit der Bürger, den wir nicht auf sich beruhen lassen können. Oder: Der DGB und die jüdische Gemeinde haben die Polizei tatsächlich dazu beauftragt — dann können wir als Gewerkschafter, die in nicht allzulanger Zeit wieder dem DGB angehören werden, das noch weniger auf sich beruhen lassen. Der Vorstand der GEW-Berlin muß die DGB-Führung zur Stellungnahme auffordern. Dieses in jedem Falle, um den wahren Sachverhalt herauszubekommen."*

(Informationen lt. „Berliner Lehrerzeitung" 5/79)

KB / Gruppe Westberlin



Über 5000 Frauen waren da!

Zwischen dem 20. und dem 25. März trafen sich über 5.000 Frauen in der Pädagogischen Hochschule (PH) Dortmund, um über ihre Probleme als Frauen in den Revierstädten zu diskutieren, sich zusammenzuschließen und Erfahrungen auszutauschen.

Die Initiative für diesen Kongreß war von Dozentinnen der PH ausgegangen. Urpsünglich sollte sich der Kongreß viel stärker mit den Problemen der Frauen im Wissenschaftsbetrieb beschäftigen, aber durch engeren Kontakt zu Frauengruppen, die zu den Lebensbedingungen von Frauen im Ruhrgebiet arbeiten, rückten auch diese mehr zum Schwerpunkt des Kongresses hin. Durch eine intensive Kontakt- und Informationsarbeit der Vorbereitungsgruppe wurden die Arbeitsgruppen des „Forums" von Betroffenen selber oder arbeitenden Projektgruppen vorbereitet. Mobilisiert wurde auch über diese Kanäle und zusätzlich über Frauengesprächskreise an den Volkshochschulen. Das bewirkte wohl auch, daß überwiegend Nichtakademikerinnen an dem Kongreß teilnahmen. Besonders viele Frauen mit Kindern beteiligten sich, es kamen fast jeden Tag 100 Kinder in den von Männern betreuten Kindergarten. Der Arbeitstag, der ausdrücklich den Frauen in wissenschaftlichen Berufen und Frauen an der Uni gewidmet war, hatte die geringste Teilnehmerinnenzahl. Für Frauen aus dem öffentlichen Dienst bestand erstmalig die Möglichkeit, Bildungsurlaub für den Kongreß zu beantragen. Leider war es dieses Jahr noch möglich, daß Frauen unter fadenscheinigen Vorwänden die Bewilligung verweigert oder hinausgezögert wurde. Für das „Frauenforum" im nächsten Jahr sollen die Frauen im Vorwege stärker auf ihre Rechte aufmerksam gemacht werden.

Bei den Arbeitsgruppen stießen insbesondere die Selbsthilfegruppen und die Gruppen, die sich an der persönlichen Situation der Frauen orientierten, auf starkes Interesse (z.B. „Älterwerden", „Wechseljahre", „Schulprobleme", „Frauentherapie" usw.). Interessant war auch eine Arbeitsgruppe über *„Schwarze Frauen in der BRD"*, wo Afrikanerinnen mit Europäerinnen zusammen diskutierten. Hier konnten viele von uns erstmal eine Vorstellung davon kriegen, wie entwürdigend und demütigend diese Frauen heute behandelt werden. Auch wenn es noch einige Gegensätze zwischen uns gibt — ein erster Ansatz zur Zusammenarbeit in der Gruppe „Lohn für Hausarbeit" wurde gemacht.

Viel Neues erfuhr frau auch in der AG *„Frauenarbeit im Mittelalter bis zur industriellen Revolution"*, wo allen klar wurde, wie viel Frauengeschichte in der Schule einfach unter den Tisch fällt.

Mit einem offenen Brief wandte sich die Gruppe *„Nachsorge nach Krebs"* an die Vorsitzende der Deutschen Krebshilfe, Mildred Scheel, die in einer ihrer Glanzpapier-Broschüren in keiner Weise auf die tagtäglichen Probleme der ehemals krebskranken Frauen eingeht. Es ist heute immer noch tabu, daß Frauen Probleme haben, wenn ihnen die Brust amputiert wird, daß sie sich nur noch als „halbe Frau" fühlen, wenn die Gebärmutter entfernt wird usw. Beim Frauenforum wurde einmal mehr der Schritt aus diesem Schweigen heraus gemacht und die Frauen redeten sehr offen über ihre Schwierigkeiten. Die Frauen forderten in ihrem offenen Brief u.a.:

— stärkere finanzielle Unterstützung der Selbsthilfegruppen;
— uneingeschränkte Übernahme 'kosmetischer' Operationen durch die Krankenkassen;
— Garantie einer sicheren Existenz für Frauen, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können.

Wer Informationen über Vorsorge, Nachsorge usw. braucht, wende sich bitte an:

Waltraud Naujoks
Leierweg 24
Dortmund 1
Tel.: 0231/102901

Dem breiten Angebot für „Kopfarbeit" stand ein ebenso breites Angebot an Workshops gegenüber: von Töpfern und Fotowerkstatt über Tanzen bis hin zur Entspannungsmassage.

Wir selber haben uns in Dortmund sehr wohl gefühlt und selber viel gelernt, z.B. die Vielfältigkeit der Gruppen, die heute schon zu den Lebensbedingungen im Ruhrgebiet arbeiten.

Um diese Vielfalt zu verdeutlichen, wollen wir in diesem AK aus einzelnen Arbeitsgruppen ausführlicher berichten. Im nächsten AK werden wir dann über die Resonanz des Kongresses und seine weiteren Perspektiven berichten. Auf jedenfall steht heute schon fest, daß sich spontan viele Gruppen neu gebildet haben, die auch weiter arbeiten wollen.

KB-Genossinnen aus NRW

„Wer vertritt die Fraueninteressen im WDR?"

Die Redakteurin Ute Remus stellte am Anfang die schwierigen Bedingungen der WDR-Frauen dar. Allein zahlenmäßig wird das herrschende Klima schon deutlich: von 443 WDR-Redakteuren sind nur 49 Frauen! Die wenigen Frauen haben es nicht leicht. In der Sendereihe „Alltagskonflikte" stellten einige von ihnen (Claudia Pinl und Barbara Schlei als Verantwortliche) eine dreiteilige Sendung über Vergewaltigung zusammen. Sie bekamen auf vier Redaktionssitzungen massiv Ärger von Seiten der WDR-Männer. Die Interview-Fragen seien „suggestiv und parteilich" gestellt worden. Die Auswahl der Interview-Partnerin sei schlecht (Studentin) und im übrigen: wieso überhaupt diese Sendung über Vergewaltigung, die Frauen wollen es ja nicht anders ...! Die ganze Auseinandersetzung auf den Redaktionssitzungen wurde mit deftigen Kommentaren durchsetzt: Die Redakteurinnen seien „wildgewordene, militante Feministinnen"! Ute wertete dies allerdings als Kompliment und meinte, ihre Militanz hätte sie allein schon wegen dieser Kollegen!

Ein anderes Beispiel, wie im Sender mit Fraueninteressen umgesprungen wird: Inge v. Bönninghausen hatte über den Internationalen Frauentag eine Sendung in der Reihe „Familienrat" vorbereitet. Gerade diese mußte dann wegen einer aufgezeichneten Rede „unseres" Bundeskanzlers ausfallen und wurde erst zwei Wochen nach dem 8. März gesendet!

Ute stellte den Konflikt dar, daß außer im Morgenmagazin keine Frau in der „hohen Politik" beschäftigt sei. Auf der anderen Seite gebe es sehr wenige Frauen, die dazu bereit wären, in dieser „Männerdomäne" zu arbeiten und sich der sehr extremen Konkurrenz und dem Leistungsdruck zu stellen. Der Konflikt, „selbstverständlich" als Frauen die „sozialen Fragen" im WDR zu bearbeiten und die „große Politik" den Männern zu überlassen, werde wohl bei diesen Machtstrukturen im Sender schwer zu lösen sein.

Betont wurde, daß eine wichtige Unterstützung der Frauen im WDR schriftliche Beschwerden über frauenfeindliche Sendungen oder auch einzelne Sprüche von Moderatoren seien. Diese sollten möglichst direkt an den Intendanten des WDR gerichtet werden und sehr genau sein (mit Datum und Sendung oder dem Namen des Redakteurs). Es ist aber auch wichtig für die Redakteurinnen, daß Höhrerinnen auch ein positives Echo über bestimmte Sendungen dem Intendanten mitteilen. Insbesondere bei sehr strittigen Sendungen ist das wichtig, weil sie sich dann auf die Hörermeinung beziehen können. Eine Frau meinte, die CDU hätte diese Sache besser kapiert als fortschrittliche Menschen, und dies mache die Arbeit nicht gerade leichter.

Abschließend wurde gemeinsam eine Resolution erstellt, in der kritisiert wird, daß der WDR fast überhaupt nicht über das Frauenforum berichtet hat.

Frauen ins Militär?

Frauen ins Militär?

Die 30 Frauen, die in die AG gekommen waren, waren fast einhellig gegen die allgemeine Dienstpflicht oder den Einsatz in d i e s e Armee in d i e s e m Staat. Eine Frau wollte grundsätzlich keine Waffe in die Hand nehmen (aber nicht weil sie das nicht könnte!), eine andere lehnte zwar auch die Bundeswehr ab, würde aber trotzdem aus Gründen der Gleichberechtigung (ähnlich wie Alice Schwarzer argumentiert) eine Dienstpflicht befürworten; sie selbst würde zwar verweigern, aber anderen Frauen keine Vorschriften machen wollen.

Die anderen Frauen empfanden das Argument der Gleichberechtigung als Hohn für die Frauen angesichts der übrigen Situation. Auch daß die 'guten Ausbildungschancen' bei Bund (und Polizei) heute für viele als Köder angeboten werden, wurde als zynisch angesehen. Am Ende der AG entspann sich eine Diskussion, warum an dieser AG wohl so relativ wenige Frauen teilgenommen hätten; einmal wurde gesehen, daß für viele Frauen andere Probleme einfach viel direkter sind und zum zweiten wird die Einberufung zu Zivildienst oder Bund von den Frauen wohl noch als 'weit weg' empfunden. Es wurde diskutiert, daß es im Moment wohl darauf ankommt, innerhalb der Frauenbewegung Diskussionen um dieses Thema zu führen und um Standpunkte zu ringen, damit wir uns dann möglichst einheitlich gegen diese Vorhaben zur Wehr setzen können.

„Umweltschutz und seine Bedeutung für Frauen"

In der AG ist sehr viel zu diesem Thema angesprochen worden, vom Atomkraftwerk über Schädlingsbekämpfungs- bis hin zu Waschmitteln, die die Umwelt belasten und zerstören. Als die Frage überlegt wurde, wie Frauen individuell oder organisiert aktiv werden können, erzählte eine Frau eine nachahmenswerte Möglichkeit.

Sie selber ist Mutter von zwei kleinen Kindern und mit einem Pastor verheiratet. Sie fühlte sich als Ehefrau und Mutter lange Zeit isoliert und eingeengt. Daraufhin schrieb sie alle Mütter der getauften Babys aus dem kirchlichen Stammbuch an, ob es ihnen ähnlich gehe und sie sich mit ihr treffen wollten. Es kamen viele, sie lernten sich kennen und treffen sich regelmäßig. Als dann der Smogalarm im Ruhrgebiet war, stand fest, daß sie nicht nur über das Wohlbefinden ihrer Kinder reden, sondern auch zu ihrer Umwelt aktiv werden wollten. Sie schrieben alle offiziellen Stellen an, um sich zur Luftverschmutzung gerade im Ruhrpott zu informieren und zu protestieren. Durch die wenigen Antworten fühlten sie sich dann allerdings verschaukelt. Jetzt wollen sie sich Meßgeräte ausleihen und selber den Grad der Umweltverschmutzung messen und etwas dafür tun, daß sie an ihrem Wohnort (Gelsenkirchen) wieder tief Luftholen können!

Hausgeburten-Gruppe

Eine Arbeitsgruppe, die mit 50-60 Leuten gut besucht war. Etwa die Hälfte waren Mütter, die anderen interessierte Frauen; auch ein Mann war dabei. Eine Medizinstudentin berichtete über ein Praktikum in Holland, das sie bei einer niedergelassenen Hebamme gemacht hatte. Das anthroposophische Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke (bei Dortmund), das für „natürliche Geburten" in NRW bekannt ist, wurde vorgestellt. Zwei Frauen gaben sehr euphorische Berichte über Hausgeburten. Die Referentinnen empfahlen im Prinzip, zu Hause zu entbinden, auch wenn bei unvorhergesehenen Zwischenfällen dann die medizinische Versorgung natürlich unzureichend sei. Z.B. gehen die Hebammen in Holland mehr und mehr dazu über, bei Erstgebärenden keine Hausgeburten zu machen, weil die Risiken für Mütter und Kind vorher nicht genügend einschätzbar sind.

Leider fehlte uns die Zeit, um über dieses Thema und unsere Forderungen dazu eingehend zu diskutieren, z.B. zum neuen Hebammengesetz, zur Hebammenausbildung, unsere Ansprüche an menschliche Entbindungskliniken oder Möglichkeiten, Hausgeburten ungefährlicher zu machen.

Solidaritätserklärung mit den Frauen im Iran

„Wir haben gegen eine Diktaur gekämpft, wir wollen keine andere". „Die Freiheit kann nicht eingeschränkt werden! Wir haben nicht die Revolution gemacht, um wieder von vorn anzufangen. Wer die Frauen angreift, greift die Revolution an."

lution an."

Die Iranerinnen kämpfen dagegen
- daß Frauen auch am Arbeitsplatz einen Schleier tragen sollen
- daß die Ehegesetzgebung, die ohnehin unzureichend war, aufgehoben worden ist
- daß der Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt werden soll
- daß gemischte Schulen abgeschafft und der Universitätsbesuch für Frauen erschwert werden soll.

Die Iranischen Frauen kämpfen um ihre Selbstbestimmung wie wir auch. Dort fordern die Männer die Verschleierung, hier die Entblössung. Dort wollen die Frauen keine Leibeigenen sein, hier keine Ware.

Wir fordern die Selbstbestimmung aller Frauen aller Länder!!

Die Teilnehmerinnen des 1. Frauenforums im Revier und der Verein sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen

Die Frauen, die sich zum 1. Frauenforum im Revier in Dortmund zusammengefunden haben, sind empört darüber, daß die „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa" es wagt, Hildegard Lächert, ehemalige Aufseherin im Vernichtungslager Majdanek, dort bekannt als „blutige Brygyda", als Kandidatin für die Europawahl aufzustellen. Wir verwahren uns mit allem Nachdruck dagegen, als Frauen von einer Handlangerin der Massenmörder des Nazi-Regimes vertreten zu werden und empfinden die Nominierung dieser Person als eine Diffamierung aller deutschen Frauen. Dieser Prozeß steht im Zusammenhang damit, daß die Staatsanwaltschaft in dem skandalösen Majdanek-Prozeß Freispruch für die wegen Massenmordes Angeklagten gefordert hat, mit der Begründung, den Angeklagten müßten Einzelmorde nachgewiesen werden.

23.3.79

Leserbrief

Die Scham ist vorbei

[keine Buchbesprechung]

Ich bin zum Platzen voll von Gedanken. Angeregt durch das Buch von Anja Meulenbelt „Die Scham ist vorbei" (Verlag Frauenoffensive), durch den Leserinnenbrief „Zur psychischen Gewalt gegen Frauen" (AK 150) und durch ganz neue Erfahrungen aus der jüngsten Zeit mit mir selber. Eigentlich wollte ich eine Besprechung von erwähntem Buch machen, will jetzt aber nur das Prinzip übernehmen (hoffentlich gelingts mir), daß das Buch so lesenswert macht, und bei dem mir alle nur mögliche verdrängte Scheiße wieder hochkam: ehrlich sich selbst gegenüber, s c h a m l o s zu berichten. Dazu wäre ich vor nur ganz kurzer Zeit nicht in der Lage gewesen, weil es mich zu Konsequenzen gedrängt hätte, vor denen ich Angst hatte.

Ich hoffe, die Signale stehen bald auf Sturm, für die Krisendiskussion der KB-FRAUEN!

Meine letzte schwere Krise fing ca. Ende 77 an und dauerte fast ein ganzes Jahr. Sonst als stets fröhliche, aktive Genossin bekannt, nach außen hin, zog ich mich immer mehr zurück. Meine Umgebung stellte dies fest, weil ich nicht mehr verkaufte und persönlich äußerst empfindlich auf alles reagierte. Ich hatte fast gar kein Selbstbewußtsein mehr und litt zeitweise an sehr starken Depressionen, zog mich immer mehr zurück, stellte fest, daß ich allein und einsam war, fühlte mich von allen abgelehnt und suchte bei mir selber die Fehler allen Übels. Die aufbrechende allgemeine KB-Krisendiskussion verunsicherte mich anfangs so stark, daß es mir noch schlechter ging. Ich stellte tausend Fehler in meiner eigenen politischen Vergangenheit fest, mit denen ich nicht fertig wurde, und sah auch durch die Krisendiskussion meine Probleme nur teilweise berührt. Ich sah keine Lösungsmöglichkeiten. Es schien alles zusammengebrochen und nur noch die Flucht aus allem ein Ausweg, eine verlockende Perspektive.

Die politische Arbeit in der Ortsgruppe hatte sich nach den Stammheimer Ereignissen sehr zugespitzt, sodaß keine Arbeit mehr möglich war, sondern nur noch persönliche Aggressionen ausgetauscht wurden und insbesondere unter den Männern eine eklige Konkurrenz und „Kampfhahnstimmung" herrschte. Insbesondere zwei Genossen, die in der damals noch bestehenden Ortsleitung saßen, betätigten sich in dieser Richtung als Sprengsatz für jeglichen Ansatz von Politik. Ich war die Freundin von einem der beiden, eine (mir sehr liebe Genossin) die Freundin des anderen. Wir saßen mit noch ein paar anderen (häufiger wechselnden) Genossen ebenfalls in diesem „hohen Gremium". Wir beide haben nur sehr selten wirklich zusammengehalten. Nicht weil wir uns nicht mochten, sondern, weil wir beide in einer sehr ähnlichen Situation steckten, die wir uns selber nicht eingestanden. Wir waren die „Ehefrauen" der beiden dicken Klopfer, was uns total blockiert hat, und ich glaube auch verantwortlich ist für eine ganze Menge unfruchtbare Politik, die wir alle mehr oder weniger gemacht haben. Immer, wenn sie und ich zusammengehalten haben, habe ich das „privat" zu spüren gekriegt. Der größte Teil der Politik lief sehr lange Zeit über diese beiden „Ehen" (die sich auch in der Wohnsituation ausdrückten). Das Verhältnis zwischen der Genossin und mir war stets sehr gespannt, da wir nicht nur gezwungenermaßen (aus aktuellem Druck) auf Seiten der jeweiligen Männer standen, sondern diese ungebrochene Grundkonstellation kein gegenseitiges Vertrauen ermöglichte. Wir haben, als wir darinsteckten, nie offen darüber geredet, auch heute fällt es uns noch schwer. Sie hatte es im Vergleich zu mir einfacher sich zu behaupten, weil sie schwerpunktmäßig – zeitweise ausschließlich – Frauenpolitik machte, dort mehr Rückhalt fand (insbesondere durch persönliche Freundschaften). Ich war schon frühzeitig aus der Frauenpolitik ausgestiegen, weil dort fast alle Genossinnen tätig waren, und schlug mich in den traditionell männerbesetzen Gefilden rum: An der Uni und in der Anti-AKW-Bewegung. Hier fand ich keine Frauen als Bündnispartner, sondern war ständig mit meinem Freund konfrontiert, mit dem ich hier „zusammen"arbeitete. Wenn ich es mir jetzt so recht überlege, war es zeitweise ziemlich fürchterlich, und ich erschauere, daß ich es so lange mitgemacht habe: Sich in der Politik, zu Hause im Haushalt, z.T. noch im Studium, und im Bett ständig mit IHM rumzuschlagen! Leider habe ich das nicht nur mitgemacht, sondern selber gewollt und forciert! Ich weiß jetzt auch warum. Diese Situation, in der ich so abhängig von meiner „Ehehälfte" war, blockierte mich äußerst anderen Menschen gegenüber. Das war im Erscheinungsbild schwer erkennbar, da ich locker-flockig, immer 'nen Spruch auf der Lippe, auftrete und auch ganz gesprächig (geschwätzig) bin. Scheinbar problemlos, pflegeleicht und kontaktfreudig. Meine eigenen Eheprinzipien (alles zusammen machen) blockierten mich insbesondere Frauen gegenüber, mit denen wir gemeinsam zu tun hatten, privat und politisch. In ihnen sah ich, außer einer potentiellen Bündnispartnerin, auch immer eine potentielle Konkurrentin. Ich hatte Angst, daß E R sich eines Tages einer anderen zuwendet und ich dann mit meiner ganzen scheinbaren Unabhängigkeit (die aktive KB-lerin, die alles auf die Reihe kriegt), dann so alleine und abhängig mit nix in den Händen dastehe. Ich beobachtete ihn also immer ziemlich mißtrauisch, ebenso auch andere Frauen, die ihn mal etwas netter fanden als mir lieb war. Ich weiß, daß ich leider kein Einzelfall bin. Die Scheiße war, daß ich einen großen Teil in meiner Krisenzeit, anfangs jedenfalls, nur mit I H M über meine Probleme gesprochen habe, und auch kaum noch jemand anders hatte oder sah, mit dem ich meine Schwierigkeiten besprechen konnte. Der Teufelskreis schloß sich hier. Ich kriegte nun mehr Aggressionen auf ihn, weil er sich nur noch durch mich genervt fühlte und mir eigentlich auch gar nicht helfen konnte. Ich stellte aber den Anspruch gerade an ihn, mir schnell Lösungen zu entwickeln und zu helfen. Mein Selbstbetrug hatte zur Folge, daß ich meine persönlichen und politischen Schwierigkeiten nicht richtig analysierte und beides ineinandermengte und hilflos in dem Brei herumrührte. Ich hatte mittlerweile eine sehr zynische und sarkastische Art mir und meiner Umwelt gegenüber entwickelt. Mein Leidensdruck dauerte so lange, bis ich an den Busen meiner Schwester flüchtete, mich ausweinte und beschloß, meine Ehe radikal aufzulösen und meinen Wohnort zu wechseln. Ich konnte wieder atmen. Ich merke gerade, daß mir der zeitliche Ablauf der Ereignisse durcheinandergeht. Es ging alles ziemlich schnell, Schlag auf Schlag.

Zur selben Zeit wurde unsere alte Ortsleitung – in wohl unterrichteten Kreisen auch Ortsverwaltung genannt – seitens der ZRK aller Funktionen enthoben. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, einen „Weiberrat" zu bilden, in dem, auf Grund der verhältnismäßig guten, menschlichen und „massenfreundlichen" Frauenpolitik der KB-lerinnen, eine Chance gesehen wurde, die Krise schadloser zu bestehen. Die beiden Genossen „Kampfhähne" wurden so „entmachtet" und in ihren Arbeitsfeldern voneinander getrennt. Übrig blieb ein kleiner Haufen von Frauen, die mich mittlerweile überredet hatten, nicht wegzuziehen. Wir waren ziemlich hilflos, wie es nun weitergehen sollte, hatten aber eine Menge Frauensolidarität und das Gefühl „wir schaffen das schon" im Bauch. Mit dieser Kühnheit und einer großen Portion Selbstsicherheit, riefen wir eine Orts-VV ein und wollten dort eine Krisen-Diskussion anzetteln und allen unsere Pläne vom Weiberrat unterbreiten. Es mißlang uns etwas, aber wir machten neue Erfahrungen. Der eine „Kampfhahn" ergriff – als die Diskussion etwas schleppte – ständig das Wort mit Selbstanklagen, der andere hielt sich taktisch zurück. Später kritisierte dieser seinen Konkurrenten heftig, scheinbar als Bündnispartner von uns Frauen. Der Gipfel des Abends war dann der Angriff eines Genossen auf mich, als ich von jemandem eine berechtigte Kritik annahm. Worauf er zynisch grinsend triumphierte, ich hätte ja wohl genausoviel Dreck am Stecken wie die Männer. Unser vorläufig gemeinsamer Akt daraufhin war, daß wir unter großer Empörung alle Männer rausgeworfen haben. Durch dieses entschiedene und gemeinsame Handeln waren wir wieder etwas zusammengerückt, doch wurden uns durch den Termin auch unsere Grenzen klar, und wir ahnten zumindest, was vor uns lag.

Wir sind alles Frauen mit sehr unterschiedlicher politischer Entwicklung und Erfahrung. Doch das war nicht die Ursache, warum wir uns so schrecklich zerstritten haben, und das Experiment „Weiberrat" als ein kurzes in die KB-Geschichte eingeht. Wir waren mit Sicherheit völlig unerfahren und unsicher, die neue Situation zu bewältigen, aber es konnte ja nicht mehr viel in' Bruch gehen, außer dem „Weiberrat" selbst. Das geschah dann auch. Wir wollten selber, z.T. kurzfristig, sofortige Erfolge sehen, um zu beweisen – uns selbst und erst recht den Typen – daß wir es doch schaffen. Wir stellten an uns selbst völlig unsinnige hohe Ansprüche und übernahmen z.T. die alten uns bekannten, weil wir nichts anderes hatten. Wir kamen nicht mehr dazu, die Situation und die Vergangenheit nur in Ansätzen etwas aufzuarbeiten und zu analysieren, um für uns angemessene und realistische Möglichkeiten der Politik zu finden. Der größte Teil von uns Weiberratsfrauen wurde durch Beziehungskrisen mehr oder weniger heftig geschüttelt. Wir haben es nicht geschafft, offen und ehrlich über unsere tatsächlichen Probleme alle zusammen zu reden und zu beraten. Dies liegt sicher auch wesentlich daran, daß jede (?) einzelne ihre Situation sich selbst nicht richtig radikal eingestehen mag, erst wenn's gar nicht anders geht, und dann ist es oft sehr spät – zum Glück n i e zu spät.

Es flogen mehr nur Ansprüche umher, wie ‚trenn dich doch von dem', und ‚wieso schafft sie das denn nicht' etc. Wir haben aber nicht über die Schwierigkeiten einer Trennung und ob überhaupt und so, gesprochen und alle darum herum liegenden Konflikte, und wie wir uns in solch einer extremen Situation unterstützen können. Nein, wir sind kurzfristig in verschiedene feindliche Lager zerfallen. Diejenigen, die noch bei ihren Ehemännern waren (ich inzwischen auch wieder) und diejenigen, die sich von sowas distanzierten. Wir hatten alle ähnliche Probleme, uns aber an den Konsequenzen „abstrakt" aufgespalten. Die Feindseligkeiten waren von allen Beteiligten zeitweilig sehr scharf und unangenehm und mit den vielfältigsten Mitteln gespickt, die frau zur Verfügung hat.

Eine lange Zeit lang haben wir das Wort „Weiberrat" nicht mehr in den Mund genommen. Ich brach immer in - Außenstehenden unverständliche – heftige Aggressionen aus, wenn ich danach befragt wurde.

Heute arbeiten wir alle wieder irgendwie zusammen, und behandeln uns gegenseitig so vorsichtig wie rohe Eier. Eine Auswertung war uns noch nicht möglich

Ich hoffe, ich leiste hiermit einen kleinen Beitrag. Meine aktuelle Reaktion auf den Zerfall des Weiberrates war sehr unangenehm und ein ziemlicher Rückschritt, auch für mich persönlich. Jetzt hatte ich einen Sündenbock, woran ich mein neues Elend festmachen konnte. Ich war wieder etwas in meine „Ehe" zurückgewichen und beschwertə mich bei I H M über das unsolidarische Verhalten der Frauen. Das muß ich endlich mal zugeben. In dieser Situation suchte ich mir I H N als Bündnispartner, gegen meine eigentlichen Bündnispartnerinnen. Ich verbitterte zunehmend und versank schlimmer als vor dem Weiberrat in mein Grübeln. Nicht mal bei den Frauen sah ich eine Perspektive und war ziemlich verzweifelt. Ich kämpfte eine Zeitlang um gar nichts mehr, fühlte mich im Stich gelassen und einsam, persönlich und politisch. Das wirkte sich sogar körperlich in heftigen Kotzanfällen aus.

Ich habe die ganze Sache aufgeschrieben, weil ich es für ein typisches Beispiel halte, wie frau sich selbst behindern kann, wie subtil sich unsere Abhängigkeit zum Teil darstellt, und wie die vielfältigsten Unterdrückungsformen von Seiten der Männer, und die Konkurrenz unter Frauen, unsere gemeinsamen Emanzipationsbestrebungen durchkreuzt.

Die Folge ist meist heillose Zersplitterung unter den Frauen, begleitet mit meist äußerst giftiger Atmoshäre, aus der frau nur mühsam wieder rauskommt oder auch oft lädiert und resigniert („Frauen sind ja auch nicht besser") auf der Strecke bleibt.

Ich glaube, daß „mein Fall" leider sehr „normal" ist, und hoffe, daß dies gedruckt und dadurch ein bißchen diskutierbar wird.

Es gibt bekanntlich kein Rezept, wie wir es schaffen können, tatsächlich zusammenzuhalten.. Ich glaube, eines ist aber wichtig, dies zu ermöglichen: Wir sollten ein wenig ehrlicher uns selbst gegenüber werden und unsere Wachsamkeit schärfen, für jede Abhängigkeit, in der wir stecken oder in die wir neu geraten.

Eine gegenseitige Unterstützung, persönlich und politisch, ist doch nur möglich, wenn wir es lernen, darüber offen miteinander zu reden. Wenn wir das nicht versuchen, halte ich jede Diskussion über autonome Strukturen innerhalb der Organisation für Schaumschlägerei.

Eine Genossin der Frauenkommission NRW

Eine Genossin der Frauenkommission NRW





Frauen Kurzmeldungen

Muß die Pro-Familia-Beratungsstelle in Freiburg geschlossen werden?

Die seit fünf Jahren als bundesweiter Modellversuch laufende Pro-Familia-Beratungsstelle in Freiburg ist von finanzieller Austrocknung bedroht – wie die in zehn anderen badenwürttembergischen Städten existierenden Beratungsstellen auch.

Ende 1979 laufen die Bundeszuschüsse, die bisher den Löwenanteil der Kosten beglichen, aus und die Stuttgarter Regierung sperrt sich dagegen, die 1980 ausfallenden Subventionen zu übernehmen. Sicher ist nur, daß die Stadt Freiburg ihren zehnprozentigen Zuschuß weiter gewährt. Allerdings bleiben trotzdem 84 % des Etats von 240.000 DM ungedeckt!

Die Mitarbeiterinnen der Pro-Familia-Stelle vermuten hinter der ablehnenden Haltung der Stadt „eindeutig politische Gründe", weil sich die Organisation bei der Schwangerschaftsberatung den Problemen der Frauen gegenüber relativ aufgeschlossen gezeigt hat. Schwangere Frauen können dort nicht nur zur Beratung kommen, sondern können von einer Ärztin auch eine Indikation feststellen lassen.

Eine Schließung oder erhebliche Einschränkung der Pro-Familia-Beratungsstelle würde die Entlassung von Mitarbeiter/innen bedeuten; viele Frauen wären gezwungen, zu den konfessionellen Beratunesstellen zu

Ärztin auch eine Indikation feststellen lassen.

Eine Schließung oder erhebliche Einschränkung der Pro-Familia-Beratungsstelle würde die Entlassung von Mitarbeiter/innen bedeuten; viele Frauen wären gezwungen, zu den konfessionellen Beratungsstellen zu

gehen. Außerdem kamen allein im Jahr 1978 aus dem gesamten südbadischen Raum rund 2.500 Interessenten zu der Beratungsstelle – die Arbeit mit Schule und Jugendfreizeitstätten nicht gerechnet. Ein Großteil der Ratsuchenden müßte zukünftig abgewiesen werden. (Nach „Frankfurter Rundschau" vom 7.5.79).

„Frauen und Bundeswehr"

Am 22.5. findet in **Göttingen** eine Veranstaltung zum Thema „Frauen und Bundeswehr" statt. Ihre Beteiligung zugesagt haben bereits Sybille Plogstedt („Courage"), Inge Wettig-Danielmeier (stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD-Frauenorganisation ASF), **Barbara Wille** (DKP-Ortsvorstand Göttingen) und voraussichtlich Inge Kolb („Stern").

Eine Frauengruppe, die seit einiger Zeit zu diesem Thema arbeitet, hat eine Broschüre erstellt, die über den AStA Uni Göttingen, c/o Frauenreferat, Nikolausberger Weg 9, 34 Göttingen erhältlich ist.

Frauenhaus-Veranstaltung in Bonn

Eine tolle Stimmung soll auf der Frauenhaus-Veranstaltung gewesen sein. Leider konnte ich mir darüber nur berichten lassen und das Ganze von außen hören, da ich zu den vielen, vielen gehörte, die nicht mehr reinkamen. Die über 500 Glücklichen, die noch eine Eintrittskarte ergattert hatten, konnten, neben kurzer Information über das vor zwei Monaten eröffnete Frauenhaus, verschiedene Musikgruppen hören wie u.a. „Bläck Fööss", die unentgeltlich für das Frauenhaus spielten. Dies wird nämlich – trotz aller nach außen getragenen „Frauenfreundlichkeit" – von der Stadt immer noch nicht unterstützt.

Wer mehr über das Bonner Frauenhaus wissen möchte:
Frauen helfen Frauen,
Postfach 17 02 67, 53 Bonn 1.
(Bericht von it., Bonn).

Duogynon-Fragebogen

Die „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher" und der „Arzneimittel-Informationsdienst" haben einen medizinischen Fragebogen entwickelt, mit dessen Hilfe der Zusammenhang zwischen der Einnahme des Hormonpräparates Duogynon während der Schwangerschaft und Mißbildungen bei Neugeborenen nachgewiesen werden soll. Der Fragebogen kann unter folgender Adresse angefordert werden:
Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher,
Heilsbachstraße 20,
5300 Bonn-Duisdorf.
(„Hamburger Abendblatt", 2.4.79).

Dokumentation zum „Fall Tamara T."

Unter dem Titel *„Stoltenberg meint: Ich bin es nicht wert, Deutsche zu sein"* ist eine Broschüre zum „Fall Tamara T." erschienen. Die staatenlose Flensburgerin kämpft seit Jahren um ihre Einbürgerung, die von der CDU-Landesregierung wegen vermuteter „Verfassungsfeindlichkeit" abgelehnt wurde. In den Prozessen kamen die skandalösen Praktiken des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes ans Tageslicht.

„Was in meinem Fall an Bespitzelung ans Tageslicht gekommen ist, beweist, daß in Schleswig-Holstein die Zukunftsvision von George Orwell, der in seinem Buch ‚1984' den totalen Überwachungsstaat beschreibt, bereits Wirklichkeit geworden ist. Aber diese Broschüre ist nicht nur ein Dokument der Verfassungsschutzpraktiken und Rechtsauffassung der Landesregierung, sie ist auch ein Dokument breiter Solidarität. Menschen unterschiedlicher politischer Anschauungen haben sich empört auf meine Seite gestellt und für meine Sache Partei ergriffen. Ihnen allen möchte ich hier meinen Dank aussprechen. Ohne ihre ideelle und materielle Unterstützung wäre mein ‚Fall' nicht so breit bekannt geworden, wäre auch diese Broschüre nicht möglich gewesen." (aus Tamaras Vorwort). In der Broschüre wird u.a. das VS-Material dokumentiert, sowie auch die vielen Stellungnahmen, die Tamara zur Unterstützung erhalten hat: u.a. vom ASF-Landesvorstand Schleswig-Holstein, dem SSW-Landtagsabgeordneten Karl-Otto Meyer, dem SPD-Landesvorstandsmitglied Gert Börnsen, dem SPD-Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel und von verschiedenen Pastoren.

Die Broschüre ist zu beziehen über:
T. Tschikowani
Kirchberg 3
2391 Handewitt

Kongreß für alle Notrufzentralen und Initiativen für vergewaltigte Frauen

Vom 4.- 6. Mai fand im Frauenzentrum Westberlin ein Kongreß zum Thema Vergewaltigung statt. Eingeladen hatten die Frauen der Notrufzentrale Westberlin für vergewaltigte Frauen, zum einen um Erfahrungen aus der Praxis auszutauschen, zum anderen um „endlich mal auf größerer Basis einige strittige Themen auszudiskutieren".

Am Anfang des Treffens standen Berichte über die Arbeit der ca. 60 anwesenden Frauen aus elf Städten der BRD. Im Gegensatz zu den Westberliner Frauen können die wenigsten auf eine kontinuierliche Beratungspraxis zurückblicken. Die Hauptschwierigkeiten bestehen darin, daß entweder eine durchgängige Beratung kräftemäßig nicht leistbar ist, oder sich bei bestehenden Notrufgruppen zu wenige Frauen melden.

Am Samstag und am Sonntag bildeten sich Arbeitsgruppen zu den verschiedensten Themen wie

- Ist Selbsthilfe eine alternative Ergänzung zum Polizei- und Justizapparat?
- Formen und Möglichkeiten von Öffentlichkeitsarbeit
- Inhalte der feministischen Beratung im Gegensatz zur herkömmlichen Sozialberatung.
- Ob wir vergewaltigten Frauen zur Anzeige raten oder nicht; ob wir uns um weibliche Polizei bemühen sollen.
- Diskussion um den feministischen einerseits und den juristischen Vergewaltigungsbegriff andererseits (z.B. in Hinblick auf Vergewaltigung in der Ehe)

Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen wurden auf dem Plenum zusammengefaßt und z.T. im großen Kreis nochmals diskutiert. Im Folgenden wollen wir die u.E. wichtigsten Ergebnisse genauer darstellen:
Grundsätzlich raten wir jeder Frau, ihre Vergewaltigung anzuzeigen.
Eine Anzeige ist z.Zt. die einzige legale Möglichkeit, uns gegen Vergewaltiger zu wehren. Werden Vergewaltiger nicht angezeigt, steigt die jetzt schon sehr hohe Dunkelziffer noch mehr an. Es ist wichtig, eine Öffentlichkeit herzustellen, zu zeigen, daß Vergewaltigung kein Einzelverhalten irgendwelcher „Triebtäter" ist. Andererseits wurden auch die Schwierigkeiten, die eine Anzeige mit sich bringt, gesehen. Oft ist schon vorher klar, daß der Vergewaltiger freigesprochen wird, d.h. es kostet viel Energie, trotzdem einen Prozeß zu führen.

Eine andere Schwierigkeit ist die, daß der Knast einen Vergewaltiger auch nicht zum „Frauenfreund"

bringt, gesehen. Oft ist schon vorher klar, daß der Vergewaltiger freigesprochen wird, d.h. es kostet viel Energie, trotzdem einen Prozeß zu führen.

Eine andere Schwierigkeit ist die, daß der Knast einen Vergewaltiger auch nicht zum „Frauenfreund"

macht. Von den Westberliner Frauen wurde als Alternative vorgeschlagen, statt Knast entsprechende Geldstrafen zu fordern, die an Frauenprojekte zu zahlen sind.
Wr wollen uns nicht um weibliche Polizei bemühen, da frau nicht bereit ist, noch mehr Bullen im Staat zu haben. Polizei bleibt nun mal Polizei, egal ob männlich oder weiblich!
AG „Ist Selbsthilfe eine alternative Ergänzung zum Polizei und Justizapparat?"
Selbsthilfe und Anzeige schließen sich nicht aus, sie sollten vielmehr parallel laufen. Durch Selbsthilfe können Frauen sich aktiv zur Wehr setzen und sich aus der passiven Rolle lösen, in die sie gedrängt werden. Der Mythos vom schwachen Geschlecht wird zerstört, die Männer verunsichert. Des weiteren haben Selbsthilfemaßnahmen – z.B. eine Parole an der Hauswand des Vergewaltigers – eine gute öffentliche Wirkung. Bedacht werden muß, daß Selbsthilfemaßnahmen durch evtl. Racheaktionen des Täters zur Gefährdung der Frau führen können.
AG Öffentlichkeitsarbeit
Durch noch mehr Informationsarbeit müssen wir einerseits das Bestehen von Notruf- und Beratungsgruppen und andererseits das Problem Vergewaltigung ins Bewußtsein der Öffentlichkeit bringen, z.B. mit feministischen Info-Broschüren, Plakaten, Veranstaltungen, Arbeit in Schulen und Jugendzentren. Vorgeschlagen wurde ein feministischer Aktionstag zum Thema Vergewaltigung in möglichst vielen Städten der BRD. Die zu diesem Thema arbeitenden Frauenhäuser sollten in einem ständigen Erfahrungs- und Diskussionsaustausch stehen.
AG zum juristischen und feministischen Vergewaltigungsbegriff
Wichtigster Diskussionspunkt war: Fordern wir eine Erweiterung des gesetzlichen Vergewaltigungsbegriffs?

Zunächst wurde auf Grundlage eines vorliegenden Papiers der juristische und der feministische Vergewaltigungsbegriff ganz genau definiert und die Mißstände des Gesetzes aufgezeigt: Nach §177 StGB wird nur ein erzwungener V a g i n a l verkehr als Vergewaltigung angesehen. Eheliche Vergewaltigung gibt es nicht, sie darf höchstens als Nötigung bestraft werden. Nur körperliche, nicht aber psychische Einwirkung auf die Frau (z.B. Drohung) wird als Gewalt betrachtet. Durch den Begriff der „Geschlechtsehe" sind nur solche Frauen gesetzlich geschützt, die den gesellschaftlichen Moralvorstellungen entsprechen.

In der hieraus resultierenden Diskussion, ob wir eine Gesetzesänderung oder -erweiterung fordern, konnte keine Einigkeit erzielt werden. Einerseits werden die vielen Freisprüche in Vergewaltigungsprozessen, die diskriminierende Behandlung der Frauen durch Polizei und Justiz durch das bestehende Justiz- und Polizeigesetz abgesichert; andererseits stellt sich die Frage, ob sich durch ein in unserem Sinne geändertes Gesetz oben genannte Praxis entsprechend ändern würde. Letztendlich sind wir nicht diejenigen, die die Gesetze anwenden!

Strittig war auch der Punkt, ob nicht die Eingriffsmöglichkeiten des Staates z.B. durch Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung generell erweitert würden (weiterer Abbau des Schutzes der Privatsphäre vor Eingriffen des Staates), denn die Möglichkeit der Durchsetzung eines speziell zum Schutz der Frau formulierten Passus' im Gesetz erscheint zweifelhaft.

Festgehalten wurde, daß auf jeden Fall das Aufzeigen des bestehenden (Un)rechts und die Forderung nach dessen Änderung wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit sein muß, wir uns aber keine Illusionen darüber machen, daß es eine wirkliche Änderung in unserem Sinne geben wird.

Insgesamt meinen wir, daß dieser Kongreß ein wichtiger Schritt war, innerhalb der Frauenbewegung zu einer stärkeren Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zum Thema Vergewaltigung zu kommen.

Frauen-Kommission
KB Braunschweig

Betr.: Walpurgisnacht

Frau wird in diesem AK Berichte über die diesjährige Walpurgis-Nacht vermissen. Wir bzw. die AG Frauen haben uns nämlich vorgenommen, für den nächsten AK eine möglichst viele Orte umfassend gründliche Auswertung zu machen, die folgende Fragen untersuchen soll:

- Wie hat sich die Teilnehmerinnen-Zahl an den einzelnen Orten seit 1977 entwickelt?
- Wie haben sich die Inhalte und das Erscheinungsbild entwickelt? Welche Inhalte wurden auf den Flugblättern und Plakaten propagiert? Welche während der Umzüge selbst?
- Welche zusätzlichen Aktionen gab es? Welche Polizei-Einsätze und/oder Zusammenstöße mit Männern? Welche Reaktionen der Presse?

Es wäre gut, wenn die Genossinnen diese Untersuchungsarbeit durch Berichte, soweit noch nicht vorliegend, unterstützen würden.

An den bisher vorliegenden Manuskripten oder Berichten ist folgende Kritik zu üben:

1. In einigen Fällen haben wir relativ lange, schwung- oder stimmungs-

Welche während der Umzüge selbst?
– Welche zusätzlichen Aktionen gab es? Welche Polizei-Einsätze und/oder Zusammenstöße mit Männern? Welche Reaktionen der Presse?
Es wäre gut, wenn die Genossinnen diese Untersuchungsarbeit durch Berichte, soweit noch nicht vorliegend, unterstützen würden.
An den bisher vorliegenden Manuskripten oder Berichten ist folgende Kritik zu üben:
1. In einigen Fällen haben wir relativ lange, schwung- oder stimmungs-

volle Artikel-Entwürfe zu einzelnen Orten bekommen. Bei einem Manuskript von beispielsweise 100 oder mehr Zeilen allein über den Walpurgis-Nacht-Umzug in e i n e r mittleren Stadt ist aber von vornherein klar, daß das Manuskript in dieser Länge nicht verwendet werden kann. Besser wäre es, die Schreiberinnen würden sich von vornherein knapper fassen. Das gilt häufig auch für interessant geschriebene, aber leider arg lange Veranstaltungs- und Fest-Berichte zu anderen Gelegenheiten.
2. In einigen Fällen wurden Walpurgis-Nacht-Berichte zum 1. Mai drangeklatscht oder auf Manuskripte zu anderen Frauen-Themen geschrieben. All das macht bei der redaktionellen Bearbeitung zusätzliche Mühe und sollte bitte zukünftig vermieden werden. Berichte zu verschiedenen Themen sollten auch auf verschiedenen Blättern und deutlich getrennt geschrieben werden. Dasselbe gilt für Artikel-Manuskripte.

Danke schön! **AK-Redaktion**

„Schattenmund" – Ein Frauenbuch

Als ich 20 Jahre alt war und seit 12 Jahren jedes Buch, das mir unter die Finger kam, gelesen hatte, dachte ich: Wie schade, jetzt habe ich sicher alles Schöne gelesen, wie geht es bloß weiter? Nun, das war ein Irrtum, es gibt so viel zu entdecken!

Meine letzte Entdeckung: „Schattenmund" von Marie Cardinal.

Marie ist 30, verheiratet und hat drei Kinder. Und sie blutet seit drei Jahren ununterbrochen. Als für sie nur noch die Entscheidung zwischen Selbstmord und Irrenhaus offensteht, gerät sie an einen Psychiater. Sieben Jahre bleibt sie in seiner Behandlung. Dann ist sie geheilt: Eine selbstbewußte, mutige Frau nimmt ihr Leben in die Hand. Doch ist das weniger ein Triumph der Psychoanalyse — der Kampf um ihre Identität wird von ihr s e l b s t geführt und gewonnen.

Sie steigt tief in ihre Kindheit und Jugendjahre hinab und wird in der Erkenntnis dessen, was sie war — ein starkes, sich nach Liebe verzehrendes, leidenschaftliches Kind — neu geboren.

Das zentrale Thema ihres Lebens ist das Verhältnis zu ihrer Mutter. Eine schöne, begabte Frau, Feudalaristokratin im französischen Algerien. *„Sie hätte Architektin, Künstlerin, Ärztin werden können ..."*. Doch ein Korsett aus Konvention und Kirche erlaubt ihr nur, Besitzerin eines Gutes zu sein und Barmherzigkeit zu üben. Nach ihrer Heirat stellt sich heraus, daß ihr Mann lungenkrank ist. Ihre erste vergötterte Tochter stirbt an dieser Krankheit, mit Mühe wird der Sohn am Leben erhalten. Sie reicht die Scheidung ein und erhält sie, dank ihrer Beziehungen. Noch während die Scheidung läuft, erfährt sie, daß sie schwanger ist. Von kalter Wut erfüllt, versucht sie, das Kind loszuwerden. Doch Marie wird geboren... . Ein kleines Mädchen, das nur eine Sehnsucht kennt: Von der schönen Mutter geliebt zu werden. Ohne es selbst zu wissen, läßt die Mutter Marie alles entgelten, was sie gelitten hat: Sie versucht den starken Charakter des Kindes, seinen „Trotz" zu brechen, sie macht der Halbwüchsigen Eröffnungen über ihren Abtreibungsversuch, die das junge Mädchen innerlich erstarren lassen...

Während ihrer Behandlung lernt Marie, ihre Mutter zu hassen und endlich, sie zu verstehen. Und gleichzeitig lernt sie, in ihrer eigenen Demütigung und der Demütigung ihrer Mutter das Schicksal aller Frauen zu sehen. Marie löst sich innerlich aus dem engen Rahmen ihrer Familie und von ihrer Klasse. Die Psychoanalyse hat ihr geholfen, sich selbst zu verstehen und, weil sie ganz ehrlich sich selbst gegenüber geworden ist, geht ihr Blick nach draußen.

Ihr Buch endet mit dem letzten Besuch bei dem Psychiater. Sie tritt aus dem Haus: *„vor mir die Sackgasse, die Straße, die Stadt, das Land, die Erde und die Lust zu leben und aufzubauen. Einige Tage später war es Mai 1968"*.

Dieses Buch hat mich unmittelbar ergriffen und dazu veranlaßt, über meine Beziehung zu meiner Mutter nachzudenken. Ich habe viele Parallelen gefunden. Ich bin überzeugt, daß sich die Frauenbewegung sehr tiefgreifend mit dem Verhältnis Mutter-Tochter auseinandersetzen muß. Außer bei Beauvoir habe ich bisher keine Literatur darüber gefunden, während es über den sogenannten Ödipuskomplex unzählige Bücher gibt...

J., KB/Gruppe Hamburg

Marie Cardinal, „Schattenmund", rororo, Reihe „neue frau" Nr. 4333, DM 5.60

Krank durch die Pille?



Am 19.4.79 begann in Stockholm ein Musterprozeß gegen den Arzneimittelkonzern Schering aus Westberlin. Seine Anti-Baby-Pille 'Anovlar' soll für den Tod von mindestens zwei schwedischen Frauen verantwortlich sein und schwerwiegende Schäden bei mindestens fünf Frauen verursacht haben („FR", 20.4.79).

Die Kinderkrankenschwester Anita Lindström starb vor zehn Jahren, als sie erst 28 Jahre alt war. Sie hatte drei Jahre lang die Pille 'Anovlar' eingenommen und starb an einem Blutpfropfen im Gehirn. Der Firma Schering muß eigentlich klar gewesen sein, wie gefährlich ihre Pille war. Zehn ausländische Untersuchungen hatten zwischen 1967 und 1976 das Thrombose-Risiko durch die Pille bestätigt („FR", 21.4.79). Bei den Ärzten und in der Öffentlichkeit hatte Schering den Eindruck vermittelt, Anovlar sei ungefährlich.

Anovlar war 1961 die erste Pille auf dem westdeutschen Markt. Sie enthält einen hohen Gestagen-Anteil (ein weibliches Geschlechtshormon) und wird heute fast nur noch zur Hormontherapie eingesetzt („die tageszeitung", 20.4.79).

Außer gegen Schering soll gegen vier schwedische Pillen-Hersteller Anklage erhoben werden. Nach Ansicht der Kläger sind die betroffenen fünf Firmen für den Tod von mindestens 35 Frauen und für die Invalidität von über 60 Frauen verantwortlich. In Schweden wird damit gerechnet, daß die Prozesse durch alle Instanzen gehen und nicht vor 1990 abgeschlossen sein werden. Sollten die Klagen Erfolg haben, müssen die Firmen mit Schadensersatzforderungen zwischen 5 und 10 Millionen DM rechnen.

In Großbritannien gibt es eine „Aktionsgruppe der Pillen-Opfer", die US-Arzneimittelkonzerne auf Schadensersatz verklagen will. Die Aktionsgruppe weiß von mindestens 350 Pillen-Opfern, die durch medikamentöse Empfängnisverhütung Schlaganfälle und Lähmungen bekommen haben. Das führte in vier oder

mentöse Empfängnisverhütung Schlaganfälle und Lähmungen bekommen haben. Das führte in vier oder

fünf Fällen zum Tod der Frauen („FR", 20.4.79).

Krebs durch die Pille?

Mediziner machen die Anti-Baby-Pille schon seit langem verantwortlich für zu hohen Blutdruck und zusammen mit dem Rauchen auch für Herzinfarkte („Hamburger Abendblatt", 23.4.79). Außerdem führt die Pille zu einer erhöhten Blutungsneigung.

Frauen, die die Pille nehmen, erkranken fast doppelt so häufig am Gebärmuttermund als Frauen, die diese Verhütungsmittel nicht nehmen. Erst kürzlich sind Ergebnisse einer Untersuchung bekannt geworden, die im Auftrag des Bundesforschungsministeriums von der Uniklinik Heidelberg und vom Deutschen Krebsforschungsinstitut durchgeführt wurde:

— Jede zehnte Frau, die die Pille einnimmt, erkrankt am Gebärmuttermund, z.T. sind die Veränderungen bösartig.

— Bei Frauen, die die Pille nicht nehmen, tritt die Erkrankung meist im Alter von 30 Jahren auf. Mit Pille kommt die Krankheit 10 Jahre früher. Oft wird bei diesen Frauen schon im Alter ab 20 Jahren die Gebärmutter entfernt.

— Ganz allgemein soll die Pille ein „erschreckendes Ansteigen" der Krebserkrankungen um fast 100 % („Hamburger Morgenpost", 23.4.79) bewirken.

Welche Alternativen gibt es?

Die bisher bekannten Verhütungsmethoden, z.B. Messung der Basal-Temperatur, Spirale, Condom, Spray sind nicht so sicher wie die Pille; Spray und Spirale können ebenfalls gesundheitliche Schäden hervorrufen. Deshalb fordern wir die Entwicklung ungefährlicher Anti-Baby-Pillen!

Empfängnisverhütung darf nicht länger allein die Sache der Frauen sein!

Ein Schritt in diese Richtung ist die Weiterentwicklung und Herstellung der Pille für den Mann, was heute chemisch kein Problem ist. Doch daran haben die Arzneimittelkonzerne und die Herrschenden in unserem Land offensichtlich kein großes Interesse, denn diese Pille kann ein Element

und die Herrschenden in unserem Land offensichtlich kein großes Interesse, denn diese Pille kann ein Element

zur Emanzipation der Frauen sein.

Für Paare, die sich entschieden haben, keine (weiteren) Kinder zu bekommen, bietet sich für den Mann die Sterilisation an (siehe dazu den ausführlichen Artikel in ARBEITERKAMPF 150, S. 25).

Gesundheitskommission

Anmerkung

Wir sind uns darüber im Klaren, daß es nicht nur Theaterdonner ist, wenn Wissenschaftler vor noch ungeklärten Nebenwirkungen der Pille warnen. Was hier allerdings in letzter Zeit im bundesdeutschen Blätterwald der bürgerlichen Presse den Frauen präsentiert wird, ist blanke Panikmache (*„Krebs durch die Pille!"* — „Hamburger Morgenpost", 23.4.79; *„Deutsche Ärztin: Krebsgefahr!"* — „Hamburger Abendblatt", 23.4.79), die wohl eher etwas mit der Ideologie von den „aussterbenden Deutschen" zu tun haben dürfte, als mit echter Sorge um die Gesundheit der Frauen. Bei keinem anderen Medikament (und wieviele haben nicht genauso viele Nebenwirkungen wie die Pille?) wird solch ein Wirbel entfacht — warum wohl gerade da??

Wir sind nicht der Meinung, daß die Pille gesund ist (wir haben schließlich nicht umsonst immer unschädliche Verhütungsmittel gefordert), aber wir denken, daß man diese Artikel zur Pille einfach nicht überschätzen sollte: Die Pille ist heute für eine Vielzahl von Frauen zwar nicht ein optimales, aber ein sehr angenehmes und günstiges Verhütungsmittel — und sie war für viele von uns die erste Möglichkeit, unsere Sexualität ohne Angst entdekken zu können, rumspielen zu können, ohne gleich schwanger zu sein. Sie war insgesamt schon ein nicht unwichtiges Element für die Selbständigkeit von vielen Frauen. Wenn heute solche Artikel in der bürgerlichen Presse stehen, dann doch hauptsächlich unter dem Aspekt, daß die Frauen für die Bourgeoisie zu wenig Kinder in die Welt setzen — und ein Absetzen der Pille hat bekanntermaßen schon vielfach zu unerwünschten Schwangerschaften geführt. Im Zusammenwirken mit einer restriktiven Handhabung des § 218 ist das natürlich allemal eine Möglichkeit, die Geburten-

wirken mit einer restriktiven Handhabung des § 218 ist das natürlich allemal eine Möglichkeit, die Geburten-

rate anzukurbeln und die Frauen von der Berufstätigkeit fernzuhalten. Dies sollten wir bei aller Kritik an den Pillen, die heute auf dem Markt sind, nicht vergessen.

Eine Genossin der AG Frauen, Hamburg

Leserbrief

Betr.: Sterilisation

Als Frau fand ich den Bericht von Klaus über seine Sterilisation erstmal unheimlich gut, und die Idee, mit den Genossen und Freunden die Frage der Empfängnisverhütung anders als bisher zu diskutieren, sehr reizvoll. Fand ich es damals einen beträchtlichen Fortschritt, vom Freund Geld für die Pille einzusammeln oder ihm die Creme, Präservative o.ä. auf den Einkaufszettel zu schreiben, so finde ich es heute gut, von ihm weitergehende Aktivitäten in der Frage zu fordern. Er kann sich ja auch mal durch die medizinische Fachliteratur lesen, nach Ärzten erkundigen, nach Krankenhäusern, Gesetzen etc. — warum immer nur wir?

Vorstellbar bleibt mir die Sterilisation des Mannes als annehmbare Alternative bei festen Dauerbeziehungen, verbunden mit gemeinsamer Diskussion darüber und vertrauensvoller Atmosphäre.

Aber — unter Frauen finde ich vielleicht einige, die folgende Bedenken mit mir teilen:

Sollte zu Beginn einer Beziehung ein Mann bei der Frage der Verhütung so reagieren: „Da brauchst du dir keine Sorgen zu machen, ich hab mich ja sterilisieren lassen", — ich glaube, ich liesse mir das schwarz auf weiß bestätigen. Und ich kann danach nicht garantieren, daß damit auch meine unbewußten Ängste vor einer Schwangerschaft beseitigt wären.

Ebenso würde ich mich nicht darauf verlassen, daß mein Freund die 'Pille für den Mann' schluckt (sofern es sie geben würde). Schließlich habe immer i c h die Folgen zu tragen, Schwangerschaft oder Abtreibung. Und wer garantiert mir, daß er die Pille pünktlicher nähme als ich, die sie dauernd vergessen hat?

Eigentlich ist diese tiefverwurzelte Angst vor der Schwangerschaft und das diesbezügliche Mißtrauen Männern gegenüber reichlich beschissen. Aber es beruht auf Generationen von Frauenerfahrungen, von den Warnungen der Mütter vorm Sitzengelassenwerden bis hin zu Erfahrungen mit Genossen, die nicht mal fragen, ob die Frau die Pille nimmt.

Und noch etwas: Sterilisation des Mannes ist eine Forderung, die gerade mit verheirateten Bekannten und Kolleginnen gut diskutiert werden kann. Zum Beispiel dann, wenn sie keine Kinder (mehr) wollen und absehbar ist, daß die Frau noch Jahrzehnte Pilleneinnahme vor sich hat.

Aber wie sieht es denn aus, wenn frau mehrere oder wechselnde Partner hat? Dann taucht die leidige Frage jedesmal wieder von Neuem auf. Oder, was sehr schlecht wäre, die Sterilisation bindet die Frau an ihren bisherigen Partner, weil sie nur mit ihm sorglos sein kann.

Ich möchte nun nicht als bessere Lösung die Sterilisation der Frauen propagieren. Aber ich bin begierig auf eure Stellungnahmen, besonders auf solche, die meine Schwarzseherei entkräften, und besonders von den Genossen.

Gut fände ich auch Erfahrungsberichte von Genossen, die mit Kindern zusammenleben, sich Vater fühlen, auch wenn sie die Kinder nicht selbst gezeugt haben.

Eine Genossin aus Hannover

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr. 13.30 - 18.30
Sa. 9.30 - 14.00

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J.Reents Vertriebsbüro
Buddestr.9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 2o UHR

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch — Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J.Reents-Vertriebsbüro
S.Lissner
Rödelheimer Str. 13
6ooo Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josef-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 0808458

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13

75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sailerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen"
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A.Fierlbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36



Erste Jahrestagung der IGA in den Niederlanden

Vom 13. bis 16. April fand — wie in AK 152 bereits kurz berichtet — die erste Jahreskonferenz der im August '78 in Coventry/Großbritannien gegründeten ,,International Gay Association'' (IGA) statt. Gekommen waren insgesamt 69 Delegierte aus folgenden Ländern: Norwegen, Schweden, Dänemark, BRD, Niederlande, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, England, Nordirland, Republik Irland,Island, USA, Neuseeland und Australien. Insgesamt waren 23 Organisationen/Gruppen vertreten, darunter die ,,Campaign for Homosexual Equality'' (CHE/GB), FUORI! (Italien), ,,National Gay Task Force'' (USA), der ,,Forbundet of 1948'' (Dänemark), die ;,,Front d'Alliberament Gaide Catalunya'' (Katalonien) und das niederländische COC als größte

Gaide Catalunya'' (Katalonien) und
das niederländische COC als größte und mitgliedstärkste Organisation. (Die ,NGTF' zählt 50.000 Mitglieder.) Aus der BRD waren die AHA (Westberlin, die AHB (Bonn), die NARGS (ehem. Russellunterstützergruppe) und die AG Schwule und die AG Lesben im KB vertreten.

Vielen Teilnehmern war es auf dieser Tagung zum ersten Mal möglich, mit organisierten Schwulen und Lesben (letztere waren leider wenig gekommen) aus anderen Ländern Kontakt aufzunehmen, Erfahrungen auszutauschen und sich über die politische, rechtliche und soziale Lage Homosexueller in anderen Ländern authentisch zu informieren. Die meisten Gruppen und Organisationen hatten Exemplare ihrer Zeitungen, sowie Plakate, Flugblätter, Buttons mitgebracht, so daß schon am Freitagabend ein informeller Tagungsteil begann: Informationen sammeln. Angesichts der vollen Tagesordnung der Konferenz war es trotz längeren Pausen kaum möglich, mit allen Delegierten so ausführlich zu sprechen, daß auch alle Fragen beantwortet werden konnten. (Wer weiß hierzulande schon etwas über die Arbeit der Lesben- und Schwulengruppen in Neuseeland oder die Organisierung einer homosexuellen Befreiungsfront im Untergrund??)

Ein wesentlicher Erfolg dieser Konferenz war unser Meinung nach schon dadurch erreicht, daß es acht Monate nach Gründung der IGA zu einer derartig breiten internationalen Beteiligung gekommen war. Diesen Erfolg gilt es nun auszubauen, um eine weltweit operierende, gut informierte und rasch handlungsfähige, starke Organisation aufzubauen, mit der wir uns die noch in allen Ländern vorenthaltenen demokratischen und Menschenrechte erkämpfen können.

Am Samstag und Sonntag begann in mehreren Workshops die eigentliche Arbeit der Konferenz. Wir wollen hier einen (nicht vollständigen) Überblick über die Themen, Diskussionen und Ergebnisse der einzelnen AG's geben.

Workshop A: Beziehungen zu internationalen Organisationen

1. amnesty international (ai)

AI hat auf seinem letzten Jahrestreffen zu erkennen gegeben, daß es die Einbeziehung und Betreuung schwuler Gefangener (vorläufig?) nicht vorsieht, solange nicht nachgewiesen wird, daß diese Aufgabe von den bestehenden Statuten von AI abgedeckt wird. (AI-Statuten werden mit 2/3 Mehrheit geändert.) In der AG wurden drei Möglichkeiten diskutiert, um die Vertretung schwuler Interessen bei AI einzubringen:

a. Einzelne oder Gruppen treten den örtlichen nationalen Sektionen von AI bei, um sie von der Notwendigkeit einer ,,Gay Rights Position'' zu überzeugen. (So mit Erfolg in Dänemark geschehen, vgl. Bericht in ,,IGA Newsletter No. 2.)

b. Die AI-Statuten haben einen Passus, der sich gegen *,,grausame, inhumane und entwürdigende Behandlung oder Bestrafung von Gefangenen und anderen inhaftierten Personen''* bezieht. Dieser Passus trifft in fast allen Ländern auf schwule Gefangene zu, besonders auch auf die BRD mit ihren Kastrationen und stereotaktischen Operationen an Gefangenen, denen anschließend die Freiheit versprochen wird.

c. In manchen Ländern (z.B. Spanien) wird es Homosexuellen verboten, sich zu organisieren und Öffentlichkeitsarbeit zu machen. (Paragraph gegen ,Öffentlichen Skandal'). Dies ist eine Verletzung der politischen sowie der Menschenrechte und sollte AI ebenfalls zur Kenntnis gebracht werden, damit dies in den entsprechenden AI-Berichten über Menschenrechtsverletzungen in einem Land erwähnt werden kann (Dies trifft mit einiger Sicherheit auch auf das Münsteraner Oberverwaltungsgericht-Urteil zum Info-Verbot der Aachener Schwulengruppe zu.)

Alle Berichte über die Lage schwuler Gefangener sollen dringend zusammengestellt und der IGA-Zentrale in Dublin zugeschickt werden.

2. Weltkirchenrat (WKR)

Der WKR besteht aus 293 protestantischen Kirchen, der Vatikan hat Beobachterstatus. Die ,,Metropolitan Community Church'' (eine recht starke schwule US-amerikanische Kirche mit Gruppen in Australien, Kanada und Großbritannien) hat die Mitgliedschaft beantragt und wird aller Wahrscheinlichkeit nach aufgenommen. In den USA hat der ,,Nationale Kirchenrat'' eine Erklärung zur Unterstützung schwuler Rechte abgegeben und die ,,Church of England'' hat einen Bericht über Homosexualität vorliegen, von dem anzunehmen ist, daß er ebenfalls positiv ist (bisher unveröffentlicht). *,,Der Einfluß der Kirchen in den einzelnen Ländern der Mitgliedsgruppen ist unterschiedlich, dennoch wird angenommen, daß die Unterstützung des Weltkirchenrats dazu beitragen wird, verbreitete Vorurteile gegenüber schwulen Rechten abzubauen''.* (Ergebnispapier Workshop A) Adressen, Informationen u.a. betr. Kirche und Homosexuelle an: Page F. Grubb c/o COC/IGA Frederiksplein 14, 1017 XM Amsterdam.

3. Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Obwohl die Mitgliedschaft bei der ILO nur Regierungen und Gewerkschaften möglich ist, kann die IGA über Einzelgewerkschaften Einfluß auf diese Organisation nehmen und auf einen Zusatz der ,,Discrimination Convention'' von 1958 in Hinblick auf den Passus ,,sexual orientation'' vornehmen.

Die australischen Gewerkschaften unterstützen zunehmend Schwule Rechte am Arbeitsplatz, und es gibt eine aktive und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Schwulenbewegung. Das gleiche trifft auch auf England zu. Bedauerlicherweise haben bisher außerhalb der englisch-sprachigen Länder nur wenige Schwulengruppen Kontakt zu Gewerkschaften. Es wurde allerdings festgestellt, daß verschiedene Gewerkschaften bereitwilliger für schwule Rechte eintreten würden, wenn ihnen bekannt wäre, daß eine gleiche Gewerkschaft in einem anderen Land dies bereits tut. Es wurde vereinbart, alle diesbezüglichen Informationen zusammenzutragen: Adressen schwuler Gewerkschaftsgruppen, Adressen von Gewerkschaften mit Unterstützungsarbeit, Erfahrungen usw. Sammelkontakt: Lex Watson c/o Departement of Government, University of Sydney, NSW, 2006.

4. Jahr des Kindes

Das von der UNO initiierte Jahr des Kindes soll zum Anlaß genommen werden, die jeweiligen Regierungen aufzufordern, Forschungsmittel zur gesamten Frage der Kindersexualität bereitzustellen und entsprechende Forschungsvorhaben finanziell zu unterstützen.
und entsprechende Forschungsvorhaben finanziell zu unterstützen.

Workshop B: Homosexuelle im Erziehungsbereich

Ein Vorbereitungspapier zu dieser AG lag vom COC (NL) vor, indem es u.a. in Bezug auf homosexuelle Lehrer/innen heißt: *,,Jede[r] homosexuelle Mann/Frau hat das Recht auf einen offenen homosexuellen Lebensstil, er/sie hat das Recht, vor Schülern, Eltern, Kollegen, Schulbehörde und allen anderen im Schulbereich tätigen Personen homosexuellen Lebensstil im allgemeinen und seinen/ihren eigenen homosexuellen Lebensstil offen zu vertreten. Schulbehörde, Schulleitern u.a. muß es verboten sein, irgendwelche diskriminierenden Maßnahmen gegen homosexuelle Frauen und Männer zu ergreifen, wenn sie ihre Homosexualität öffentlich machen.''*

Ebenso müssen die Gewerkschaften dazu verpflichtet werden, homosexuelle Rechte am Arbeitsplatz zu verteidigen. In Holland hat die Lehrergewerkschaft einen entsprechenden Passus über ,,sexuelle Orientierung'' in ihre Statuten aufgenommen und hat sich u.a. in Protestbriefen gegen die Briggs- und Bryant-Kampagnen in den USA ausgesprochen, sowie die ,,American Federation of Teachers'' (USA) aufgefordert, ebenfalls gegen jene Kampagne aufzutreten (mit Erfolg!). Frauenorganisationen, die die traditionellen Geschlechtsrollen bekämpfen, sollten besonders eingehend unterstützt und zur Zusammenarbeit gewonnen werden.

Um die beginnende internationale Zusammenarbeit zu koordinieren, sammelt die IGA-Zentrale Material über die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen homosexueller Lehrer/innen in allen Ländern, sowie alle Arten von didaktischem Material (wie: Filme, Dia-Reihen, Bücher, Broschüren etc.). Weiterhin werden in Dublin Informationen über die Arbeit schwuler/lesbi-
Weiterhin werden in Dublin Informationen über die Arbeit schwuler/lesbi-
scher Zellen in Lehrergewerkschaften gesammelt und weitervermittelt.

Also bitte über alle GEW-Aktivitäten Informationen nach Dublin, von dort wird Unterstützung bei Neugründungen, Aktionen usw. gegeben. (Sehr ausführliches didaktisches Material haben z.B. die englischen CHE-Gruppen erarbeitet!)

Workshop C: Arbeitsweise der IGA

In dieser AG wurde über die zukünftige Arbeit der IGA diskutiert und Vorschläge bearbeitet.

Mitglieder der IGA können alle Organisationen von Lesben und Schwulen werden (z.Z. 100 Gulden Jahresbeitrag). Andere Organisationen und Einzelpersonen haben die Möglichkeit, die IGA zu unterstützen und regelmäßig Informationen zu erhalten. In Anbetracht der Tatsache, daß lesbische Frauen auf dieser Konferenz völlig unterrepräsentiert waren, wurde ausführlich über die Zusammenarbeit mit Lesbenorganisationen/gruppen diskutiert. Es wurde dem Vorschlag von Ginny Vida (,,NGTF'', New York) zugestimmt, daß alle Mitglieder der IGA Lesbengruppen ermutigen, der IGA beizutreten, so daß langfristig nicht nur eine gleiche Vertretung von Lesben und Schwulen stattfindet, sondern auch in den örtlichen/nationalen Organisationen die Geschlechterparität verwirklicht wird. Angeregt wurde für die nächste Konferenz eine AG Lesben, sowie alle Frauengruppen über die IGA-Aktivitäten zu informieren.

Offensichtlich war auch, daß die IGA z.Z. eine eurozentrische, von weißen Schwulen dominierte Organisation ist und daß — in Ermangelung von Kontakten zu Schwulen/Lesben aus Ländern der ,,3. Welt'' — Anstrengungen unternommen werden müssen, um Informationen über ihre Lage zu erhalten und sie in die Arbeit mit einzubeziehen. Vorschlag der ,,Gay Activists Alliance'' (London): Alle Mitglieder sollen Informationen sammeln und sie im IGA-Newsletter veröffentlichen. (Anfragen bei ,,3. Welt''-Organisationen). Nach Diskussion wurde dieser Vorschlag auf alle Länder erweitert, in denen es keine Schwulenbewegung gibt, d.h. in Ländern des ,,realen Sozialismus'', VR China, Albanien etc.

Zur Verbesserung des Informationsflusses wurden zahlreiche Maßnahmen vereinbart, sodaß Meldungen nach einem festgelegten Schneeballsystem weitergegeben und die Öffentlichkeit mobilisiert werden kann.

Der ,,Newsletter'' soll häufiger erscheinen und damit aktueller sein. Für die Durchführung von Aktionen wurde vereinbart, daß Hinweise auf die IGA-Mitgliedschaft bzw. -Initiative erfolgen.

Workshop D: Internationale politische Aktionen

Diese AG befaßte sich mit konkreten Fällen von Repression in einigen Ländern und beriet Aktionen.

1. Spanien

Homosexuelle Organisationen sind immer noch illegal. Schwule und Lesben organisieren sich unter falschem Namen. Obwohl Homosexualität von der Liste der Verbrechen mit der Überschrift ,,Soziale Gefahr'' gestrichen wurde, werden Homosexuelle weiter mit dem §431 (,,Öffentlicher Skandal'') und § 432 (,,Verführung Minderjähriger'') verfolgt. Ein ,,Minderjähriger'' ist in Spanien eine Person unter 23 Jahren. Beschlossene Maßnahmen der IGA: 1. Brief an den spanischen Premierminister, in dem gegen die Weigerung der spanischen Regierung protestiert wird, die ,,Gay Liberation Front'' Kataloniens zu legalisieren; 2. IGA-Mitgliedsorganisationen werden einen Rundbrief unter Politikern, Intellektuellen etc. zur Unterschrift zirkulieren lassen, um ihn an die spanische Regierung zu schicken.

2. Kanada

Polizeiüberfall auf die Redaktion der ,,Body Politics'', eine der bekanntesten Schwulen/Lesbenzeitungen der Welt wegen Veröffentlichung des Artikels ,,Boys love men, men love loys''. Das Anklageverfahren gegen die Redakteure wird von der Regierung betrieben. Maßnahmen: 1. Protestbriefe an Attorney General Roy Mc. Murthy, Queens Park, Toronto, Ontario, Kanada und an Botschaften Kanadas! (Näheres über die Repression gegen ,,The pink triangle Press'' und ,,Body Politics'' vgl. ,,IGA-Newsletter'' No. 2, S. 16 und letzte Ausgabe der ,,Body Politics''); 2. Tragen von Spruchbändern beim Christopher Street Day am 30. Juni: *,,Weg mit der Anklage gegen Body Politics''.*

3. Sowjetunion

Artikel 121 des sowjetischen Strafgesetzbuchs sieht Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren bei Homosexualität unter erwachsenen Männern vor. Maßnah-
setzbuchs sieht Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren bei Homosexualität unter erwachsenen Männern vor. Maßnah-
men: 1. Die IGA sendet zwei Personen pro Mitgliedsorganisation zu einer Demonstration am Vortag der offiziellen Eröffnung der Olympischen Spiele nach Moskau; 2. Am gleichen Tag werden in den Heimatländern der IGA-Mitgliedsorganisationen Demonstrationen vor den sowjetischen Konsulaten/Botschaften durchgeführt. Koordination erfolgt durch FUORI! Informationen werden in allgemeiner Form an die Medien gegeben.

4. Brasilien

Die Verhandlungstermine gegen das Herausgeberkollektiv der Zeitung ,,Lampiao'' (vgl. AK 146) stehen noch nicht fest. Sobald brasilianische Schwule und Lesben näheres erfahren, werden die IGA-Mitglieder Solidaritätsmaßnahmen ergreifen (vgl. auch ,,IGA-News'' No. 2).

5. Südamerika

Es ist bekannt, daß in vielen südamerikanischen Ländern Homosexuelle verschwunden sind. Südamerikanische Gruppen sind bisher nicht Mitglied der IGA. Die spanischen Organisationen werden mit den Exilgruppen — und im Lande befindlichen Gruppen — Kontakte herstellen und alles Material über Einzelfälle sowie die generelle Lage sammeln und an die Öffentlichkeit bringen.

6. Iran

Über verschiedene Kanäle, insbesondere durch Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung, wird weiter versucht, über die Lage der Lesben und Schwulen Material zu erhalten und Solidaritätsaktionen zu organisieren (vgl. den Bericht von Enzo Francone in AK 152, siehe auch ,,Emma'' Nr. 5).

Soweit ein auszugsweiser Überblick über die 1. IGA-Konferenz. Die Gründung dieser Organisation ist ein großer Fortschritt, um die internationale Solidarität unter Schwulen und Lesben zu stärken. Insbesondere in den deutschsprachigen Ländern muß jedoch noch einiges getan werden, um den Anschluß an die internationale Schwulen- und Lesbenbewegung zu gewinnen. Packen wir's an! Die nächste Jahreskonferenz der IGA wird Ostern 1980 in Barcelona stattfinden. Eine informelle Zwischenkonferenz ist für August anläßlich des CHE-Kongresses in Brighton/GB vorgesehen.

Adresse der IGA-Zentrale:
Information Secretariat IGA
(Hirschfeld Center)
10 Fonnes, St. Upper, Dublin 2,
Irland; Tel.: 710608, mailing address:
c/o P.O.Box 931, Dublin 4.

Endlich auch in Hannover: ROSA HILFE!

Jahrelang haben wir selbst Schwierigkeiten gehabt, unsere Homosexualität anzunehmen und mit ihr zu leben. Jeder von uns hat die Erfahrung gemacht, daß es nicht so einfach ist, offen über seine Homosexualität zu reden, wenn ihm danach war.

Wir haben die Konsequenz daraus gezogen, uns zusammenzusetzen, um anderen Homosexuellen Rat und Tat anzubieten.

Als Gruppe von Laien zusammen mit einem Therapeuten stehen wir ab sofort allen als Gesprächspartner zur Verfügung. Wir wollen aber nicht nur ,,Telefonseelsorge'' sein, sondern auch im Zweiergespräch oder im Gruppengespräch helfen. Wir sind jeden Dienstag von 18 - 20 Uhr unter der Nummer 0511/316157 telefonisch zu erreichen. Wer lieber schreiben will, erreicht uns unter:
,,Rosa Hilfe''
Psychologisches Team
Von-Alten-Allee 3
3000 Hannover 91

Die ROSA HILFE versteht sich als Arbeitsgruppe im Rahmen der Homosexuellen Aktionsgruppe Hannover (HSH).
ROSA TELEFON:
0511/316157

Jü/Hannover



Schwule Antifa-Veranstaltungen in Westberlin und Hamburg

Westberlin. Anläßlich des 44. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus rief die AHA (allgemeine homosexuelle arbeitgemeinschaft) zu einer Veranstaltung auf, um den vergessenen Opfern des Faschismus zu gedenken und um deren Schicksal ins öffentliche Bewußtsein zu rücken: Den homosexuellen Männern und Frauen — die Träger des Rosa Winkels in den Hitler-KZs. „*Viel ist über das Los der Juden, der 'Politischen' und der Zigeuner geschrieben worden, doch die Männer* (und Frauen — Anm. AG Schwule) *mit dem Rosa Winkel — so wurden die homosexuellen KZ-Opfer gekennzeichnet — werden so gut wie nie erwähnt. Und doch mußten sie, ebenso wie die Juden, die ganze sadistische Gewalt des Nazi-Regimes spüren und erdulden, und schon bei ihrer Einlieferung ins KZ war ihr Schicksal besiegelt.*

Diese Ignoranz gegenüber dem Schicksal der Homosexuellen wurde in der Nachkriegsgeschichte institutinalisiert: Der Bundesgerichtshof beschloß 1957, daß sie — insofern sie die KZs überhaupt überlebt hatten — von Wiedergutmachungsleistungen auszuschließen seien, da sie als 'kriminelle' — rechtmäßige — KZ-Insassen zu gelten hatten" (Aufruf der AHA).

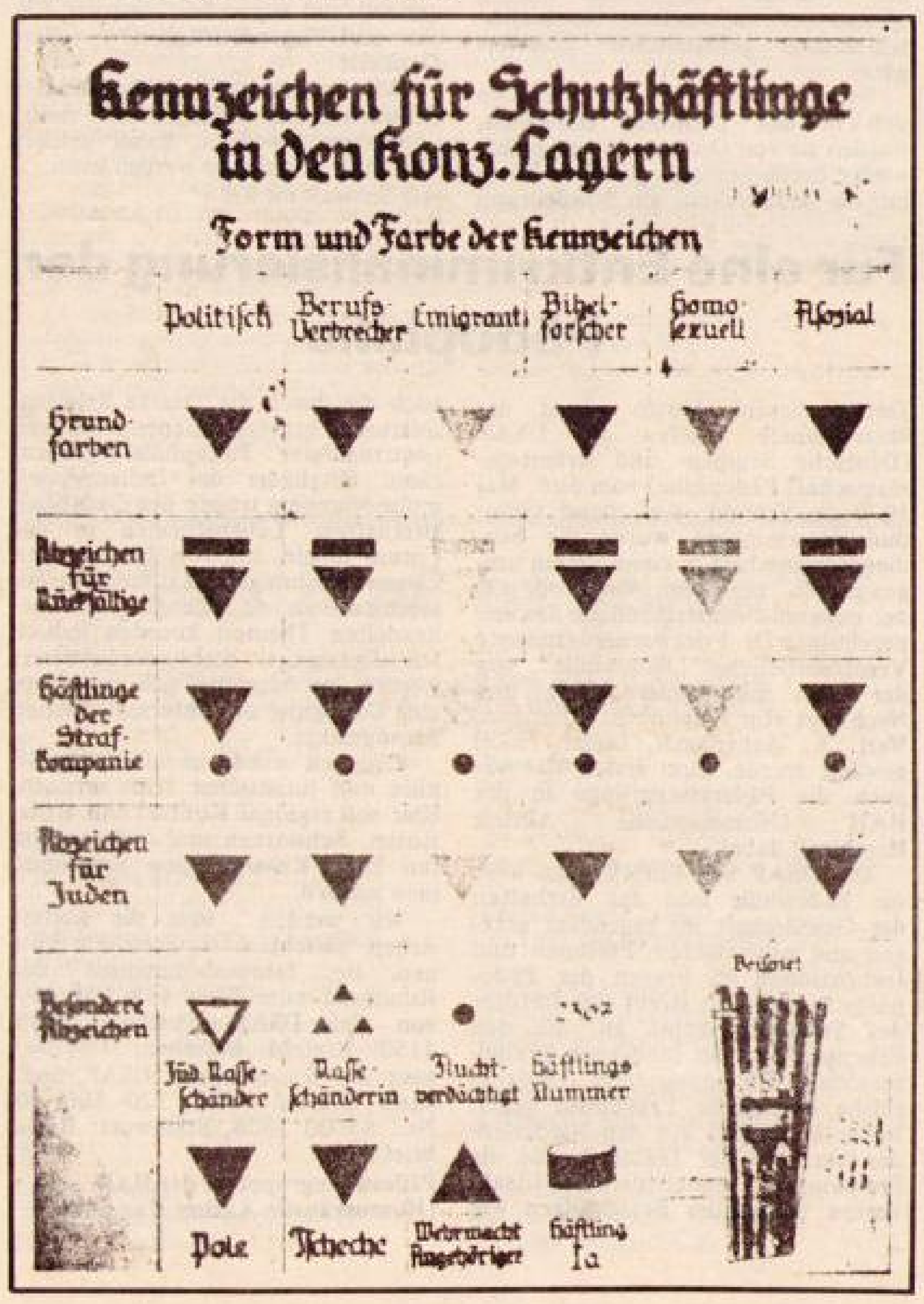
Auch der von den Nazis verschärfte § 175 wurde in dieser Form erst 1969 abgemildert, somit für die Homosexuellen der Faschismus auch erst 1969 endete.

Die Veranstaltung der AHA endete mit einem Schweigemarsch zum Mahnmal der Opfer des Nazi-Regimes mit anschließender Kranzniederlegung.

Hamburg. Auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme fand eine Kranzniederlegung von 175 Antifaschisten, darunter 40 „Unnormale" statt. Ihr Vertreter erinnerte in seiner Ansprache an die ca. 1.000 homosexuellen Opfer der Hitlerbarbarei allein in Hamburg, die nach der 1935 erfolgten Verschärfung der §§ 174 — 176 eingekerkert und größtenteils ins KZ Neusustrum bei Papenburg verschleppt wurden. Dies KZ — ein Moorlager — war eines der berüchtigsten Arbeitslager des Nazi-Faschismus. Von seinen 3.000-4.000 Insassen waren die Hälfte Homosexuelle.

Für dieses KZ war nicht etwa die GeStaPo, sondern die H a m b u r g e r J u s t i z zuständig. Häftlinge, die Neusustrum überlebten, kamen in den Strafvollzug nach Hamburg-Fuhlsbüttel und dann — nach Verbüßung ihrer Reststrafe — ins KZ Neuengamme. Dort trugen nach Augenzeugenberichten ca. 150 den Rosa Winkel. In der Ansprache wurde insbesondere des Berliner Anwalts Teddy Ahrens gedacht. Ahrens hatte viele Schwule vor Gericht verteidigt und war dann selbst in die Mühlen der Nazi-Justiz und SS geraten. Ahrens setzte sich im KZ Neuengamme für die Interessen seiner schwulen Mithäftlinge ein. Am 3. Mai 1945 kam er auf der „Ascona" in der Ostsee um.

AK Schwule im KB



4.000 am „Rosa Samstag" in Roermond

Von einem Hexenwagen mit der Aufschrift **„Homos und Hexen: ein und dasselbe!"** angeführt, zog am Ostersamstag (14.4.) bei strahlendem Sonnenschein ein bunter Demonstrationszug mit rund 4.000 Menschen durch die limburgische Bischofsstadt Roermond (Niederlande). Sie waren dem Aufruf der niederländischen Schwulen und Lesbenorganisation COC (Vereinigung zur Integration der Homosexualität gefolgt, gegen diskriminierende Äußerungen führender katholischer „Kirchenväter" gegenüber Homosexuellen zu protestieren.

Anlaß für die Demonstration unter dem Motto „Rosa Samstag in Roermond" waren vor allen Dingen die Sprüche des ultra-konservativen, reaktionären Bischofs von Roemond, Gijsen, der in einem Interview mit der Zeitschrift „Elseviers Magazin" u.a. geäußert hatte, daß Schwule und Lesben in seiner Kirche nicht als „*vollwertige Mitglieder*" gelten könnten.

Der Aufruf zum „Rosa Samstag" wurde nicht nur von Schwulenorganisationen, Frauenorganisationen und von linken Organisationen unterstützt, sondern von nahezu allen politischen Parteien (sogar von der Schwesterpartei der CDU, dem CDA) und außerdem von verschiedenen kirchlichen Gruppen und von Pfarrern etc.

Allerdings wurden in der Erklärung des CDA z.B. die Schwulen verglichen mit „*Hungrigen, Durstigen, Fremden, Nackten, Kranken, Gefangenen*" denen auch ein gleichwertiger Platz in der Gesellschaft zustünde.

Ganz anders sahen da schon die in der Demonstration mitgeführten Parolen aus: „*Holocaust – schon wieder?*", „*Katholische Kirche, Großhandel in Schuld und Buße!*", „*Je frustrierter, je höher die Position in der Kirche!*", „*Ecce Homo*", „*Lieber Lesbisch!*", „*Hurra Homo!*". Viele trugen den Rosa Winkel. Während der Demonstration teilten einige der – zum großen Teil sehr bunt gekleideten und angemalten – Demonstranten rosa Luftballons und Blumen an die in großer Zahl anwesenden Zuschauer aus. Die Zahl der „Gegendemonstranten" war nur sehr gering. Nachdem Anhänger Gijsens vergeblich versucht hatten ein Demonstrationsverbot zu erreichen, wurde eine „Gegenaktion" angekündigt (u.a. von ehemaligen Soldaten der Kolonialtruppe), die jedoch nicht stattfand. So beschränkte sich die „Gegenaktion" auf drei alte Frauen mit dem Schild „*Die Worte von Bischof Gijsen sind die Gesetze Gottes*" und einen weiteren Aufrechten, der mit seinem Schild vor „*Sodom und Gomorra*" warnte.



Der Demonstrationszug zog vorbei an dem Wohnsitz des Bischofs. Unter lautem Gesang wurde dem Hausmeister des Bischofs – Gijsen selbst hatte sich verkrochen – eine Erklärung übergeben, in der gegen die diskriminierenden Äußerungen Stellung genommen wurde und die von mehr als 8.500 Menschen (darunter auch zahlreichte Katholiken) unterzeichnet worden war.

Das Fest mit dem der „Rosa Samstag" abgeschlossen wurde, mußte in einem gemieteten Zelt auf einem Industriegelände außerhalb der Stadt stattfinden, da sich in der Stadt kein Saal gefunden hatte für „eine derartige Veranstaltung". Was Jubel, Trubel und viel Wärme jedoch keinen Abbruch tat ... !

Ein Genosse aus Sittard (Limburg)

Starke Beachtung fand der „Rosa Samstag" auch in der gesamten niederländischen Presse. Ganz- bzw. mehrseitige Artikel waren keine Ausnahme. Die linksliberale „Vrij Nederland" (21.4.) z.B. nahm die Demonstration zum Anlaß, einen ausführlichen Rückblick auf die Schwulenverfolgung zu bringen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Verbrechen der Faschisten an den Schwulen.

In kirchlichen Kreisen selbst wurde Gijsens Auffassung, Homosexuelle nicht als „vollwertige Gemeindemitglieder" ansehen zu wollen, öffentlich und selbst im Rahmen von Predigten widersprochen.

In den Begleitsendungen zu „Holocaust" (die Serie läuft in diesen Tagen in den Niederlanden) werden jetzt auch die Homosexuellen als Opfer der Nazis genannt.

Die Homogruppe der Pazifistischen Sozialistischen Partei hat sich wegen eines Platzes für ein Denkmal für die im Faschismus ermordeten Schwulen an den Amsterdamer Gemeinderat gewendet („de Volkskrant", 5.5.79).

Niederlandekommission

Kurzmeldungen

Französische Schwulenzeitung am Kiosk

In ganz Frankreich wird die gerade neu erschiene Zeitung „Le Gai Pied" an den Kiosken zu haben sein – ein Durchbruch für die französische Schwulenpresse, weil bis heute keine Schwulenzeitung am Kiosk erhältlich war. Die Zeitung erscheint vorerst zweimonatlich.

(Alle Meldungen nach „Gay News" 164-165)

Gewerkschaftsunterstützung für offen Schwule

Das Tragen einer Schwulenplakette
offen Schwule

Das Tragen einer Schwulenplakette war Anlaß genug für die Leitung eines Londoner Krankenhauses, ihren Pförtner Jamie Dunbar rauszuwerfen. Hatte sie allerdings gehofft, dies ohne Probleme durchzuführen, so wurde sie getäuscht. Nicht nur die Gewerkschaft Gesundheitsdienst, sondern nun auch die „Vereinigung kirchlicher, technischer und städtischer Angestellter" (ACTSS) kämpfen für die Rücknahme der Entlassung Dunbars. Letztere schickte eine Resolution an den zuständigen Distrikt-Verwalter, worin sie „*das Recht eines jeden Schwulen unterstützt, offen schwul zu sein, ohne daß er deshalb seine Anstellung verliert oder sonstwie beieinträchtigt wird.*"

Nächtlicher Überfall auf „GAY SWEATSHOP"

Nach der Aufführung ihres neuesten Stückes in Birmingham wurden die Mitglieder der schwulen Theatergruppe „Gay Sweatshop" auf dem Weg zu einer Bar überfallen. Gemeinsam waren sie mit zwei Mitgliedern des Theaters zum Grosvenor House Hotel gefahren, das als Schwulentreffpunkt bekannt ist. Plötzlich sprangen aus zwei Autos neun mit Schlaginstrumenten bewaffnete Männer, liefen auf sie zu und schrien dabei: „*Tötet diese Bastarde!*" Da zufällig ein Polizeiwagen vorbeikam, flohen die Männer. Ergebnis:

Ein Mitglied der Truppe lag bewußtlos und mit Wunden am Kopf auf dem Pflaster.

Dies war nicht der erste Fall von Überfällen auf Schwule in dieser Gegend. In den zwei Wochen davor hat es schon zwei versuchte Angriffe auf Schwule in der Nähe des Grosvenor House Hotels gegeben. (nach Gay News 165)

INFORMATIONS-& DISKUSSIONSFORUM Lila Klatschmohn

Die zweite Ausgabe der unregelmäßig erscheinenden Zeitung „Lila Klatschmohn" ist jetzt erschienen. Neben verschiedenen Gedichten von P.P. Zahl, Ulli Kattenstroh und Arnfried Astel und einem historischem Beitrag aus der ‚Weltbühne' von Franz Blei enthältder ‚LK' Artikel über die „Entpolitisierung der Schwulen", eine Auseinandersetzung mit dem Rosa Kalender '79 und überden sogenannten Rosa Konzern in Westberlin.

Gerade im letztgenannten Beitrag würden wir es begrüßen, wenn die Gemeinsamkeiten der verschiedenen

Gerade im letztgenannten Beitrag würden wir es begrüßen, wenn die Gemeinsamkeiten der verschiedenen

schwulen Projekte und der Schwulen selber mehr betont würden. Abgrenzungshysterie sollten wir nun wirklich nicht in den Vordergrund stellen. Ansonsten wünschen wir dem ‚LK' weiterhin viel Erfolg (die erste Ausgabe mit einer Auflage von 480 ist restlos vergriffen).

AG Schwule im KB

Griechischer Dank für weltweite Unterstützung

„*Herzlichen Dank an alle Gruppen, Organisationen und Freunde außerhalb Griechenlands, die uns ihre Solidarität angeboten haben und ihre Hilfe bei unserem schwierigen Kampf gegen das faschistische, antidemokratische und verfassungswidrige Gesetz, das die griechische Regierung durchs Parlament zu bringen versucht und das ‚Gesetz zur Verhinderung von Geschlechtskrankheiten und zur Regelung anderer Probleme' heißt!*" schreibt die AKOE, die sich in Griechenland zum Kampf gegen dies Gesetz gebildet hatte, in einem weltweit verbreiteten Brief. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die AKOE in Zukunft in der International Gay Association (IGA) mitarbeiten will: „*Wir bedanken uns speziell bei der IGA für die schnelle und effektive Aktivität, die zu Demonstrationen im September '78 in Irland, Italien, Frankreich, BRD, Holland, Kanada, Australien, Großbritannien, Dänemark und Schweden führte. Aufgrund dieser von der IGA organisierten Mobilisierung haben wir beschlossen, Mitglied zu werden.*"

Homosexualität ist ansteckend...

Diese Festtellung wurde im englischen Rundfunk vom Vorsitzenden der „Festival of Light", Eddie Stride, gemacht. Diese bemerkenswerte Gesellschaft (offensichtlich frustrierter) Heuchelhennen und -hähne, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, in Großbritannien die Diktatur der Normalität zu verteidigen, wird außerdem von Mary Whitehouse angeführt – eine Art britische Anita Bryant. Stride meinte: „*Die Meinung unserer Organisation ist, daß wir glauben oder vielmehr wissen (hat ihnen wohl der liebe Gott eingeflüstert), daß man zur Homosexualität verführt werden kann, daß man mit diesem Problem geboren sein kann und daß man davon quasi angesteckt werden kann...*" Auch seine homosexuellen Freunde teilten die Ansicht, homosexueller Sex sei krank, weil dadurch die „ Schöpfung zerrüttet" würde!

Schwule und Lesben fordern ihre Gewerkschaft heraus

Auf einer Delegiertenkonferenz der britischen Lehrergewerkschaft NUT (National Union of Teachers) in Scarborough kritisierten Vertreter der

(National Union of Teachers) in Scarborough kritisierten Vertreter der

„Gay Teacher Group" (Gruppe homosexueller Lehrer) die ignorante Haltung ihrer Gewerkschaft. Begründung:

Seit drei Jahren wird der englischen Schwulen/Lesben-Organisation CHE vom Stadtrat das Recht verweigert, in Scarborough ihre Konferenzen abzuhalten.

Die liberale Partei und die „Vereinigung der Regierungsbeamten" (NALGO) solidarisierten sich mit CHE, indem sie seither Scarborough als ihren Tagungsort boykottierten.

Trotz dieser Beispiele und trotz Bitten der CHE bucht die NUT weiterhin die Säle in dieser Stadt! Dies wird als Affront der NUT gegen die Schwulen/Lesben gewertet und: „*homosexuelle Lehrer(innen) werden dadurch von der NUT desillusioniert*".

Außerdem wurden die Delegierten aufgefordert, eine Resolution zu unterstützen, in der die Diskriminierung „aufgrund der sexuellen Orientierung" zurückgewiesen wird. Einige Delegierte versprachen , die Resolution in ihren Ortsgruppensitzungen auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Resolution fordert u.a. „*konstruktive und positive Einstellung*" zur Homosexualität im Schulunterricht und Unterstützung für alle Lehrer und Schüler, die deswegen diskriminiert werden.

Es wurde daraufhin verwiesen, daß die Londoner Schulbehörde den homosexuellen Lehrer(innen) nur Zeitverträge kurzer Dauer gibt, so daß sie im Konfliktfalle von Schule zu Schule geschickt werden können.

Den Delegierten wurde der Zusammenhang zwischen „geschlechtsspezifischer" Erziehung und Diskriminierung von Homosexualität aufgezeigt.

In der Folge wurde die NUT beauftragt, bis Ostern 1980 eine Untersuchung über Geschlechterklischees zu erarbeiten.

1. Mai — Schluß mit Lesben- und Schwulenhatz!

Gleiches Recht am Arbeitsplatz!

In vielen Städten beteiligen sich Schwule (und dieses Jahr auch Lesben in Westberlin und Hamburg) an den traditionellen 1.Mai-Demonstrationen mit eigenen Flugblättern, Transparenten und natürlich auch eigenen Blocks. Denn: Homosexuelle Frauen und Männer sind am Arbeitsplatz einem Spezialstreß ausgesetzt: werden wir auf der einen Seite „normal" ausgebeutet wie jeder heterosexuelle Kollege bzw. Kollegin auch, so haben die meisten von uns noch eine zusätzliche Leistung zu erbringen: Wir müssen unsere Homosexualität dem Arbeitgeber und ebenso vor vielen Arbeitskollegen verbergen, um uns auf diese Weise vor antischwulen/-lesbischen Repressalien zu schützen.

Immerhin befürchten nach Untersuchungen von Dannecker/Reiche bzw. Schäfer 40% der männlichen und ca. ein Drittel der weiblichen Homosexuellen, daß bei Bekanntwerden ihrer Homosexualität ihnen sofort Nachteile entstünden. Jede(r) sechste Schwule/Lesbin hat dies zu spüren bekommen: So viele wurden aufgrund ihrer Homosexualität bereits einmal entlassen, versetzt oder nicht befördert. Allgemein bleibt festzuhalten:

– Arbeitgeber teilen sich in Zeugnissen in codierten Hinweisen die Homosexualität „ihrer" Arbeitnehmer/innen mit. Die Wendung: *„Er/Sie hat ein umfassendes Einfühlungsvermögen"* heißt z.B., daß der/die Bewerber/in schwul bzw' lesbisch ist.

– Mit der gleichen Begründung, mit der der §175 legitimiert wird - der Verführungsgefahr zur Homosexualität - werden Schwule und Lesben im pädagogischen und pflegerischen Bereich mit Entlassungen und Berufsverbot belegt: Dieses besondere Verhältnis - das vertraute - das Lehrer zu Schülern, Erzieher zu Schutzbefohlenen usw. hätten, könne zu einer Beseitigung der „natürlichen" Hemmschwelle führen. Dadurch würde eine Verführung zur Homosexualität begünstigt. Diesen Kack haben Sexualwissenschaftler schon vor langer Zeit widerlegt, trotzdem - s.o.!! (Kleine Nebenfrage: Ist es nicht vielmehr so, daß man/frau angesichts der ständigen Propaganda der Heterosexualität nicht eher ständig aufgrund der gesellschaftlichen Situation zur Heterosexualität verführt werden, - und das von Kindesbeinen an?)

– „Rosa Listen" existieren, in denen Schwule und Lesben polizeilich geführt werden, die bei Razzien in homosexueller Subkultur „auffielen". Diese werden auch von der Privatwirtschaft in Anspruch genommen.

Dies alles gehört zum schwulen bzw. lesbischen Berufsalltag und muß als Auswirkung von Vorurteilen und der Diktatur der Normalität bekämpft werden, auch bei -zig Kolleginnen und Kollegen. Denn die Diskriminierung machen sich die Kapitalisten zunutze, um die Kollegen/innen zu spalten: Oft müssen Schwule/Lesben am Arbeitsplatz **mehr** leisten, oder, wenn das nicht klappt, werden sie entlassen. Dann stören sie angeblich den Betriebsfrieden. Das sind die Gründe für Schwule und Lesben, sich an den 1. Mai Demonstrationen in eigenen Blöcken zu beteiligen

Im folgenden geben wir einen vorläufigen Überblick.

Hamburg: *„Lieber schwul und lesbisch sein, als ein repressives Schwein"* und *„Schwule und Lesben, stechen wie die Wespen - pieks - pieks - pieks"* skandierten die über 100 Teilnehmer/innen des Schwulen-Lesben- und Päderastenblocks, die einem Aufruf der „Homosexuellen Berufstätigengruppe" folgten. Seit langer Zeit war es gelungen, daß Schwule und Lesben und wohl überhaupt erstmalig auch Päderasten an einem gemeinsamen Block teilnahmen. Mit einem gemeinsamen Transparent mit der Aufschrift *„Schluß mit Schwulen- und Lesbenhatz! Gleiches Recht am Arbeitsplatz!"* und der schwulen Forderung *„Einstellung aller Berufsverbote und Lehrer"*, dem Motto der Lesben: *„Lesben erhebt Euch - und die Welt erlebt Euch"* und der Forderung der Päderasten *„Liebe statt Hiebe. Weg mit den §§ 174, 175, 176!"* verschafften sich die „Unnormalen" Aufmerksamkeit. Es bleibt festzuhalten, daß die Beteiligung der Schwulen, Lesben und Päderasten am 1. Mai die größte „Unnormalen"- Demo seit langem in Hamburg war.

Hannover: An der Demonstration beteiligten sich ca. 15 Schwule mit einem Flugblatt und einem Transparent. An der sich anschließenden Mai-Feier machte die Hannoveraner Schwulengruppe HSH einen Büchertisch.

Westberlin: Einen einheitlichen Schwulenblock gab es dieses Jahr nicht. In zwei Flugblättern, einmal von der „Homosexuellen ÖTV-Gruppe" und von der „Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher in der GEW Berlin" wurden die Schwulen und Lesben zu einer Teilnahme im GEW bzw. ÖTV-Block aufgerufen. Erfolg: jeweils ca. 30 „Unnormale" folgten dem Aufruf. Für Westberliner Verhältnisse ist das etwas mager.

Basel in der Schwyz: Die Baseler Schwulengruppe HABS nahm dieses Jahr ebenfalls an der traditionellen 1.Mai-Demonstration mit immerhin 50 Leuten teil, die im Laufe der Demonstration 3.000 Flugblätter verteilten, die nach Aussage eines Teilnehmers „gut ankamen". Das Transparent bestand aus einem großen Rosa Winkel, dem Kennzeichen homosexueller Menschen in den Hitler-Kz's.

Der 1. Mai bietet uns die Möglichkeit, unsere potentiellen Bündnispartner - und dazu gehören auch die Gewerkschaften - mit unseren Forderungen zu konfrontieren, leider wird dies von Schwulengruppen noch zu wenig genutzt.

Schluss mit der Diskriminierung Schwuler und Lesben am Arbeitsplatz!
Vernichtung aller „Rosa Listen", in denen Schwule und Lesben erfaßt sind.
Verbot der Erstellung von Zeugnissen und Personalbeurteilungsbögen, in denen Hinweise auf die Homosexualität der zu Beurteilenden enthalten sind
Gewerkschaftliche Unterstützung unserer Forderungen!!
Weg mit den §§ 174,175 und 176!!

AG Schwule im KB

Französische KP zur Homosexualität: „...nicht dafür und nicht dagegen!"

Drei hektische Tage im Pariser Blätterwald:

„le monde", 29. März: *„Engagierter Kommunist wird bestraft, weil er sich für Toleranz der Päderastie aussprach".*

„Liberation", 30. März: *„Kann man schwul und Kommunist sein?"*

„l'Humanite", 30. März: *„Eine neue antikommunistische Kampagne von ‚le monde'."*

Das waren nur die Schlagzeilen. Was war passiert?

Marc Croissant, Angestellter im Kulturbereich der Stadtverwaltung von Ivry (Vorort von Paris), Mitglied der PCF, beschwerte sich in einem Brief am 13. Januar an die „Humanite" über folgenden Sachverhalt: Die Stadtverwaltung von St. Quen (PCF) wurde von der rechten Wochenzeitschrift „Minute" wegen einer „Affäre" (Verführung Minderjähriger in einem Heim) attakiert, worauf „Humanite" in ihrer Berichterstattung auf der Ebene der moralischen Entrüstung blieb, ohne die Fakten in „Minute" und „France-Soir" zu prüfen. Hierzu schrieb er: *„....Wie auch immer die noch zu prüfenden Tatsachen aussehen mögen – und von da hätte man beginnen müssen – denken wir, daß es von größter Wichtigkeit wäre, die einzig mögliche Haltung der Kommunisten eindeutig zu bestätigen:* **die Verteidigung – ohne Einschränkung – des Rechts jedes Individuums (hier inbegriffen die Jugendlichen und Kinder) seine Sexualität so zu leben, wie es ihnen gefällt (und hier auch inbegriffen Homosexualität, Päderastie und jede andere Form von Sexualität) von dem Augenblick an, wo die Partner dem frei zustimmen."** Diese Ansicht fand der Direktor der „Humanite", Roland Leroy, für einen Kommunisten schlichtweg empörend, und warf ihm in einem Antwortschreiben vor, die P r o s t i t u t i o n von Kindern zu verteidigen!

Nun wäre die Meinung des Herrn Leroy nicht so bedeutend, wenn nicht im Hintergrund der Partei einiges ins Rollen gekommen wäre. Marc Croissant machte nämlich einen „Fehler". Er unterschrieb seinen oben zitierten Brief zusammen mit einem anderen Genossen im Namen der „Gruppe Homosexualität im CERM (marxistisches Studien- und Forschungszentrum der PCF)". Da sich aber die PCF sehr schwer mit der real existierenden Homosexualität tut, verwickelt sie sich lieber in kuriose Widersprüche „nicht dafür und nicht dagegen", unterstützt eine i n o f f i z i e l l e Schwulengruppe (im CERM) – in der Marc Croissant arbeitet – aber schmeißt den selben Marc Croissant aus der Partei, weil, dieser die Frechheit besaß und seine Gruppe beim Namen nannte.

Doch diese Geschichte ist noch nicht zu Ende. Marc Croissant arbeitet in einer von der PCF regierten Stadtverwaltung. Nachdem auch seine Genossen und Kollegen von der Sache Wind bekamen, wurde zwar heftig diskutiert, aber am Ende dieser Auseinandersetzungen verteilten seine Kollegen ein Flugblatt gegen den Päderasten Croissant! Sein Chef, der Bürgermeister Jacque Laloe (ebenfalls PCF) witterte schon den nächsten Sittenskandal und versetzte Marc Croissant kurz entschlossen in einen anderen Bereich der Stadtverwaltung, wo er nicht mehr so viel mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat...

Erst nach diesen Ereignissen entschloß sich Marc Croissant, nicht länger über diese miesen Praktiken zu schweigen, und informierte die Presse. Dieser Schritt war ganz schön mutig, weil er jetzt in ganz Frankreich als schwuler Sozialarbeiter bekannt ist.

Zu der Haltung der PCF ist nichts mehr hinzuzufügen. Es bleibt zu hoffen, daß die PCF von den Schwulen und allen andernen kritischen Genossen nicht in Ruhe gelassen wird: Am Samstag den 31. März überreichten einige Schwule aus den Pariser Schwulengruppen dem Bürgermeister von Ivry ein Protestschreiben und forderten ihn auf, Marc Croissant in seinen ursprünglich Dienst zu versetzen.

(nach „Le Monde", „Liberation", „l'Humanite" und Gesprächen mit Schwestern aus den Pariser Schwulengruppen)

gayrock

Ausgrenzung von Schwulen aus der antifaschistischen Massenkundgebung in Straßburg

Dem Bericht über die antifaschistische Massenkundgebung in Straßburg im letzten AK, an der über 20.000 Menschen teilnahmen, ist noch eine traurige und wahrlich nicht antifaschistische Tatsache hinzuzufügen: Unter den 20.000 befanden sich auch vier Mitglieder der AHA, der Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft Westberlin, die mit einem Transparent mit der Aufschrift

stehenzubleiben und den Zug vorbeiziehen zu lassen, und somit zumindest die Demonstrationsteilnehmer auf sich aufmerksam zu machen.

Bis heute liegt keine offizielle Stellungnahme seitens der Veranstalter vor. Inoffiziell war aber zu erfahren, daß das Transparent nicht angemeldet gewesen sei und daß außerdem die Schwulen die Ehrenhaftigkeit der Demonstration in Frage

‚le monde'.

Das waren nur die Schlagzeilen. Was war passiert?

Marc Croissant, Angestellter im Kulturbereich der Stadtverwaltung von Ivry (Vorort von Paris), Mitglied der PCF, beschwerte sich in einem Brief am 13. Januar an die „Humanite" über folgenden Sachverhalt: Die Stadtverwaltung von St. Quen (PCF) wurde von der rechten Wochenzeitschrift „Minute" wegen einer „Affäre" (Verführung Minderjähriger in einem Heim) attakiert, worauf „Humanite" in ihrer Bericht-

Rechts jedes Individuums (hier inbegriffen die Jugendlichen und Kinder) seine Sexualität so zu leben, wie es ihnen gefällt (und hier auch inbegriffen Homosexualität, Päderastie und jede andere Form von Sexualität) von dem Augenblick an, wo die Partner dem frei zustimmen." Diese Ansicht fand der Direktor der „Humanite", Roland Leroy, für einen Kommunisten schlichtweg empörend, und warf ihm in einem Antwortschreiben vor, die P r o s t i t u t i o n von Kindern zu verteidigen!

Nun wäre die Meinung des Herrn Leroy nicht so bedeutend, wenn

kuriose Widersprüche „nicht dafür und nicht dagegen", unterstützt eine i n o f f i z i e l l e Schwulengruppe (im CERM) – in der Marc Croissant arbeitet – aber schmeißt den selben Marc Croissant aus der Partei, weil, dieser die Frechheit besaß und seine Gruppe beim Namen nannte.

Doch diese Geschichte ist noch nicht zu Ende. Marc Croissant arbeitet in einer von der PCF regierten Stadtverwaltung. Nachdem auch seine Genossen und Kollegen von der Sache Wind bekamen, wurde zwar heftig diskutiert, aber am Ende

Ausgrenzung von Schwulen aus der antifaschistischen Massenkundgebung in Straßburg

Dem Bericht über die antifaschistische Massenkundgebung in Straßburg im letzten AK, an der über 20.000 Menschen teilnahmen, ist noch eine traurige und wahrlich nicht antifaschistische Tatsache hinzuzufügen: Unter den 20.000 befanden sich auch vier Mitglieder der AHA, der Allgemeinen Homosexuellen Arbeitsgemeinschaft Westberlin, die mit einem Transparent mit der Aufschrift „Schwule im KZ — Nie wieder" an der Demonstration teilnehmen wollten, um darauf hinzuweisen, daß zehntausende von homosexuellen Männern und Frauen in den Hitler-KZs umkamen und dies bis heute von der offiziellen (selbst der linken, speziell revisionistischen) Geschichtsschreibung geflissentlich ignoriert wird.

Sofort nachdem die vier Schwulen sich in den Demozug einreihten, wurden sie von Ordnern handgreiflich wieder herausgezogen. Es blieb ihnen nur die Möglichkeit, am Straßenrand stehenzubleiben und den Zug vorbeiziehen zu lassen, und somit zumindest die Demonstrationsteilnehmer auf sich aufmerksam zu machen.

Bis heute liegt keine offizielle Stellungnahme seitens der Veranstalter vor. Inoffiziell war aber zu erfahren, daß das Transparent nicht angemeldet gewesen sei und daß außerdem die Schwulen die Ehrenhaftigkeit der Demonstration in Frage stellten. Wessen Ehre und für wen?

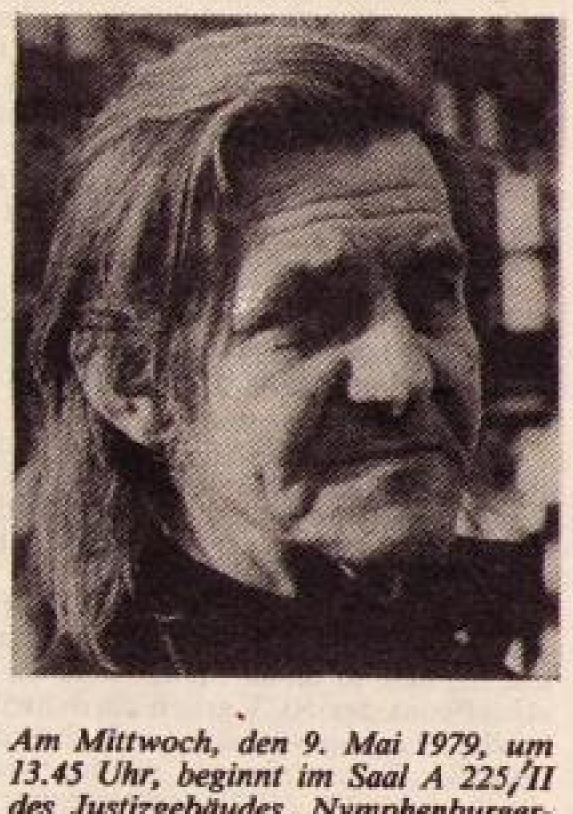
Dieses Verhalten der mehrheitlich unter revisionistischem Einfluß stehenden Veranstalter ist schlichtweg eine Unverschämtheit und eine Ohrfeige für jeden konsequenten Antifaschisten. Antifaschismus auf Kosten anderer und zugunsten abstruser Ehren- und Tugendhaftigkeit? — Nein Danke!!!

Wir hoffen, daß die betroffenen Schwestern der AHA den Fall weiter „verfolgen" werden, damit solchen Sauereien vorgebeugt werden kann.

AG Schwule im KB

Pressemitteilung TRIKONT

VERLAG GmbH
KISTLERSTR. 1
8000 MÜNCHEN 90
TEL. 089 / 691 78 21 – 22



Am Mittwoch, den 9. Mai 1979, um 13.45 Uhr, beginnt im Saal A 225/II des Justizgebäudes, Nymphenburgerstraße 16, der Prozeß gegen den Schriftsteller und Journalisten Peter S c h u l t , wegen angeblichem ‚sexuellen Mißbrauch' von Kindern. Schult, der zu den Mitbegründern des Kollektivs Rote Hilfe München gehört und seit Jahren ständiger Mitarbeiter der Münchner Stadtzeitung ‚Blatt' ist, wurde bereits vor einigen Jahren in einem aufsehenerregenden Prozeß von der Anklage wegen eines ähnlichen Vergehens freigesprochen, nachdem er in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe von 27 Monaten verurteilt worden war.

In zahlreichen Artikeln und in seinem, in unserem Verlag erschienen Buch ‚Besuche in Sackgassen' hat er sich mit dem Problem der Päderastie beschäftigt und so wesentlich mit dazu beigetragen, daß heute eine bundesweite Diskussion über die Pädophilie in Gang gekommen ist. Vor kurzem hat sich in Königswinter auch ein Kongreß, an dem zahlreiche bekannte Sexualwissenschaftler teilnahmen, mit der gewaltfreien Liebe zwischen Erwachsenen und Kindern befaßt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß es keine wissenschaftlichen Erkenntnisse über angebliche psychische und physische Schäden als Folge solcher Beziehungen gibt.

Schult wurde im Dezember 1977 verhaftet, nachdem zwei 13jährige Ausreißer in seiner Wohnung übernachtet hatten und man ihm vorwarf, er hätte mit ihnen (angezogen) in einem Bett geschlafen und sie gestreichelt, wobei er auch ihre Geschlechtsteile berührt haben soll. Nach den ersten widersprüchlichen Aussagen der Jugendlichen wurde er im Februar 1978 aus der Haft entlassen. Der erste Prozeßtermin im Januar 1979 mußte wieder abgesetzt werden, da es die Staatsanwaltschaft in ihrem Übereifer versäumt hatte, ihm eine Anklageschrift zuzustellen. Auch ansonsten sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft mehr als schlampig gewesen. So wird in der Anklageschrift behauptet, er hätte die beiden am 14.12.77 bei sich aufgenommen, in Wirklichkeit war es erst am 15.12.77, und das als Pornographie deklarierte Heft, das der Angeschuldigte den Jugendlichen zugängig gemacht haben soll, war ein Literaturmagazin des bekannten Verlages Eremitenpresse über Pornographie.

Nach seiner Entlassung im Februar 1978 schrieb Schult einen Artikel [....und streichelte unter anderem...], in dem er sich gegen die Methoden der Staatsanwaltschaft zur Wehr setzte und für die Aufhebung des Schutzalters bei Jugendlichen eintrat. Dieser Artikel löste eine lebhafte Debatte aus und wurde von zahlreichen homosexuellen und alternativen Zeitschriften nachgedruckt. Schult gilt in München als ein engagierter Journalist, der sich kritisch mit der bundesdeutschen Justiz und der Polizei auseinandersetzt. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen ihn ist daher auch im Zusammenhang mit seiner Position als Schriftsteller und Journalist zu sehen.

Typisch für die deutsche Justiz ist übrigens auch in diesem Verfahren, daß sie zwar wegen der angeblichen sexuellen Vergehen Schult sofort in Haft nahm und Anklage erhob, aber wegen der körperlichen Mißhandlungen der Jugendlichen durch ihre Eltern — Anlaß für die Flucht — nichts unternahm. Für Schult, der sich zur Päderastie bekennt, wird dieser Prozeß sicherlich ein Anlaß sein, die Moralgesetze unserer Gesellschaft anzugreifen und für das Recht auf freie Sexualität zwischen Erwachsenen und Jugendlichen einzutreten.

Weitere Informationen und Auskünfte können über den Anwalt von Peter Schult, Jürgen A r n o l d , Hohenzollernstraße 102, 8000 München 40, eingeholt werden.

Die oben erwähnten Artikel von Peter Schult sind über seine Anschrift [Berg-am-Laimstraße 89/I, 8000 München 80] kostenlos erhältlich.

Anschrift des Gerichts: Amtsgericht München [Aktenzeichen 452 Ls127 a Js 5822/77] Justizgebäude Nymphenburgerstraße 16, 8000 München 35, z.Hd. Richter Sporrer.

Wir bitten, mit Briefen und Karten an das zuständige Gericht gegen das Verfahren zu protestieren.

Für eine Entkriminalisierung der Pädophilie

Unter diesem Motto stand das überregionale Treffen der DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) vom 5./6. Mai 1979 in Krefeld. Auf dieser Gründungsversammlung wurde die Studiengemeinschaft in einen Verein umgewandelt, in dessen Vorstand u.a. der bekannte niederländische Sexualpsychologe Dr. Frits Bernard (neueste Veröffentlichung: „Pädophilie": von der Liebe mit Kindern, Hrsg. und Nachwort von Joachim S. Hohmann, Verl. A. Achenbach, Lollar 1979) gewählt wurde. Zum ersten Mal war auch die Päderastengruppe in der HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg) dabei.

Die DSAP will Forschungen über die Pädophilie und das Verhalten der Gesellschaft ihr gegenüber anregen und unterstützen, Personen und Institutionen in Fragen der Pädophilie beraten. Sie strebt eine Reform des Sexualstrafrechts an, die den Erkenntnissen der modernen Sexualforschung Rechnung trägt. Umfangreiche empirische Ergebnisse liegen bisher leider nur aus den Niederlanden vor. Auf der Tagung wurde die Problematik unrealistischen Idealisierens pädophiler Beziehungen wie auch die durch die starke Kriminalisierung hervorgerufenen Formen „entfremdeter" Pädophilie angesprochen. Mitglieder der Indianerkommune Nürnberg trugen den Gedanken alternativer Lebensformen in das Forum hinein, um von den fixierten Zweierbeziehungen zu offenerem Zusammenleben zu gelangen. Die behandelten Themen konnten jedoch aus Zeitmangel nicht ausdiskutiert werden, es handelte sich mehr um eine Darlegung der unterschiedlichen Standpunkte.

Einigkeit wurde in puncto Knasthilfe und juristischer Hilfe erreicht. Hier soll regional Kontakt mit Rosa, Roten, Schwarzen und anderen Hilfen bzw. Knastgruppen aufgenommen werden.

Wir werden über die weitere Arbeit berichten. Interessierte können im Jahresabonnement den Rundbrief zum Preis von DM 36,– von der DSAP, Postfach 3236, 4150 Krefeld beziehen. Überweisung auf Sonderkonto DSAP, Sparkasse Krefeld (BLZ 320 500 00) Nr.: 65 00 3808, Stichwort: Rundbrief-Abo.

Päderastengruppe in der HAH (Homosexuelle Aktion Hamburg)

KULTUR

Offener Brief an die „Initiative Rock gegen Rechts"

Liebe antifaschistische
Rockfreundinnen und -freunde!

betrifft:
Eure erste Veranstaltung am
14.4.79 in der „Markthalle".

Eure Initiative begrüße ich von ganzem Herzen. Ich meine wie Ihr, daß mit einer solchen Initiative viele, gerade junge Menschen auf lockere Art in ihrem antifaschistischen Engagement gestärkt oder sogar neu für ein solches Engagement gewonnen werden können. Ich teile auch Eure Hoffnung, den Marktmechanismen der Rock-Szene eine solidarische Kooperation der Gruppen entgegenstellen zu können usw. Dementsprechend habe ich mich persönlich riesig gefreut und es politisch sehr begrüßt, daß Ihr mich eingeladen habt, im Namen des KB auf Eurer ersten Veranstaltung über die gegen den KB derzeit laufenden Staatsverleumdungsprozesse berichten zu können. Ich hielt das für eine gute Gelegenheit, die schwierige Thematik dieser Prozesse Menschen bekannt zu machen, die davon nichts oder nur wenig gehört haben.

Über Euren Bericht im „Arbeiterkampf" Nr. 152 muß ich mich aber doch sehr wundern. Dort ist zu lesen: „Wir werden auf unseren eigenen regelmäßigen Veranstaltungen und Festivals direkt von der politischen Unterdrückung Betroffenen die Möglichkeit geben, sich zu äußern (wie heute Kai Ehlers).." – Tatsache ist: ich wollte auf der Veranstaltung sprechen, habe es dann aber nicht getan, weil Ihr mir faktisch die Möglichkeit eben leider nicht gegeben habt! Da Ihr das nicht selbst ansprecht, sehe ich mich veranlaßt, das öffentlich zu erklären, um Wiederholungen dieser Art zu vermeiden.

Die Veranstaltung sollte um 19.00 Uhr beginnen. – Sie begann erst um 20.30 Uhr. Das war bereits der erste Frust für ein Publikum, das immerhin 8,– DM bezahlt und sich den Ostersamstag dafür freigemacht hatte. Nach einem sehr knappen Eröffnungsbeitrag folgte dann eine halbe Stunde der Auftritt der „Rotators". Das schaffte etwas Stimmung. Wer nach dem Auftritt der „Rotators" allerdings inhaltliche Beiträge erwartet hatte, sah sich getäuscht. Stattdessen wurde gut eine dreiviertel Stunde lang umgebaut – es wurde von Euch nicht einmal für nötig gehalten, sich dafür bei dem Publikum zu entschuldigen. Ich bin während dieses wortlosen und frustierenden Geschiebes auf der Bühne dreimal zu Euch gegangen mit der Aufforderung, diese beknackte Umbauphase wenigstens dafür zu nutzen, während der Zeit Eure Initiative durch den vorbereiteten Beitrag vorzustellen, das Publikum zu informieren usw. Mir wurde erst geantwortet: es gibt kein Parallelmikrofon, außerdem sei es sowieso gleich soweit. Beim dritten Mal wurde mir geantwortet: „Daran muß sich das

trag vorzustellen, das Publikum zu informieren usw. Mir wurde erst geantwortet: es gibt kein Parallelmikrofon, außerdem sei es sowieso gleich soweit. Beim dritten Mal wurde mir geantwortet: „Daran muß sich das
Publikum gewöhnen!" – Leute! Das ist in meinen Augen eine Verarschung: daran werden Rockliebhaber- und Liebhaberinnen vom commerziellen Rockbeschiß ja wohl bereits genügend gewöhnt! Dazu brauchen wir nicht noch ausgerechnet eine linke Initiative! Ich denke schon, daß Ihr da von Eurem arroganten Star-Sockel runter müßt: Euer Anspruch ist schließlich nicht, wenn ich recht verstanden habe, den Fans die Zeit und das Geld zu klauen, sondern sie für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Ohne ein wenig Agitation wird's dabei auf Dauer wohl nicht abgehen.

Nach dieser Pause, die angefüllt war mit Pfiffen und Frustrationsausbrüchen im Publikum, erschien die Gruppe „Franz K" – tut mir leid: mit Rock gegen Rechts hatte deren Auftritt m.E. nicht viel zu tun. Eine Musikkritik spare ich mir hier. Diese Band machte die mieseste Imitation der üblichen beschissenen Fan-Shows. Ein paar von den inzwischen nicht mehr ganz nüchternen Leuten neben mir gröhlten: „Das ist doch nicht Rock gegen Rechts, das ist wohl eher Rock von Rechts." Ich geb das wieder, um die Stimmung zu kennzeichnen, die sich bei der Veranstaltung inzwischen breit machte. Der einzige Inhalt, den diese Gruppe verständlich vorbrachte, war: „Wir haben Bock auf Rock – eh! Wir haben Bock auf Rock – eh " usw. usf.

Als diese Band etwa 23.50 Uhr aufhörte – war noch k e i n inhaltliches Wort gefallen! In dieser Situation habe ich es vorgezogen, meinen Beitrag zu dem Prozeß gegen die Zweifel an den „Selbstmorden" in Stammheim nicht mehr zu halten. Es war durch die Veranstaltung dazu überhaupt keine Voraussetzung geschaffen worden, im Gegenteil! Ich kam mir mit meinem beabsichtigten Beitrag völlig fehl am Platze und wie ein Bittsteller vor und fühlte mich auch persönlich einfach hängengelassen. Das ging mir so, obwohl i c h immerhin organisiert bin und eine „prominente" Sache zu vertreten hatte. Wie mag es dann erst Gästen von Euch gehen, die auf Eure Hilfe noch mehr angewiesen sind, als ich es an diesem Abend war?!

Schließlich noch eine Anmerkung: nachdem ich bereits gegangen war – habt Ihr dann einen x-beliebigen Genossen vom Büchertisch des KB gefragt, ob er nicht vielleicht den Beitrag halten könnte, da ich nicht mehr da sei ...! Also, ehrlich: mußte d a s nun auch noch sein? Und im „Arbeiterkampf" findet Ihr k e i n selbstkritisches Wort. Das gefällt mir an der ganzen Sache noch am allerwenigsten!

Ich bitte Euch herzlich, diese Kritik zu überdenken, damit die schöne Initiative nicht abstirbt, bevor sie zu leben begonnen hat!

Ich wünsche Euch und uns allen viel Erfolg mit der weiteren Arbeit von „Rock gegen Rechts"

herzlich und solidarisch

Kai

„Festival of fools" Recklinghausen

Programm 22.-26.5.79

22.5.

Bam Sisters (absurdes Theater)
21 Uhr, Schallanda Disko, 5 DM

John Strong & Perry Tillmann
(softer Folkrock)
20 Uhr, Baum Kneipe, 5 DM

Two Reel Company (Slapstick)
20 Uhr, Altstadtschmiede, 5 DM

23.5.

Spider Woman
(Feministisches Theater)
21 Uhr, Schallanda, 5 DM

Bam Sisters
19 Uhr Baum Kneipe
Gusty (schottish-irish Folk)
21 Uhr Baum Kneipe
beide Veranstaltungen 6 DM

Carlos Trafic (solo)
20 Uhr, Altstadtschmiede

Katie Duck (solo)
21 Uhr, Altstadtschmiede
beide Veranstaltungen 5 DM

Schröders Roadschow
(Anarcho Musiktheater)
19 Uhr, Vestlandhalle

Bob Kers Whoppe Band
(Musical Comedy Orchestra)
21 Uhr Vestlandhalle

Friends Workshop (Musiktheater)
23 Uhr Vestlandhalle
alle drei Veranstaltungen 12 DM

Friends Workshop
15 Uhr im mobile auf dem
Vestlandhallengelände

Two Reel Company
20 Uhr, Drops
Pigeon Drop (Clowneske Pantomimen)
22 Uhr, Drobs
Busby Berkleys
(Musikparodien und Musiktheater)
24 Uhr, Drobs
alle drei Veranstaltungen 8 DM

24.5.

Pigeon Drop
21 Uhr, Schallanda, 5 DM

Stuffed Pupped Company
(Marionetten)
19 Uhr, Baum Kneipe
Good Time Music Band (West coast)
21 Uhr, Baum Kneipe
beide Veranstaltungen 6 DM

Carlos Trafic
20 Uhr, Altstadtschmiede
Katie Duck
21 Uhr, Altstadtschmiede
beide Veranstaltungen 5 DM

Spider Woman
19 Uhr, Vestlandhalle
Sail Joia (Latinrock)
21 Uhr, Vestlandhalle
Friends Roadshow
23 Uhr, Vestlandhalle
alle drei Veranstaltungen 12 DM

Friends Workshop
ab 15 Uhr Vestlandhallengelände

Jerry Rubin (California Folk)
17 Uhr, Drobs
Busby Berkleys
1.9 Uhr, Drobs
Nomofo (Modern Jazz)
21 Uhr, Drobs
1.9 Uhr, Drobs
Nomofo (Modern Jazz)
21 Uhr, Drobs
alle drei Veranstaltungen 8 DM

25.5.

Mathew Childs & Barbara Doherty
(ex Salt Lake)
21 Uhr, Schallanda

Pigeon Drop
19 Uhr, Baum Kneipe
Barneys (Kneipentheater)
21 Uhr, Baum Kneipe
beide Veranstaltungen 6 DM
Sail Joia
23 Uhr, Vestlandhalle
alle drei Veranstaltungen 12 DM

Friends Workshop
ab 15 Uhr im mobile auf dem
Vestlandhallengelände

Küchentheater Gelsenkirchen
19 Uhr, Drobs
Georgo Peugot & Jack
(Clown Pantomime)
21 Uhr, Drobs
Truckee (Bluegrass)
23 Uhr, Drobs
alle drei Veranstaltungen 8 DM

Carlos Trafic & Katie Duck
in Love Story
20 Uhr, Altstadtschmiede, 5 DM

Kamikaze Orchester (Musiktheater)
19 Uhr, Vestlandhalle
Spider Woman
21 Uhr, Vestlandhalle

26.5.

Georgo Peugot & Jack
21 Uhr, Schallanda, 5 DM

Stuffekd Pupped Company
19 Uhr, Baum Kneipe
Mathew Child

Stuffed Pupped Company
19 Uhr, Baum Kneipe
Mathew Child & Barbara Doherty
21 Uhr, Baum Kneipe
beide Veranstaltungen 6 DM

Carlos Trafic & Katie Duck
in Love Story
20 Uhr, Altstadtschmiede, 5 DM

Good Time Music Band
19 Uhr, Drobs
Barneys
21 Uhr, Drobs
Sail Joia
23 Uhr, Drobs
alle drei Veranstaltungen 8DM

Veranstaltungsorte in Recklinghausen

Schallanda	Dortmunderstr. 12
Baum Kneipe	Kemnestr. 17
Altstadtschmiede	Kellerstr. 17
Vestlandhalle	Hernerstr. 148
Drobs	Hochlarmarkstr. 73 (direkt am DB Bahnhof Recklingh. Süd)

Kinder

Hakenkreuze auf Spielzeug strafbar

In einem am 26. April bekanntgewordenen Urteil hat der Dritte Senat des Bundesgerichtshof festgestellt, daß die Verbreitung von Hakenkreuzen auf Spielzeug strafbar nach § 86a des Strafgesetzbuches („Tragen oder Verbreiten von Abzeichen verbotener Parteien") ist. Der BGH hob damit ein Urteil aus Kleve auf, in dem die Verurteilung eines Spielzeugherstellers abgelehnt worden war, *„weil das Hakenkreuz als Hoheitszeichen der Luftwaffe – und diese sei keine NS-Organisation gewesen – hier nur zur originalgetreuen Wiedergabe des Flugzeugs gehöre"* („Welt", 27.4.79).

Überwiegend waren bisher mit ähnlicher Begründung wie in Kleve Straf- und Ermittlungsverfahren gegen Verbreiter von Hakenkreuz-Spielzeug eingestellt worden bzw. hatten mit Freisprüchen geendet.

Der Bundesgerichtshof entspricht mit seinem Urteil einer von der Bundesregierung seit Anfang 1978 vertretenen Forderung. Sowohl Justizminister Vogel als auch Familienministerin Huber hatten öffentlich erklärt, daß Hakenkreuze auf Spielzeug strafbar sein sollten – offenbar mit dem Hintergedanken, durch eindeutige Stellungnahmen gegen „Auswüchse" des Kriegsspielzeugmarktes das Gesicht zu wahren gegenüber zunehmendem Protest über die massive Verbreitung von Kriegsspielzeug ü b e r h a u p t.

Im einzelnen heißt es in den bekanntgewordenen Teilen der Urteilsbegründung: *„Wäre die hier beabsichtigte kommerzielle Massenverbreitung von Hakenkreuzen auf Spielzeug erlaubt, dann wäre es kaum noch möglich, manchen anderen, bedenklichen Arten der Verwendung von NS-Kennzeichen eine Grenze zu ziehen".* Generell wendet sich das Gericht auch gegen die häufig verwandte Ausrede, der ganze Schund werde zu „dokumentarischen" Zwecken gebraucht. *„Nach dem Willen des Gesetzgebers sollten ... solche Kennzeichen ganz allgemein aus dem öffentlichen Erscheinungsbild der Bundesrepublik verbannt sein".*

Vom „pädagogischen" Standpunkt aus „unerträglich" erschien den Richtern, daß Kinder und Jugendliche durch NS-Spielzeug gewissermaßen *„mit dem Hakenkreuz aufwachsen".* Unerträglich ist aber auch nach wie vor die Flut von Kriegsspielzeug, das in Spielzeuggeschäften angeboten wird. Unerträglich sind nach wie vor die Heftchen für den „Modellbauer", in denen zum Flugzeugmodell „Weltkrieg II" auch gleich der entsprechende Kriegsverbrecher vorgestellt wird. Unerträglich ist, daß Kinder und Jugendliche nach wie vor an die Erinnerungen dieser „Helden" kommen, z.T. in öffentlichen Bücherhallen.

Wir sollten in nächster Zeit aufmerksam in die Auslagen von Spielzeugläden und Kataloge schauen. Und: Uns nicht beirren lassen im weiteren Protest gegen das Spiel mit dem Krieg überhaupt.

Kinderkommission/KB Hamburg



Prügel-Lehrer

Die zweitgrößte britische Lehrergewerkschaft (112.000 Mitglieder) hat sich auf ihrem Gewerkschaftstag mit großer Mehrheit g e g e n einen Vorschlag des Erziehungsministeriums ausgesprochen, die Prügelstrafe an allen Schulen abzuschaffen.

Zur Begründung müssen abenteuerliche Geschichten herhalten, wie etwa: *„Vier Schüler haben versucht, eine Kollegin von mir zu vergewaltigen. Ein anderes Kind lief mit einem Messer Amok. Ein Schüler verletzte einen Lehrer so schwer, daß sein Gesicht mit sieben Stichen genäht werden mußte. Uns bereitet die körperliche Züchtigung kein Vergnügen, aber zur Aufrechterhaltung der Disziplin ist sie nötig"* („Hamburger Abendblatt", 21.4.1979).

Es gibt in Großbritannien aber auch starke Ablehnung der Prügelstrafe. In Schottland und Nordirland haben sich Lehrerorganisationen schon gegen Prügel ausgesprochen; desgleichen der Lehrerverband „Stopp", der darauf hinweist, daß Großbritannien und Irland die einzigen Länder Westeuropas sind, in denen Schlagen von Schülern erlaubt ist.

In der BRD gibt es, glaubt man den Kultusbürokraten, an Schulen keine Prügel mehr – es sei denn in Ausnahmefällen, wo einem gestreßten Lehrer mal „die Hand ausrutscht".

Kurioserweise haben die Schüler in der BRD das noch gar nicht so recht bemerkt. Bei verschiedenen Umfragen (z.B. in Hessen und Baden-Württemberg) gab die Mehrheit an, in der Schule selbst schon einmal geschlagen worden zu sein bzw. Zeugen von Prügel-„Pädagogik" geworden zu sein.

In den letzten Wochen wurden zwei Skandalfälle in Sachen Prügel bekannt. Gegen vier Lehrer(innen) der Hageney-Grundschule in Dortmund-Marten hatten schon vor fast einem Jahr 25 Eltern Strafanzeige wegen Körperverletzung gestellt. Ein Zehnjähriger war von einer Lehrerin mehrfach mit dem Kopf auf die Tischkante gestoßen worden. Andere Kinder wurden an den Haaren gezogen und geschlagen. Ein Achtjähriger unternahm aus Angst einen Selbstmordversuch. Die Schulbehörde versuchte diesen Vorfällen auf ihre Art beizukommen: der einzige Lehrer, der sich gegen die Prügel-Lehrer gewandt hatte, sollte versetzt werden wegen *„Kollaborieren mit den Eltern".* Ein Schulstreik im August 1978 endete mit der Verschiebung dieser Versetzung. Nach Ostern 1979 wurde wieder gestreikt, weil der „Kollaborateur" nun wieder versetzt werden sollte (Ergebnis ist uns noch nicht bekannt). Der Protest der Eltern scheint immerhin einen Erfolg gehabt zu haben: Am 24.4. teilte die Staatsanwaltschaft mit, daß gegen die vier Lehrer(innen) (darunter die Rektorin Frau Kemper) Anklage wegen Körperverletzung im Amt erhoben wird („Tageszeitung", 27.4.79).

Ein Dienstordnungsverfahren ist gegen die Rektorin der Grundschule von Duttweiler eingeleitet worden. Einem Sechsjährigen hatte sie wegen „Schwätzens" den Mund mit Tesafilm zugeklebt, einem Mädchen schlug sie ein Buch über den Kopf. Als Beschwerden über Prügel sich häuften, veranlaßte die Rektorin andere Schüler, ihre Klassenkameraden, die „etwas angestellt hatten", zu schlagen.

Richtigstellung

Im Artikel „Jahr des Kindes - Jahr der Familie" im AK 152 ist uns ein Fehler unterlaufen. Wir hatten berichtet, daß das Jugendpolitische Forum (Jupofo), ein Zusammenschluß von Kinder, Heim- und Jugendinitiativen beschlossen hat, einen Gegenkongreß zum ursprünglich für den Herbst geplanten Internationalen Jugendhilfekongreß der „Internationalen Vereinigung für Jugendhilfe" zu veranstalten. Das stimmt nicht. Der Vorschlag für einen solchen Kongreß/eine Veranstaltung haben Hamburger Judos, Erzieher der Heiminitiative und das Hamburger Kinderhaus unterbreitet.

Die Hamburger haben dann eine Arbeitsgruppe gebildet, die zum nächsten Jupofo-Treffen Vorschläge vorlegen wird.

„Euch werden wir schon helfen ...!" Zum „neuen" Jugendhilferecht



Zum Jahr des Kindes hat sich die Bundesregierung nicht n u r schöne Reden ausdenken lassen. Sie hat auch im November 1978 den Entwurf eines neuen „Jugendhilfegesetzes" (JHG) vorgelegt. Dieser Entwurf wird gegenwärtig im Bundestag „bearbeitet".

Der Plan eines neuen Gesetzes, daß das alte Jugendwohlfahrtsgesetz aus dem Jahre 1922 ablösen soll, ist schon ungefähr 20 Jahre alt. Etwas realere Gestalt nahm das Vorhaben mit dem Regierungsantritt von SPD und FDP an. 1974 wurde ein erster Entwurf vorgelegt – und verschwand gleich wieder *„in Würdigung der finanzwirtschaftlichen Situation"*. Er war zu teuer. Man nahm sich vor, die Gesetzesreform zu verschieben bis *„uns die finanzwirtschaftliche Lage in den Gemeinden und Ländern eine günstigere Ausgangsposition signalisiert"*.

Dieser Zeitpunkt schien 1977 gekommen zu sein. Es wurde ein neuer Entwurf vorgelegt, die Träger der Jugendhilfe wurden zur Diskussion aufgefordert. Um einiges zusammengestrichen und verändert wurde in der Nacht vor Beginn des Jugendhilfetages 1978 der jetzt vorliegende Entwurf der Bundesregierung verabschiedet. Die 1974 veranschlagten Kosten sind um die Hälfte reduziert, im wesentlichen, weil die Zahl der Kinder und Jugendlichen weiter zurückgegangen ist. Außerdem sollen kostspielige „Reformen" eh erst in Stufen zwischen 1982 und 1987 wirksam werden.

Im Gegensatz zu vorhergehenden
... wirksam
werden.

Im Gegensatz zu vorhergehenden Versuchen hat der vorliegende Entwurf realistische Chancen, mit einigen Veränderungen nach Wunsch der CDU (das Gesetz braucht die Zustimmug des Bundesrates, in dem die CDU die Mehrheit hält) in Kraft zu treten. Was dann Gesetzesform bekommen soll ist zum einen die Festschreibung schon lange geübter Repression in Paragraphen. Zum anderen werden in einigen Paragraphen neue Schikanen hinzugefügt. Rechte, auf die Kind/Jugendlicher/Mann/Frau pochen kann, finden sich demgegenüber kaum – es sind zumindest kaum mehr, als im bisher geltenden Jugendwohlfahrtsgesetz (1922), nach Worten des zuständigen Staatssekretärs im Bundesfamilienministerium immerhin ein Machwerk *„aus der Zeit einer Ministerialbürokratie mit obrigkeitsstaatlichen Anweisungen"*.

Es lebe die bürgerliche Familie !

Die Verfasser des JHG-Entwurfs werden nicht müde, ihr Werk als Reform mit fühlbaren Verbesserungen für die Rechte und Interessen von Kindern, Jugendlichen und deren Erziehungsberechtigten anzupreisen. Dabei soll es nicht nur darum gehen, *„die Schwierigkeiten* (der Kinder und Jugendlichen – Anm. AK) *zu beseitigen, sondern auch darum, deren gesellschaftliche Ursachen zu erkennen"*. (Antje Huber)

Und wo liegen die Ursachen? Schulstreß, mangelnde Spielmöglichkeiten, mangelnde Lebensperspektive . . . ? Weit gefehlt. Für die Jugendhilfebürokraten liegt der Hund in der Familie begraben: *„Da Spannungen und Konflikte in der Familie vielfach Fehlverhalten begünstigen oder verursachen, müssen prophylaktische Bemühungen in erster Linie im familiären Bereich ansetzen"* (aus der Begründung des Gesetzentwurfes).

Erklärtes Ziel des JHG ist es demnach vor allem, das Verhältnis Eltern – Kind zu „sanieren" (Antje Huber) und die *„Erziehungskraft der Familie zu stärken"*, denn schließlich sei die Familie *„die wichtigste Gruppe in unserer Gesellschaft und zugleich die Gruppe, die ein Höchstmaß an individueller Freiheit bieten kann und zugleich Ort individueller menschlicher Begegnung und Feld der Integration ist."* (Aus der Begründung zum JHG).

Den Familien soll „geholfen" werden: *„Familienbildung, Übungs- und Erfahrungskurse, offene pädagogisch-therapeutische Hilfen"*. Als ob mit klugen Gesprächen und Belehrungen die tatsächlichen Probleme mit der Schule, mit der eigenen Genervtheit, dem Großwerden auf der Straße etc. gelöst werden könnten!

Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt

Ist es nicht gelungen, den Familienfrieden zu wahren oder durch Beratung etc. neu zu stiften, sieht das Gesetz *„Hilfen zur Erziehung a u ß e r h a l b der Familie"* vor. Wesentlicher Hebel soll eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches sein („Neuregelung des elterlichen Sorgerechtes"). Demnach können Kinder nicht erst aus der Familie herausgenommen werden, wenn die Eltern bewußt, d.h. schuldhaft das Wohl des Kindes (so wie es Jugendamt und Vormundschaftsrichter sehen) verletzen, sondern auch bei unverschuldetem „Versagen" der Eltern. Eine allemal dehnbare Vorschrift!

Ganz anders sieht es allerdings aus, wenn der Jugendliche oder das Kind s e l b s t ihr Wohl gefährdet sehen. Die Unterbringung in einer Pflegefamilie, in einem Heim oder einer pädagogisch betreuten Wohngemeinschaft erfolgt nur unter der Voraussetzung der staatlich anerkannten „Erziehungsunfähigkeit" der Eltern oder von „Fehlentwicklungen" des Kindes bzw. Jugendlichen.

In keiner Formulierung des JHG-Entwurfs ist vorgesehen, daß Kinder
Kindes bzw. Jugendlichen.

In keiner Formulierung des JHG-Entwurfs ist vorgesehen, daß Kinder, Jugendliche und Eltern die Möglichkeit haben, eine Unterbringung außerhalb der Familie als Alternative – ohne bestimmte Auflagen oder Voraussetzungen – zu w ä h l e n – und dies dann auch materiell unterstützt zu bekommen.

Die „Hilfe" des Staates sieht womöglich noch düsterer aus als vorher: Sozialarbeiter werden mit quasi polizeilichen Vollmachten ausgestattet, die sie befugt (nach § 69), bei angeblicher Gefahr für einen Jugendlichen, der sich außerhalb der Familie aufhält, die Wohnung und die Einrichtung zu betreten, um ihn zu seinen Eltern „zurückzuführen". Um die entsprechende Unterkunft zu durchsuchen, können sie *„erforderlichenfalls um die Unterstützung der polizeilichen Vollzugsorgane nachsuchen"*. Diese Bestimmungen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß in der Vergangenheit häufig Kinder und Jugendliche aus Heimen geflohen oder von zuhause abgehauen sind, die dann Unterschlupf bei solchen Initiativen wie z.B. dem SSK in Köln oder dem Georg v. Rauchhaus in Westberlin gefunden haben. Eine besondere Variante im Katalog der staatlichen Zwangsmaßnahmen stellt die gesetzlich abgesicherte Unterbringung in einem geschlossenen Heim dar, die vom Vormundschaftsgericht angeordnet werden kann, *„wenn das Wohl des Minderjährigen erheblich gefährdet ist"* (§46). Um zu verhindern, daß Widerstandsaktionen Schule machen, wie sie in jüngster Zeit Jugendliche aus den bekanntgewordenen Skandalheimen (Birkenhof Hannover, Isenbergheim Bremen, Mädchenheim Köln-Deutz) beispielhaft praktiziert haben, wird durch den § 47 jedem Leiter eines Heimes oder einer entsprechenden Einrichtung die Möglichkeit gegeben, *„Freiheitsentzug zu verfügen, um eine erhebliche, unmittelbar bevorstehende Gefahr für den Minderjährigen oder eine andere Person oder eine unmittelbar bevorstehende Gefahr einer schwerwiegenden Störung des Heimbetriebes abzuwenden"*.

Versucht der so behandelte Jugendliche schriftlich mit der Außenwelt in Kontakt zu kommen, sorgt der § 48 für neue „Sicherungen": *„Das Vormundschaftsgericht kann dieses Recht einschränken, wenn Tatsachen die Annahme begründen, daß der Schriftwechsel mit einer bestimmten Person das Wohl des Minderjährigen erheblich gefährdet"*. Ausgenommen ist nur der Briefverkehr mit den Eltern. Aber welches Opfer der Heimerziehung wird darin einen geeigneten Ansprechpartner sehen?

Alternative Erziehung: Fußangeln en masse

Dem Ausbau des Zwanges gegenüber steht das restriktive Herangehen an diejenigen, die versuchen, ohne Zwang mit Kindern auszukommen, den alternativen Erziehungsprojekten. Das bisherige JWG räumt diesen Initiativen noch einige Chancen ein. Von Nutzen war da insbesondere das „Subsidiaritätsprinzip", das freien Trägern der Jugendhilfe (Charitas, Diakonisches Werk, Arbeiterwohlfahrt u.a.) einen V o r r a n g gegenüber staatlichen Einrichtungen der Jugendhilfe einräumt. Im noch gültigen Gesetzestext: *„Soweit geeignete Einrichtungen und Veranstaltungen der Träger der freien Jugendhilfe vorhanden sind, erweitert oder geschaffen werden, ist von eigenen Einrichtungen und Veranstaltungen des Jugendamtes abzusehen"*. Dieser Paragraph war einstmals ein Zugeständnis an die Kirchen; in den letzten 10 Jahren haben sich aber auch fortschrittliche Projekte darauf bei ihrem Anspruch auf staatliche Förderung o.ä. bezogen.

Dieses Prinzip soll jetzt wegfallen; Staat und freie Träger sollen nur noch „gleichberechtigt und partner-

Dieses Prinzip soll jetzt wegfallen; Staat und freie Träger sollen nur noch „gleichberechtigt und partnerschaftlich" zusammenarbeiten. Alle Verbände freier Träger der Jugendhilfe haben dagegen Stellung genommen. Vor allem kleine alternative Projekte werden es nun noch schwerer haben.

Da gibt es die neueingeführte Jugendhilfeplanung (§ 99). In diesem Paragraphen wird festgelegt, daß die Jugendämter Bedarf, Einrichtungen (und damit Mittelvergabe) auf fünf Jahre im voraus zu planen haben. Und wenn dann eines Tages eine Gruppe Eltern kommt und sagt: „Wir sind dabei, für unsere Kinder einen Kindergarten aufzubauen, wir möchten finanzielle Unterstützung" . . . ? Da sind viele dumme Antworten denkbar: „Kommen sie in fünf Jahren wieder", oder ähnliches. Für freie Initiativen ist das eine Katastrophe, oder wie „päd-extra-sozialarbeit" schrieb: *„Mit der Einführung der Jugendhilfeplanung, die sich jeweils über einen Zeitraum von fünf Jahren erstreckt, wird das verwaltungstechnische Mittel geschaffen, um ein unmittelbares Reagieren freier Initiativen auf Konflikte und spezifische Bedürfnisse zu erschweren. Wer seine Aktivitäten nicht auf fünf Jahre im voraus planen kann, hat in Zukunft kaum noch Chancen, gefördert zu werden"* (3/79).

Selbst bestehenden Initiativen verspricht die Neuregelung wenig Trost, wie das Beispiel Münster zeigt, wo eine derartige Planung bereits existiert: Die Elterninitiative-Kindergärten werden nur noch als Bestand festgehalten und für die zukünftige Planung nicht berücksichtigt. Auskunft der Stadtverwaltung: Nichtberücksichtigung wegen fehlender Ausrichtung und Ausdehnung auf abgegrenzte Wohnbereiche und fehlender Finanzkraft. Im Kindergartenbezirksplan für Köln für den Zeitraum 1977 bis 1981 sind Neuplanungen fast ausschließlich nur noch für kommunale Einrichtungen und gelegentlich auch kirchliche vorgesehen, nicht aber für Einrichtungen von Elterninitiativen. In Westberlin, wo über das Modell der „Sonderprojekte" bisher ein Rahmen zur Förderung von freien Initiativen bestand, hört man, daß solche nur noch auf der Basis einer Gruppenstärke von mindestens 25 Kindern gefördert werden sollen. Zwar läßt der Gesetzesentwurf mit der Formulierung des § 102(6) ein kleines Schlupfloch: *„Der öffentliche Träger der Jugendhilfe k a n n Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen, die nicht im Jugendhilfeplan vorgesehen sind, fördern, wenn hierfür ein u n a b w e i s b a r e r Bedarf besteht . . ."* Aber: Schon jetzt wird das Bestehen von „Bedarf" meist generell bestritten. Der zweieinhalbjährige Kampf des Hamburger Kinderhauses in der Heinrichstraße zeigt, wie der Staat solche Initiativen zu Tode zu prozessiern versucht. Die Tatsache, daß diese Einrichtung bei einer Kapazität von 77 Kindern eine lange Warteliste hat, beweist für die Behörde noch lange keinen „Bedarf", erst recht keinen „unabweisbaren".

Gesucht: staatsloyale Erzieher

Ein weiterer Punkt des neuen JHG ist die Gesinnungsprüfung. Eine Initiative, die gefördert werden will, muß die *„Gewähr dafür bieten, daß* (ihre) *Arbeit sich im Rahmen der freiheitlichen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes hält . . . "* (§ 95). Das klingt harmloser als die alte Gesetzesbestimmung, die eine *„den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit"* verlangte. Es ist und bleibt aber die Drohung mit dem Radikalenerlaß für Kinder- und Jugendinitiativen. Kombiniert wird diese Vorschrift mit Anforderungen an die Mitarbeiter der einzelnen Einrichtungen, die sich *„nach ihrer Persönlichkeit eignen"* sollen. Hier eröffnet sich neben dem

durch schwarze Listen, VS-Dossiers usw. abgedeckten Gesinnungszwangsbereich ein weites Feld zusätzlicher

durch schwarze Listen, VS-Dossiers usw. abgedeckten Gesinnungszwangsbereich ein weites Feld zusätzlicher Unterdrückungsmöglichkeiten. Ist ein Schwuler „geeignet"? Oder ein Emigrant aus Palästina, Chile, ein Zigeuner, eine alleinstehende Frau mit zwei Kindern . . . ?

Dazu kommt noch die Forderung der „fachlichen Qualifikation", die für die vollbeschäftigten Mitarbeiter verlangt wird. Das richtet sich nach der ganzen Stoßrichtung des Gesetzes nicht gegen den prügelnden „Erzieher" mit Feldwebelausbildung in der Nazi-Armee im Heimknast. Sondern das richtet sich gegen diejenigen, die ohne das Rüstzeug einer staatlichen Erzieherausbildung in alternativen Projekten gute Erzieher geworden sind.

Auf den Staat pfeifen ? Geht auch nicht !

Kommt nun eine Initiative, der Planung, Auflagen und Schnüffelei überdrüssig, auf die Idee: Wir scheißen auf alles; wir verzichten auf Förderung, verkaufen Farbfernseher, Auto usw. und finanzieren was aus eigener Tasche – landet sie auch auf dem Bauch: Egal, ob man Förderung beantragt oder nicht – der § 63 schreibt für die Betriebserlaubnis eine ausreichende Zahl von „Fachkräften" sowie die *„Räumlichkeiten und wirtschaftlichen Voraussetzungen"* vor, die für die Betreuung gegeben sein müssen. Wer nicht – wie der Staat – ein Haus nach allen Vorschriften bauen lassen kann, sondern von preisgünstigen Altbauten abhängig ist, für den kann schon diese harmlose Formulierung das „Aus" bedeuten. Verschärft wird diese Vorschrift dadurch, daß derjenige, der ohne diese Erlaubnis Kinder betreut, mit *„Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bedroht"* wird. Leute, die bislang einige Kinder, allseits toleriert, z.B. in einer Eltern-Kind-Gruppe betreut haben, stehen damit mit einem Bein im Gefängnis.

Aushöhlung des Elternrechtes ?

Die öffentliche Diskussion um das Jugendhilferecht, zumindest der Teil, der sich in der bürgerlichen Presse niederschlägt, wird weitgehend bestimmt durch den Wettbewerb „Wer ist der familienfreundlichste im Land", in dem sich CDU und Bundesregierung munter Konkurrenz machen.

Die CDU motzt, daß der JHG-Entwurf *„nicht ausreichend Rücksicht auf das im Grundgesetz geschützte Elternrecht"* nehme. *„Insbesondere wird an verschiedenen Stellen den Jugendlichen das Recht eingeräumt, das Elternrecht zumindest zeitweise auszuschalten oder die Entscheidungen von den Eltern wegzunehmen und auf Behörden zu verlagern"*. (Bayerische Staatsregierung, Bulletin, 9/78).

Tatsächlich stärkt der Regierungsentwurf die Rechte der Jugendlichen so gut wie gar nicht. Die Jugendlichen dürfen zwar – und das ist neu – *„Anträge auf Leistungen stellen und verfolgen"*. Aber das Jugendamt ist verpflichtet, die Erziehungsberechtigten davon zu unterrichten bzw. wesentliche Maßnahmen nur mit Zustimmung der Eltern zu leisten (§ 7), wobei die von *„ihnen bestimmte Grundrichtung der Erziehung zu beachten"* ist (§ 2). Bei *„Meinungsverschiedenheiten zwischen Erziehungsberechtigten und Minderjährigen ist Einvernehmen anzustreben. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist die Meinung des Personensorgeberechtigten maßgebend"* (§ 10). Na also! In der Begründung wird gesagt, daß die Bürokraten damit auch nicht so recht zufrieden seien, aber man wolle nicht zu stark ins Elternrecht eingreifen.

Einen weiteren Angriff auf das Elternrecht und die „Erziehungskraft" der Familie sieht die CDU in den Bestimmungen über „Hilfen ausserhalb der Familie". Der Entwurf sei von *„Mißtrauen gegenüber der Erziehungsleistung der Familie geprägt"* (Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth).

Die SPD wehrt sich gegen derartige Anwürfe: *„Der Regierungsentwurf verfolgt ... gerade das Ziel, der Familie bei Problemen verstärkt Beratung und Unterstützung anzubieten, ihr zu helfen und sie zu stützen ... Sie trägt damit dem hohen Stellenwert Rechnung, den die Familie in ihrer gesamten Politik einnimmt"* (Bundestagsdrucksache 8/2571, S.180).

Um ihrer Basis in kirchlichen Kreisen gerecht zu werden, fordert die CDU auch, den Vorrang freier Träger der Jugendhilfe beizubehalten. Diese Streitigkeiten sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich Regierung und CDU ansonsten einig sind, ein Jugendhilfegesetz gegen die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu machen.

Die Betroffenen sind dagegen

Die Betroffenen sind dagegen

Als Frau Huber am Beginn des Jugendhilfetages 1978 sich nach Köln, mit dem neuen Kabinettsentwurf in der Tasche, einfliegen ließ, erntete sie von den anwesenden Betroffenen der „Jugendhilfe" eindeutigen Protest. Kinderinitiativen, Initiativen gegen Jugendpolizisten, Heimerzieher und Heimzöglingsinitiativen haben sich eindeutig gegen das neue JHG ausgesprochen.

Leider ist über den Jugendhilfetag hinaus bis heute die gemeinsame Betroffenheit und gemeinsamer Widerstand wenig geäußert worden. Gerade darum sollte es in den kommenden Monaten aber wohl gehen.

Richtig erscheint uns auf jeden Fall, in diesem Zusammenhang das Spektakel um das Jahr des Kindes zu nutzen. Wir würden es begrüßen, wenn über diese Artikel hinaus Betroffene aus verschiedenen Bereichen im AK Beiträge dazu leisten, was diese „Reform" für sie bedeutet, inwiefern sie altes Unrecht fortschreibt oder verschärft – und wie gemeinsamer Widerstand aussehen kann.

Kinderkommission
KB/Hamburg

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF
Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,-- im Abruf, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,--; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 12.000

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Beschlagnahmt



22 Polizisten, angeführt von einem Oberstaatsanwalt, beschlagnahmten am 25.4. in der Uni Mannheim die Aprilausgabe der „roten blätter" (Zeitung des MSB). Der Stein des Anstoßes: Die Titelstory, die über die braune Vergangenheit Carstens' informiert und gegen seine Wahl zum Bundespräsidenten protestiert.

Begründung der Staatsanwaltschaft:
– Dieser Artikel sei eine Beleidigung des Anwärters auf das höchste Amt der Bundesrepublik.
– Die „roten blätter" verbreiteten nazistische Embleme.

Während massenhaft Kinderspielzeug mit Nazi-Emblemen verbreitet wird, Neofaschisten ungestraft Hakenkreuze an die Mauern schmieren, einem **Ex-SA-Mann** das höchstehrenvolle Amt des Bundespräsidenten übertragen wird, wird plötzlich für die Beschlagnahme einer linken Zeitung eine ‚antifaschistische' Begründung herbeigezaubert. Blanker Zynismus!

„Nicht die Aufdeckung dieser Tatsachen (der Vergangenheit Carstens', AK) *ist eine ‚Beleidigung', sondern daß Männer wie Carstens mit einer solchen Vergangenheit heute die Politik in der BRD bestimmten und bestimmen, ist eine Herausforderung aller Antifaschisten im In- und Ausland und eine Beleidigung aller Opfer des Hitlerfaschismus!"* (MSB-Flugblatt / Mannheim)
SOFORTIGE AUFHEBUNG DER BESCHLAGNAHME!

Studentenlisten gingen an VS!

Aus "Arbeitserleichterung"hat das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz von den Universitäten die Listen aller eingetragenen Studenten angefordert – und aller Wahrscheinlichkeit nach auch bekommen! Zwar verweigerte die Unileitung in Ulm, an der dieser Skandal erstmals bekannt wurde, bisher jede Stellungnahme, gab aber zu, daß sie *"im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen Amtshilfe geleistet habe"* und dies nicht nur für den VS sondern ebenso für den MAD, da in Ulm auch Soldaten studieren.

Dieses Vorgehen mußte selbst von der Pressestelle des Innenministeriums als gesetzwidrig bezeichnet werden. Scheinheilig rügten jetzt das Innenministerium und die Spitze des VS einige Außenstellen des VS, die für diesen Spitzelskandal verantwortlich sein sollen. Angeblich soll diese Praxis eingestellt werden. Selbst wenn dies stimmen sollte, zeigt dieser Vorgang, daß in den VS-Computern tatsächlich alles gespeichert wird, dessen die Spitzel habhaft werden können.

Anfragen an anderen Universitäten könnten hier einigen Unrat zutage fördern!

Erneuter Vorstoß zur Durchsetzung der Regelstudienzeit

Vor einigen Tagen ist dem AStA der Hamburger Universität auf anonymem Wege ein Papier zur Änderung der Lehrerausbildung zugänglich gemacht worden.

Schon am 4. April hatte Wissenschaftssenator Sinn die Vorlage neuer Prüfungsordnungen für die Lehrerausbildung angekündigt (s.AK 152). Das nun vorliegende Papier macht seine Vorstellungen bereits konkreter. Die Zersplitterung der Ausbildung in vier verschieden Lehrämter – insbesondere die Trennung der ausbildung für die Sekundarstufe II in ein Lehramt für Gymnasien einerseits und ein Lehramt für berufsbildende Schulen andererseits – bedeutet faktisch die **Abschaffung der einheitlichen Stufenlehrerausbildung**. Die Ausbildung soll demnach wieder abhängig gemacht werden von ‚niederen' und ‚höheren' Schultypen.

Entsprechend wird auch eine unterschiedliche Besoldung für die einzelnen Lehrämter festgeschrieben, trotz gleichlanger Studiendauer. Hiermit zeichnet sich nicht nur eine Wende in der Lehrerausbildung ab, sondern für die Hamburger Schulpolitik insgesamt, denn dem Ausbau der Gesamtschule als schulartübergreifende Schule wird somit eine wichtige Grundlage entzogen.

Die in dem Papier ursprünglich enthaltene Mindeststudienzeit wurde ausdrücklich gestrichen und durch 8 semestrige **Regelstudienzeit** ersetzt.

Ausgerechnet jener Wissenschaftssenator, der in Hamburg Vorstöße zur praktischen Durchsetzung der Regelstudienzeit für Lehrerstudenten vornimmt, der an den Hamburger Fachhochschulen noch dieses Semester Prüfungsordnungen zur Geltung bringen will, die Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation vorsehen – just jener Senator unterbreitete der Kultusministerkonferenz den Vorschlag, sich bei den Länderregierungen für eine Abschaffung der Zwangsexmatrikulation einzusetzen. Nun, er konnte diesen Vorschlag – verständlicherweise – wohl nicht überzeugend genug begründen. Die Kultusminister beschlossen auf ihrer Konferenz am 3./4.Mai, *„vorerst keine Initiative für die Abschafffung der Zwangexmatrikulation von Studenten bei zu langem Studium zu unternehmen... Die Erfahrungen ließen es aber als möglich erscheinen, bei einer erfolgreichen Verwirklichung der ersten Phase der Studienreform auf die Vorschriften über die Zwangsexmatrikulation zu gegebener Zeit zu verzichten"*.(FR,5.5.) Läuft erst mal alles wie am Schnürchen, haben die Studenten sich daran gewöhnt, ihr Studium in Windeseile abzuschließen, dann ist wohl nach Ansicht dieser Herren „ die Zeit gegeben", auf die Zwangsexmatrikulation zu verzichten...

SSB / Hamburg

Studenten verhindern Reservisten-Veranstaltung

Studenten verhindern Reservisten-Veranstaltung

Braunschweig/AStA-PRESS: Durch Versperren der Eingangstüren zum Hörsaal verhinderten am 9.5. etwa 60 Studenten eine Vortragsveranstaltung der "Studentischen Reservisten-Kameradschaft" an der TU. Zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung kam es, als sich mehrere Personen, u.a. ein Hauptmann in Uniform, gewaltsam Zutritt zum Hörsaal verschafften.

Der AStA der Uni hatte die Studenten zu dieser Aktion aufgerufen, nachdem der Rektor die Genehmigung für die Veranstaltung nicht zurückziehen wollte. Der AStA begründete sein Vorgehen damit, daß die Reservistenvereinigung "militärische Weiterbildung in Theorie und Praxis" anbiete und nicht zugelassen werden könne, daß dieses militärstische Treiben an der Uni Verbreitung findet. Bei den Auseinandersetzungen beobachteten mehrere Studenten, daß ein Hauptmann in Uniform eine Studentin zu Boden warf und andere Studenten mit Faustschlägen verletzte (Informationen nach einer Presseerklärung des AStA der TU).

„Bubackackak"

Diese Überschrift eines Nachdrucks des „Buback-Nachrufs" sei strafbar, befanden am 25.4. die Richter des Oberlandesgerichtes Frankfurt nach knapp 10 Minuten Beratung. Nachdem schon vor einiger Zeit das Oberlandesgericht Köln die Freisprüche gegen einen Teil der 35 Bonner Nachdrucker aufgehoben hatte, wurde hiermit erneut ein freisprechendes Urteil rückgängig gemacht. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Freispruch der betroffenen Kommilitonin durch das Amtsgericht Gießen im Oktober 78 Revision eingelegt mit der Begründung, die Form des Vorworts, insbesondere die Überschrift, ließen auf eine Identifizierung der Angeklagten mit dem Nachruf schließen. Das Verfahren wird nun erneut vor einer anderen Abteilung des Gießener Amtsgerichts verhandelt.

Assistenten gegen drohende Arbeitslosigkeit

90% der Assistenten an den Hochschulen der BRD droht in den nächsten Jahren Arbeitslosigkeit. Während Anfang der siebziger Jahre zahlreiche Assistentenstellen neu geschaffen wurden, wird in Zukunft nur noch jeder zehnte bei entsprechender Qualifikation eine Dauerstelle bekommen, die übrigen werden in den nächsten Jahren entlassen. Die Sorge der Assistenten um ihren Arbeitsplatz wird auch noch schamlos ausgenützt: So sind z.B. in Hamburg für die Promotionsförderung Stellen vorgesehen, deren Inhaber keinerlei Rechte, nicht einmal das auf Arbeitslosenversicherung haben.

Die Vollversammlung der Assistenten der Universität Hamburg hat angesichts dieser Situation beschlossen, in der Zeit vom 14.-18.Mai Aktionstage durchzuführen. Die Assistenten werden in dieser Zeit u.a. in ihren Lehrveranstaltungen Diskussionen über Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit anregen.

SSS / Hamburg

Immer wieder: Nazi-Lehrer am Werk

Hanau: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einen 49-jährigen Lehrer einer Hanauer Schule, der auf dem Schulhof an mindestens eine Schülerin ein faschistisches Hetzblatt "Die Lüge von Auschwitz" verteilt hatte und außerdem im Unterricht weiteres Nazimaterial verwendet hatte. Gegen den Lehrer wurde ein 'förmliches Disziplinarverfahren' eingeleitet und er wurde vorläufig vom Dienst suspendiert („FR", 20.4.79).

***

Korbach: Wegen der Äußerung *"Das Konzentrationslager Dachau ist nicht von Nazis eingerichtet worden, sondern erst nach dem Krieg durch die Amerikaner aus Propagandazwekken"* wird gegen einen Lehrer in Korbach ermittelt. Ergebnisse der Befragung der Klasse wollte der Schulleiter nicht mitteilen; der Bericht wurde ans Regierungspräsidium in Kassel weitergeleitet („FR, 24.4. 79).

***

Fürth: Ein Lehrer der Handels- und Wirtschaftsschule in Nürnberg, H.J. Witzsch, hatte u.a. die Zahl von 6 Millionen ermordeten Juden als "unbeweisbare Phantasiezahl" abgetan, die Schuld am Zweiten Weltkrieg den vom Faschismus angegriffenen Völkern in die Schuhe geschoben, die Gaskammern als in der Literatur "umstritten" bezeichnet und behauptet: *"Im Altreich gab es keine Gaskammern"*. Der Nürnberger Stadtrat hat ihm daraufhin die Fachaufsicht für den Geschichtsunterricht an seiner Schule entzogen, er wurde aber nicht suspendiert.

Da Witzsch den gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Nazi-Regime als Verrat bezeichnet hatte, wurde er wegen gewerkschaftsschädigenden Verhalten vom Bezirksverband Mittelfranken der GEW ausgeschlossen.

Witzsch ist nach wie vor CSU-Stadtrat in Fürth.

***

Pforzheim: Einen antifaschistischen Erfolg konnten die Schüler der Fritz-Erler- Wirtschaftsoberschule in Pforzheim erzielen. Sie erreichten nach energischen Protesten der Schülermitverwaltung, daß der NPD-Kreisvorsitzende von Pforzheim/Enzkreis, Heinz Lamberti, nicht mehr als Vertreter der Eltern in der Schulkonferenz der Schule vertreten ist.

Lamberti hatte für ein NPD-Flugblatt mit dem Titel "Holocaust Pforzheim" verantwortlich gezeichnet, in dem in übler Weise die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis mit der Zerstörung Pforzheims durch einen alliierten Luftangriff gleichgesetzt worden war und in dem gefordert wurde: "Schluß mit der Holocaust-Hetze". Das Flugblatt hatte eine wochenlange Leserbrief-Diskussion in der Pforzheimer Lokalpresse und eine Protesterklärung von demokratischen Persönlichkeiten aus Schulen, Gewerkschaften und Kirche ausgelöst.

***

Hannoversch-Münden: Was von Ermittlungen oder Disziplinarverfahren gegen Nazi-Lehrer zu halten ist, wird an Vorgängen in Hann.-Münden deutlich. Nachdem im September letzten Jahres Zeitungsberichte auf das braune Treiben dreier Lehrer des dortigen Gymnasiums aufmerksam gemacht hatten und so eine recht breite Protestwelle ausgelöst worden war, wird jetzt so langsam versucht, die Affäre möglichst still und leise zu beenden – wie üblich ohne größere Folgen für die drei Lehrer.

Die drei Lehrer sind **Karl Krah**, er hatte im Unterricht Schriften der Nazis verteilt, u.a. eine "Kleine Rassenkunde" und "Grundgedanken der Nationalsozialistischen Weltanschauung"; **Heiner Luthard** , er hatte u.a. die "Auschwitzlüge" mit eigenen Anmerkungen im Unterricht verteilt und war Leiter einer rechten Pfadfindergruppe; **Karl-Heinz Kausch**, er hatte Vorworte für faschistische Bücher geschrieben und Vorträge auf HIAG-Veranstaltungen gehalten.

Als die Umtriebe bekannt wurden, wurden gegen die drei staatsanwaltliche und disziplinarische Ermittlungen eingeleitet, Kultusminister Remmers stellte fest, daß Kausch *"dem Ideengut des Nationalsozialismus sehr nahe steht"* und äußerte die Vermutung, daß er nicht auf dem Boden der FdGO stünde.

Inzwischen wurden die staatsanwaltlichen Untersuchungen eingestellt, gegen Krah wurde auch das Disziplinarverfahren eingestellt, da er das *"nationalsozialistische Propagandamaterial ... nur einen Teil der verwendeten Texte dargestellt (habe)"*. Kautsch und Luthard sind noch vom Dienst suspendiert, von ihren Disziplinarverfahren ist aber nichts zu hören. An den Gerüchten, daß sie gute Freunde in der CDU haben, scheint doch einiges dran zu sein.

Lehrerkomitee, KB/Gruppe Hamburg

„Der Schulleiter kann ... untersagen"

Hamburg: Am 4.4.79 hat die Schulbehörde einen Entwurf für eine Neufassung der Schülerzeitungsrichtlinien vorgelegt. Wenn man Schulsenator Grolle Glauben schenkt, dann bringt dieser Entwurf *„eine Reihe von Verbesserungen für die Redaktionen von Schülerzeitungen. Er garantiert den Schülerzeitungsredaktionen mehr Unabhängigkeit und Freiheit als bisher. ... Der gelegentlich erhobene Vorwurf, die Schülerzeitungen unterlägen einer Zensur, sei unbegründet."* (Protokoll der Staatlichen Pressestelle Hamburg von einer Pressekonferenz Grolles am 2.5.79).

Was bringt der neue Entwurf wirklich?

1. Zensur von Schülerzeitungen ist auch weiterhin möglich.

„Der Schulleiter kann innerhalb der vorgenannten Frist (zwei Tage) die Verteilung dieser Ausgabe auf dem Schulgrundstück untersagen, wenn in ihr gegen gesetzliche Bestimmungen unter Einschluß des Schulgesetzes verstoßen oder die Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schule schwerwiegend gefährdet wird oder unzulässige Werbung enthalten ist" (Richtlinienentwurf der Schulbehörde, Punkt 1.9).

‚Gegen gesetzliche Bestimmungen zu verstoßen', das ist an der Schule einfacher als man denkt. Im März 1977 wurde der Schülerzeitung „Lichtblick" der Vertrieb auf dem Schulgelände verboten, weil sie zum Schulstreik aufgerufen und damit auch gegen eine ‚gesetzliche Bestimmung' verstoßen hatte – das Hamburger Schulgesetz.

Und ‚die Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrages schwerwiegend zu gefährden', dürfte auch nicht schwer sein – schon deshalb, weil keiner so recht weiß, was denn nun eigentlich der „Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule" ist. Bis jetzt wurden Schülerzeitungen, die bestimmte Lehrer oder den Schulleiter kritisierten, bestimmte Unterrichtsinhalte angriffen etc. auf dem Schulgelände verboten, weil sie den „Schulfrieden" störten. Sollen sie jetzt verboten werden, weil sie angeblich ‚die Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schule schwerwiegend gefährden'?

2. Will eine Schülerzeitung materiell (z.B. Mitbenutzung der schulischen Druckmaschinen) gefördert werden, muß sie von der Schulkonferenz genehmigt werden. In diesem Gremium hat allerdings der Schulleiter ein Vetorecht. Außerdem kann einer Schülerzeitung die Genehmigung jederzeit wieder entzogen werden.

3. Die Zensur wird verschärft.

Das bisher dargestellte war in ähnlicher Form alles in den alten Richtlinien enthalten. Interessant sind die Neuerungen. So heißt es gleich unter dem Punkt 1.1. des Richtlinienentwurfs: *„Sie (die Schülerzeitungen) ... enthalten Beiträge zu schulischen Themen und anderen Fragen, die Schüler interessieren."* Soll damit jetzt auch den Schülerzeitungen das „allgemeinpolitische Mandat" abgesprochen werden? Und: Wer entscheidet, welche Fragen Schüler interessieren? Der Schulleiter? Unter Punkt 1.7. heißt es dann: „... *Jedoch ist Werbung für und durch politische Parteien und parteipolitisch orientierte Organisationen unzulässig."* Mit dem Begriff „parteipolitisch orientierte Organisationen" sollen doch offensichtlich Schülerzeitungen, die über die BUU, ein Berufsverbotekomitee, eine Antifa-Initiative usw. berichten, getroffen werden – ganz zu schweigen von politischen Schülergruppen. Überschattet wird die ganze Diskussion um die Richtlinien noch von neuen Zensurfällen: Wegen einer Satire über einige Lehrer wurde der „Stachel", Schülerzeitung am Matthias-Claudius- und Charlotte-Paulsen-Gymnasium, erst auf dem Schulgelände verboten – dann wurde die gesamte Auflage von der Schulleitung aufgekauft! Um die Redaktion gefügig zu machen, hatte man ihr mit Verleumdungsklagen, Anzeigenboykott u.a. gedroht. Und rechtzeitig zum Bekanntwerden der Richtlinien wurde auch noch der „Lichtblick" am Wilhelm-Gymnasium verboten. Die Redaktion hatte drei „Lehrerzeugnisse" abgedruckt.

Die „Demokratisiche Jugendpresse/Hamburg" hat bereits an einigen Schulen Aktionen angeregt. Außerdem hat sie einen Alternativentwurf vorgelegt. Sie fordert:

Keine Zensur und keine Vertriebsverbote für Schülerzeitungen durch Schulleitungen und Behörde!
Schulleitungen und Schulbehörde müssen die Schülerzeitungen durch Räume, Geräte und finanzielle Mittel unterstützen!
Auskunftspflicht von Behörde und Schulleitungen auch gegenüber Schülerzeitungen!

Ein Genosse des SSB/Hamburg

„Silberner Maulkorb" verliehen

Zum vierten Mal verlieh die Junge Presse Bayern den "Silbernen Maulkorb" samt Urkunde für "besondere Verdienste um die Jugendpressezensur". Die Auszeichnung nahm ein Oberstudiendirektor eines Münchener Gymnasiums entgegen, den der Landesverband der "Deutschen Jugendpresse" unter etlichen "heißen Anwärtern" ausgewählt hatte. Der Anlaß: Ein Schülersprecher hatte den Direktor des Wittelsbacher Gymnasiums um eine verbindliche Auskunft darüber ersucht, welche Abwesenheitsentschuldigungen der Schüler anerkannt werden und welche nicht. Das bisherige willkürliche Verfahren in dieser Frage sei Terror. Der barocke bayrische Schulmann Weisenberger antwortete durch einen Tobsuchtsanfall vor der Klasse, über den wiederum die jugendeigene Zeitung "Wie Kurz" berichtete: *"Er fing schlicht zu brüllen an, steigerte mit kleinen Pausen seine Phonstärke, daß man um seine Stimmbänder fürchten mußte."*

Weisenberger fackelte nicht lange. Gegen den Schülersprecher – selbst Mitarbeiter des "Wie Kurz" – und gegen den Autor des Berichts verhängte er je einen "verschärften Verweis".

Originalton aus Briefen des Direktors: *"Sie haben unter einem versteckten Impressum als verantwortlicher Redakteur einer privaten Schülerzeitung namens "Wie Kurz" als Schüler des Wittelsbacher Gymnasiums und in arglistiger Täuschung von Lehrern und Schülern vor dem Schuleingang diese Zeitung ohne meine Genehmigung verkauft. Wenn auch presserechtlich möglicherweise dagegen nichts einzuwenden ist, so unterstehen Sie schulrechtlich der von mir geleiteten Schule. So wie ein Betriebsangehöriger nicht gegen die Betriebsleitung öffentlich vor der Haustür ohne Gefährdung seiner Betriebszugehörigkeit Hetzartikel oder sonst betriebsinterne Vorkommnisse verbreiten darf, so werden auch Sie sich für derartige Manipulationen zu verantworten haben."* Und weiter: *"Sollte unter Ihrer Regie als Herausgeber des "Wie Kurz" eine weitere Nummer – wie angekündigt – vor dem Schulhaus verkauft werden, so rate ich Ihnen, vorher das Wittelsbacher Gymnasium zu verlassen."*

Daher also der "Silberne Maulkorb" für Oberstudiendirektor Weisenberger und seinem 'fröhliche Urständ' feierndem feudalistischen Gedankengut. ("FR", 5.4., "AA", 3.4., "Vorwärts", 19.4.79).

KB/Gruppe Nürnberg

Schüler protestieren gegen Klimaanlage

Westberlin: Am 3.5. protestierten etwa 400 Eltern, Lehrer und Schüler an der Kreuzberger Gesamtschule gegen die in den drei Jahren ihres Bestehens nie funktionierende Klimaanlage. Die Forderung: Abschaffung der Klimaanlage, Schließung der Dunkelräume, d.h. Räume ohne Fenster, die deshalb von einer Klimaanlage belüftet werden müssen. Der Schulleiter und das Bezirksamt Kreuzberg hatten sich bemüht, den Protest in die von ihnen kontrollierbaren Bahnen zu lenken: in der ersten Stunde gab es offiziell schulfrei.

Daher ließ es sich Volksbildungsstadtrat Gericke (SPD) natürlich nicht nehmen, seine Verbundenheit mit Lehrern, Schülern und Eltern kundzutun: Er werde eine „unabhängige" Kommission schicken.

Verlief so die Kundgebung am 3. Mai noch im erlaubten Rahmen, streikten die Schüler am nächsten Tag auch ohne Erlaubnis: Die Klimaanlage war ausgefallen!

Eine Genossin aus Westberlin

„So einer kann nicht Lehrer sein"

Mit der Forderung „Herr G. soll bleiben" drückten zehn- bis elfjährige Schüler einer Offenbacher Schule ihren Protest gegen die Strafabord-

aktionen seiner Schüler nicht unterbunden! Die 9. Kammer des Landesarbeitsgerichts erklärte jetzt die fristlose Kündigung für rechtens.

lassen, dann ist er eh „ungeeignet", oder er hat keine Autorität, eine Demo zu verhindern, dann ist er erst recht „ungeeignet". Das ist eine „Ge-

„So einer kann nicht Lehrer sein"

Mit der Forderung „Herr G. soll bleiben" drückten zehn- bis elfjährige Schüler einer Offenbacher Schule ihren Protest gegen die Strafabordnung ihres Lehrers an eine Rüsselsheimer Schule aus. Sie zogen durchs Schulgebäude, schrieben Plakate und Flugblätter und verfaßten einen Elternbrief. Daraufhin erteilte der Direktor dem Lehrer Hausverbot, da nur er als „Rädelsführer" in Frage käme. Dieser erschien jedoch zwei Tage später wieder in der Schule, um mit den Schülern über seine Situation zu reden. Sofort versuchte der Direktor ihn daran zu hindern. Die Weigerung des Lehrers wurde als „drohende Haltung" ausgelegt. Flugs war die Polizei zu Hilfe geholt, doch nützte sogar das „besonnene Zureden" des Einsatzleiters nichts, so daß Lehrer G. schließlich von den Bullen gewaltsam aus der Klasse geschafft wurde. Um G. nun endgültig loszuwerden, hat ihm die Schulbehörde fristlos gekündigt. Begründung: Er habe die Protestaktionen seiner Schüler nicht unterbunden! Die 9. Kammer des Landesarbeitsgerichts erklärte jetzt die fristlose Kündigung für rechtens.

Urteilsbegründung:

1. Obwohl G. bestreitet, die Protestaktionen der Schüler „gesteuert" zu haben, glaubt ihm das Gericht nicht! Die Logik des Gerichts: Irgendjemand müsse die Schüler ja von der Abordnung informiert haben – wer sonst als er?
2. Sollte seine Darstellung trotzdem zutreffen, so ist ihm vorzuwerfen, *„daß statt Abhaltung des Fachunterrichts seine Personalangelegenheiten behandelt wurden"*.
3. G. sei sowieso untauglich für den Lehrerberuf: *„Ein Lehrer, der auf diese Weise jegliche Autorität über die Schüler verloren hat, ist indes für seine Aufgabe völlig ungeeignet und kann nicht mehr beschäftigt werden."*

Welche Willkür: Entweder er hat so viel Autorität, um die Schüler zu einer Demonstration zu veranlassen, dann ist er eh „ungeeignet", oder er hat keine Autorität, eine Demo zu verhindern, dann ist er erst recht „ungeeignet". Das ist eine „Gerechtigkeit"!

Außerdem habe er das Hausverbot mißachtet, den Direktor bedroht und Widerstand gegen die Polizei geleistet (und das als Autoritätsperson? – Untragbar!). Wie sich das Land Hessen seine Lehrer wünscht, ist in Artikel 56, Absatz 4 nachzulesen: *„Er muß bereit und geeignet sein, die ihm anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu sittlichen Persönlichkeiten zu bilden, ihre berufliche Tüchtigkeit und politische Verantwortung vorzubereiten, zu selbständigem und verantwortlichem Dienst am Volk und an der Menschheit durch Ehrfurcht und Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit."* – Im Namen des Staates, der Regierung und der Kapitalisten, Aaaaaaamen!

Schüler im KB/Gruppe Frankfurt

lage. Die Forderung: Abschaffung der Klimaanlage, Schließung der Dunkelräume, d.h. Räume ohne Fenster, die deshalb von einer Klimaanlage belüftet werden müssen. Der Schulleiter und das Bezirksamt Kreuzberg hatten sich bemüht, den Protest in die von ihnen kontrollierbaren Bahnen zu lenken: in der

mit Lehrern, Schülern und Eltern kundzutun: Er werde eine „unabhängige" Kommission schicken.

Verlief so die Kundgebung am 3. Mai noch im erlaubten Rahmen, streikten die Schüler am nächsten Tag auch ohne Erlaubnis: Die Klimaanlage war ausgefallen!

Eine Genossin aus Westberlin

Statt Schulausbau – Wanderschulen

Seit Mitte März sind in Flensburg Überlegungen der Schulverwaltung bekannt, die zum Schuljahresbeginn 1979/80 eine Massenwanderung für mehr als 1.000 Flensburger Schüler aller Schularten zur Folge haben würden. Und wie so oft werden dabei die eh schon privilegierten Gymnasiasten das Rennen machen, während die 400 betroffenen Hauptschüler den üblichen Tritt bekommen.

Bei der geplanten Aktion sollen die Haupt- und die Realschule aus dem erst seit drei Jahren bestehenden modernen Schulzentrum Ost, für dessen Bau sich ihre Eltern in Bürgerversammlungen eingesetzt hatten, weichen: Die Realschule in das noch „relativ" neue Gebäude des benachbarten Gymnasiums, die Hauptschule hingegen in die völlig veralteten Räumlichkeiten ihrer ehemaligen Schule, in denen sich momentan eine Grundschule befindet.

Und damit die Wanderei auch wirklich von allen genossen werden kann, wird eben diese Grundschule mit der Grundschule des benachbarten Stadtteils zusammengelegt. Daß es u.U. daraufhin ein bißchen zu eng für die Kleinen werden könnte, die sich dann in einer statt zwei Schulen quetschen dürfen, ist natürlich blanker Unsinn. *„Bisher bekannt gewordene Zahlen über die künftige Schülerentwicklung"* weisen nämlich darauf hin, daß *„die Mürwikschule ab 1984 nur noch die Hälfte der derzeitigen Schülerzahlen haben und die Schule Friedheim sogar weniger als die Hälfte haben wird"* („Fl. Tg.", 17.3.). Und bis 1984 sind es ja nur noch fünf Jahre. Daß die Hälfte der betroffenen Grundschüler durch die Maßnahmen einen unzumutbar weiten Schulweg haben wird, ist im „Jahr des Kindes" natürlich ebenso unwichtig wie die Tatsache, daß man für die Sonderschule, die „mittelbar durch das neue Konzept" („Fl. Tg.", 14.3.) betroffen sein wird, vorläufig noch überhaupt keine Lösung parat hat.

„Gelöst" werden sollen mit dieser Umverteilung die Probleme des Gymnasiums, in dem 32 Klassen nur 22 Unterrichtsräume zur Verfügung stehen. Die einfachste Lösung, den entsprechenden Raum hinzuzubauen, kommt beim gegenwärtigen Kurs in der Bildungspolitik natürlich nicht in Frage. Getan wird dann nur etwas für das Gymnasium. Hierfür soll zukünftig das ganze Schulzentrum zur Verfügung stehen.

Während die SPD-Ratsfraktion ihre Zustimmung zu der vorgeschlagenen Neuordnung sogar schon gegeben hatte, bevor der Schulausschuß am 15.3. der Verwaltung „grünes Licht" für weitere Überlegungen zubilligte, reagierten die Betroffenen mit Empörung: Die Schulversammlung der Hauptschule hat sich inzwischen gegen die Neuordnung ausgesprochen und viele Eltern und Schüler machten in Leserbriefen deutlich, daß hier ihrer Meinung nach nicht nur die Raumprobleme des Gymnasiums besonders auf dem Rücken der Hauptschüler ausgetragen werden sollen, sondern auch die Hoffnung auf eine Entwicklung des Schulzentrums zu einer Gesamtschule vom Tisch gefegt werden.

Aber nicht nur die Schüler, Eltern, und Lehrer der Hauptschule wehren sich gegen den geplanten Umzug. In einem Leserbrief an das „Flensburger Tageblatt" protestierten am 21.3. 102 Schüler das Gymnasiums gegen diese Entscheidung.

Ein Genosse aus Flensburg

Schülerstreik gegen Prügelpädagogen

Ein aktueller Beitrag zum Jahr des Kindes

Dortmund, 26.4. Hangeney-Grundschule Dortmund-Marten: Seit Montag, dem ersten Schultag seit den Osterferien, boykottieren die 20 Schülerinnen und Schüler der Klasse 4a den Unterricht in ihrer Schule. Zusammen mit ihren Eltern wehren sie sich gegen die von der Schulverwaltung geplante Versetzung ihres Klassenlehrers Siebrecht. Stattdessen fordern sie die sofortige Suspendierung der Schulleiterin Kemper.

Gegen Frau Kemper (52) und drei andere Lehrer der Grundschule hatten im vergangenen Jahr mehr als 25 Eltern Strafanzeige erstattet, weil ihre Kinder mehrfach geschlagen worden waren. Aus den Aussagen von Kindern und Eltern geht hervor, daß vor 2 Jahren ein damals 8-jähriger Schüler aus Angst vor der schlagenden Rektorin einen Selbstmordversuch unternommen hat. Ein Junge kam mit blutender Nase nach Hause, weil seine Lehrerin ihn mehrfach mit dem Kopf auf die Tischkante gestoßen hatte. Andere Schüler sind von den Lehrern im Unterricht an den Haaren gezogen worden. Am schwersten belastet wurde die Rektorin der Schule, Frau Kemper, von der auch die Äußerung stammt: „Ich muß alle 4 Wochen ein Kind vermöbeln, damit Ruhe ist." Allein gegen sie wurden 13 Strafanträge gestellt.

Nach fast einjährigen Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft am 24. April mitgeteilt, daß gegen die Rektorin und die anderen betroffenen Lehrkräfte Anklage wegen „Körperverletzung im Amt" erhoben wird.

„Wer in der Schule prügelt, ist ein Stümper"

Helmut Siebrecht (48) war der einzige Lehrer der Schule, der sich laufend von den Praktiken der „schlagenden Verbindung" distanzierte: „Wer Prügel, Strafarbeiten und Rausschmiß als pädagogische Hilfsmittel braucht, gehört nicht an eine Schule." Und: „Wer in der Schule prügelt, ist ein Stümper."

Die ersten Versuche, den einzigen couragierten Lehrer der Hangeney-Grundschule abzuschieben, wurden denn auch schon vor mehr als einem Jahr gestartet. Als Gerüchte in Umlauf gebracht wurden, der Sieprecht solle an eine andere Schule versetzt werden, sammelten Eltern in der Siedlung mehr als 300 Unterschriften. Die Eltern seiner ehemaligen und seiner jetzigen Klassen solidarisierten sich mit ihm.

Der Schulverwaltung der Stadt Dortmund und dem zuständigen Regierungspräsidenten waren die Vorwürfe gegen die Prügelpädagogen schon seit März 78 bekannt, die Eltern hatten eine Aufstellung aller bis dahin bekannten Fälle eingereicht und eine Untersuchung gefordert. Ohne Erfolg. Die Konsequenz, die die Schulbürokratie schließlich aus dieser Situation zog, verwundert: In den Sommerferien erhielt Helmut Siebrecht seine Versetzung an eine andere Schule. Die Versetzung wurde vom Dortmunder Schulamtsdirektor Ohters so begründet: Helmut Siebrecht habe „den Schulfrieden nachhaltig gestört" durch „Kollaborieren mit den Eltern"! Kollaboration erinnert den Bochumer Anwalt Wolfgang Illner, der Siebrecht und die Eltern vertritt, an den letzten Krieg: Kollaborieren mit dem Feind ..."

Diesen ersten Versuch, ihren Klassenlehrer zu versetzen, beantworteten Eltern und Schüler der Klasse 4a mit einem 7-tägigen Schulstreik zu Beginn des Schjuljahres im August 78. Mit Erfolg: Im September wird die Versetzung Siebrechts zurückgenommen. Da die Eltern jedoch befürchten, die Versetzung sei nur aufgeschoben, verlangen sie feste Zusagen. Daraufhin erklärt der Dortnunder Schulamtsdirektor Göller am 6.1.79 offiziell „Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand ist nicht beabsichtigt, den Lerer Sieprecht zu versetzen.

Ohne konkreten Anlaß - und wiederum mit der schon bekannten, blassen Begründung „gefährdet den Schulfrieden" - wurde dem Lehrer Siebrecht dann am 11. April mitgeteilt, zum 1. August sei nun endgültig seine Versetzung an eine andere Grundschule geplant.

Aus der „Tageszeitung" vom 27.4.79

Konzertierte Aktion gegen die Arbeiterjugend
DGB und Stufenausbildung (Teil 1)

Im AK 147 berichteten wir über die beabsichtigte Einführung der Stufenausbildung im Metallsektor, die auf Grundlage der von der IG-Metall und Gesamtmetall verabschiedeten „Eckdaten zur Neuordnung der industriellen Metallberufe" entwickelt werden soll.

In ganzseitigen Anzeigen und diversen Artikeln einschlägiger Gewerkschaftszeitungen wirbt heute die DGB-Führung für die Zustimmung. Die mit Beginn der siebziger Jahre verstärkt einsetzende „Differenzierung" auf allen Ebenen schulischer und betrieblicher (Aus-)Bildung, die Einführung der Oberstufenreform, von Kurssystemen, die Zerlegung der (Aus-)Bildung in unterschiedliche Qualifikationsabschnitte, hat nicht ein „Mehr an Chancengleichheit" gebracht, sondern wachsenden Leistungsdruck, Spaltung und Konkurrenzkampf, verfeinerte Auslese und Dequalifikation. Besonders durchgeschlagen hat diese „Differenzierung" auf die Arbeiterjugend mit der Neuordnung der beruflichen Bildung. Das Prinzip der Stufenausbildung ist heute d a s Kennzeichen dieser Entwicklung. Die Stufenausbildung wurde eingeführt, als Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel begannen; erfaßt wurden v.a. jene Berufsbereiche, die von der Strukturkrise, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit besonders betroffen waren (Textilbranche, Bau- und Elektrogewerbe etc.). Mit der Stufenausbildung wurden Kurzlernberufe mit ein- bis zweijähriger Dauer ausgebaut, zunächst besonders in sogenannten Frauenberufen.

- In der Maschenwarenindustrie sind 45%, in der Bekleidungsindustrie 80,5%, in der Webereiindustrie schon 86,2% nicht in ein zweites bzw. drittes Ausbildungsjahr übernommen worden;
- in der Elektroindustrie kamen 21 Prozent nicht in die zweite Stufe, bei der Post sollen in diesem Jahr auf einen Schlag 4.000 Fernmeldehandwerkslehrlinge nach ihrer Ausbildung nicht übernommen werden;
- Im Einzelhandel gilt nur noch für 47% eine Übernahme in das dritte Ausbildungsjahr usw. (Anmerkung 1).

Aufgrund der einschneidenden Folgen wurde und wird die Stufenausbildung von den Jugendlichen abgelehnt. Betriebliche Aktionen aber auch verschiedene Erklärungen und Resolutionen auf gewerkschaftlicher Ebene (Meist von der „Basis") bringen dies zum Ausdruck.

Die Haltung zur Stufenausbildung ist heute d e r Maßstab, an dem gemessen werden kann, wer wirklich etwas für die Lehrlinge übrig hat. Angesichts des breiten Protestes Mitte der siebziger Jahre gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung versuchte die Bundesregierung im Einklang mit der Gewerkschaftsführung, gerade d i e s e s Thema aus der öffentlichen Diskussion um die „Reform der be-

ruflichen Bildung" herauszuhalten
s e s Thema aus der öffentlichen Diskussion um die „Reform der be-

ruflichen Bildung" herauszuhalten. Die „von Oben" initiierte Debatte um ein neues Berufsbildungsgesetz und das Hick-Hack um eine „Lehrlingsabgabe" sollte von einer Debatte über die i n h a l t l i c h e n Fragen der Berufsbildung ablenken. Und gerade an dem Punkt, wo es um die konkrete Planung und praktische Umsetzung kapitalistischer Berufsbildungsvorstellungen geht, sieht die DGB-Führung recht alt aus:

- Sämtliche Stufenausbildungsverordnungen sind von Kapitalisten und Gewerkschaftsvertretern gemeinsam erarbeitet und anschließend umgesetzt worden;
- die DGB-Führung befürwortet prinzipiell die „Differenzierung" auf dem Ausbildungssektor, da diese die „Flexibilität" und „Mobilität" und damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt angeblich erhöhe und gleichzeitig der „unterschiedlichen Eignungsstruktur" bei Jugendlichen zugute käme. Der DGB wendet sich (verbalradikal) gegen allzu rigorose A u s w i r k u n g e n der Stufenausbildung, nicht aber gegen die U r s a c h e n der Auslese. Das Taktieren der DGB-Führung in dieser Frage ihren Mitgliedern gegenüber war eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der Stufenausbildung. Trotz der ansich völlig eindeutigen Praxis der DGB-Führung gelang es ihr immer wieder, den E i n d r u c k zu erwecken, als sei sie in Wahrheit g e g e n die Stufenausbildung. Mangelnde eigenständige Untersuchung nährten diese Illusion, Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend auf dem Berufsausbildungssektor sind heute weitgehend gelähmt. So gibt es beispielsweise bis heute k e i n e uns bekannte Stellungnahme gegen die geplante Stufenausbildung in den Metallberufen. Einst d a s Thema, beweisen heute auch die linken Jugendorganisationen durch absolutes Stillschweigen über die „Eckdaten", wieweit diese drängenden Probleme der Arbeiterjugend aus dem Blick geraten sind.

Als Wiedereinstieg in diese Diskussion wollen wir zunächst einige „historische" Tatsachen der DGB-Politik zur Stufenausbildung in Erinnerung rufen, um im zweiten Teil speziell auf die aktuelle Auseinandersetzung um die „Eckdaten" einzugehen.

Der DGB ebnet den Weg

In den 60er Jahren standen verschiedene Stufenausbildungsmodelle auf dem Prüfstand. (s. auch AK 147) Neben dem berüchtigten „Krupp-Plan" (1962), dem Stufenplan der „Arbeitsgemeinschaft Berliner Ausbildungsleiter" („Berliner Stufenplan", 1961), dem Entwurf eines Stufenplans der Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung (ABB, 1963 und 1965) um einige wichtige

zu nennen, erstellte auch eine Ar-

zu nennen, erstellte auch eine Arbeitstagung der IG-Metall schon im Juni 1963 in Westberlin einen Drei-Stufen-Plan. Dieser Plan sah eine Grundausbildung (Grundlehrgang) in zwei Phasen von zusammen elfmonatiger Dauer vor. Mit dem Abschluß der ersten Stufe sollte *„durch eine Prüfung ermittelt (werden), für welche Berufsgruppe sich der Lehrling eignet"*. Entweder wurde *„der Nachweis der Qualifikation zum Eintritt in die nächste Stufe"* erbracht, oder die Ausbildung nach einem Jahr mit der Berufsbezeichnung „Metallwerker" abgebrochen. Am Ende der zweiten Stufe war im DGB-Modell ebenfalls eine Prüfung vorgesehen als Voraussetzung für die Beendigung der Lehre nach zwei Jahren als sogenannter „Facharbeiter". Für die dritte – die sogenannte „qualifizierte Fachstufe" – und letzte Stufe galt dasselbe (Anmerkung 2).

1966 wurde dieser Plan der IGM dem Bundeswirtschaftsministerium zur Anerkennung vorgelegt.

„Sie (die IGM, Anm. der Verf.) glaubt, damit auch einem Bedürfnis der Industrie Rechnung zu tragen (...). So sind beispielsweise in jüngster Zeit Versuche angestellt worden, firmenseitig Lehrzeiten zu verkürzen, und in vielen Bereichen der Industrie ist es durchaus üblich, während der Lehrzeit ein einmal formuliertes Berufsziel nach einem bestimmten Ausbildungsabschnitt gemäß den Fähigkeiten des Lehrlings zu korrigieren. All dies könnte nach Ansicht der IG Metall auf der Basis ihres Stufenausbildungsvorschlages legalisiert werden. Der Vorschlag der IG-Metall wurde unter Mitwirkung namhafter Ausbildungsleiter der Metallindustrie erarbeitet" (Anmerkung 3).

Der gemeinsam mit den Kapitalisten ausgearbeitete Stufenplan des DGB hatte also – damals noch offen zugegeben – nicht eine V e r h i n d e r u n g von Auslese und Kurz- und Schmalspurausbildung zum Ziel, sondern deren L e g a l i s i e r u n g. *„Die Vorteile der Stufenausbildung"* zitierte der DGB gleichlautend, läge *„in der Differenzierung der Ausbildung entsprechend den jeweiligen Anforderungen der industriellen Arbeit"* (Anmerkung 4). In diesem Sinne verstand der DGB die Stufenausbildung *„als Instrument zur Rationalisierung der herkömmlichen Lehre"* (Anmerkung 5).

Die einschlägigen Folgen dieser „Rationalisierung" für die Jugendlichen war dem DGB wohl bekannt, u.a. durch das „Krupp-Modell", bei dem über 50 Prozent der Lehrlinge unterhalb der herkömmlichen Facharbeiterqualifikation und -entlohnung in die Produktion gesteckt wurden. In w e s s e m Sinne der DGB handelt, auch das wurde nicht einmal verschwiegen: *„Der DGB und die meisten Einzelgewerkschaften (haben) sich nach langer,*

intensiver Meinungsbildung trotz

intensiver Meinungsbildung trotz möglicher (?!) nachteiliger Folgen im Einzelfall (?) für die Stufenausbildung ausgesprochen" (Anmerkung 6).

Die Kapitalisten konnten also bei der Umsetzung der Stufenausbildungsverordnungen auf die Zustimmung und Mitarbeit der DGB-Führung setzen. Am 2. Juni 1971 begann mit der bundesweiten Einführung der Stufenausbildung für die Bekleidungs- und Mascheninduslrie die Phase der Umsetzung.

Die neue Ausbildungsordnung umfaßte sieben anerkannte Ausbildungsberufe und ersetzte 19 Lehr-und Anlernberufe; zunächst waren rund 18.000 Lehrlinge davon betroffen. Der DGB begrüßte diese Maßnahme als *„weiteren Beitrag zu der seit Jahren laufenden Verringerung und Konzentration der Ausbildungsberufe"* (Anmerkung 7).

Am 30.7.1971 folgte dann sogleich die Einführung der Stufenausbildung für die Spinnerei- und Webereiindustrie. Nach weiteren praktischen Erfahrungen forderte die DGB-Führung noch einmal Ende 1971 als Beitrag *„zu den dringend notwendigen Verbesserungen (...): die Einführung der Stufenausbildung in allen geeigneten Bereichen"* (Anmerkung 8).

In der O f f e n h e i t gibt es aus den letzten Jahren keine vergleichbaren Aussagen des DGB. Heute beteuert der DGB eine Abkehr von den damaligen Vorstellungen zur Stufenausbildung. Dieser angebliche „Irrtum" ist ein Lippenbekenntnis, eine taktische Reaktion auf das veränderte Kräfteverhältnis innerhalb des DGB. In der p r a k t i s c h e n Konsequenz hat die DGB-Führung ohne wirkliche Abstriche an diesem Kurs festgehalten und die Stufenausbildung gegen massiven Protest in- und außerhalb der Gewerkschaften mit durchgesetzt. Nachdem die DGB-Führung auf gewerkschaftlichen Jugendkongressen anfänglich „korrigierend" in den Entscheidungsprozeß zum Thema Stufenausbildung eingriff, mußten sie später den Protesterklärungen und Beschlüssen gegen die Stufenausbildung einen gewissen Raum lassen.

DGB-Jugend an der Nase herumgeführt

Nachdem die 8. IGM-Jugendkonferenz 1968 dem Stufenplan der IGM ihre formelle Unterstützung zusagte, auf der folgenden IGM-Jugendkonferenz 1971 das Thema Stufenausbildung nur am Rande behandelt wurde, kam es auf der 8. Bundesjugendkonferenz des DGB im November 1971 erstmals zu heftigen Kontroversen. Vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheidung über die Einführung der Stufenausbildung für den industriellen Elektrobereich

brachte die IG-Chemie-Papier-Kera-

brachte die IG-Chemie-Papier-Keramik überraschend einen Antrag ein, in dem für ihren Bereich *„eine Stufenausbildung nach § 26 Berufsbildungsgesetz ganz entschieden abgelehnt wird"*! Sie schlußfolgerte aus den vorliegenden Erfahrungen mit der Stufenausbildung für ihren Organisationsbereich, daß *„die Stufenausbildung für bisher anerkannte ‚Facharbeiter-Berufe' noch nicht abzusehende Folgen in Bezug auf die Abwertung des bisherigen Status ‚Facharbeiter' (hätte)"*, daß *„die Anzahl von breit ausgebildeten Jugendlichen mit vollwertigen Berufsabschlüssen stark zurückgehen (würde)"* und sich *„insbesondere auch nachteilig für die sogenannten ‚Frauen-Berufe' auswirken wird und dort zur Schmalspurausbildung führt"* (Anmerkung 9).

Durch diesen Antrag der IG-Chemie stand ein Votum der DGB-Jugendkonferenz auf der Kippe, doch konnte die IGM-Führung durch einen Initiativ-Antrag das Steuer noch einmal herumreißen. Mit einigen taktischen Schlenkern versehen, erreichte sie schließlich doch noch ein Votum für die Stufenausbildung *„wenn die Vorteile für die Auszubildenden (gegenüber den bisherigen Ausbildungsordnungen) überwiegen"* (Anmerkung 10).

Wieviel von diesem „Zugeständnis" zu halten war, brachte die DGB-Führung ein knappes Jahr später mit ihrer Zustimmung zur Einführung der Stufenausbildung für den Bereich der Pelzverarbeitung (Industrie und Handwerk) (23.8.72) sowie der Elektroindustrie (12.12.72) zum Ausdruck. In einer lapidaren Erläuterung ihrer Entscheidung heißt es in der Erklärung des IGM-Vorstandes zur Stufenausbildung/Elektro: *„Hier handelt es sich im Grunde um nichts anderes, als die Ablösung einer alten Ausbildungsordnung durch eine neue, die nunmehr Stufenabschlüsse vorsieht"*. Diese Entscheidung sei *„ein Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Berufsausbildung"*, wobei es darum gehe, die *„Durchführung der Stufenausbildung so gut wie möglich zu nutzen"* (Anmerkung 11).

Auf der 8. Bundesjugendkonferenz 1971 wurde zur Weiterführung der begonnenen konträren Diskussion um die Stufenausbildung die Einberufung einer außerordentlichen Bundesjugendkonferenz zu diesem Thema beschlossen. Der DGB-Führung gelang es, daß eine nächste offizielle Bundesarbeitstagung erst zweieinhalb Jahre (!) später (März 1973 in Solingen) stattfand. Eine Einflußnahme auf die Entscheidung von Seiten der DGB-Jugend über die Stufenausbildug/Elektro, Protestaktionen oder nur die Diskussion darüber paßten offensichtlich nicht ins Konzept.

In Solingen wurden zwar ausführlich die Auswirkungen der Stufenausbildung für die Lehrlinge kritisiert, aber keine Schritte zum Kampf dagegen beschlossen. Ein dort entwickeltes Modell der „Phasenausbildung", das eine Übernahmeverpflichtung in die jeweilig aufbauenden Stufen vorschlug, blieb ohne jede praktisch-politische Relevanz.

Bis zur 9. Bundesjugendkonferenz des DGB strichen dann wieder eineinhalb Jahre ungetan ins Feld. Im November 1974 wurde in Ludwigsburg in einem Antrag festgehalten, *„daß die unveränderte Beibehaltung bereits erlassener Ausbildungsordnungen in gestufter Form, daß die Entwürfe neuer Ausbildungsverordnungen in gestufter Form nicht möglich sind"* (Anmerkung12).

Wiederum wurden Illusionen gestreut, der DGB habe nun endgültig Abstand von der Stufenausbildung gewonnen. Der Wert derartiger Beschlüsse zeigte der DGB erneut an seiner Praxis: Nach dreijährigen Verhandlungen wurde kurz vor dem Kongreß – am 1. Juli 1974 – die Stufenausbildung für die industriellen und handwerklichen Bauberufe eingeführt. Kommentar der zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre: „Wir als IG Bau sind stolz darauf, daß unser jahrelanges Bemühen (...) zu einer für die jungen Menschen in der Bauwirtschaft vernünftigen Lösung geführt hat" (Anmerkung 13). Wie in der Elektroindustrie erfolgt auch im Baubereich seither eine erste Abschlußprüfung nach der zweijährigen ersten Stufe, wie in der Elektroindustrie bedeutet diese erste Stufe für immer mehr Jugendliche das „Aus". Dieser Kapitulationskurs hat dazu geführt, daß auf der Ebene gewerkschaftlicher Jugendarbeit gegen die Neuordnung der beruflichen Bildung heute nahezu nichts mehr abläuft. Betriebliche Kämpfe gegen die Stufenausbildung bleiben die Ausnahme und der Einzelinitia-

gegen die Stufenausbildung bleiben die Ausnahme und der Einzelinitia-

tive kämpferischer Jugendvertretungen überlassen.

Angesichts der bevorstehenden Stufenausbildung in den Metallberufen muß es umsomehr unsere Aufgabe sein, diesen Zustand aufzubrechen.

Lehrlingsgruppe KB/Gruppe Hamburg



Neue Berufe im Bergbau
In zwei Jahren zum BuM!
Modellversuch läuft bei RAG und EBV

Seit einem Jahr wird der Bergmechaniker ausgebildet. Er hat den Knappen abgelöst. Seine Ausbildung ist moderner und der Situation angepaßt.

einheit
Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie
1. Juni-Ausgabe Nr. 11 Bochum, den 1. Juni 1977

Auch in puncto beruflicher Bildung vorn: Die IG Bergbau und Energie wirbt für die Einführung von Kurzlernberufen und Stufenausbildung – als „große Chance gerade für Spätentwickler" versteht sich...
Wie fordern noch die Kapitalisten: „Bei den Produktionsarbeitern wird die Zahl der Ungelernten und kurzfristig Anzulernenden auf längere Sicht in steigendem Maße durch breiter ausgebildete Arbeitskräfte mittleren Niveaus zu ersetzen sein müssen".

sein müssen".

Anmerkungen:

(1) Zusammengestellt nach: „Beruf aktuell", Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe 1979;
(2) Zitate nach: „Berufsausbildung und beruflicher Bildungsweg", Schriftenreihe Nr. 51, eine Dokumentation der IG-Metall, 1966;
(3) „Berufliche Bildung", Hersgb. DGB-Bundesvorstand, April 1969;
(4) Krause, Erwin: „Warum Stufenausbildung", in: Berufskundliche Mitteilungen, Nr. 8 (1964);
(5) Arbeitsheft 885, Hrsgb. IGM-Vorstand/Abteilung Bildungswesen, Januar 1972;
(6) zitiert nach Anmerkung 5; der Autor nimmt Bezug auf: Lemke, H.: „Zur Einführung der Stufenausbildung", in: „Berufliche Bildung", Heft 8/71;
(7) „Berufliche Bildung," Hersgb. DGB-Bundesvorstand, Juli 1971;
(8) „die Quelle", Funktionärszeitschrift des DGB, Nr. 11/November 1971;
(9) „Berufliche Bildung", Juni 1971;
(10) zitiert nach: „Solidarität", Hrsgb. DGB-Bundesvorstand/Abteilung Jugend, 2/1979;
(11) „Informationen/Stellungnahmen/Berufliche Bildung Nr. 4; die Autoren berufen sich auf: „Betriebsrat und Berufsbildung", Arbeitsheft 886 (Hrsgb. s.o.), 1972;
(12) „Solidarität" (Hrsgb. s.o.), Nr. 12/74;
(13) „Gewerkschaftliche Bildungspolitik", Hrsgb. DGB-Bundesvorstand/Abteilungen Berufliche Bildung und Bildung, Juli/August 1974.

Antifaschistische Aktion

Hamburg

Trotz breiter Proteste fand am 5. Mai in Hamburg-Harburg eine Kundgebung der NPD unter Polizeischutz statt. U.a. hatte ein Sprecher des DGB (Postgewerkschaft) gegen die NPD-Veranstaltung protestiert. Die Jusos forderten ein Verbot der NPD-Kundgebung.

Am 5. Mai versammelten sich gegen 10 Uhr Mitglieder der SDAJ, DKP,Jusos, VAN, Bunte Liste, KB, ,,Anarchos'' und KBW. Es wurden verschiedene Flugblätter verteilt (leider kein gemeinsames), Transparente aufgestellt mit den Parolen ,,Nazis raus aus Harburg'', ,,Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!''. Schnell waren ca. 200 Antifaschisten beisammen und protestierten mit Pfeifkonzerten, Parolen, Eierwürfen, Farbbeuteln, Mehltüten. Die Faschisten bekamen eine gerechte Antwort. Die 8 - 10 Faschisten hielten Hetzreden und gingen mit Latten und Fahnenstangen mehrmals auf Antifaschisten los. Einem wurde dabei das Nasenbein gebrochen, sodaß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Möglich gemacht wurde das den Faschisten durch den massiven Polizeischutz: Ca. 200 behelmte Polizisten waren in Mannschaftswagen bereitgestellt. Auf den umliegenden Dächern standen
Mannschaftswagen bereitgestellt. Auf den umliegenden Dächern standen
Polizisten, ausgerüstet mit Kameras und Funk. Rings um den Kundgebungsplatz standen Polizisten mit Hunden hinter Absperrgittern. Beim Versuch, den Aufbau des NPD-Standes zu verhindern, wurden Antifaschisten von ziviler Polizei angegriffen und brutal geschlagen. Fünf Antifaschisten wurden verhaftet. Ihnen drohen Strafanzeigen wegen Körperverletzung, Rädelsführerei oder Störung einer genehmigten Veranstaltung.

In der Hamburger Innenstadt tauchte der gleiche NPD-Trupp ab 15 Uhr zu einer ,,Kundgebung'' auf. Der NPD-Trupp bestand aus sieben, acht Mann, darunter Fritz-Ulrich Bundt (JN-Landesvorsitzender in Niedersachsen, Aktivist der ,,Harting-Bande''), Thomas Berg und, als Redner, Damman.

Obwohl der NPD-Auftritt erst einen Tag zuvor bekannt geworden war, waren etwa 700 Antifaschisten da (darunter viele Teilnehmer der am Vormittag durchgeführten Fahrraddemo von Umweltschützern), um das Lautsprechergebrüll der NPD mit antifaschistischen Parolen und vereinzelten Eiern zu stören. Ein massives Polizei-Aufgebot schützte auch hier die Nazis vor den verdienten Prügeln.

KB Harburg und Antifakommission Hamburg

Erlebnisbericht eines Festgenommenen

Der folgende Bericht ist von einem Genossen, 'der während der Anti-NPD-Aktionen am 5. Mai in Hamburg-Harburg festgenommen wurde:

,,Unvorstellbar erschien mir die Tatsache, daß die Bullen mich direkt aus der protestierenden Menge herausgriffen. So fühlte ich mich zwischen den Antifaschisten relativ sicher vor einer Festnahme. Bei dem Versuch, mich doch noch zu entfernen,
Festnahme. Bei dem Versuch, mich doch noch zu entfernen,
sprang ein Bulle mich von hinten an und mahm mich in einen Würgegriff. Anschließend drehte mir ein zweiter Zivil-Bulle beide Arme um. Sie führten mich ab. Mehrere Male fragte ich nach Gründen meiner Festnahme. Die Bullen verstanden dies wohl als Widerstand, drückten jedenfalls fester zu. Auf die Forderung nach der Dienstnummer der Bullen reagierten sie nur mit Lächeln und einem Spruch: ,Was geht dich das denn an, du bist sowieso bekannt hier'.

Auf der Wache wurde ich nach ca. anderthalb Stunden zum Verhör geführt. Der Bulle stellte sich vor mit SS (Staatssicherheitsdienst) Abt. FD 7.

Die Anklage lautet ,Störung einer genehmigten Veranstaltung, Rädelsführerei, Körperverletzung, Werfen mit Glaskugeln, Eiern und Steinen'. Ich forderte einen Anwalt, aber keine Reaktion. Sie sperrten mich wieder mit einem zweiten Antifaschisten in eine Zelle. Nach ca. einer Stunde sind wir dann, insgesamt fünf Festgenommene, zum Berliner Tor (Polizeipräsidium) zwecks erkennungsdienstlicher Behandlung transportiert worden. Hier war die entsprechende
Behandlung transportiert worden. Hier war die entsprechende
Abteilung offenbar besoffen. Es wurde Jubiläum gefeiert. Aus unserer Zelle hörten wir die Bullen singen: ,So ein Tag, so wunderschön...' Wieder forderten wir einen Anwalt. Ein Bulle (besoffen) erwiderte: ,Wieso Anwalt? Ich brauche auch keinen, es sei denn mal im Straßenverkehr'. Bei der ED-Fotobehandlung kommentiert ein Bulle: ,Setz dich auf den Stuhl, die Volt-Zahl stelle ich gleich ein'. Anschließend wurden meine Fingerabdrücke genommen und wieder ein Spruch: ,Guck mal, dich haben wir jetzt und deine Genossen kriegen wir auch noch'.

Um 17.15 Uhr haben sie uns entlassen.''

Ein Harburger Antifaschist



NPD-Kundgebung in Harburg: 200 Polizisten schützen die Faschisten — die Antwort der Antifaschisten: Farbbeutel, Eier und Mehltüten

Freiburg

Gegen eine ,,1. Mai-Kundgebung'' der NPD in Freiburg demonstrierten 400 - 500 Menschen. Die Freiburger Bunte Liste/Wehrt euch hatte kurzfristig von dieser Provokation Wind bekommen und — speziell auf dem übers Wochenende stattfindenden Folk-Festival mobilisiert. Die knapp 30 Nazis konnten sich mit ihrer mickrigen Lautsprecheranlage gegen die Rufe ,,Nazis raus aus Freiburg!'' nicht durchsetzen und mußten sich nach einigen vergeblichen Versuchen trollen. Die Antifaschisten demonstrierten danach noch spontan durch die Innenstadt.

Antifa-Kommission Baden-Württemberg

Rodgau/Offenbach

In den letzten Wochen hatte die Rodgau-Bande wieder von sich hören lassen. U.a. gab es einen Fackelzug ,,zu Ehren von Hitlers 90. Geburtstag'' in Offenbach, an dem sich ca. 40 - 50 Nazis beteiligten. Die Nazis verprügelten vier Antifaschisten, fotografierten sie und hielten ihnen Pistolen an die Schläfen (,,FR'' vom 23.4. und 26.4.).

Am 28.4. demonstrierten ca. 300 Antifaschisten gegen die Rodgau-Bande. Die meisten Teilnehmer kamen aus Nieder-Roden oder der näheren Umgebung. Als der Demonstrationszug am Haus des Rodgau-Nazis Emil Dilger vorbeikam, stellten sich vier uniformierte Nazis provokativ in den von der Polizei geschützten Garten.

Auf der Abschlußkundgebung sprach sich der DGB-Vorsitzende von Rodgau, Schneider, für ein antifaschistisches Bündnis ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus und kritisierte scharf die verantwortlichen Staatsorgane. ,,Sie tragen eine große Mitverantwortung, wenn es in nächster Zeit hier zu Mord und Totschlag kommt''. Seine Frau hatte vor der Demonstration einen anonymen Anruf bekommen, in dem ihr gedroht wurde, sie zu erschießen, falls die Demonstration stattfindet.

KB Frankfurt

Oldenburg

Am 28.4. fand in Oldenburg der NPD-Landesparteitag Niedersachsen statt. Die damit verbunden öffentlichen NPD-Auftritte standen unter massivem Polizeischutz. Am 28.4. wurde der den Neonazis zugewiesene Kundgebungsplatz vorher von 100 bis 200 Antifaschisten besetzt, die immer mehr wurden und schließlich mit ca. 500 Menschen einen spontanen Demonstrationszug durch die Innenstadt durchführten.

Dazwischen liegt einiges, was berichtet werden sollte: Ein militärisch-imposantes Polizeiaufgebot fuhr am Kundgebungsplatz der NPD mit ca. 20 Großfahrzeugen (Busse, LKW, Wasserwerfer) demonstrativ an; Hunde wurden eingesetzt, die Bereitschaftsbullen mit Knarre und Chemical Mace tauschten die Gummi- gegen lange Holzknüppel. Die Antifaschisten wurden weggezerrt und die über den Platz gelegten und ineinander verkketteten Fahrräder mit Hilfe von Bolzenschneidern abgeräumt, um Platz zu schaffen für die Nazi-Lautsprecheranlage. Trotzdem hat Oldenburg das prächtigste Bombardement seit zig Jahren mit Eiern, Farbbeuteln und Tomaten erlebt, und trotz der riesigen Plexiglasscheibe, die die faschistischen Hetzer abschirmte, wurden Treffer gelandet.



Oldenburg: Antifaschisten besetzen den Kundgebungsplatz der NPD

Oldenburg: Antifaschisten besetzen den Kundgebungsplatz der NPD

Im Unterschied zu antifaschistischen Protesten der letzten Monate, die zumeist von Hilflosigkeit und Unorganisiertheit geprägt waren, war diese Aktion rundum gut und eine positive neue Erfahrung — lediglich getrübt durch die Polizeiaktion, die den Nazis noch ihren Auftritt ermöglichte.

Um den NPD-Parteitag hatte es in den beiden Wochen vorher eine breite öffentliche Kontroverse gegeben: SPD, DGB, DKP samt Bündnisspektrum hatten Anträge und Unterschriftensammlungen durchgeführt, um ein Verbot der NPD-Aktivitäten zu erwirken — was ohne Erfolg blieb, aber die öffentliche Resonanz verstärkte.

Am Nachmittag des 28.4. fand vor den Weser-EmsHallen noch einmal eine (verbotene) Kundgebung gegen den dort stattfindenden NPD-Parteitag mit 800 oder mehr Leuten statt. Sie wurde von DKP, Jusos, KJA etc. getragen und offiziell von der VVN ausgerichtet; sie endete rasch, als es zu Bullenprovokationen kam: Mit der Aufforderung, wer sich mehr für Antifaschismus interessiere, möge zu den DKP-Zelttagen neben der Halle kommen, wurde die Kundgebung gespalten.

R., Oldenburg

Tuttlingen/Baden-Württemberg

Über 5.000 Menschen demonstrierten am 6. Mai gegen den baden-württembergischen Landesparteitag der NPD in der Tuttlinger Festhalle und verhinderten die von den Nazis geplante und vom Verwaltungsgericht ausdrücklich genehmigte Demonstration und Kundgebung im Anschluß an den Parteitag.

Seit über zwei Monaten hatten antifaschistische Arbeitskreise (AFAK) aus ganz Baden-Württemberg gegen den Parteitag mobilisiert. In Tuttlingen selber löste das eine wochenlange massive Einschüchterungskampagne in der örtliche Presse aus — insbesondere gegen die ,,militanten'', von auswärts anreisenden ,,Extremisten''. ,,Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen, Aufruhr und Landfriedensbruch'' wurden beschworen. Die Kampagne gipfelte in einer Warnung des Oberbürgermeisters Balz: ,,Wer bloß aus Neugier oder weil es etwas erleben will'' am Sonntag in die Innenstadt komme, der solle ,,lieber daheimbleiben''! (,,Gränzbote'', 5.5.79)

Die Standtverwaltung hatte der NPD die Stadthalle ohne Widerstand zur Verfügung gestellt. Gegen ein auf antifaschistischen Druck hin ausgesprochenes Verbot ihrer Demonstration legte die NPD Widerspruch ein und bekam vom Verwaltungsgericht Freiburg recht.

Im Vorfeld des Parteitags liefen eine Reihe von antifaschistischen Veranstaltungen: Über 1.000 Menschen sahen den Film ,,Nackt unter Wölfen'', den der DGB in Rahmen einer antifaschistischen Woche zeigte. Jeweils mehrere hundert Menschen kamen zu einer Veranstaltung mit dem früheren IGM-Bezirksleiter Willi Bleicher und einem Fest der AFAK. Für diese Veranstaltung war in ganz Tuttlingen kein Raum aufzutreiben gewesen, sodaß sie fast 20 km außerhalb stattfinden mußte! ...

Die Aktionen am Sonntag

Schon am frühen Morgen des 6.5. sammelten sich einige Tausend am Rande der Innenstadt. Auf einen Versuch, die Eingänge der Festhalle zu blockieren und so — entsprechend der ursprünglichen Absicht — den Parteitag zu verhindern, wurde verzichtet. Nach einer kurzen Kundgebung der AFAK zog eine Demonstration zur Festhalle. Sehr kämpferisch dabei (wie auch später) ein ziemlich starker Block von türkischen Kollegen. Im Umkreis von einigen hundert Metern um die Festhalle hatte die Polizei mit Drahtgittern und dreifachen Natodraht-Rollen abgesperrt. Hinter dem Natodraht standen neben den ,,normalen'' Bullen (laut Presse 500) Wasserwerfer, fertig angeschlossene Feuerwehrschläuche und Spezialeinheiten.

Die Antifaschisten zerstreuten sich nach dem Protest direkt an der Absperrung über die ganze Stadt, um Flugblätter zu verteilen und mit der Bevölkerung zu diskutieren.

Um 12 Uhr fand sich wieder alles zur Demo der VVN ein, zu der diese landesweit aufgerufen hatte. 5.000 - 6.000 Menschen zogen durch die Stadt. Da die VVN auf eine Intervention des Landesvorstands hin jede Gemeinsame Aktion mit der AFAK abgelehnt hatte, hielten AFAK und türkische Kollegen im Anschluß eine eigene Kundgebung, an der sich der überwiegende Teil der Demo-Teilnehmer beteiligte.

Entgegen den Warnungen und der teilweisen Hetze der VVN-Redner (,,Das arbeitet den Neofaschisten in die Hände'') ging die große Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer mit zur Festhalle, wo die NPD für 16.30 Uhr ihre Demo angekündigt hatte. Tausende von Antifaschisten stellten sich vor den Absperrungen rund um die Festhalle auf und riegelten alle Zugänge ab. ,,Nazis raus aus Tuttlingen und anderswo!'' war die Parole. Da sich der Tuttlinger OB auf eine gewaltsame Räumung nicht einlassen wollte, verbot er 20 Minuten vor ihrem geplanten Beginn die NPD-Demo: Jubel bei den Antifaschisten über diesen Erfolg entschlossenen Auftretens!

Da sich die Antifaschisten aber auch jetzt noch nicht einfach zerstreuten, mußten die etwa 100 Nazis in kleinen Gruppen unter massivem Polizeischutz durch die Menge geschleust werden ... und kamen nicht so ganz unbekleckert davon.

Antifa-Kommission Baden-Württemberg

Aus der Nazi-Scene

Mannheim. Schaufenster und Eingangstüre des „Anderen Buchladen" sowie des DKP-Buchladens „Wissen und Fortschritt" in Mannheim wurden in der Nacht zum 29.4. von Faschisten beschmiert: Mit schwarzer Ölfarbe wurden mehrere Hakenkreuze, die Buchstaben „NSDAP" und die Parole „Freiheit für M. Kühnen" angebracht. 1978 schlugen Faschisten viermal die Scheiben im Buchladen der DKP ein. Die inzwischen sattsam bekannten Aufkleber mit Sprüchen wie „Rotfront verrecke", „Kauft nicht bei Juden" usw. tauchen immer häufiger auf Zigarettenautomaten und Kabelkästen auf.

Im Mannheimer Stammlokal der NPD-JN („Schwarzwälder Hof") wurden Mitglieder der Anti-AKW-BI „Radioaktiv" Mannheim von den Nazis beschimpft: „Ihr gehört vergast". Führende Figur der örtlichen Nazi-Szene ist der Weinheimer NPD-Stadtrat Gunter Deckert. Bei allen Kundgebungen der NPD und insbesondere der JN im Mannheimer Raum tritt Deckert als Redner auf. Deckert ist übrigens Oberstudienrat am Mannheimer Tulla-Gymnasium.

Ein KB-Sympathisant aus Ludwigshafen



Nazi-Schmierereien in Mannheim

Nach unserer Einschätzung sind die Verantwortlichen für diese Taten in den Kreisen der hiesigen Gruppe der „Jungen Nationaldemokraten" (JN, Jugendorganisation der NPD,) zu suchen. Die JN unterhält in Mannheim eine etwa zehn bis zwölf Mann starke Schlägergruppe, die bisher regelmäßig bei NPD-Auftritten im Raum Mannheim-Ludwigshafen zugegen war. Die JN'ler sind bei ihren Einsätzen mit Holzknüppeln und Schlagringen bewaffnet.

Im Februar 1979 gelang es einer fünfköpfigen Gruppe der JN, eine Veranstaltung der SAG in Mannheim zu verhindern: Die Nazis drohten der Wirtin mit „Putz", falls sie den „Kommunistenschweinen" das Lokal zur Verfügung stellen würde. Die Wirtin schickte die SAG'ler daraufhin nach Hause.

KZ Dachau. Mit Hakenkreuzen wurde das Gelände des ehemaligen KZ Dachau beschmiert, wo am 29.4. die traditionelle Gedenkfeier der ehemaligen Häftlinge und des internationalen Dachau-Komitees stattfand („SZ", 30.4.79).

* * *

Mainz. Kurt Müller, vorbestraft wegen Gewalttätigkeiten und seit Jahren im „NSDAP"-Umkreis bekannt („NS-Kampfgruppe Mainz"), wurde vom Koblenzer Landgericht zu sechs Monaten Haft verurteilt. Er hatte an sein Haus u.a. gemalt: „In kurzer Zeit beseitigte der nationalsozialistische Führer das Koscher-Diktat von Versailles"; stapelweise waren bei ihm NS-Kleber etc. gefunden worden. Das, so das Gericht, sei Gewaltverherrlichung und Aufstachelung zum Rassenhaß („tat", 27.4.79).

* * *

Frankfurt. Gegen den einschlägig bekannten Nazi-Propagandisten Erwin Schönborn („Kampfbund deutscher Soldaten", „Aktion Nationales Europa" u.a.) läuft ein neuer Prozeß vor dem Frankfurter Amtsgericht. Im Zusammenhang mit der Sendung „Holocaust" hatte Schönborn Hetzparolen verbreitet, z.B. „*Wer heute noch behauptet, es sei auch nur ein einziger Jude vergast worden, ist ein total verblödeter Idiot und ein Agent des Kriegsverbrecherstaates Israel*"; Mitarbeiter des ZDF (das einen Film über Juden-Verfolgung brachte) seien der „Abschaum der Menschheit". Zwei Mainzer Karnevalsvereinen hatte Schönborn den „Vorschlag" gemacht, die Juden-Ermordung ins Programm aufzunehmen. Die Anklage lautet auf Volksverhetzung. Am ersten Prozeßtag wurde eine psychiatrische Untersuchung des Schönborns (wie sie von dem DDR-Anwalt Kaul beantragt wurde) vom Gericht abgelehnt. Zweiter Verhandlungstag ist der 14. Mai („SZ", 5./6.5.79).



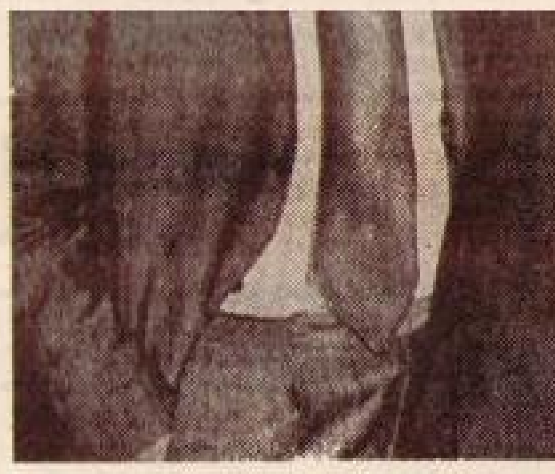
Nazi-Chef Schönborn

starke Schlägergruppe, die bisher regelmäßig bei NPD-Auftritten im Raum Mannheim-Ludwigshafen zugegen war. Die JN'ler sind bei ihren Einsätzen mit Holzknüppeln und Schlagringen bewaffnet.

Im Februar 1979 gelang es einer fünfköpfigen Gruppe der JN, eine Veranstaltung der SAG in Mannheim zu verhindern: Die Nazis drohten der Wirtin mit „Putz", falls sie den „Kommunistenschweinen" das Lokal zur Verfügung stellen würde. Die Wirtin schickte die SAG'ler daraufhin nach Hause.

* * *

Mainz. Kurt Müller, vorbestraft wegen Gewalttätigkeiten und seit Jahren im „NSDAP"-Umkreis bekannt („NS-Kampfgruppe Mainz"), wurde vom Koblenzer Landgericht zu sechs Monaten Haft verurteilt. Er hatte an sein Haus u.a. gemalt: „In kurzer Zeit beseitigte der nationalsozialistische Führer das Koscher-Diktat von Versailles"; stapelweise waren bei ihm NS-Kleber etc. gefunden wor-



Nazi-Chef Schönborn

Antifaschisten vor Gericht

Einen Höhepunkt in den Prozessen gegen Braunschweiger Antifaschisten stellt die Verurteilung des Antifaschisten Helmut B. dar, der wegen Körperverletzung (Schläge mit einer Latte) und Widerstand gegen Vollstrekkungsbeamte zu sechs Monaten und zwei Wochen Knast (auf drei Jahre Bewährung) verurteilt wurde.

Dabei stützte sich das Urteil nur auf die Aussage eines Polizeibeamten, die nicht durch weitere Beweise belegt wurde. Dazu im Gegensatz bezeugten vier Entlastungszeugen unter Eid die Unschuld von Helmut: daß er weder mit irgendwelchen Latten um sich geschlagen, noch sich bei seiner Festnahme gewehrt hat. Der Polizist, der die Schläge abbekommen haben will, POM Burschepers, ist schon einschlägig bekannt. In einem anderen Antifa-Prozeß trat er als Zeuge gegen Peter L. auf und bei den Grohnde-Prozessen verhalf er als „Opfer" Rüdiger zu neun Monaten Gefängnis.

Ein weiterer Antifa-Prozeß, die Berufungsverhandlung gegen Jutta H. (wegen Klebens eines Plakates, das einen strafbaren Inhalt nach § 90a und Beleidigung haben soll) wurde mit gegenseitigem Einvernehmen eingestellt, nachdem die Staatsanwaltschaft die Anklage nach 90a zurücknahm.

Somit blieb das erste Urteil von 1.100 DM wegen Beleidigung bestehen. Nach der Verhandlung hatte Jutta noch Gelegenheit, die Rücknahme ihres Berufungsantrages zu begründen. Der Vorsitzende Richter gab ihr dazu fünf Minuten Zeit und wünschte, nach Ablauf dieser Frist „wieder geweckt" zu werden.

Antifakommission Braunschweig

* * *

Als im September die DVU (Deutsche Volksunion) des „National-Zeitung"-Herausgebers Frey digte („Ewig büßen für Hitler?"), verlangte er von der Jungen Union bis zur VVN alles, was nicht gerade selbst in der braunen Szene heimisch war, das Verbot. Zwei Antifaschisten überklebten damals DVU-Plakate: „Stoppt die DVU-Faschisten". Dabei wurden sie ertappt, die Kripo informierte die DVU – woraufhin ein Prozeß wegen „Sachbeschädigung" angestrengt wurde. In der ersten Instanz wurden die beiden freigesprochen; damals schon zeichnete sich ab, daß die Staatsanwaltschaft, einmütig mit den DVU-Anwälten, in Berufung gehen würde: Jetzt wurden die beiden Antifaschisten wegen „gemeinschaftlicher fortgesetzter Sachbeschädigung" von der politischen Kammer beim Münchner Landgericht verurteilt (325 DM Geldstrafe).

* * *

Gegen einen Antifaschisten in Saarbrücken ist ein Strafbefehl über 269 DM ergangen, weil er angeblich bei einer löblichen Aktion dabei war: Im Rahmen einer antifaschistischen Woche des Landesjugendringes Saar im November 1978 (Schirmherrin: Ministerin Scheurlen!) hatten Jugendliche das Geschäft eines Nazi-Plunder-Verkäufers (Späth, Goethestraße 2) symbolisch besetzt. Gerhard Meiser (SDAJ-Mitglied), der jetzt dafür belangt werden soll, hat Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt („Die Neue", 28.4.79).

* * *

Die bayerische NPD hat Anzeige gegen die VVN gestellt: Die Neonazis fühlen sich „verleumdet", weil die VVN in einer Resolution das Verbot einer NPD-Zusammenrottung gefordert hatte und das u.a. damit begründete, die NPD sei eine getarnte Nazi-Nachfolgeorganisation (nach „SZ", 7.5.79). So etwas zu behaupten, ist bislang immer noch erlaubt – es wird zu beobachten sein, ob die bayerische Justiz der NPD-Frechheit nachgibt oder sie gar durch eigene Dreistigkeit übetrifft.

Stimmen zu den Majdanek-Freisprüchen

Polen

Die Nationalsozialistischen Verbrechen, zumal die in der Zeit der Besetzung Polens verübten, sind seit Wochen ein zentrales Thema der polnischen Massenmedien.
In der "Trybuna Ludo" (Warschau) heißt es, zwar wage heute niemand mehr im Bundestag von "s o g e n a n n t e n Kriegsverbrechern" zu

der Nazihenker, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein für allemal der gerechten Strafe zu entziehen".

Jüdische Stimmen zu den Freisprüchen

In einer Erklärung des Zentralrats der

Stimmen zu den Majdanek-Freisprüchen

Polen

Die Nationalsozialistischen Verbrechen, zumal die in der Zeit der Besetzung Polens verübten, sind seit Wochen ein zentrales Thema der polnischen Massenmedien.
In der "Trybuna Ludo" (Warschau) heißt es, zwar wage heute niemand mehr im Bundestag von "s o g e n a n n t e n Kriegsverbrechern" zu
reden, wie es in den ersten Jahren der Bundesrepublik häufig geschah, aber die westdeutsche Justiz lehne es weiterhin ab, „*eine klare Haltung gegenüber dem Wesen der Naziverbrecher und gegenüber allen damit verbundenen historisch-politischen und moralischen Kategorien einzunehmen*" („AJW", 24.4.79).
Der Direktor der Hauptkommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Polen, Prof. Pilichowski, erklärte sich in der "Trybuna Ludo" besorgt darüber, "*daß das Freispruchurteil von Düsseldorf in einer Zeit gefallen sei, in der einerseits über die Nichtverjährung von NS-Verbrechen diskutiert werde, in der andererseits das Auftreten extrem rechter und neonazistischer Kräfte von den Staatsautoritäten toleriert*" werde ("FAZ", 24.4.79).

CSSR

Das offizielle Organ der KP der CSSR "Rude Pravo", schreibt: "*Für die demokratische Öffentlichkeit ist das Urteil ein Schock und gleichzeitig ein Beweis dafür, daß das Gerede von Unabhängigkeit des Gerichtes nur ein Deckmantel ist, um zu vertuschen, wie den reaktionären Kräften in die Hände gespielt wird... Einflußreiche Kreise in der Bundesrepublik tun alles, damit die ehemaligen SS-Leute den 'Wettlauf mit der Zeit' gewinnen*"("AJW", 27.4.79).

DDR

Der DDR-Rechtsanwalt und Nebenklagevertreter im Majdanek-Prozeß, Prof.F.K.Kaul, schreibt im "Neuen Deutschland" (24.4.79): "*Die skandalösen Urteile werfen ein bezeichnendes Licht auf die gesellschaftliche Wirklichkeit der BRD von heute, ... und sie nehmen schon heute vorweg, was bestimmte politische Kräfte in der BRD mit der für den 31. Dezember 1979 vorgesehenen Verjährung erreichen möchten: Die Verbrechen*
der Nazihenker, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein für allemal der gerechten Strafe zu entziehen".

Jüdische Stimmen zu den Freisprüchen

In einer Erklärung des Zentralrats der
Juden in Deutschland heißt es: "**Die Freisprüche im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß haben berechtigten Zorn und viel Empörung ausgelöst. Heute rächen sich die Versäumnisse der späten vierziger und fünfziger Jahre.** *Viel zu spät, oft zu zaghaft und fast immer ohne die der Sache gebührende öffentliche Unterstützung haben sich deutsche Justizbehörden an die strafrechtliche Verfolgung der schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus gemacht. Die Schuld trifft letztlich nicht nur die Richter und Staatsanwälte von heute, sonder die Politiker und die gesellschaftlichen Kräfte der ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte*"("AJW", 27.4.79).
Als "*eine Verhöhnung der vom NS-Regime ermordeten und eine Beleidigung aller noch lebender Verfolgten*" bezeichnete der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde von Westberlin, Galinski das Urteil. ("UZ", 21.4.79).
Ähnlich äußerte sich auch die französische Vereinigung der ehemaligen jüdischen Deportierten. Jüdische Studenten- und Jugenddelegationen aus Belgien, Holland, Frankreich, Österreich, der Schweiz und der BRD hielten eine Protestkundgebung vor dem Düsseldorfer Landgericht ab. ("die tat", 4.5.79).
Allerdings gibt es auch jüdische Stellungnahmen, die die Justiz in Schutz nehmen und die Urteile verteidigen: Der Rechtsanwalt und Nebenklägervertreter im Majdanek-Prozeß, Dr. Rudolf Pick, schrieb in einem Artikel der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" vom 27.4.79 auf Seite 1 : "*... Es verdient auch Zustimmung, wenn es auf einem der Spruchbänder hieß 'Dieses Urteil ist eine Schande'. Jedoch ist die Justiz für diesen Vorwurf die falsche Adresse. Das Düsseldorfer Gericht (konnte) unter Zugrundelegung rechtsstaatlicher Prinzipien zu keinem anderen Urteil kommen*". Das Gericht habe "*alles in menschlicher Macht Stehende getan, um mit den Mitteln des normalen Strafrechts über (die) Geschehnisse zu richten.*"

Prozesse gegen Nazi-Mörder

Das Stuttgarter Landgericht hat in einem Revisionsverfahren den ehemaligen SS-Mann Richard Pal (66) vom Vorwurf des Mordes in zwei Fällen freigesprochen. Für die mehrjährige Untersuchungshaft ist eine Entschädiegung beantragt.
In dem NS-Prozeß ging es um die Erschießung von Juden in Kopyzcynce (Sowjetunion) im Juni oder Juli 1943. Richard Pal soll dort 1943 einen 12-jährigen Jungen und eine ältere Jüdin erschossen haben Weitere Anklagepunkte gegen Pal sind bereits verjährt.

1965 hatte das erste Verfahren gegen Pal begonnen. Er verbrachte 5 Jahre in Untersuchungshaft, weil er damals noch wegen Mord angeklagt war. Er wurde auf freien Fuß gesetzt, **weil der Zeuge nicht bestätigen konnte, daß die Opfer nach Pal's Schüssen wirklich tot waren.**
1974 wurde Pal zu einer 8jährigen Haftstrafe verurteilt, wegen versuchten Mordes. Die Anklage wegen Mord war also weggefallen. Pal ging in die Revision. Das Urteil wurde 1976 aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Stuttgart verwiesen.

Am 4.10.78 begann das neue Verfahren. Von nun an ging für Pal alles glatt. Seine Verteidiger behaupteten eine angebliche gesetzwidrige Geschäftsordnung des Landgerichts Stuttgart. Damit war das Verfahren erstmal für einige Zeit unterbrochen. Inzwischen ist der frühere Hauptbelastungszeuge schwer krank und kann nicht mehr vernommen werden.

Nun sah sich das Gericht genötigt, zu prüfen, ob die früheren Zeugenaussagen zu einer neuerlichen Verurteilung ausreichen. Das Gericht gab an, daß ihm "wichtige Umstände" nicht bekannt gewesen seien, die erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen zulassen. Es wurde jedoch eine neue Zeugin aus Kanada ausfindig gemacht. Aus ihrem Lagerausweis geht Pals wirkliche Position hervor. Er war "Beauftragter des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums im Generalgouvernement, Distrikt Lemberg" und "Kreisbeauftragter in Gortkow des SS- und Polizeiführers in Lemberg", des damaligen SS-Brigadeführers Katzmann, der die Ermordung von mehr als 400.000 Juden in Ostgalizien organisierte.
Pal dazu: "*Ich kenne Katzmann nicht. Der Lagerausweis muß eine Fälschung sein.*"
Die jetzige Beweisaufnahme habe ergeben, daß die beiden Juden von Pal getötet worden seien, betonte der Anklagevertreter in seinem Plädoyer. Da aber Pal und nicht auch die Staatsanwaltschaft Mannheim Revision eingelegt habe, könne er wegen des "Verbots der Schlechterstellung" keine lebenslange Freiheitsstrafe fordern. Nach Pals Freispruch kündigte der Staatsanwalt Revision beim BGH an.

*

Der ehemalige Hilfspolizist der NS-Besatzer in Polen, L.Puradt, ist vor einem Schwurgericht in Hildesheim der Ermordung von sieben Menschen angeklagt. In mehreren Fällen ist Puradt beobachtet worden.
"*Zum Fall 1 hatte eine jetzt 71-jährige Landwirtin ausgesagt, daß sie beobachtet habe, daß der Angeklagte als Hilfsgendarm vier jüdische Frauen aus dem Arrestlokal abgeführt habe. Eine 18-jährige, die sich dagegen wehrte, habe er durch Kopfschuß getötet*". ("HAZ",30.3.79).
Leopold Puradt streitet alle seine Taten ab. Einmal ist es angeblich eine Verwechslung mit einem anderen SS-Mann und das nächste Mal waren es wohl Banditen, die zwei polnische Bauern gefesselt in einer Kiesgrube erschossen , was ihm zur Last gelegt wird. Schon 1967 hatte die Staatsanwaltschaft in Hildesheim gegen Puradt ermittelt. Diese Ermittllungen wurden 10 Jahre später wegen "mangelndem Tatverdacht" eingestellt. Auf Weisung des niedersächsischen Innenministeriums schaltete sich daraufhin die Staatsanwaltschaft Celle ein, so daß nunmehr die Hauptverhandlung gegen Puradt angesetzt wurde.

*

In München hat ein Prozeß gegen Friedrich Schwend begonnen. Er ist angeklagt, 1944 im von den Nazis besetzten Italien einen Jugoslawen erschossen zu haben. Schwend/Wendig arbeitete damals in SS-Auftrag als Spitzen-Experte an Geldfälschungen in großem Stil für die Nazis. Schwend, der laut Anklage den Jugoslawen schlicht abgeknallt hat, bestreitet alles; ein Bewacher soll den Mord begangen haben: "Ich war nur ein unbeteiligter Zeuge der mir zur Last gelegten Tat".
Der Hintergrund auch dieses Nazi-Prozesses ist aufschlußreich: **Nach Kriegsende wurde Schwend in Italien bereits zu 21 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, er setzte sich aber rechtzeitig nach Peru ab. 1976 kam er in die BRD zurück, die ihn natürlich nicht auslieferte**, sondern erst einmal drei Jahre verstreichen ließ, bis sein Prozeß begann. Das Urteil wird in etwa drei Wochen erwartet. (Nach "FAZ", 3.5.79).

„Der Krieg, den Hitler gewann"

Der 5. Mai wird in den Niederlanden als Tag der Befreiung vom Faschismus gefeiert. Am Tag zuvor wird in Feierstunden und mit Kranzniederlegungen der Toten gedacht.

Beziehen sich diese Manifestationen mehr auf die Vergangenheit, orientieren die – seit 1969 – alljährlich am 4. Mai von der antifaschistischen Stiftung „J'accuse" (Ich klage an) organisierten Veranstaltungen auf die Anprangerung des heutigen Rassismus und Faschismus.

Die diesjährige Veranstaltung von „J'accuse" hatte den *„Euro-Faschismus"* zum Thema und stand unter dem Titel eines 1947 in den Niederlanden erschienenen Buches: *„Der Krieg, den Hitler gewann"*. Der Autor dieses Buches, **Han Wielek**, Vorsitzender von „J'accuse" und Senator der Sozialdemokratie (PvdA) in der Ersten Kammer des Parlaments, eröffnete den Abend mit einem Beitrag zu Faschismus und Neo-Faschismus in der BRD. Ausgehend von der (annähernden) Ausrottung ganzer Volksteile, der Juden, Zigeuner, Homosexuellen, gegen die „Hitler den Krieg gewonnen" hatte, belegte Han Wielek, daß „Hitler" bis zum heutigen Tage in so mancher Hinsicht in der BRD „Sieger" geblieben ist. Wielek schilderte die Durchsetzung des BRD-Staatsapparates mit alten Faschisten und ging dann auf die *„plötzliche Entdeckung"* der Neo-Nazis durch die westdeutschen Obrigkeiten ein: *„Gefährlicher jedoch als die Demonstrationen der Neo-Nazis ist, daß die Polizei diese Demonstrationen schützt und linke Demonstranten zusammenschlägt."* Die Freisprüche im Majdanek-Prozeß seien insofern auch keine Einzelerscheinung, sondern **„symptomatisch für die Justiz des BRD-Staates ... Hitler lebt noch in der Justiz."**

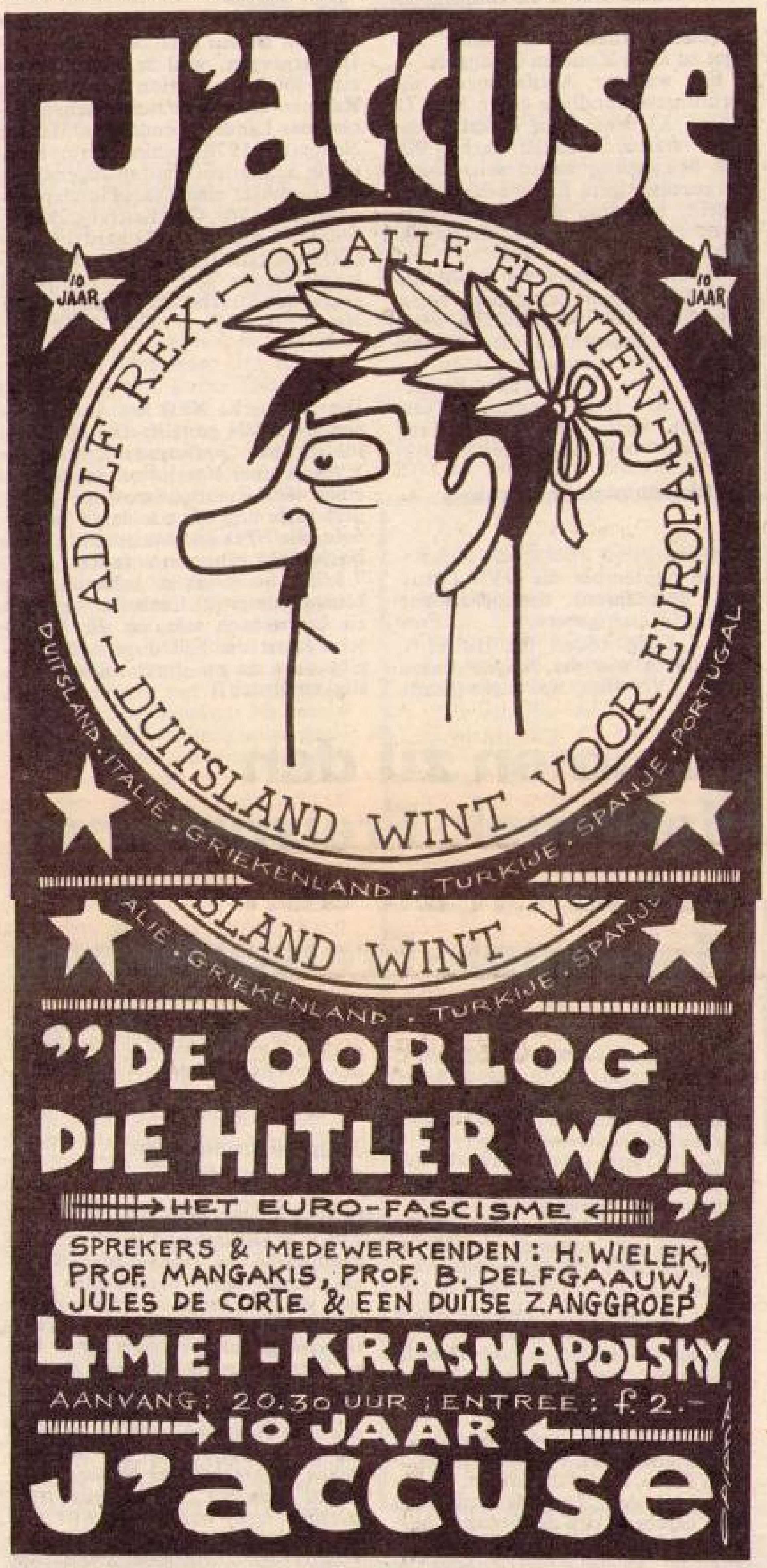
Der Groninger Prof. **Delfgaauw** mühte sich anschließend unter dem eigentlich doch sehr ernsten Thema *„Droht ein neuer Faschismus"* um den Nachweis, daß *„die Wurzeln des Faschismus überall, in jedem Menschen"* vorhanden seien, in der *„sogenannten kommunistischen Welt"* wie in der *„kapitalistischen Welt"*. Die Beweisführung für diese – noch nett gesagt – gewagte Behauptung war indes nicht so hinreißend, daß es lohnte, hierauf näher einzugehen . . .

Der griechische Antifaschist Prof. **Mangakis** sprach über den *„Latenten Faschismus in Südeuropa"*. Die Beseitigung der faschistischen Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien seien *„eine schwere Niederlage für die faschistischen Kräfte in ganz Europa. Eine der wichtigsten Folgen dieser Niederlage ist, daß die Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die immer mehr oder weniger dazu neigte, um der amerikanischen Sicherheit und Wirtschaft willen neofaschistische Regimes zu gründen und zu unterstützen, hiervor jetzt zurückschreckt"*. Übertriebener Optimismus sei jedoch fehl am Platze, da der Neo-Faschismus und sein international weitreichendes Interessennetz *„in seinen politisch-praktischen ‚Kapazitäten' bestimmt nicht zu unterschätzen* (ist). *Er ist da und wartet, bereit zum Handeln . . ."*

Besondere Wachsamkeit sei auch und gerade deshalb geboten, da in der Beseitigung des Faschismus – wie etwa in Griechenland mit der oberflächlichen Entfernung von Junta-Mitgliedern – schwere Fehler gemacht worden seien.

Den Abend beschloß die (Juso-) Liedergruppe „Heinrich Heine". Ihr letztes Lied: „Die Moorsoldaten". Im Saal – es waren nicht wenige da, die den Faschismus aktiv bekämpft und am eigenen Leibe erlitten hatten – wurde, teils auf niederländisch, teils auf deutsch, mitgesungen, sehr leise, sehr verhalten, wie damals, auf den Wegen vom KZ ins Moor, vom Moor ins KZ: *„Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten – ins Moor."*

Niederlande-Kommission



Plakat der antifaschistischen Stiftung „J'accuse" zur Veranstaltung am 4. Mai, dem niederländischen Gedenktag an die Toten des Krieges und des Faschismus. – Der Text der Medaille: „Adolf Rex – an allen Fronten – Deutschland gewinnt für Europa". Darunter der Veranstaltungstitel: „Der Krieg, den Hitler gewann. – Der Euro-Faschismus"

Ein Bestseller der Nazi-Verharmlosung: Haffners Hitler-Buch

Unter den vielen Hitler-Nostalgikern, die in letzter Zeit mehr oder weniger wissenschaftlich aufgeputzt die „Grösse" der Nazi-Zeit wiederentdecken, spielt der früher als Liberaler geltende Sebastian Haffner eine besonders publikumsträchtige Rolle. Bekannt als „Stern"-Autor, herumgereicht in diversen Fernseh-Sendungen,gilt er neuerdings als Faschismusexperte. Für seinen Bestseller „Anmerkungen zu Hitler" erhielt er unlängst einen „Heinrich Heine-Preis" (wobei sich Heine mit Sicherheit im Grabe herumgedreht hat); in der Reklame für das Buch wird hervorgehoben, daß das Buch gerade für Jugendliche als „Aufklärung" über die Nazi-Zeit besonders gut geeignet sei. Daß es sich ganz im Gegenteil bei dem Buch um ein Stück Verharmlosung des Faschismus handelt, zeigt die folgende Besprechung.

Sebastian Haffner, „Anmerkungen zu Hitler",Verlag Kindler, DM 16.80, 204 Seiten

Das Buch „Anmerkungen zu Hitler" von Sebastian Haffner ist laut „Spiegel" seit Monaten d e r Bestseller unter den „Sachbüchern".

Dem ersten Kapitel über das Leben Hitlers läßt Haffner ein Kapitel „L e i s t u n g e n " folgen. Man erfährt dort, daß unter den *„positiven Leistungen Hitlers ... sein Wirtschaftswunder genannt werden" muß (S.37), ebenso wie die „Vollbeschäftigung" (S.41). Daß dieses „Wirtschaftswunder" hauptsächlich durch enorme Aufrüstung geschaffen wurde, bestreitet Haffner. Genaue Zahlen und Fakten zieht er dazu nicht heran.*

Weiter erfährt man, daß es Hitler gelang, *„fast das ganze Volk hinter sich zu vereinigen ... im wesentlichen nicht durch Demagogie, sondern durch Leistung"* (S.46). Als „Leistung" bezeichnet Haffner auch das *„militärische Wunder"* (S.40/41). *„Daß es sich in Hitlers Hand später nicht zum Segen für Deutschland ausgewirkt hat, ist eine Sache für sich"*, philosophiert Haffner (S.41).

Die Machtübernahme der Faschisten ist für Haffner *„schlimm, aber doch ein bißchen weniger schlimm als angedroht"* (S.36).

Daß im Sommer 1933 bereits 40 000 Menschen im KZ gefangen waren (Braunbuch 1933, S.270), und die SA bis Ende Juli 33 500 Antifaschisten ermordet hatte (ebenda S. 332) zeigt deutlich, wie Haffner den faschistischen Terror verharmlost.

Hitler -- ein „Sozialist"?

Für Haffner ist Hitler *„keineswegs so leicht als extrem rechts im politischen Spektrum einzuordnen"* (S.77).

Daß Hitler, was vielfach belegt ist, vom Großkapital finanziert wurde, für das Großkapital die Arbeiterbewegung brutal unterdrückte und ihm riesige Profite (Aufrüstung!) ermöglichte, verschweigt Haffner. Haffner schreibt: *„Nichts ist irreführender, als Hitler einen Faschisten zu nennen"* (ebenda), und meint sogar, Hitler stünde *„näher bei Stalin als bei Mussolini"* (S.77).

Haffner behauptet allen ernstes, Hitler sei **„ein sehr leistungsstarker Sozialist"** (S.53) gewesen, da er die „Beseitigung menschlicher Entfremdung" (S.52) erreicht habe. Nein, Haffner meint nicht die Entfremdung des Menschen von der Arbeit im Kapitalismus, er meint *„ die Entfremdung des Menschen von seinen Mitmenschen"* (ebenda). Ob die Produktionsmittel vergesellschaftet oder Privateigentum sind, macht für Haffner keinen großen Unterschied. Wichtiger ist, ob nach der Arbeit eine „Gemeinschaft" auf den Arbeiter wartet (S.51).

Hitler habe der Bevölkerung durch seine Reden und Massenveranstaltungen *„Geborgenheits- Kameradschafts- und Glücksgefühle"* (S.53) verschafft. Daher sei er **„unzweifelhaft Sozialist"** (S.53) gewesen. Nach dieser Definition könnte man auch John Travolta als Sozialisten bezeichnen!

Haffners „Lehren" aus dem Faschismus

Haffner nennt zwar auch Verbrechen der Nazis wie den millionenfachen Mord an den Juden, das Verhungernlassen von 3 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener und die Versklavung der Völker Osteuropas, er bezeichnet Hitler sogar als „Massenmörder" (S. 155) – an einer Aufdekkung der U r s a c h e n des Faschismus und der hinter dem Faschismus steckenden Interessen ist er jedoch nicht interessiert. Haffner ist übrigens dagegen, den Krieg zum Verbrechen zu erklären. *„Ebensogut wie den Krieg könnte man den Stuhlgang zum Verbrechen erklären"* schreibt er (S. 160). Ihm geht es vielmehr darum, **„Hitlers politische Weltanschauung näher anzusehen und das Falsche darin vom Richtigen oder wenigstens vom Vertretbaren zu scheiden"** (S. 97). Daher widmet er auch etxra ein Kapitel den „Irrtümern" Hitlers. Einen „großen Fehler" beging Hitler nach Haffners Meinung *„in den Jahren 1939 bis 1941, als er die bereits ohne Krieg wiederhergestellte, gar nicht mehr bestrittene Vorherrschaft Deutschlands in Europa dadurch aufs Spiel setzte, daß er sie in kriegerische Eroberung und Besetzung Europas verwandelte..."* (S. 87).

Das heißt wohl: Hätten die deutschen Imperialisten die Länder Europas „nur" wirtschaftlich ausgebeutet und politisch abhängig gemacht, hätten sie ja immer noch genug Profit machen können.

In seinem Kapitel über „Fehler" Hitlers ärgert Haffner sich auch darüber, daß Hitler sich mit dem Antisemitismus *„weltweit zusätzlich Feinde"* schuf (S. 128). Für Haffner ist es *„eine interessante Spekulation, daß ohne Hitlers Antisemitismus wahrscheinlich Deutschland und nicht Amerika als erste Macht die Atombombe entwickelt haben würde"*. Wäre wirklich „interessant" für die Herrschenden in Deutschland geworden, wenn sie den Krieg gewonnen hätten...

Am Ende des Buches beklagt sich Haffner darüber, *„daß viele Deutsche sich seit Hitler nicht mehr trauen, Patrioten zu sein"*. So'n Pech aber auch!

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

Keine Unvereinbarkeit von SPD- und HIAG-Mitgliedschaft?!

Keine Unvereinbarkeit von SPD- und HIAG-Mitgliedschaft?!

Eine vom SPD-Ortsverein Bergkamen geforderte Unvereinbarkeit von SPD-Mitgliedschaft und Mitgliedschaft in der SS-Nachfolge-Organisation HIAG wird der Bundesvorstand der Partei wahrscheinlich nicht aussprechen. Laut SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr bedeutet ein solcher UVB, „mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen" (Bahr, zitiert nach „WAZ" vom 23.4.)). Laut Bahr sind dem Bundesvorstand zur Zeit lediglich sieben Fälle von Doppelmitgliedschaften SPD/HIAG bekannt. Das Problem war im letzten Jahr für die Sozialdemokraten in Raum Unna/Bönen/Kamen/Bergkamen aktuell geworden, nachdem die lokale Presse („WAZ") einige solcher Doppelmitgliedschaften ans Tageslicht fördern.

Während der PV auf der einen Seite einen UVB in Sachen HIAG-Mitgliedschaft ablehnen will, ist er auf der anderen Seite nicht bereit, den UVB gegenüber der VVN aufzuheben! Begründung: *„Diese Organisation werde nach wie vor von der SED gesteuert und finanziert"*. („WAZ", 23.4.79). Laut „WAZ" vom 23.4. sind die Auffassungen Bahrs und des SPD-Parteivorstands in dieser Sache inzwischen auf massive Kritik weiter Teile der SPD und des Bezirksvorstands der Jusos gestoßen.

„Der Homosexuelle ist abartig, und genauso abartig ist der Kommunismus"

Nach wie vor weigert sich der BRD-Staat, seine eigenen Gesetze zu erfüllen und die NPD als nazistische Organisation zu verbieten. Mordhetze der NPD gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Ausländer, Schwule u.a.m. wird nicht nur nicht gerichtlich bestraft, sondern genießt sogar noch den Polizeischutz des Staates. Im Folgenden einige der Sprüche, die der NPD-Funktionär (und Uni-Bedienstete!) Wiechmann am 28.4. in Oldenburg während einer NPD-Kundgebung unter Polizeischutz von sich geben durfte: *" Mit Eierwerfen fängt es an, und es hört auf mit Handgranaten. Wir kennen das, den blutigen Terror der Baader-Meinhof-Bande!"*

"Wenn die Nationaldemokraten die Parlamente beherrschen, wird der Volkszorn sie (die Kommunisten) mit Knüppeln durch die Minenfelder jagen, wenn sie nicht von selber gehen!"

"Wenn die K-Gruppen die Auseinandersetzung suchen, dann wird eine Seite auf der Strecke bleiben, und das werden nicht wir sein!"

"Das kommunistische Krebsgeschwür muß entfernt werden!"

"Der Kommunismus entsteht aus dem Elend und dem Dreck, und dahin gehört er auch wieder, aber festgestampft und eingetreten!"

"Der Terrorismus ist mit der sozialdemokratischen Partei großgezüchtet worden. Und solange es in Deutschland noch eine marxistische Organisation gibt, wird er nie wieder aus dem politischen Kampffeld verschwinden."

"...Da werden KP-Schlägertrupps herangekarrt aus Braunschweig, Göttingen, Hannover - zusammen mit Jusos, Judos, Schwulen und Frauen!"

"Der Homosexuelle ist abartig, und genauso abartig ist der Kommunismus. Also haben sich in diesem Falle zwei Partner gefunden, denn gleich und gleich gesellt sich gern."

„Wenn Sie einen Nazi hier sehen, dann konsultieren sie endlich mal einen Psychiater. Vielleicht ist der in der Lage, sie von ihrem Wahn zu befreien. Ich sehe hier auf diesem Platz keine Faschisten außer den Sowjetfaschisten, die dort stehen und sich dementsprechend aufführen!"



Diese Broschüre enthält den vollständigen Text der Podiumsdiskussion in den Hamburger „Markthallen" zum Thema „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?"

Das Spektrum der vertretenen Positionen reichte von der entschiedenen Befürwortung einer Begnadigung bis zur prinzipiellen Ablehnung. Auf dem Podium saßen u.a. die Journalistin Peggy Parnass, der Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber (FDP), der niederländische Antifaschist Han Wielek und der Presseverantwortliche des AK, Kai Ehlers.

Insgesamt spiegelt die Dokumentation die Schwierigkeiten wieder, die heute mit dem Versuch, eine Diskussion zwischen Liberalen Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in der BRD zustandezubringen, verbunden ist.

56 Seiten, DIN A4, DM 4.–

Gezielter Todesschuß in Landshut — in Bayern legal

Bei einem Banküberfall in Landshut wurde am 30.4. der 27-jährige Manfred Drindl durch einen gezielten Schuß eines Polizeibeamten getötet. Manfred Drindl hatte morgens gegen 10 Uhr die „Bayerische Vereinsbank" in Landshut betreten, dort 18 Menschen als ‚Geiseln' mit einem Revolver bedroht und 1 Million DM Lösegeld gefordert. In stundenlangen Verhandlungen versuchte die Polizei, die Übergabe des Lösegeldes hinauszuzögern, um Zeit für die Vorbereitung eines Überfalls auf Drindl zu gewinnen.

Während von der „Einsatzleitung" die ersten Verhandlungen geführt wurden, drangen Polizeibeamte in den Keller des Gebäudes ein, von wo aus sie dann Zutritt zur Treppe in den Schalterraum hatten. Zum Schein wurde dann auf die erste Teilforderung eingegangen: unter der Bedingung, daß einige Geiseln freigelassen werden sollten, wurde die Hälfte des Lösegeldes überreicht. **„Im nächsten Moment machte die Polizei dem Drama ein Ende: Spezialbeamte stürmten in den Nebenraum, in dem die Geiseln waren. Der Filialleiter deutete mit einer kurzen Handbewegung auf den Erpresser. Sekunden später krachte ein Schuß: der Täter, dem die Sicht durch eine Tür verdeckt war, sank zu Boden, bevor er überhaupt reagieren konnte".** („Nürnberger Nachrichten", 1.5.).

Bei dem 50-köpfigen Spezialtrupp, der für diesen Einsatz extra aus München eingeflogen worden war, handelt es sich um ein „Mobiles Einsatzkommando" („Welt", 2.5.). Diese Spezialeinheiten der Bayerischen Polizei sind in München, Schwaben und in Mittelfranken stationiert. *„Sie können von den einzelnen Polizeidienststellen jederzeit direkt beim Innenministerium abgerufen werden. In erster Linie sind sie für die Bekämpfung der schweren Gewaltkriminalität, insbesondere von Terror, Geiselnahmen, erpresserischen Anschlägen und Aktionen organisierter Verbrecherbanden ausgebildet. Die Angehörigen der Spezialeinheiten setzen sich ausschließlich aus ausgewählten Freiwilligen zusammen, an die besonders große Anforderungen hinsichtlich der körperlichen Fitness, Streßbelastbarkeit und Reaktionsschnelligkeit gestellt werden. In ruhigeren Zeiten werden die Spezialtrupps auch im täglichen Polizeidienst für schwierige Aufgaben eingesetzt"* (z.B. für Observationen, wie die „NN", 3.5., zu berichten weiß).

Es ist sehr aufschlußreich, daß erst anläßlich dieses Banküberfalls die Existenz dieser Spezialtruppe bekannt wurde.

Gerechtfertigt wird das Vorgehen der Spezialtruppe vor allem mit dem angeblich „unberechenbaren" Verhalten des Geiselnehmers: *„Für den leitenden Oberstaatsanwalt Dr. Gössl galt es angesichts des in der Bank immer konfuser reagierenden Schwerkriminellen abzuwägen, ob das Leben 14 unschuldiger Opfer noch weiter mit „Mürbe-Macher-Methoden" oder durch eine kompromißlose Überrumpelung des Täters gerettet werden könnte. Dr. Gössl entschied sich für die gewaltsame Lösung, da ein Amoklauf des Rechtsbrechers nicht mehr auszuschließen war"* („NZ", 1.5). Wobei es allerdings wohl weniger um das Leben der Geisel ging, als um das Leben des Bankräubers und der 1 Mill. DM.

Gleichzeitig wird in der Presse betont, daß ein solcher „gezielter Todesschuß" im Rahmen des neuen Polizeiaufgabengesetzes in Bayern legal ist — schon von daher ist Kritik am Vorgehen der Polizei, so wird suggeriert, unberechtigt. *„Bei dem tödlichen Schuß auf den Geiselnehmer hat der betreffende Beamte im Rahmen des Polizeiaufgabengesetzes gehandelt, teilte das bayerische Innenministerium auf Anfrage mit. Ein Verfahren habe er deshalb aller Voraussicht nach nicht zu erwarten "* („Passauer Neue Presse", 3.5.).

Mit „völligem Unverständnis" reagiert die „Landshuter Zeitung" auf dennoch vorgetragene Kritik am Landshuter Todesschuß: *„Die Arbeit und das Vorgehen der eingesetzten Polizeikräfte, wobei vor allem die Angehörigen des Mobilen Einsatzkommandos im Mittelpunkt des Interesses standen, hat in der Bevölkerung bisher überall Zustimmung und Anerkennung gefunden — mit wenigen Ausnahmen, bei denen Kritik am ‚Todesschuß' geübt wurde. Übrigens, und das gibt es auch, wurde von einem Münchener Ingenieur inzwischen gegen Leitenden Staatsanwalt Dr. Helmuth Gössl und Kripo-Chef Josef Sommer wegen des tödlichen Schusses Anzeige erstattet"* („LZ", 3.5.).

„Völliges Unverständnis" also darüber, daß es immer noch nicht gelungen ist, die Todesschußpraxis als selbstverständlich zu verankern. Was zählt schon ein Menschenleben, wenn es um den Beweis der ‚Leistungs'-fähigkeit der Polizei geht?!

KB/Gruppe Nürnberg



DJD

Deutsche Jungdemokraten
Landesverband Baden-Württemberg
Rotebühlstraße 133
7000 Stuttgart 1 (West)
Telefon (0711) 624178

Stuttgart, den 3. 5. 1979

Presseerklärung Nr. 7/ 79

JUNGDEMOKRATEN GEGEN TODESSCHUSS

Tief betroffen haben sich die baden - württembergischen Jungdemokraten über die Erschießung des Bankräubers Manfred Drindl am Montag in Ansbach geäußert. Der Stellvertretende Landesvorsitzende der Jungdemokraten, Sebastian Schulin erklärte am Dienstag, die Hemmschwelle für den gezielten Todesschuß sei offensichtlich bei der Polizeiinzwischen überwunden, nachdem es vor einigen Jahren wenigstens noch Diskussionen über diese Verbrechensbekämpfung im Wild - West - Stil gegeben habe. Dieser gefährlichen Entwicklung könne nicht weiter tatenlos zugesehen werden. Die Jungdemokraten rufen alle gesellschaftlichen Gruppen auf, die einen Weg in Richtung Polizeistaat verhindern wollen, sich gegen die Legalisierung des gezielten Todesschusses im geplanten vereinheitlichten Polizeigesetz zu wenden.

Polizei inszeniert Entführung für ‚Bild'

Ein kleiner Gauner träumt im Suff vom „großen Coup" — einer Entführung. Ein Polizeispitzel schnappt dies auf und bekommt den Auftrag „dran zu bleiben". Als „Erfolgshonorar" winken ihm 10.000 DM von der Polizei — mit 4.000 DM will sich auch Springers „Bild" beteiligen. Aber der kleine Gauner denkt gar nicht daran, zur Tat zu schreiten, für ihn war es eben nur der Traum vom großen Ganovenleben. Das allerdings ist Betrug: Am V-Mann def Polizei, dem so 14.000 DM durch die Lappen gehen; an der Polizei, der der Fahngungs‚erfolg' nicht vergönnt wird und natürlich an der „Bild", der eine Schlagzeile geklaut wird. Also: Der V-Mann zwingt den Gauner, die Tat auszuführen. Die Polizei stellt dabei alle weiteren Darsteller. Heute steht der Gauner vor Gericht — ihn erwartet eine hohe Haftstrafe. Die Polizei hatte ihren Erfolg, die „Bild" ihre Schlagzeile, der V-Mann eine Anzahlung.

Was sich anhört wie eine Kriminalkomödie ist in Wahrheit die illegale Praxis der westdeutschen Polizei.

Zur Erinnerung: In sensationellen Zeitungsmeldungen wurde im Juli 1978 darüber berichtet, wie die Hamburger Polizei die geplante Entführung des 76-jährigen Hamburger Kaufhaus-Millionärs Ernst Brinkmann verhindert habe. Ein großartiger Erfolg der Polizei, so hieß es damals, der es gelang, mittels eines V-Mannes in die Bande einzusickern und sowohl das vermeintliche Opfer (ein älterer Kripo-Mann wurde als Ernst Brinkmann ausstaffiert und übernahm seine Rolle), als auch die beiden Kipnapper und eine als Brinkmann-Tochter verkleidete Polizistin „zur Verfügung" zu stellen.

In dem am 17. April 79 eröffneten Prozeß berichtet der angeklagte Herbert Schramm nun aus seiner Sicht: Weihnachten 77 habe er während eines Geburtstagsumtrunks nur so zu einem Freund gesagt: *„Ich kenne einen, der hat 25 Millionen."* Danach rückte ihm der fremde Hans-Georg Rudolph auf die Pelle, wollte von ihm den Namen des möglichen Entführungsopfers wissen und drängte auf die Verwirklichung des Entführungsplanes. *„Seitdem saß er mir wie eine Zecke unter der Haut"* — so charakterisierte Schramm H.-G. Rudolph. Vier Monate und zwölf Tage habe er sich Rudolphs Drängen widersetzt, 27 Termine für das Kidnapping habe er — Schramm — abgesagt, weil es für ihn „doch nur eine Spinnerei gewesen" sei. Daraufhin habe Rudolph ihn mit der Waffe bedroht und ihn gezwungen, den Erpresserbrief zu schreiben, das Geiselversteck zu besorgen und die sieben Millionen Lösegeld in der Lüneburger Heide abzuholen. („Hamburger Abendblatt" 24.4.79 und „Mopo", 26.4.79).

Beim nächsten Prozeß-Termin wurde der — unter Polizeischutz stehende — V-Mann der Polizei, H.-G. Rudolph, als Zeuge vernommen. Er sagte aus, daß die Polizei ihm für seinen Kontakt zu Schramm und seine „Beteiligung" an der versuchten Entführung 10.000 DM versprochen habe, wovon er bisher 3.500 DM erhalten habe. Außerdem habe die „Bild-Zeitung" 4.000 DM für die ganze Story geboten, und 5.000 DM hatte die Firma Brinkmann dem „Lebensretter" in Aussicht gestellt („Mopo", 26.4. 79 und 5.5.79). Darüberhinaus habe er von März bis Juni 1978 ausschließlich von Spesen gelebt, einschließlich der Einquartierung in verschiedenen Hotels — auf Kosten der Hamburger Polizei (—oder vielmehr des Hamburger Steuerzahlers, Anm. AK) („Hamburger Abendblatt", 26.4.79).

Von den Schilderungen Schramms bestritt Rudolph lediglich, daß er a l l e i n die gesamte Entführung inszeniert haben soll („HA", 26.4.79); auch habe er Schramm nicht mit der Waffe bedroht. Sein einziges Motiv für die Spitzeltätigkeit sei es gewesen, ein Verbrechen zu verhindern. Weswegen hat er dann nicht den ganz einfachen Weg gewählt?

Der derzeitige Stand des Prozesses macht deutlich, daß die nahezu unkontrollierte Untergrundarbeit der Polizei — gerechtfertigt mit: „effektiver Bandenbekämpfung" — sich hervorragend dazu eignet, selbst Verbrechen zu begehen und agents provocateurs zu beauftragen; zumindest aber — wie im Fall Brinkmann — sie finanziell und personell zu unterstützen und zu fördern. Bereits in unserem „Russell-Buch 5" veröffentlichten wir Auszüge aus einem Buch des in Hamburg für die „Mobilen Einsatzkommandos" verantwortlichen Kriminaldirektors Hans Zühlsdorf, in dem er die Aufgaben und Arbeitsanweisungen von V-Leuten und Polizeiagenten sehr detailiert entwickelt und übrigens auch auf die Gefahr hinweist, daß V-Leute und Agenten quasi unter Polizeischirmherrschaft Straftaten begehen.

Da der Fall „Brinkmann" nur ein b e k a n n t gewordener Fall ist, in dem die Polizei aktiv „mitgemischt" hat, drängt sich die Frage auf, ob nicht vor Schramm schon etliche Personen Opfer solcher Inszenierungen wurden und unschuldig im Kanst sitzen.

Antifa-Kommission Hamburg

Sozialarbeiter im Polizeirevier

In Hannover gibt es noch keine Jugendpolizei und auch noch keine Kinderpolizei. Bis vor kurzem konnte man fast glauben, Hannover sei in Gefahr, den Anschluß an einen gewissen Trend in der Sozialarbeit zu verpassen. Aber der niedersächsische Justizminister Schwind hatte eine Idee, die alle Chancen haben könnte, richtungsweisend zu wirken. Immerhin ist sie „einmalig in der Bundesrepublik":

SOZIALARBEITER IM POLIZEI-REVIER!

Wovon hier Minister und Sozialbürokratie noch träumen müssen, ist in Chicago längst Realität. Dort arbeiten Sozialarbeiter „Hand in Hand mit der Polizei". Damit das auch uns bald vergönnt sein möge, plant das niedersächsische Justizministerium einen Versuch, der vorsieht, daß vier Sozialarbeiter sich um „das Vor- und Umfeld des Verbrechens" kümmern: Zwei im „Dauerdienst" der Kriminalpolizei in der hannoverschen Polizeihauptwache, zwei im 9. Polizeirevier in Hannover-Linden. Daß die Polizei dabei wie immer nur das Beste der Betroffenen will, ist selbstverständlich: „Gedacht ist an die Nachbetreuung von Menschen, die einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind", „Hinterbliebene von Mordopfern", „verwahrloste Kinder" — wem wird es da nicht warm ums Herz bei so viel Nächstenliebe und sozialem Engagement der Polizei!

Wer denkt da nicht sofort freudig an die schönen beruflichen Verbindungen, die sich nun zwischen derart eingesetzten Sozialarbeitern und Kontakbereichsbullen entwickeln könnten!

Daß es jedoch auch zu Neid und Mißgunst kommen kann, scheint vorprogrammiert. Die Sozialarbeiter sollen nämlich „keine polizeilichen Befugnisse" erhalten und „auf keinen Fall eine Spitzelfunktion erfüllen".

Nur „Mitteilung" sollen sie machen, „wenn sie von Straftaten Kenntnis erhalten". Allerdings ist noch gar nicht geklärt, *„welche Befugnisse die Sozialarbeiter bekommen sollen"*. So ergab es sich, daß der Versuch, der eigentlich am 1. April (allen Ernstes!) beginnen sollte, verschoben werden mußte: Es gibt *„Schwierigkeiten, die geeigneten Sozialarbeiter zu finden"*.

Aber auch diese Hürde könnte sich nehmen lassen. Falls es unter den Sozialarbeitern keine gibt, die entsprechend staatsbürgerlichaufrecht freiheitlichdemokratisch gesonnen sind, könnte man ja immer noch Polizeihochschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik einrichten, vielleicht nach dem Vorbild der Bundewehrhochschulen und mit Förderkursen für Kontaktbereichsbeamte?

(Zitate aus der „Hann.Allgemeinen Zeitung", 14.3.79)

KB Hannover

In die Kugel gelaufen?

Der dritte polizeiliche Todesschuß innerhalb einer Woche fiel am 8.5. in der Nähe von Hagen/Westfalen.

Polizisten töteten den „Hamburger Zigeuner-König" Karl M. — angeblich bei einem Handgemenge — mit einem Kopfschuß.

Karl M. war Beamten mit einem angeblich gestohlenen Opel in Hagen aufgefallen. Nach einer wilden Verfolgungsjagd wurde der Wagen auf einem Gehöft „gestellt".

Darauf soll sich der verfolgte Karl M. — offensichtlich wohl in selbstmörderischer Absicht — auf die Beamten gestürzt haben, die mit gezogenen Waffen auf ihn zuliefen. In einem Handgemenge soll dann der Kopfschuß gefallen sein.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

JuPos in Essen einsatzbereit

Mit einer besonders geschickten Taktik sollte die „Jugendpolizei"(JUPO) in Essen eingeführt werden. In gemeinsamer Aktion von Kripo, Ordnungsamt und Jugendamt war am 11.4. eine Großrazzia in Kneipen, Discos und anderen „besonders jugendgefährdenden Örtlichkeiten" geplant. Hierbei beabsichtigte die Polizei *„sich bei den Streifen völlig im Hintergrund zu halten. Sie wird sich lediglich auf evtl. erkennbare strafbare Vorgänge konzentrieren und gegebenenfalls eingreifen, wenn Schutz notwendig ist"*. Im übrigen sollten die Beamten des Ordnungsamtes und die pädagogischen Fachkräfte des Jugendamtes die Hauptarbeit leisten (so Kripobeamter Bals auf der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises

Fortsetzung nächste Seite

Antifaschisten spüren Nazi-Verbrecher im Urlaub auf

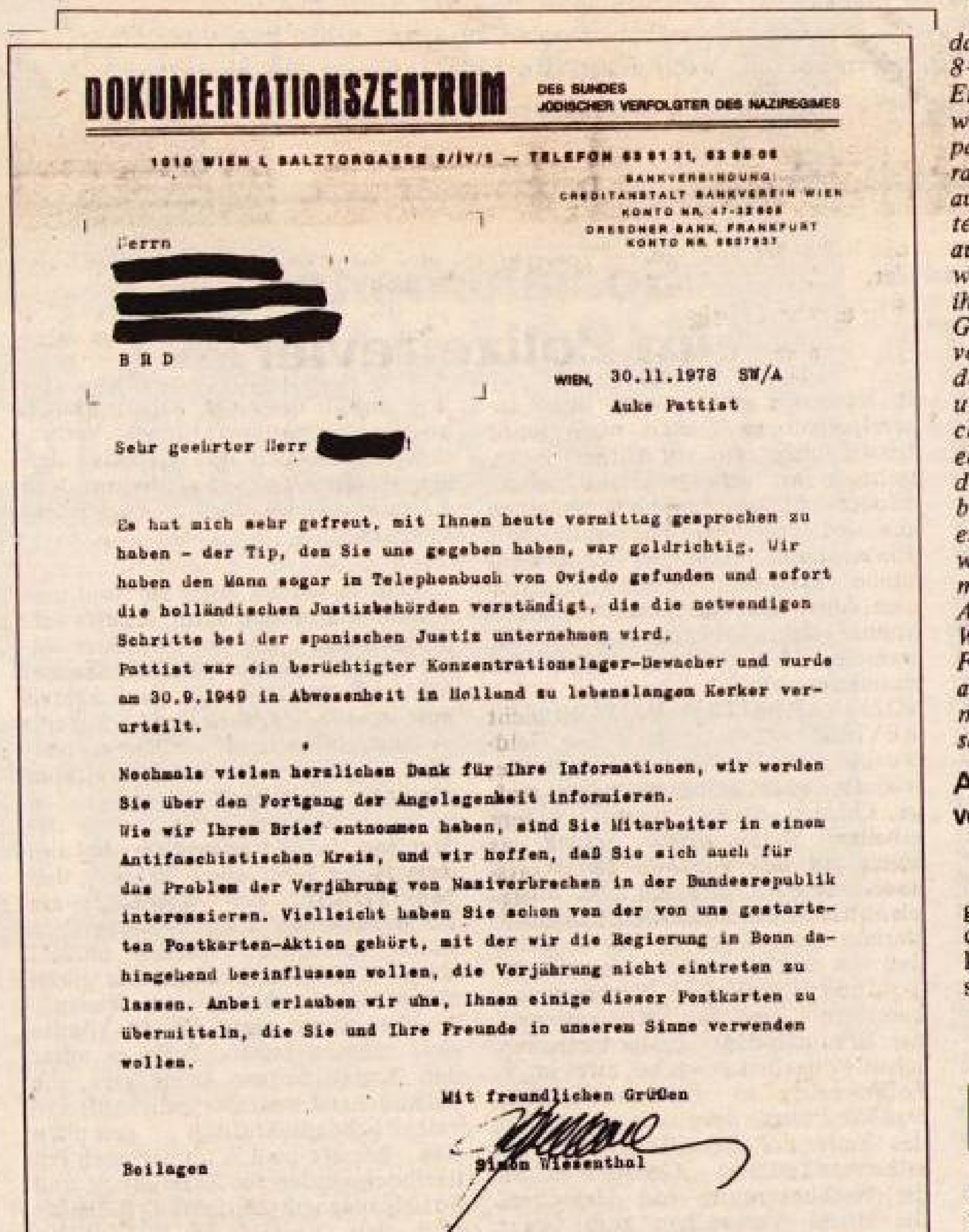
Ende Februar gab Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes (Wien), bekannt, daß der niederländische Kriegsverbrecher Auke Pattist, der 1946 aus einem Straflager entkommen war, heute im spanischen Oviedo lebt.
Aufgespürt worden war Pattist von einer Gruppe westdeutscher Antifaschist(inn)en, die in der Nähe von Oviedo ihre Ferien verbrachten.
Zwei von ihnen, Christa und Jörg, Mitglied eines antifaschistischen Arbeitskreises, erzählten uns, wie sie dem Kriegsverbrecher auf die Spur gekommen waren.

Ein schwarz-roter Bus

Jörg: Während einer größeren Spanientour sind wir längere Zeit in Playa de Vega an der Nordküste Spaniens gewesen. Playa de Vega ist ein kleines Dorf, ein paar Dünen, ein Zeltplatz, zwei Kneipen.
Christa: Mit dem Kneipenwirt Pepe sind wir schnell in Kontakt gekommen. Wir haben mit ihm über Deutschland, über das Franco-Regime geredet; weil er die Aufkleber an unserem schwarz-roten Bus gesehen hatte, meinte er nach ein paar Tagen, ihr seid ja auch wohl nicht so ganz ohne. Aber paßt auf mit dem was ihr sagt, wenn hier ein bestimmter Typ auftaucht, das ist nämlich ein Faschist.
Auke Pattist würde der heißen, und seinen Zeltplatz hat er uns auch gleich gezeigt.
Jörg: Als wir uns weiter für diesen Pattist interessiert haben, sagte Pepe, der sei Deutscher und KZ-Wächter gewesen.
Christa: Pepe hat aber auch gleich dazu gesagt, KZ-Wächter sei der nicht in Deutschland gewesen, sondern in der Nähe von Delft oder in Delft selbst - in den Niederlanden.
Jörg: Das hatte Pattist ihm sogar selber erzählt. Der war nämlich so vor rund zwei Jahren zu Pepe in die Kneipe gekommen, weil in einer Zeitung stand, daß man jemanden auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol unter dem Verdacht festgenommen hatte, Auke Pattist zu sein. Pattist hat triumphiert, so blöde ist die niederländische Polizei, denn Auke Pattist, das bin doch ich.
Dadurch wurde auch für Pepe und die Leute im Dorf bekannt, daß Pattist ein alter Faschist ist.
Wir sind da hellhörig geworden, daß da noch ein KZ-Wächter rumläuft. Wir hatten im Kopf, was wir bei Prozessen gegen Nazis erlebt hatten, wie nachsichtig die behandelt wurden. Und da wollten wir uns diesen Pattist mal genauer angucken und auch überlegen, was man mit dem macht.
Christa: Vor allem auch, weil wir sehr genaue Angaben von Pepe bekommen haben. Pattist sei erst nach Frankreich abgehauen und als es auch dort zu brenzlich für ihn wurde, haben spanische Faschisten ihn über die „Odessa" (2) nach Spanien gebracht und ihm dort auch eine neue Existenz aufgebaut.

„Überrollen" oder was . . .?

Jörg: Wir haben uns dann in der Reisegruppe zusammengesetzt und diskutiert, was wir unternehmen könnten. Da kamen dann so alle Vorschläge von einmal überrollen bis Zelt zusammenschlagen und auch solche Vorschläge, daß man da doch was unternehmen müßte, um den Typen vor Gericht zu kriegen. Dabei ist dann auch der Name Simon Wiesenthal gefallen, den man ja von seiner Eichmann-Aktion her kannte und der gerade im Sommer den Wagner in Brasilien von einem Foto identifiziert hatte.
An Fakten hatten wir ja mittlerweile ziemlich viel. Wir hatten auch noch erfahren, daß der Pattist in Oviedo eine Sprachschule mit einigen angestellten Lehrkräften hat, daß er in jedem Jahr und an den meisten Wochenenden nach Playa de Vega zu seinem Zeltplatz kommt.
Wir versuchten, Pattist ins Gespräch zu ziehen. Das war auch ziemlich einfach. Pattist war so'n drahtiger Typ, lief immer mit kurzen Hosen rum und ausgetretenen Stiefeln, in denen er ein Messer trug. Und er hatte die Angewohnheit, die Deutschen, die dort Ferien machen, von sich aus anzusprechen.
Christa: Ich bin dann auch mal von ihm angesprochen worden und er erzählte mir auf meine Frage hin, warum er denn so gut deutsch spricht, daß seine Eltern aus Friesland stammen, die jedoch schon vor seiner Geburt in die Niederlande umgesiedelt wären. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei er nach Frankreich gegangen, und als es ihm auch dort nicht mehr gefiel, nach Spanien.
Ihm sei auch von einer Frankfurter Firma eine Anstellung angeboten worden (er muß vor kürzerem ganz „legal" in der BRD gewesen sein), er zöge es aber vor, in Spanien zu bleiben.
Jörg: Ich hab Pattist dann noch aufs Franco-Regime angesprochen, um hinter seine heutigen politischen Auffassungen zu kommen. Pattist meinte dazu, Spanien würde ja heute von einer Linksregierung beherrscht, es würde alles drunter und drüber gehen und er könne seine beiden Töchter nachts nicht mehr alleine auf die Straße lassen. Aber es gäbe gute Aussichten, daß sich das bald wieder ändern würde.
Christa: Als wir dann, von Franco aus, auf Hitler und die KZs zu sprechen kamen, meinte Pattist, unter Napoleon sei ja auch viel Blut geflossen, trotzdem würde heute kein Franzose hingehen und Napoleon verteufeln, sondern die sind stolz auf ihn und, hätte Hitler den Krieg gewonnen, würde auch jeder Deutsche stolz auf Hitler sein.
Jörg: Bei solchen Sprüchen haben wir uns gedacht, das ist schon ziemlich derbe faschistoid, auch wenn man das von dem einen oder andern auch sonstwo hört. Aber diese Sprüche – auf dem Hintergrund der Informationen von Pepe – haben uns dann dazu gebracht, einen Superdann dazu gebracht, einen Super-8-Film von Pattist zu machen. Einen Film, weil das unauffälliger war und wir mit unseren Fotoapparaten nicht dicht genug an ihn rankommen konnten. Wir waren auch sehr vorsichtig dabei, wir wollten ihn nicht warnen und wußten auch nicht, wie gewalttätig der Typ wird, wenn er merkt, daß was gegen ihn läuft.
Gegen das Überrollen hatten wir von uns vorher schon aus zwei Gründen entschieden: Einmal waren wir uns ja immer noch nicht völlig sicher, daß der Pattist wirklich ein ehemaliger KZ-Wächter ist, zum andern haben wir uns gefragt, was bringt es, wenn wir den Typen einmal überrollen, vielleicht können wir das der Bevölkerung noch nicht mal vermitteln.
Also haben wir uns für den legalen Weg entschieden und Wiesenthal den Film geschickt zusammen mit einem ausführlichen Brief mit den Informationen, die wir über Pattist gesammelt hatten.



DOKUMENTATIONSZENTRUM DES BUNDES JÜDISCHER VERFOLGTER DES NAZIREGIMES

1010 WIEN I, SALZTORGASSE 6/IV/5 — TELEFON 63 91 31, 63 98 05

BANKVERBINDUNG:
CREDITANSTALT BANKVEREIN WIEN
KONTO NR. 47-33 888
DRESDNER BANK, FRANKFURT
KONTO NR. 5837837

Herrn
[geschwärzt]
BRD

WIEN, 30.11.1978 SW/A
Auke Pattist

Sehr geehrter Herr [geschwärzt]!

Es hat mich sehr gefreut, mit Ihnen heute vormittag gesprochen zu haben - der Tip, den Sie uns gegeben haben, war goldrichtig. Wir haben den Mann sogar im Telephonbuch von Oviedo gefunden und sofort die holländischen Justizbehörden verständigt, die die notwendigen Schritte bei der spanischen Justiz unternehmen wird.
Pattist war ein berüchtigter Konzentrationslager-Bewacher und wurde am 30.9.1949 in Abwesenheit in Holland zu lebenslangem Kerker verurteilt.

Nochmals vielen herzlichen Dank für Ihre Informationen, wir werden Sie über den Fortgang der Angelegenheit informieren.
Wie wir Ihrem Brief entnommen haben, sind Sie Mitarbeiter in einem Antifaschistischen Kreis, und wir hoffen, daß Sie sich auch für das Problem der Verjährung von Naziverbrechen in der Bundesrepublik interessieren. Vielleicht haben Sie schon von der von uns gestarteten Postkarten-Aktion gehört, mit der wir die Regierung in Bonn dahingehend beeinflussen wollen, die Verjährung nicht eintreten zu lassen. Anbei erlauben wir uns, Ihnen einige dieser Postkarten zu übermitteln, die Sie und Ihre Freunde in unserem Sinne verwenden wollen.

Mit freundlichen Grüßen
Simon Wiesenthal

Beilagen

Auke Pattist, der „Schrecken von Drenthe"

Simon Wiesenthal brachte in wenigen Tagen heraus, daß es sich bei dem aufgespürten Auke Pattist wirklich um einen gesuchten niederländischen Kriegsverbrecher handelt.

Pattist war, 19 jährig, als niederländischer Freiwilliger in die Waffen-SS eingetreten. Nach eigener Darstellung war er bis 1944 auf dem Balkan, in der UdSSR und der Tschechoslowakei eingesetzt. Nach seiner Rückkehr in die Niederlande war er Leiter eines Überfallkommandos des deutschen SD (Sicherheitsdienst) in der niederländischen Provinz Drenthe. Im Auftrage der SD-Zentrale verfolgte er, wie es in der Begründung des gegen ihn verhängten Todesurteiles heißt, „*Personen, die nach niederländischen Normen nicht für die Verhaftung in Betracht kamen, aber auf deren Arretierung von und zum Nutzen von der deutschen Besatzermacht Wert gelegt wurde*".

Diese formal-juristische Formel meinte konkret: Hetzjagd auf Juden, Untergetauchte, Widerstandskämpfer und auf Menschen, die für das „Aktion Silbertanne" bestimmt waren, für die Liquidierung unbeteiligter Bürger als Vergeltung für das Ausschalten von prominenten niederländischen Nazis und deutschen Besatzern durch den Widerstand.

Nach dem Krieg wurde er festgenommen, konnte jedoch 1946 aus dem Straflager entkommen – ging erstmal ein Jahr nach Westdeutschland, dann für vier Jahre nach Frankreich und landete schließlich in Spanien, wo er sich so sicher fühlte, daß er nicht mal seinen – ziemlich auffälligen Namen wechselte.

1948 wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt, später wurde dieses Urteil in lebenslänglich umgewandelt.

Wie sich in Zusammenhang mit Wiesenthals Recherchen ergab, war der niederländischen Justiz schon seit 1975 Pattists Aufenthalt in Oviedo bekannt. Um die Auslieferung Pattists durch Spanien an die niederländische Justiz wurde jedoch gar nicht ersucht: Pattist sei spanischer Staatsbürger und Staaten würden eigene Bürger sehr selten ausliefern; einige Anklagepunkte gegen Pattist sind im spanisch-niederländischen Auslieferungsvertrag nicht enthalten; einer der Anklagepunkte war bereits verjährt.

Wiesenthal war mit diesen Begründungen nicht einig: „*Ein Ersuchen um Auslieferung kostet nichts... Spanien ist jetzt eine vollwertige Demokratie. Pattist wurde noch unter der Franco-Diktatur eingebürgert, ohne daß die internationalen Spielregeln beachtet wurden. Madrid würde nun beweisen können, daß es mit der faschistischen Vergangenheit gebrochen hat.*"

Auch im niederländischen Parlament wurde gegen die Haltung des Justizministeriums protestiert. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer Wolff (CPN – revisionistische KP) und Stoffelen (PvdA – Sozialdemokraten) forderten Justiz- und Außenminister auf, die spanische Regierung um Auslieferung oder Ausweisung zu ersuchen.

Linkes XY ?

Die Geschichte von der Entdeckung des Kriegsverbrechers Pattists hatte noch eine Fortsetzung.

Jörg: Als Wiesenthal bei uns anrief und sagte, daß Auke Pattist – der KZ-Henker, wie er sagte – identifiziert sei, bin ich vor Freude wegen der gelungenen Aktion durch die Wohngemeinschaft getollt. Da kam dann von einem der Mitbewohner 'ne harte Kritik, warum ich mich so freuen würde, schließlich würde jetzt einer in den Knast kommen, und wir wüßten ja, was Knast bedeutet, das wäre ja schließlich auch ein Mensch und was wir gemacht hätten, das wäre absolut menschenverachtend, linkes XY.
Christa: Dabei entstand dann auch die Diskussion, ob im Fall von einem Nazi und KZ-Henker überhaupt die Rede von Denunziation und Unmenschlichkeit sein kann – nach den Verbrechen, die die SSler verübt haben.
Jörg: Ich konnte jedenfalls mit der Kritik überhaupt nicht übereinstimmen, weil ich bei dem, was in den KZs geschehen ist, nicht noch von Menschlichkeit gegenüber den Henkern reden kann. Ich fordere natürlich nicht, daß mit den SSlern passiert, was sie selber gemacht haben, aber ich meine, daß man solche Leute von der Gesellschaft isolieren muß, und zwar auch noch nach Jahren.
Christa: Die Opfer leben in der BRD, sind total kaputt, werden von den Gerichten, wenn sie als Zeugen auftreten, noch fertiggemacht, und Leute wie Pattist laufen frei rum und machen sich ein schönes Leben. Ich weiß nicht, ob man das gegenüber den Opfern verantworten kann.
Jörg: Wichtig ist, das mein Wohnungsgenosse, der die Aktion kritisierte, sich selber als Antifaschist versteht.. Wenn man in Spanien einen aus der Düne holt, dann nütze das dem antifaschistischen Widerstand nicht für fünf Pfennige, meinte er. Wenn man Filbinger seine faschistische Vergangenheit nachweisen und ihn kaltstellen kann, das sah er ein, aber nicht das Vorgehen gegen Pattist in Spanien.
Ich dagegen finde es deprimierend, mit der Vorstellung zu leben, daß solche Leute einfach straffrei ausgehen können. Das ist Punkt eins. Punkt zwei ist, daß ich solche Aktion als kleinen Sieg im antifaschistischen Kampf werte, weil man wieder einen dieser Typen aus dem Verkehr ziehen oder zumindest entlarven konnte, zumal einen, der heute noch den Faschismus rechtfertigt.
Christa: Man muß auch daran denken, wie diese Leute von den Neo-Nazis in der BRD heroisiert werden. Das sind für die immer noch irgendwie Helden.
Jörg: Man muß den Neo-Nazis klarmachen, eure Gallionsfiguren wie Rudel, oder auch solche eventuellen Helden wie Pattist, die stellen wir eben kalt.
Und dann muß man auch überlegen, was der in Oviedo macht. Spanien ist ein Land, das schon wieder auf der Kippe zur Reaktion steht. Es ist auch ein Akt praktischer antifaschistischer Solidarität gegenüber dem spanischen Volk, wenn man einen potentiellen Kader einer solchen reaktionären Entwicklung kaltstellt.
Dies Argument mit der Menschlichkeit für alte Nazis wird umgekehrt erst richtig: Gerade im Namen der Menschlichkeit kann man solche Typen nicht frei herumlaufen lassen!

Niederlande-Kommission

Anm.:
(1) Die Namen sind auf den Wunsch unserer Gesprächspartner verändert worden.
(2) „Odessa" = Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen. „Odessa" sorgte, finanziell im wesentlichen auf den unvorstellbaren Raub an den Juden gestützt, für den straffreien Abzug prominenter Nazis im wesentlichen nach Südamerika und Spanien, aber auch nach Ägypten (eine informative wie aber auch mit den Mängeln eines „Weltbestsellers" behaftete Quelle ist der Roman von Frederick Forsyth, Die Akte Odessa, Knaur-Taschenbuch 419)

Fortsetzung von Seite 39

„Bekämpfung der Jugendkriminalität" am 22.2.79). Also eine besondere Geschliffenheit, bei der „*die mitwirkenden pädagogischen Fachkräfte in geeigneter Weise das Gespräch mit den anwesenden Kindern und Jugendlichen suchen*" (ebenda). Das Ziel dieser Maßnahme unterscheidet sich nicht von früheren Razzien — die Ausführung ist allerdings geschickter: Während die Jupos unauffällig dabeistehen, werden die Sozialarbeiter als Hilfs-Sheriffs eingespannt.

Diesmal mußte das einsatzbereite Team jedoch seine Aktion verschieben. Das Vorhaben wurde früh genug veröffentlicht und der geplante Termin mußte abgeblasen werden.

Verbindungen zwischen Polizei und Jugendamt sind in Essen nichts Neues — es wurden bereits „gute Erfahrungen gemacht", die jetzt institutionalisiert und ausgebaut werden. Mitarbeiter in den Einrichtungen des Jugendamtes werden zur Kontaktaufnahme mit der Polizei angehalten. Schließlich wird den freien Trägern ähnliches Vorgehen empfohlen; sie sollen sogar „*von sich aus den Kontakt zur zuständigen Polizeidienststelle des jeweiligen Schutzbereiches suchen*"(s.o.).

Am 29.3. erklärte der Arbeitskreis Jugendpolitik, dem u.a. die Falken, die ev. Jugend, die kath. Jugend und der Stadtverband Essener Jugendverbände (insges. 40 Essener Jugendverbände und -organisationen) angehören, daß sie diese Jupo einstimmig ablehnen.

Antifa-Kommission NRW

Leserbrief

Viele Väter haben einen Sohn, und die allermeisten Väter besitzen auch ein Auto. Vater und Sohn sind normale Bürger, stets bemüht, nicht besonders aufzufallen und nicht unnötig „aktenkundig" zu werden.

Letzteres sind sie seit dem 29.12.78 nun aber doch. Das wäre nicht passiert, wenn sie nicht gelegentlich das gleiche Auto benutzten. Dieses Auto hatte der Vater dem Sohn an dem genannten Tag geliehen; dieser war damit zu einer Veranstaltung des KB gefahren. Vor einem Schulgebäude parkend, wurde das gelegentlich gemeinsam benutzte Auto wahrgenommen und registriert.

Nach ein paar Wochen erschien in der Firma des Vaters ein Bediensteter der Freien und Hansestadt Hamburg und erkundigte sich zunächst bei dem Personal-Chef des Unternehmens, ob es angehen könne, daß besagtes Auto an dem bestimmten Tage vor einem bestimmten Schulgebäude geparkt worden ist. Das konnte der Personal-Chef nun gar nicht wissen. Schließlich fand man über die Auto-Nummer zu dem gesuchten Vater. Dieser konnte sich genau an den Tag erinnern und wußte auch von der Veranstaltung. Nur die Schule kannte er nicht.

Der Bedienstete der Freien und Hansestadt war mit dieser Erklärung zufrieden und zog von dannen.

In einer etwas ruhigeren Stunde hat der meistens vielbeschäftigete Vater etwas über diesen Vorfall nachgedacht und folgende Fragen formuliert:

1.) Darf ein Vater seinem Sohn ein Auto leihen?
2.) Darf dieser Sohn das Auto vor einem Schulgebäude parken?
3.) Darf der Vater wissen, daß der Sohn mit dem geliehenen Auto zu einer Schule fährt, in welcher die Versammlung einer Alternativgruppe tagt?

Der Vater darf es, weil er seinen Sohn und dessen Freunde als hilfsbereite und nachdenkliche Menschen kennengelernt hat und weil er sehr froh darüber ist, daß er mit diesen jungen, manchmal etwas ungeduldigen Menschen endlich wieder ein vernünftiges Wort reden kann.

Nur eines weiß der Vater nicht: Warum kümmert sich ein Bediensteter unserer Stadt um sein Auto? Eine Verlustmeldung wurde nicht aufgegeben.

Der guten Ordnung wegen muß nachgetragen werden, daß der Vater mit einem bescheidenen Betrag an dem Unternehmen beteiligt ist und daher das Auto unter dem Firmennamen registriert wurde.

Sollte dieses Auto wieder einmal irgendwo „gesichtet" werden (z. B. in Gorleben) möge man sich fortan mit Nachfragen immer gleich an den Vater wenden.

A.T.

Anmerkung des Sohnes.

Mein Vater hat in seinem Leserbrief meines Erachtens die Frage, ob er davon hätte wissen dürfen, daß ich mit seinem Wagen zu einer KB-Veranstaltung gefahren bin, etwas überbewertet. Wichtiger ist meines Erachtens, daß der VS in Hamburg offensichtlich dazu übergegangen ist, sich mit „Erkenntnissen" an Personalabteilungen zu wenden. Im Normalfall dürfte eine solche Information wohl schon zur Kündigung reichen und es dürfte auch die Ausnahme sein, daß dieses Vorgehen überhaupt bekannt wird.

Ein Genosse aus Altona

Klassenjustiz



28. Mai: Antifaschisten-Prozeß soll neu beginnen

Das Verfahren gegen neun Hamburger Antifaschisten, das wegen Befangenheit eines Richters im November '78 nach siebenmonatiger Verhandlung geplatzt war, soll ab 28. Mai wieder von vorne aufgerollt werden. An drei Tagen in der Woche soll verhandelt werden: diesmal nicht mehr im „gepanzerten" Staatsschutzsaal. sondern im Plenarsaal des Schwurgerichts – immerhin ein Erfolg des Protestes gegen die üblen Prozeßbedingungen. Kurz zur Vorgeschichte:

Für den 7.8.76 hatte die NPD einen „Kongreß der nationalen Kräfte Europas" angekündigt und wollte eine ganze Reihe Chefs deutscher und ausländischer Faschistenbanden in Hamburg auftreten lassen. Schon lange vor dieser Provokation wurde der Hamburger Senat von zahlreichen antifaschistischen Kräften aufgefordert, ein Verbot zu erlassen. Doch Innensenator Staak sah *„keine rechtliche Handhabe, gegen dieses Treffen vorzugehen"*. Den Nazis versicherte er aber öffentlich: *„Wir werden die Veranstaltung zu schützen wissen."* Dies wurde durch brutale Polizeieinsätze gegen demonstrierende Antifaschisten unter Beweis gestellt.

2 Jahre später begann der Prozeß gegen 9 Antifaschisten, die teilweise selbst Opfer der Polizeibrutalität waren. Die Anklage lautet: Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung (... gegenüber Polizisten) und Gefangenenbefreiung. Der Prozeß dauerte 45 Verhandlungstage (vom 8.5. - 14. 11.78) und kostete der Hälfte der Angeklagten, davon 2 Betriebsräten, den Arbeitsplatz.

Wie der Prozeß „platzte"

Am vorläufigen Prozeßende (14. November 1978) hatte sich die Auseinandersetzung um illegale Praktiken der Polizei bei der „Herstellung" ihrer Zeugen zugespitzt: Ein Bulle verhedderte sich und gab preis, daß die belastenden Festnahmeberichte untereinander abgesprochen sind. Die Verteidigung verlangte Protokollierung, das Gericht lehnte ab und ein Richter, Timcke, griff die Verteidigung an, sie versuche zu ihren Gunsten zu „vermischen" und „verwischen". Als er dafür den Rat erntete, sich selber als befangen abzulehnen, sprang er auf und rannte schreiend aus dem Saal: *„Ich gehe sofort! Damit ist der Prozeß geplatzt. Sollen doch die die Kosten tragen!"* Der vorsitzende Richter schaffte es nicht, ihn am Ärmel festzuhalten und der folgende Antrag der Verteidigung, Timcke wegen Befangenheit abzulehnen, wurde angenommen.

Sonderrechte für Polizeizeugen?

Die Strafprozeßordnung erlaubt keinem Zeugen, die Protokolle seiner eigenen Vernehmung von seiner Aussage im Prozeß einzusehen. Für Polizeizeugen sollen solche Gesetze offenbar nicht gelten. Ihnen wird auf Wunsch Einsicht in ihre eigenen Vernehmungsprotokolle und die ihrer Kollegen gewährt, und sie werden sogar von einem extra für politische Prozesse eingerichteten „Zeugenbetreuer" behandelt, mit dem Ziel, Aussagen zu koordinieren und Aussagegenehmigungen so gezielt zu verteilen bzw. zu beschränken, daß die Polizeizeugen sich jeder verfänglichen Frage entziehen können (Zur Funktion des Zeugenbetreuers siehe auch Artikel von RA Uwe Maeffert in AK 143, Nov. 78). In der Praxis des Antifaschistenprozesses entschied das Gericht bei Unklarheiten zugunsten der Polizeizeugen. Vorsitzender Schmidt empfahl sogar einem Bullen, der eine schlechte Figur machte, die Protokolle über seine Vernehmung erst unmittelbar vor seinem Auftritt als Zeuge zu studieren!

Daß die Polizei einen „Zeugenbetreuer" sehr dringend braucht, um die Lügen der Polizisten vor Gericht abzusichern, wird an folgendem deutlich: Am 4.9. wurde gegen die presserechtlich Verantwortliche eines Flugblatts, das eben diese Lügen anprangert, Strafantrag gestellt. Staatsanwalt Schulz (Ankläger im Antifa-Prozeß) und Richter Schmidt unterstützten die Strafanzeige der Polizei nicht. Nach Rücksprache mit Buss, Leiter der Rechtsabteilung der Polizei, wird der Antrag zurückgezogen. Die Polizei hat in der Tat Gründe, eine verstärkte öffentliche Diskussion um ihre Zeugenmethoden und die Rolle der Justiz dabei zu verhindern.

Ein erster Erfolg

Thorsten S. war der 10. Angeklagte im Hamburger Antifa-Prozeß. Sein Verfahren wurde jedoch nach zwei Verhandlungswochen vor dem Landgericht abgetrennt und an das Jugendgericht verwiesen. In seinem Prozeß hielten die Polizeizeugen die bei der Betreuung festgelegte Linie nicht durch, die Anklage brach für alle Beteiligten offensichtlich zusammen, was Staatsanwalt Schulz dazu bewog, die Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit zu beantragen. Dies wurde auch so entschieden, jedoch nicht ohne daß Thorsten noch eine Geldbuße von 200 ,- DM auferlegt wurde, was aber keine Verurteilung im strafrechtlichen Sinne darstellt. Trotzdem – dieses Urteil zeigt klar, daß das ganze Anklagengebäude der Staatsanwaltschaft im gesamten Antifa-Prozeß auf Sand gebaut ist und einzig und allein die Kriminalisierung und Einschüchterung der antifaschistischen Bewegung zum Ziel hat. Derselbe Staatsanwalt Schulz, der hier mit dem Hinweis auf die „Geringfügigkeit" der Anklagepunkte das Verfahren einstellen ließ, setzt im großen Antifa-Prozeß bei gleichlautenden Anklagen alles daran, die Angeklagten zu verurteilen!

Einstellungsantrag abgelehnt

Nachdem der Prozeß geplatzt war, hat die große Strafkammer 14 – inzwischen mit drei neuen Berufsrichtern besetzt – den Antrag der Verteidigung auf endgültige Einstellung des Verfahrens abgelehnt.

Die Verteidigung hatte argumentiert: Unsere politische Erfahrung in Deutschland gebietet es, die Faschisten und nicht die Antifaschisten zu verfolgen. Das Gericht dazu: Bei jeder Verhandlung werden die Motive der Angeklagten natürlich miterwogen...

Die Verteidigung: Es hat eine Vorverurteilung stattgefunden durch das vorhergegangene Verfahren im „Terroristensaal".

Das Gericht: Das Gericht weiß sich frei von Vorurteilen.

Die Verteidigung: Der Prozeß war und wird sehr lang und steht in keinem Verhältnis zur Anklage; einige Angeklagte haben schon ihren Arbeitsplatz verloren.

Das Gericht entgegnet, es werde sich um einen zügigen Prozeßverlauf bemühen.

Die Verteidigung: Die Angeklagten stehen unter der Morddrohung von Neofaschisten.

Das Gericht meint dazu, es werde seine Fürsorgepflicht ernstnehmen.

Die Verteidigung: Die antifaschistischen Gesetze aus der Zeit direkt nach dem 2. Weltkrieg sind noch gültig.

Das Gericht: Kein Grund zur Einstellung.

Die Verteidigung: Die Zeugen der Anklage, über 25 Polizisten, wurden mit illegalen Mitteln auf ihre Aussage vorbereitet.

Das Gericht: Kein Grund zur Einstellung des Verfahrens.

Geplante Wiederaufnahme des Prozesses:
Montag, 28. Mai, 9.00 Uhr, Strafjustizgebäude im Saal 378.

Freispruch für alle angeklagten Antifaschisten!

IKAH





Lebenslänglich
für Christine Kuby

Am 2.5.1979 wurde Christine Kuby vom Oberlandesgericht Hamburg wegen zweifachen Mordversuchs und Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Christine Kuby ist 22 Jahre alt. Der Prozeß war ein „Geister-Prozeß", weil er ohne die Angeklagte und weitgehend ohne die Vertrauensverteidiger von Christine stattfand.

Christine Kuby wurde am 21.1. 1978 von mehreren Polizisten verhaftet, als sie mit angeblich gefälschten Rezepten in einer Hamburger

sichtlich niedrigen Beweggründe des heimtückischen Verhaltens von Christine Kuby."

Dabei hat Christine Kuby bereits zu Prozeßbeginn ausdrücklich erklärt, daß sie n i c h t dieser Meinung ist! Gleichzeitig teilte sie mit, daß sie sich nicht verteidigen wolle, weil sie das für sinnlos halte.

Ihre Wahlverteidiger hatten deshalb an der Hauptverhandlung in der Regel nicht teilgenommen, außer bei Prozeßbeginn. Richter Plambeck hat auch hier wieder Schrittmacher gespielt: er nutzte diesen Sachverhalt, um die Umstände des Verfahrens

Lebenslänglich
für Christine Kuby

Am 2.5.1979 wurde Christine Kuby vom Oberlandesgericht Hamburg wegen zweifachen Mordversuchs und Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Christine Kuby ist 22 Jahre alt. Der Prozeß war ein „Geister-Prozeß", weil er ohne die Angeklagte und weitgehend ohne die Vertrauensverteidiger von Christine stattfand.

Christine Kuby wurde am 21.1. 1978 von mehreren Polizisten verhaftet, als sie mit angeblich gefälschten Rezepten in einer Hamburger Apotheke gräßere Mengen starker Schmerzmittel einkaufen wollte. Die von dem Apotheker herbeigerufenen Beamten konnten die Festnahme nicht reibungslos durchführen, da Christine Kuby zwei Schüsse abgab, um sich der Festnahme zu entziehen. Dabei wurde einer der Beamten verletzt.

Juristisch wäre es nach diesem Tatbestand keineswegs nötig gewesen, Christine wegen zweifachen Mordversuchs zu verknacken.

Von den Verteidigern war bereits lange vor Urteilsverkündung darauf hingewiesen, daß die beiden Schüsse als versuchter Totschlag angesehen werden könnten — mit der Konsequenz, daß eine Verurteilung zu lebenslänglich nicht möglich wäre. Außerdem hatten die Verteidiger beantragt, hinsichtlich des Vorwurfes der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung noch Jugendstrafrecht anzuwenden, was ebenfalls die Konsequenz einer ganz erheblichen Strafmilderung gehabt hätte.

Der Vorsitzende Richter Plambeck, der sich in der Öffentlichkeit (s. dazu den Bericht über den 3. Strafverteidigertag in Westberlin) und in der Art seiner Verhandlungsführung gerne sehr „liberal" zeigt, gab dem Urteil jedoch ausdrücklich die Prägung eines üblen Gesinnungsurteils: lt. „FAZ" vom 3.5.1979 *„prangerte der Vorsitzende Richter Plambeck die Gesinnung der RAF-Mitglieder an. Ihre Überzeugung, daß Polizeibeamte ‚keine Menschen, nur noch Schweine' seien, kennzeichne auch die offensichtlich niedrigen Beweggründe des heimtückischen Verhaltens von Christine Kuby."*

Dabei hat Christine Kuby bereits zu Prozeßbeginn ausdrücklich erklärt, daß sie n i c h t dieser Meinung ist! Gleichzeitig teilte sie mit, daß sie sich nicht verteidigen wolle, weil sie das für sinnlos halte.

Ihre Wahlverteidiger hatten deshalb an der Hauptverhandlung in der Regel nicht teilgenommen, außer bei Prozeßbeginn. Richter Plambeck hat auch hier wieder Schrittmacher gespielt: er nutzte diesen Sachverhalt, um die Umstände des Verfahrens großenteils als „höchst unwürdig" zu bezeichnen und die angeblich notwendige Anwesenheit von Zwangsverteidigern ausdrücklich zu rechtfertigen. Daß dies zugleich noch eine Aufforderung an die Anwaltskammer ist, gegen die Wahlverteidiger wegen „unwürdigen Verhaltens" ein Ehrengerichtsverfahren einzuleiten, dürfte Plambeck klar gewesen sein.

Man fragt sich angesichts solchen richterlichen Verhaltens natürlich, was Plambeck eigentlich erwartet: soll eine Angeklagte in „würdiger" Form noch an ihrer eigenen zur Schau gestellten Verurteilung mitwirken? Erwartet er wirklich, daß eine Angeklagte, die bereits total „abgestempelt" ist, noch die ihr von der Justiz zugeteilte Rolle einnimmt, nämlich sich „würdig" zu verteidigen, und damit dem Prozeß noch den Schein des „fairen Verfahrens" gibt? Da Plambeck all dies sicher nicht erwartet, kann man seine besondere Höflichkeit eigentlich nur als bewußt „saubere" Art begreifen, das Lebenslänglich durchzusetzen.

Leider gelingt es immer noch viel zu vielen Richtern, durch großzügiges Getue davon abzulenken, daß ihre Urteile im krassen Gegensatz zu ihrem Benehmen in der Hauptverhandlung stehen.

Die justizkritische Öffentlichkeit sollte noch mehr als bisher die Gerichte nicht mehr an ihren Umgangsformen, sondern an den Ergebnissen messen!

IKAH

Herbert Soffel ist frei

Herbert Soffel, der in knapp drei Wochen vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Frankfurt wegen Zugehörigkeit zum Frankfurter Gefangenenrat angeklagt sein wird, ist nach monatelangem Kampf endlich aus der Haft entlassen worden. Herbert Soffel ist durch langandauernden Haftbedingungen der Iso-Haft lebensgefährlich erkrankt. Seine Blutwerte waren derart katastrophal, daß jede Haftfortdauer akute Lebensgefahr bedeutet hätte.

Das Gericht hat den Haftbefehl aber nicht aufgehoben: Soffel wurde nur unter der Auflage entlassen, daß er sofort in ein ziviles Krankenhaus geht und die dortigen Ärzte von der Schweigepflicht entbindet!

Wir halten insbesondere die letzte Auflage für eine besondere Sauerei: die Justiz beansprucht für sich, auch den letzten Winkel von Soffels Person beschnüffeln zu dürfen und den letzten Rest von Vertrauen zu einem Arzt zu zerstören. Und das angesichts der Tatsache, daß eben dieses Gericht Soffel schon längst hätte freilassen müssen, aber — wie im Fall von Werner Hoppe — erst bis zu seinem Beinahe-Tod damit wartete.

WIR FORDERN:
UNEINGESCHRÄNKTE FREIHEIT FÜR HERBERT SOFFEL!

IKAH

Petra Rogge und Rainer Köncke freigesprochen

Am 9. Mai wurden die Hamburger Rechtsanwälte Petra Rogge und Rainer Köncke, die wegen ihrer Mitarbeit im Büro von Groenewold der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt waren, freigesprochen.

Der Vorwurf und die Anklage gründeten sich von Anfang an auf den völlig hergeholten Verdacht, die beiden Anwälte müßten allein aufgrund der Bürogemeinschaft mit Groenewold an dem Infosystem beteiligt gewesen sein oder zumindest davon gewußt haben. Nachdem das Hamburger Oberlandesgericht aber das sog. „Info" grundsätzlich nicht für illegal angesehen hatte und deshalb Groenewold „nur" zu zwei Jahren Knast auf Bewährung verurteilte, war eigentlich schon abzusehen gewesen, daß Petra Rogge und Rainer Köncke nicht aufgrund der gegen sie erhobenen Vorwürfe verurteilt werden konnten.

Die Lage im Prozeß entwickelte sich nach einer ausführlichen Zeugenaussage von Kurt Groenewold dann schließlich so, daß selbst die Staatsanwaltschaft die Haltlosigkeit der von ihr selbst erhobenen Anklage zugestehen mußte und ihrerseits Freispruch beantragte.

Insgesamt ist die Auseinandersetzung aber noch nicht ausgestanden: die beiden Anwälte müssen damit rechnen, daß gegen sie ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet wird. Außerdem ist das Urteil des Landgerichts noch nicht rechtskräftig. Die Staatsanwaltschaft kann noch in die Revision gehen.

IKAH

Prozeß um JVA Werl ausgesetzt

In der Mai-Ausgabe 1978 berichtete „das da-AVANTI" unter dem Titel „*Dir Schwein quetsch ich die Eier ab...*" über die menschenverachtenden Zustände im Werler Knast. Die Überschrift zitierte „avanti" als einen Ausspruch eines der Werler Menschenwärter gegenüber einem B1-Insassen.

B1 ist die Horror-Abteilung im Werler Knast. Hier befinden sich Gefangene, die der Knast-Kommandatur nicht genehm sind, die ihren Widerstand nicht aufgeben, Beschwerden schreiben usw. und auch Gefangene, die mit Überdosen von Medikamenten „behandelt" werden, an denen Medikamente, die noch nicht auf dem Markt zugelassen waren, „erprobt" werden. B1 ist das soziale Niemandsland, die vollständige Auslieferung der Gefangenen.

Wegen der oben zitierten Passage aus dem „avanti"-Artikel erstattete ein Werler Menschenwächter, Mühle, Strafanzeige gegen den verantwortlichen Redakteur, Wolfgang Röhl, wegen „übler Nachrede". Er, Mühle, fühlte sich durch diesen Teil des Artikels „persönlich beleidigt". Obwohl er an keiner Stelle des Artikels namentlich genannt war, schrieb er sich selbst diese Aussage zu. Wohl nicht so ganz grundlos, da gegen ihn eine Anzeige eines Gefangenen läuft, der ihm vorwirft, ihm nicht nicht nur damit gedroht zu haben, die „Eier zu quetschen", sondern diese Drohung auch handfest umgesetzt zu haben.

Im Prozeß am 24.4. konnte zuerst einmal nichts geklärt werden. Mühles Aussage strotzte nur so von Widersprüchen, widersprach in wichtigen Punkten der Aussage Rüters, eines zweiten als Zeugen geladenen Menschenwächters. Einzig klar blieb die Aussage des Gefangenen, der auch die Strafanzeige gegen Mühle gestellt hat. Um nicht voll ins Schwimmen zu kommen, setzte Richter Schneider den Prozeß bis auf Weiteres aus. Bis auf Weiteres heißt hier: bis in der Sache des Gefangenen gegen Mühle entschieden ist.

Trotz allem interessant ist die Aussage Rüters. Rüter hat während der Ermittlungen gegen Röhl bereits am 7.11.78 eine schriftliche Stellungnahme zu der beanstandeten Passage im „anvanti" abgegeben. Darin heißt es – nahezu wörtlich – daß weder er noch sonst ein Bediensteter aus der JVA Werl jemals so etwas geäußert habe. Hier wird klar, mit welcher Dreistigkeit sich da Menschwächter in Werl gegenseitig zu decken versuchen. Woher will Rüter denn wissen, was seine werten Kollegen während ihrer Dienstzeit so alles äußern? Er ist ja nicht ständig mit ihnen zusammen. Andererseits wirft diese Aussage auch ein bezeichnendes Licht auf die dreiste Oberflächlichkeit der Ermittlungsbehörden. Erst dem Hamburger Richter Schneider fällt auf, daß Rüter nichts bezeugen kann, was er nicht wissen kann. Die Ermittlungsbehörden übergingen solche „Kleinigkeiten". Hier drängt sich der Verdacht auf, daß die Ermittlungsbehörden die Zustände im Werler Knast offenbar ohne vorurteilslose Überprüfung in Schutz nehmen wollen.

IKAH

Aufklärung über Werl geht weiter

Bis zum 5.5.79 wurde in den Räumen der Arnsberger Staatsanwaltschaft wieder einmal versucht, das Bild des „humanen Strafvollzugs" auch der JVA Werl anzudichten. Erneut sollte eine „Kunst im Knast"-Ausstellung dazu herhalten, öffentlichkeitswirksam die menschenverachtenden Zustände in der JVA zu vertuschen.

Bereits 1977 sollte eine „Kunst im Knast"-Ausstellung diesem Ziel dienen. Damals bereicherten Arnsberger Genossen die Ausstellung mit Flugblättern, in denen sie detailliert die tatsächlichen Zustände im Werler Knast beschrieben, der in Gefangenenkreisen den Namen „Totenmühle" trägt. Unter anderem wegen diesem Begriff kam es dann im April 1978 zu einem Beleidigungsprozeß gegen die Arnsberger Genossen, in dem alle Beweisanträge zu den konkreten Vorwürfen der Flugblätter vom Gericht als unerheblich verworfen wurden (vgl. AK 129, 16.5.78). Trotzdem endete dieser Prozeß in erster Instanz mit einem Freispruch für alle Angeklagten. Die vom Staatsanwalt angestrengte Berufungsverhandlung wurde eingestellt.

Auch die jetzige Ausstellung wurde mit Flugblättern über die JVA Werl bereichert. Die Flugblätter machten klar, daß sich die Situation für die in Werl gefangen gehaltenen Menschen ganz und gar nicht so darstellt, wie es die Ausstellung glauben machen will. Da sich an der Situation für die Gefangenen wesentlich nichts geändert hat, nannten die Genossen den Werler Knast auch wieder „Totenmühle".

Es bleibt also abzuwarten, ob sich die Bediensteten der JVA Werl wieder einmal beleidigt fühlen und den Genossen ein neuer Prozeß gemacht wird.

IKAH

Wie man Terroristen macht

Gerade waren neun Leute freigesprochen, die 1973 bei einer spontanen Vietnam-Demonstration die Bannmeile verletzt haben sollten, da fängt im gleichen Saal im Bonner Landgericht schon der nächste politische Prozeß gegen mehrere Jugendliche aus Troisdorf (Bonner Umgebung) an. 1977 hatten 200 Jugendliche bei einem Straßenfest die Poststraße in Troisdorf abgesperrt. Obwohl die „Besetzer" der Aufforderung der Polizei nachkamen, die Straße zu räumen, gab der Einsatzleiter der Grünen den Befehl zum Knüppeleinsatz. Dabei verletzte die Polizei mehrere Jugendliche und verhaftete fünf von ihnen.

Zwei Jahre später stehen nun wieder einmal nicht die grünen Schläger vor Gericht – obwohl Strafanzeige gegen sie läuft – sondern vier Troisdorfer Jugendliche. Gegen sie läuft ein Verfahren wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Nötigung.

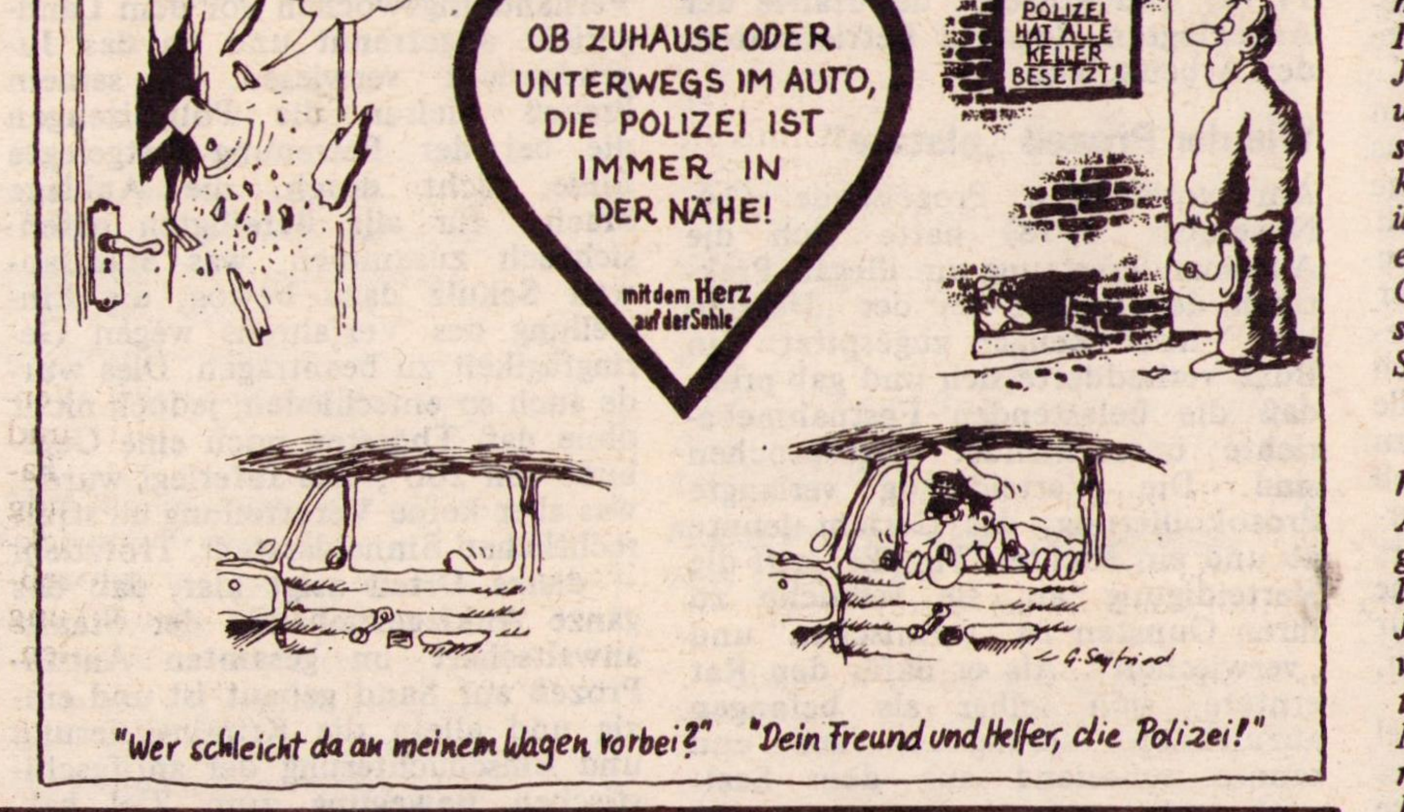
Doch dies ist „nur" der Anfang der Prozesse gegen die Troisdorfer Linke. Nach den Ereignissen in der Poststraße fing eine wahre Hexenjagd gegen die Jugendlichen an: nachweislich wurden Leute von der Polizei verschleppt und zusammengeschlagen. „Höhepunkt" war ein Überfall durch die „ehrenwerte Gesellschaft" von Bundesgrenzschutz, Sondereinsatzkommando und Polizei im November '78 auf eine Wohngemeinschaft.

Auch hier wurde wieder der Spieß umgedreht: es läuft nun gegen eine Frau aus der Wohngemeinschaft ein Verfahren wegen „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung".

In der lokalen Presse wurden die Spontis aus Troisdorf zu Terroristen aufgebaut und so das Klima geschaffen, in dem die Polizei unkritisiert zuschlagen kann.

Erfreulicherweise protestierten auch die Jusos des Rhein-Sieg-Kreises gegen „das gewaltsame Vorgehen der Polizei" und unterstützen die Angeklagten finanziell.

KB/Bonn



Kleiner Erfolg gegen den Hochsicherheitstrakt

Nach 40 Tagen haben am 20.4. Karl-Heinz Dellwo, Harry Stürmer und Heinz Herlitz, die in Celle seit 4 1/2 Monaten im Hochsicherheitstrakt in Totalisolation gefangengehalten werden (s. Artikel zu Hochsicherheitstrakten im AK 152), ihren Hungerstreik abgebrochen. Zuvor hatten die Justizbehörden einige Zugeständnisse gemacht:

- die drei erhalten täglich drei Stunden gemeinsam Umschluß und können dazu alles mitnehmen, was sie in den Zellen haben;
- sie bekommen gemeinsamen „Ausgang" auf dem speziellen käfigartigen Hof;
- ihr Einkauf von bisher 30 DM wird erhöht;
- die Anstalt hat zugesagt, kurzfristig zu klären, wie Fensteröffnen in den Zellen und Hofgang im Normalhof mit Sonnenschein möglich ist, wie Sportmöglichkeiten geschaffen werden und die Gefangenen einen Sprachkurs unter Benutzung eines Kassettenrecorders durchführen können.

Vor diesen Zugeständnissen hatten die Justizbehörden dabei die Haftsitutation nochmals verschlimmert: Seit dem 11.4. bzw. 17.4. wurden von sechs oder sieben Gefängnisbeamten, drei Sanitätern und zwei Ärzten überfallartige Zwangsernährung durchgeführt, bei denen die Gefangenen bis zur totalen Bewegungsunfähigkeit gefesselt wurden. Sie erlebten die Zwangsernährung als „äußerste Tortur" und bekamen daraufhin starke Kreislaufbeschwerden. Anscheinend aufgrund einer Überdosierung des Nährmittels wurde Harry Stürmer hinterher ohnmächtig und schlug mit dem Kopf auf den Betonfußboden. Zusätzlich sollte am 17.4. auch über Nacht eine Dauerbeobachtung der Gefangenen durchgeführt werden – wegen angeblicher „Selbstmordgefahr".

Die jetzigen Zugeständnisse sind dabei nicht mehr als eine kleine Verbesserung der minimalen Überlebensbedingungen, denn nach wie vor bleibt der Hochsicherheitstrakt mit dem Hof-Käfig und damit auch die Isolationshaft – nun als Dreierisolation – erhalten. Zudem bleibt abzuwarten, ob die Anstalt ihre Zusagen einhält: Schon einmal, 1978, war Karl-Heinz Dellwo Normalvollzug versprochen worden, tatsächlich wurde er dann in den Hochsicherheitstrakt verschleppt.

Da die fortgesetzte Isolationshaft sogar auch den Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes widerspricht, haben die Anwälte Plähn, Eisele und Koch am 20.4. Strafanzeige gegen den niedersächsischen Justizminister Schwind wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung gestellt, zumal davon ausgegangen werden kann, daß er die Rechtslage wie auch die Auswirkungen von Isolationshaft bestens kennt und diese lebensgefährdenden Auswirkungen zumindest billigend in Kauf nimmt wenn nicht darauf abzielt (Informationen nach Presseerklärung von RA Plähn und Koch, RAin Eisele vom 20.4.).

Antirepressionskommission KB/Westberlin

„Hier könnte man gut Schweine züchten"

Strafvollzug in Westberlin

Millionen werden für den Bau von barbarischen „Hochsicherheitstrakten" ausgegeben, unter dem Vorwand, man müsse „die Bevölkerung" vor „Terroristen" schützen (s. AK 152). Um aber die katastrophalen und skandalösen Haftbedingungen der sozialen Gefangenen in Westberlin zu beseitigen und den Häftlingen wirklich zu helfen, fehlt es angeblich an finanziellen Mitteln. Weil ehrenamtliche Anstaltsbeiräte sich damit nicht abfinden wollten, wurden sie vom „liberalen" Justizsenator Meyer abgesägt oder gaben ihr Amt aus Protest und Verzweiflung schließlich selbst auf.

„*Hier könnte man gut Schweine züchten*" („Spandauer Volksblatt", 1.12.78), „*Da hat mancher Schäferhund wirklich mehr Platz*" („Tagesspiegel", 1.12.78), „*Im Knast sind die Dealer König*" („stern", 5/79) – so lauten die Schlagzeilen über die Westberliner Strafvollzugsanstalt Tegel. Im Haus II müssen sich 600 Gefangene 400 Haftplätze teilen, 200 der 1,2 mal 3 Meter großen Zellen sind also doppelt belegt. 175 Drogensüchtige sind bekannt, „*es könne aber davon ausgegangen werden, daß die Dunkelziffer erheblich höher sei*" („Sp. Volksbl.", 1.12.78). Im ganzen Knast sind von 1600 Häftlingen 600 Fixer, die aber eher zu- als abnehmen: „*In Berlin Tegel blüht das Geschäft mit dem Heroin wie nirgendwo sonst... Wer die Geschäfte der Dealer-Mafia in Tegel stört, muß um sein Leben fürchten... Zelleneinbrüche sind fast alltäglich... Wer noch nie gefixt hat, lernt es leicht im Knast, notfalls mit Gewalt... In Spitzenzeiten – so schätzen Insider – wird monatlich ein Kilogramm Heroin in Tegel umgesetzt, mit einem Knastwert von 1,5 Millionen Mark.*" („stern", 5/79). Für 600 Fixer gibt es in Tegel nur 35 Therapieplätze, 565 Süchtige werden ihrem Schicksal überlassen.

Rudolf Hozak, ein ehemaliger Häftling aus Tegel, schrieb der Anstaltsleitung in einem Brief, „*daß Beamte an dem florierenden Heroin-Handel innerhalb des Gefängnisses beteiligt seien, zumindest aber konkrete Kenntnisse davon haben und nichts dagegen unternahmen*" („Tageszeitung", 26.4.79). Daraufhin wurde Hozak nach Moabit verlegt und isoliert! Obwohl er die Zurückverlegung nach Tegel verlangte, geschah nichts; **am 21.4. erhängte sich Rudolf Hozak in seiner Zelle**. Ein Tegeler Anstaltsbeirat schrieb daraufhin einen Offenen Brief an Senator Meyer, in dem es u.a. heißt: „*Ich mußte in den vergangenen zwei Jahren während meiner Tätigkeit als Beirat leider die schmerzliche Erfahrung machen, daß die ‚Kooperation' mit Ihnen bzw. der Senatsverwaltung für Justiz mehr Illusion als Realität war und daß die Solidarität zu den Menschen und das Bild von Menschlichkeit in Ihrem Haus nicht mit dem übereinstimmt, für das ich meinte, es sich lohnt zu kämpfen. Als letztes Glied in der Kette totaler Selbstzerstörung in Moabit spreche ich den Selbstmord von Rudolf Hozak an...*

Rudolf Hozak hat sich aufgehängt. Den Tod sah er als einzigen Ausweg, um der Isolation, den eigenen Problemen und der unmenschlichen Maschinerie Moabit und dem Justizapparat zu entrinnen. Der Tod von Rudolf Hozak macht mich traurig. In der Beruhigungszelle von Moabit Haus II liegt bereits der nächste Kandidat: Bruno Schön... Die Anstaltsleitung schweigt, sie funktioniert... Wir haben es Ihnen, Herr Senator, mehrfach geschrieben, ins Gesicht gesagt. Sie schweigen zu dieser Inkompetenz. Mein Mitgefühl, meine Solidarität mit den Selbstmördern, Selbstmordgefährten, Depravierten und stumpfsinnig in den Beruhigungs- bzw. Einzelzellen Vor-sich-hin-starrenden werden Sie nicht brechen. Aber ich muß gestehen, Sie und Ihr Haus flößen mir inzwischen Angst ein. Jetzt, wo die Wahl für Sie gelaufen ist, jetzt kommt der große Kahlschlag – gegen engagierte, kritische Beiräte – , die sich weigern, sich als Alibi für Ihr Haus mißbrauchen zu lassen, die ihre Gegenkontrolle ernstnehmen." (zit. nach „Taz", 26.4.79).

Knast Plötzensee: „Erfolglosigkeit beabsichtigt"

Auch in der Jugendstrafanstalt Plötzensee mußte der Anstaltsbeirat feststellen, daß er nicht in der Lage war, die Anstaltsleitung und Justizverwaltung zum Handeln zu bewegen: „*Alle unsere Wünsche, Vorschläge und Anregungen wurden – gelegentlich mit Bedauern – abgelehnt.*" („Tsp"., 26.4.79).

Die Beiräte haben sich zwei Jahre lang darum bemüht, den Häftlingen eine Insassenvertretung zu ermöglichen, eine überbetriebliche Ausbildung sicherzustellen, die Gleichbehandlung der Gefangenen zu erreichen, eine Verbesserung im Freizeitbereich durchzusetzen – alles war vergeblich. Ihr Protest gegen Doppelbelegungen von Zellen, gegen bauliche Mängel, Mängel der ärztlichen Versorgung oder gegen den Ausfall der sportlichen Veranstaltungen wurde schlicht ignoriert. Vier der fünf Beiratsmitglieder, darunter ein Jugendrichter, gaben ihr Amt auf. Ihr resignierendes Resümee: „*Die Beiräte sind offensichtlich der Justizverwaltung aufgezwungen worden und werden bis heute – mehr oder weniger deutlich – abgelehnt.*" („Tsp."; 26.4.79). Die Erfolglosigkeit sei von der Anstaltsleitung „beabsichtigt" gewesen („Tsp.", ebenda).

Knast Lehrter Straße: „Atmosphäre bereinigt"

Dreien von fünf Anstaltsbeiräten der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße kündigte Justizsenator Meyer mit der Begründung, es bestehe kein Vertrauensverhältnis mehr („Tsp"., 26.4.79). Immer wieder hatte der Beirat auf die katastrophalen Verhältnisse in der Lehrter Straße aufmerksam gemacht. So müssen sich 42 Frauen 27 Zellen (8,5 qm) teilen, von 120 Frauen sind 90 drogenabhängig („Taz", 25.4.79). In einer Abteilung für Drogenabhängige hat „*eine Beamtin bis zu 38 Frauen zu versorgen*". „*Von Betreuung kann mit Sicherheit hier keine Rede mehr sein*", stellt der Beirat in einem Leserbrief („Tsp", 18.2.79) fest und nimmt „*mit Befremden*" zur Kenntnis, „*mit welcher Schnelligkeit 6,3 Millionen DM für den Hochsicherheitsbereich in der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit bereitgestellt werden können, während im Normalbereich um dringend notwendige Sachmittel und Planstellen gekämpft werden muß. Und das seit Jahren.*" Für eine Beschäftigungstherapeutische Werkstatt fehle es sogar an Geld für Verbrauchsmaterial und Scheren.

Justizsenator Meyer hat sich der „aufmüpfigen" Beiratsmitglieder entledigt. Vorwand: die Beiratsvorsitzende habe, ohne zu fragen, von einer Gefangenen 250 DM an eine andere Gefangene für Einkäufe weitergeleitet. Anstaltsleiter Höflich (der heißt wirklich so) sah dadurch das Vertrauensverhältnis gestört. Ein weiteres Beiratsmitglied wurde entlassen, weil er davon gewußt habe! Dem dritten wurde die Amtszeit nicht verlängert. „*Justizsenator Meyer dankt für die Arbeit und schreibt: ‚Zugleich möchte ich nicht verhehlen, daß mir die Basis für eine künftige vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr ausreichend scheint.*" („Taz", 25.4.79). Ein Justiz-Pressesprecher erklärt der „Taz": „*Das ganze System der Strafanstalt darf keinen Schaden erleiden... Es hat ein bißchen viel Unruhe gegeben. Wir müssen einfach sehen, daß die Atmosphäre bereinigt wird.*" („Taz" ebenda). Deutlicher kann man es nicht sagen!

Die große „Reform"

Die Einführung von Anstaltsbeiräten wurde 1977 mit dem Inkraftreten des Stafvollzugsgesetzes als große Reform gepriesen. Nach den Ausführungsvorschriften des Justizsenators vom 6.10.76 sollen die Beiräte als Vertreter der Öffentlichkeit ehrenamtlich bei der „*Betreuung*" der Insassen mitwirken und für eine „*ständige Fühlungsnahme mit der Anstaltsleitung und der Aufsichtsbehörde um die Beseitigung von Mängeln*" sorgen („Tsp.", 26.4.79). Der ernsthafte Einsatz der westberliner Anstaltsbeiräte demaskierte die „Reform" als Farce.

Antirepressionskommission KB/Westberlin

Leserbrief zu § 90 a

Wir sind Teil einer autonomen Gruppe in Hamburg, die im Herbst letzten Jahres eine Kampagne zur Freilassung von Werner Hoppe mitgetragen hat. Aufgrund der lebensbedrohlichen Situation von Werner sahen wir eine Chance, über eine Öffentlichkeitsarbeit zu seiner Freilassung beizutragen. Das half uns aus jenem Ohnmachtsgefühl heraus, das wir nach den Ereignissen in Stammheim gegenüber der Situation der Gefangenen empfunden hatten. Über das konkrete Ziel der Freilassung von Werner hinaus sahen wir unsere Aufgabe darin, in der autonomen Linken die fast gestorbene Diskussion über den bewaffneten Kampf, und über das Problem der Unterstützung der politischen Gefangenen neu zu entfachen, und zwar auf folgender Grundlage: Der Widerstand gegen dieses System kann sehr unterschiedlich aussehen. Jeder Linke wählt die ihm angemessenen und ihm gerecht werdenden Mittel, um für eine neue Gesellschaft einzutreten. Über alle Kritik untereinander hinaus, haben wir die Pflicht, uns gegenseitig zu akzeptieren und zu unterstützen, zu verhindern, daß die Herrschenden uns spalten, wenn wir nicht untergehen wollen. Das gilt sowohl für die Stadtguerilla als auch für alle Gruppierungen und Organisationen der legalen Linken. Einen ersten Höhepunkt erreichte unsere Kampagne mit einer Demonstration am 18.10. letzten Jahres, am Todestag von Stammheim. Ob das zu dem Zeitpunkt günstig war, sei erstmal dahingestellt. Ziel der Demo war es, den Willen zur Auseinandersetzung in der legalen Linken zu stärken. Die Demo sollte benutzt werden, um Informationen über die Ereignisse in Stammheim, durch Flugblätter und Gespräche zu geben. Letzteres wurde uns unmöglich gemacht. Es waren vielleicht 100, vielleicht auch 500 Leute einzeln oder in Gruppen zu dem verabredeten Ort im Karolinenviertel gekommen, jedoch die Polizei zerschlug jeden Ansatz einer Demonstration sofort. Es wurden Cafes und Kaufhäuser und das Klick-Kino gestürmt. Insgesamt wurden an dem Tag etwa 70 Personen willkürlich festgenommen, auch „normale" Bürger aus dem Viertel. Der Aufwand, den die Bullen betrieben, war derart bombastisch, daß wir uns veranlaßt sahen, in den Häusern der Umgebung am nächsten Tag ein Flugblatt zu verteilen, um den Bewohnern zu erklären, wem dieses Bürgerkriegsmanöver eigentlich gegolten hatte, denn von einer Demo war ja vor lauter Bullen nichts zu sehen. Haupttenor des Flugblatts war natürlich das „Wunder von Stammheim", um nachzuholen, was uns auf der Demo nicht gelungen ist. Das hatte insofern einen Erfolg, daß in vielen kleinen Läden am nächsten Morgen der Inhalt des Flugblattes Gesprächsthema Nummer 1 war. Beim Verteilen der Flugblätter wurden wir, drei Frauen, von der Polizei gestellt, unsere Personalien wurden aufgenommen. Vor zwei Wochen kam dann die Anklageschrift ins Haus geflattert: „*Verstoß gegen 90a: ......werden angeklagt zu Hamburg am 19.10.78 gemeinschaftlich handelnd öffentlich durch Verbreitung von Schriften die BRD oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben, indem sie in der Kampstr. 15 in Hamburg 6, Flugblätter in die dort vorhandenen Briefkästen steckten, in dem es u.a. heißt: ,Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordthese, sondern sind der Meinung, daß die drei Gefangenen von Stammheim vom Staatsschutz ermordet worden sind'...*"

Trotz all unserer Erfahrung mit der Strafverfolgung in der BRD hatte uns die Einleitung des Verfahrens doch zunächst etwas verwundert. Beim Verteilen des Flugbalttes waren wir uns keinesfalls bewußt gewesen, eine illegale Handlung zu tun, und sind dementsprechend offen und unvorsichtig aufgetreten. Wir halten es gerade aus diesem Grund für wichtig, den Vorfall der Linken mitzuteilen, damit wir alle die Auswirkungen des §90a wirklich verinnerlichen und uns dementsprechend verhalten.

Solidarität mit allen Angeklagten in § 90a Prozessen!
Solidarität mit allen politischen Gefangenen!

Eine der Angeklagten



Polizeiaufmarsch im Karolinenviertel

Gabor Winter__ Heben wir den Mantel des Schweigens!

Wer ist Gabor Winter?

Gabor ist ein junger westdeutscher Genosse, der sich aktiv für die politischen Gefangenen in der BRD eingesetzt hat. Im September 1976, gerade 18jährig, wird er in München im Zusammenhang mit einem gestohlenen Ausweis festgenommen: Es folgen Hausdurchsuchungen, bei denen Aufzeichnungen Gabors gefunden werden, in denen er seine moralische und politische Solidarität mit den Gefangenen der Stadtguerilla ausdrückt. Er wird der „Gründung einer kriminellen Vereinigung" bezichtigt und inhaftiert. Er wird in Totalisolation gesperrt und kommt, nach einem Hungerstreik, in eine „speziell temperierte" Zelle, in der er mit ständigen Temperaturschwankungen (innerhalb weniger Minuten von 20° auf 60°) gequält wird.

Im Mai 1977 wird er freigelassen, der Haftbefehl gegen ihn wird dann im Februar 1978 „mangels Beweises" aufgehoben, um im Mai 1978 durch einen neuen ersetzt zu werden, der ihm vorwirft,

- den Nürnberger Gefangenenrat mitbegründet zu haben,
- „durch materielle und ideologische Unterstützung die Gefangenen zu revolutionieren, um die Abschaffung der bestehenden sozialen Bedingungen zu erreichen"
- und sich „das Ziel gesetzt zu haben, den Staat nach dem Vorbild der RAF zu bekämpfen...", „die Revolution zu fördern" und „gewaltsam die etablierte Ordnung in der BRD abzuschaffen und das System zu zerstören".

Gabor setzte sich nach Frankreich ab.

Gabor in Frankreich

Im Juni 1978 wird Gabor in der Umgebung von Paris wegen „versuchten Autodiebstahls" festgenommen. Vier Monate später wird er dann zu vier Monaten Gefängnis dafür verurteilt — und am Tage des Prozesses trifft prompt der Auslieferungsantrag der BRD-Regierung ein, so daß Gabor gar nicht erst aus dem Gefängnis freigelassen wird.

Er stellt Antrag auf politisches Asyl.

Wer jedoch glaubt, daß sich jetzt die doch seinerzeit im Falle Croissants recht breite und eindrucksvolle Solidaritätsbewegung von neuem, zur Unterstützung Gabors, mobilisiert, hat sich schwer getäuscht:

Zwar wird von politisch nicht-organisierten Genossen und Genossinnen ein Solidaritätskollektiv gegründet, das verschiedene Aktivitäten gegenüber der französischen Öffentlichkeit in Gang zu setzen versucht, aber ansonsten passiert gar nichts: — Auf zwei vom Kollektiv anberaumten Aktionseinheitsversammlungen, zu der alle „einschlägigen" linken Organisationen eingeladen waren, um gemeinsame Schritte gegen Gabors Auslieferung zu planen, bleibt das Kollektiv unter sich; — die französische Presse schweigt sich aus, einzig „Libération" veröffentlicht einen Artikel, der zur Solidarität aufruft — aber selbst dieser Artikel ist nur dadurch zustandegekommen, daß zehn Mitglieder des Kollektivs der Redaktion von „Libération" einen kleinen Besuch abgestattet haben...

Wie ist dies möglich? Liegt es allein an dem allgemeinen Entsolidarisierungsprozeß, den wir in Frankreich seit geraumer Zeit beobachten müssen, und der ebenso schnell voranschreitet wie ihrerseits die staatliche Repression zunimmt? Einem Entsolidarisierungsprozeß nach dem Motto: „Wir sind ja gegen die Stadtguerilla, und wenn die so blöd sind, dafür zu sein, müssen sie halt auch die Konsequenzen tragen...". Oder: „Wir schlagen ja keine Schaufensterscheiben in St. Lazare ein..." (siehe AK 148: „Vier Jahre Knast für kaputte Schaufensterscheiben!"). — Oder sollte womöglich auch eine Rolle gespielt haben, daß Gabor keine „Persönlichkeit", kein „berühmter Anwalt", sondern ein ganz „gewöhnlicher" Genosse, ein „einfacher" Offset-Drucker ist? (Der „berühmte Anwalt" wäre sicherlich einer der letzten, der mit einer solchen Differenzierung einverstanden wäre.)

Der Antrag auf politisches Asyl wird abgelehnt, Gabor legt Revision ein, die 2. Instanz bestätigt die Ablehnung. Gabor wird noch eine Weile im französischen Knast gelassen, Mitte Februar 1979 ist dann jedoch in kleinen Notizen in der französischen Presse zu lesen, daß er bereits am 9.2.79 in die BRD ausgeliefert worden ist...

Solidarität mit Gabor Winter!

Jetzt soll ihm in der BRD wegen der eingangs genannten Punkte der Prozeß gemacht werden.
Macht es besser – mit der Solidarität!

Gabor ist zur Zeit in der Justizvollzugsanstalt Amberg/Oberpfalz. Sein Anwalt ist Herr Berthmann in Nürnberg. Der Prozeß beginnt am 2. Mai 1979 in Nürnberg.

Eine Genossin aus Frankreich

recht breite und eindrucksvolle Solidaritätsbewegung von neuem, zur Unterstützung Gabors, mobilisiert, hat sich schwer getäuscht:
Zwar wird von politisch nicht-organisierten Genossen und Genossinnen ein Solidaritätskollektiv gegrün-
Gabor ist zur Zeit in der Justizvollzugsanstalt Amberg/Oberpfalz. Sein Anwalt ist Herr Berthmann in Nürnberg. Der Prozeß beginnt am 2. Mai 1979 in Nürnberg.
Eine Genossin aus Frankreich

Rote Hilfe [Westberlin]: Schikanöses Urteil aufgehoben

Kurz und günstig verlief ein Beru- „Es ist beleidigend für diesen Staat, gar noch die festgesetzte Frist. So
Rote Hilfe [Westberlin]: Schikanöses Urteil aufgehoben

Kurz und günstig verlief ein Berufungsprozeß gegen mehrere Mitglieder der „Roten Hilfe e.V." in Westberlin, von denen Dieter Kunzelmann in einem skandalösen Urteil in erster Instanz im Herbst 77 zu 6 Monaten Knast ohne Bewährung und die anderen zu Geldstrafen zwischen 300 und und 1200 DM verknackt worden waren. Grund: Verunglimpfung der BRD (§90a) und Beleidigung, insbesondere der Polizei (§185 StGB). Inkriminiert wurden Passagen aus Flugblättern und einer Broschüre (hier liegt eine gewisse Parallele zum Russell-Buch-5-Prozeß), die die Polizeipraktiken und die entsprechenden Gesetze als Willkür und Terror kennzeichnen und auch mit faschistischen Vorbildern in einen Zusammenhang bringen (z.B. „Weg mit dem faschistischen Polizeigesetz"). In Beweisanträgen aufgeführte Tatsachen, die diese Einschätzung belegen sollten, wurden vom Gericht im allgemeinen als wahr unterstellt, wobei es dann unbeirrt davon einfach behauptete: „*Es ist beleidigend für diesen Staat, mit faschistischen Regimen gleichgesetzt zu werden.*" Die Urteilsbegründung gipfelte in dem Satz: „*Die Angeklagten .. sind weit entfernt von jeder kritischen Symphatie, die die angebrachte Haltung gegenüber diesem freiesten deutschen Staate wäre, der jemals auf deutschem Staatsgebiet existierte.*" Nicht nur Versatzstücke aus Sonntagsreden des westdeutschen Bundespräsidenten finden hier Eingang in die Rechtssprechung, sondern es wird im Prinzip der Radikalenerlaß auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet.

Allein, der vorsitzenden Richterin mit der „angebrachten Haltung gegenüber diesem freiesten deutschen Staat" mangelte es an der angebrachten Haltung gegenüber einfacher juristischen Formalia: Sie gab das schriftliche Urteil gleich in drei verschiedenen voneinander abweichenden Versionen heraus, wobei selbst der Staatsanwalt nur die erste erhalten hatte, und versäumte vermutlich dabei sogar noch die festgesetzte Frist. So konnte die Richterin im Berufungsverfahren (obwohl den Angeklagten nicht wohlgesonnen: z.B. lehnte sie es ab, den Prozeß aus dem Hochsicherheitsbereich des Gerichts herauszulegen) nicht umhin, das Urteil aufzuheben und den gesamten Prozeß in die erste Instanz zurückzuverweisen.

Sicherlich kein Sieg für die Meinungsfreiheit, aber eine günstigere Ausgangsposition für die Mitgleider der RH e.V.

PS: Die Berufungsrichterin verwies in ihrer mündlichen Begründung für die Rückverweisung des Prozesses u.a. darauf, daß in der ersten Instanz ja eine personelle Änderung eingetreten sei, was nunmehr einen geordneten Prozeß erwarten lasse. Aus informierten Kreisen wird dazu berichtet, die vorher zuständige Richterin sei mittlerweile befördert worden ...

Antirepressionskommission
KB/Westberlin

5. Treffen linker Jura-Gruppen

Am kommenden Wochenende, vom 18. bis 20.5.79, findet in Hannover das 5. Internationale Treffen linker Jura-Gruppen statt. Themenschwerpunkte werden diesmal u.a. sein: Berufsperspektive, Polizeirecht, Studienreform und Knastarbeit. Wer näheres erfahren möchte, erhält Auskunft über

„Paragraphenkotzer"

Fachbereich Rechtswiss.
Universität Hannover
Hanomagstr. 8
3000 Hannover 91

Eine „bedauerliche Fehlleistung" und anderes aus dem Knast „Krümmede"

In den Ostertagen starben im Knast „Krümmede" in Bochum zwei junge Untersuchungsgefangene. Einen Tag, nachdem ein 22jähriger Drogenabhängiger eingeliefert worden war, wurde er tot in seiner Zelle aufgefunden. Offizielle Todesursache: Tablettenvergiftung oder raffiniert angesetzter „Schuß".

Auch zu Ostern erhängte sich ein 14jähriger Junge, nach sechs Tagen Einzelhaft und totaler Isolierung. Der Jugendrichter hatte den Jungen in die JVA Bochum einweisen lassen, was eigentlich verboten ist. Die Beamten in Krümmede behandelten den Jungen aber als Erwachsenen, d.h. Einzelhaft: keine Besuche, keine Gemeinschaftsveranstaltungen etc. Sechs Tage später war der Junge tot: Kommentar der verantwortlichen Justizbehörde in Dortmund: „*Mit dem Ausdruck des Bedauerns als Fehlleistung eingestanden*"!!

Zwei Wochen vor Ostern wurde der politische Gefangene Gerd Albartus nach Krümmede verlegt. Er kam aus dem „Normalvollzug" in Düsseldorf und ging in Krümmede in die Isolation. D.h. im einzelnen: Hofgang morgens um acht Uhr, danach bis zum nächsten Morgen allein in der Zelle. Das Radio wird zu bestimmten Zeiten ausgestellt, 24 Stunden Licht in der Zelle, stündliche Kontrollen. Besuch bei Anwesenheit des LKA, Trennscheibe, vorherigen Durchsuchungen. Gerd Albartus ist deswegen in den Hungerstreik getreten und fordert Normalvollzug oder Verlegung in eine andere Anstalt. Schreibt Postkarten an den zuständigen Richter, um seine Forderung zu unterstützen: Vors. Richter am OLG, Dr. Wagner, Cecilienallee, 4 Düsseldorf

Nach dem Bericht eines Bochumer Genossen

3. Strafverteidigertagung in Westberlin

Vom 27. bis 29. April 1979 fand in Westberlin der Dritte Strafverteidigertag statt.

Teilgenommen haben ca. 250 Verteidiger aus der gesamten BRD und Westberlin. Die Ergebnisse der Tagung bestanden in der Formulierung kritischer Positionen zu den Entwicklungen im Straf- und Strafprozeßrecht, die eine weitere Einschränkung der Rechte des Angeklagten bedeuten. Referenten auf dem Strafverteidigertag waren u.a. der ehemalige Hamburger Justizsenator Ulrich Klug, der Bonner Professor Grünwald, der angesehene Strafverfahrensrechtler Peters und der Hamburger Rechtsanwalt Uwe Maeffert.

Die Eröffnungsrede hielt der Westberliner Justizsenator Meyer.

Dieser Teilnehmerkreis verschaffte dem Strafverteidigertag in den Augen seiner Gegner von vornherein eine Seriösität, die insbesondere den rechten Konkurrenzverband „Berliner Verteidiger" zu einer wüsten Beschimpfung veranlaßte, die in der Forderung gipfelte, das Parlament solle sich mit dem „Eklat" befassen, daß der Justizsenator auf einer derart linken Veranstaltung spreche.

Die Arbeitsgruppe „Strafrecht und Meinungsfreiheit" verabschiedete eine Schlußresolution, in der sie die Abschaffung der Zensurparagraphen 88a und 90a forderte, auch in den anderen Arbeitsgruppen wurden Forderungen nach Aufhebung grundrechtseinschränkender Gesetze formuliert.

Der interessanteste Beitrag stand unter dem Thema „Polizei und Justiz": Rechtsanwalt Maeffert berichtete über die in Hamburg enttarnte Planstelle eines „Zeugenbetreuers" der Polizei. Dieser Beamte hat die Aufgabe, Polizeizeugen auf ihre Aussage so vorzubereiten, daß sie keinen schlechten Eindruck machen. Der Leiter der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei, Dr. Buss, gab in einer Zeugenvernehmung über die Aufgaben des „Zeugenbetreuers" Stöhlmacher jedenfalls solche schlechten Eindrücke als Anlaß für seine Einrichtung an. Der G r u n d für die Zeugenbetreuung dürfte jedoch tiefer liegen: diverse Polizeistrategen haben in den letzten Jahren öffentlich über eine Neubestimmung der Rolle der Polizei nachgedacht und neue Konzeptionen über den Aufgabenbereich der Polizei entwickelt.

Die markanteste Kennzeichnung des neuen Polizeiverständnisses kommt von BKA-Chef Herold selber, der einmal gesagt hat, die Polizei müsse „gesellschaftssanitäre Aufgaben" wahrnehmen. (Eine ausführlichere Zusammenfassung des Referats von RA Maeffert werden wir im nächsten AK bringen).

Am letzten Tag war schließlich noch eine Podiumsdiskussion über das Thema „Wieviel Macht hat die 3. Gewalt?" angesetzt. Neben einigen Rechtsanwälten und einem „FR"-Journalisten nahmen als Diskutanten ein Bundesanwalt und der Hamburger Staatsschutzrichter Plambeck teil, der Kurt Groenewold zu zwei Jahren Knast und Christine Kuby zu lebenslänglich verurteilt hat. Der Auftritt des Herrn Plambeck bestand darin, daß er seine Betroffenheit über die „Auswüchse" der „Zeugenbetreuung" ausdrückte und sich über die Schwere der Verantwortung ausließ, die das Richteramt mit sich bringe. Er hielt es auch für denkbar, daß ein Strafprozeß bei „Mißbrauch" der „Zeugenbetreuung" eingestellt wird, weil kein faires Verfahren mehr gewährleistet sein kann. Ob er selbst das tun würde, mag man aber wohl zu Recht bezweifeln.

IKAH



„Gewaltenteilung“ muß „Amtshilfe“ weichen

Zu der sogenannten FDGO, für die jeder bekanntlich jederzeit aktiv eintreten muß, wird von höchsten Gerichten und zuständigen Behörden als einer der Mindestbestandteile die „Gewaltenteilung“ gerechnet, also die Trennung nach gesetzgebender (Parlament), rechtsprechender (Gerichte) und ausführender (Regierung) Gewalt. Daß diese Trennung hierzulande nicht sonderlich ernst genommen wird, dazu gibt es unzählige Beispiele. Das Landesarbeitsgericht Niedersachens kippte diese Säule des ‚Rechtsstaates‘ kurzerhand, indem es die Verpflichtung zur Rechts- und Amtshilfe unter allen Behörden des Bundes und der Länder, die sich angeblich (nach einem Schreiben desselben Gerichtes) aus Art. 35 GG ergeben soll, höher wertete als das „Rechtsstaatsprinzip“ der Gewaltenteilung.

Was war geschehen?

Bei der Beschäftigung mit einer Prozeßakte entdeckte der Göttinger Rechtsanwalt Christoph Lehmann einen Briefwechsel zwischen dem Landesarbeitsgericht Niedersachsen und dem „Herrn Niedersächsischen Minister des Innern — Amt für Verfassungsschutz“. Außerdem war dieser Akte zu entnehmen, daß eine Gerichtsangestellte die gesamte Akte dem Verfassungsschutz zur Einsichtnahme übersandt hatte.

Die Vermutung lag nah, daß dieselbe das nicht aus eigenem Ermessen gemacht hatte. In diesem Sinne richtete Lehmann eine schriftliche Anfrage an den Präsidenten des Landesarbeitsgerichtes, Karl Borrmann. Die Antwort war zumindest für ‚Gläubige‘ des ‚Rechtsstaats‘ erstaunlich: „*Die Übersendung der Prozeßakten in Sachen Gierke ./. Land Niedersachsen richtete sich nach Artikel 35 GG. Danach leisten sich alle Behörden des Bundes und der Länder gegenseitig Rechts- und Amtshilfe. Die Übersendung der vom Innenminister des Landes Niedersachsen angeforderten Prozeßakten Gierke ./. Land Niedersachsen hat der Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes, Herr Schreyer, mündlich verfügt. Dieser Vorgang ist nicht ungewöhnlich, und ich vermag nichts in Ihrem Sinne zu veranlassen.*“

Das ist wahrlich offen; warum sollte das dann in den anderen Bundesländern anders sein? Man kann aufsummieren: Polizei, Bundesgrenzschutz, öffentliche Einrichtungen wie Bücherhallen u.ä., Kirchen, Schulen, sämtliche Bundes- und Landesbehörden, Privatpersonen und eben auch Gerichte und und ..., sie alle leisten per angeblicher grundgesetzlicher Verpflichtung den Geheimdiensten dieser Republik „Amtshilfe“. Ebenso läuft diese Amtshilfe auch umgekehrt, was vor allem nach angeblicher Abschaffung der „Regelüberprüfung“ wichtig ist.

Gierke hatte sich vor längerer Zeit an der Universität Hannover um eine Stelle als Mitarbeiter an dem Forschungsprojekt „Wasserforschung im Küstenbereich“ beworben. Zunächst war er aufgrund seiner fachlichen Qualifikation aus einer großen Anzahl von Bewerbern ausgewählt worden. Die Überprüfung aber durch den Verfassungsschutz zog sich so lange hin, daß schließlich die deutsche Forschungsgemeinschaft die Finanzierung dieses Projektes einstellte, weil die Stelle so lange unbesetzt blieb. Das Land Niedersachsen wurde deshalb später vom Arbeitsgericht Hannover zu Schadenersatzzahlungen an Gierke verurteilt.

Als das Verfahren jetzt beim Landesarbeitsgericht anhängig wurde, gab es eine breite Unterstützung für Gierke. Viele Hannoveraner, vor allem aus der Uni, wandten sich mit Protestbriefen an das zuständige Landesarbeitsgericht, darunter auch der Kreisverband der GEW. Nebst der gesamten Prozeßakte hatte sich das Gericht die ‚Freiheit‘ genommen, sämtliche Protestbriefe an den Verfassungsschutz zu schicken, der damit seine Kartei um einen erheblichen, jederzeit im Zuge der gegenseitigen Amtshilfe zu verwendenden Batzen von Namen solcher Menschen erweitert haben dürfte, die demnächst dann vielleicht Berufsverbot erhalten.

Diese Behörde bedankte sich und leistete nebenbei gleich noch umgekehrte Amtshilfe: Sie versorgte das Gericht mit einigem von dem Material, was sie in Fleißarbeit bereits über den Bürger Gierke gesammelt hatte, um so dem ‚unabhängigen‘ Gericht zur ‚richtigen‘ Meinung zu verhelfen.

Der Antrag auf Befangenheit gegen den Richter Borrmann wird wohl die ‚biologische‘ Lösung erfahren: Richter Borrmann wird Ende dieses Monats pensioniert.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldu

München. Anstatt ein Urteil zu verkünden, stellte der Augsburger Arbeitsrichter Peter Pach einen Antrag auf Selbstablehnung, weil er sich durch die „Beschimpfungen“ des für die Einstellung von Lehramtsbewerbern zuständigen Regierungspräsidiums in seiner Unabhängigkeit bedroht sah. Dem Richter wurde anläßlich einer Klage der Lehramtsbewerberin Christine Lichtwarck-Aschoff auf einen einjährigen Einstellungsvertrag vom Regierungspräsidium vorgeworfen, daß er sich gegenüber der Behörde unzutreffender Unterstellungen bediene, überflüssige Belehrungen erteile und wichtige Entscheidungsgründe außer Acht lasse.

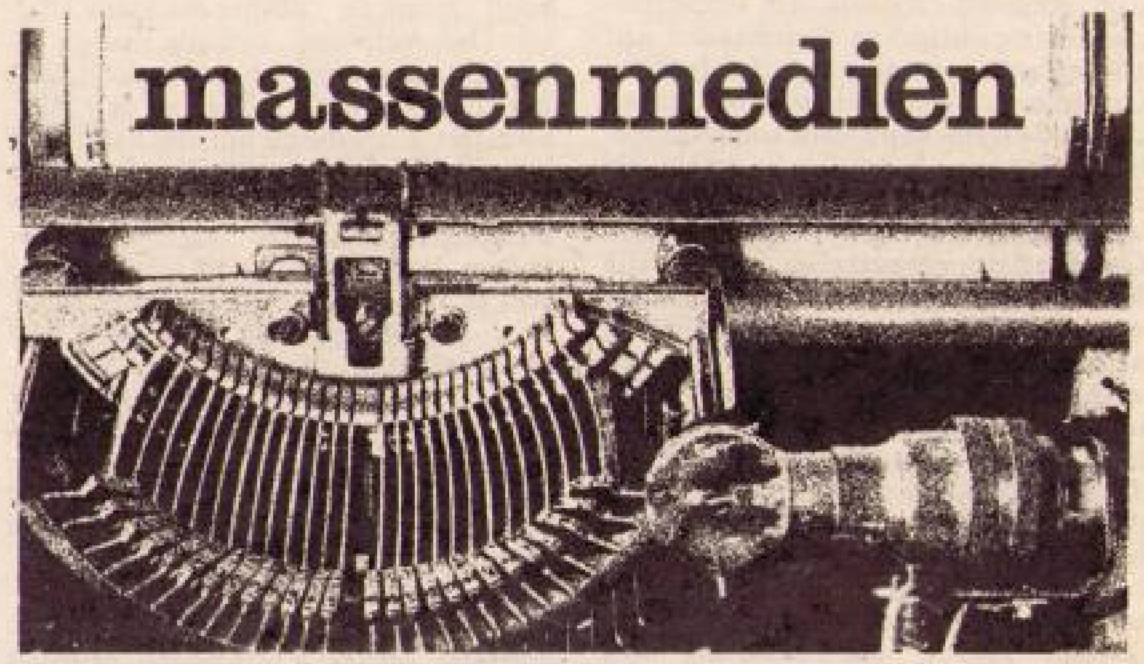
Daß die hier erwähnte Regierungsbehörde auch bisher schon ganz im Sinne der bayerischen CSU gegen linke Lehrer holzte, zeigt die Vorgeschichte dieses Falles: Christine Lichtwarck-Aschoff wurde nämlich bisher nicht in den Schuldienst eingestellt, obwohl schon zwei Verwaltungsgerichtsinstanzen die Einstellungsklage der Bewerberin positiv entschieden hatten.

***

Schleswig. Die seit 1975 unter Berufsverbot stehende Lehrerin Angelika V. muß laut Beschluß des Verwaltungsgerichts Schleswig in den Schuldienst übernommen werden. Ihr war seinerzeit Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen worden. Der Verfassungsschutz legte als „Beweis“ ein Mitgliedsbuch vor, das allerdings sowohl von Angelika V. als auch einem Vertreter der DKP als Fälschung bezeichnet wurde. Das Gericht wollte über diese Fälschung jedoch nicht entscheiden. Es zog sich aus der Affäre, indem auch bei angenommener Mitgliedschaft die Einstellung zu erfolgen habe.

***

Hannover. Mit einer Demonstration protestierten Angehörige der Braunschweiger Hochschule für Bildende Künste und der GEW Hannover gegen das drohende Berufsverbot für die Münchner Kunstwissenschaftlerin Dr. Gabriele Sp. Sie hatte sich für einen befristeten Lehrauftrag an der Braunschweiger Hochschule beworben und war zu einer „Anhörung“ vor die niedersächsische Berufsverbote-Kommission der Landesregierung geladen worden. Der Lehrstuhl ist schon seit Jahren unbesetzt, da auch der vorherige Bewerber, Dr. Richard H., mit Berufsverbot belegt ist. Beiden wird Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen, Gabriele Sp. darüber hinaus die Unterstützung der DFU, Veröffentlichungen in der „UZ“ (Zeitung der DKP) und Unterstützung der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“.



Henryk M. Broder wegen Beleidigung von Richter Somoskeoy zu 3.000 DM Strafe verurteilt

Der Jornalist H.M.Broder wurde am 9. Mai in Köln vom Schöffengericht unter Vorsitz von Richter Krömer wegen Beleidigung und übler Nachrede zu einer Geldstrafe von DM 3.000 verurteilt.

Broder hatte am 21.12.77 im WDR einen vierminütigen Beitrag in der Sendung »Kritisches Tagebuch« verlesen. Darin berichtete er über einen Prozeß gegen einen Presseverantwortlichen der »Roten Hilfe«, der eine Broschüre über den Kölner Richter Victor Henry de Somoskeoy herausgegeben hatte, die zum größten Teil aus Presseberichten und Auszügen aus Somoskeoys Urteilen bestand. Somoskeoy hatte sich durch diese Broschüre beleidigt gefühlt und Anzeige erstattet. Der Presseverantwortliche, Hartmut Schmidt, war zu einer Geldstrafe von DM 600 verurteilt worden.

Broder hatte nun über diesen Prozeß berichtet und als Hintergrund einige der in der Broschüre aufgeführten Pressezitate seinerseits zitiert. Das aber wollte dem Richter Somoskeoy
aber wollte dem Richter Somoskeoy
gar nicht gefallen, und er stellte Strafanzeige gegen Henryk M. Broder, da dieser sich die zitierten Werturteile »zu eigen gemacht« habe und also Richter Somoskeoy beleidigt habe.

In der Anklageschrift führte der Staatsanwalt dann auf 15 Seiten aus, was Broder alles über Somoskeoy habe berichten müssen, um zu einer objektiven Schilderung zu kommen. Broder seinerseits hielt dem entgegen, er könne nicht in vier Minuten einen vollständigen Prozeßbericht machen. Auch die Vorhaltungen des Staatsanwalts, er müsse eben einen Rechtsanwalt konsultieren, bevor er einen Richter kritisiere, führten zu großer Heiterkeit auf der Pressebank.

Das Gericht schloß sich schließlich in seiner mündlichen Urteilsbegründung den Behauptungen des Staatsanwaltes an und erklärte, Broder habe sich die zitierten Werturteile zu eigen gemacht und »vier Minuten Dreck verspritzt«. Außerdem wird das Urteil im WDR oder der Kölner Tagespresse veröffentlicht.

Damit hat Richter Somoskeoy sein 28. Beleidigungsverfahren siegreich beendet; es bleibt abzuwarten, ob die Berichte über diesen Prozeß nun selber Gegenstand neuer Verfahren
selber Gegenstand neuer Verfahren
werden, wie Henryk M. Broder das befürchtete.

KB/Gruppe Köln

Hamburger Senat vor der Nagelprobe

Zur Zeit steht in Hamburg die Entscheidung über die Einstellung oder Verbeamtung von zahlreichen Lehrern an, die der Behörde als politisch bedenklich erscheinen. Hierzu liegt dem Schulsenator Grolle eine Liste mit 73 Namen vor. Nach den Angaben der „Welt“ handelt es sich um 35 Bewerber und 30 „bereits vorhandene Bedienstete“.

In der „Hamburger Lehrerzeitung“ („HLZ“) der GEW wurde schon im Herbst vergangenen Jahres auf elf Fälle hingewiesen, deren Verfahren zur Zeit noch in der Schwebe sind. D.h. eine Anhörung ist bereits gelaufen oder die Probezeit ist verlängert worden. So z.B. bei dem Schriftführer der „HLZ“, Udo Hergenröder, dem Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen wird. Während die Behörde in vielen der bekannten Fälle eine Entscheidung bisher aufschob, wurden jedoch mindestens drei neue Berufsverbote unter dem neuen Schulsenator Grolle verhängt. So gegen Sabine D. und ihren Mann Jürgen D. Beiden wird Unterstützung des KBW vorgeworfen. Ein weiterer Fall, bei dem die Behörde nicht bereit ist, ihre Berufsverbotsentscheidung zurückzunehmen, ist Karl-Heinz K. Karl-Heinz K. ist presserechtlich Verantwortlicher für die „Referendar- und Lehrerzeitung“. Ihm wird Verunglimpfung von Behördenvertretern, Aufforderung zum Beamtenstreik und zur Gewalt vorgeworfen. Auf einen Vergleich, den das Arbeitsgericht vorschlug, Karl-Heinz K. genauso wie andere Bewerber zu behandeln, und damit auf die Warteliste zur Einstellung zu setzen, ließ sich die Behörde nicht ein. Sie bestand auf der grundsätzlichen Ablehnung des Bewerbers.

Nach der Ankündigung einer Liberalisierung der Berufsverbote durch Klose war die erste Nagelprobe die Entscheidung über die beiden DKP-Lehrer Gohl und Dreckmann. Mit der Entscheidung, in diesen Fällen kein Disziplinarverfahren einzuleiten, wurde am gleichen Tag die sofortige Suspendierung von Jürgen D. bekanntgegeben. Schulsenator Grolle betonte gleichzeitig, daß die Weiterbeschäftigung von Gohl und Dreckmann keine präjudizierende Bedeutung für andere DKPler habe.

Dies müssen wir bedenken, wenn die „Welt“ jetzt davon spricht, daß Grolle in der Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes in der Bürgerschaft erklärt habe, „*daß nahezu alle nicht gerichtsanhängigen Fälle, in denen der Schulsenator dementsprechend allein zuständig ist, zugunsten der betroffenen Pädagogen durch deren Einstellung in den Schuldienst oder Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit erledigt werden*“ („Welt“ v. 7.5.79).

Gerichtsanhängige Fälle, die noch nicht mit einem erstinstanzlichen Urteil versehen sind, sollen angeblich ebenfalls zugunsten einer Einstellung beendet werden. Weiterprozessieren will die Behörde in den Fällen, in denen Urteile in einer höheren Instanz überprüft werden sollen.

Selbst bei diesen Einschränkungen s c h e i n t es im ersten Moment so, als gäbe es eine Umorientierung im Hamburger Senat. Genauer besehen ergeben sich hieran jedoch erhebliche Zweifel. Entgegen dem erzeugten Eindruck handelt es sich bei der Liste nicht um 73 anhängende Berufsverboteverfahren. Wie schon oben erwähnt, „schweben“ gegenwärtig etwa elf „Fälle“. Die übrigen Fälle sind also entweder Neubewerbungen oder stehen zur Entscheidung an, ob schon im Schuldienst angestellte Lehrer zu Beamten auf Lebenszeit ernannt werden. Bei diesen ca. 60 „Fällen“ hat also offensichtlich der Verfassungsschutz „Zweifel“ angemeldet. Aber selbst bei der bisherigen Praxis wurde hiervon die große Mehrheit eingestellt, während ein kleinerer Teil in Gesinnungsverhöre gezwungen wurde. Tatsächlich geht es also um eine erheblich geringere Zahl von „wirklichen Berufsverbotefällen“.

Entscheidender aber ist noch, daß ein Schnitt zur Spaltung der Bewegung gegen die Berufsverbote geplant ist. Während „Fälle“ wegen „Mitgliedschaft“ zurückgestellt werden, werden die Verfahren gegen Lehrer, denen „Agitation in der Schule“ (Sabine und Jürgen D.) oder „Aufruf zur Gewalt“ (Karl-Heinz K., es handelte sich u.a. um einen Aufruf zur Brokdorf-Demonstration) in aller Härte durchgezogen. So wird es wahrscheinlich für einige Betroffene (bei den schwebenden Verfahren) und einigen möglich Betroffenen positive Entscheidungen geben, ohne daß das grundsätzliche Problem, Berufsverbote für Beamte mit linker Gesinnung, auch nur angekratzt wäre.

Ein Erfolg der demokratischen Bewegung ist es, daß der Hamburger Senat sich überhaupt zu diesem Eiertanz gezwungen sieht. Jetzt muß alles getan werden, daß die Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Berufsverbote nicht zieht.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

„Die Nachrichtenaskese“

Nachdem Bölling (Bundespresseamt) mit der Konstruktion seines „Kontaktgremiums“, das in „Krisenfällen“ eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Medien, der Bundesregierung und den Fahndungsbehörden“ herstellen sollte, sich bei allen Beteiligten nicht durchsetzen konnte, war die öffentliche Diskussion auch schnell beendet. Nicht beendet aber sind die Bemühungen des Staatsapparats, den Gleichschaltungsprozeß der Medien voranzutreiben.

Dabei scheint die Saat aufzugehen, die mit der „geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus“ und der damit immer wieder verbundenen Forderung nach „Übereinstimmung“ zwischen „Regierung, Staat und Medien“ durch Bölling gesät wurde: Bei Ablehnung eines Gremiums, das die Komplizenschaft zwischen Staatsapparat und Medien allzu deutlich werden ließe, wird prinzipiell aber die geforderte ideologische Unterordnung der Journalisten unter die „Sicherheitsinteressen“ und des „Kampfes gegen den Terrorismus“ und die „Zusammenarbeit“ mit der Regierung akzeptiert, allerdings mit der Einschränkung, daß dies a) in „Eigenverantwortlichkeit“ geschehe, b) daß dies auch nur in „solchen Fällen“ wie der Schleyer-Entführung geschehen soll.

Was die Gleichschaltungsbestrebungen angeht, kann die Bundesregierung an dieser Stelle sicherlich einen punktuellen Erfolg für sich verbuchen. Dieser ist aber noch allzu sehr durch die Journalisten selbst an solche doch außerordentlichen Situationen, wie die Schleyer-Entführung, gebunden. Jetzt hat ein Mitglied des deutschen Presserats erste „zarte“ Versuche der „Erweiterung“ unternommen: In der Morgensendung des NDR „Kurier am Morgen“ vom 20.4.79 wurde er von dem Studio-Redakteur aus Anlaß der skandalösen Verurteilung des „stern“-Redakteurs Tränkner wegen angeblicher Bestechung von Stammheimer Justizbeamten zum Zustand des westdeutschen Journalismus befragt. Dieser Herr Masenburger stellte des „stern“-Redakteur dadurch in die Gesellschaft der mit kriminellen Methoden arbeitenden BILD-Leute, die eben nur mit „noch viel unlautereren Methoden“ arbeiten würden, indem er beide etwa im gleichen Atemzug abhandelte. Herr Masenburger bot als Beweis für die „Integrität“ (=Makellosigkeit) der Journalisten die „ohne jegliche staatliche Anordnung ausgeübte Nachrichtenaskese“ während der Schleyer-Affaire an.

Es ist geradezu pervers, daß gerade die damals von allen Beteiligten gewollte Gleichschaltung und die damit praktizierte Außerkraftsetzung der Presse- und Informationsfreiheit die „Unbeflecktheit“ – oder die „Integrität“ der Journalisten beweisen soll. – So weit ist selbst Bölling nicht gegangen!

Medienkommission

Militarismus Antimilitarismus

„Ja sie dachten sich das schön ..."

Militaristen-Show von 4.000 Demonstranten vermasselt

Militaristen-Show in Dortmund! Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundeswehr wurden 1200 Rekruten öffentlich auf dem Marktplatz in Dortmund ,,vereidigt". Anwesend waren neben dem Oberbürgermeister und der gesamten bürgerlichen Stadtprominenz Vertreter der Militaristen der NATO - und als Starredner Adolf Schmidt, der Vorsitzende der IG Bergbau. Aber aus der öffentlichen Propaganda f ü r den Militarismus, aus der ,,Aussöhnung" des Militärs mit der Bevölkerung wurde dann doch eine a n t i - militaristische Kundgebung. 4000 Demonstranten, zumeist Jugendliche im Alter der Rekruten nutzten diese öffentliche Veranstaltung, um gegen den Militarismus, Krieg und Aufrüstung zu protestieren. Und dabei dachten sich die Militaristen es so schön.....

,,Feierlich wurde es im Schatten des Rathauses, als Fackelträger zum ,Großen Zapfenstreich' aufmarschierten." Das Heeresmusikkorps spielte den ,Westfalenmarsch' und den ,Hohenfriedberger'. *,,Nach dem gemeinsamen Gelöbnis flammten Fackeln auf, begann der Große Zapfenstreich mit dem Kommando: ,Helm ab zum Gebet'!"* Das klingt wie ein Bericht aus vergangenen Zeiten, aber weit gefehlt! Beschrieben wird ein Vorgang, der sich am Abend des 3. Mai mitten in der Dortmunder Innenstadt abspielte:

Zum ersten Mal in der Geschichte des Ruhrgebietes (und zum 2. Mal in der Geschichte der BRD) wurden 1.200 Rekruten außerhalb der Kasernengelände vereidigt. Beteiligt waren auch bewaffnete Einheiten aus Belgien, England und den USA — dem angelockten Militaristensumpf wurde warm ums Herz.

,,Der Kaiser wollte seine Offiziere vor dem liberalen Bürgergeist im Revier bewahren, die Soldaten vor dem aufrührerischen Stolz der Arbeiter." So sprach Dortmunds SPD-Oberbürgermeister Samtlebe. Und — so muß man ergänzen — es bedarf erst der Existenz von SPD-Bonzen Samtlebescher Couleur, daß der Militarismus es wagen kann, derartige öffentliche Propaganda-Shows abzuziehen.

Schon im Februar hatte Samtlebe *,,im Namen der übergroßen Mehrheit der Dortmunder Bevölkerung"* (,,WR", 21.2.) 60 Offiziere der 7. Panzergrenadierdivision im Sitzungssaal des Dortmunder Rathauses begrüßt, wo sie *,,zum ersten Mal in der Geschichte der Bundeswehr mit*

zungssaal des Dortmunder Rathauses begrüßt, wo sie *,,zum ersten Mal in der Geschichte der Bundeswehr mit*
der großen Kommandeursbesprechung an die Öffentlichkeit [gingen]."

Und die Schande des DGB

Ein weiterer SPDler hat sich in diesem Zusammenhang ,Verdienste' erworben — der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt. Als Hauptredner am 3. Mai bezog er Armee/Bundeswehr ein in die ,Volksgemeinschaft': *,,Ich bin gern hier und ich spreche gern zu Ihnen. Ich tue dies aus der Überzeugung, daß die Streitkräfte und die Gewerkschaften, jede auf ihrem Gebiet, eine unverzichtbare Funktion für unseren demokratischen Staat zu erfüllen haben. ...*

Bis zum Ende des 1. Weltkriegs verstanden sich die beiden Gruppen als Gegner. Zu der Zeit der Weimarer Republik sind in übertriebener Polarität durch das Zutun beider Seiten, gestützt auf vermeintliches Klassen- oder Standesbewußtsein, Gegnerschaften entstanden, die erhebliche Kräfte verzehrten, die für die Wohlfahrt der Menschen im Lande dringend gebraucht worden wären".

Wenn, ja wenn ,, ... *sich Armee und Gewerkschaften so respektvoll tolerant wie heute gegenübergestanden hätten"* (Rede von Schmidt, nach ,,FR", 4.5.)

Und auch diese Rede ist kein Ausrutscher: Im März besuchten 30 IG BE-Funktionäre, allesamt Betriebsräte aus Revier-Städten, die 7. Panzergrenadierdivision. Sie *,,hatten jetzt die Gelegenheit, sich als Richt- oder Ladeschütze auf einem Leopard-Bundeswehrpanzer zu erproben"* (,,RN", 7.3.).

Militarismus für die Jugend — nicht nur für die Rekruten

,, ... die Bundeswehr und ihren Auftrag den Bürgern der Stadt und insbesondere den jüngeren unter ihnen näher zu bringen", das war Samtlebes Auftrag. Um ihn zu erfüllen, ging er über alle Proteste hinweg:

— auf dem Unterbezirksparteitag der SPD im März wurde der Antrag auf Verhinderung der Vereidigung gestellt. Nach einstündiger Diskussion wurde er mit ,,überwiegender Mehrheit" abgelehnt (,,WAZ", 19.3.);

— der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates der Stadt Dortmund warf der Bundeswehr vor, sie wolle mit dieser Veranstaltung den *,,wiederauftauchenden Militarismus mit einem Mäntelchen der Integration"* behängen (,,WAZ", 27.4.) und lehnte die Ver-

veranstaltung den *,,wiederauftauchenden Militarismus mit einem Mäntelchen der Integration"* behängen (,,WAZ", 27.4.) und lehnte die Ver-
anstaltung ab;

— der Stadtjugendring (Zusammenschluß aller Jugendorganisationen) forderte die Bevölkerung auf, nicht an der Vereidigung teilzunehmen;

— eine Aktionseinheit aus 18 Gruppen (Falken, DFG/VK, AntiFa-Gruppe, HU, KPD, Gewaltfreie Umweltschützer, KB, diverse Zivildienstleistendegruppen) forderte die Verhinderung der Vereidigung und rief — für den Fall ihrer Durchführung — zu Gegendemonstrationen auf. Nachdem einige Gruppen auf ihre Spezialforderungen (z.B. Abrüstung und Entspannung) verzichtet hatten, gab es eine gemeinsame Erklärung.

Am Vortag fand im Stadtzentrum eine ,Friedensveranstaltung' der AE statt, die von DFG/VK, Pax Christi und drei weiteren Gruppen ausgerichtet wurde und an der sich zeitweise bis zu 400 Menschen beteiligten.

Diese Proteste wurden von Samtlebe ignoriert. Er ging noch weiter, als am Abend des 3. Mai ca. 1.500 Menschen geräuschvoll und erfolgreich die Vereidigung übertönten. Sie seien ,,Feinde des Systems"!



Antimilitaristen bei einer Äktion auf dem Marktplatz

Mit solch ,stadtväterlicher' und vaterländischer Autorität im Rücken fiel der folgende Polizeieinsatz, wo

Mit solch ,stadtväterlicher' und vaterländischer Autorität im Rücken fiel der folgende Polizeieinsatz, wo versucht wurde, uns vom Platz zu drängen, entsprechend aus. Die ,Vereinigten Kirchenkreise' schildern ihn in einer Presseerklärung: *,,Ältere Dortmunder Bürger, die an der Veranstaltung teilnehmen wollten, wurden ebenso wie junge Menschen ohne ersichtlichen Grund von Polizeibeamten und vereinzelt auch von Feldjägern der Bundeswehr [d.h. Einsatz der Bundeswehr im Innern, der Verf.) an den Haaren gerissen, in den Unterleib getreten, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und über den Asphalt geschleift."*

Zwei Menschen erlitten Unterleibsverletzungen, fünfzehn wurden vorübergehend festgenommen. Nach Abschluß der Vereidigung zogen 800 Demonstranten mit der Forderung nach sofortiger Freilassung zum Polizeipräsidium.

So groß die Freude über den Erfolg unserer Gegenaktion war (was die Breite des Protestes, die Teilnehmerzahl an der Gegenaktion — größte Mobilisierung seit fünf Jahren — und das Ausmaß der Störung der Vereidigung betrifft), so groß war die Empörung über Vereidigung und Polizeieinsatz im Nachhinein.

Die Flut von Leserbriefen, die über die Lokalpresse hereinbrach (eine Presse, die ganz im Sinn der Bundeswehr und der Stadt berichtete) zwang die Stadt zu einer öffentlichen Erklärung: *,,Wir stellen dazu fest, daß die Bundeswehrveranstaltung ein Musterbeispiel dafür war, wie es aussieht, wenn eine Minderheit von etwa 200 Demonstranten versucht, eine Mehrheit von mehreren tausend Bürgern ihre Meinung aufzuzwingen bzw. diese Mehrheit von Bürgern durch Gebrüll, Gegröle und Gepfeife zu tyrannisieren. Mit einer Serie von Leserbriefen wird dieser Versuch fortgesetzt, indem die Störer der Veranstaltung als die ,friedliebenden Bürger' dargestellt werden."* (Nach ,,RN", 9.5.)

Und auch die Polizei sah sich zu einer Begründung ihres Einsatzes gezwungen: *,,Das lautstarke, permanente und alles übertönende Gejohle und Pfeifkonzert der Veranstaltungsgegner war ein strafbares Vorgehen nach dem Versammlungsgesetz. Die Fortsetzung dieser Störungen beim Abspielen der Hymne der Bundesrepublik war nicht nur im höchsten Maße geschmacklos und enthüllend, sondern auch möglicherweise eine Straftat."* (Nach: ,,WAZ", 10.5.) Das sagt alles!

Darum also geht es der Bundeswehr. Das meint Samtlebe mit dem ,,Näherbringen der Bundeswehr an den jungen Bürger": Ehrfurcht vor der Nationalhymne, Ehrfurcht vor der Fahne — für Krupp, Schmidt, Kaiser und Vaterland. Kopf ab zum Gebet!

Bundeswehr, Stadt und Polizei werden a, 16.5. auf einer Veranstaltung der AE zu der Vereidigung und zum Polizeieinsatz Stellung nehmen müssen. Wie immer diese Stellungnahme auch ausfallen wird — wir sollten die Worte der Juso-AG Hörde (Kritiker der Vereidigung) im Kopf haben, wenn Samtlebe zum Kommunalwahlkampf antritt. *,,Mit Nationalhymne und ,feierlichem Gelöbnis' als Wahlkampfschlager setzt die SPD in Dortmund eindeutig Zeichen"* (Nach: ,,WAZ", 4.4.)

Helm ab zum Gebet — das sollte der Begrüßungsruf für Samtlebe bei seinen öffentlichen Auftritten werden!

Ein Dortmunder Genosse



15 Antimilitaristen wurden festgenommen, mindestens zwei verletzt

Erklärung der ,,Falken" (Bezirk Westliches Westfalen)

Zuerst glaubten wir, das kann doch nicht wahr sein! Aber dann zeichnete es sich immer deutlicher heraus, daß es wahr sein mußte. Rekrutenvereidigung der Bundeswehr von 1.200 Bundeswehrsoldaten auf einem öffentlichen Marktplatz mitten in Dortmunds Innenstadt! Sofort schlossen sich eine Menge Organisationen zusammen und protestierten offiziell beim Stadtoberhaupt Oberbürgermeister Samtlebe. Dieser behauptete jedoch, die Soldaten seien auch Staatsbürger, zwar in Uniform, aber sie hätten schließlich die gleichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger auch.

Diese Argumente waren schnell zu widerlegen. Der erst kürzlich veröffentlichte Wehrbericht der Bundesregierung mußte Menschenrechtsverletzungen (so wörtlich) in größerer Zahl zugeben. Wichtige demokratische Rechte wie z.B. das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht sich zusammenzutun, werden einfachen Soldaten versagt.

Wir konnten also nicht einfach hinnehmen, daß eine pompöse Militärshow über all diese Tatsachen hinwegtäuschen sollte. Es wurden also Vorbereitungen getroffen bei allen angeschlossenen Organisationen.

So wurde beschlossen, am Vortag einen Friedensmarkt zu veranstalten. Den ganzen Tag über wurden Infostände von allen beteiligten Organisationen betreut, die ihren Beitrag zum Frieden in der Welt zu dokumentieren versuchten. Auf dem Marktplatz wurde ein reichhaltiges Musikprogramm angeboten u.a. Cochise, Beck & Brinkmann, Fred Ape. Der Schriftsteller Josef Reding hielt eine flammende Rede gegen den Militarismus. Die Stadt Dortmund stellte dazu eine Bühne zur Verfügung, die sowieso den ganzen Mai über dort steht und verlangte dafür 800,— DM Miete!

Am nächsten Tag, dem Tag der Rekrutenvereidigung, sah es ganz schön wild aus in der Dortmunder Innenstadt. Überall waren Polizei und Feldjäger stationiert und der gesamte Marktplatz war abgeriegelt. Um 19.30 Uhr sollte die Vereidigung beginnen. Bereits gegen 19.00 Uhr waren eine Menge Gegendemonstranten anwesend, darunter auch etwa 300 Falken, die vor den Absperrgittern standen, Lieder sangen und schunkelten.

Plötzlich trat die Polizei in Erscheinung. Geschickt drängten sich die jungen Beamten zwischen die Demonstranten und schafften auf diese Weise verschiedene Blöcke von Demonstranten. Dann griffen sie irgendwann brutal ein. Sie zogen Mädchen an den Haaren aus dem Kreis der Demonstranten heraus, verprügelten Demonstranten, die sich ihnen in den Weg stellten und verhafteten wahllos ca. 20 von uns. Ich sah mehrere ältere Menschen, die sich sichtlich wegen dieser Brutalität empörten. Sie waren nämlich keine Seltenheit unter den etwa 3.500 Gegendemonstranten. Die Vereidigung konnte unter dem Schutz der Polizei und Feldjägern reibungslos abgewickelt werden. Wir versuchten die Veranstaltung durch Pfeifen und Geschrei zu stören. Zwar waren wir ganz schön laut bei so vielen Menschen, aber stören konnten

Sie waren nämlich keine Seltenheit unter den etwa 3.500 Gegendemonstranten. Die Vereidigung konnte unter dem Schutz der Polizei und Feldjägern reibungslos abgewickelt werden. Wir versuchten die Veranstaltung durch Pfeifen und Geschrei zu stören. Zwar waren wir ganz schön laut bei so vielen Menschen, aber stören konnten
wir die Veranstaltung nicht.

Oberbürgermeister Samtlebe und IGBE-Vorsitzender Schmidt hielten ihre Reden und bezeichneten uns als Feinde des Systems!

Der ,,Bürgerdialog" von Dortmund wird sicherlich nicht dazu beitragen, größeres Vertrauen zu diesem Staat zu bekommen. Die jugendlichen Bürger werden sich weiterhin in die linksradikale und terroristische Ecke abgedrängt fühlen. Und das so kurz vor den Wahlen.

(Diese Erklärung wurde aus redaktionellen Gründen gekürzt).

Totalverweigerer zu sechs Monaten Knast verurteilt

Das Amtsgericht Aschaffenburg verurteilte am 5.4.79 den Kriegsdienstverweigerer Bernd Bleistein aus Mespelbrunn (Spessart) zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten Gefängnis, ausgesetzt auf 3 Jahre zur Bewährung. Er hat außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen und bekam zur Auflage, die restlichen 7 Monate seines Zivildienstes abzuleisten. Bernd hatte sich ab 19.6.78, nach 8 Monaten bereits abgeleisteten Zivildienstes, geweigert, weiterhin zum Dienst zu erscheinen. Das Gericht wertete dieses Verhalten als ,,eigenmächtige Abwesenheit vom Dienst" und ,,Dienstflucht" (§ 53, Zivildienstgesetz) und begründete das Urteil damit, **daß der Angeklagte vorsätzlich gehandelt habe und bewußt gegen geltende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verstoßen habe.** Nach dessen Rechtsauffassung verlange das ,,öffentliche Interesse" eine Zivildienst-p f l i c h t ; eine ,,Verweigerung des Zivildienstes aus Gewissensgründen" (wie von Bernd vorgebracht) sei nicht möglich.

Der Pferdefuß bei diesem Urteil wurde zwar von der Staatsanwaltschaft als ,,unwahrscheinlich" abgetan, könnte sich aber für Bernd als echter Stolperstein erweisen: da er auch künftig den Zivildienst verweigern will, könnte er, falls er erneut einberufen wird, die ,,Bewährung" verlieren und müßte 6 Monate Knast absitzen.

Bernd begründete seine Totalverweigerung damit, daß der ZD nur ,,Ersatz für den Kriegsdienst", somit ,,ziviler Kriegsdienst" sei. Es gebe keine Möglichkeit, antimilitaristische Vorstellungen im Zivildienst zu realisieren. Im Gegenteil, auch der ZD werde zunehmend von der allgemeinen Militarisierungswelle betroffen. Sein Schritt sei daher auch ein Protest gegen diese Entwicklung.

Dem Prozeß ging im übrigen eine Demonstration von ca. 50 Antimilitaristen durch die Aschaffenburger Innenstadt voraus. Als ,,Garnierung" durften vor dem Prozeßsaal auch ca. 50 Bullen nicht fehlen, um 180 Zuhörer zu bewachen.

Spenden an:
Sonderkonto Horst Balzer,
Kto. Nr. 378991-668,
PschA Frankfurt

(Zitate nach handschriftl. Aufzeichnungen eines Besuchers)

So war die Grundausbildung

Liebe Leute,
hiermit schreibe ich nochmal meine Briefe aus den ersten Wochen meiner Bundeswehrzeit ab, mehr oder weniger unverändert mit allen persönlichen Bemerkungen. Ich habe darauf geachtet, daß durch die Chronologie auch meine Entwicklung in dieser Zeit erkennbar wird, das halte ich für sehr wesentlich. Aus der Seltenheit, mit der solche Erfahrungen im AK zu finden sind, läßt sich m.E. nach auch die Angst erkennen, von der viele (KB)-Genossen durch die starke Isolierung erdrückt werden. Auch jetzt habe ich Angst, warum — das ist vielleicht ein paar Spalten weiter verständlicher. Die Verwirrung und viele plötzlich abgebrochene Gedankengänge sind auch ein Ausdruck der enormen Schwierigkeiten, denen man gerade in der ersten Zeit ausgesetzt ist. Es sei dem Leser klar, daß die Freizeit, die einem beim Bund übrigbleibt, einen höheren persönlichen und natürlich politischen Reflexionsstellenwert hat — dieser Bericht hat mich die sechs Tage meiner „Weihnachtsdienstbefreiung" gekostet. Es ist am Freitagabend oft so, als ob man von einer 4-wöchigen Außenmontage am anderen Ende der BRD zurückkommt, man muß sich daran gewöhnen, daß man nichts besonderes ist, daß die anderen sich genauso „gewöhnlich" einem gegenüber verhalten wie früher. Und doch ist es etwas besonderes, denn man braucht andere Menschen mehr, was eine zusätzliche eigene Offensivität erfordert.

1. Brief

Die Kaserne ist riesig und liegt kilometerweit in der schönen freien Natur. Zum nächsten Nest, wo „was los" ist, sind es 15 km. Die Rödelei im Gelände geht erst in der 2. Woche richtig los, weil jetzt erst noch Einweisungen, Impfungen etc. stattfinden. Aber die Schikanen waren auch heute schon ganz schön — fast 2 Stunden unbeweglich im Trainingsanzug, bei eisiger Kälte im Regen stramm stehen. Das erste „Kompaniiieee aufstehn!" morgens um 5 Uhr bleibt mir wahrscheinlich so in Erinnerung wie Neil Armstrong sein erster Schritt auf den Mond.

Am meisten nervt, daß man zu keiner Scheiße einen Piep sagen kann.

Am meisten nervt, daß man zu keiner Scheiße einen Piep sagen kann.
Jede, aber auch jede Handlung — auch nach Dienstschluß — wird überwacht, gemeldet usw. Die Kameraden fangen an, ihr Verhalten und das der anderen an vorhandenen Vorschriften zu beurteilen, welche jeden Lebensbereich liebevoll einrahmen. Selbst im Kasernenkino läuft während der Vorstellung ein OvWa (Offizier vom Wachdienst) rum und paßt auf, daß die Leute keine Randale machen, rauchen oder leere Bierpullen an die Leinwand feuern. Die totale Bespitzelung auch im persönlichen Bereich ist verdammt gewöhnungsbedürftig, weil man „in Zivil" diese kleinen Freiheiten als Selbstverständlichkeiten kennt und wahrnimmt, ohne sich große Gedanken darüber machen zu müssen.

Ich konnte schon mit einigen Soldaten sprechen, die etwas länger dabei sind und brachte in Erfahrung, was uns in der „Grundi" noch so alles erwartet. So kommt in den ersten drei Wochen fünfmal Wochenendsdienst (an fünf Tagen), so daß die ersten vier Wochen an Zuhause gar nicht zu denken ist, die restlichen 12 Monate nach der Grundi bringen noch 8 bis 10 Übungen mit sich und ein jährliches NATO-Manöver. Letzteres dauert dann meistens so an die drei Wochen, kann auch im westlichen Ausland stattfinden. Nur keine Illusionen darüber, daß man im Ausland etwas vom Land mitkriegt — im Gegenteil: Dort gibt es für die Soldaten noch viel weniger Ausgang und weit mehr Strapazen und Druck, was sich leicht erklären läßt. Bei Auslandsübungen stehen die bundesdeutschen Heeresführer in starker Konkurrenz zu den Obermackern der anderen Heere, ein Profilierungsdrang, der sich freilich zuerst nach ganz unten fortpflanzt.

Ansonsten nervt noch, daß hier gerade jetzt im Anfang unheimliche Anmachen laufen, zumeist von noch blutjungen Unteroffiziersdienstgraden, die den oft älteren Rekruten erst mal die Harke zeigen müssen. Was das bedeutet, ist teilweise unvorstellbar, denn die — hauptsächlich theoretische — Ausbildung auf dem Unteroffiziershauptlehrgang züchtet bei sowieso schon kaputten Leuten ungeheuer den Menschenhaß. Es wird regelrecht geschult, wie ein Widerspruch abgewürgt werden kann, wenn der Vorgesetzte nicht mehr weiter weiß, oder wie (kritische) Gespräche, womöglich noch innerhalb einer Gruppe, abgebogen werden können. Das alles sollte einem jedenfalls im Kopf sein, wenn man von so einem Schwein einmal fertiggemacht wird. Uff, der Gedanke, hier noch 15 Monate meines Daseins eingesperrt zu sein, macht mich ganz krank.

***

2. Brief

Es fällt mir sehr schwer, mich zum Schreiben hinzusetzen, denn es geschieht unter echten körperlichen und geistigen Anstrengungen. Es ist nicht zu fassen, was ein menschlicher Körper aushält, so viel habe ich schon gelernt. Die da oben wissen es aber wahrscheinlich noch besser!

Ich habe heute, Montag, den achten Tag Dienst hinter mir und es kommt mir und fast jedem hier so vor, als sei das auch schon die halbe Grundausbildung gewesen. Das liegt ganz einfach daran, daß die Tage — oder besser die reine Dienstzeit — hier nahezu doppelt so lang ist wie die 40-Stundenwoche draußen. Der Rekrut macht in der Grundi über 65 Stunden Dienst, bei der Marine steigt diese Quote momentan bis fast 80 Stunden in der Woche, da eine Art „Inventur" stattfindet. Im Moment geht das hier von 4.50 Uhr bis 23 Uhr, manchmal länger; es ist ganz einfach: Schlafen — Essen — Arbeiten — Essen — Arbeiten — Essen — Arbeiten — Schlafen. Ein ständiger Wechsel von Körperfunktion und Entfunktionalisierung des eigenen Geistes.

Zum Essen wird in der Grundi natürlich geschlossen mit der ganzen Kompanie hinmarschiert, damit auch ja keiner verlorengeht, und das wäre schlimm: Jeder Soldat ist verpflichtet zur Gesundhaltung des Körpers (das ist ein Paragraph im Soldatengesetz) und daraus resultiert natürlich auch die Essenspflicht!

Zwischendurch sind dann Phasen auf dem Dienstplan, die eine totale körperliche Verausgabung von uns verlangen. Ich wurde selbst schon in der Sportausbildung zweimal ohnmächtig, und ich bin nicht gerade aus Zucker. Es heißt: „Wir wollen nicht nur, wir m ü s s e n sogar Ihren völligen Nullpunkt kennenlernen ..."

Ja, das stimmt — laut Vorschrift sind bestimmte Sportleistungen sowohl einmal am Anfang der Grundi wie am

sind bestimmte Sportleistungen sowohl einmal am Anfang der Grundi wie am
Ende der Grundi dem Soldaten abzuverlangen, um anhand einer Vergleichsliste nachzuprüfen, ob und was für eine Leistungssteigerung bei dem jeweiligen Rekruten möglich war. Danach richtet sich dann auch z.T. die Weiterverwendung nach den ersten drei Monaten.

Ich merke, wie mir abends die Kraft aus den Händen rieselt, mich auf andere Stuben zu setzen und mit Kameraden zu diskutieren — oder auch mal ein ‚heulendes Elend' aufzurütteln bzw. meine eigene Fähigkeit zu erhalten, die ständigen Erniedrigungen und den Drill an mir abprallen zu lassen. Da gibt es z.B. den Begriff der Kameradschaft: nach einem 4 000 m-Lauf, dem 2 Stunden Gymnastik im Regen und Trainingsanzug vorangegangen waren, sollten wir zum Mittagessen in die Kantine einrücken oder besser marschieren. Nun herrscht aber beim Marschieren absolute Ruhe, sollte das einmal nicht eingehalten werden, gibt's entsprechenden Druck. Druck, was heißt das schon — in diesem Fall 10 Min. Geländelauf und das in schon vollkommen ausgepumptem Zustand. Zehn Minuten entsprechen einer Leistung von ca. 2.000 m, das bedeutet, daß wir mit dem vorangegangenen Lauf innerhalb einer guten halben Stunde 6.000 m gelaufen sind. Ein Kamerad war dabei zusammengebrochen und wurde in die Hamburger Intensivstation des BW-Krankenhauses eingeflogen!

Jetzt kommt's: Hinterher wurde uns von unserem Zugführer (Feldwebel) gesagt, die anderen hätten beim Marsch ja bloß ihre Schnauze zu halten brauchen, dann wäre die ganze Tortur erspart geblieben. Sowas von Zynismus ist bei dieser Sorte Unterführer das täglich Brot. Sein Spruch verdeutlichte einiges: Kameradschaft wird uns hier aufgezwungen, sie geht nicht durch den Menschenverstand, sie hat nichts mit dem Begreifen von Solidarität zu tun — so kann einem mit System das Denken abgewöhnt werden.

Alles wird von der Angst regiert — der Angst, von den auf- bzw. abgehetzten Kameraden Prügel zu beziehen, weil man angeblich die Schuld an der Schikane hat und eben der Angst vor neuen Repressionen. In unserer Stube hängt ein Kasernenklospruch, den ich immer mehr begreife: ‚ALI BEN SALI — Angst essen Seele auf!'

Weil ich jetzt erst mal nicht mehr kann, komme ich schnell noch zu den etwas erfreulicheren Sachen: Heute hatten wir ‚lebenskundlichen Unterricht', was der Religionsstunde in der Schule entspricht. Wichtig dabei ist, daß kein Spitzel in Form eines Vorgesetzten anwesend ist, sondern ein Militärpfarrer, ein Dorfpope.

Das ist ein Zuckerstückchen, um den Dampf gerade der ersten Zeit abzulassen; insgesamt etwa 2 Stunden im Monat, die ich wie eine Betriebsversammlung auffasse. Wie stark dieser Dampf allerdings ist, hätte ich nie gedacht: gleich in der ersten Stunde gab es eine Diskussion über Verpflichtung — ja oder nein. (Das darf nicht unsere Alternative sein, sage ich immer!) Die vier Zeitsoldaten, die unter den 120 anwesenden Soldaten saßen, wurden ziemlich deutlich auf ihre Gesinnung hin angemacht, so daß sich eine Rechtfertigung in dem Getöse gegen sie erübrigte. Nach der Stunde konnten sich zwei, die sich eh schon arrogant verhielten, ein Säckchen Backpfeifen einholen, was mich allerdings dann auch nicht mehr wunderte. Ich komme aber nochmal weiter unten auf dieses Problem zurück, weil es sich so leicht nämlich nicht „abtun" läßt. (Später, nach ca. 4 Wochen Grundausbildung, kam die erste Verpflichtungswelle, in der sich weitere neun Soldaten für 2 bzw. 4 Jahre verpflichteten, sich Nachschlag holten, um im BW-Jargon zu schreiben.

Die Gründe dieser Männer waren ein Problem, mit dem ich mich als Vertrauensmann noch zu beschäftigen hatte. Bis zum Zeitpunkt der erwähnten Religionsstunde waren diese 4 Zeitsoldaten jedenfalls das niedrigste Ergebnis an Erstverpflichteten, das in „meiner" Kompanie jemals vorgekommen war — das schreibe ich als Antwort auf alle resignierten Vorstellungen, die mir bisher von Linken zu Ohren gekommen sind!)

***

3. Brief

Zu meinem Zustand:
Bisher habe ich in den 3 Wochen ganze 2 Flaschen Bier — an 2 Tagen — getrunken. Das ist erwähnenswert, denn ich bin fast der einzige, der abends nicht „etwas" trinkt.

Es gibt hier tatsächlich Leute, die „killen" an manchen Abenden eine ganze Flasche Rum, Whisky oder Korn. Sie sind diejenigen, die die meisten Anschisse kriegen, immer zu spät kommen, nicht schaffen zu begreifen, daß „Durchgangsverkehr" und mehr persönliche Unterstützung für die Stubenkameraden (auch, wenn diese ziemlich abgefahren sind!) hier die einzigen Chancen sind, nicht umgekrempelt zu werden.

Daß ich jetzt Vertrauensmann bin und gleichzeitig noch Zugsprecher liegt z.T. daran, daß ich mich schon vorher auf diese Aufgabe vorbereitet habe. In Gesprächen, die in den drei Wochen zwischen meiner überraschenden Einberufung und dem Diensteintritt noch möglich waren, gaben eigentlich die größeren Spielräume, die sich durch VM-Arbeit ergeben einen wichtigen Ausschlag, mich nicht in einer allzu passiven Lage zu sehen. Nach kürzerer Zeit ergaben sich schon einige Aspekte, die sich aus der scharfen Disziplin und Unmenschlichkeit des Dienstes entwickeln ließen, wie z.B. eine Art organisierter Beschwerde — was eigentlich illegal ist. Organisiert heißt, daß Zeugenabsprachen vorgenommen wurden, wenn irgendwelche Schweinereien stattgefunden hatten, daß möglichst viele Beschwerden in einem kurzen Zeitraum über einen besonderen Schinder geschrieben wurden oder daß ganz einfach der Formalakt eingeführt wurde, indem jeder Rekrut einen Matrizenabzug über die richtig vorgebrachte schriftliche Beschwerde bekam und dadurch ein wesentliches Hindernis vor allem für die unsichereren Kameraden beseitigt war.

Es ist allerdings gefährlich, sich Illusionen über große koordinierte Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Kaserne oder auch nur ausführlichere Gespräche mit vielen Kameraden gleichzeitig zu machen. In meinen Augen gilt es hier, gemeinsame kleine Aktionen zu einem längerfristig haltbaren politischen Bewußtsein werden zu lassen — in den Kleinkleinfragen Mut zu entwickeln, was nichts anderes heißt, als sich gegenseitig im täglichen Kampf zu mehr eigenem Willen zu erziehen, zu einem „Egoismus", der jeden dazu befähigt, seine eigenen Interessen zu erkennen und durchzusetzen. Wie oft sind — und werden wir noch — ganz auf uns allein gestellt sein! Ich habe hier trotz geringster Möglichkeiten eine neue Kraft an mir entdeckt: Unter starker Isolation merkt man, was man alles gelernt hat: Diszipliniertes, konsequentes Arbeiten, viel, schnell und ausführlich zu schreiben, zu organisieren und auch, andere nicht allein den Anschiß kriegen zu lassen — was sozusagen sowieso zu den Sonderrechnten des Vertrauensmannes gehört.

Die eigenen Grenzen habe ich schnell kennengelernt — ich schaffe es zum Beispiel nicht, sehr tiefgehend wissenschaftlich an mir zu arbeiten und über die Militarismusfragen hinausgehende Interessen wahrzunehmen. Von den zehn Seiten, die ich in dem Buch ‚Frauen im Faschismus' gelesen habe, weiß ich schon jetzt, nach 3 Wochen Bund, keinen Schimmer mehr. Die eigene Belastung ist ja hier nicht eine Frage der Gewichtung der (politischen) Interessen, sondern des ständigen psychischen Drucks, dem man unterliegt und der einen im wahrsten Sinne allseitig lahmlegt. Von den acht Briefen, die ich bisher geschrieben habe, waren etwa die Hälfte privat. Ich erwähne das deshalb, weil „von Beruf her" auch eine beträchtliche Schreibleistung von uns verlangt wird: Gegen Ende der Grundi müssen wir die ‚ATN-Prüfung' ablegen, die auf einem erheblichen Teil theoretischen Unterrichts basiert wie z.B. Waffenkunde oder Geländekunde. Das Berichtsheft, das wir dazu führen müssen, wird natürlich streng überprüft, Wiederholungsarbeiten oder Strafarbeiten sind an der Tagesordnung. Der eigentliche Druck ist hier ähnlich wie in der Schule: wird die ATN-Prüfung nicht bestanden, kann schlimmstenfalls die Grundi wiederholt werden, auf jeden Fall gehen einige Wochenenden Zusatzdienst dabei drauf — wer möchte schon gern bei der Bundeswehr „sitzenbleiben"!

Kurz und gut, man sitzt also in den ersten Wochen pro Abend seine zwei Stunden und macht Ausarbeitungen über das verhaßteste Handwerk und seine Werkzeuge. So komme ich dann nur ca. alle drei Tage zu meinen Berichten und sitze dann (nach einem 12-Stunden-Tag) gleich 4 Stunden ununterbrochen. Auch heute ist es gerade so zu schaffen, mich vorm Zapfenstreich noch zu duschen — was oft genug flachfällt und besonders eklig wird, weil die Bettwäsche nur alle drei Wochen getauscht werden kann — und meinen Alarmstuhl aufzubauen. Wenn ich nachts nicht schlafen kann und der Kamerad unter mir stöhnt und sich unruhig hin und her wälzt, werde ich dann traurig und wütend über mich selbst: Warum hat man es bloß so verdammt schwer, sich mal in den Arm zu nehmen und über die Wange zu streicheln — diese Scheißverhärtung in dieser Scheiß-Männerwelt!

***

4. Brief

Lieber K.!

Wenn du als Vertrauensmann so oft Dinge hörst, die die anderen und dich selbst hilflos und fertigmachen, identifizierst du dich immer mehr mit den Problemen anderer und fühlst dich oft wie ein ausgepumpter Sozialarbeiter. Wir sprechen hier ja auch viel über Selbstmordgedanken und Suizidfälle, die in der Kompanie in der letzten Zeit vorgekommen sind (123 „Fälle" allein in meiner Kompanie sei 1965). Als ich heute morgen erzählt habe, daß sich K. aus dem Fenster des dritten Stockes abgeseilt hatte — er lag bis dahin im Sanitätsbereich mit schwerem Schock, weil sich sein Bruder zwei Wochen zuvor, ebenfalls bei der Bundeswehr, mit dem Maschinengewehr erschossen hatte — wollte mir das niemand aus der Wohnung glauben. K. ist jetzt übrigens nicht nur elternlos, sondern auch geschwisterlos.

Ich selbst bin, so schätze ich einmal realistisch ein, vom Bund aus kaum in der Lage, n e u e menschliche Beziehungen anzuknüpfen — solche, aus denen ich momentan zum größten Teil meinen Mut, meinen Willen, überhaupt noch was zu machen und damit auch meine seelische Stabilität beim Bund schöpfe. Du siehst, es gibt eine direkte Verbindung zwischen meinem politischen Durchhaltevermögen und den intensivsten Freundschaften, die ich habe. Das hat auch der Bund durchschaut und setzt konsequenterweise den Wochenendausgang als hartes Druckmittel ein.

Dieser beschriebene Kreis von Freunden beschränkt sich allerdings auf Dich, F. und A. und ein bischen die Wohnung. Ich merke, daß das zu wenig ist, aber was wäre ohne unsere ganzen Gespräche, ohne Deine praktische Hilfe gewesen? Läßt diese „Quelle" einmal nach, sollte ich einmal total unfähig werden, offensiv ständige Auseinandersetzungen zu führen, in diese Beziehungen zu investieren, könnte ich mich dann auch noch darauf verlassen, daß sie für eine unbestimmbare Zeit „von selbst funktionieren"? Verstehst Du mich jetzt? Meine Probleme sind Verlustängste, auf dieses Potential an Reflexionsmöglichkeiten verzichten zu müssen,



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 46

daß man Zuhause fast unbewußt wie selbstverständlich gebrauchen kann. Sicherlich hat man/frau auch als Nichtsoldat Verlustängste, allerdings mit einem kleinen, aber bedeutsamen Unterschied: ohne diese Isolation gibt es zumindest die Möglichkeit, von diesem sozialen Umfeld nicht so abhängig zu werden, es fällt leichter, auf Zärtlichkeit, spontanes ,,Losleben'' am Abend einmal zu verzichten als hier.

Meine Verlustängste treten auf wie Anfälle, ich kann mich richtig in sie hineinsteigern und enden meist auf dem Klo, wo ich mich dann ausheule. Es behindert mich in meiner eigenen Emanzipation, so übersteigerte Ansprüche in Beziehungen zu stellen; es belastet mich ungemein, wenn ich in Stimmungen komme, die mich lähmen, noch eine Kontaktbereitschaft anderen Kameraden gegenüber zu entwickeln, bloß, weil ich Dich oder F. abends nicht erreicht habe oder gerade keine Zeit für mich da war. Mit der Zeit hat sich bei mir eine Art Polit-Crack-Neid entwickelt, in Gesprächen mit Euch über andere als gerade Militarismusfragen nicht mehr mithalten zu können. Ich werde auf Eure politischen Beziehungen eifersüchtig und merke ständig, daß mir meine Ansprüche dabei völlig über den Kopf gewachsen sind. Trotzdem ich die Freundschaft mit F. im Moment für intensiv halte und schön empfinde, kommt mir mein ,,Beitrag'' in der Auseinandersetzung immer spärlicher und kläglicher vor. Was mache ich nur, warum ist da so oft das Gefühl, bestehen zu müssen?

Alle Gespräche, die ich bislang über ,,unerlaubtes Fernbleiben von der Truppe'' (Türmen) mit den betreffenden Soldaten hatte, haben mir bewußter gemacht, unter welch starker Resignation viele hier ,,leben''. Es gibt ganz einfach typische Stufen, die durchlaufen werden und erkennen lassen, daß es fließende, sehr kleine Übergänge gibt vom Saufen über das Türmen, Fahnenflüchtigkeit und letztlich die Selbstmordversuche, die ja oft absichtlich Versuche bleiben und doch in ihrer Häufigkeit die innere Hoffnungslosigkeit vieler Menschen hier ausdrücken. (Ich weise hier auf den letzten Teil meines Artikels hin, in dem ich extreme Formen des Umgangs der Kameraden untereinander beschreibe!) Fast zwangsläufig stellt sich mir oft die Frage, wie es in der BW erst zugehen wird, wenn sie in einer kriegs- oder bürgerkriegsähnlichen Situation zum Einsatz kommt. Es ist eine wichtige Aufgabe für Genossen beim Bund, schwer durchschaubare Zusammenhänge über die Funktion der BW mit den Kameraden zu diskutieren und mit ihrer eigenen Situation, dem bewußten Drill, der Zerstörung menschlicher Beziehungen nach Zuhause u.ä. zu verbinden.

Die Menschen werden hier — ganz egal, ob Liberalist, Kommunist oder ,verballerter Kollege' — zu ideologischen Funktionären und Kampfmaschinen des bürgerlichen Staates gemacht, der eben eine weitestgehende

Ausschaltung aller Ausweichmöglich- schinen des bürgerlichen Staates gemacht, der eben eine weitestgehende

Ausschaltung aller Ausweichmöglichkeiten des Einzelnen braucht. Die persönliche Überwachung, zeitliche Bevormundung und Beherrschung jeder tiefergehenden Kommunikation gewährleistet Hand in Hand mit den gebotenen Freizeitmöglichkeiten eine schnelle Abstumpfung der Soldaten. Oberflächliche Freundschaften entwickeln und halten sich daher nur auf der abstrakten Spruchebene, gerade für die Dauer der Woche. Alles erdenkliche, um Kraft zu schöpfen, wird vom Wochenende erwartet, daran wird sich geklammert.

Auch ich selbst hatte anfangs sehr gegen die Konkurrenz zu kämpfen, die dieses Druckmittel unter den Kameraden erzeugt und wir haben uns schon einige Male buchstäblich um die Bohnerbesen geprügelt, um als erste das Revier gereinigt zu haben und ins Wochenende fahren zu können.

Ich merke hierbei noch an, daß die kleinsten Repressionen, eine schlechte Nacht des nächsthöheren Vorgesetzten oder ein unbedachtes Widerwort jeden das Wochenende kosten können, besonders ,,Wiederholungstätern''. Ich kenne mehrere, die ihre Angehörigen schon einen Monat oder mehr nicht mehr gesehen haben, weil sie mit Alkohol im Dienst erwischt wurden oder irgendeiner Pflicht nicht nachgekommen waren. Auch diese — im Soldatengesetz verankerten — Pflichten des Soldaten sind irre, weil sie vielschichtig gegen die Männer eingesetzt werden: Es heißt z.B. in § Gummi: ,,Jeder Soldat hat die Pflicht zur Gesunderhaltung des eigenen Körpers...'' Das bedeutet, eine ernstere Krankheit oder Verletzung muß im Sanitätsbereich gemeldet und behandelt werden. Da es nach Märschen, vor allem in der Grundi, weil da die Kampfstiefel noch neu und steinhart sind, desöfteren vorkommt, daß die Rekruten buchstäblich das Blut aus den Stiefeln kippen, weil die Blasen handtellergroß und bis auf's Fleisch durchgescheuert sind, melden sich oft entsprechend viele krank. Der Spieß unserer Kompanie hatte die Sitte, die Leute vorher ordentlich einzuschüchtern: ,,Waaas, schon wieder so viele Krankmeldungen? Das eine will ich ihnen sagen, wenn dieses Mal wieder so viele gesundgeschrieben aus dem San-Bereich zurückkommen, werde ich dafür sorgen, daß ihr nächstes Wochenende gestrichen wird!'' Wer schon einmal etwas von der ,,Praxis'' der Stabsärzte gelesen oder gehört hat, kann sich gut vorstellen, daß ab einer bestimmten Menge Krankmeldungen ganz einfach gesundgeschrieben w i r d , egal, ob dienstunfähig oder nicht. Es gibt nur ein Mittel, wie man sich gegen diese Schweinereien noch wehren kann: organisierte Beschwerden schreiben, auch wenn es verboten ist!

***

5. Brief

Liebe F.!

In dieser Woche haben wir eine neue Beschwerde gegen einen Uffz durchgekriegt, was mich sehr erstaunt hat, da ja bisher von 5 Beschwerden immerhin 4 durchkamen. Trotz dieser positiven ,,Eskalation'' darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß alles von den Soldaten ausging und ich als Vertrauensmann höchstens eine informative Rolle für die Kameraden spielte. Der von mir ausgegebene Matrizenvordruck mit der ,,richtigen'' Vorform hat vielleicht auch schon mehr Leute ermuntert. Formalfehler können nämlich bewirken, daß eine Beschwerde gar nicht erst anerkannt wird und die Form ist im Lehrbuch ganz genau



vorgeschrieben. Davor schrecken natürlich viele Leute zurück, vor allem

vorgeschrieben. Davor schrecken natürlich viele Leute zurück, vor allem Hauptschüler, die sowas noch weniger beherrschen, hier in der Regel aber am meisten fertiggemacht werden. Ich bin jedenfalls gespannt auf das Gesicht vom Spieß, wenn der erste Vordruck ausgefüllt auf seinen Schreibtisch trudelt. Zu dieser Geschichte:

Uffz. P. hatte abends Stubendurchgang und erwischte 2 Kameraden, die über den Durst getrunken hatten. Einer der beiden hatte dabei aus dem drittobersten Bett breit in die Stube runtergekotzt, noch kurz, bevor der Typ hereinkam. Wohl aufgrund der Tatsache, daß P. und der eine Soldat sich absolut nicht riechen können, meldete der Uffz für den ,,Schaden'' nicht den Verursacher, sondern eben diesen Kameraden, wobei er nicht damit gerechnet hatte, daß der erste Gang der beiden über diese Falschmeldung zu mir, dem VM, ging. Ausführlicher zu schildern wäre sinnlos, darum nur noch das Ergebnis der Beschwerde, etwa im Wortlaut: ,,.... versage ich dem Uffz P. den Wochenendausgang und teile ihn mit in den Wachdienst ein...''. P. durfte jedenfalls im zweistündigen Rythmus an besagtem Wochenende hinter einer Sandsackbarriere Wache schieben. Sauber!

Die geistige Voruntersuchung des Nachwuchses an Offiziers-willigen

In dieser Woche fand für alle Abiturienten des Bataillons eine Tagung in M. statt, deren Teilnahme befohlen wurde, anwesend waren deshalb immerhin ca. 90 Soldaten. An drei Wochentagen sollten ,,Referenten'' im wesentlichen drei inhaltliche Schwerpunkte behandeln:

1. Wo steht ein potentieller Feind? Ideologie des Marxismus/Leninismus;
2. Der Begriff ,,Vaterland'' für den jungen Soldaten oder: Welche Werte verteidigt der junge BW-Soldat?
3. Der Terrorismus — Wurzeln und Umfeld.

Inhaltlich will ich nur auf den Sinn der Aktion eingehen. Bei dieser Tagung ging es darum, neue Nachwuchsoffiziere bzw. Verpflichtungswillige zu werben, derer die BW insgesamt an die 8.000 zuwenig (!) hat, und es werden immer weniger entgegen allen Unkenrufen. Für eine Anwerbung dieser Art gilt es eben, die Spreu vom Weizen zu trennen (Linke von Rechten), wozu halt der gesamte bürgerlich-reaktionäre, rassistische und ideologische Haß zu den genannten drei Gebieten über uns ausgekübelt wurde. Die zwischendurch angesetzten Diskussionen waren nach einem, dem inhaltlichen Ablauf der Referate angepaßten, ausgeklügelten System gegeben und natürlich immer zu kurz.

Die rhetorisch perfekt geschulten Propagandisten — selbst von der Landesregierung — stopften uns geistig so voll, daß die meisten ihre eigene Meinung bald für sich behielten und von uns aus nur noch laute Zwischenrufe kamen wie ,,Staubsaugerverkäufer'' oder ,,Pomadenheini'', was einen Mordsspaß brachte. In drei großen Arbeitsgruppen, deren Teilnahme ebenfalls zur Pflicht gemacht wurde, sollten wir dann die gestellten Themen besprechen und durch einen Gruppensprecher auf der ,,Vollversammlung'' vortragen lassen. Der Kommandeur unseres Bataillons, der vorn mit dem Gesicht zu den Soldaten saß, ließ seine Blicke immer neugierig schweifen, wenn besonders kritische Bemerkungen fallengelassen wurden. Interessan-

terweise sollten wir alle unsere ,,Bärenmarken'' — das sind weithin

terweise sollten wir alle unsere ,,Bärenmarken'' — das sind weithin lesbare Namensschilder vorn an der Uniformjacke — anheften. Uns 10 bis 15 Linke erkannte man leicht an den umgedrehten Namensschildern. Das durfte zwar sinnlos gewesen sein, muß aber auf den Fotos, die ebenfalls gemacht wurden, recht deutlich rausgekommen sein.

Die Krönung der Tagung stellte dann eine Automobil-Werksbesichtigung dar, die die Argumentation des Kommandeurs als praktische Beweisführung untermauern sollte: ,,....damit s i e , junge Soldaten, sozusagen als Gipfel dieser drei Tage auch einmal s e h e n , welche Werte dieses Staates es sich lohnt, im Ernstfall zu verteidigen!'' Freilich habe ich mir diese Besichtigung zunutzegemacht, um Bewegungsabläufe und Arbeitsbedingungen der Frauen und Ausländer zu studieren. Oh ja, ich weiß allerdings haargenau, was ich im ,,Ernstfall'' verteidige!

Was die „jungen Soldaten" so alles prägen kann...

In den Mittagspausen haben ein Kamerad und ich uns mit der Ausgehuniform auf die Straße gewagt, um Reaktionen der Menschen in den Fußgängerzonen zu studieren — eine für einen Linken recht seltene, aber hochinteressante Erfahrung. Wir wurden zweimal regelrecht angepöbelt (was mich insgeheim natürlich ziemlich freute) von etwa 50jährigen Männern. Einer stieß uns mit den Ellenbogen auseinander, als wir gerade nebeneinander in ein Kaufhaus wollten: ,,Haut doch bloß ab, ihr Säcke!''. Ein anderer rief uns laut vernehmlich auf der Straße nach: ,,Jetzt laufen die schon wieder in Uniform auf der Straße rum, das hatten wir doch schonmal!'' (Anm. d. Verf.: ,,Schon m a l ?''). Auch Jugendliche riefen uns nach: ,,Guckmal, die Bullen'' oder ,,Scheißbund''.

Leider erfuhren wir aber auch eine ganze Menge Freundlichkeiten: Als eine Oma mich mit einer Bananenschale sah, zog sie mich freundlich lächelnd zur nächsten Mülltonne: ,,Hier, junger Mann, einen schönen Aufenthalt noch...'' — es fehlte bloß noch: ,,Wir sind stolz auf unsere Söhne!'' Als wir uns auf einer Kreuzung suchend umsahen, sprachen uns gleich zweimal ältere Kämpfer an: ,,Na, Kameraden, wo wollt ihr denn hin?'' usw. Bemerkenswert ist, daß sich das alles in knapp 40 Minuten abgespielt hat. Frauen, vor allem die jüngeren, fielen uns bei der Bewunderung der schmucken, jungen Männer am häufigsten ins Auge, was sich vor allem im Kaufhaus und dem Automobilwerk zeigte. ,,Hee, guck mal, die knackigen Jungs'', ,,fesch seht ihr aus'', ,,so'n richtigen Soldaten im Bett, was?'', ,,komm mal rüber, Kleiner'' und dergleichen Bemerkungen fielen häufig. Ich bin schockiert über das Soldaten(Männer-)bild vieler Frauen, weiß aber auch, daß zum großen Teil die Soldaten selbst bei ,,ihren'' Frauen/Freundinnen für das verzerrte Bild über die BW verantwortlich sind. Unterdrückung und eigene Depressionen werden von vielen Soldaten zuhause als eigenes Heldentum entstellt, durch ein derartig unehrliches Verhältnis dieser Männer zu ihren ,,Schwächen'' wird reichlich dazu beitragen, daß es viele Frauen gibt, die die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr als ein positives Element ihrer Emanzipation auffassen!

Die BW propagierte nach innen das Tragen der Uniform, wenn die Sol-

daten die Kaserne verlassen. Durch die Erfahrungen auf der Straße bin ich sicher, daß der ,,Bund'' damit richtig

daten die Kaserne verlassen. Durch die Erfahrungen auf der Straße bin ich sicher, daß der ,,Bund'' damit richtig liegt: Ausgefallenes Aussehen macht was her — und n o c h ist die Uniform in der Öffentlichkeit bei uns etwas Ausgefallenes. Als der Kamerad und ich in die Kaserne zurückkehrten, haben wir die Auswirkungen der bezweckten Spaltung zwischen Abiturienten und Hauptschülern deutlich gespürt. So wurde ihm in der Nacht darauf der ,,heilige Geist für Abiturienten'' verabreicht. Sechs Mann hielten ihn auf dem Bett fest, einer legte ihm einen nassen, gebrauchten Scheuerlappen auf's Gesicht und dann wurde er mit Schuhcreme, Zahnpasta und Zigarettenasche auf der Brust eingerieben, was ihn darauf vor Schmerzen nicht schlafen ließ. Ein anderer wurde diffamiert: Er würde sich nie waschen, immer an den Fingernägeln herumkauen und ließe immer sein nasses Handtuch im Spind hängen (was alle machen), so daß die ganze Stube danach stinken würde. Und überhaupt, er ginge einem ja damit auf die Nerven, ständig seine ablehnende Haltung gegenüber diesem Staat zu äußern — das könne er auch zuhause bei seinesgleichen.

In einem engeren Freundeskreis fortschrittlicher Soldaten haben wir daraus eine Lehre gezogen: Wir beraten, wie wir uns gegen solche Schweinereien wehren können aber auch, wie wir gemeinsam mit anderen Kameraden diese Absonderung eines Teils von Leuten verhindern. Zum anderen haben wir einen schnellen persönlichen Draht untereinander gefunden, der für uns einen unschätzbaren Wert hat. Wir haben uns bewußt gleich beim ersten Treffen unsere schlimmsten Probleme erzählt, wodurch sich inzwischen eine seelische Hilfe für jeden einzelnen entwickelt hat. Derartige Freundschaften beim Bund zu entwickeln, halte ich für das Wichtigste, gerade am Anfang. Sie entlasten die Beziehungen nach zuhause, man staut nicht mehr so viel persönlichen Druck auf, den man sich sonst für das Wochenende ,,aufhebt'' und kann dort spontaner, normaler leben.

Wir haben auch gemerkt, daß wir uns schnell an manche Mechanismen gewöhnt haben: Es ist z.B. ein ,,soldatisches Merkmal'', seine Wut an Schwachstellen abzureagieren, also nach unten, weil es nach oben eben nicht geht. Als ich mit einem Freund einmal in der Pause Brötchen holte, habe ich die Verkäuferin ganz übel angemacht, bloß, weil diese etwas dunkel geraten waren. Er hat mich dafür hinterher zusammengeschissen und ich war richtig erschrocken, daß mir mein fieses Verhalten nicht aufgefallen war.

Unser gegenseitiges Kritikverhältnis hat sich weiterentwickelt. P. hat z.B. in letzter Zeit Schwierigkeiten mit seiner pazifistischen Haltung gegenüber vielem, was ich nach der Verabreichung des ,,Heiligen Geistes'' mit ihm diskutiert hatte.

Gegen so primitive, menschenfeindliche Formen eines Aufnahmeritus in eine männliche (Zwangs-)gemeinschaft gibt es nur eine einzige Möglichkeit, sich zur Wehr zu setzen — nämlich die der organisierten Gegengewalt. Organisiert hieß in unserer Abteilung, mit denjenigen, die diese Riten ebenfalls verabscheuen, eine ,,Antitruppe'' zu bilden, die bei jedweden Anzeichen von Quälereien einer Schlägerei mit den Scheißtypen nicht aus dem Wege ging. In unserer Stube ist jedenfalls noch niemand getauft worden, beim letzten Versuch gab's was auf die Nase! Zur Erläuterung der ,,Muschitaufe'', wie der Heilige Geist auch genannt wird, will ich abschließend noch drei Beispiele bringen:

1. Bei uns sieht die eingebürgerte Taufe so aus, daß das entsprechende Opfer mitten in der Nacht von 4 — 6 meist angetrunkenen Leuten aus dem Bett und in den Putzraum für Stiefel gezerrt wird. Er wird dann der Länge nach in eines der großen Becken gelegt und die Kaltwasserhähne darüber werden angestellt. Zur eigentlichen Taufe dient dann ein ausrollbarer Feuerwehr-C-Schlauch mit einem handgelenkdicken Strahl, mit welchem das Taufkind bearbeitet wird.
2. Nach Berichten eines anderen Vertrauensmannes wurde einer, der mit seinen Körperkräften sonst nicht hinter dem Berg hielt, in seinen Spind eingesperrt, in dem er sich natürlich nicht bewegen konnte, weil schon viele Ausrüstungsgegenstände darin hängen. Vier Mann kippten den Schrank dann mit der Tür nach unten um, so daß das Opfer wohl kaum noch Luft kriegen konnte. Als Gipfel des Unterfangens sprühten die 4 dann durch ein Loch auf der Rückwand eine halbe Dose Haarspray hinein. In panischer Angst konnte der halbblinde Kamerad sich befreien, indem er den Spind mit dem Rücken aufbrach. Alsdann schnappte er sich den erstbesten harten Gegenstand in Form seines Stahlhelms und schlug wie wild um sich. Das

schnappte er sich den erstbesten harten Gegenstand in Form seines Stahlhelms und schlug wie wild um sich. Das

Ergebnis war ein gebrochener Schädelknochen über der Schläfe bei einem der Übeltäter, eine Platzwunde und Schnittverletzungen bei den beiden, die in der Hektik durch das geschlossene Fenster gesprungen waren.
3. Nach Aussagen des gleichen VM geschah im September vergangenen Jahres der Gipfel an Sauerei: In einer anderen Kompanie fand nach einem Umtrunk von acht Soldaten mit ihrem Gruppenführer eine körperliche Auseinandersetzung statt. Nachdem dieser zuerst versucht hatte, den lauthalsen Überschwang der Kameraden (in ihrem Interesse) zu bremsen und die halbtoten auf ihre Stuben zu zerren, wurde er mit einem geöffneten Klappspaten bedroht und in einen Leerspind verfrachtet. Den Spind mit Inhalt warfen sie dann aus ca. 4 m Höhe aus dem Fenster, wobei die Sache noch glimpflich ablief: Der Gruppenführer brach sich ,,nur'' den linken Oberschenkel und wurde ins Krankenhaus eingeliefert

All diese Geschichten klingen für manchen Leser wohl unglaubwürdig, aber niemand sollte vergessen, daß unter jeder ängstlichen Frage, was man überhaupt während der BW-Zeit machen kann, tausend Antworten stehen, wie ich vielleicht auch zeigen konnte. Jeder kann eine vernünftige Aufklärung über den Bund betreiben, auch als Nichtsoldat! Ran an die Schulen, in denen die Jugendoffiziere der BW in letzter Zeit systematisch das Militär beschönigen! Kämpft gegen die Einziehung von Frauen in die BW, deren gesellschaftliche Situation ohnehin schlecht ist — es gibt keine Emanzipation in der Schule der Nation, nur Bevormundung, noch mehr materielle Abhängigkeit und keine ,,vielseitige, freie Berufswahl''! Ich fordere:

L I N K S U M !

Ein Genosse beim Bund



Im Krankenhaus lauert der Tod durch Infektion

Jeder Patient, der in einem Krankenhaus aufgenommen wird, muß damit rechnen, sich dort eine Infektion zu holen, die lebensgefährlich sein kann. Anläßlich des 96. Chirurgentages Ende April wurde bekannt, daß die Anzahl dieser sog. Hospitalismus-Infektionen weiter zugenommen hat. Konkrete Zahlen werden allerdings nicht mitgeteilt. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn diese Infektionen tauchen als offizielle Todesursachen natürlich in keiner Statistik auf. Auf den Totenscheinen werden dann „Herz- und Kreislaufversagen" oder „Atemstillstand" angegeben unter Angabe der entsprechenden Grundkrankheit. Die Frage, ob diese Patienten eines natürlichen Todes gestorben sind, wird selbstverständlich bejaht.

Nach Angaben amerikanischer, britischer und kanadischer Studien kommen Krankenhausinfektionen bei bis zu 15% aller Patienten vor. Davon enden 5 – 8% tödlich („FR", 4.11.78). Auf die Krankenhäuser der **BRD bezogen bedeutet das bei rd. 4.11.78). Auf die Krankenhäuser der** **BRD bezogen bedeutet das bei rd. 10 Millionen Patienten pro Jahr: Wenn nur 10% von ihnen eine Infektion bekommen, wären das über 1.000.000 Menschen im Jahr, wovon 50.000 bis 80.000 sterben. Nach anderen Schätzungen infizieren sich zwischen 500.000 und 800.000 Patienten während ihres Krankenhausaufenthalts zusätzlich („FR", 9.10. 78).** Die Infektionsrate ist von Krankenhaus zu Krankenhaus unterschiedlich hoch und zwar zwischen 4 und 30% („Hamburger Abendbblatt", 26. 4.79). Die Schätzungen für die ganze BRD liegen so weit auseinander, weil es hochgerechnete Zahlen sind. Deswegen sind sie auch umstritten.

An der Spitze der Krankenhaus-Infektionen liegen Harnweginfektionen (24 - 49%), Wundinfektionen (bis 40%) und die sehr gefährlichen Atemwegsinfektionen (bis 38%) („FR", 4.11.78). Hinzu kommen noch Veneninfektionen (durch Kanülen und Venenkatheter) und Sekundärinfektionen durch Verbandswechsel. Ein Patient hat dabei oft mehrere Infektionen gleichzeitig.

Als angebliche Ursachen werden von den Ärztefunktionären genannt, daß die Eingriffe risikoreicher und immer ältere Patienten behandelt werden würden, die infektanfälliger wären.

Ein ernstes Problem ist allerdings die immer größer werdende Resistenz (Widerstandsfähigkeit) vieler Bakterien gegen Antibiotika. Die Keime ver-ändern ihre Struktur so schnell, daß en gegen Antibiotika. Die Keime ver-ändern ihre Struktur so schnell, daß in der Zwischenzeit gar keine neuen Antibiotika entwickelt werden können. Außerdem steigt die Anwendungsdosis dieser Medikamente und damit auch ihre gefährlichen Nebenwirkungen immer weiter an. Bei diesem Behandlungsprinzip wird generell zu wenig Wert auf Beseitigung der Ursachen gelegt. Die Therapie setzt erst ein, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, d.h. wenn der Patient erkrankt ist. Andererseits bringt eine „vorbeugende" Behandlung aller Patienten mit Antibiotika eine nur noch größere Resistenz der Bakterien hervor.

Generell wird bei der Hospitalismusbekämpfung zu viel Wert gelegt auf technische Maßnahmen wie Umbauten, Schleusen, Lüftungssysteme, Anbringen von UV-Licht oder Versprühen von Desinfektionsmitteln. Dies bezieht sich besonders auf Intensivstationen und Operationssäle. Zwar kann nicht auf alle diese Sachen verzichtet werden, doch bei Betrachtung der Übertragungswege der Erreger wird klar, daß sie zum größten Teil über die Hände von Pflegepersonal und Ärzten weitergegeben werden, nämlich zu 90%. Nur ca. 10% werden durch die Luft übertragen (durch aufgewirbelte Staubteille vom Fußboden und von den Geräten). Durch Klimaanlagen wird etwa 1% übertragen.

Um im Krankenhaus die Ursachen zu bekämpfen, muß erheblich mehr Personal (Ärzte, Schwestern, Pfleger zu bekämpfen, muß erheblich mehr Personal (Ärzte, Schwestern, Pfleger und Reinigungspersonal) eingestellt werden. Heute sieht es oftmals so aus, daß gar nicht die Zeit vorhanden ist, sich nach der Behandlung eines jeden Patienten die Hände zu desinfizieren oder Einmal–Handschuhe zu wechseln. Wegen des Personalmangels können auf Intensivstationen viele Geräte nur oberflächlich desinfiziert werden.

Gesundheitskommission

Patienten wehren sich gegen Kunstfehler

Parallel zum 96.Chirurgentag Ende April berichteten im Bayrischen Hof ca. 10 geschädigte Patienten über unglaubliche Kunstfehler der Ärzte. Hier zwei Beispiele:

Frau Wienand aus Duisburg ließ eine Krebs-Vorsorge-Untersuchung durchführen. Vier Tage danach rief die Sprechstundenhilfe bei ihr an und teilte der ahnungslosen Frau mit, sie sei krebskrank und müsse sofort operiert werden. Die Operation verlief gut (Entfernung der Gebärmutter einschließlich der Eierstöcke), zwei Bestrahlungsserien mit 52 Bestrahlungen ergänzten die Therapie. Nach einem halben Jahr traten Darmblutungen auf, ein neuer Darmausgang wurde gelegt. Es folgten Nierenschäden, die einen Dauerkatheter notwendig machten.

Diese schweren Schäden wurden als Folgen der Bestrahlungen Aus allen Wolken fiel die Patientin aber, als sie während der rechtlichen Auseinandersetzung um die Anerkennung der Strahlenschäden erfahren mußte, **daß sie gar nicht krebskrank gewesen war.** Drei Tage nach der Operation hatte das Pathologische Institut dem behandelnden Arzt mitgeteilt, es habe sich bei der Wucherung um ein gutartiges Gewächs gehandelt!

Nach den ersten beiden Bestrahlungen war die Patientin „schwarz verbrannt" und bat den Arzt, die Therapie abzusetzen. Der Arzt aber, von der Pathologie längst über die falsche Diagnose informiert, erklärte: *„Gute Frau, wo denken Sie hin, es muß weiter bestrahlt werden."*

Bei Frau Wienand war zu schnell, bei der kleinen Silke aus Bonn offenbar zu langsam gehandelt worden. Die Vierjährige klagte über anhaltende Kopfschwerzen und erbrach jeden Bissen, den sie zu sich nahm. Nach 5 Tagen wurde sie aus der Klinik entlassen, nach drei Wochen war Silke aber mit noch stärkeren Symptomen wieder da. *„Das ist psychisch bedingt"* sagten die Ärzte, *„das Kind ist übersensibel"*.

Die Kopfschwerzen nahmen weiter zu. Das Kind konnte kaum mehr laufen, die Sehkraft ließ immer mehr nach, bis zur Erblindung. Erst jetzt entschlossen sich die Ärzte zu einer Computer-Tomographie, einem neuen Röntgen-Verfahren: Nicht Übersensibilität, sondern ein Tumor im Kleinhirn war die Ursache der Krankheit („Hamburger Abendbblatt", 27. 4.79).

Die Patientinnen haben ihre Fälle an die Öffentlichkeit gebracht, um auch andere zu juristischen Schritten zu ermuntern.

Gesundheitskommission

Friedberg: Narkosearzt ist angeklagt!

Seit dem 27. April ist Chefnarkosearzt Haag wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Wie wir in den letzten Ausgaben des Arbeiterkampf berichteten, war der 5 jährige Björn Billach im Januar 1979 nach einer routinemäßigen Mandeloperation aus einer zweiten Narkose nicht wieder aufgewacht. Der Junge war am eigenen Blut erstickt. Diese Narkose war von Dr. Haag eingeleitet worden.

Gleichzeitig wurde das Ermittlungsverfahren gegen den Operateur, den Hals-Nasen-Ohren-Arzt Bader eingestellt. Dr. Bader hatte damals die skandalösen Zustände in der Klinik an die Öffentlichkeit gebracht.

Außerdem läuft ein weiteres staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen mehrere Belegärzte der gynäkologischen Abteilung wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung an der 26 jährigen Babara Seidel. Die junge Frau lag nahezu 5 Tage lang mit einem abgestorbenen Fötus in der Klinik und starb kurz nach einem Eingriff („FR", 28.4.79)

Gesundheitskommission

Bereitschaftsdienst für Ärzte __ Gerichtsentscheidung erst 1981!

Die Entscheidung, wieviel Bereitschaftsdienste Krankenhausärzte in der Woche bzw. im Monat leisten müssen, ist auf den Sanknimmerleinstag verschoben worden: Dr. Heinz-Eberhard Junghans, Arzt im Hamburger Krankenhaus Heidberg, erhielt vom Vierten Senat in Kassel die Nachricht, *„daß nach der jetzt bestehenden Geschäftslage und Geschäftsverteilung ein Termin zur mündlichen Revisionsverhandlung voraussichtlich erst Ende 1981 möglich ist"* („Hamburger Abendblatt", 7.5.79).

Nachdem Dr. Junghans aufgrund seiner Klage gegen die Hamburger Gesundheitsbehörde in zweiter Instanz vom Landesarbeitsgericht das Recht zugesprochen bekam, „nur" noch vier Bereitschaftsdienste pro Monat leisten zu müssen, hatte die Gesundheitsbehörde Revision eingelegt. Damit lag die Entscheidung beim Bundesarbeitsgericht. Und hier hatte man sich wohl schon Gedanken gemacht, daß dem Hamburger SPD-Senat unter die Arme gegriffen werden muß bei dem Versuch, durch Personal-Aufstockungs-Versprechen „guten Willen" zu bekunden und Zeit für die Parlamentsdebatte herauszuschinden. Derzeit berät der Haushaltsausschuß über eine entsprechende Senatsvorlage – und das kann auch noch längere Zeit dauern.

Dr. Junghans hat in einem „offenen Brief" an Arbeitsminister Ehrenberg appelliert, *„durch geeignete Schritte das Bundesarbeitsgericht in die Lage zu versetzen, kurzfristig eine Entscheidung zu treffen"* („HA', ebenda).

Auch der Marburger Bund (rechter Zusammenschluß der Krankenhausärzte) hat sich zu Wort gemeldet und will, *„nach Aussage seines Vorsitzenden alles daran setzen, auf dem Verhandlungswege eine schnellere Änderung der Arbeitszeitregelung für Krankenhaus-Mediziner zu erreichen"* (ebenda).

Die ÖTV, die die Klage eines anderen Heidberg-Arztes, Dr. Gerhard Limbrock (ÖTV-Ärztesprecher), unterstützt, hat bisher außer „Es-schreit -zum -Himmel" - Ausrufen als Begleitgeplänkel keine Anstrengungen unternommen, die Ärzte zu mobilisieren.

Bis endlich eine Verbesserung der Zustände bei der ärztlichen Versorgung der Patienten eintritt, wird weiterhin das Damosklesschwert über dem Leben und der Gesundheit der Krankenhaus-Patienten schweben und jeden Tag seine Opfer suchen – auf dem Operationstisch und in den Krankenzimmern, denn wie sagte Dr. Junghans vor Gericht: *„Bei solcher belastung* 9durch den Bereitschafts-Dienst – Anm.AK) *stellt der Arzt manchmal eine Gefahr für die Patienten dar"* (HA, 7.5.79).

Gesundheits-Kommission

Untersuchung bestätigt: Überall fehlt Pflegepersonal

Nach einer Untersuchung , die die „Deutsche Krankenhausgesellschaft" im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums durchführte, werden gegenwärtig 290.000 Pflegekräfte gebraucht, aber nur 262.000 beschäftigt. D.h. selbst nach dieser quasi offiziellen Bedarfsschätzung fehlen derzeit in unseren Krankenhäusern 28.000 Pflegekräfte!

Das bleibt aber nicht so, denn: *„Der Bedarf an Krankenpflegekräften in den Krankenhäusern wird nach den Berechnungen bis 1985 um weitere 30.000 auf 32.000 steigen. Damit müßten in den nächsten Jahren insgesamt 60.000 Krankenschwestern und Krankenpfleger eingestellt werden. Die Krankenhausgesellschaft begründet den Personalbedarf damit, daß in der Krankenhausplanung eine weitere Verkürzung der Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern unterstellt wird. Eine kürzere Verweildauer setze aber eine intensivere Pflege des Patienten voraus. Darüberhinaus wird auch die Verbesserung der Pflege der Krankenhauspatienten angestrebt"* (FAZ, 9.5.79).

Viele Krankenpflegeschüler(innen) werden heutzutage nach ihrer Ausbildung nicht übernommen. Stellenstreichungen und keine Neubesetzungen sind Trumpf. U.a. in Westberlin hat sich gezeigt, daß die Herrschenden erst dann in die Puschen kommen (mehr Personal einstellen), wenn die Beschäftigten Bambule machen.

Gesundheitskommission

Leserbrief zum Thema „Sterbehilfe", AK 152,S.23

Der im Artikel gezogene Vergleich zwischen »Kostendämpfung im Gesundheitswesen« und der Liquidierung von Tausenden durch die Euthanasieprogramme der Faschisten ist hanebüchen. Wenn »schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft« heißt, daß die Sparprogramme der westdeutschen Bourgeoisie mit den Vernichtungsprogrammen der Faschisten auf eine Stufe gestellt werden, werde ich mich in Zukunft auch zu den entschiedenen Kritikern der Faschisierungsthese gesellen.

Weiterhin ist es eine unbelegte Behauptung, daß es bei der Sterbehilfe-Diskussion in ärztlichen Kreisen nicht nur um passive (= Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen in bestimmten Situationen) sondern auch um aktive (= Eingreifen, das den Tod unmittelbar herbeiführt) Euthanasie geht. Mir ist keine einzige Position in dieser Richtung bekannt; ich lasse mich da gerne eines besseren belehren.

M.E. geht der Artikel in seinen Schlußabsätzen total an den wirklichen Problemen vorbei, die die Konfrontation mit todkranken und sterbenden Menschen mit sich bringt. Ich arbeite z.Zt. auf einer Intensivstation wo zum einen häufig und zum anderen sehr elendig gestorben wird. Jemand, der nur ein bißchen Einblick in solche Dinge hat, wird menschenwürdiges Sterben nicht mehr in Anführungszeichen setzen.

Als Ärzte stehen wir tagtäglich vor der Frage, ob wir durch den Einsatz sämtlicher medikamentöser und technischer Möglichkeiten, die die moderne Medizin bietet, tatsächlich dem Patienten helfen, oder ob wir nur die Quälerei verstärken und verlängern.

Es gibt heute keine irgendwie nennenswerte Zahl von Ärzten, für die eine möglichst hohe Todesziffer das Erfolgskriterium wäre. An den Krankenhäusern werden extensiv Medikamente und Technik eingesetzt, um den Tod herauszuschieben. Hierbei steht im Vordergrund das Interesse der Ärzte, mit dem Sterben nichts zu tun haben zu wollen. Der Einsatz »aller Mittel« entlastet einen selber vor dem Gefühl der Ohnmacht und des Versagens. Der Einsatz geballter Technik und Chemie bewahrt mich vor dem Gespräch mit dem Patienten, diesem mühevollen Prozeß seine Interessen kennenzulernen, um auch in seinem Interesse entscheiden zu können.

Die Diskussion um eine menschlichere Medizin im Interesse des Patienten kann das Problem des Sterbens nicht ausklammern. Hier sind besonders die kritischen Ärzte gefordert; denn die brutale Krankenhauswirklichkeit wird durch die Ärztekammerrichtlinien keinen Deut verbessert.

Es zeugt von totaler Blindheit und Unkenntnis der realen Probleme von Seiten des Artikelschreibers, wenn jedem Arzt, der sich mit den Problemen von Sterbenden auseinandersetzt und der dabei auch Entscheidungen fällt, die den Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen beinhalten, letztendlich die Bereitschaft zur gedanken- und gewissenlosen Vernichtung von Menschen unterstellt wird.

Das Thema »Sterbehilfe« ist recht kompliziert und bedarf sicher einer ausführlichen Diskussion. Die Darstellung im AK ist ein abschreckendes Beispiel, wie man's nicht machen sollte.

Ich würde mich freuen, wenn auch andere Ärztinnen/Ärzte sich mal zu diesem Thema äußern würden.

G.M., Göttingen

Dr. med. Mabuse

MEDIZINERZEITUNG AUS AACHEN FRANKFURT FREIBURG GIESSEN HAMBURG HEIDELBERG KIEL KÖLN MARBURG MÜNCHEN ULM Nr. 12. KIEL, IM MAI 79

Herausgeber: Redaktionskollektiv Dr. med. Mabuse

PREIS 1 DM



Die folgende Selbstdarstellung hat uns die Redaktion der „Dr. med. Mabuse" zugeschickt. „Dr. med. Mabuse" ist eine linke Medizinerzeitung mit Redaktionsmitgliedern in elf Städten der Bundesrepublik und in Westberlin und einer Auflage, die inzwischen auf 6.200 geklettert ist. „Dr. med. Mabuse" ist u.a. im Arbeiterbuch (Grindelhof 45, 2 Hamburg 13) erhältlich.

Selbstdarstellung der Medizinerzeitung „Dr. med. Mabuse"

Seit Einführung der Approbationsordnung (AO) für Ärzte im Jahre 1970 engagierte sich ein großer Teil der kritischen Medizinstudenten in der konkreten Auseinandersetzung um die Gestaltung des Studiums: Gegen die inflationäre Steigerung von Klausuren und staatlichen Prüfungen (die zur Selektion und Effizienzsteigerung dienen), für eine fundierte theoretische und praxisnahe Ausbildung in kleinen Gruppen, wie sie die AO scheinbar verspricht. Diese Auseinandersetzung fand ihren Höhepunkt im Sommersemester 1977 im Streik der Medizinstudenten gegen die katastrophalen Zustände besonders am Ende unseres Studiums – im Praktischen Jahr: Bis heute sind weder Ausbildungsinhalte bestimmt, noch gibt es tarifliche Absicherungen (Bezahlung, Urlaub, Versicherung; Vertretungsrechte im Personalrat). Es gibt nicht einmal genug Ausbildungsplätze.

Die Studenten konnten sich bei der Zuspitzung dieses Konflikts nicht durchsetzen. Vielmehr ist das Praktische Jahr heute fest installiert; die rechtliche Situation aller Studenten hat sich aber durch neue gesetzliche Bestimmungen weiter verschlechtert. Das Landeshochschulgesetz schränkt die politischen Rechte der Studenten und ihrer gewählten Vertretung ein; auch für die Mediziner gilt seit einem Semester die Regelstudienzeit; in der letzten Novelle zur AO wurden wieder Pflichtvorlesungen eingeführt, die zentralen Prüfungen wurden erweitert und verschärft.

Während der Auseinandersetzung um das Praktische Jahr entstand vor zweieinhalb Jahren in Frankfurt durch die Initiative einiger Medizinstudenten die Zeitung „Dr. med. Mabuse". Ihr Erscheinen ist vielleicht ein Zeichen für eine Änderung im Bewußtsein eines Teils linker und kritischer Medizinstudenten. Statt uns in erster Linie mit Ausbildungsformen zu beschäftigen, legen wir jetzt größeren Wert auf die Diskussion der Inhalte, die uns im Studium vermittelt werden, auf die Perspektiven, die uns in unserem Beruf erwarten. Wir versuchen, zu Fragen Stellung zu nehmen, die im Studium nicht angesprochen werden, versuchen uns der

Inhalte, die uns im Studium vermittelt werden, auf die Perspektiven, die uns in unserem Beruf erwarten. Wir versuchen, zu Fragen Stellung zu nehmen, die im Studium nicht angesprochen werden, versuchen uns der

Formierung durch das Studium zu entziehen und für uns das Berufsbild des Mediziners und die Vorstellung einer Medizin zu entwerfen,

- die nicht die Verteidigung der Standesprivilegien zum Inhalt hat,
- die die „Sanierung" des Gesundheitswesens durch staatliche Rationalisierungsmaßnahmen ablehnt,
- die sich nicht das verkürzte, rein naturwissenschaftliche Gesundheitsverständnis der Schulmedizin zu eigen macht,
- die nicht allein auf Kompetenz des Artzes, sondern auf der Zusammenarbeit von Arzt/innen, Pfleger/innen, Psychologen/innen und Sozialarbeiter/innen beruht,
- die sich nicht zum Instrument zur Wiederherstellung der Arbeitskraft degradieren, sich nicht als Hilfsmittel sozialer Kontrolle mißbrauchen läßt,
- sondern, die versucht, den Menschen die Verfügung über ihre Gesundheit aus dem Zwang der Institutionen und aus der Hand der Gesundheitsexperten zurückzugeben.

Mitzuhelfen bei dem Versuch, zu den angeschnittenen Fragen – durch Informationsvermittlung und Diskussion – Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, darin sehen wir die Aufgabe der Zeitung „Dr. med. Mabuse".

Dementsprechend auch die behandelten Themenbereiche: Ökologie, Medizin in der Dritten Welt, „soziale" Medizin (Knast, Randgruppen), Psychiatrie, Arbeitsmedizin, Wissenschaftskritik, Ausbildung in medizinischen Berufen, aber auch Berichte von und über Initiativgruppen und Alternativen im Bereich des Gesundheitswesens, persönliche Erfahrungsberichte, Kurzmeldungen.

Der Funktion der Zeitung angepaßt ist auch unser Arbeitsstil: Selbständig arbeitende Redaktionsgruppen existieren in etwa zehn Unistädten. Sie beschäftigen sich entsprechend dem Interesse der Gruppe oder aus aktuellen Anlässen mit speziellen Fragen, recherchieren, verfassen Artikel, nehmen Kontakte zu anderen lokalen Gruppen auf usw.

Vor dem Erscheinen einer neuen Nummer – es gibt jeweils zwei pro Semester – treffen sich alle Gruppen zu einer zentralen Redaktionssitzung, auf der alle Artikel besprochen werden und die Nummer zusammengestellt wird. Eine Woche später wird von einer oder mehreren Gruppen das Layout gemacht.

Uns ist es besonders wichtig, eine Zeitung von der Planung und Diskussion der Artikel bis zum Umbruch und Versand selbst zu gestalten; diese Arbeitsweise unterscheidet sich grundlegend vom passiven Aufnehmen und sturen Auswendiglernen isolierter Fakten, wie wir es während unseres ganzen Studiums erleben. Zu Beginn des Studiums wird von vielen von uns die „soziale Motivation" geäußert, das „den-Anderen-helfen wollen" ... Doch ausgerechnet der erste Kurs, in dem man direkt mit der Medizin zu tun hat (und nicht mit Nebenfächern wie Chemie oder Physik), der Terminologiekurs, lehrt uns, wie wir uns so verständigen, daß gerade der Patient, der „Andere", uns nicht versteht. Es warten sechs Jahre auf uns, in denen solche Widersprüche immer wieder auftauchen. Am Ende des Studiums ist mancher resigniert und angepaßt, mancher zynisch. Was man auch immer über die vielgerühmte „soziale Motivation" denken mag, der Untergang und deren Umkehrung in Zynismus oder Resignation ist ein beredtes Beispiel für das Aufgeben eigener Ansprüche gegenüber dem anonymen Anpassungsdruck eines Studiums, eines Berufsstandes, einer speziellen sozialen Funktion, in die man eingepaßt wird: der des Arztes. Um eigene Ansprüche zu behaupten, die – in Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und entlang der eigenen persönlichen Entwicklung – auszubauen und zu verwirklichen – dazu will der „Dr. med. Mabuse" Hilfestellung leisten: als Form der Diskussion und Auseinandersetzung über Probleme und Perspektiven, die für uns und andere, die im Gesundheitswesen arbeiten, wichtig sind.

Redaktion Dr. med Mabuse –
Kaiser-Joseph-Str. 284, 7800 Freiburg i.B., Tel.: 0761/2 61 78

Der neue „Dr. med. Mabuse" ist da. Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis:

- **40-Stunden-Woche für Ärzte?**
- **Psychiatrie im Faschismus**
- **Das englische Gesundheitswesen**
- **Gemeindepsychiatrie**
- **Medizinische Versorgung im Gefängnis u.v.m.**

Anstaltsleitung in Hektik

Nach Enthüllungen über die „glücklichsten Bewohner Norddeutschlands"

Hamburg. *»Ich möchte diesen Brief benutzen, um Ihnen allen mein und der gesamten Anstaltsleitung Vertrauen auszusprechen, und Sie zu bitten, in der Treue zu unserem Werk nicht nachzulassen...«*, heißt es in einem Rundschreiben des Direktors der »Alsterdorfer Anstalten«, Pastor Schmidt Diese Anstalt ist die größte Behinderteneinrichtung in Norddeutschland; 1.300 Pfleglinge sind hier untergebracht.

Was war passiert?

Nachdem sich bereits Ende letzten Jahres der »Kollegenkreis Alsterdorf« mit einer Broschüre an die Öffentlichkeit gewandt hatte, um das Behindertenelend in Alsterdorf anzuprangern, meldete sich am 19.4.79 auch die bürgerliche Presse erstmals zu den teilweise skandalösen Lebensbedingungen für die Behinderten zu Wort: Im »Zeit«-Magazin Nr. 17 erschienen gleich zwei Artikel; in dem einen wurde auf die Lebensbedingungen für Behinderte der Station »Carlsruh« eingegangen. In diesem Haus (eine Steinbaracke!) werden 43 Schwerstbehinderte auf engstem Raum zusammengepfercht, müssen sich 34 Einkoter und Einnässer einen (!) Schlafraum teilen. Der Gestank am nächsten Morgen ist fürchterlich. Für die Behinderten stehen in diesem Haus zwei Duschen und eine Badewanne zur Verfügung. Sie haben aufgrund der ständigen Überbelegung keine Möglichkeit private Gegenstände (soweit überhaupt vorhanden!) unterzubringen. Ihnen stehen zehn Betreuer »zur Seite«, von denen wegen Schichtdienst höchstens fünf am Tag anwesend sind. Da diese bei dem ständigen Chaos kaum in der Lage sind, auf die Behinderten einzugehen, werden massig Beruhigungsmittel verteilt, um jedes »Ausflippen« im Keim zu erstikken. Pastor Schmidt dazu im oben erwähnten Rundschreiben: *»Diese Berichte* (in der »Zeit« — Anm. AK) *diffamieren in einer nicht vertretbaren Weise die Gesamtarbeit der Alsterdorfer Anstalten. Die Station des Hauses Carlsruh wird als Prototyp unserer gesamten Arbeit am Behinderten hingestellt...«*. Doch »Carlsruh« ist kein Einzelfall:

gesamten Arbeit am Behinderten hingestellt...«. Doch »Carlsruh« ist kein Einzelfall:



Patient in der Zwangsjacke. In Alsterdorf darf dazu nur „Schutzjacke" gesagt werden.

Haus »Heinrichshöh« Abt. 41/43.

den nächsten Tagen genaue Unterla-

Patient in der Zwangsjacke. In Alsterdorf darf dazu nur „Schutzjacke" gesagt werden.

Haus »Heinrichshöh« Abt. 41/43.

Auch in anderen Häusern herrschen Wohnbedingungen, die einen grausen lassen: *»Im Haus ‚Samaria' leben ca. 17 schwerstbehinderte Frauen in einem Raum. Die einzige Badewanne ist im Schlafsaal. Ebenso ist die Situation für schwerstbehinderte Kinder im ‚Michelfelder Kinderheim'. Auf den drei geschlossenen Abteilungen, die sich auf einem 30 m langen Flur befinden, von dem je ein Schlaf- und Aufenthaltsraum abgeht, leben 30 behinderte Jungen. Der Schlafsaal ist höchstens 30 qm groß, darin je fünf bis sechs Doppel- oder zehn bis elf Einzelbetten. Wie im Haus ‚Samaria' ist die einzige Badewanne und das einzige Waschbecken der Gruppe von meist einnässenden und einkotenden Kindern ebenfalls im Schlafsaal...«* (aus: »Behinderte in den Alsterdorfer Anstalten«, Broschüre vom »Kollegenkreis«).

Ähnlich sind die Zustände auch im Haus »Heinrichshöh« Abt. 41/43. Auf Station 36 (Haus »Guter Hirte«) steht für 28 schwerstbehinderte Frauen nur eine Badewanne zur Verfügung.

Die »Zeit«-Artikel waren tagelang (und sind es eigentlich auch noch heute!) Gesprächsstoff für unzählige Diskussionen unter den Kollegen. Die „Zeit" war dann auch nach wenigen Tagen in den umliegenden Kiosken der Anstalt ausverkauft. Die Anstaltsleitung reagierte sehr hektisch auf die Artikel: So wurden im Abstand von wenigen Tagen drei Oberpflegerbesprechungen angesetzt, auf denen Pastor Schmidt seine Leute wohl »auf Linie« bringen wollte. Das war für ihn auch nötig, denn selbst unter seinen Oberpflegern (=Stationsleiter) gab es einige Kollegen, die sich positiv zu den Artikeln geäußert hatten.

Pastor Schmidt versprach dann auch, *»Sorge zu tragen, daß Ihnen* (den Stationsleitern — Anm. AK) *in den nächsten Tagen genaue Unterlagen ...* (über den »Zeit«-Artikel) *zugestellt werden. Sie sind dann in der Lage, auf Anfragen jederzeit Antwort zu geben.«* Erneut unternimmt er hiermit den Versuch, mit »Glanzbroschüren« die Öffentlichkeit über Mißstände in Alsterdorf im Unklaren zu lassen. In so einer, vor einiger Zeit erschienen Broschüre, wurden die Behinderten Alsterdorfs gar als die *»glücklichsten Bewohner Norddeutschlands«* (!) bezeichnet.

Alles in allem kann man das Echo der Kollegen (besonders der jüngeren Mitarbeiter) als sehr positiv bezeichnen. Und: Auch in vielen Leserbriefen an die »Zeit« wurde von den Verfassern Betroffenheit und Wut über die Zustände in Alsterdorf geäußert. Mittlerweile ist die dritte »Zeit«-Ausgabe mit Leserbriefen zu den Alsterdorf-Artikeln erschienen. Auch hieran wird das Interesse an diesem »Thema« deutlich. Die westdeutsche Linke sollte dies zum Anlaß nehmen, verstärkt über inhumane und menschenunwürdige Zustände in Anstalten für geistig und körperlich Behinderte zu berichten. Im ARBEITERKAMPF wollen wir deshalb in den nächsten Ausgaben detaillierter über die Zustände in Alsterdorf (z.B. Freizeit- und Arbeitsmöglichkeiten, Therapien, Sexualität usw.) berichten. Das Behindertenelend muß noch stärker als bisher an die Öffentlichkeit gebracht werden



Broschüre des Kollegenkreises Alsterdorfer Anstalten
Gerichtstraße 39, 2000 Hamburg 50, Preis: DM 2,50

Skandal: Hausverbot für angeblichen „Drahtzieher" der „Zeit"-Artikel

Der Sprecher der Zivildienstleistenden in Alsterdorf ist am 3.5. von seiner Arbeit im »Psychologischen Dienst« beurlaubt worden. Zusätzlich erhielt er ein Hausverbot für den gesamten Anstaltsbereich. Grund: Die Anstaltsleitung hält ihn für den »Drahtzieher« der »Zeit«-Artikel und beschuldigt ihn darüberhinaus, selber einen Artikel über eine Station (der als Kasten abgedruckt war) verfaßt zu haben. Die Alsterdorfer ZDL'er protestierten gegen diesen Einschüchterungsversuch auf einer schnell einberufenen Versammlung, die mit 30 (von 40 in der Anstalt arbeitenden) ZDL'ern gut besucht war. Sie kamen auch der Aufforderung eines Anstaltsvertreters nicht nach, einen neuen Sprecher zu wählen. Wir werden über diese Auseinandersetzung ausführlich im nächsten AK informieren.

Sofortige Aufhebung des Hausverbots und Weiterbeschäftigung!

Ein Genosse aus Hamburg

Behindert — und Frau sein in dieser Gesellschaft ...

In diesem Artikel möchte ich einmal versuchen darzustellen, was heißt, nicht nur als Frau in unserer Gesellschaft zu leben, sondern auch noch als behinderte Frau.

In erster Linie heißt das, die Unterdrückung der Frau in einem noch viel massiveren Maße zu erleben und gleichzeitig immer gegen zwei voneinander unabhängige Rollenerwartungen ankämpfen zu müssen.

Über dieses Thema wird frau wahrscheinlich ein ganzes Buch schreiben können, und da ich das nicht vorhabe (noch nicht), möchte ich mich im folgenden schwerpunktmäßig auf die Darstellung meiner Beziehungen zu Männern und den damit verbundenen Schwierigkeiten begrenzen. Am besten beginne ich mal mit einer kurzen Selbstdarstellung, und damit bin ich auch schon am schwierigsten Teil des Artikels angelangt:

Ich bin eines von den berühmten „Contergankindern", 17 Jahre alt und Schülerin. Meine „Behinderung" besteht darin, daß ich keine Arme und keine Hände habe und statt dessen meine Füße benutze. Man könnte mich wohl als „integrierte Behinderte" bezeichnen, obwohl ich mich gegen eine solche Bezeichnung wehre, weil sie für mich einen schmalzigen Beigeschmack hat. Ich sehe nämlich mein Ziel nicht so sehr darin, in diese Gesellschaft, der ich sowieso ablehnend gegenüberstehe, integriert zu werden, sondern ich möchte gleichberechtigt mein Leben führen können, ohne mich jeden Tag dafür rechtfertigen zu müssen, daß ich behindert bin. Die Rechtfertigung besteht darin, daß ich täglich von Leuten auf der Straße etc. auf meine Behinderung hin angemacht werde und immer wieder klarstellen muß, daß ich nicht dem Bild des Musterkrüppelchens" entspreche.

Anders ausgedrückt: Ich nehme mir das Recht, auf bestimmte Leute gar nicht mehr einzugehen, was für eine Behinderte nicht normal ist.

Und nun zu meinen Beziehungen: Nicht nur, daß Behinderten an sich Sexualität völlig abgesprochen wird, behinderte Frauen erhalten auch noch zusätzlich eine sexistische Diskriminierung: Ein behinderter Typ hat aufgrund der Rollenverteilung noch Chancen, eine Frau zu finden, die sich aus Mütterlichkeit, Nächstenliebe, Opferbereitschaft... seiner „annimmt". Eine behinderte Frau kann den Verlust ihres Marktwertes niemals in dieser Form ersetzen (s.o.). Eine behinderte Frau wird also doppelt unterdrückt: einerseits als Behinderte und andererseits als Frau (sexistische Unterdrükkung).

Die bis jetzt beschriebenen Probleme sind eigentliche Probleme, die ich meistens alleine durchzukämpfen habe, da die meisten Leute unter Hilfe verstehen, für mich zu reden und zu handeln und mich dadurch für unmündig erklären. Meine Probleme werden speziell erst dann auch für andere Leute (und speziell jetzt für Typen) zu Problemen, sobald sie sich auf eine intensivere Beziehung mit mir einlassen. Konkret heißt das: Er muß die Blicke der Leute mit ertragen, falls er mit mir zusammen durch die Stadt geht und vielleicht zur Empörung aller Leute seinen Arm um mich legt. Die Blicke, die ihm dann gelten, sind solche, die sagen: „Na ja, ist ja nett, daß sich wenigstens einer dieses armen Mädchens annimmt" oder „Mein Gott, konnte der denn keine andere kriegen, armer Kerl." Sobald sich der Typ also mit mir einläßt, gerät er automatisch mit in die Außenseiter- oder „Anormalenrolle" und erfährt immer wieder, daß unsere Beziehung nicht ernst genommen wird. Eventuell bedeutet eine Beziehung mit mir eine Auseinandersetzung mit seinen Freunden, die nicht verstehen, daß der sich mit einer Behinderten abgibt (Isolation), da der Marktwert einer behinderten Frau natürlich wesentlich niedriger ist. Die Reaktion der Umwelt erfuhr ich am widerlichsten und am diffamierendsten in einer Beziehung mit einem schwarzen Typen. Die Attraktion für den Spießer: „Krüppel(in) und Nigger". Das ist natürlich eine erhebliche Belastung für unsere Beziehung, meistens erst recht zu Anfang, wenn der Typ selbst noch Hemmungen mir gegenüber hinsichtlich meiner Behinderung hat.

Vielleicht sollte ich an dieser Stelle kurz einmal darauf eingehen, wie meine Beziehungen zu Nichtbehinderten generell anfangen.

Sobald ich neue Leute kennenlerne (egal ob Frau oder Mann), verhalte ich mich zunächst nach einem ganz bestimmten Konzept. Ich weiß, daß die meisten Leute noch nie mit Behinderten zu tun hatten und deswegen die entsprechenden Hemmungen mit sich herumtragen. Sie müssen sich einfach nicht jeden Tag auf Behinderte einstellen, während ich mich jeden Tag neu auf Nichtbehinderte einstellen muß.

Ich muß also meistens den ersten Schritt tun, der darin besteht, den Leuten die Angst zu nehmen, mit mir über meine Behinderung zu reden, ihre Neugierde als natürlich und für mich nicht verletzend hinstellen, solange sie ehrlich gemeint ist, ihnen zu zeigen, daß ich selbständig bin und kein Mitleid brauche etc. Manchmal ist das sehr nervend, wenn sich das öfters am Tag wiederholt und ich sozusagen dreimal am Tag die gleiche Story vom Stapel lassen muß. Mein Verhalten hängt dann auch immer von meiner inneren Verfassung ab, ob ich z.B. mit Verständnis und Ruhe an die Leute rangehen kann oder nicht.

Nachdem die Leute das alles erst mal in sich aufgenommen haben, gewöhnen sie sich ziemlich schnell an mich, so wie ich bin. Für mich ist es immer wieder toll zu erleben, wie die Leute meine Behinderung genauso selbstverständlich v e r g e s s e n wie ich. Das äußert sich z.B. darin, daß mein Fuß unbewußt als meine Hand bezeichnet wird usw.

Erst nachdem dieser Prozeß abgelaufen ist, kann die eigentliche persönliche Beziehung anfangen, wobei die Behinderung als zu bewältigendes Problem natürlich nicht ausgeschlossen wird, aber wo ich als Theresia und nicht als die Behinderte angesehen werde. Bei Typen sind die zu überwindenden Barrieren natürlich noch größer, da die Frage der Sexualität hier viel akuter auftritt.

Als Frau wird frau immer vom Mann als mögliches Sexualobjekt angesehen, was bei mir meistens (abgesehen von den schovlen Anmachern, die nur irgendetwas in Richtung Frau brauchen, um sich zu befriedigen) erst einmal ausgeschlossen wird.

Der erste Gedanke, ob bewußt oder unbewußt, bei den Männern ist: „Behinderte haben mit Sexualität nichts zu tun." Dementsprechend werde ich also nicht als Sexualobjekt betrachtet, was von der Frauenperspektive her ja eher positiv einzuschätzen wäre, aber andererseits bedeutet das gleichzeitig, rangmäßig tiefer zu stehen, was für mich eine Diffamierung ist. Und hier liegt auch der Grund dafür, daß für mich bis vor ca. einem Jahr jede sexuelle Beziehung, egal wie sie war, zunächst einmal eine Bestätigung war. Sozusagen ein Beweis dafür, daß ich genauso wie die „anderen" war. Aber Theresia sei dank, sind auch hier meine Ansprüche gewachsen. Pauschal ausgedrückt bedeutet Sexualität heute für mich eine mögliche Kommunikationsform, die ich befürworte, solange sie mehr ist als bloße Befriedigung, und die ich nicht nur auf eine Beziehung beschränken kann (entweder Mann oder Frau). Diese Kommunikationsform kostet jedoch Überwindung, da ich mich nicht mit der passiven Rolle zufriedengebe. Für mich persönlich war es anfangs schwer, meinen Fuß als schön zu empfinden und mit ihm zärtlich zu sein. Obwohl ich sonst in allen Bereichen ziemlich geschickt mit meinen Füßen umgehen (hantieren) kann, schienen sie mir anfangs viel zu plump und ungeschickt für den Bereich Zärtlichkeit (ich werde heute noch oft rot, wenn mein Freund mir meinen Fuß küßt).

Für den Typen kostet es dann fast noch mehr Ü b e r w i n d u n g, meinen Fuß zärtlich-frei empfinden zu können.

Mit Fuß wird eigentlich Gewalt (Fußtritt), Gestank oder Fortbewegungsmittel assoziiert. Diese Assoziationen sind im Unterbewußtsein und sie können zwar zeitweilig überspielt werden, müssen jedoch mit der Zeit langsam und bewußt abgebaut werden.

Einerseits durch Erkennen der Frauenunterdrückung in dieser Gesellschaft und andererseits durch Erkennen der Ursachen von Behindertendiskriminierung (unter Hitler wurden wir vergast), bin ich in der Lage, gegen die Diskriminierung (Unterdrückung), die ich täglich erfahre, zu kämpfen und gleichberechtigte Beziehungen zu Männern und Frauen aufzubauen.

Eine AK-Leserin

In Münchner Spastikerzentrum:
„...den Mund mit Leukoplast zugeklebt"

Das Heim als Gefängnis, der Behinderte als gepflegtes Ding und eine menschenverachtende Heimleitung — dieser Albtraum wurde im Münchener Spastikerzentrum bittere Wirklichkeit.

„*Von den Jugendlichen, die im Wohnheim wohnen, wurde mir mitgeteilt, daß ein Verbot besteht, mit den Kräften der Wach- und Schließgesellschaft zu sprechen*". Diese „Kräfte" kontrollieren Tag und Nacht Besucher, Mitarbeiter, behinderte Bewohner. Der Eingang wird per Fernsehkamera überwacht.

„*Es fand ein ständiger Personalwechsel statt. Die Kinder haben geäußert, den Namen der Erzieherin brauchten sie sich nicht zu merken, da sie sofort wieder gehe.*". Dazu eine Sonderschullehrerin: „*Die Erzieherinnen sind gekündigt worden, weil sie zu freundlich zu den Kindern waren*".

Katastrophal auch die psychologische Betreuung: „*Durch die Diplom-Psychologin ist während meiner Dienstzeit keine psychologische Betreuung vorgenommen worden, sondern es sind lediglich Tests durchgeführt worden*".

„*Jeder Behinderte hat im Zentrum einen Gesamtplan gehabt, den er entweder am Körper oder am Rollstuhl befestigen sollte. Klo-Zeiten waren 10, 12 und 15 Uhr. Ich habe es manchmal nicht ausgehalten...*", berichtet ein Behinderter. Über eine schreiende Spastikerin erzählt er: „*Deshalb hat man ihr den Mund mit Leukoplast zugeklebt. Wenn man sich mit ihr beschäftigt hätte, hätte sie wohl mit Schreien aufgehört*". Eine 19jährige Behinderte zu den wöchentlichen Visiten: „*Einmal wurde ich gezwungen, mich auszuziehen, obwohl ich meine Periode hatte...*". Zynischer Kommentar der Krankengymnastikleiterin Cawadsky: „*Die Kinder sind zu jung, um diese Visiten als eine Verletzung der Menschenwürde zu empfinden*".

Heimleiter Prof. Göb rechtfertigte die zum Himmel schreienden Zustände in diesem Heim damit, „*daß eine Therapie sinnlos sei und das betreffende Kind nur Geld kosten würde und weil es später dann doch nicht in einen Produktionsprozeß eingesetzt werden könnte*". Göb vertritt weiter den Standpunkt, „*wonach ein Behinderter nicht unbedingt lernen müsse*".

Von diesen Denkweisen ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Ideologie der Vernichtung „unwerten Lebens". Ohne Furcht vor Konsequenzen — Göb bleibt Heimleiter, Landesbehindertenarzt und Medaillenträger für soziale Verdienste! — dürfen Unmenschlichkeiten begangen und gerechtfertigt werdem (Informationen aus: „Die Zeit", 27.4.79).

Behinderten-Kommission



aus Ernst Klee: „Behindertenreport"

Patientin gegen ihren Willen in Uni-Nervenklinik festgehalten

In der Uni-Nervenklinik Würzburg wurde eine Patientin fünf Tage lang gegen ihren Willen festgehalten. Sie hatte sich dort am 5.3. dieses Jahres freiwillig einer Drogen-Entziehungskur unterzogen, um dadurch eine Langzeittherapie vorzubereiten.

Am 22.3. wurde ihr von der Klinikleitung und der behandelnden Oberärztin mitgeteilt, daß man sie von nun an mit Apromorphin behandeln werde. Dieses Medikament kann unter Umständen Krämpfe, Atemlähmung, Kollaps und Koma hervorrufen, was der Patientin aber verschwiegen wurde. Dennoch befürchtete die Frau, es könnten sich durch eine Behandlung negative Folgen einstellen. Sie wollte deshalb die Klinik verlassen. Doch die Klinikleitung lehnte ab!

Der Arbeitgeber der Patientin beauftragte daraufhin eine Rechtsanwältin. Zunächst wurde der Anwältin ein Besuch bei ihrer Mandantin mit der unverschämten Begründung verwehrt, daß sie keine Vollmacht besitze (kein Wunder, beim ersten Besuch k a n n diese Vollmacht noch gar nicht vorliegen). Erst als die Rechtsanwältin eine Einstweilige Verfügung durch einen Vormundschaftsrichter erwirkte, durfte sie die Patientin besuchen. Zuvor hatte der Richter mit der Patientin zwar telefonisch sprechen können, diese wurde aber durch anwesende Klinikangehörige dermaßen eingeschüchtert, daß sie einem Verbleib in der Klinik um weitere zwei Tage zunächst „zustimmte".

Der Rechtsanwältin wurde seitens der Klinikleitung dazu erklärt, daß die Patientin auch eine Erklärung unterschrieben habe, worin „*sie freiwillig auf unbeschränkte Zeit einem Klinikaufenthalt zustimmte*". Daß dieses schriftliche „Einverständnis" der Patientin offensichtlich auf einer bewußten Täuschung durch die Ärzte beruhte, wird aus der Äußerung der Frau deutlich, wonach sie „*ihres Wissens nie eine Erklärung unterschrieben (habe), in der sie einem freiwilligen Verbleib in der Klinik bis auf weiteres zusagte. Der behandelnde Arzt habe ihr nur gesagt, sie unterschreibe, daß sie nichts gegen die bisherige Versorgung in der Klinik einzuwenden habe*".

Nach dem Besuch der Rechtsanwältin wurde die Patientin bis zu ihrer Entlassung total isoliert („fixiert"), sie durfte keine Telefonate empfangen oder führen, nicht einmal ihr Hausarzt konnte Kontakt zu ihr aufnehmen.

Die Stellungnahme der Klinikleitung zu den Vorgängen ist auch wieder ein starkes Stück:

- Es wird zwar festgestellt, daß eine medikamentöse Behandlung „geplant" gewesen sei, das gefährliche Medikament Apromorphin nicht erwähnt.
- Es wird scheinheilig erklärt, „*daß die Patientin selbst die Entlassung nicht wünschte*", eine Aussage, die diese unmißverständlich zurückgewiesen hat.
- Die Rechtsanwältin sei „zu unüblicher Zeit" und „völlig überraschend" gekommen. Dabei hatte der Arbeitgeber der Patientin den Besuch angekündigt und die „unübliche Zeit" war von der Klinikleitung selbst vorgeschlagen worden.

In einer Erklärung stellte der „Mittwochclub" der Katholischen Hochschulgemeinde, ein Arbeitskreis zur Betreuung psychisch Kranker, zu diesen Vorgängen fest: „*Auf Grund der Erfahrungen, die wir bei den wöchentlichen Zusammentreffen mit Patienten, die wir aus den Kliniken abholen, bei Besuchen auf den Stationen, sowie bei langfristigem Erfahrungsaustausch in Ehemaligengruppen gemacht haben, müssen wir nachdrücklich feststellen, daß ähnliche Vorkommnisse nicht etwa auf den Einzelfall beschränkt sind, sondern tägliche Praxis sind. Patienten werden nach unserer Erfahrung fast nie über ihre Rechte aufgeklärt, geschweige denn über Art und Auswirkung der Psychopharmaka-Behandlung informiert. Man muß sich einmal die verzweifelte Situation einer Patientin vorstellen, die freiwillig zur Behandlung erscheint, sich auf einmal auf einer Station befindet, in der 20 Betten nebeneinander stehen, in denen Depressive neben Drogenabhängigen und sogenannten Schizophrenen liegen. Gerade Drogenabhängigen schlägt hier eine seltene Feindseligkeit entgegen (Zitat Arzt: 'Euch werden wir's schon austreiben!').*

Neben häufiger Briefzensur erwartet die Patientin dann noch die ewige Unklarheit über den Entlassungstermin. Und immer wieder erleben wir, daß freiwillig gekommene Patienten gegen ihren Willen langfristig festgehalten werden ..." (Hervorhebung von uns — Anm. AK). In der Stellungnahme wird ferner noch auf die unmenschlichen Behandlungsmethoden in a l l e n unterfränkischen Nervenkliniken hingewiesen (Zitate nach: „Mainpost" v. 26.3., 28.3., 31.3. und 5.4.79).

KB-Sympathisanten Würzburg

Kritik zum „Leserbrief eines behinderten Genossen" in AK 151, S. 59

Mit Freuden habe ich den Leserbrief gelesen: Endlich mal ein Krüppel, der so denkt wie ich!

In meiner politischen Arbeit kann ich mich als Krüppelin sehr gut mit diesem Artikel identifizieren. Auch ich unterwerfe mich (und lasse mich unterwerfen) immer noch diesem Anspruch, „normal zu sein". Dabei fahre ich immer wieder auf die Rolle des „Dynamokrüppels" ab und stehe im ständigen Kampf mit meiner Abhängigkeit von dieser Erwartungshaltung der Nichtbehinderten.

Bis vor ungefähr einem halben Jahr habe ich mich von jedem Behinderten distanziert, um ja nicht in ein Ghetto zu geraten, aus dem ich mich ja durch mein nahezu „Perfekt"-Sein mühsam herausgehalten habe. Ich hatte außerdem auch so meine Erfahrungen mit karitativen Behindertenklubs, in denen ich in meinen Aggressionen anderen Behinderten gegenüber eher noch bestärkt wurde. Nun bin ich im Verband der Contergang-Behinderten, was für mich aber von meinem politischen Standpunkt aus noch längst nicht reicht. Wir kämpfen zunächst einmal um unsere Rechte auf Arbeits- und Studienplätze und anderen formellen Kram, aber immerhin, wir k ä m p f e n (und das ist schon mal ein Zeichen dafür, daß die Behindertenarbeit ins Rollen kommt). In unserer Arbeit erkennen wir immer wieder, wie hart wir noch an unseren gegenseitigen Aggressionen zu knakken haben. Für mich bedeutet das fast ein neues Anfangen: noch einmal von vorne anfangen, mich mit meiner Behinderung auseinanderzusetzen. Bislang habe ich mich ja über immer nur meine Beziehungen zu Nichtbehinderten definiert, wobei es wichtig war, daß ich mit anderen Behinderten nichts am Hut hatte. Dies war immer ein Maßstab für unsere Integration und hierin finden unsere Aggressionen auch ihren Ursprung. Um diese Aggressionen abzubauen — und wir müssen sie abbauen, denn nur gemeinsam sind wir stark und können unsere Ziele erreichen —, müssen wir uns in autonomen Gruppen zusammenschließen. Autonom bedeutet hier unabhängig von Nichtbehinderten, damit unsere Emanzipation verwirklicht werden kann. Aus meiner Erfahrung als Mitglied einer Frauengruppe, weiß ich, daß wir uns in unserer Bewegung z.T. an der Frauenbewegung orientieren können (wobei ich noch schnell einwerfen muß, daß meine Emanzipation als Frau natürlich mit meiner Emanzipation als Krüppelin parallel laufen muß). Aber wir müssen dabei jedoch immer die Tatsache im Auge behalten, daß die Frauen trotz der größeren Unterdrückung, die sie/wir täglich erfahren, einen viel stärkeren Rückhalt in unserer Gesellschaft haben: auf uns Frauen wird die Gesellschaft niemals (und schon gar nicht unser System) verzichten können. Sie/Wir können auf eine eigene Kulturgeschichte zurückgreifen, sie/wir machen 53% der Bevölkerung aus etc. — während wir Behinderten der Bourgeoisie nicht im geringsten fehlen würden, was durch das Euthanasieprogramm während der Nazi-Zeit ja bereits bewiesen wurde. Deswegen müssen wir uns teilweise den „Normen" der Nichtbehinderten unterwerfen und „Dynamokrüppel" sein, aber nur mit dem Ziel, unsere Wünsche zu verwirklichen und gegen dieses System und die Gesellschaft in die Offensive zu gehen. Wir dürfen unsere Behinderung nicht negieren, aber gleichzeitig weiß ich auch, daß ich meine jetzige Selbständigkeit nur durch totalen Ehrgeiz erreicht habe. Die Befreiung von den Normen der Nichtbehinderten muß sich als innerer Prozeß vollziehen, indem wir halt nicht für Anerkennung und Bestätigung als Einzelne kämpfen, sondern für die Emanzipation der Behinderten generell. Wir müssen anfangen, unser Problem als ein politisches zu begreifen und es auch in diesem Sinne anpacken.

Setzen wir also unsere Aggressionen in Energie um!!!!

Eine AK-Leserin

Portugal



Reiseeindrücke

Fünf Jahre nach dem 25. April

Portugal – ein Land, mit dem die Linken hier nicht nur Sonne, blauen Himmel, Meer mit endlosen Stränden, Portwein und Korkeichen assoziieren. Nach dem 25. April '74 richteten sich auch erhebliche Hoffnungen auf dieses Land: Nelken in den Gewehrläufen, Land-, Fabrik- und Hausbesetzungen, revolutionäre Stimmungen und Ansätze zu Basisdemokratie. Ja, es gab genügend Gründe, zu hoffen.

Und heute? Neben dem 25. April '74 gibt es ein weiteres wichtiges Datum in Portugals jüngerer Geschichte, den 25. Nov. '75: Entmachtung der linken Militärs, Übergang zur westlichen Demokratie", Restauration. Kaum war der revolutionäre Prozeß gestoppt und kaum wurde begonnen, die Errungenschaften des 25. Aprils wieder rückgängig zu machen, da hatte auch die bundesdeutsche Portugal-Euphorie ein Ende. Die meisten Linken versuchten, Portugal so schnell wie möglich zu vergessen.

Anfang März fahre ich mit dem Zug von Spanien nach Setubal, es ist „Kaiserwetter". Nördlich von Lissabon sieht man noch die Auswirkungen der verheerenden Überschwemmungen vom Februar. Nein, das sind keine Reisfelder, was ich da sehe; noch immer stehen ganze Felder unter Wasser. Im Hause von Jose Afonso frage ich nach J. Er ist nicht da, aber vielleicht ist er vor dem Supermarkt „Pao de Acucar". Wir fahren hin. Jose Afonso warnt mich: Sowie es zu Schlägereien kommt, soll ich laufen – um mein Leben laufen. Letzten Samstag wurden hier Demonstranten und auch Unbeteiligte von einer speziellen Schlägertruppe der Polizei krankenhausreif geschlagen. Sie haben auf alles geprügelt, was ihnen unter die Knüppel gekommen ist. Ein Kind hat ein Auge verloren.

Heute stehen die Mannschaftswagen der Prügelpolizisten diskret auf einem Hof um die Ecke; ca.

Heute stehen die Mannschaftswagen der Prügelpolizisten diskret auf einem Hof um die Ecke; ca.

150 „normale" Polizisten beherrschen das Bild auf der Straße vor dem Supermarkt. Diskutierende Gruppen werden abgedrängt. „Weitergehen" sagen die Polizisten. Eine ungeheure Demonstration staatlicher Macht, aufgefahren vor einem Supermarkt, um einen von dessen Arbeitern, der Gewerkschaft und der Bevölkerung getragenen Boykott gegen die Wiedereinführung des verkaufsoffenen Samstag-Nachmittag bei „Pao de Acucar" zu brechen. Die Stimmung auf der Straße ist mehr als gespannt. „Das ist Faschismus", schreit auf einmal ein junger Mann zu den Polizisten und läuft weg.

Am Abend treffe ich J. Was er mir erzählt, ist alles andere als ermutigend. Die Rechten haben Oberwasser und nutzen das auch rigoros aus. War vor einem halben Jahr die Regierung Mario Soares noch gescheitert, weil sie das Lei Barreito (Gesetz gegen die Agrarreform) nicht zügig hatte durchsetzen können, so hat die Regierung Mota Pinto schon ganz andere Probleme: Im Kampf gegen die kommunistisch orientierten Kooperativen im Alentejo geht sie noch über den Rahmen des Lei Barreito hinaus und scheut auch nicht vor illegalen Praktiken wie Fälschen von Unterschriften zurück. Fast täglich wird von einer Agrar-Kooperative eine sog. „Reserve" an Angehörige des ehemaligen Großgrundbesitzers zurückgegeben. Das bedeutet meist das Ende für die Kooperative. Ich höre, daß es im Alentejo schon wieder 40.000 arbeitslose Landarbeiter geben soll. Da treibt z.B. ein Großgrundbesitzer unter Polizeischutz 40 Kühe in die Saat einer Kooperative, obwohl das Land ihm noch nicht zurückgegeben wurde. Zwei 76 bzw. 78 Jahre alte und kinderlose Großgrundbesitzerinnen bekommen je eine „Reserve" zurück – laut Gesetz zur eigenen Bewirtschaftung! Rund 40 Arbeiter verlieren ihre Existenzgrundlage. Und schon wieder wird das Land liegen gelassen, den Landarbeitern bleibt der Alkohol, und selbst zum Besaufen reicht das Geld kaum.

Mir will der Wein, mit dem wir unser Wiedersehen feiern, auch nicht mehr so recht schmecken. „Und was ist mit Widerstand?" frage ich. Der Widerstand hat nachgelassen, die GNR (Nationalgarde) ist immer in der Mehrzahl und die kennen auch kein Pardon mehr. Solidarität gibt es kaum, aber viel Resignation.

Zwei Tage später fahre ich weiter auf die Kooperative „Estrela Vermelha". Große Begrüßung, ich bin noch vom letzten Mal bekannt. Ich sehe mich genau um, nein, seit letztem Sommer hat sich hier nichts verändert. Oder doch? Wo ist Jose,

sehe mich genau um, nein, seit letztem Sommer hat sich hier nichts verändert. Oder doch? Wo ist Jose,

der die Traktoren reparierte? Er ist nach Sines gegangen, wo ein riesiger Industriekomplex entsteht. Und Joaquim? Auch in Sines. Ja, immer mehr gehen nach Sines, z.T. sicher auch, weil sie die Agrarreform schon aufgegeben haben.

Nach ein paar Tagen höre ich es zum ersten Mal: Ein Neffe des alten Besitzers hat von der „Estrela Vermelha" eine „Reserve" beantragt. Das heißt, eines Tages wird er kommen mit der GNR; er wird sagen, welchen Teil des Landes er haben will und dann wird es ihm schon gehören. Zwei Traktoren wird er auch haben wollen und Vieh. Ob die Kooperative das überstehen wird? Was wird, wenn er auch die Gebäude nimmt? Schon jetzt versucht man, nicht zu viel zu machen – wer weiß, wem die nächste Ernte gehört.

„Was werdet ihr machen, wenn der mit der GNR kommt?" Die Männer zucken mit den Schultern. „Mich kriegen die hier nicht runter", sagt einer. „Mich auch nicht", sagt ein anderer. Sie arbeiten weiter.

An einem Dienstag arbeiten wir in den Reisfeldern. Auf einmal stellen die Frauen die Hacken hin. „Heute wird bei Alvalade eine ‚Reserve' zurückgegeben". Das ist ganz in der Nähe. Es entsteht so etwas wie eine Gedenkminute. „Wäre es nicht besser hinzugehen, wenigstens Solidarität zu zeigen?" Es entsteht eine kleine Diskussion. Was kann man machen gegen die GNR und ihre Gewehre? Es regnet, die Frauen wickeln sich in Plastikfolie ein.

Nach Feierabend kommt Antonio vorbei. In Den Haag hat eine holländische Gruppe kurz die portugiesische Botschaft besetzt, um gegen die Zerstörung der Agrarreform zu protestieren. Antonio strahlt. Wir auch. Bis hierhin kommt also die Nachricht von Solidaritätsaktionen, wenn auch mit Verspätung. Es ist ein gutes Gefühl zu hören, daß die alltägliche Brutalität der Regierung im Ausland nicht völlig übersehen wird.

Am Samstag sind große Demonstrationen gegen die Regierung Mota Pinto in Lissabon und anderen Städten. Von den 120 Arbeitern und Arbeiterinnen fahren 90 nach Lissabon. Ich fahre mit ihnen, mit gemischten Gefühlen. Wir waren gewarnt worden: Die Regierung wolle etwas gegen die linken Ausländer unternehmen, die Teilnahme an den Demonstrationen kann die Ausweisung bedeuten. Also, nur nicht auffallen.

Die Demonstration ist eine der größten seit den Zeiten des 25. April. Wir vier Ausländer, die wir mittlerweile geworden sind, fallen da nicht mehr auf. Für einen Deutschen ist es ein etwas ungewohntes Bild:

lerweile geworden sind, fallen da nicht mehr auf. Für einen Deutschen ist es ein etwas ungewohntes Bild:

ein endloser Zug von Hirten, Fischern, Land und Fabrikarbeitern, vielen alten Leuten und Frauen, oft mit Kindern; fast alle sind sonntäglich angezogen und mit Regenschirm. Es regnet in Strömen. Nur als es an einem Krankenhaus vorbei geht, herrscht absolute Ruhe im Zug, ansonsten macht sich der Unmut der Bevölkerung lautstark Luft. „A luta continua – Mota Pinto para rua!" Eine halbe Million Menschen auf der Straße.

Als wir dann abends wieder müde im Bus sitzen, wird noch diskutiert, ob solche Demonstrationen großen Sinn haben. „Sie zeigen der Regierung, was das Volk will". „Was kümmert's die Regierung, die sind eh stolz, unpopulär zu sein". „Aber sie machen Mut!" Eine Weinflasche kreist. „Ja, sie machen Mut, aber Demonstrationen allein reichen nicht". Wir sind wieder bei der alten Frage: Was kann man machen, wenn die GNR kommt?

Ja, 1974/75 war das anders, da war der Sozialismus zum Greifen nah. Und es gab eine starke internationale Solidarität, besonders in der BRD. Als dann die Sozialdemokraten um Mario Soares mit den Geldern und dem know how der SPD die Revolution verraten haben, da ist das Interesse an Portugal verbrannt wie ein Strohfeuer. Aber noch gibt es Errungenschaften aus der Revolution zu verteidigen, noch gibt es Kooperativen und selbstverwaltete Fabriken. Man sollte sich nichts vormachen, der Widerstand ist nicht stark und die Resignation ist nicht zu übersehen. Solidarität mit denen, die um ihre nackte Existenz kämpfen, ist heute vielleicht wichtiger als vor fünf Jahren.

1975 sind viele auf die Kooperativen im Alentejo gefahren – heute sind es weniger geworden. Aber auch heute kann man dort noch praktische Solidarität üben und eine ganze Menge lernen. Lernen kann man z.B. sehr viel über Klassenkampf, über sozialdemokratische Politik und über die Rücksichtslosigkeit, mit der sich die Bourgeoisie über die von ihr selbst gemachten Gesetze hinwegsetzt. Und man lernt etwas über die Konsequenzen der Bonner Interventionspolitik – Portugal heute, das ist auch das Resultat des Wirkens von Willy Brandt und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Es lohnt hinzufahren, dann kann man das sehen, auch wenn man die Sprache nicht beherrscht: Es ist nicht zu übersehen.

G.B., Karlsruhe

Waffengeschäfte mit Chile

Anfang April veröffentlichte die linke portugiesische Wochenzeitung „Voz do Povo" (UDP) die Kopie eines Fernschreibens, aus dem hervorgeht, daß Portugal Waffen an Chile liefert. Es geht um einen Auftrag, 30 t Gewehre zu liefern. Laut Fernschreiben ist dieser Auftrag Teil eines Lieferungsvertrages zwischen den chilenischen Faschisten und der portugiesischen Regierung.

„Voz do Povo" vermutet als Ladung westdeutsche G-3-Gewehre, die in Portugal unter Lizenz hergestellt werden. Nach Augenzeugenberichten beschreibt die Zeitung den üblichen Weg dieser Lieferungen: von Braco de Prata (Herstellungsort der G-3-Gewehre) werden die Waffen in zivilen LKWs in Kisten mit der Aufschrift „Landwirtschaftliche Maschinen" verpackt zur Luftwaffenbasis Portela de Sacavem transportiert. Dort soll in den letzten Monaten ein reger Verkehr von sogenannten Piratenflugzeugen festgestellt worden sein, von Maschinen also, die weder über eine Nummer, noch über einen Nationalitätenhinweis' verfügen („Voz do Povo", 3.4.79).

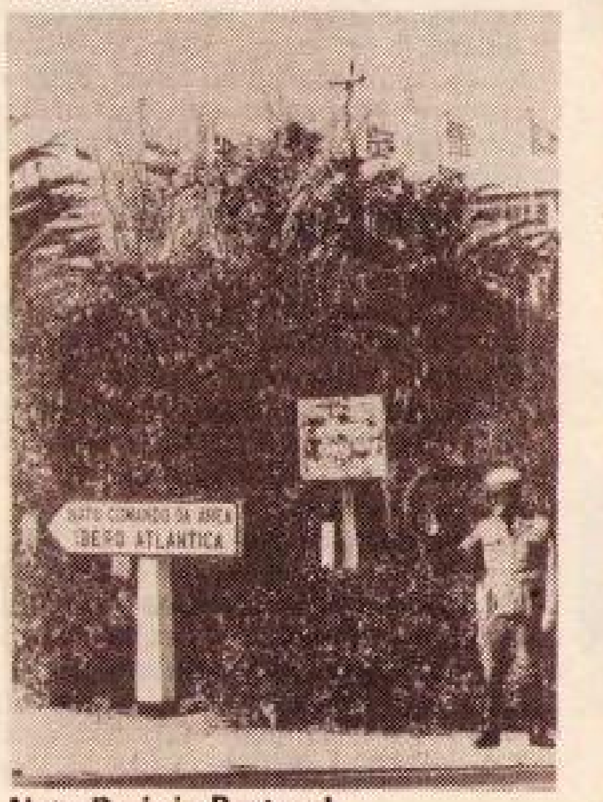
Es ist dies nicht der erste Fall, daß der NATO-Mitgliedsstaat Portugal Waffen an reaktionäre und faschistische Regimes liefert. So wurde 1977 bekannt, daß an das Kriegsministerium von Guatemala 1,8 Millionen Schuß Munition des Kalibers 5,56 verkauft worden waren. Dazu gibt es ein Dokument, das beweist, daß der Oberste Generalstab der Streitkräfte Portugals von diesem Handel wußte und ihn auch begrüßte („Pagina Um", 7.7.77).

Es gab auch den Fall der vier Korvetten, die unter portugiesischen Auftrag in Spanien hergestellt wurden und dann nach Kolumbien weiterverkauft werden sollten, um von dort möglicherweise nach Südafrika geliefert zu werden, wie die spanische Wochenzeitschrift „Cambio 16" 1977 befürchtete (siehe auch unser Artikel in AK 110).

In Bezug auf das Korvettengeschäft mit Kolumbien hatte Souto Cruz, Oberbefehlshaber der portugiesischen Marine, öffentlich zugegeben, daß das Geld ins Ausland gegangen sei. Diese Bemerkung wird umso interessanter, wenn man weiß, daß Souto Cruz sowohl nach dem 25. April als auch schon zu Zeiten des Faschismus an wichtigen Schaltstellen für Waffengeschäfte gesessen hat und bereits während des portugiesischen Faschismus von der BRD mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden ist („Pagina Um", 28.7.77). Wofür wohl?

(Der von uns zitierte Artikel in „Voz do Povo" wurde übrigens seitens der Regierung oder des Militärs mit keinem Wort dementiert.

Portugal-Kommission



Nato-Basis in Portugal

Portugal 1979 — immer noch ungeliebt vom Imperialismus

Fünf Jahre nach der „Revolution der Nelken" vom 25. April 1974, gut drei Jahre nach dem Rechtsputsch der Militärs um den heutigen Staatspräsidenten Eanes, wenige Monate nach der Installation der ersten offenen Rechtsregierung und dem Inkrafttreten der „Sanierungsmaßnahmen" des Internationalen Weltwährungsfonds ist Portugal immer noch nicht wieder das geworden, was die Imperialisten sich wünschen: Ein Ausbeutungsparadies an der Peripherie Europas, mit günstigen Seeverbindungen und einer willfährigen, jedem Erpressungsmanöver ausgelieferten millionenstarken Arbeiterklasse.

Zwar hat die Auslandsverschuldung (nicht zuletzt beim IWF, den USA und der BRD) inzwischen 6,5 Milliarden Dollar erreicht, zwar stieg die Inflationsrate auf 27% und die Arbeitslosenquote nach offiziellen Angaben auf 13%, aber den von der portugiesischen Sozialdemokratie so heiß umworbenen imperialistischen Investoren reicht das alles noch nicht:

Zwischen 1976 und 1978 sind die westdeutschen Investitionen von 122 Mio. auf 65 Mio. Dollar, und die amerikanischen sogar von 78 Mio auf 20 Mio Dollar gesunken.

Eine Beilage der Lissabonner Tageszeitung „Diario de Noticias" gab in diesen Tagen Auskunft darüber, warum das so ist: Die Handelskammern der USA wie der BRD beklagen sich immer noch über „schlechte Bedingungen" für ausländische Investoren, weil es z.B. nur staatliche Banken und Versicherungen gebe. (Dieses Argument erscheint angesichts der Investitonswut in der VR China erstaunlich, oder gibt es dort bereits eine Filiale der Deutschen Bank?).

Tatsächlich kommen die Herren dann auch schnell zur Sache: **Das schwierigste Hindernis seien nämlich die strengen portugiesischen Arbeitsgesetze, speziell die Gesetzgebung über Streiks und Enlassungen!**

Eine Studie des „Deutschen Entwicklungsinstituts", die ausführlich zitiert wird, und eine Hitliste von 45 Ländern, die den potentiellen ausländischen Investor interessieren könnten, beinhaltet, reiht Portugal gar auf den vorletzten Platz, hinter Pakistan, Chile, Argentinien und Indien ein, und begründet das folgendermaßen:

„Die Instabilität der Regierung wird bleiben ... Daran werden auch die Parlamentswahlen 1980 und die Präsidentenwahl 1981 nichts ändern, die Situation wird vielschichtig bleiben. Die Militärs sind gespalten, ohne daß man jedoch einen Putsch absehen könnte. Jede Regierung der rechten Mitte, die Sparmaßnahmen sowie Anreize für die private Initiative zu schaffen versucht, wird an der Opposition der PS und der PC, wie der von den Kommunisten kontrollierten Intersindical scheitern."

Natürlich werden solche Veröffentlichungen von der protugiesischen Rechtsregierung gefördert, sollen sie doch dazu dienen, die Arbeiter und die Linke für die Misere verantwortlich zu machen.

Die Arbeiter erfahren dadurch aber auch, welchen Preis das internationale Kapital für ein paar schlechtbezahlte Arbeitsplätze von ihnen fordert: nicht weniger als die Preisgabe der letzten Errungenschaften des 25. April!

Daß der portugiesischen Arbeiterklasse dieser Preis zu hoch ist, zeigt sie in ihren Kämpfen.

Portugal-Kommission



nahost

Libanon: Zionistischer Terror

Am 9.5.79 überfielen 400 Mann der israelischen Armee unterstützt von 40 (!) Panzern den Südlibanon und rückten bis zum Dorf Shagra vor, das in dem von UN-Truppen (UNIFIL) kontrollierten Gebiet liegt. Die Zionisten hielten es diesmal nicht einmal für nötig, sich bei ihrem Überfall hinter den faschistischen Milizen Haddats zu verschanzen. Ganz offen wurde der Einmarsch als „Vergeltungsaktion" für eine bewaffnete Aktion palästinensischer Widerstandskämpfer zugegeben („FR", 10.5.).

Mit der Begründung, „Terror"angriffen von palästinensischer Seite „vorbeugen" zu müssen, hatte die israelische Luftwaffe schon seit dem 6. 5. jeden Tag Palästinenserlager und libanesische Dörfer mit Kampfflugzeugen bombardiert. U.a. wurde das palästinensische Flüchtlingslager Nahr al-Bared (Nähe Tripoli, 200 km von der israelischen Grenze entfernt) sowie der in der Nähe gelegene libanesische Ort Mouhamara bombardiert, es gab 6 Tote und etwa 30 Verletzte. Der libanisische Ministerpräsident Hoss erklärte, dieser Angriff stelle *„einen Beweis für die Unrichtigkeit israelischer Vorwände dar, wonach es sich nur um eine Vergeltung für Handlungen palästinensischer Guerilleros handele."*(„SZ", 8.5.79). Am nächsten Tag kamen bei der Bombardierung der Gegend von Jall el-Bahr elf Menschen ums Leben. Die Hauptbetroffenen dieser israelischen Terrorangriffe sind die libanesische und palästinensische Zivilbevölkerung. Die Zionisten verfolgen damit das Ziel, einen Spalt zwischen die libanesische Bevölkerung und die im Libanon lebenden 165.000 palästinensischen Flüchtlinge zu treiben. Die angeblichen „Vergeltungsschläge" sollen sich gegen die palästinensischen „Terroristen" richten, treffen aber mit größter Zielsicherheit die Zivilbevölkerung.

Während die Zionisten nur die palästinensischen und fortschrittlich-libanesischen Kräfte angreifen, wobei die Syrer stillschweigend zusehen, um jede Konfrontation mit den israelischen Streitkräften zu vermeiden, werden die Angriffe gegen die syrischen Interventionstruppen im Libanon von faschistischen Milizen Gemayels und Chamouns geführt, wie jetzt wieder in Ostbeirut (dem von den Faschisten beherrschte Teil der Stadt).

Die Zionisten und die Faschisten
den Faschisten beherrschte Teil der Stadt).

Die Zionisten und die Faschisten wollen damit erreichen, daß die syrischen Interventionstruppen, deren Eingreifen auf Seiten der Faschisten gegen die fortschrittlichen Kräfte sie noch im libanisischen Bürgerkrieg außerordentlich begrüßt hatten, und die palästinensischen Flüchtlinge als die Ursache des libanesischen Problems hingestellt werden. Sie sollen das Land verlassen, oder werden mit Vernichtung bedroht. Die fortschrittlichen Kräfte sind ein Hindernis für die Errichtung eines reaktionären Libanons unter Kontrolle der Zionisten.

Der Verwirklichung dieses Ziels diente die Ausrufung des „Freien Libanons" durch den Faschistenführer Saad Haddad Mitte April. Dieser etwa 750 km^2 große Grenzstreifen zu Israel ist damit völlig unter die Kontrolle der dort frei operierenden israelischen Verbände gekommen, die etwa 200 Mann starken faschistischen Milizen dienen nur als Deckmantel für die israelischen Operationen.

Mit diesem Vorgehen sollen auch die übrigen reaktionären bis faschistischen Politiker (von Raimund Edde über den jetzigen Staatspräsidenten Sarkis bis zum Faschistenführer Frangieh) unter Druck gesetzt werden, die aus der reaktionären „Libanesischen Front" ausgeschert sind und mit der Politik der „nationalen Erneuerung" einen einheitlichen reaktionären Libanon schaffen wollen, allerdings ohne ihn völlig dem Einfluß der Zionisten auszuliefern, wie es die allein in der „Libanesischen Front" verbliebenen Faschistenführer Gemayel (Falangisten) und Chamoun (Nationalliberale Partei) zu tun bereit sind (vgl. AK 152).

Welche Rückendeckung die Zionisten bei ihrer aggressiven Politik besitzen, machte die Entscheidung des UN-Sicherheitsrates Ende April deutlich. (Der Sicherheitsrat war von der libanesischen Regierung wegen der Gründung des „Freien Libanons" und der Provokationen der faschistischen Milizen und der israelischen Truppen angerufen worden.) Alle Länder des Nahen Ostens werden darin aufgerufen, die territoriale Integrität, Souveränität und politische Unabhängigkeit des Libanon zu achten. Israel wird nicht besonders erwähnt, obwohl israelische Truppen weite Teile des Libanons, u.a. die ganze libanesische Küste vom Wasser, aus der Luft und zu Lande angegriffen hatten, und obwohl es die israelischen Truppen waren, die tagelang UN-Stellungen unter Beschuß nahmen, um damit zu verhindern, daß die UN-Truppen entsprechend einem Beschluß des Weltsicherheitsrates ihre Stellungen nach und nach
Einheiten der regulären libanesischen
nem Beschluß des Weltsicherheitsrates ihre Stellungen nach und nach
Einheiten der regulären libanesischen Streitkräfte übergeben. Dies hatten sogar Berichte der UNIFIL-Truppen bestätigt.

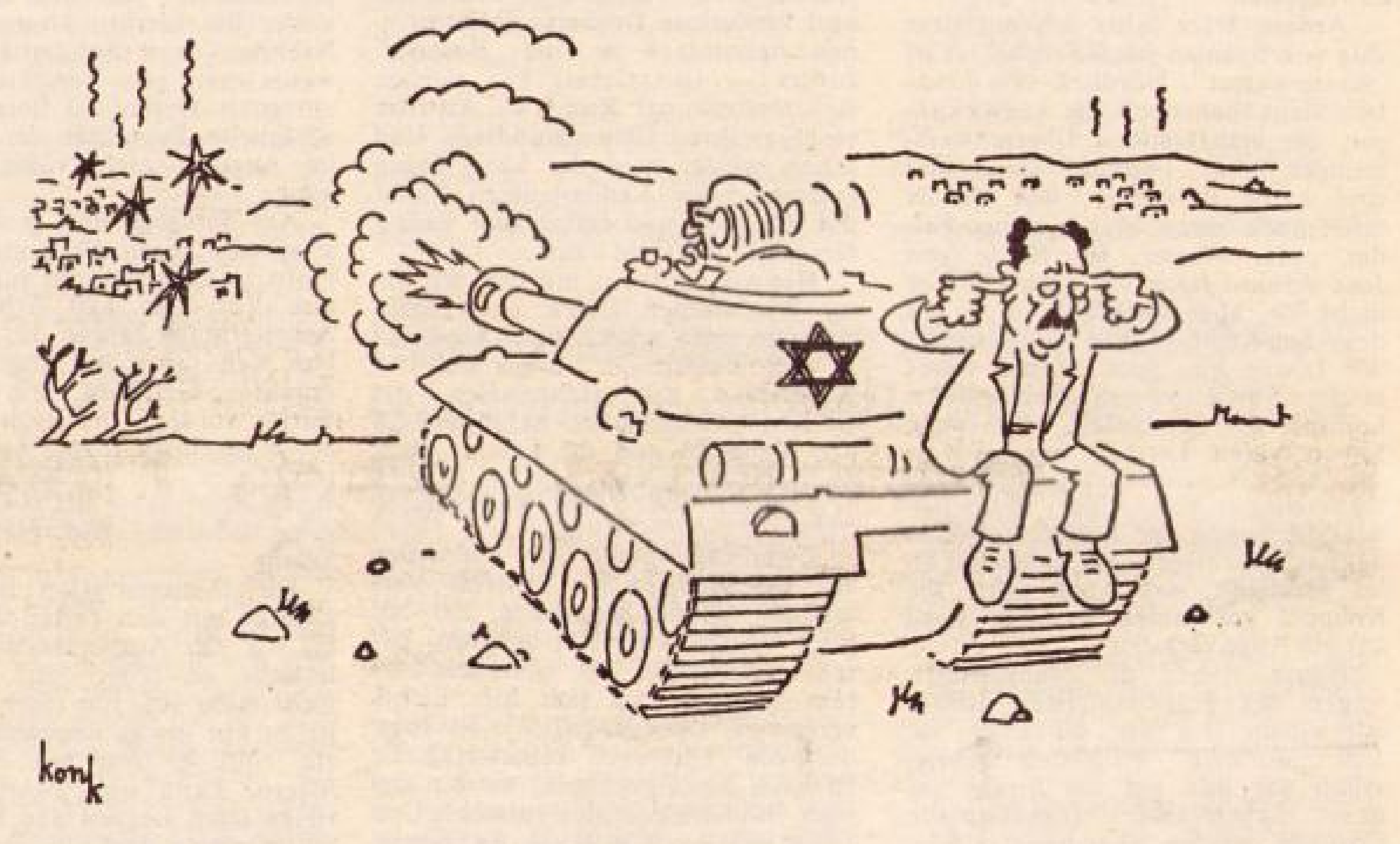
Die Zionisten nahmen die UN-Erklärung selbstverständlich zum Anlaß, ihrerseits zu kritisieren, daß die Urheber des Konflikts, die PLO und Syrien, in der Erklärung nicht genannt seien.

Ein paar Tage später setzten die Bombardierungen durch die israelische Luftwaffe ein. In dieser Situation macht der israelische Ministerpräsident und ehemalige Chef der zionistischen Terrororganisation „Irgun Zwai Leumi", Menachem Begin, dem libanesischen Staatspräsident Sarkis das „Angebot", „Friedensverhandlungen" zu führen. Der libanesische Ministerpräsident Hoss wies dieses provokative Ansinnen zurück, *„weil der Libanon noch immer von den Angriffen blutet, die von Israel geführt werden."* („Guardian", 8.5.).

Begin machte selbstverständlich „Bedingungen" für die „Friedensverhandlungen". Die Syrer müßten sofort das Land verlassen, ebenso die palästinensischen Flüchtlinge. Begin erklärte, daß die syrischen Truppen die Quelle aller libanesischen Krankheiten seien, darin sei er mit Sadat einig. Alle 165.000 palästinensischen Flüchtlinge sollen den Libanon verlassen und nach Syrien, Libyen, Saudi-Arabien und dem Irak übersiedeln (man merke: Ägypten wird von Begins Plänen verschont). Israel biete hierbei seine Zusammenarbeit an, die allerdings nicht die Rückkehr von „Flüchtlingen" in jetzt von Israel kontrollierte Gebiete einschließe. Außerdem behalte sich Israel das Recht vor, zu jeder Zeit und an jedem Ort (!) Schläge gegen die Palästinenser durchzuführen. Begin erklärte: *„....wir werden kein zweites Nahariya abwarten* (Gemeint ist die bewaffnete Aktion palästinensischer Widerstandskämpfer Ende April). *Gestern und heute griffen wir die palästinensischen Mörder an* (Begin „erklärt" die Luftwaffenangriffe auf die Zivilbevölkerung!). *Wir werden sie weiter mit all unserer Kraft und Stärke von der See, aus der Luft und auf dem Lande angreifen. Wir werden ihnen keine Ruhe gönnen, sondern werden sie angreifen, um sie vollständig zu vernichten, bis sie nicht mehr ihre mörderischen Aktionen fortsetzen können."* („Guardian", 8.5.).

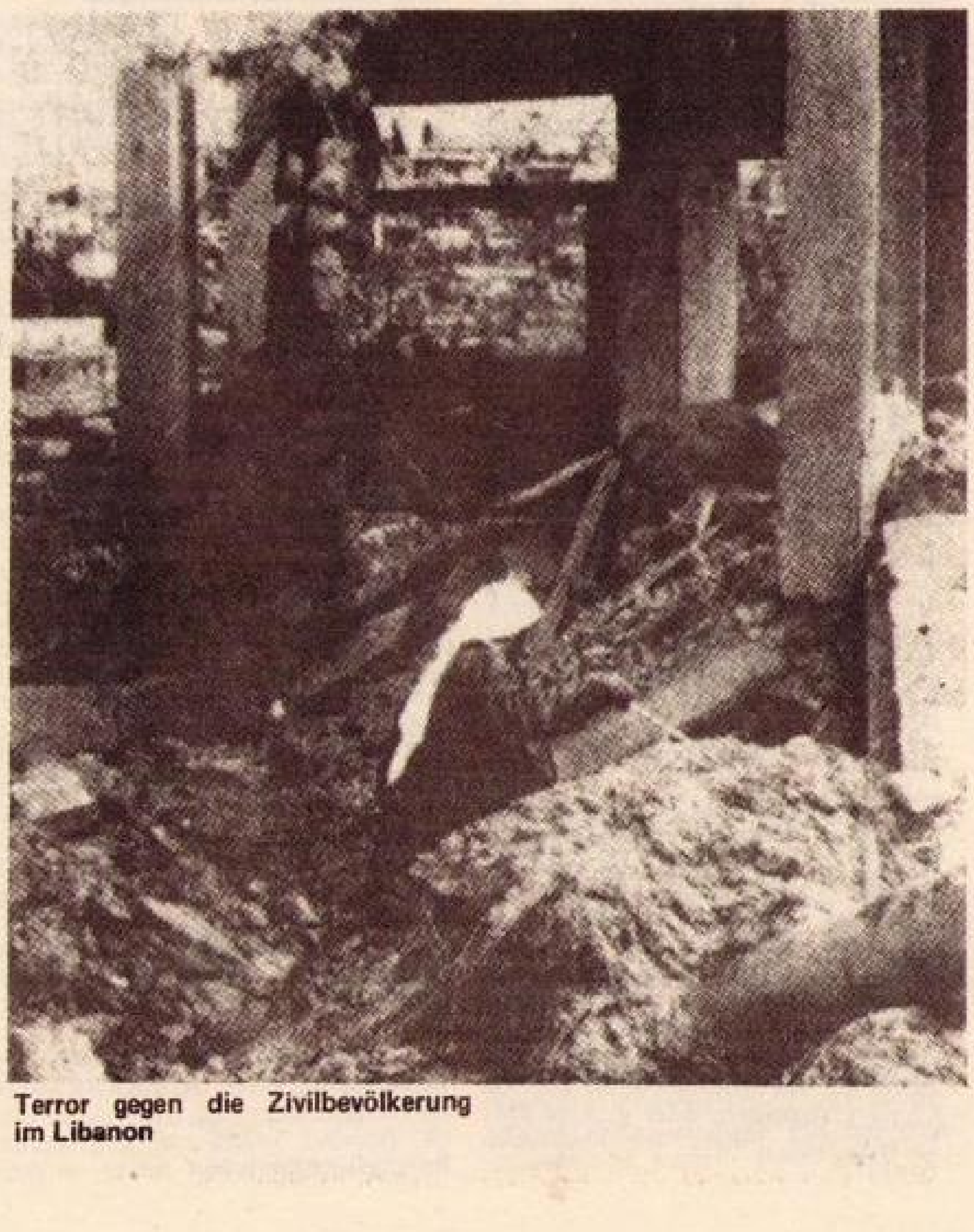
Angesichts des wachsenden Drucks von Seiten der Zionisten und der mit ihnen verbündeten Faschisten hat die libanesische Regierung am 7.5. den UN-Sicherheitsrat ersucht, die UNIFIL-Truppen mit besseren Waffen auszurüsten und den Truppen den Befehl zu geben, sie zur Erfüllung ihrer Mission (die UNIFIL-Truppen sollten ursprünglich in das von den israelischen Truppen bei ihrem Überfall im März 1978 besetzte Gebiet im Südlibanon nach deren Abzug einrükken) und zur Kontrolle des Grenzstreifens (jetzt: „Freier Libanon") auch einzusetzen. Mit Sicherheit wird keiner der Staaten, die die Einheiten der UNIFIL-Truppen stellen (derzeit Kanada, Frankreich, Dänemark, Finnland, Niederlande, Irland, Nepal, Norwegen, Schweden) sich auf eine direkte Konfrontation mit den israelischen Truppen einlassen wollen. Vielmehr planen die meisten Länder – und das nicht zuletzt auf Grund der Provokationen der Zionisten – das am 19.6. auslaufende Mandat nicht zu verlängern („Guardian", 8.5.).

Nahost-Kommission



Nach dem ägyptisch-israelischen „Friedens"vertrag: mit freiem Rücken gegen die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte im Libanon

Nach dem ägyptisch-israelischen „Friedens"vertrag: mit freiem Rücken gegen die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte im Libanon



Terror gegen die Zivilbevölkerung im Libanon

Ägypten: Im Friedenstheater Hinter der Bühne

Die ägyptische Bevölkerung war am 19.4. aufgerufen, in einer Volksabstimmung dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag und der von Sadat angekündigten Reorganisierung des Staats-und Parteiwesens zuzustimmen. Bei dem Besuch Begins in Kairo, eine Woche nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, war deutlich gworden, daß die anfängliche Freude über die Abkommen von Camp David schon erheblich gedämpft ist, daß bereits eine Desillusionierung hinsichtlich einer Verbesserung der miserablen Lebensbedingungen durch den Friedensvertrag eingesetzt hat: kein großer Bahnhof für Begin, keine jubelnden Menschenmengen an den Straßenrändern. Dennoch hat das offizielle Ergebnis der Volksabstimmung niemanden überrascht: 99,95 % Ja-Stimmen. Wieviele Männer ihrer Abstimmungspflicht nachgekommen sind, und wieviele Frauen von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch gemacht haben (in Ägypten müssen die Männer und dürfen!! die Frauen wählen), wurde nicht bekannt gegeben, was dem Charakter dieses „demokratischen" Schauspiels nur allzu gut enspricht.

Das Abstimmungsergebnis ist sicher zu einem guten Teil frisiert, aber auch Ausdruck der politischen Unterdrückung, die in den letzten Wochen wieder neue Höhepunkte erreicht hat. Die deutsche Sektion von „amnesty international" (ai) hat anläßlich des Besuchs von Sadat in Bonn Ende März gegen die *„wachsende Repression in Ägypten"* protestiert. ai verwies auf die Massenprozesse, die derzeit gegen mehr als 100 Menschen laufen, weil sie im Januar 1977 an Demonstrationen gegen die Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln teilgenommen haben („Frankfurter Rundschau", 29.3.79). 24 von ihnen wurden in Alexandria wegen *„staatsfeindlicher Propaganda und der Verbreitung falscher Gerüchte"* zu 3 bis sieben Jahren Gefängnis verurteilt („Süddeutsche Zeitung", 20.4.). ai protestierte weiter dagegen, daß zunehmend Gegner des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages Repressionen ausgesetzt sind. Am stärksten betroffen scheint hiervon z.Zt. die legale Oppositionspartei „Nationale Fortschrittspartei"(UPP). Nach dem dritten Polizeiüberfall innerhalb weniger Wochen auf ihr Parteibüro, bei denen Dokumente und Druckmaschinen beschlagnahmt wurden, wurde dem Sprecher der Nationalversammlung ein Protestschreiben der Partei gegen die Inhaftierung von mehr als 100 Mitgliedern, Razzien, Wohnungsdurchsuchungen u.a. überreicht („Guardian", 9.4.). Ein vierter Überfall auf das Parteibüro fand am 17. April statt. Anlaß war ein Flugblatt zur Volksabstimmung über den Friedensvertrag gewesen, in dem diese als Farce entlarvt und die Bevölkerung aufgerufen wurde, mit Nein zu stimmen („Le Monde", 19.4.).

Besonders brutal hat Sadat studentischem Protest den Kampf angesagt. In der oberägyptischen Stadt Assiout erklärte er am 15. April, daß jegliche politische Betätigung an den Universitäten verboten sei: *„Die Politik hat keinen Platz an den Universitäten. Sie ist dort verboten... Das gilt gleichermaßen für Studenten, Professoren und Funktionäre"* („Le Monde", 17.4.). Sadat erklärte weiter, daß er der Polizei den Befehl erteilt habe, ohne Vorwarnung auf alle Studenten zu schießen, die sich an öffentlichem oder privatem Eigentum vergingen („Neue Züricher Zeitung", 18.4.). Auch wenn diese Maßnahmen von der ägyptischen Regierung in direktem Zusammenhang mit dem militanten Protest rechtsgerichteter, den Muslimbrüdern nahestehender Studenten gegen die „Friedenspolitik" Sadats gebracht wurden, werden sie sich in erster Linie gegen demokratische und linke Studenten wenden.

Trotz dieser massiven Unterdrükkungsmaßnahmen wird immer wieder Protest laut. Es gibt Gerüchte, nach denen die Gründung einer breiten Anti-Sadat-Front unter dem Namen „Nationale Ägyptische Opposition" vorbereitet wird („Neue", 7.4.), und einer kuwaitischen Zeitung zufolge haben mehr als 600 000 Ägypter ein Manifest der UPP unterzeichnet, in dem der Friedensvertrag als *„nationale Katastrophe"* bezeichnet wird („Neue", 19.4.).

Nahost-Kommission

Die Beduinen im besetzten Palästina

Am 3o.März dieses Jahres begingen die Palästinenser zum vierten Mal den „Tag des Bodens". Er war zum ersten Mal am 3o.März 1976 mit einem 24-stündigen Generalstreik von der arabischen Bevölkerung gegen den Raub arabischen Landes durch die zionistischen Behörden durchgeführt worden. An jenem Tag gingen die israelischen „Sicherheitskräfte" in einigen Dörfern brutal gegen die Bewohner vor. Diesem Terror fielen sechs Palästinenser zum Opfer. Im Gedenken an diese Verbrechen wird der „Tag des Bodens" seither begangen. Das „Nationalkomitee für die Verteidigung des arabischen Bodens" hatte wiederum alle 52o.ooo Palästinenser im zionistischen Staat aufgerufen, an Kampf- und Protestaktionen teilzunehmen. Neben Versammlungen in allen arabischen Dörfern und Städten fanden vier Massenkundgebungen in Deir Hanna (Galiläa), Kafr Kana (südliches Galiläa), Teibe (nahe Jerusalem) und Tel Shewa (Negev) statt. Zum erstenmal beteiligten sich die in der Negev-Wüste lebenden Beduinen in ihrer Gesamtheit am „Tag des Bodens" (1).

Die Beduinen sind heute schwerpunktmäßig in zwei Regionen des zionistischen Staates anzutreffen: In Zentral-Galiläa im Norden und – die überwiegende Mehrheit – in der Negev-Wüste im Süden des Landes (2). Vertreibungen, Landraub und erzwungene Seßhaftwerdung während der britischen Mandatszeit und besonders nach der Gründung des zionistischen Staates haben die Gesamtzahl der Beduinen von über 1oo.ooo im Jahre 1922 auf 6o.ooo reduziert (3). Wie die gesamte palästinensische Gesellschaft im zionistischen Staat, so sehen sich auch die Beduinen seit 3o Jahren fortgesetzter Diskriminierung ausgesetzt. Sie werden in allen Bereichen des sozialen, politischen und kulturellen Lebens benachteiligt (4). Hussein Kassem Mustafa, der Vorsteher des Beduinendorfes Bir al Makhshir in Galiläa, schilderte seine kommunale Situation in einem Brief an die oppositionelle Knesset-Abgeordnete Shulamit Aloni folgendermaßen (5):

„Wir leben an diesem Ort seit den Tagen der Türkenherrschaft. Seit dem Tage der Staatsgründung haben wir uns in äußerster Weise dem Staat gegenüber loyal verhalten, was durch die Tatsache bewiesen wird, daß unsere Söhne im Militär wie auch bei der Grenzpolizei dienen. Einige von ihnen sind sogar im Dienst gefallen. Wir betrachten uns als einen nicht zu unterscheidenden Bestandteil des israelischen Volkes, dem alle Rechte zustehen hier zu leben, wie sie einem jeden einzelnen zugestanden werden. Doch schauen wir auf all' die umliegenden (jüdischen) Dörfer, so müssen wir unsere Situation als die übelste in der ganzen Nachbarschaft bezeichnen. So, als ob wir uns nicht in Israel aufhalten würden. Wir haben den Eindruck Menschen anderer Art zu sein, denen nicht das Recht zusteht, die Straße zu befahren, Wasser aus einem Hahn zu zapfen oder über das Gesundheitsministerium geimpft zu werden. Wir haben uns schriftlich an alle Ministerien gewandt. An das Arbeits-, Landwirtschaftsministerium, an die ‚Land-Israel-Verwaltung', sogar an seine Ehren, den Berater des Ministerpräsidenten für arabische Angelegenheiten. An das Komitee ‚Städteplanung für Beduinen'. Allen haben wir unsere Situation erklärt, alle haben im Chor geantwortet – daß unsere Situation so bleiben wird, wie sie ist, ohne jeglichen Fortschritt".

Unter den demagogischen Parolen „Verteidigung des Landes" und „Entwicklung des Negev", nahm die Unterdrückung seitens des zionistischen Staates in letzter Zeit immer größere Ausmaße an. Die Behörden versuchten, die Beduinen in festen Städten zu konzentrieren, ein Beduinen-Komitee zur Durchführung der Unterdrückungsmaßnahmen zu gründen und stellten eine bewaffnete Truppe, die sog. „Grüne Polizei" auf, die unter dem Kommando von Landwirtschaftsminister Sharon steht. Unmittelbar nach den fortgesetzten „Grüne Polizei" Häuser, Schulen und Pflanzungen und läßt das Land verwüstet zurück. Auf dem verwüsteten Land werden dann neue Siedlungen und Produktionsstätten für jüdische Siedler errichtet. Anfang dieses Jahres berichtete „Al Hurriyah" (Zentralorgan der Demokratischen Front) von der Zerstörung eines Zeltlagers in der Nähe der Industrieregion des Kibbuz Remon und der Vertreibung der Schafherden.

Der zionistische Staat ist zudem daran interessiert, die Beduinengesellschaft in ein Reservoir billiger Arbeitskräfte zu transformieren. Durch die zionistische Bodenpolitik sehen sich die Beduinen gezwungen als Landarbeiter auf Anbauflächen zu arbeiten, die ihnen und ihren Vorfahren seit Jahrhunderten gehörten. Andere sehen sich gezwungen als Tellerwäscher, Straßenreiniger oder Industriearbeiter ein Auskommen zu suchen.

Die Negev-Wüste wird vom zionistischen Staat zunehmend zu einem Zentrum der Entwicklung moderner Waffensysteme ausgebaut (6). Im Mai 1977 wurde im Rahmen der Kampagne zur „Entwicklung und Bevölkerung des Negev" die Errichtung von zwölf Produktionsstätten für militärischen Bedarf angekündigt. Zur selben Zeit wurden Pläne veröffentlicht, die die Errichtung von 11o jüdischen Siedlungen im Südwesten des Negev und im Rafah – Distrikt des nördlichen Sinai vorgesehen. Von Bedeutung für die Negev-Region ist vor allem der Atomreaktor von Dimona, wo bisher mindestens dreizehn Atombomben konstruiert wurden. Um den reibungslosen Ablauf des Atomprogramms zu gewährleisten, sind die Zionisten daran interessiert, die Beduinen aus der Gegend von Dimona zu vertreiben. Der beduinische Protest gegen die rassistische zionistische Politik intensivierte sich kürzlich nach der Ankündigung der zionistischen Behörden, 5o ooo Dunum Land, davon allein 26 ooo südlich von Dimona, zu konfiszieren.

Sheikh Salman al Assam rief 5oo Repräsentanten der Negev-Beduinen zu einer Versammlung auf. Die Versammelten verlangten die unverzügliche Einstellung der Landenteignungen und verdammten den Terror der „Grünen Polizei". Die Beduinen wurden zudem aufgefordert, den Vertreibungen und Landenteignungen Widerstand zu leisten. Die Versammlung registrierte, daß der Kommandeur der „Grünen Polizei", General Abraham Üvi, eine Auszeichnung erhalten hat als Belohnung für seine Verdienste um die Vertreibung der Beduinen und ihrer Herden aus großen Teilen der Negev-Region. Die beduinischen Repräsentanten führten zusammen mit Mitgliedern des regionalen Komitees für die Verteidigung des arabischen Bodens, mit Nazareths Bürgermeister Tawfiq Zayyad, sowie mehreren jüdischen demokratischen Führern am 19.4.1978 eine Demonstration vor der Knesset durch, auf der sie gegen die Landenteignungen und den Terror der „Grünen Polizei" protestierten. Wie so oft blieben die Proteste ungehört und die Landenteignungen wurden noch verstärkt.

Sheikh Aid Salma Ganama berichtet über die fortgesetzte Zerstörung der Zeltlager:

Landenteignungen wurden noch verstärkt.

Sheikh Aid Salma Ganama berichtet über die fortgesetzte Zerstörung der Zeltlager:

„Am 17.Mai (1978) gegen 1o.3o Uhr kamen mehr als dreißig bewaffnete Soldaten und Polizisten mit neun Wagen, zwei Lastwagen und einer Planierraupe. Sie umringten uns, nahmen unsere Zelte und beförderten sie mit Hilfe der Planierraupe auf die Lastwagen. Die Planierraupe nahm das gesamte Inventar mit auf, einschließlich der Lebensmittel, des Schmucks sowie des Geldes, das sich in der abgelegten Kleidung befand. Die Soldaten bedrohten uns mit den Waffen. Ich bat den Polizeikommandanten, nicht auf die Kinder zu zielen.

Er antwortete: „Sei still, was willst du überhaupt hier? Wenn du nicht ruhig bist, werde ich dir eine Kugel durch den Kopf jagen." Als Resultat der oben beschriebenen Aktivitäten wurden 45 Familien obdachlos. Ibrahim Abu Rahek bemerkte, daß der Terror der „Grünen Polizei" ein solches Ausmaß angenommen habe, daß sich die Beduinen gezwungen sehen zu handeln. Frauen und Kinder sehen die Jeeps und fliehen. Die Kinder haben Angst zur Schule zu gehen. *„Sie machen keinen Unterschied zwischen Tieren und Menschen"*, sagte ein junger Beduine.

Progressive jüdische Gruppen haben sich hinter die Beduinen und ihre Kampagne für die Verteidigung des Bodens und ihrer Rechte gestellt. Dr. Meir Pail von der Shelli-Partei forderte sofortige Maßnahmen gegen den Terror der „Grünen Polizei" (7). Mittlerweile müssen rund 8 ooo Negev-Beduinen befürchten, *„Opfer der Camp David-Vereinbarungen zu werden, denen zufolge Israel unter anderem seine Luftwaffenstützpunkte aus dem Sinai zurückverlegen muß. Nach einer Meldung der Jerusalem Post vom 24.1o.1978 wurden sie inoffiziell darüber informiert, daß eine der zwei Basen in ihrem Gebiet errichtet werden soll, und sie sechs Monate Zeit hätten, um in neue Gebiete zu ziehen. Die geplante Vertreibung wurde bekannt, als sich Vertreter vier größerer Stämme an ein Jerusalemer Rechtsanwaltsbüro um Hilfe wandten. Zuvor hatten sie schon die Unterstützung einer Gruppe von Professoren der Hebräischen Universität gewonnen, die sich mit Menschenrechtsverletzungen in Israel beschäftigt"* (8) Die Beduinen im besetzten Palästina haben trotz der Landenteignungen und Vertreibungen nicht resigniert. Wie alle Palästinenser setzen sie den Kampf gegen die zionistische Besatzung fort, in dem Bewußtsein, daß der Verlust ihres Landes, dem Verlust ihrer Geschichte und Kultur gleichkommt (9).

Herbert Saure
Palästina-Komitee Regensburg
von-der-Tann-Str. 36

(Aus Platzgründen mußten wir den Artikel um den historischen Teil kürzen)

(Aus Platzgründen mußten wir den Artikel um den historischen Teil kürzen)

Anmerkungen:

(1) vgl. „Neues Deutschland", 29.3.79, S.6

(2) vgl. Washitz, Yosef, The Plight of the Bedouin, in: New Outlook, Oct. - Nov. 1975, Vol. 18, No.7, S. 63

(3) vgl. Freiherr von Oppenheim, Max, Die Beduinen, Band II, Die Beduinenstämme in Palästina, Transjordanien, Sinai, Hedjaz, Leipzig 1943, S.12 vgl. Palestine, Vol. 4 No.1o, 15. June 1978 S.19

(4) vgl. Erklärung der Botschafter und Missionschefs der arabischen Staaten in Bonn zu den Reaktionen auf die UNO-Resolution über den Zionismus, in: Palästina, Nr.2 Dezember 1975 – Februar 1976

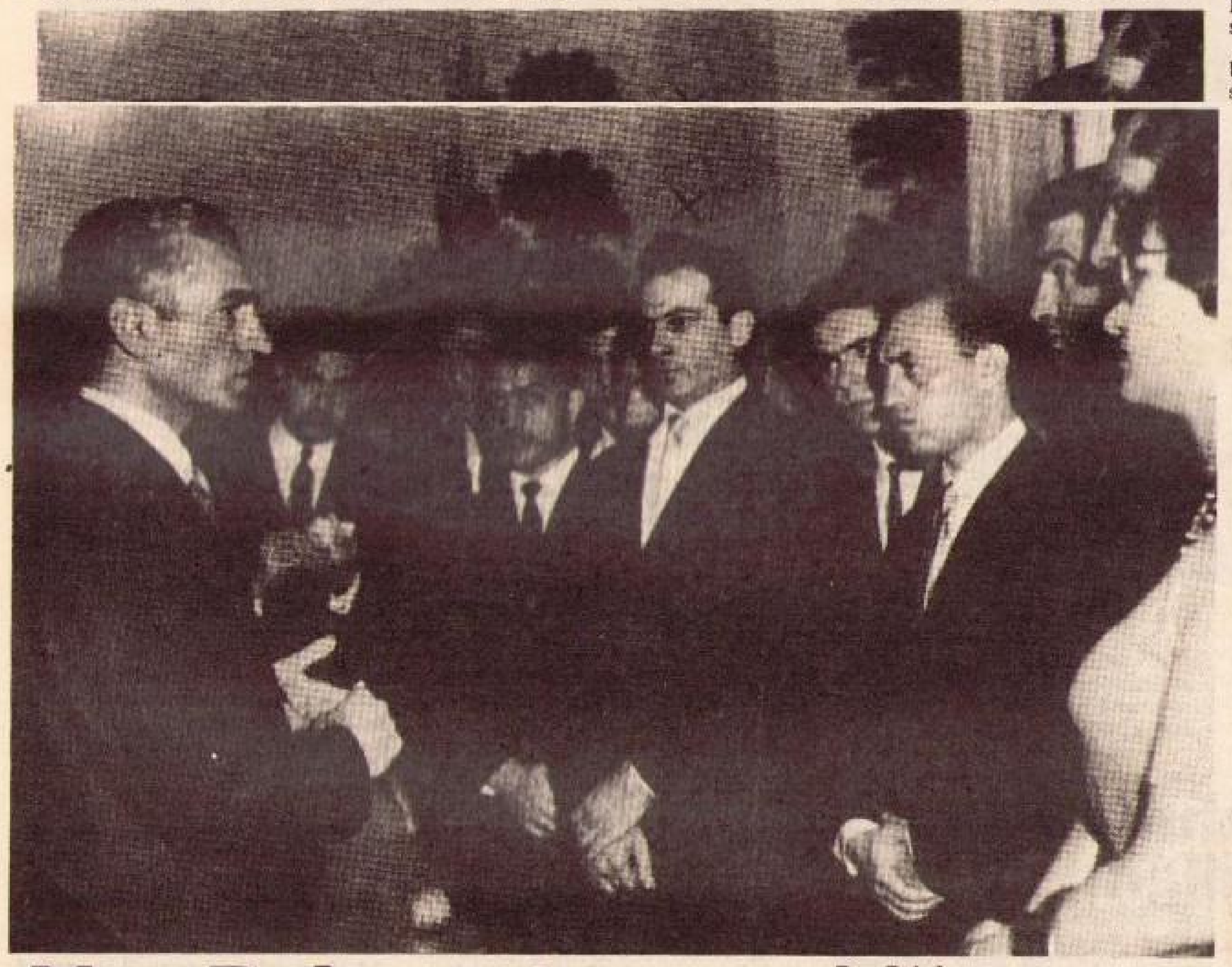
(5) Aloni, Shulamit, Innenministerium diskriminiert arabische Gemeinden, in: Neue Politik, 21. Jg./XI 1976, S. 25

(6) vgl. Palestine, a.a.O., S. 19

(7) ders. S.2o

(8) 3.Weltmagazin, extrablatt zu Palästina, Bonn 29.1o. 1978

(9) vgl.Palestine, a.a.O., s.2o



Alte Bekannte

Im letzten Arbeiterkampf (152) enthüllten wir die reaktionären Machenschaften und Vergangenheit der Khomeiny-Berater Yazdi (inzwischen Außenminister), Ghotbzadeh (Direktor der Rundfunk- und Fernsehanstalten und Oberzensor gegen alles, was nicht auf reaktionär-relegiösem Kurs liegt) sowie Banisadr (Mitbegründer der relegiösen Terrorgruppe „Modjahedin Englabi-Eslami") enthüllt.

Inzwischen druckte die bürgerliche Wochenzeitung „Teheran Mosawar" (Anfang Mai 1977) ein Photo aus dem Jahre 1961 ab, das einen weiteren Beleg für die guten Beziehungen Ghotbzadehs zum faschistischen Schah-Regime und amerikanischen Geheimdienst CIA darstellt.

In der redaktionellen Anmerkung heißt es:

„Wir veröffentlichen dieses Foto zusammen mit dem ihm beigelegten Brief, weil wir der Meinung sind, daß unsere Leser diese Informationen bekommen müssen. Wir fordern alle Leute, die über derartige Informationen verfügen, auf, uns diese zukommen zu lassen. Die Revolution hat uns gelehrt, daß wir die Tatsachen berichten müssen und verpflichtet sind, die Aufklärungsarbeit weiterzuführen. Die Zeitungen müssen ihre Bedeutung für die Aufklärung sorgfältig wahrnehmen.

Es ist eine demokratische Forderung der Bevölkerung zu wissen, wer seine Führer sind – egal ob in der Regierung, in Organisationen oder Institutionen. Das Fernsehen ist eine bedeutende Einrichtung mit vielfältigen Auswirkungen auf die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Verantwortung für eine solche Institution ist keine einfache Sache, die jeder – unabhängig von seinen menschlichen und politischen Eigenschaften – erfüllen könnte. . .

Ghotbzadeh fühlt sich dem Führer der Revolution sehr nahe. Er sagt von sich selbst, daß er nicht von der Regierung, sondern vom Führer persönlich ernannt worden sei."

Diese „Vorsicht" ist auch angebracht, denn der Chefredakteur, Hossein Mohri, hat schon mehrmals kritische Artikel veröffentlicht, u.a. hat er in einem Artikel die „Führung der Revolution" – und damit ist Khomeiny gemeint – anläßlich des „Schleierzwanges" besonders wegen der Unterdrückung der iranischen Frauen angegriffen. Daraufhin wurde sein Büro von 3oo bis 5oo reaktionären Moslems besetzt, Mohri erhielt Morddrohungen. Die ganze Aktion wurde dann im Rundfunk als „Protestaktion" gegen die „Verbreitung von Lügen" dargestellt.

Der Brief

"Im Sommer 1961 besuchte der Schah gemeinsam mit seiner Frau Farah das erste Mal seine Herren in den USA. Persische Studenten hatten am Flughafen und auf dem Weg dorthin große Demonstrationen durchgeführt. Schahtreue Leute, amerikanische Agenten und der iranische Botschafter wollten versuchen, eine Pro-Schah-Demonstration zu organisieren um zu zeigen, daß der Schah in den USA auch Freunde besitzt. Einen Tag später gab es einen Empfang im New-Yorker Waldorf-Astoria-Hotel, um diese Jubel-Kundgebung vorbereiten zu helfen. Ghotbzadeh rief mich an und forderte mich auf, mit schwarzem Anzug und Krawatte zu erscheinen. Das obenstehende Fote stammt von diesem Besuch. Er selbst ist in der Mitte zu sehen, wir stehen neben ihm. Der Schah hat u.a. über die Gegner seiner Reformen geredet.

An das Datum dieses Ereignisses kann ich mich genau erinnern, weil ich am nächsten Tag an meinen Studienort zurückfliegen mußte und den Flugschein noch aufbewahrt habe."

(Informationen von westberliner und iranischen Genossen)

Nahost-Kommission

Iran: Vier fortschrittliche Zeitungen verboten

Der Direktor der Rundfunk- und Fernsehanstalten, Ghotbzadeh, hat seit dem 11.5. das Erscheinen von vier linken bzw. liberalen Zeitungen verboten.

Unter das Verbot fallen die beiden Tageszeitungen „Ayandegan" und „Peygham Emrouz", die Wochenzeitung „Teheran Mohawar" und die satirische Zeitung „Ahangar" (früher „Pschalanger").

Anlaß für die Verbote waren angeblich falsche Informationen über ein Interview, das Khomeiny und der jetzige Außenminister Yazdi einer französischen „Klatschzeitschrift" gegeben haben sollen. Nach anderen Informationen soll der Anlaß der Nachdruck von Aussagen Khomeinys gewesen sein, die dieser in einem Interview mit dem französischen Journalisten Eric Rouleau gemacht hat. Bezeichnenderweise handelt es sich dabei um eine Stellungnahme Khomeinys, in der er die amerikanischen Imperialisten für die Ermordung Generals Gharani und Ayatollah Moutahari verantwortlich macht und nicht die Kommunisten. Gharani war am 23.4. auf offener Straße erschossen worden, Moutahari in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai. Für beide Attentate hatte sich die religiöse Organisation „Forgham" verantwortlich erklärt, die von SAVAK/CIA unterwandert sein soll, und die sich in von ihr verbreiteten Flugblättern auf den fortschrittlichen islamischen Theoretiker Schariati bezieht, der im Londoner Exil während des Schah-Regimes ermordet wurde. Es ist zu vermuten, daß mit dem Bezug auf Schariati fortschrittliche religiöse Strömungen, die sich ja, wie beispielsweise Ayatollah Taleghani, für mehr Demokratie (Rätesystem) und für eine Zusammenarbeit auch mit Kommunisten aussprechen, in Mißkredit gebracht werden sollen.

Die Attentate auf Gharani und besonders auf Moutahari wurden für eine großangelegte Hetzkampagne gegen die Kommunisten und die gesamte Linke benutzt, die von vielen reaktionären Religiösen dafür verantwortlich gemacht wurden.

Ghotbzadeh suchte allerdings nur einen Anlaß, um nach der Gleichschaltung von Rundfunk und Fernsehen auch die kritischen Zeitungen mundtot zu machen. „Ayandegan" und „Peygham Emrouz" hatten in den letzten Monaten Enthüllungen über die Vergangenheit und die Machenschaften Ghotbzadehs und Yazdis veröffentlicht (vgl. AK 152). Die Wochenzeitung „Teheran Mohawar" hatte ein Bild Ghotbzadehs gedruckt, das ihn bei einem Empfang für den Schah zeigt. Insgesamt waren aus diesen Enthüllungen die guten Beziehungen der beiden außerordentlich einflußreichen Politiker und Khomeiny-Berater zum amerikanischen Geheimdienst deutlich geworden. Zu den Enthüllungen hatte keiner von beiden Stellung genommen, stattdessen wurden mit einem nichtigen Vorwand gleich vier Zeitungen verboten.

Nahost-Kommission



asien

Solidarität mit Vietnam — warum?

...das war das Motto einer Vietnam-Solidaritätsveranstaltung am 4.5.79 im Audi-Max der Technischen Universität in Westberlin. In einem gemeinsamen Flugblatt hatte das bislang breiteste Spektrum zu einer Vietnam - Solidaritätsveranstaltung eingeladen: **ESG-Ausländerzentrum, ESG-TU, Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik und der SR Vietnam, Kinderhilfe Vietnam, Arbeiter- und Jugendverein der Türkei, KB, SSB, Sozialistisches Büro, Bund demokratischer Wissenschaftler und die „Kirche in der Verantwortung".** Es kamen 300 - 400 Leute. KPD und KBW erschienen nicht, auch die SEW und ihr näheres Umfeld fehlten fast völlig.

In seiner Einführung übte Ton Veerkamp vom ESG-Ausländerzentrum Kritik an dem Desinteresse der Linken am Aufbau Vietnams nach der Befreiung. Auch die undifferenzierte Haltung dem Kampuchea Pol Pots und dem gerechten Eingreifen Vietnams gegenüber sei ein Grund mit für die weitverbreitete Irritierung und Unsicherheit. Eine größere Bereitschaft als bisher, sich insgesamt mit dem Konflikt Vietnam/Kampuchea und Vietnam/China auseinanderzusetzen, sei notwendig. Unsere Solidarität mit Vietnam müsse sich an der Frage orientieren: Was hat der Aufbau in Vietnam für die Menschen gebracht?

Prof. Günther Giesenfeld aus Marburg vom nationalen Vorstand der Gesellschaft für die Freundschaft der Völker der Bundesrepublik und der SR Vietnam berichtete von seinen letzten beiden Reisen nach Vietnam, zuletzt war er im März dieses Jahres dort. In sehr beeindruckenden Beispielen machte er deutlich, daß die Situation des zerstörten Vietnam bei weitem nicht einmal mit „der Nullpunktsituation Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg" zu vergleichen sei. Ein Grund für die, angesichts der katastrophalen Zustände gar nicht hoch genug einzuschätzenden Wiederaufbauleistungen, sei die Politik der „Gewinnung der Herzen", die mühevolle Überzeugungs- und Umerziehungsarbeit mit der die vietnamesischen Kommunisten an die schrittweise Umgestaltung der Gesellschaft in Südvietnam herangehen würden. Sehr überzeugend legte Giesenfeld dar, daß sich Vietnam angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten - Opposition im Süden, Kriegsfolgen, Naturkatastrophen, Grenzkonflikte mit Kampuchea (bis zum Sturz Pol Pots) und China – keinen Krieg gegen ein benachbartes Land leisten könne und wolle!

Im zweiten Teil seines Beitrages ging er auf die geschichtliche Entwicklung des Konfliktes zwischen China und Vietnam ein bis zur Darstellung der Politik der verbrannten Erde, die die chinesischen Truppen bei ihrem Überfall praktiziert haben.

Er wies darauf hin, daß es heute Differenzen in der vietnamesischen Führung gebe und daß ihre heutige Position nicht bruchlos aus der hervorgegangen sei, die die KP Vietnams 1963 zu China und zur Sowjetunion gehabt hätte.

Der Vertreter des vietnamesischen Studentenvereins hob hervor, daß China noch an 30 Punkten vietnamesisches Territorium besetzt halte. Er stellte die Position der vietnamesischen Regierung zum Konflikt mit Kampuchea und China dar und den Drei-Punkte-Vorschlag an die chinesische Regierung (s. AK 152).

Von der Kinderhilfe Vietnam sprach Magdalene Weinmann zur Situation der Frauen in Vietnam. Auch sie ist in Vietnam gewesen. War der Befreiungskampf nicht ohne die Frauen möglich gewesen, so gilt dies ebenso für den Wiederaufbau. Sie sind nicht nur in den zahlreichen Frauen- und Kinderzentren tätig, zu 30 % sitzen sie in den regionalen Parlamenten und leiten Genossenschaften. Nach dem neuen Eherecht ist die Hausarbeit der Arbeit in der Produktion gleichgestellt!

Trotzdem aber, so berichtete eine Vietnamesin Magdalene Weinmann auf ihrer Reise, halten viele männliche Kader zwar schöne Reden über die Befreiung der Frau, in der Praxis jedoch verhalten sie sich ihren eigenen Frauen gegenüber noch wie Feudalherren.

Ein Vertreter des KB sprach über die gesellschaftliche Rolle der Hoas und über die Hintergründe des Massenexodus: die Überführung zahlreicher kapitalistischer vietnamesischer und Hoa-Händler in produktive Bereiche als eine für den Aufbau des Sozialismus lebensnotwendige Maßnahme; und die Propaganda der chinesischen Regierung, die mit ihrer Weigerung, die Flüchtlinge aufzunehmen, die Hoas zur Manövriermasse ihrer antihegemonialen Strategie macht, um den Aufbau eines unabhängigen Vietnam zu verhindern.

Auf die Frage, was denn kapitalistische Hoas in China wollten, antwortete Günther Giesenfeld in der späteren Diskussion, daß die Verhältnisse in China für diese Hoas inzwischen besser als in Vietnam sind.

In einer sehr engagierten Rede forderte Prof. Gollwitzer zur Solidarität mit Vietnam auf. Die Politik der Vietnamesen könne uns nicht gleichgültig sein, aber Differenzen zu ihren Positionen dürften kein Kriterium sein, ihnen unsere Hilfe zu verweigern. Er erinnerte daran, daß die BRD als Mitglied der NATO auch am Krieg gegen Vietnam beteiligt war und appelierte an die daraus für uns erwachsende moralische Verantwortung. Auch viele Linke hätten sich durch die bürgerliche Presse manipulieren lassen, die durch ihre Berichterstattung über die Hoas vergessen machen will, daß die Kommunisten in Vietnam (beim Wiederaufbau) human waren. Er prangerte das politische Geschäft an, daß Albrecht mit den Vietnamflüchtlingen macht, während bis heute die 500 argentinischen Flüchtlinge noch immer keine Aufnahme gefunden hätten.

Die darauffolgende Diskussion lief in einer für Westberliner Verhältnisse erfreulich solidarischen Atmosphäre.

Neben der Hoa-Frage ging es u.a. um das Eingreifen Vietnams in Kampuchea, um die Notwendigkeit der Vietnamsolidarität und um die Politik der VR China. Da aber gerade auch zur Diskussion dieser Frage keine Zeit mehr war, soll sie jeden Dienstag in der ESG fortgesetzt werden.

Für die Kinderhilfe Vietnam wurden 800 Mark gesammelt. Ein guter Anfang für eine neue Vietnamsolidarität.

Alle Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die Anfang März auf Einladung des KB diese Vietnamsolidarität begonnen und erklärt hatten, daß die politische Grundlage für eine gute Zusammenarbeit ausreiche, wollen auch nach der Organisierung dieser Veranstaltung weiterhin gemeinsam versuchen, die Vietnamsolidarität zu verbreitern. Beim letzten Treffen herrschte Einigkeit über die kommenden Aufgaben. Es soll in diesem Kreis eine inhaltliche Diskussion über Vietnam, Kampuchea und China stattfinden. Es soll eine Aufklärungsarbeit über den Aufbau in Vietnam geleistet und die Diskussion über die Vietnamsolidarität in die Linke hineingetragen werden. Dazu soll zuerst zu den schlimmen Artikeln in der „TAZ" Stellung genommen werden.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß China zu einer neuen „Strafexpedition" gegen Vietnam rüstet. Gerade angesichts dieser Gefahr hoffen wir, daß das Westberliner Beispiel einer gemeinsamen Vietnamsolidarität auch in anderen Städten Schule macht.

Internationalismus-Kommission und SSB/Westberlin

Deng und Hua kündigen „weitere Strafexpeditionen" gegen Vietnam an

Während die chinesische Führung nach wie vor keine Bereitschaft zeigt, auf den vietnamesischen Vorschlag einer entmilitarisierten Zone beiderseits der gemeinsamen Grenze einzugehen, rührt sie weiterhin die Kriegstrommel. **Beim Besuch des UN-Generalsekretärs Waldheim in Peking drohten Deng und Hua mit weiteren „Strafexpeditionen" gegen Vietnam, wenn Vietnam nicht seine „Provokationen" an der Grenze einstelle.** Gleichzeitig fliegen chinesische Flugzeuge Scheinangriffe gegen Vietnam.

Bereits am 23. April rief die Regierung der VDR Laos den Schutz der UNO gegen die chinesischen Provokationen an.

In dem Brief heißt es unter anderem, daß *„die chinesischen Führer weiterhin ihre Truppen entlang der Grenze Laos' zusammenziehen, eine wachsende Zahl Spione nach Laos schicken und laotische Reaktionäre im Exil und Überreste laotischer Kommandos unterstützen, mit der Absicht Unruhe und Unordnung zu stiften und die friedliche und ruhige Arbeit des multinationalen laotischen Volkes zu torpedieren. Chinesische Truppen halten noch immer einen Teil laotischen Territoriums im Dörf Muang Nam in der Provinz Luang Namtha besetzt"* (Laotische Nachrichtenagentur "KPL", 28.4.79 nach „SWB", 2.5.79).

Den thailändischen Reaktionären, die das gestürzte Pol-Pot-Regime in Kampuchea gegen die Befreiungsfront FUNKSN unterstützen, haben die chinesischen Führer ebenfalls Unterstützung angeboten. Dies wurde allerdings vom Regierungschef General Kriangsak *„aus Rücksicht auf Thailands Neutralität"* („SZ", 11.5. 79) abgelehnt. Da man weiß, was von der „Neutralität" Thailands gegenüber Kampuchea zu halten ist, kann eine solche Erklärung aber wohl niemanden beruhigen.

Asien/Australien-Kommission

„Drushba" mit Thailands Faschisten

Die revisionistische Presse konnte vor kurzem ein denkwürdiges Ereignis feiern: Den *„Ausbau der Beziehungen zu Thailand"* („Horizont", 15/79).

Was war geschehen? Mitten bei den laufenden Auseinandersetzungen um Vietnam und Kampuchea, wo Thailand immer auf Seiten der chinesischen und Pol Pot-Reaktionäre steht, war Thailands Oberfaschist, General Kriangsak. zu Besuch in

Beziehungen." Aber das ist jetzt vorbei: *„Einen Aufschwung erreichten die Beziehungen zwischen beiden Ländern jedoch erst nach 1975, nach dem Sturz der Militärdiktatur"* (ebd). Da bleiben natürlich Fragen offen, denn das wichtigste Datum, der blutige faschistische Militärputsch vom Oktober 1976, findet hier überhaupt keine Erwähnung. Und auch der Hinweis auf den „Sturz der Militärdiktatur" ist doch

Während die chinesische Führung nach wie vor keine Bereitschaft zeigt, auf den vietnamesischen Vorschlag einer entmilitarisierten Zone beiderseits der gemeinsamen Grenze einzugehen, rührt sie weiterhin die Kriegstrommel. **Beim Besuch des UN-Generalsekretärs Waldheim in Peking drohten Deng und Hua mit weiteren „Strafexpeditionen" gegen Vietnam, wenn Vietnam nicht seine „Provokationen" an der Grenze einstelle.** Gleichzeitig fliegen chinesische Flugzeuge Scheinangriffe gegen Vietnam.

Bereits am 23. April rief die Regierung der VDR Laos den Schutz der UNO gegen die chinesischen Provokationen an.

In dem Brief heißt es unter anderem, daß *„die chinesischen Führer weiterhin ihre Truppen entlang der Grenze Laos' zusammenziehen, eine wachsende Zahl Spione nach Laos schicken und laotische Reaktionäre im Exil und Überreste laotischer Kommandos unterstützen, mit der Absicht Unruhe und Unordnung zu stiften und die friedliche und ruhige Arbeit des multinationalen laotischen Volkes zu torpedieren. Chinesische Truppen halten noch immer einen Teil laotischen Territoriums im Dörf Muang Nam in der Provinz Luang Namtha besetzt"* (Laotische Nachrichtenagentur "KPL", 28.4.79 nach „SWB", 2.5.79).

Den thailändischen Reaktionären, die das gestürzte Pol-Pot-Regime in Kampuchea gegen die Befreiungsfront FUNKSN unterstützen, haben die chinesischen Führer ebenfalls Unterstützung angeboten. Dies wurde allerdings vom Regierungschef General Kriangsak *„aus Rücksicht auf Thailands Neutralität"* („SZ", 11.5. 79) abgelehnt. Da man weiß, was von der „Neutralität" Thailands gegenüber Kampuchea zu halten ist, kann eine solche Erklärung aber wohl niemanden beruhigen.

Asien/Australien-Kommission

„Drushba" mit Thailands Faschisten

Die revisionistische Presse konnte vor kurzem ein denkwürdiges Ereignis feiern: Den *„Ausbau der Beziehungen zu Thailand"* („Horizont", 15/79).

Was war geschehen? Mitten bei den laufenden Auseinandersetzungen um Vietnam und Kampuchea, wo Thailand immer auf Seiten der chinesischen und Pol Pot-Reaktionäre steht, war Thailands Oberfaschist, General Kriangsak, zu Besuch in
Moskau. Dort bestätigte ihm Ministerpräsident Kossygin sofort, daß der Staatsbesuch *„ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der sowjetisch-thailändischen Beziehungen dastellt"* (ebd).

Ein bißchen Schwierigkeiten hat die revisionistische Presse beim Verkaufen dieses Besuches, denn *„lange Jahre hindurch hatte sich Thailand durch Militärregimes auf imperialistische Länder orientiert."* Das *„hemmte natürlich die Vertiefung der sowjetisch-thailändischen*

Beziehungen." Aber das ist jetzt vorbei: *„Einen Aufschwung erreichten die Beziehungen zwischen beiden Ländern jedoch erst nach 1975, nach dem Sturz der Militärdiktatur"* (ebd). Da bleiben natürlich Fragen offen, denn das wichtigste Datum, der blutige faschistische Militärputsch vom Oktober 1976, findet hier überhaupt keine Erwähnung. Und auch der Hinweis auf den „Sturz der Militärdiktatur" ist doch
beste Imagepflege für Thailands Faschisten. Weniger verklausuliert sagt das die revisionistische Presse an anderer Stelle selbst: *„Hier in Moskau wird das gewachsene Interesse Thailands an guten Beziehungen zur UDSSR als Bestätigung des Kurses der Regierung Kriangsak gewertet, mit allen Ländern in Frieden zu leben und gute Beziehungen zu unterhalten"* („Horizont", 15/79).

Asien-Australien-Kommission

Pol-Pot-Banden treiben zehntausende Kambodschaner nach Thailand

Welch menschenverachtenden Charakter das Anfang des Jahres nach fast vierjähriger Schreckensherrschaft in Kampuchea gestürzte Pol Pot-Regime hat, zeigen die jüngsten Ereignisse an der kampucheanisch-thailändischen Grenze. Im Fernsehen konnte man es verfolgen: *„Aus dem Unterholz des kambodschanischen Dschungels quellen schier endlose Ströme von Menschen über die thailändische Grenze, zerlumpte, verhärmte Menschen, die wie entseelte Schatten früheren Lebens wirken. Kinder, Greise, Männer und Frauen in schwarzer oder grüner Kleidung und den karierten Schal um Kopf und Hals geschlungen, fünfzigtausend Untertanen des Pol Pot-Regimes"* („FAZ", 3.5.79).

Bei diesem Treck handelte es sich nicht um einen der „üblichen" Flüchtlingsströme, sondern die Pol Pot-Truppen benutzten die Bevölkerung aus den bislang noch von ihnen kontrollierten Gebieten Kampucheas als Geiseln, um sich vor den Kräften der Befreiungsfront FUNKSN in Sicherheit zu bringen. Daß die Leute nicht freiwillig im Treck mitzogen, belegen zahlreiche Augenzeugenberichte: *„Solche, die Widerstand geleistet hätten, seien von den Pol Pot-Leuten an Bambusstäbe gebunden worden und hätten unter vorgehaltenen Waffen weitermarschieren müssen"* („SZ", 25.4.79). Einige, die sich geweigert hatten, weiter mit zu marschieren, oder die nicht mehr konnten, sind kurzerhand erschossen worden.

Das thailändische Regime, das offiziell weiterhin seine Neutralität bei den Auseinandersetzungen innerhalb Kampucheas vorgibt, geleitete die Pol Pot-Truppe an anderer Stelle wieder über die Grenze, so daß sie wieder in den Kampf gegen die FUNKSN eingreifen konnte.

Wegen der anhaltenden Kämpfe in Kampuchea *„bleiben in weiten Landstrichen die Reisfelder unbestellt. Diplomaten in der thailändischen Hauptstadt Bangkok haben darauf verwiesen, daß in Kambodscha ein Massensterben einsetzen werde, wenn die Aussaat nicht vor der für Mai erwarteten Regenzeit beginne"* („SZ", 26.4.79).

Asien-Australien-Kommission



Kampucheanische Bauern werden von Pol-Pot-Truppen als Geiseln durch Thailand getrieben.

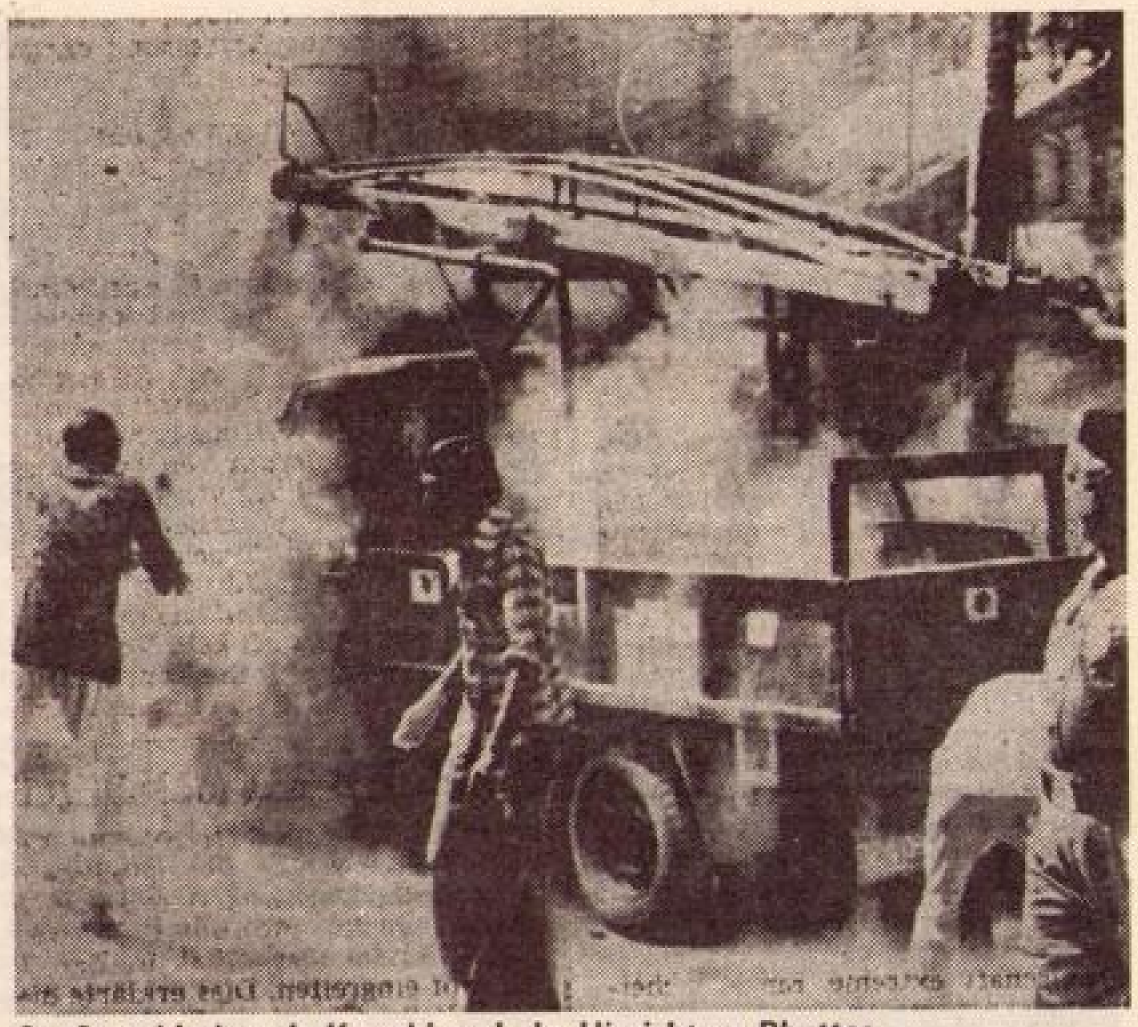
Erfolge des thailändischen Widerstandes

Die Volksbefreiungsarmee Thailands (PLAFT) gab im April bekannt, daß allein in den ersten drei Monaten 1979 in 45 Gefechten 209 feindliche Soldaten „außer Gefecht gesetzt" wurden. Wie vorher auch wurden größere Mengen Munition, Geräte und Waffen erbeutet („Voice of the People of Thailand" lt. „SWB", 5.4. 79). *„Die Erfolge der PLAFT in den südlichen Regionen während der vergangenen zweieinhalb Monate stellen eine machtvolle Antwort auf die Unterdrückungsaktionen der faschistischen Kriangsak-Regierung dar. Die durchgeführten Operationen ‚Udom Sak', ‚Phakdi', ‚792 Alpha', und ‚792 Beta' sowie viele andere Unterdrückungsaktionen ... können die Bevölkerung des Südens nicht am bewaffneten Kampf hindern"* („SWB", 5.4.).

Thailands Faschisten machten ihrerseits deutlich, daß sie künftig die Erfolge des thailändischen Widerstands als „vietnamesischen Vormarsch" deklarieren werden. *„Nach Laos und Kambodscha sind Thailands 16 nordöstliche Provinzen Vietnams nächstes Ziel"* erklärte scheinheilig Thailands Generalität („Guardian", 2.2.79). Gerade in diesen Provinzen ist der Widerstandskampf am entwickeltsten, dort liegen die befreiten Gebiete ... Mit der Propaganda dieses angeblichen vietnamesischen Vormarsches begründet Thailand wiederum seine militärische Aufrüstung (erst kürzlich wurden modernste Waffenlieferungen mit den USA vereinbart)(„Guardian", 2.2.79) Möglich ist in diesem Licht auch, daß es sich bei der neuerlichen thailändischen Mobilmachung wegen der Kämpfe in Kampuchea (in der Nähe der thailändischen Grenze) um die Vorbereitung neuer Aktionen gegen den thailändischen Widerstand handelt.

Asien-Australien-Kommission

Wachsender Protest gegen Zias Militärdiktatur



Straßenschlachten in Karachi nach der Hinrichtung Bhuttos.

Einen Tag nach der Hinrichtung Bhuttos brachen in fast allen Städten des Punjab und des Sindh die seit Jahren größten Unruhen in Pakistan aus.
Bhutto wurde am 4.4.79 erhängt, da er von einem Gericht in Lahore für schuldig befunden wurde, die Ermordung eines politischen Gegners angestiftet zu haben. Dieses Urteil wurde vom obersten Gerichtshof in Rawalpindi bestätigt - trotz der zu erwartenden Unruhen, denn Bhutto (reichster Mann im Lande, ebenfalls Militärdiktator etc.) galt bei Teilen der Bevölkerung immer noch als ein Freund der armen Bauern und Arbeiter.

Bhuttos Gegenspieler, General Zia Ul-Haq, hatte seine „Fähigkeiten" bereits als Berater König Husseins bewiesen, als er sich beim Massaker an den Palästinensern durch besondere Grausamkeit und Perfektion hervortat („Vorwärts", 12.4.79).

Gleichzeitig mit der Vollstreckung des Todesurteils kündigte er allgemeine Wahlen für den 14. November an, um das Volk ruhig zu halten. Doch trotz Alarmbereitschaft von Armee und Polizei versammelten sich 8.000 Menschen in einem Park in Rawalpindi zu einer Trauerfeier für Bhutto und bildeten anschließend einen Protestzug durch die Stadt mit Sprechchören gegen das Zia Ul-Haq-Regime. Die anrückende Polizei wurde mit einem Steinhagel und Knüppelschlägen empfangen und ging mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor. Sechs Busse und Lastwagen wurden in Brand gesteckt sowie mehrere Fahrzeuge und ein Armeefahrzeug beschädigt. 200 Demonstranten wurden festgenommen. In Bhadarwan setzten Demonstranten eine Polizeiwache und eine Schule, die von der rechtsradikalen islamischen Jama'at-i-Islami („Islamische Gemeinschaft") unterhalten wurde, in Brand („FAZ", 6.4.79). Diese Partei, der auch Zia Ul-Haq angehört, ist die bestorganisierte Partei Pakistans, in der Bürokratie verankert und durch Saudi-Arabien finanziell unterstützt. („Vorwärts", 12.4.79).

Auch in Lahore verwandelte sich die Trauerfeier für Bhutto, an der 5.000 Menschen teilnahmen, in eine Demonstration gegen das Militärregime mit Parolen wie: *„Nieder mit den Generälen!" „Wir wollen ein Ende des Regimes!"* Ins traditionelle schwarze Gewand gehüllte Frauen riefen: *„Lal Salam"* („Rote Grüße"), den Kampfesruf der Kommunisten auf dem indischen Subkontinent („FR", 12.4.79). Drei Stunden lang tobten die Straßenkämpfe, Busse, Autos, Banken und Verlage wurden in Brand gesetzt bis mit Maschinengewehren bewaffnete Militäreinheiten den Kämpfen ein Ende setzten. Am nächsten Tag verhängten Militärschnellgerichte Strafen von 6 - 12 Monaten Knast, die Ruhe herstellen sollten., begleitet von öffentlichen Auspeitschungen und anderen „islamischen" Strafen sowie Geldbußen bis zu 1.000 DM („FR", 12.4.79). Hunderte wurden eingekerkert und mißhandelt. Die Unruhen, nach Ansicht eines jugendlichen Taxifahrers in Lahore *„eine wichtige, aber vorübergehende Phase der bürgerlichen nationalen Erhebung auf dem Weg zum Sozialismus"* („FR", 12.4.79), machen den wachsenden Widerstand der Pakistanis, insbesondere auch der Frauen gegen die Militärregierung und ihre Institutionen sowie die mit Macht betriebene „Islamisierung" der menschenleeren Moscheen deutlich. Diese Bewegung umfaßt nicht nur Bhutto-Anhänger der PPP, sondern auch linke Gruppen, die laut Aussagen der bürgerlichen Pressen *„bei den Demonstrationen der letzten Tage in Karachi und Lahore schon kräftig mit(mischten)"* („SZ", 10.4. 79).

Am 17.4.79 gaben fünf Führer des linken Bündnisses (Awami Jamhoori Ittehad) eine Pressekonferenz in Lahore und verlangten die sofortige Zurücknahme der Beschränkungen für politische und gewerkschaftliche Betätigungen und die Freilassung von politischen Gefangenen, u.a. Nusrat und Nanazir Bhutto (Mutter und Tochter) und weiteren inhaftierten Frauen. Sie stellten fest, daß bei wirklich fairen und freien Wahlen im November bestimmten Parteien ihre Privilegien entzogen werden müssen. Einseitige Propaganda in Radio und Fernsehen müsse unterbleiben und allen Parteien gleiche Möglichkeiten zur Nutzung der Massenmedien eingeräumt werden. Sie wandten sich gegen die Militärgerichtsbarkeit und das Kriegsrecht („Viewpoint", 22.4. 79).

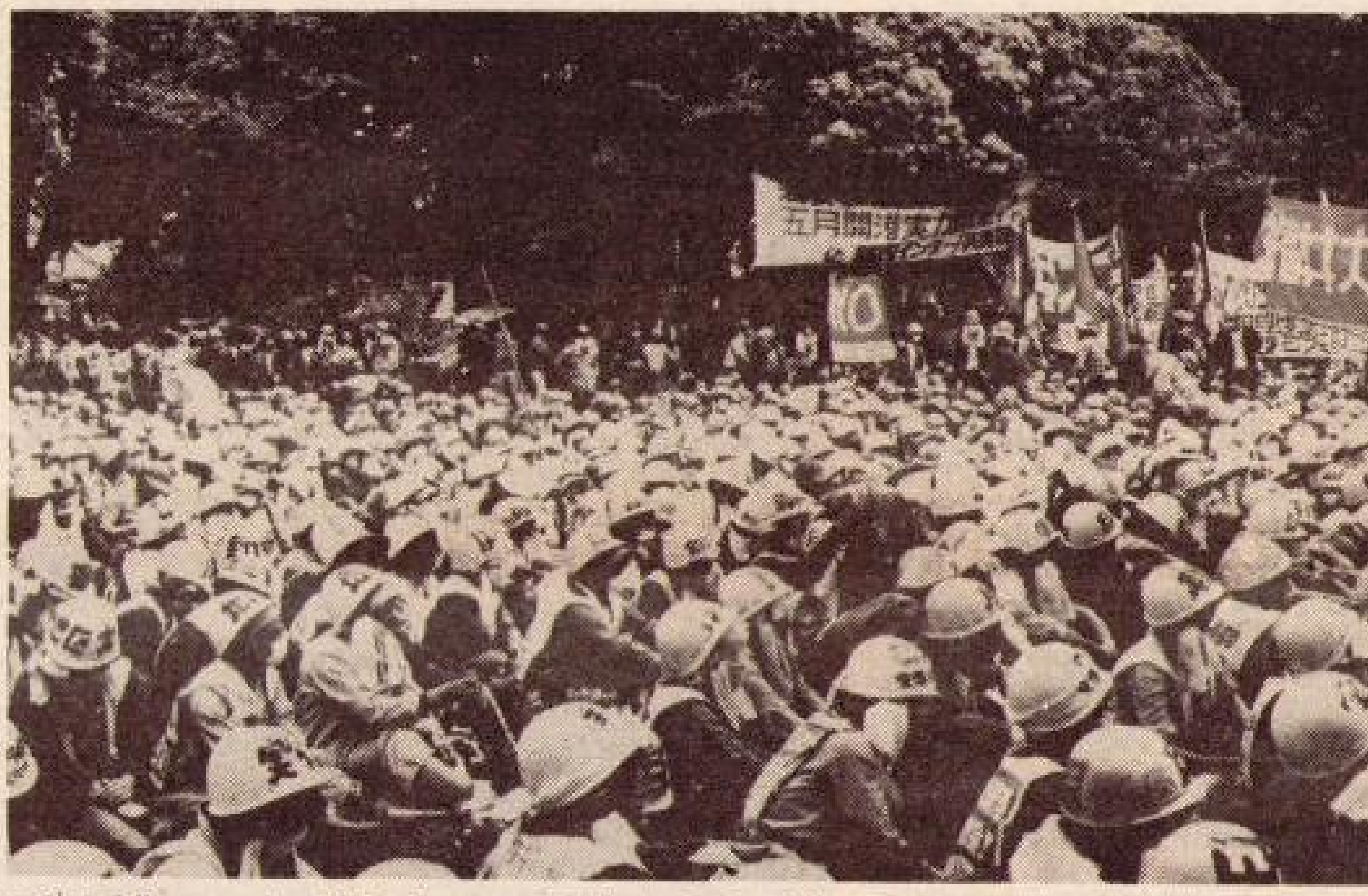
Inzwischen hat Zia Ul-Haq eine neue Regierung gebildet, nachdem die rechte PNA (Pakistanische National-Allianz) aus der Regierung ausschied. Die neue Regierung besteht aus Offizieren und Technokraten, die das Land bis zu den Parlamentswahlen führen soll („SZ", 17.4.79).

Falls sich die PPP unter der Führung von Nusrat Bhutto an den Wahlen beteiligen kann, was Zia verkündete, werden diese mit Unterstützung der Linken in einer Wahlniederlage für das Militärregime enden.

Asien-Australien-Kommission

Ein Jahr nach der Besetzung des Narita-Kontrollturms:

Vor neuen, großen Kämpfen



Ein Jahr ist es her, seitdem der Kontrollturm des neuen Flughafens Narita besetzt und somit die Eröffnung des Flughafens verhindert wurde. Dies wurde von der gesamten Anti-Flughafenbewegung als ein großer Sieg gefeiert und hatte auch gleichzeitig den gemeinsamen Kampfgeist gestärkt. Doch nachdem der Flughafen im Mai 1978 unter dem Schutz von 14.000 Bullen und mit Hilfe von neuen „Sicherheitsgesetzen" in brutaler Weise eröffnet werden konnte, hatte sich einerseits Enttäuschung und Ratlosigkeit breitgemacht, andererseits wurden häufiger Sabotageaktionen insbesondere von der Gruppe „Chukakuha" durchgeführt, die alle keinen sehr großen Schaden für den Flughafenbetrieb anrichteten, sondern eher die resignativen Tendenzen größer werden ließen. So endeten auch die zwei „100tägigen Kämpfe" mehr oder weniger klanglos, ohne daß eine wesentliche Verbreiterung der Kampffront erreicht wurde.

Diese Situation wurde aber auch in starkem Maße durch die repressiven Maßnahmen der japanischen Regierung herbeigeführt. Seit der Eröffnung wird der Flughafen ständig von 4-5.000 Bullen bewacht, in den ersten vier Monaten waren es sogar 7.000. Doch außer dem aus der bundesdeutschen Szene bekannten Bullenterror holte der japanische Staatsapparat zu neuen Schlägen aus. Seit September letzten Jahres begannen Prozesse gegen die 222 Flughafengegner, die in den Kämpfen vom Februar, März und Mai 1978 verhaftet wurden. Gegenwärtig sitzen immer noch etwa 100 in U-Haft. Zwar sind noch keine Urteile gefallen, doch im schlimmsten Fall bei Mehrfachvergehen können pro Urteil 15 Jahre Knast verhängt werden. Die Anklagen lauten: Behinderung der öffentlichen Dienstaufsicht, Herstellung, Tragen und Benutzen von Waffen, Vergehen gegen das Brandflaschen-Gesetz (Sondergesetz, 1971 wegen der zunehmenden Benutzung von Mollis eingeführt), Körperverletzung, Verstoß gegen das Flugsicherheitsgesetz (nicht nur die Errichtung der Stahltürme fallen hierunter, sondern auch die Besetzung des Kontrollturms, obwohl zu der Zeit noch kein Flugverkehr war) und „Mordversuch".

In Japan gibt es noch die Möglichkeit der kollektiven Verteidigung, allerdings werden diese Rechte seit einiger Zeit stark eingeschränkt. Während früher z.B. die kollektive Verteidigung von 86 Flughafengegnern, die in der Schlacht gegen die staatlichen Zwangsenteignungen im September 1971 verhaftet wurden, möglich war, wird jetzt mehr oder weniger willkürlich die Verteidigung der im Jahre 1978 Verhafteten nur noch in Grüppchen von zehn bis zwölf, in machen Fällen nur von fünf Leuten zugelassen. Hinzu kommt, daß bei 115 Angeklagten (von 222) der Prozeß nach Tokio verlegt worden ist, obwohl der Gerichtsort für die Sanrizuka-Prozesse Chiba (40 km nordöstlich von Tokio) wäre. Eine solche Verlegung des Prozeßortes ist einmalig in der japanischen Rechtssprechung. Grund hierfür war, daß das Strafgericht in Chiba „überlastet" ist und eine zügige Verurteilung nicht möglich ist. Schließlich wurde die Anzahl der Prozeßtermine bei den wegen der Kontrollturm-Besetzung Angeklagten von normalerweise einem auf drei Male pro Monat erhöht. Diese Gerichtspraxis stellt bereits einen Vorgriff auf die zur Zeit im Parlament diskutierten Gesetzesentwürfe über Strafprozesse ohne Verteidiger. Schließlich lautet auch die Kampagne des Staates, daß Prozesse, die sich über fünf oder sechs Jahre hinziehen (einiger der Sanrizuka-Prozesse laufen bereits zehn Jahre), für den Steuerzahler unzumutbar seien, und die Verschleppung der Prozesse sei gerade auf das Verhalten der Verteidiger zurückzuführen. (Alle Informationen von „Kyuen Renraku Centre", Tokio = Zentrum für Rechtshilfe).



Zu den direkten Eingriffen des Staates, um den Widerstand zu lähmen bzw. die Bewegung zu spalten, zählte die Ankündigung über vollständige Lärmschutzmaßnahmen und landwirtschaftliche Förderungsprojekte. Beim Lärmschutz ging es vor allem darum, diejenigen Bürger, die sich bisher am Sanrizuka-Kampf nicht beteiligt hatten, aber durch den unerträglichen Fluglärm erstmals sich betroffen fühlten, von einern künftigen Teilnahme am Widerstand abzubringen. Dies gelang dem Staat aber nicht. Es bestehen jetzt mehrere Gruppen, die sich immer stärker in den Protest der Flughafengegner einreihen, wenn auch ihre Forderungen (keine Nachtflüge, keine Erweiterung des Flughafens) noch nicht so weitreichend sind wie die der Oppositionsliga, so arbeiten sie mit dieser zusammen und nehmen an den Anti-Flughafen-Demos und -Kundgebungen teil. Ein weiteres Indiz ist, daß von den 817 Haushalten, die ein Anrecht auf Lärmschutzeinrichtungen haben, bislang nur 43 % diese beantragt haben („Yomiuri Shinbun", 24.3.78).

Mit den landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen will der Staat versuchen, sich das Land für den Bau der zweiten und dritten Landebahn anzueignen. (Zweiter Flughafenabschnitt). Es sind hiervon noch 17 Bauernhöfe betroffen, einschließlich zwei „Festungen" der Flughafengegner. Wenn die Lockangebote nicht wirksam sind — und die betroffenen Bauern haben bereits ihre entschlossene Ablehnung zu Ausdruck gebracht — sollen die Bauern „ausgetrocknet" werden. Aufgrund eines neuen Bewässerungssystems für das Gebiet um Narita wird die natürliche Wasserzufuhr über einen Fluß für die obigen 17 Bauernhöfe langsam versiegen. Das geplante Flughafenerweiterungsgelände soll auch an diesem Bewässerungssystem nicht angeschlossen werden. Daher haben die betroffenen Bauern sowie die Oppositionsliga beschlossen, nach Grundwasser zu bohren, um sich damit selbst zu versorgen. Der dritte Schritt des Staates hieße dann die Zwangsenteignung und Räumung des Geländes. Vor kurzem kündigte das japanische Transportministerium an, daß im Oktober mit dem Bau des zweiten Flughafenabschnittes begonnen werden soll. Sollte der Staat tatsächlich an diesem Plan festhalten, so wird es spätestens im Herbst dieses Jahres wieder zu direkten Konfrontationen mit der Staatsgewalt kommen. Ein Vertreter der „4. Internationale" erklärte, daß die vordringlichste Aufgabe jetzt die Grundwasserbohrungen auf dem Gelände des geplanten zweiten Flughafenabschnittes und damit die Erhaltung einer lebensfähigen, eigenständigen Landwirtschaft sei; mit militanten Aktionen sei erst wohl im September zu rechnen.

Der neueste Schritt zur zwangsweisen Durchsetzung der Erweiterungspläne war die wiederholte Anwendung des Narita-Sicherheitsgesetzes auf eine Festung der Flughafengegner. Anfang Februar 1979 wurde die Benutzung der „Yokobori-Festung" verboten. Diese zwei Stockwerke hohe, unterkellerte Stahlbetonfestung steht an einem Ende der geplanten Landbahn B auf dem Privatgrundstück eines der oppositonellen Bauern. Im Februar und März 1978 war sie der Schauplatz von blutigen Schlachten mit den Bullen, die mit dem Abriß des 20 m hohen draufmontierten Stahlturms — der angeblich trotz nicht vorhandenen Flugverkehrs die Flugsicherheit gefährdete — endeten. Daraufhin wurde sie von den Bullen zur Waffenfabrik erklärt und beschlagnahmt. Und trotz höchstrichterlichen Entscheides im Juli 1978 (!) wurde sie von den Bullen nicht wieder freigegeben. Dies geschah erst jetzt zur gleichen Zeit wie die Bekanntmachung des Benutzungsverbots. Bei Zuwiderhandlung droht die Behörde mit Absperrung oder Abriß („Yomiuri Shinbun", 5.2.78). Die Yokobori Festung ist das dritte Bauwerk, nach der Iwayama- und Kinone-Festung, die von dem neuen Narita Sicherheitsgesetz betroffen ist. Alle drei stehen an strategisch entscheidenden Punkten für den Flughafen-Kampf.

Verhindert den Bau des zweiten Flughafenabschnittes!

Weg mit dem Flughafen!

Solidarität mit den Bauern von Sanrizuka- Shibayama!

Asien-Australien-Kommission



Westsahara: Mauretanien möchte sich aus dem Krieg herausziehen

OTRAG: Der große Bluff



OTRAG-Chef Lutz Kayser

Ende April ging es groß aufgemacht durch die Weltpresse: Zaire habe den Vertrag mit der Raketenfirma OTRAG gekündigt *»und damit einem der ungewöhnlichsten Privatobjekte in der dritten Welt ein Ende bereitet«* (FR, 28.4.79). OTRAG-Chef Kayser kündigte bereits an, die Raketenversuche seien jetzt *»in fünf anderen ins Auge gefaßten Ländern möglich. Als die auf die Dauer vernünftigste, weil politisch unangreifbare Lösung will Kayser jedoch künftig seine Raketen von einem Schiff auf hoher See aus starten«* (SZ, 30.4./1.5.).

Die Reaktionen der bundesdeutschen Politiker auf dieses plötzliche und wundersame ‚Ende' der OTRAG-Aktivitäten in Zaire waren entsprechend euphorisch. Der SPD-Obmann im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, Corterier, begrüßte *»das Verbot weiterer Raketenversuche«*, denn die *»undurchsichtigen Aktivitäten der OTRAG hätten dem deutschen Ansehen in Afrika geschadet«* (ebenda). Auch im Auswärtigen Amt *»scheint man ... aufzuatmen, daß der Streitpunkt deutscher, wenn auch privatwirtschaftlich geplanter Raketenabschüsse im Zentrum von Afrika beseitigt ist«* (FAZ, 8.5.).

Das kam so ... Aus dem Märchenbuch der Hohen Politik

Das kam so ... Aus dem Märchenbuch der Hohen Politik

Bereits im August letzten Jahres hatte Außenminister Genscher die Parole ausgegeben: *»Der außenpolitische Schaden ist so groß, daß in jedem Fall etwas unternommen werden muß«*. Staatsminister Wischnewski empfahl damals, »ein gestandener Mann« müsse nach dem Rechten sehen und *»Mobutu Sese Seko zum Eingreifen zwingen«* (vergl. AK 136). Inzwischen ist nun durchgesickert, wie diese schwierige Aufgabe gemeistert werden konnte. OTRAG-Chef Kayser klagte der »Wirtschaftswoche«: *»Der Bundeskanzler löchert den armen Mobutu bei jedem Treffen wegen der OTRAG, und die Zairer sind bei solchen Gesprächen nicht gerade in einer starken Position. Die brauchen halt dringend deutsches Geld«* (Wirtschaftswoche, 30.4.). Doch auch Helmut Schmidt mußte erst unter Druck gesetzt werden, bevor er aktiv wurde. Das kam so: *»Von einem hohen CDU-Politiker«* hat Kayser erfahren, daß *»der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew persönlich starken Druck auf Bundeskanzler Schmidt ausübt«* (ebenda). Aber weder Breschnew noch Schmidt waren alleine in der Lage, Mobutu zu überzeugen. Sie beschlossen gemeinsam, einen Mittelsmann einzuschalten, den französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing. Ein anonym bleibender Bonner Minister teilte der »International Herald Tribune« mit, daß *»der Kanzler ... Präsident Valery Giscard d'Estaing gebeten hat, in der Angelegenheit bei Präsident Mobutu zu intervenieren«* (IHT, 28./29.4.).

Der unmittelbare Anlaß für die Entscheidung Mobutus war dann laut Kayser der starke Druck, *»den der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew auf seinen Besucher Valery Giscard d'Estaing ausgeübt hat, wobei der französische Staatschef auch die Interessen seiner eigenen Raketenbauer im Auge gehabt haben«* dürfte (SZ, 30.4./1.5.).

So kompliziert und verzwickt geht es also hinter den Kulissen der großen Weltpolitik zu; allein — wer's glaubt wird selig!

Zurück zu den Tatsachen ...

Der Wahrheit sehr nahe kommt die Reaktion Lutz Kaysers auf die ersten Zeitungsberichte über die angebliche Vertragskündigung. Er sagte damals kurz und knapp: *»Von Anfang bis Ende gelogen«* (Wirtschaftswoche). Nachdem sich der erste Wirbel um die sensationelle Ankündigung Mobutus gelegt hatte, stellt auch die »FAZ«, das Hausblatt der OTRAG, nüchtern fest: *»Formell liegt die Kündigung aus Zaire bei der OTRAG noch nicht vor«*. Als einziger »Beweis« wird stattdessen genannt: *»Für das Auswärtige Amt in Bonn gibt es keinen Zweifel, daß der Vertrag zwischen Zaire und OTRAG gekündigt ist«* (FAZ, 8.5.).

OTRAG-Chef Kayser in der ihm eigenen Offenherzigkeit sieht es allerdings anders: *»Der 1978* (Anm.AK: muß 1976 heißen) *für die Dauer von 22 Jahren abgeschlossene Vertrag sei auf jeden Fall nicht kündbar«* (SZ, 30.4./1.5.). Dies deckt sich völlig mit den Vertragsbestimmungen selbst. In Artikel 6 des am 26. März 1976 in Kinshasa unterzeichneten Vertrages heißt es unmißverständlich: *»Das exklusive Nutzungsrecht über das Territorium gehört der OTRAG bis zum Ende des Jahres 2000. Es kann vom Staat nicht vor diesem Datum aufgekündigt werden,* **mit welcher juristischen Begründung auch immer** (Hervorhebung von uns)« (AK Nr. 111).

Natürlich wäre es möglich, daß eine der beiden Seiten trotz dieser Bestimmung Vertragsbruch begeht, dies ist allerdings bei den jetzigen Maßnahmen Mobutus nicht der Fall. Die zairische Botschaft in Brüssel, die die Veränderungen ankündigte, schrieb in ihrer Erklärung lediglich: *»Zaire untersagt alle OTRAG-Aktivitäten, die mit Satelliten-Forschung oder mit dem Abschuß von Satelliten von zairischem Territorium aus in Verbindung stehen«* (Le Monde, 29./30.4.79). D.h. angeblich untersagt werden lediglich die Herstellung und der Transport von Satelliten in den Weltraum. Das dürfte OTRAG allerdings nicht sonderlich treffen, da ohnehin starke Zweifel bestehen, ob von der Firma überhaupt je an solche Aktivitäten gedacht wurde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das gesamte von OTRAG immer wieder vorgestellte sogenannte »friedliche Weltraumprogramm« (»Billige Satelliten für Entwicklungsländer«) nur den Deckmantel für ein militärisches Raketenprogramm darstellt. Alle denkbaren militärischen Vorhaben der OTRAG in Zaire sind also weiterhin möglich. Bereits bei einem früheren Vorschlag der Firma im November 1978, ihre Aktivitäten von der UNO kontrollieren zu lassen, wurde deutlich, daß das Weltraumprogramm nur ein Aushängeschild ist.

Kayser kündigte damals an, OTRAG wolle *»die gesamte orbitale Transporttätigkeit in Zaire der ständigen Kontrolle der UNO unterstellen«*. Der »Informationsdienst Südliches Afrika« kommentierte dieses Angebot damals: *»Lediglich also bei Starts in den Weltraum (»Orbital«) dürfte die UNO ständig ‚die Nutzlast', nicht also die Rakete, kontrollieren. Das zunächst überraschende Angebot macht das, was OTRAG geheimhalten will, deutlicher«* (ISSA, Dez. 78).

OTRAG bleibt in Zaire!

Auch nach dem »Verbot« von Satelliten-Starts bleibt *»die Firmengruppe ... jedoch in Zaire tätig mit der Suche und Exploration von Bodenschätzen, mit einer privaten Fluggesellschaft, mit einer Straßenbaugesellschaft und im Hotelgeschäft«* (FAZ, 8.5.79). Auch die Produktion von Raketenteilen in den von OTRAG errichteten Fabriken auf ihrem Territorium ist nicht untersagt worden. Nach der im Mai 1978 erfolgten Änderung der Außenhandelsbestimmungen (»Lex OTRAG«), nach denen die Ausfuhr von Raketenbauteilen genehmigungspflichtig wurde, hatte OTRAG einen Teil der Produktion und Montage nach Zaire selbst verlegt. Wie aus einem ausführlichen Bericht in der »Zeit« hervorgeht, finden dort gegenwärtig umfangreiche Bauarbeiten statt, um die Unterbringung einer ständig wachsenden Zahl afrikanischer Arbeiter sicherzustellen. So wird ein Dorf mit etwa 500 Wohnungen errichtet. Auch die Arbeiten zur infrastrukturellen Erschließung der Gegend um das Startgebiet laufen weiter auf Hochtouren. Es werden Straßen, Brücken und ein Großflughafen mit südafrikanischer Beteiligung gebaut (vergl. AK 138 und »Zeit« vom 23.2.79).

Atombomben-Produktion in Zaire?

Bekanntlich hat die OTRAG durch den Vertrag mit Zaire alle Explorations- und Abbaurechte für die in dem Gebiet lagernden Bodenschätze übertragen bekommen. Der Wert der Mineralien, die *„sich in den nächsten zwanzig Jahren ‚leicht' abbauen ließen"* wird von Lutz Kayser auf 200 Milliarden Dollar geschätzt, *„Vorgespräche mit interessierten Unternehmen"* seien bereits im Gange („Zeit"). Konkret in Angriff genommen wird dabei gegenwärtig vor allem die Ausbeutung des reichlich vorhandenen Urans. Hierfür wurde im letzten Jahr ein Vertrag zwischen der französischen staatlichen Bergbaugesellschaft B.R.G.M., Präsident Mobutu, Lutz Kayser und dem Strauß-Freund Fred Weymar unterzeichnet (vergl. AK 138).

Möglicherweise in Zusammenhang mit diesem Vorhaben steht das Projekt einer Urananreicherungsanlage, die mit maßgeblicher BRD-Beteiligung augenblicklich bei Shingolobwe, nur 100 km von der Südgrenze des OTRAG-Territoriums entfernt, entsteht. Unter Führung des Firmenkonsortiums S.E.I.A. Brüssel wird hier eine „Atomfabrik" unter Verwendung der französischen Gasdiffusionstechnologie gebaut. Es wird vermutet, daß auch die Wiederaufbereitung abgebrannter Reaktorbrennstäbe geplant ist. Beteiligt an diesem Projekt sind die BRD-Firmen Bayer, Höchst, Union Kraftstoff und Siemens (Informationsdienst Südliches Afrika, April 1979).

Genscher: Umsiedlung von Rassisten geplant

Eine weitere Dimension des OTRAG-Projekts, die ebenfalls die langfristig geplante Verwendung der BRD-Kolonie in Zaire beweist, wurde erst kürzlich bekannt. Bereits in AK 111 hatten wir vermutet: Es *„drängt sich der starke Verdacht auf, daß der BRD-Imperialismus u. a. mit dem Aufkauf von halb Shaba eine gesicherte Fluchtstätte für die Rassisten aus Namibia und Zimbabwe aufbaut, wenn denen eines Tages der Boden unter den Füßen zu heiß geworden ist"*.

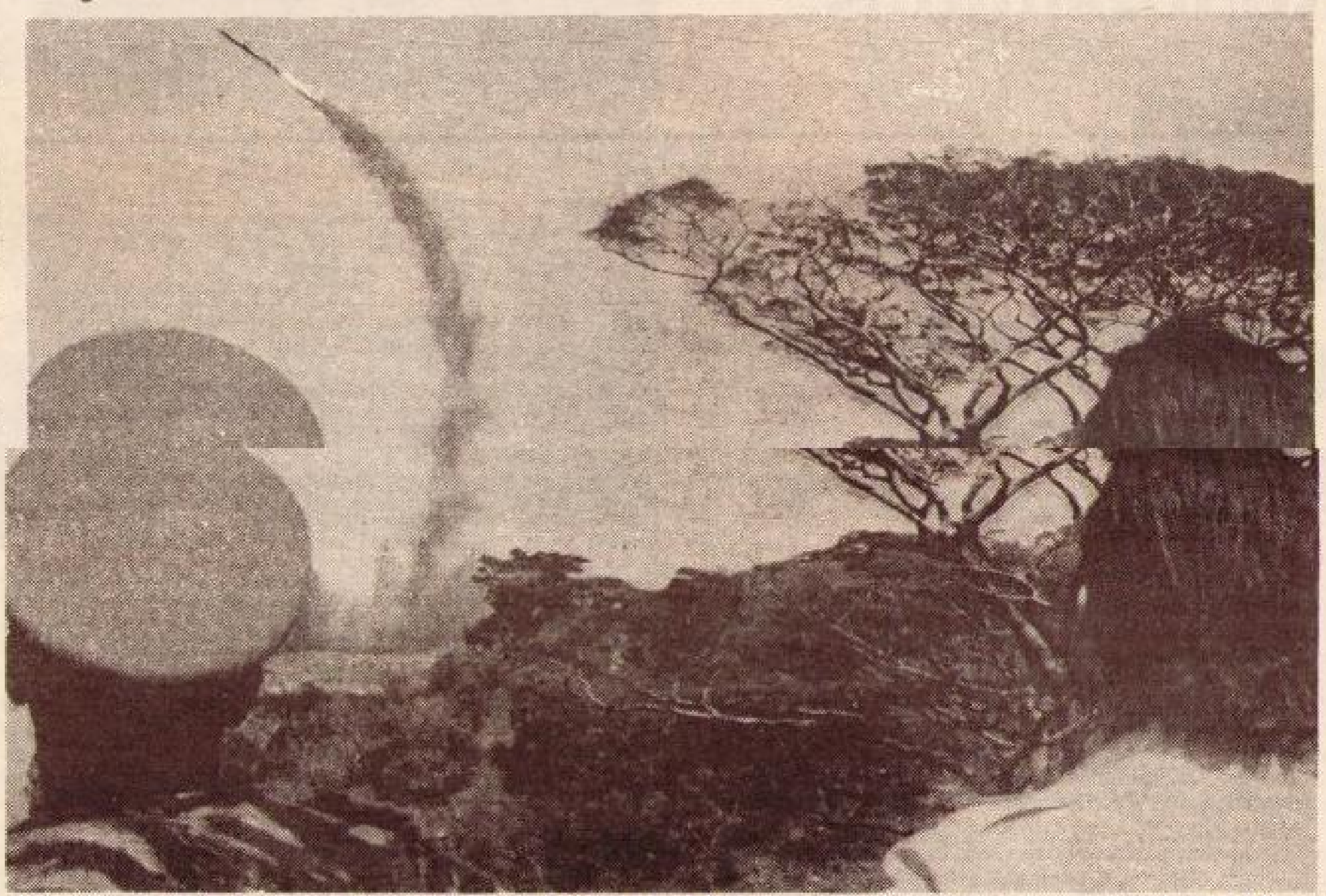
Wie so oft, ist auch hier die Spekulation von der Wirklichkeit eingeholt worden. In seiner April-Nummer enthüllte der „Informationsdienst Südliches Afrika" eine „Aufzeichnung der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 1.9.1978". In diesem Dokument heißt es auf Seite 25 ff: *„Betr.: Umsiedlung Deutscher bzw. Deutschstämmiger aus Namibia. Bezug: Mündliche Weisung des BM* (Bundesminister H.D. Genscher, Anmerkung des Verf.) *vom 21.08.1978:*

1. Eine größere Anzahl von Deutschen und Deutschstämmigen in Namibia hat sich an die Bundesregierung mit der Bitte gewandt, bei der Umsiedlung in andere Staaten ... Unterstützung zu gewähren ...

2. ... gibt es Fälle, wo ein Verbleib in Namibia nach Erlangung der Unabhängigkeit aus unterschiedlichen, jedoch verständlichen Gründen nicht möglich ist. In solchen Ausnahmefällen wird das Auswärtige Amt vermittelnd wirken ...

3. ... Es bestehen Kontakte zur zairischen Regierung, um deren Bereitschaft zur Aufnahme einer begrenzten Anzahl von Umsiedlern zu erkunden. Erste positive Reaktionen liegen vor. Günstige Voraussetzungen für Aussiedlungen bestehen in Teilen des von der Firma OTRAG gepachteten Territoriums im Norden der Provinz Shaba. Von seiten der Firma wurde entsprechendes Interesse bekundet. Es steht geeignetes Gelände zur Verfügung, das von eventuellen Gefahren durch Raketentests nicht oder kaum betroffen ist. In Zaire wurden bereits gute Erfahrungen mit der Ansiedlung von aus Angola geflohenen Portugiesen gemacht."

Afrika-Kommission



Otrag-Panne am 5. Juni 1978: Vor den Augen Mobutus und Kaysers schlug sich eine Rakete seitwärts in den Busch

Nach der Befreiung von Ost-Uganda befindet sich das Land nun fast vollständig unter Kontrolle der neuen Regierung.

Seit dem 12. April wird Uganda von einer Übergangsregierung unter Ministerpräsident Yusuf Lule regiert, die alle in der ugandischen Oppositionsbewegung UNLF zusammengefaßten Organisationen repräsentiert. Yusuf Lule war bis 1962 Direktor der Makere-Universität in Kampala. Danach ging er nach England, war lange Zeit Generalsekretär der Commonwealth-Konferenz und lebte bis vor kurzem in Lagos (Nigeria). Er kann also auf gute Beziehungen zum britischen Imperialismus zurückblicken.

Die ersten außenpolitischen Aussagen der Lule-Regierung über den zukünftigen politischen Kurs des Landes waren offenbar bis auf ein Bekenntnis zur Blockfreiheit und zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen Palästinas, des südlichen Afrika und im Magrehb (Sahauris!) (nachzulesen in d. Afrique-Asie, 16.4. — 29.4.) bewußt unpräzise gehalten.

Als Schwerpunkt der Innenpolitik wurde die Wiederherstellung der Menschen- und demokratischen Grundrechte der Bevölkerung genannt. Darunter fällt beispielsweise die Einführung aller ausländischen Zeitschriften, die Wahl von Volksvertretungsorganen in den einzelnen Stadtvierteln (bisher durchgeführt in der Hauptstadt Kampala) und die Einführung des Acht-Stundentages, bzw. der 5-Tage-Woche (Radio Kampala, 19.4. nach Monitor-Dienst, 23.4.).

In einer Rede an die Nation kündigte Ministerpräsident Lule die Durchführung allgemeiner Wahlen zum nächstmöglichen Zeitpunkt an (Radio Kampala, 11.4., lt. MD, 12.4.).

Großen Wert wird von Regierungsseite auch auf die Neuverteilung gehorteter Lebensmittel und Waren ge-
12.4.).

Großen Wert wird von Regierungsseite auch auf die Neuverteilung gehorteter Lebensmittel und Waren gelegt, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherstellen zu können. Bereits angesichts dieser wenigen Fakten wird deutlich, in welchem Maß sich die Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten des ugandischen Volkes seit dem Sturz Amins bereits verbessert haben.

Doch sollte das nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich vor allem in der wirtschaftspolitischen Entwicklung Ugandas bereits Tendenzen abzeichnen, die zumindest anzeigen, daß der neuen ugandischen Regierung eine starke pro-kapitalistische Fraktion angehört.

In einem Interview mit der „Newsweek" bezifferte der ugandische Minister für den Wiederaufbau, Adimola, allein die Kosten für den Wiederaufbau der Infrastruktur auf 4 Milliarden DM. Er hoffe dabei auf die Hilfe „alter Freunde", darunter der BRD. Das neue Wirtschaftssystem werde — so Adimola — wahrscheinlich ein „Kompromiß" zwischen dem kapitalistischen Kenia und dem sozialistischen Tanzania darstellen (SZ, 2.5.).

Ministerpräsident Lule erklärte, er werde sich „um schnelle Hilfe" aus dem Westen und Osten bemühen (Tanzania Daily News, 17.4.).

In der Tat sind die Aufgaben, denen sich die neue ugandische Regierung gegenübersieht, ohne Hilfe aus dem Ausland zumindest kurzfristig kaum zu bewältigen. Das wirtschaftliche Erbe der Amin-Diktatur besteht aus einer immensen Verschuldung, einer am Boden liegenden Agrarwirtschaft, einer Infaltionsrate von mehreren 100 Prozent und einem enormen Mangel an qualifizierten Fachkräften. Zudem ist die Infrastruktur des Landes unterentwickelt bzw. durch Kriegbsschäden nicht intakt; der Export von Waren wird fast ausschließlich über das Nachbarland Kenia abgewickelt.

Zur Zeit hat es den Anschein, als suchte die UNLF diesem Dilemma hauptsächlich durch eine verstärkte

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 56

Kooperation mit dem Imperialismus zu begegnen. Die Imperialisten ihrerseits haben im Fall Ugandas ungewöhnlich schnell ihre Bereitschaft zu Hilfsangeboten und finanziellem Engagement signalisiert. Offenbar verspricht sich der Imperialismus hierdurch eine Stärkung des prowestlichen Lagers in Uganda.

So hat Großbritannien eine Soforthilfe von 4 Mio. DM zugesagt, Kenia will einen 5 Mio. DM-Kredit vergeben und auch die EG läßt sich mit 390.000 Dollar Wiederaufbauhilfe und der Zusage, „ihr Bestes beim Wiederaufbau Ugandas zu tun", nicht lumpen (FAZ, 3.5., FR, 28.4., Monitor-Dienst, 19.4.). Die Vereinigten Staaten haben ihre seit 1976 geschlossene Botschaft wieder eröffnet, ein Team von Wirtschaftsexperten nach Kampala entsandt und die baldige Aufhebung des Handlsboykott angekündigt (NZZ, 25.4.). Die großen ausländischen Öl-Konzerne sind gar bereit, auf die ausstehenden Schulden solange zu warten, bis Uganda in einer besseren Situation ist (Herald Tribune, 24.4.).

Zusammenarbeit Kenia-Uganda

Wie bereits erwähnt, ist Uganda aufgrund seiner Binnenlage in besonderem Maß vom reaktionären Nachbarstaat Kenia abhängig. Kenia verfügt über einen Zugang zum Meer und Kenia ist auch Hauptlieferant des Erdöls. Kenia gehörte zu den Staaten, die das Amin-Regime bis zuletzt unterstützt haben. So durften lybische Flugzeuge zum Auftanken in Kenia zwischenlanden, wurden die Truppen Amins über kenianische Transportwege mit Nachschub versorgt und war dieses Land nach dem Sturz Amins Zufluchtsort für Tausende von Amin-Anhängern.

Vor diesem Hintergrund läßt die Ankündigung des ugandischen Ministers Aldimola, das zukünftige Uganda werde eine Mischform zwischen dem tanzanischen und kenianischen da werde eine Mischform zwischen dem tanzanischen und kenianischen System sein, nichts Gutes ahnen.

Vor kurzem reiste eine 16-köpfige ugandische Delegation nach Kenia, um vor allem über den Wiederaufbau der Infrastruktur und die künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verhandeln. Dazu erklärte der kenianische Außenminister: „Kenia ist bereit, in jeder Beziehung mit der ugandischen Regierung zusammenzuarbeiten und jede Hilfe beim Wiederaufbau des Schwesterlandes Uganda zu leisten" (TDN, 25.4.).

Im Zusammenhang mit dieser Reise ist noch die Rede des ugandisschen Justizministers vor Uganda-Flüchtlingen in Mombasa erwähnenswert. In dieser Rede werden u.a. ehemalige Amin-Anhänger und höhere Beamte im ugandischen Staatsapparat aufgefordert, in ihre alten Positionen zurückzukezukehren (ITH, 24.4.).

Alles in Allem sind auch in Uganda die künftigen Entwicklungslinien durchaus noch nicht 100%ig vorprogrammiert.

Die Stärke der Linken innerhalb und außerhalb der UNLF, sowie die Kampfkraft der ugandischen Massen sind aktuell noch weitgehend unbekannte Größen. •

Bundesmarine in Togo

Einem Bericht der „Nordwest-Zeitung" vom 5.4.79 zufolge hat die Bundesmarine vor kurzem vier ihrer Zerstörer, u.a. die „Bayern", in das afrikanische Togo geschickt, wo in Anwesenheit höchster CSU-Prominenz auch gemeinsame Übungen mit der togolesischen Luftwaffe und Marine stattfanden.

Bayerns Staatsminister Pirkel, Herzog Max von Bayern und eine bayrische Delegation überbrachten dem togolesischen Staatspräsidenten Eyadema eine Grußbotschaft von Franz Josef Strauß persönlich, der einst zum Ehrenbürger Togos gekürt wurde.

Togo unterhält bekanntlich sehr enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zum BRD-Imperialismus und speziell zur CSU und ihrem Ableger, der Hanns-Seidel-Stiftung.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem die zunehmende Entsendung westdeutschen Militärpotentials nach Afrika. So sollen die Zerstörer neben Togo auch Nigeria, Senegal, Ghana und Liberia besuchen. Erinnert sei hier auch an die Mithilfe bundesdeutscher Soldaten bei der Grenzsicherung in Zaire (S. AK 150).

Hier bahnt sich offensichtlich eine verstärkte militärische Kooperiation zwischen dem BRD-Imperialismus und seinen reaktionären Bündnispartnern an!

Schwarze Kompradoren für »Abrechnung« mit Israel

Nach Abschluß des Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten mögen sich jetzt auch einige der schwarzen Kompradoren Afrikas wieder offen für eine Intensivierung der Beziehungen mit dem rassistischen Regime von Tel Aviv aussprechen (nach der Besetzung von ägyptischem Gebiet durch Israel im Krieg von 1973 kamen die meisten dieser Statthalter nicht umhin, ihre wohlgepflegten diplomatischen Beziehungen abzubrechen; lediglich Malawi, Swaziland und Lesotho halten bis heute offen zum israelischen Regime).

Mehrere afrikanische Führer hatten schon vor dem Abkommen "privat" deutlich gemacht, daß diese Phase der diplomatischen Abstinenz gegenüber Israel nun vorüber sein müsse, und die Beziehungen wieder "normalisiert" werden müßten (Ghana, Zaire, Elfenbeinküste und Liberia). Vor kurzem äußerte sich auch Andrew Ngumba, Regierungsmitglied in Kenia, in einem Interview: *"Jene, die Israel nicht mögen, wollen nur Geld von den arabischen Staaten. Israel kann viel tun für die Entwicklung Afrikas. Wir können viel von ihnen lernen"* ("IHT", 1.4.79).

Bezogen auf die israelischen "Agrarexperten", die von 1964 - 73 in Sambia gearbeitet hatten, erklärte das sambische Parlamentsmitglied Yalentine Cafoya: *"Wir wollen, daß die Israelis zurückkommen"*. (s.o.)

Der ehemalige nigerianische Minister für Gesundheit und Landwirtschaft schrieb vor kurzem an die Nigeria Times: *"Ein Überdenken Nigerias diplomatischer Beziehungen ist seit langem überfällig. Es hat nie in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse gelegen, mit Israel zu streiten"* (s.o.).

Afrika-Kommission

Unruhen in Liberia

Während der Ostertage zeigte sich, daß die vielbeschworene Stabilität des westafrikanischen Staates Liberia bröckelt. In der Hauptstadt Monrovia demonstrierten Tausende gegen die geplante Reispreiserhöhung um 15 bis 35%. Dabei sollen 90% der Geschäfte der Stadt geplündert sowie Banken in ausländischer Hand und Büros von Fluggesellschaften beschädigt worden sein, wobei ein Sachschaden von 70 Mio. DM entstand.

Nachdem die Polizei den ganzen Sonntag über in die Menge feuerte, waren 41 Tote und über 548 Verletzte zu beklagen. Die Stadt glich danach einem Trümmerfeld.

Die reaktionäre Regierung unter Präsident Tolbert begrub daraufhin die Pläne zur Preiserhöhung.

Gleichzeitig ließ sie Schulen und Universitäten schließen, schützte ihre eigene Residenz mit Panzern und erließ ein nächtliches Ausgehverbot. Mittlerweile ist eine Verhaftungswelle im Gange, und angebliche "Rädelsführer", für deren Ergreifung 5000 Dollar ausgesetzt sind, werden per Steckbrief gesucht.

Der Präsident hat sich Sondervollmachten für ein Jahr verleihen lassen; Grundrechte sind aufgehoben worden. Er hat auch schon die Hintermänner der Unruhen ausgemacht: Am 28.4. wurden drei Angehörige der sowjetischen Botschaft ausgewiesen.

Kaum waren die Unruhen ausgebrochen, da eilten dem Präsidenten seine reaktionären westafrikanischen Kollegen zu Hilfe: Die Regimes der Elfenbeinküste und Togos boten die Entsendung von Truppen an. Das Rennen machte jedoch die Regierung des Nachbarlandes Guinea, die Eliteeinheiten der Infanterie sowie Jagdflugzeuge schickte. Damit bewies die guineanische Regierung, daß sie bereit ist, auch praktische Konsequenzen aus der während der letzten Jahre vonstatten gegangenen Abkehr von fortschrittlichen Positionen zu ziehen.

Afrika-Kommission

Westsahara: Mauretanien möchte sich aus dem Krieg herausziehen

Nach einem letzten Regierungsputsch am 6. April, nach dem die neue Regierung Mauretaniens sich erklärtermaßen fester an Marokko anbinden wollte, hat sie überraschenderweise nach kurzer Zeit wieder ihre Verhandlungsbereitschaft mit der Frente Polisario gezeigt. Mauretanien möchte sich lieber heute als morgen aus dem Konflikt herausziehen, befürchtet aber die anschließende Reaktion Marokkos. 9000 marokkanische Soldaten halten die Minen von Zouerate und andere strategische Schlüsselpunkte in Mauretanien besetzt, um sie vor den Angriffen der Polisario zu "sichern". Die Polisario hat die mauretanische Regierung seit Beginn der Kämpfe um die Westsahara gewarnt, daß Marokko nicht mit der Besetzung der Westsahara halt machen werde.

Nahost-Kommission

Am 6. April hatte der mauretanische Präsident Ould Salek die Regierung aufgelöst und an deren Stelle einen neuen »Militärausschuß zur Rettung der Nation« eingesetzt. Ould Bousseif wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Die ersten Verlautbarungen der neuen Regierung machten deutlich, daß Mauretanien zukünftig keine Schritte ohne Abstimmung mit Marokko unternehmen, im Gegenteil noch enger mit Marokko zusammenarbeiten wolle. Für die Frente Polisario hätte dies in naher Zukunft sicher wieder einen Kampf an zwei Fronten bedeutet, nachdem sie im Juli 1978 die Kampfhandlungen gegen Mauretanien eingestellt hatte, um Mauretanien Verhandlungen anzubieten und die militärischen Kräfte verstärkt gegen Marokko einzusetzen. Den erneuten Angriffen der Polisario hätte die mauretanische Armee allerdings kaum tanische Armee allerdings kaum standhalten können, die innenpolitische Lage hätte sich dadurch sicher noch mehr verschärft.

Als wichtigstes Ziel der neuen Regierung wurde angegeben, einen dauerhaften Frieden im Westsahara-Konflikt zu erreichen. Solange der Krieg nicht beendet sei, sollten die marokkanischen Truppen im Lande bleiben. Der Abzug der marokkanischen Truppen, der am 30. März beendet sein sollte, wurde gestoppt. Bis zur Erreichung des Friedens wurde allen Gruppen und Privatpersonen des Landes jede politische Betätigung verboten! Der neue Ministerpräsident erklärte, die mauretanische Regierung werde weiterhin die französische Militärhilfe anfordern, eine Steigerung sei bei Bedarf nicht auszuschließen.

Letzter Putsch im Juli 1978

Erst im Juli 1978 hatte Ould Salek gegen die marokkofreundliche Regierung Ould Daddahs geputscht. Danach hatte es so ausgesehen, als wolle Mauretanien sich stärker aus der Front mit Marokko lösen und mit der Frente Polisario über die Rückgabe des von Mauretanien besetzten Teils der Westsahara in Verhandlungen treten. Die Regierung beschloß, die 9.000 im Lande stationierten marokkanischen Soldaten aus dem Land zu weisen. Für Mauretanien, das durch den Krieg gegen die Frente Polisario kurz vor dem wirtschaftlichen Ruin steht (60% des Staatshaushalts werden für militärische Zwecke ausgegeben) ist es überlebenswichtig, sich aus dem Krieg mit der Frente Polisario herauszuziehen.

Marokko hatte von vornherein erklärt, es werde keine Zugeständnisse Mauretaniens an die Polisario dulden; ebenso hatte Präsident Senghor aus Senegal, dem südlichen Nachbarn Mauretaniens, gedroht, bei der Einsetzung einer Pro-Polisario-Regierung werde er die schwarze Bevölkerung Mauretaniens in ihrem Kampf um Selbstbestimmung unterstützen. Der Senegal hatte dem mauretanischen Regime bis dahin militärische Hilfe geleistet, indem er die Fliegerbasis Yoff bei Dakar für französische Luftangriffe auf die Polisario zur Verfügung gestellt hatte. Ob diese Drohungen in die Tat umgesetzt werden oder ob möglicherweise Marokko und Senegal aufgrund der inneren Entwicklung in Mauretanien ihre Haltung geändert haben, bleibt abzuwarten.

Opposition brachte die Ould-Salek-Regierung zu Fall

Seit Januar dieses Jahres machte sich verstärkt eine Opposition gegen das mauretanische Regime bemerkbar. Auf der einen Seite waren es Forderungen gegen die marokkanische Präsenz in Mauretanien; die stärksten oppositionellen Kräfte bildeten jedoch die schwarzen Mauretanier, die vorwiegend im Süden wohnen und 1/3 der Bevölkerung ausmachen. Ihre Kämpfe richteten sich gegen die Arabisierung des Landes, gegen den Rassismus, gegen die Unterdrückung ihrer Kultur und gegen ihre wirtschaftliche Benachteiligung. Die anhaltenden Proteste führten dazu, daß der mauretanische Staatschef Ould Salek Mitte März alle wichtigen Machtfunktionen in der Regierung übernahm, um *»einer außergewöhnlichen Lage Herr zu werden«*. Drei der wichtigsten Fürsprecher der Frente Polisario wurden aus der Regierung ausgeschlossen (SZ, 23.3.)!

Außerdem wurde ein nationaler Konsultativrat gebildet, der alle Teile der Bevölkerung — d.h. auch die schwarzen — an der Regierung beteiligen sollte. Dieser Konsultativrat wurde jedoch von vornherein von den 17 schwarzen Vertretern boykottiert, die natürlich gegenüber 81 Weißen unterrepräsentiert waren. Einige maurische, d.h. weiße Mitglieder schlossen sich dem Boykott an („Monitor-dienst", 5.4.).

Etwa gleichzeitig wurde die Gründung einer »Kampffront für die Selbstbestimmung der schwarzen Bevölkerung Mauretaniens« bekanntgegeben. Generalsekretär ist Alioune Diaw, der gerade den Befehl einer Gendarmerie-Einheit in der Westsahara niedergelegt hatte. Dies bedeutete eine echte Herausforderung an die mauretanische Regierung, da das Gros der mauretanischen Armee aus schwarzen Soldaten besteht, die nicht wissen, wofür sie im Krieg gegen die Polisario ihren Kopf herhalten sollen, aber im eigenen Land nur diskriminiert werden. In dieser Situation wurde der jüngste Putsch durchgeführt. führt.

Reaktion der Frente Polisario

Der Generalsekretär der Polisario, Muhammad Abd Al-Asis, erklärte, *»daß einige Armeen sich in dem Versuch, das mauretanische Volk zu zwingen, den Agressionskrieg gegen das Sahara-Volk fortzusetzen, in die inneren Angelegenheiten Mauretaniens eingemischt hätten«*. Die Polisario würde keine weiteren Verhandlungen mit Mauretanien führen, solange nicht sämtliche Invasionstruppen aus dem von Mauretanien besetzten Teil der Sahara abgezogen seien (Radio Algier, 14.4.).

»Die weitere Stationierung der marokkanischen Truppen könnte eventuell dazu dienen, jeden vorhersehbaren inneren Aufstand niederzuschlagen« (LM, 10.4.).

Wie ernst ist die Verhandlungsbereitschaft zu nehmen?

Nach Gesprächen mit algerischen und libyschen Regierungsvertretern Ende April zeigte sich die mauretanische Regierung verhandlungsbereit. Nach libyschen Angaben sollte schon am 26. Mai in Tripolis ein Friedensvertrag unterzeichnet werden (FR, 27.4.79). Dies wurde jedoch von der mauretanischen Regierung dementiert. Sie habe lediglich das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes anerkannt und *»einen Dialog mit der Polisario befürwortet«* (»Neue«, 28.4.79). Nach einem Treffen mit dem französischen Präsidenten erklärte Mauretaniens Ministerpräsident Bousseif, seine Regierung habe nichts gegen ein Referendum (!) in der Westsahara einzuwenden. Die Polisario lehnt allerdings ein Referendum ab; ebenso stellt sie Bedingungen für die Verhandlungen mit Mauretanien (so z.B. den vollständigen marokkanischen Truppenabzug aus Mauretanien), zu denen Mauretanien scheinbar nichts weiter gesagt hat. Was soll die Polisario aber von einer Verhandlungsbereitschaft halten, die in Abständen seit dem Juli 1978 bekundet wird, die aber nicht auf die Bedingungen der Polisario eingeht.

Mauretanien versucht scheinbar, mit der Drohung eines engeren Zusammengehens mit Marokko im Hintergrund, von der Polisario, wie von der algerischen und libyschen Regierung (materielle) Angebote und Zugeständnisse zu erhalten, bevor sie in Verhandlungen tritt.

Sollte es tatsächlich zu diesem Schritt kommen — was aufgrund der großen inneren Probleme Mauretaniens sehr wohl der Fall sein kann —, so würde dies mit Sicherheit nicht der erste Schritt zu einer Demokratischen Republik Sahara sein. Wahrscheinlicher ist, daß auf diesem Wege Mauretanien die Westsahara ganz an Marokko »abtritt«.

Nahost-Kommission

Namibia: Marionetten bereiten einseitige Unabhängigkeit vor

Nach monatelangen Scheingefechten mit der UNO und der sogenannten „Fünfergruppe" (USA, BRD, Großbritannien, Frankreich und Kanada) hat die „Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA)", von der RSA finanzierte Marionettenpartei, jede weitere Verhandlung mit der UNO für sinnlos erklärt und die Bildung einer „Interimsregierung" vorgeschlagen. Dirk Mudge, weißer Führer der DTA, erklärte vor der durch Scheinwahlen im Dezember 1978 zurechtgezimmerten „Verfassungsgebenden Versammlung", in der die DTA 80 % der Stimmen hält: *„Weitere Verhandlungen auf der Grundlage der letzten UNO-Vorschläge liegen nicht im Interesse der wirtschaftlichen und staatlichen Entwicklung Südwestafrikas. Der Westen wird viel tun müssen, um unser Vertrauen wieder zu gewinnen"* („Süddeutsche Zeitung" — „SZ", 20.4.). Gleichzeitig schlug die DTA eine Erweiterung der „Versammlung" von derzeit 50 auf 65 Mitglieder vor. Dieser Vorschlag zielt auf die Einbeziehung der „Namibian National Front" (NNF) und der Gruppe SWAPO-D(emocrats) von Shipanga — Grüppchen, die sich an den Dezember-„Wahlen" nicht beteiligt hatten („Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 4.4.).

Mit diesen Maßnahmen der Marionettenparteien sind die UNO-Vorschläge für eine „friedliche" Übergangsregelung vollends vom Tisch. Die monatelangen Verhandlungen der „Fünfergruppe" mit den Rassisten waren lediglich Bestandteil eines Hinhaltemanövers und einer Taktik der schleichenden faktischen Anerkennung der Marionetten.

So lud US-Außenminister Vance die Marionettenparteien zu Namibia-Gesprächen in New York (im März 1979) unter der ausdrücklichen Prämisse der „Gleichbehandlung" mit der SWAPO ein. *„Wir werden also auf Außenminister-Ebene unsere Gedanken vorbringen, und das ist gut so"*, kommentierte einer der Statthalter diesen Vorgang („SZ", 17.3.). Auf gleicher Ebene liegt die konsequente Nicht-Zustimmung der USA, Frankreichs und Großbritanniens zu Resolutionen in der UNO, in denen die RSA wegen ihrer Namibia-Politik verurteilt wird (z. B. 28.3. im Sicherheitsrat der UN, „Neue Zürcher Zeitung" — „NZZ", 30.3.). Schließlich gingen die Rassisten so weit, eine Überwachung der SWAPO-Lager in den benachbarten Frontstaaten durch NATO-Soldaten sowie eine elektronische Grenzüberwachung während der Wahlen zu fordern („NZZ", 24.3.).

In Namibia selbst wurden in den letzten Wochen Hunderte von SWAPO-Führern und -Anhängern verhaftet und „verhört" („NZZ", 3.5., „Neue", 5.5.) und Dutzende ermordet („SZ", 28.4.). Gleichzeitig häufen sich die Überfälle der rassistischen Armee auf Flüchtlingslager in Angola, um die SWAPO-Basis physisch auszulöschen. An den Grenzen zu Angola und Sambia werden derzeit Truppen und Kriegsgerät der RSA noch weiter massiert („Neue", „SZ", 5.5.). M. Steyn, RSA-„Administrator" in Namibia, kündigte neue militärische Aktionen an: Die afrikanischen Nachbarländer, die den *„Rebellen"* Zuflucht böten, würden *„ihren Irrtum teuer bezahlen"* („SZ", 26.4.).

Die zukünftigen Partner einer „internen" Regierung von Südafrikas Gnaden deuten bereits eine eventuelle Anerkennung an. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU, Todenhöfer, hat vor kurzem die Argumente der Marionetten übernommen und die UNO bzw. die „Fünfergruppe" beschuldigt, mit *„gezinkten Karten"* gespielt zu haben („HA", 12.4.). Angeblich sollen einige (ungenannte) schwarzafrikanische Länder „nicht abgeneigt" sein, eine „interne" Namibia-Lösung offiziell anzuerkennen („NZZ", 12.4.).

Ein Sieg des Neokolonialismus

Tschad:

Waffenstillstand, Bildung einer Übergangsregierung u. a. mit führenden Repräsentanten der Befreiungsbewegung FROLINAT, Gang der französischen Marionette Malloum (bisheriger Staatschef) ins Exil, angeblicher schrittweiser Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad: Ist damit für die Völker des Tschad nach 13jährigem bewaffneten Kampf die neokolonialistische Herrschaft glücklich beendet? Wer die komplizierte Entwicklung im Tschad in der jüngsten Zeit verfolgt hat, dürfte einer solchen These mit berechtigter Skepsis gegenüberstehen. Bereits die französische Zustimmung zum gegenwärtigen Verlauf der Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit" sollte Antiimperialisten zu denken geben. Und in der Tat gibt es sehr deutliche Hinweise darauf, daß diese Einheit nur zwischen den alten neokolonialen Eliten des Südens und der aufstrebenden Bourgeoisie des verarmten Nordens stattfindet, die sich führende Positionen in der FROLINAT erobern konnte. Ist Frankreich also ein neuer Coup zur Verlängerung seiner neokolonialen Herrschaft im Tschad geglückt? Ein Blick auf die Geschichte und die jüngste Entwicklung soll es erleichtern, diese Frage zu beantworten.

Einige Stationen des Befreiungskampfes

Tschad hat eine erhebliche strategische Bedeutung im Herzen Nordafrikas, und über Jahrzehnte befand sich hier einer der größten Stützpunkte Frankreichs in Afrika (Fort Lamy, heute die tschadische Hauptstadt N'Djamena). Auch nach der
Lamy, heute die tschadische Hauptstadt N'Djamena). Auch nach der
„Unabhängigkeit" des Tschad (1960) blieb Frankreich weiterhin beherrschend. Bis 1975 befanden sich französiche Soldaten in Garnisonen in praktisch jedem größeren Ort des Tschad, immer wieder fanden umfangreiche Truppeneinsätze statt zur Stützung des grausam herrschenden Marionettenregimes Tombalbaye. Bis heute ist der ökonomisch bedeutendste Faktor die weitgehend in französische Kassen fließende landwirtschaftliche Ausbeutung des fruchtbaren Südens. Dort wird fast ausschließlich Baumwolle angebaut, die bis zu 80 % des tschadischen Gesamtexportes ausmacht und fast zu 100 % von den französischen Monopolen COTONTCHAD und STT aufgekauft wird. Der Fleischexport unter französischem Monopol wurde allein zwischen 1971 und 74 von 11.460 t auf 642.735 t (!) gesteigert. Zugleich starben Hunderte Tschader an Hunger, Tschad gehört zu den 25 ärmsten Ländern der Erde. Über die Abkommen der Franczone, die insgesamt 12 afrikanische Staaten umfaßt, ist auch Tschad vollständig von der französischen Währungspolitik abhängig. Für die Zukunft entscheidend aber sind riesige Ölfunde im Westen (Tschadseegebiet) und Uranvorkommen im unwirtlichen Tibestigebirge des Nordens. Ihre Ausbeutung steht noch bevor.

In der vorkolonialen Zeit herrschten die mohammedanischen Bewohner des Nordens und Westens über die schwarzhäutigen Stämme des Südens, die immer wieder versklavt wurden. Diese alte Feindschaft zwischen den großen Völkern des Nordens und des Südens machten sich die französischen Kolonialherren seit Beginn dieses Jahrhunderts geschickt zunutze. Sie brachten Bewohner des Südens bevorzugt in die gehobenen Positionen der Verwaltung und intensivierten im Süden die landwirtschaftliche Ausbeutung, während der Norden militärisch „befriedet" wurde und verelendete.

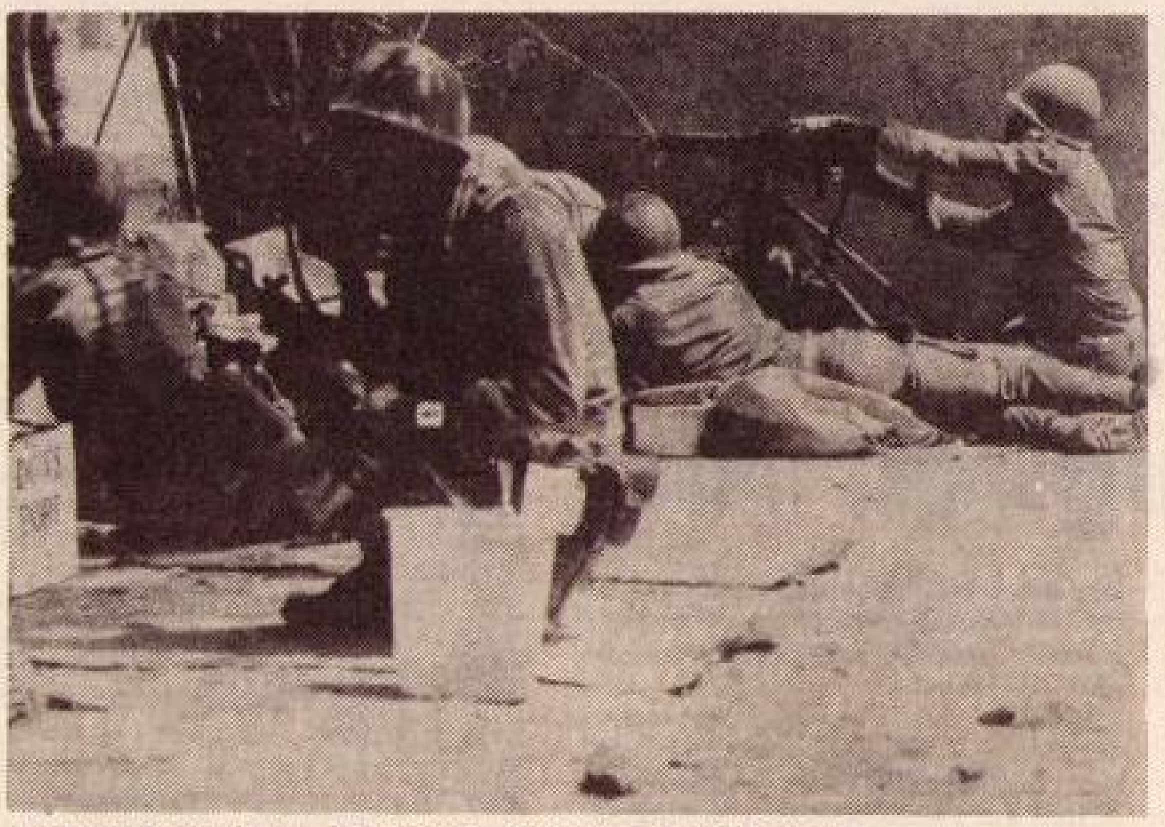
1966 gründete sich die FROLINAT, um die örtlich isolierten Revolten zu koordinieren. Bereits zwei Jahre später waren weite Teile des dünn besiedelten Nordens vorübergehend befreit - französische Fremdenlegionäre hatten große Einsätze im Tschad, seitdem immer wieder.

Zwar stellte die FROLINAT politische Forderungen auf wie: Sturz des diktatorischen Marionettenregimes, Beseitigung aller ausländischen Stützpunkte, Einsetzung einer demokratischen Volksregierung, Agrarreform, Beseitigung des wirtschaftlichen Monopols der imperialistischen Staaten. Jedoch wurde der Klassenkampf und eine fortschrittliche Veränderung der Gesellschaft in den befreiten Gebieten nur relativ wenig durchgeführt. Führer dieser Bewegung, waren (und sind noch heute) Repräsentanten aus herrschenden Familien der traditionellen Stammesverbände vor allem aus dem Norden. Ergebnis der schwachen Ausprägung des Klassenkampfes, der Isoliertheit der verschiedenen Kampfgebiete in Tschad voneinander und der gegenseitigen Konkurrenz der Führer war, daß die bisherige Geschichte der FROLINAT charakterisiert ist durch ständige Spaltungen, die wiederum von der französischen neokolonialen Politik genutzt und verschärft wurden.

1971 spaltete sich eine FROLINAT-Ost ab, die spätere „Volcan"-Armee. Kurz danach wurde Hissène Habre, Zögling französischer Eliteschulen und Regierungsberater des Tombalbaye-Regimes, ausgerüstet mit viel Geld ins nördliche Tibesti-Gebirge geschickt und spaltete dort eine FROLINAT-Nord ab – die bis heute stärkste Gruppe der FROLINAT. In Absprache mit dem französischen Geheimdienst ließ er 1974 die französische „Archäologin" Madame Claustre als „entführte Geisel" im Tibesti nach Uran suchen und kassierte 10 Millionen Franc als „Lösegeld", um sich gegen seine politischen Konkurrenten besser durchsetzen zu können. Er spielte eine Schlüsselrolle bei der Ausschaltung der wenigen aus antiimperialistischen Bewegungen des Südens stammenden Kader der FROLINAT. 1976 jedoch wurde Habre aus seiner Position verdrängt und führte zunächst zwei Jahre lang ein Schattendasein als Führer der (völlig unbedeutenden) „Forces Armees du Nord" FAN. Seine Stelle bei der FROLINAT-Nord nahm das Tubu-Oberhaupt Goukouni ein (der Innenminister der gegenwärtigen Übergangsregierung).



Kämpfer der FROLINAT-Nord



FAN-Soldaten (Habre) bei Straßenkämpfen in N'Djamena

Ende des gleichen Jahres kam es zu einer weiteren Spaltung: Die FROLINAT-West (Provinz Kanem am Tschad-See) trennte sich von der FROLINAT-Nord, sie nannte sich später „Mouvement populaire de Liberation du Tchad" (MPLT). Der Führer der ursprünglichen FROLINAT („FROLINAT originaire"), Dr. Abba Siddick, wurde schließlich 1977 ausgeschlossen.

Die verschiedenen Gruppierungen der FROLINAT entwickelten eine unterschiedliche Bündnispolitik: Während die MPLT weitgehend von Nigeria unterstützt wurde (grenzt auch an den Tschad-See) und die „Volcan"-Armee im Osten von Sudan Gelder erhielt, setzte die FROLINAT-Nord unter Goukouni vor allem auf ein starkes Bündnis mit Libyen.

Ende 1977 gelang es, unter der Führung Goukounis eine gemeinsame Kampfführung der nördlichen und östlichen FROLINAT-Gruppen zu bilden, und in einem nicht zu stoppenden Vormarsch befreiten diese Kräfte den gesamten Norden des Tschad von Franzosen und Regierungstruppen, bis sie im Mai 1978 kurz vor der Hauptstadt N'Djamena standen.

Mythos der „nationalen Versöhnung"

In N'Djamena war 1975 wegen seiner allzu mittelalterlichen Terrormethoden das Tombalbaye-Regime durch die Marionette Malloum ersetzt worden. Der Putsch verlief nach einem Muster, was dem gegenwärtigen Regierungswechsel erstaunlich ähnlich ist. Unter der Parole der „nationalen Versöhnung" wurden Regierungsposten an damalige Oppositionspolitiker vergeben, die Franzosen inszenierten einen (nur scheinbaren!) pompösen „Abzug aller Truppen" aus Tschad, behielten aber trotzdem jede Machtposition der neokolonialen Ausbeutung.

Als durch Einigung und Vormarsch der FROLINAT Anfang 1978 nun auch das Malloum-Regime in Bedrängnis geriet, begann sich das Karussel der „nationalen Versöhnung" erneut zu drehen. Auf „Versöhungskonferenzen" wurde der Franzosenagent Hissène Habre als „Rebellenführer" propagandistisch aufgeputzt und unterzeichnete einen „Waffenstillstand". Spätestens seit Mai '78 wurde dann von den Franzosen auch dafür gesorgt, daß Habre tatsächlich über Truppen verfügen konnte: In Südfrankreich wurden Tschader für Habre ausgebildet und bewaffnet, bis seine „FAN" im August über 1000 Mann umfaßte — eine starke Armee für tschadische Verhältnisse.

Mit dem Einsatz einer Kolonialarmee von über 2.500 Mann konnten die Franzosen im Sommer '78 den Vormarsch der FROLINAT vorübergehend stoppen, zusammen mit der „FAN" und der „Regierungsarmee" Malloums besetzten die Franzosen eine Kette von Garnisonen entlang der Südflanke der FROLINAT-Gebiete. Schließlich holten sie im August Hissène Habre als Akt der „Versöhnung mit der FROLINAT" in die Regierung.

Sofort begann ein wütender Kampf Habres zur Abdrängung Malloums, der nach blutigen Kämpfen in den Straßen N'Djamenas im Februar/März '79 schließlich zum Rücktritt Malloums führte. Als Mann aus dem Norden und durch geschickte Demagogie hatte Habre bei diesen Kämpfen die Unterstützung großer Teile der Armenviertel N'Djamenas.

Ohne sich direkt an diesen Kämpfen zu beteiligen, drangen in der Zwischenzeit die Truppen der Goukouni-FROLINAT weiter vor bis ins Zentrum N'Djamenas. Auch die Kette der Garnisonen, aus denen sich die Franzosen z.T. zurückzogen, wurde von diesen FROLINAT—Truppen durchdrungen, indem die Garnisonen auf dem weiteren Vormarsch nach Süden z.T. besiegt, z.T. einfach umgangen wurden.

Die neue Regierung...

Schließlich wurde es Zeit, den neuen Machtverhältnissen im Tschad einen offiziellen Charakter zu verleihen und eine neue Regierung auf die Beine zu stellen. Zu diesem Zweck wurden im März und April zwei große Konferenzen in Kano (Nigeria) abgehalten unter der Leitung Nigerias, der Beteiligung der übrigen afrikanischen Nachbarländer Tschads (Niger, Kamerun, Libyen, Sudan) und der wichtigsten tschadischen Machthaber. Die Franzosen hielten sich im Hintergrund. Ergebnis war schließlich die Einsetzung eines „provisorischen Staatsrats" unter der Führung Goukounis und neuerdings die Bildung einer „provisorischen Regierung" mit einer bislang völlig unbekannten Figur als neuem Staatschef: Mohamed Shawa; er gilt als Mann Habres (le Monde, 3.5.79). Goukouni ist in dieser neuen Regierung Innenminister, Habre Verteidigungsminister. Das Amt des Vize-Premierministers erhielt der Chef des Generalstabes der Armee Malloums, Djogo.

... ruft nach den Franzosen!

... ruft nach den Franzosen!

Kurz vor der 2. Kano-Konferenz ließ die französische Regierung erklären, die 2.500 französischen Soldaten im Tschad seien nun angesichts der nationalen Versöhnung überflüssig geworden und könnten abziehen. Zudem hatte man eine „neutrale Puffertruppe" bzw. „Friedenstruppe" aus Nigerianern in N'Djamena eingeflogen. (Völlig unangetastet in der gesamten Auseinandersetzung blieb bislang die ökonomische Vormachtstellung der französischen Monopole.) In dieser Situation offenbarte sich die Wirkung der „nationalen Versöhnung" bzw. der Regierungspfründe auf Goukouni. Unter dem Vorwand, es müsse erst eine tschadische Regierung einen Abzug der Franzosen anordnen, wandte er sich gegen diesen Abmarsch und bezeichnete ihn als „einseitigen Akt" Frankreichs! (Le Monde, 1.4.79). In der Tat ist inzwischen kein einziger französischer Soldat abgezogen, Fallschirmjäger patroullieren nach wie vor in N'Djamena, im Land werden sogar FROLINAT-Einheiten von den Franzosen mit Reparaturen und Treibstofflieferungen unterstützt (Le Monde, 25.4.).

Eine wichtige Rolle bei dieser Entwicklung spielt das weitere Auseinanderstreben des Tschad in Nord- und Südteil, sowie das Eingreifen der Libyer. Die französischen Imperialisten sind Nutznießer dieser Entwicklung.

Ablösung des Südens?

Bereits während der Kämpfe der „FAN" Habres gegen das Malloum-Regime im Februar in N'Djamena begann eine Massenflucht tausender von „Süd"-Leuten nach Süden, während zugleich in den Südprovinzen des Tschad fürchterliche Massaker gegen die Bevölkerung der Moslem-Wohnviertel losbrachen. Sie haben mittlerweile an die 10.000 Opfer gefordert. Durchgeführt wurden die Massaker von den Resten der Malloum-Truppen.

Inzwischen mehren sich Berichte über die Neugründung einer südtschadischen Separatistenorganisation unter der Führung ehemaliger hoher Malloum-Leute. Die Organisation nennt sich „FUS" (Front Uni du Sud).

Machtpolitik Libyens

Jahrelang hat Libyen mit der Unterstützung der FROLINAT-Nord (Goukouni) wohl den stärksten ausländischen Beitrag zur Entwicklung des tschadischen Widerstandes geleistet. Noch nach der ersten Kano-Konferenz Anfang März, als der „provisorische Staatsrat" unter Goukouni gegründet wurde, beglückwünschte Gadhafi Goukouni als wahren FROLINAT-Führer und „*Sieger über die von Frankreich gestützten Malloum und Habre*" („Süddeutsche Zeitung", 17.3.), später in einem Telegramm an Goukouni betonte er die „*strategische und ernsthafte Allianz der FROLINAT und des libyschen Volkes*" und gratulierte zu dem „*Sieg, den ihr dank unserer brüderlichen Hilfe errungen habt*" („Le Monde", 27.3.).

Seit Beginn des Jahres gab es jedoch immer wieder Berichte, daß die FROLINAT keine libysche Unterstützung mehr erhalte. In dem Bündnis zwischen Libyen und der FROLINAT hat es immer eine grundlegende Differenz gegeben: Libyen beansprucht einen Gebietsstreifen entlang der Nordgrenze des Tschad, und die FROLINAT hat diesen Anspruch nie-



mals anerkannt. Goukouni hatte während des Bündnisses dieses Problem
mals anerkannt. Goukouni hatte während des Bündnisses dieses Problem
praktisch „auf Eis gelegt" und bezog den Standpunkt, die FROLINAT könne nicht an zwei Fronten zugleich kämpfen und müsse zuerst mit dem französischen Imperialismus fertigwerden. Die faktische Besetzung des Gebietsstreifens durch Libyen seit 1973 wurde daher von der FROLINAT toleriert. In neuerer Zeit hat sich die Bedeutung des umstrittenen Landstrichs enorm erhöht, weil dort kostbare Bodenschätze nachgewiesen wurden (vor allem Uran).

Offensichtlich hat Gadhafi seit Beginn dieses Jahres begonnen, seine Unterstützung einer anderen tschadischen Gruppe zuzuwenden: der Ost-FROLINAT bzw. „Volcan"-Armee unter der Führung von Ahmet Acyl. Acyl ist ehemaliger Präfekt des Tombalbaye-Regimes für die Provinz Batha, also auch einer der traditionellen Chefs. Seit Anfang März hatte es bewaffnete Auseinandersetzungen der FROLINAT mit der „Volcan" gegeben. Ende März wurden dabei von der FROLINAT sechs libysche Soldaten gefangengenommen, auf der 2. Kano-Konferenz kam es zum Skandal, weil die FROLINAT eine Teilnahme Libyens und der „Volcan" an den Verhandlungen ablehnte . Sie klagte Libyen an, es habe eine Armee von 2.000 Mann an der tschadischen Nordgrenze aufmarschieren lassen.

Am 20.4. meldete der tschadische Staatsrat unter Führung Goukounis eine libysche Invasion im Norden. Es folgten Berichte über Kämpfe mit libyschen Truppen hunderte von Kilometern tief im Tschad, weit südlich des von Libyen annektierten Gebietes. Goukouni rief die tschadische Bevölkerung auf zur Mobilmachung gegen Libyen („Le Monde", 20.4., 21.4., „Frankfurter Rundschau", 23.4.). Libyen dementierte heftig, Gadhafi bezeichnete den tschadischen Staatsrat plötzlich als „illegale Clique" („Le Monde", 22.4.).

Bilanz

Nach jahrelangem Kampf der FROLINAT im Bündnis mit Libyen gegen die Franzosen und ihre neokolonialen Machthaber, aber auch gegen die Vormacht der „Süd"-Leute im Tschad haben sich schließlich einstweilen die Interessen der „Nord"-Leute durchgesetzt und damit auch die Interessen der traditionellen Führer der FROLINAT als aufsteigende Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie der „Süd"-Leute. Der Preis dafür ist die Aufgabe der antiimperialistischen Zielsetzung und der Kompromiß mit den Kolonialherren sowie eine große Verschärfung des alten Nord-Süd-Konflikts zwischen den tschadischen Völkern. Libyen nutzt die Situation, um seine Interessen an Nordgebieten des Tschad abzusichern. In der nächsten Phase der Kämpfe im Tschad werden die Antiimperialisten gegen ihre ehemaligen „Führer" kämpfen.

Afrika-Kommission

Westdeutschlands „Linke": Amin hat(te) viele Freunde

Der Sturz einer der blutigsten Diktaturen Schwarzafrikas ist besiegelt. Nach achtjähriger Terrorherrschaft (Amnesty International schätzt 300.000 Tote) nahmen die Meutereien in den Streitkräften und Attentate auf Amin ständig zu. Schließlich versuchte Amin durch den Überfall auf das antiimperialistisch orientierte Tansania ein Ventil für die innenpolitisch hoffnungslose Lage zu schaffen. Zugleich sollte damit der Befreiungskampf im südlichen Afrika, an dem Tansania als Frontstaat maßgeblich beteiligt ist, getroffen werden. Doch die Rechnung ging nicht auf. Im Gegenteil wurde der Überfall vom Oktober 1978 zum Auftakt der endgültigen Niederlage des Diktators. Im Februar d.J. holte Tansania gemeinsam mit der ugandischen Opposition zum Gegenschlag aus, fünf Wochen später war Kampala unter dem begeisterten Jubel der ugandischen Massen eingenommen. Amin ist flüchtig, massive libysche Waffenhilfe konnte ihn nicht retten.

Die ersten Stellungnahmen der neuen ugandischen Regierung lassen sicher die Herzen der Antiimperialisten nicht gerade höher schlagen.

Schon jetzt läßt sich absehen, daß sich dort keine antiimperialistische Politik anbahnt, sondern daß schwere Klassenkämpfe um die Entwicklung Ugandas ins Haus stehen; eventuell vergleichbar den Kämpfen im Iran.

Wir empfingen beim Sturz Amins die gleiche Erleichterung wie seinerzeit beim Sturz des Schah-Regimes, denn in beiden Fällen haben sich die Menschen von der denkbar blutigsten Tyrannei befreit – ihre Lage kann sich nur verbessern.

Wenn wir demgegenüber feststellen müssen, daß sowohl die beiden linken Tageszeitungen als auch die DKP und die Vaterländler (KBW, „KPD") entweder Amin direkt propagandistisch unterstützten oder zumindest seine Unterstützung durch Libyen rechtfertigten, so erscheint uns das als trauriges Beispiel, wie hierzulande „finanzielle Sachzwänge", „internationale Verpflichtungen" und „neue Politikbegriffe" über elementaren Humanismus und Antiimperialismus triumphieren können.

Die „Neue": Eiertanz für Gadhafi

Die „Neue": Eiertanz für Gadhafi

Die „Neue" (Ex Westberliner Extradienst) brachte nach einigen lesenswerten Artikeln ihres Redakteurs J. Walter eine Stellungnahme von Dieter Habicht-Benthien, die den unbedarften Antiimperialisten schlicht schockiert. Habicht-Benthin ist der Chef des 3. Welt-Magazins – und somit neben der Leitung des Extra-Dienstes Mitbegründer der „Neuen". Daß er gute Beziehungen zu Libyen und anderen arabischen Staaten hat, ist kein Geheimnis, und wenn solche Beziehungen es ermöglichen, finanzielle Engpässe zu überwinden, die es bei Zeitungsprojekten nun einmal gibt – wer wollte das verurteilen.

Unter diesen Vorzeichen hätte man eventuell sogar verstehen können, wenn die „Neue" Gadhafis Waffenhilfe für Amin wenig kritisiert oder nur beiläufig erwähnt hätte.

Benthin hat sich allerdings auf das Glatteis gewagt, Libyens militärisches Engagement für den Massenmörder Amin offensiv zu propagieren – ein schlimmes Beispiel, wie man durch Auftragsarbeiten sich selbst und eine Zeitung diskreditiert.

„Bei vielen Linken stößt sie (die libysche Hilfe für Uganda) *auf Verständnislosigkeit"* konstatiert Benthin richtig, um mit folgender halsbrecherischer Konstruktion Verständnis zu wecken: Amin sei zwar mit Hilfe des zionistischen Geheimdienstes an die Macht gekommen, habe sich aber später *„lauthals auf die Seite der Araber (geschlagen), ermöglichte eine starke militärische Präsenz bis hin zu Ausbildungslagern der Fedajin und bekam nicht zuletzt deshalb verstärkt libysche Hilfe. Nun wird niemand das Terrorregime Idi Amins mit diesem Sachverhalt rechtfertigen wollen, auch in Libyen kaum jemand."*

Anders ausgedrückt: Herr Benthin gibt zu bedenken, daß Libyen zwar ein Terrorregime ökonomisch und militärisch u n t e r s t ü t z t, dieses Terrorregime aber „von kaum jemandem" in Libyen g e r e c h t f e r t i g t wird. Das klingt widersinnig, weil man dazu neigt, das unscheinbare „kaum jemand" zu übersehen, damit sind nämlich die zugegeben wenigen Machthaber in Libyen gemeint und die lobten Idi Amin überschwenglich.

Weiter im Text. B. schildert durchaus korrekt, daß zunächst Uganda Tansania überfallen und tansanisches Territorium okkupiert hatte. *„Niemand wird Tansania das Recht absprechen wollen, verlorenes Territorium a u c h militärisch zurückzugewinnen."*

Daß die libysche Unterstützung Ugandas in dieser Zeit andauerte, verschweigt Habicht-Benthin; das kleine Wörtchen „auch" erhält seinen Sinn, wenn man weiß, daß Libyen auf die Einstellung aller Kämpfe und für „Verhandlungen" plädierte, als Amins Truppen in Tansania standen.

Immerhin wird Tansania eine Verteidigung der eigenen Staatsgrenzen zugebilligt. *„Aber warum auf Kampala marschieren und die größten Städte Ugandas bombardieren?"* (eine böse Lüge, die tansanische Kriegsführung war absolut auf die Schonung der Zivilbevölkerung ausgerichtet – daher der langsame Vormarsch). *„Warum den Grundsatz der OAU von der Unverletzbarkeit der Grenzen, und damit den Rest der Einheit Afrikas, in Frage stellen?"*

Wenn Herr Benthin hier so feierlich-formal mit der OAU-Charta wedelt, könnte man ganz immanent einwenden: Mit den Gebietsansprüchen und dem Einmarsch in Tansania hat Amin sich so krass außerhalb dieses Vertrages gestellt, daß damit faktisch die OAU-Mitgliedschaft aufgekündigt wurde. Man kann halt nicht Verträge brechen und sich gleichzeitig auf sie berufen.

Daß die tansanischen Truppen in Uganda als Befreier gefeiert werden, weil ihr Einmarsch das Blutvergießen in Uganda beendete, verschweigt Habicht-Benthin; sie hätten an der Landesgrenze stehenbleiben sollen und abwarten, ob *„das Regime Amins Wochen oder Monate später an den Widersprüchen geplatzt (wäre), die zu überwinden Grund für die Eroberung tansanischen Gebiets waren."*

Mit sehr viel gutem Willen kann der „verständnislose Linke" noch begreifen, daß Habicht-Benthin Tansania von einer direkten militärischen Unterstützung der ugandischen Opposition abrät. Aber warum mußten Gadhafis Truppen dem zerfallenden Amin-Regime zu Hilfe eilen?

„Wird das, was jetzt als Opposition in den Vordergrund tritt, regierungsfähig sein? Und mit wessen Hilfe?" „Das war in Lybien unklar (!!) und Anlaß, Uganda auf der Grundla-
rungsfähig sein? Und mit wessen Hilfe?" „Das war in Lybien unklar (!!) und Anlaß, Uganda auf der Grundla-
ge der OAU-Konvention.... Militärhilfe zu gewähren."

Es waren also Unklarheiten über die Qualität der ugandischen Opposition und über den Grad der internationalen Abhängigkeiten, die Gadhafi veranlaßten, den Massenmörder Amin zu unterstützen. Das wird dem „verständnislosen Linken" sicher einleuchten – die libyschen Truppen wollten wohl nur die Qualität der ugandischen Opposition prüfen. Wenn es hier nicht um so viel Menschenleben ging, wärs zum Lachen.

Die libysche Auftragsarbeit wird abgeschlossen mit einem atemberaubenden Salto Mortale, der Tansanias Unterstützung der ugandischen Opposition gleichsetzt mit den Aggressionen der pro-imperialistischen afrikanischen Reaktion: *„Nach tansanischem Vorbild kann Ägypten morgen Libyen angreifen, kann in Afrika eine Destabilisierung betrieben werden, die deutlich zu Gunsten der konservativen Mehrheit und des hinter ihr aufzubauenden Militärpotentials ausgeht. Ganz zu schweigen von der formalen Argumentationshilfe, die jetzt den rassistischen Regimen im südlichen Afrika bei der „Verteidigung ihrer Grenzen" gegeben ist."*

Diese böswillige Konstruktion geht völlig an den Realitäten vorbei; denn es gibt nicht ein einziges Beispiel, wo progressive Staaten reaktionäre Regimes überfallen haben. Nach der Logik (na ja) Benthins wird Libyen jedem reaktionären afrikanischen Staat zur Seite springen, der einen fortschrittlichen Nachbarn überfallen hat und nun vom Konterschlag selbst bedroht ist. (Nebenbei bemerkt, ist es reiner Schwachsinn anzunehmen, Libyen würde bei einem ägyptischen Überfall nur im eigenen Land operieren und ansonsten auf den Zusammenbruch des Sadat-Regimes warten.)

Benthin hat diese Konstruktion sicher nicht zufällig gewählt, denn es entspricht einer S t i m m u n g in der Linken, Umstürze und Revolutionen dadurch diskreditiert zu sehen, daß ausländische Truppen der einheimischen Opposition Unterstützung gewähren (Angola, Kambodscha).

Wir meinen, daß jeder progressive bzw. revolutionäre Staat, der vom Imperialismus oder einem seiner Lakaien angegriffen wird, das politische und moralische R e c h t hat, gemeinsam mit der inländischen Opposition des Angreifers diese Aggression mit der Zerstörung des Aggressoren-Regimes zu beantworten.

Ob dieses Recht realisiert wird, ist natürlich eine taktische Frage, hängt ab von der Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses, vom Grad der Stabilität des reaktionären Angreifers etc. Das heißt, wir v e r s t e h e n, wenn Angola sich auf die Sicherung seines Territoriums beschränkt, wenn Mosambik heute nicht in Rhodesien einmarschiert. Aber unterstützen würden wir auch eine offensivere Bekämpfung der aggressiven Nachbarn.

TAZ: Gegen Rationalismus, für Amin!

Ein gewisser Johannes (*„Ich bin gegen die geistige Vorherrschaft des Rationalismus und Materialismus, ... es ist lebenswichtig für die Linke, sich die emanzipatorischen Gehalte des Irrationalismus wieder anzueignen.."*) kommentiert die Rückzugsgefechte der mordenden Amin-Banden wie folgt: *„... Nur die Vorstadt-Slums Kampalas kämpfen noch, wehren sich gegen die erneute elitäre Überfremdung ... Sie werden gegen die moderne westliche und östliche Waffentechnologie bald ein weiteres Mal unterliegen und in den Medien der Welt ihre ihnen dort nie gewährte Sprache verlieren, schutzlos den gemeinen, selbstgerechten Verleumdungen ausgeliefert sein"* (TAZ, 18.4.79). Es sind die *„Anhänger Amins, die sich jetzt mit ohnmächtigen Sabotageakten gegen die, vom Westen direkt, von der SU indirekt (Waffensperre gegen Amin) unterstützten tansanischen Aggressoren wehren. Wir assoziieren: In Kampuchea läuft es derzeit ähnlich. Die Vietnamesen gehen gegen die Roten Khmer mit einer totalen und – in dieser Herrschaftslogik – selbstverständlichen physischen Vernichtungstechnik vor"* (TAZ, 19.4.).

Die politische Sympathie des Irrationalisten „Johannes" gehört zweifellos Idi Amin. Er verkörpert die *„hoffnungslos brütenden, um ihre Zukunft betrogenen Vorstädte"*, ihre *„dumpfe blinde Gewalt"*. Jedoch *„Idi Amin irrte, war blind, ungenau, entfremdet."* Parallel zu dieser empfindsamen Legitimation der Terror-
„Idi Amin irrte, war blind, ungenau, entfremdet." Parallel zu dieser empfindsamen Legitimation der Terror-
herrschaft werden fortschrittliche Bewegungen als „modernistisch" und „progressistisch", geradezu „unafrikanisch" ettikettiert: *„Die neue Elite, die unter der verschleiernden Vokabel des Progressismus der westlichen Ausbeutung Tür und Tor öffnet, ist in diesem Fall gruppiert um den Universitätsprofessor und neuen Regierungschef Yussuf Lule und seine ‚Befreiungs'-front. Sie wird unterstützt bzw. militärisch an die Macht gebracht von Julius Nyerere, dem Vorreiter und Exponenten des guten, revolutionären, fortschrittlichen Afrika unter dem Beifall der Westmächte und sicher auch der SU"* (TAZ, 18.4. 79). Nach dieser Logik ist die Parteinahme der Antiimperialisten für die afrikanische Revolution gleichbedeutend mit der für die „neuen Eliten": **„Der Internationalismus der ML-Linken der BRD findet sein natürliches Pendant in den – im Westen oder Osten ausgebildeten – afrikanischen Eliten. Die Undogmatische Linke hat den Internationalismus fast aufgegeben, weil ‚ihre Poder-Popular-Bewegungen (Volksmachtbewegungen) von den leninistischen Eliten stets nach kurzem Aufflackern, Sprachefinden mundtot gemacht wurden (...)."**

Tatsächlich, mit einer rationalen Betrachtung der Geschichtsabläufe hat dies nichts mehr gemein. Dieser dekadente, z.T. faschistoide Angriff auf den Antiimperialismus überhaupt, blieb auch innerhalb der „TAZ" nicht ohne Contra: *„Man hat den Eindruck, daß einige Leute in der TAZ auf ihrem Trip in die neue Innerlichkeit vom Imperialismus jeden Begriff verloren haben und lieber ‚da viel tiefer' gründeln"* (TAZ, 19.4.). Dieser Bemerkung der Afrikagruppe der TAZ in Bremen ist nichts hinzuzufügen.

Revisionisten: Bis zuletzt an Amins Seite

Offiziell waren die Revisionisten sowohl im Konflikt Uganda-Tansania als auch bei den Ereignissen in Uganda „neutral"-scheinheilig begründet mit der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten Afrikas." Unter „neutral" firmierte: keine Verurteilung des ugandischen Überfalls auf Tansania, kein Wort zur Opposition in Uganda und bis zu seinem Sturz kein Wort über den innenpolitischen Terror Amins. Tatsächlich waren die Revisionisten nicht einmal neutral, sondern sie unterstützten – wenn auch insgesamt verhalten – die Amin-Diktatur, der sie in *„ihrer Funktion als Hauptwaffenlieferant afrikanischer Staaten wie Uganda"* (Radio Kampala, 2.6.78 lt. MD, 5.6.78) ihre Mordzüge ermöglichten. Die relativ engen Beziehungen Moskaus zu Kampala bestehen seit 1973; damals war anläßlich einer außenpolitischen Kurskorrektur Ugandas Regime von *„korrupten Elementen des Imperialismus"* (Neues Deutschland, 2.2.71) umbenannt worden in eine *„Regierung, die den Imperialisten... den Stuhl vor die Tür gesetzt und gleichzeitig darauf hingewiesen hat, daß sie eine gegen Imperialismus, Zionismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid und Rassismus gerichtete Politik betreibt"* (ND, 30.12.73). So schnell geht das, wenn sich Geschäfte anbahnen!

Auf dem Höhepunkt der ugandischen Aggression – im November 1978 – vertrat die Sowjetunion die Position, daß ein Waffenstillstand zu schließen und Verhandlungen zur Schlichtung der „Grenzstreitigkeiten" zu beginnen seien.

Wie sehr diese Position, die auf eine Verurteilung des Aggressors verzichtete, Amin ins Konzept paßte, zeigt seine damalige Reaktion auf eine „Botschaft" Breschnews: *„Dies sei die beste Botschaft, die er im Zusammenhang mit dem tansanisch-ugandischen Konflikt erhalten habe"* (Radio Kampala, 6.11.78, lt. MD, 7.11.78).

Solche Lobeshymnen wurden in der revisionistischen Presse ebenso verschwiegen wie Amins geradezu schwärmerische Beschreibungen der *„guten Ausbildung des ugandischen Luftwaffenpersonals durch sowjetische Experten,"* ohne deren Hilfe die Einsätze der MIG-21-Bomber gegen Tansania nicht so erfolgreich gewesen wären (siehe z.B. Kampala home service, 1.11.78).

Ende März '79, als es bereits schlecht um das Amin-Regime stand, brach die DKP noch einmal eine Lanze für Idi, der zum wahren Friedensengel hochstilisiert wurde: *„Uganda beteuerte wiederholt, bereit zu sein, auf friedlichem Wege eine Beilegung der Streitigkeiten mit Tansania anzu-*
auf friedlichem Wege eine Beilegung der Streitigkeiten mit Tansania anzu-
streben..."

Die DKP riet Tansania und der ugandischen Opposition vom Sturz Amins ab, stattdessen sollten die *„Kontrahenten ihren Konflikt unverzüglich auf friedlichem Weg lösen."* Das *„würde auch die Gefahr abwenden, daß imperialistische Kräfte den Konflikt für ihre Interessen ausnutzen"* (UZ, 31.3.79).

N a c h dem Sturz Amins haben die Revisionisten offenbar Schwierigkeiten, eine neue, einheitliche Sprachreglung zu finden. In Polen hielt man es für angemessen, den alten Verbündeten in Ehren zu halten: *„Afrika habe besorgt zugesehen, wie Amin in Uganda die Macht verloren habe"*, denn Idi habe sich *„dort großer Beliebtheit erfreut"* schreibt die Warschauer Tageszeitung DZIENNIK LUDOWY (18.4.79) und setzt „Afrika" mit einigen reaktionären Staaten gleich. Auch in der CSSR wird um Amin getrauert und befürchtet, *„daß sich Uganda vom Lager der antiimperialistischen Kräfte entfernt"* (Radio Bratislava, 24.4. lt. MD 27.4.).

Wie zu solchen Anlässen üblich, leitete schließlich Ende April die „Prawda" den Schwenk von „Hosianna" zu „Kreuzigt ihn" ein.

Nach jahrelangem Wohlwollen wird nun Amin vorgehalten, seine Politik habe Uganda an den Rand des wirtschaftlichen Ruins geführt und die Geheimpolizei habe im Lande willkürlich agiert. Tausende von Menschen seien ohne Verfahren inhaftiert worden (nach „SZ", 30.4.).

Probleme der DKP

Die DKP hatte sich ab Ende März 79 jeder Stellungnahme enthalten. Das brachte selbst den treuen, ansonsten nicht gerade kritischen Leserstamm der „UZ" in Rage, so daß sich die Redaktion zu einer Erklärung genötigt sah („UZ", 8.5.79).

Man verfüge halt *„auch nicht immer über die Fachleute, die Vorgänge in anderen Teilen der Welt sofort zutreffend beurteilen können... Daran mangelte es uns im Fall Ugandas im besonderen Maße." „Wir sind also in solchen Fällen auf das Eintreffen von Nachrichten aus vertrauenswürdigen Quellen angewiesen"* erklärt die „UZ" und weist so dezent darauf hin, daß die „Prawda" und das „Neue Deutschland" ebenfalls wochenlang schwiegen.

Indes, knapp vier Wochen nach dem Sturz Amins kann die UZ-Redaktion dem Leser einige brandheisse Recherchen servieren: *„Sachkundige Beobachter aus sozialistischen Ländern verweisen darauf, daß die jüngsten Ereignisse in Uganda offensichtlich vor dem Hintergrund schwerer politischer, wirtschaftlicher, religiöser und Stammeskonflikte zu betrachten sind."* – Wahrlich tiefschürfend

Auch Amins Politik – an der man jahrelang nichts auszusetzen hatte – ist einer recht erschöpfenden Analyse unterzogen worden: *„Die nun gestürzte Regierung hatte in Fragen der Wirtschaftspolitik keinen klaren, konsequenten Kurs. Fehlentscheidungen im wirtschaftlichen Bereich und die Tendenz* (!), *nicht die Interessen aller Bevölkerungsgruppen sorgfältig zu beachten* (300.000 Tote! Anm. AK) *führten zur Entwicklung starker, oppositioneller Strömungen in der Bevölkerung."*

Die Experten der UZ-Redaktion haben offenbar noch nicht mitbekommen, daß Moskau bereits signalisiert hat, etwas schärfer mit Amin abzurechnen. Übrigens: Daß die DKP keine „Experten" hat, ist natürlich Quatsch. Das von der DKP gesteuerte „Antiimperialistische Informationsbulletin" bringt n a c h dem Sturz eine recht detaillierte Chronologie der *„acht Jahre blutiger Herrschaft"*. Ein lesenswerter Aufsatz, wenn die sowjetische Mitverantwortung an diesem Terrorregime nicht so penetrant heruntergespielt würde (vergl. AIB, Mai '79).

Den Schmarrn aus der „UZ" mag man den antiimperialistischen Kreisen, in denen das AIB revisionistische Weltpolitik schmackhaft machen soll, nun doch nicht verkaufen.

KBW: Prinzipienlos

Der KBW verehrte Idi Amin jahrelang. Trotz der Waffenbrüderschaft mit der SU stand Uganda in allen wesentlichen Fragen im Lager der afrikanischen Reaktion. Im Angola-Krieg nahm Amin gegen die MPLA Stellung und im Krieg in Zaire für Mobuto, er war also für die KVZ des KBW eine gut zitierbare „Stimme der afrikanischen Völker".

Die b e s o n d e r e Vorliebe des KBW für Uganda – die bis zu freundschaftlichen Interviews mit dem ugandischen Botschafter in der BRD führte – mag in übereinstimmenden Charaktereigenschaften Amins und der KBW-Führung zu suchen sein (vergl. die „Strick-um-den-Hals" und „Fischmehl-Fabrik" – Parolen der KBW-Führung gegen bekannte BRD-
(vergl. die „Strick-um-den-Hals" und „Fischmehl-Fabrik" – Parolen der KBW-Führung gegen bekannte BRD-
Linke).

Schließlich sprang Amin mit seinen politischen Gegnern so um, wie es der KBW nur anzudrohen pflegt: sie wurden liquidiert.

Erwähnenswert erscheint, wie rasch der KBW von seinem alten Freund Abstand genommen hat. Dies ist auch ein Beispiel, wie in solchen Kreisen gerade erste servierte „Einschätzungen" und „Fakten" binnen Wochen ohne ein Wort der Erklärung durch das genaue Gegenteil ersetzt werden.

November 78:
Eine ugandische Aggression konnte der KBW nicht entdecken, lediglich *„Auseinandersetzungen an der ugandisch-tansanischen Grenze"*, die vom Imperialismus geschürt werden.

Als Werkzeug des Imperialismus wurde glasklar die von Tansania unterstützte ugandische Opposition erkannt, die *„bewaffnete Auseinandersetzungen mit der ugandischen Armee betrieben"* (KVZ, 13.11.78).

Uganda war über jeden Zweifel erhaben, besonders gelobt wurde die antiimperialistische Wirtschaftspolitik, von der schon im September 78 (KVZ, 38/78) ausführlich berichtet wurde, wie sie den Interessen der armen Bauern diente. Daß es nicht zum Krieg zwischen Uganda und Tansania kommen würde, stand für den KBW felsenfest: *„Daß es zu Verhandlungen kommen wird, kann nicht ausbleiben"* und die Imperialisten müssen dann *„betrübt feststellen, daß beide Seiten eine friedliche Einigung anstreben"* (KVZ, 13.11.78).

April 79:
Nunmehr hatte Amin *„das Schicksal eines Aggressors erlitten, ist geschlagen und auf der Flucht."* Auch daß Tansania keine „friedliche Einigung" anstrebte, sondern aktiv am Sturz Amins mitwirkte, war jetzt durchaus korrekt, denn *„mit der Hinnahme dieser Aggression hätte Tansania auf seine Unabhängigkeit verzichtet."*

An der gerade erst hochgelobten Wirtschaftspolitik ließ die KVZ plötzlich kein gutes Haar mehr: *„Die verschiedenen ökonomischen Maßnahmen, die Amin durchführte, förderten nicht die Arbeiter und Bauern, auch keine nationale Bourgeoisie, sondern dienten eher der Beköstigung der Armee und ihres Anhangs"* (KVZ, 16.4.79).

Den Außenstehenden mögen solch rasche Positionswechsel verblüffen; die dem KBW verbliebenen Freunde kratzt das nicht besonders – die sind Bewegung gewohnt.

Afrika-Kommission

Der KB und die chinesische Linke

Leserbrief

Tausend Fragen wirbeln mir durch den Kopf, die mich schon lange wurmen, und die ich Euch endlich mal stellen möchte.

Es geht um die abgedruckte KB-Rede zu Vietnam-China im AK 150, in der Ihr Teilen der Linken unkritische Haltung bezüglich der Entwicklung der VR China vorwerft. Ich will den Spieß mal rumdrehen: Seid Ihr wirklich so kritisch?

Der Sturz Lin Biaos

Ihr schreibt, die Linke habe versäumt, Sachen wie Lin Biaos Sturz, Nixons Besuch in China usw. richtig zu analysieren; da liege die Wurzel des ganzen Übels.

Nun, Lin Biao gehörte ja lange zur „Gruppe Kulturrevolution" (zusammen mit Mao ergibt sich dann die „Sechserbande") und wurde plötzlich als Rechter gestürzt. Begründet wurde dies bekanntlich mit der üblichen Argumentation, er wollte den Kapitalismus restaurieren, oder er betete gar Konfuzius an ... Das wurde von Euch zu Recht kritisiert, aber wo war Eure Kritik an jenen, die die Politik der KPCh hauptsächlich prägten – die „Linken", und dazu gehörte auch Mao. Warum stürzten sie diesen langjährigen Mitarbeiter – und dazu mit solch obskuren Begründungen, von denen die Presse nur so wimmelte? Wäre Lin Biao wirklich ein Rechter gewesen, hätten Teng und seine Freunde ihn sicher längst rehabilitiert. Habt Ihr versucht, die wirklichen Gründe zu finden? Ihr habt die Sache kritisiert, aber nicht die Verantwortlichen.

Mao und die Linken

Wieso traut Ihr Euch nicht an eine Kritik an der „Linken" und an Mao selbst ran? Warum umgeht Ihr diesen heißen Punkt so peinlich? Mao war schon alt ... hört man manchen Genossen schüchtern murmeln ... und man weiß ja so wenig!

Ja, aber warum weiß man denn so wenig? Wurden die Widersprüche vielleicht unter den Tisch gekehrt? Und warum waren trotz der Widersprüche, dem Kampf „zweier Linien", die Abstimmungen im Zentralkomitee oder auf den Parteitagen so gut wie immer einstimmig? Was ist das denn für eine kommunistische Partei, die die ganzen Widersprüche innerhalb der Organisation vor den Massen verschweigt? Ich spreche jetzt natür-

der Organisation vor den Massen verschweigt? Ich spreche jetzt natür-

lich die Zeit nach der Kulturrevolution an, aber man darf nicht vergessen, daß das immer noch die Zeit der „Linken" war. Wieso wurden schon unmittelbar nach der Kulturevolution die Errungenschaften dieser Revolution langsam aber sicher wieder abgebaut? Ihr kritisiert diesen Prozeß, aber in einer Art und Weise, als ginge es um eine Partei ohne Menschen, und wenn Ihr kritisiert, dann nur die „Rechten".

Und wieso gibt es eigentlich immer nur einen Kampf zwischen zwei Linien? Gibt es denn nur Schwarz und Weiß? Sind nicht schon genug Menschen aufgrund dieses Schemas in die eine oder andere Schublade gesteckt worden, was dann oft Gefängnis oder gar Tod bedeutet?! Mao hat stets betont, man müsse auch gegen den Strom schwimmen, und es gibt einzelne Geschichten, wie er sich praktisch dafür eingesetzt hat. Aber hat er oder konnte er verhindern, daß all jene Menschen, die kein Verständnis für die „linke" Politik hatten und dies auch äußerten, diffamiert oder eingesperrt wurden? Sie waren eben „Rechte". Aber ist es wirklich so einfach? Kann man all die vielen Berichte und Einschätzungen links liegenlassen, die die Fehler oder Mißstände vor dem „Rechtsputsch" zeigen? Ihr haltet es offensichtlich nicht für nötig, sich damit öffentlich auseinanderzusetzen. Wo habt Ihr von Liye Ze berichtet, die die berühmte Wandzeitung „Rechtssystem im Sozialismus" verfaßten? Waren es wirklich einfach nur Rechte, weil sie die „Linken" kritisierten? Wegen ihres angeblichen „Rechtsseins" wurden sie zumindest verhaftet. Daß sie heute von Teng aus der langjährigen Haft entlassen werden liegt lediglich daran, daß ihre Kritik ja gegen die „Viererbande" war, was man dementsprechend propagandistisch ausschlachten kann.

Die Wandzeitung hat viele Paralellen zu Claudie Broyelles zweitem Buch „Zweite Rückkehr aus China". An diesen Berichten läßt sich z.B. nachvollziehen, daß die „linke" Politik genauso zum Opportunismus führte wie die „rechte": daß Leute aus Angst vor Repression nicht das sagen, **was sie denken, oder wenn sie Kritik** äußern, die nicht offiziell zugelassen ist, förmich zu „Selbstkritik" gezwungen werden. Selbst wenn es was Falsches oder „Rechtes" ist, wird denn auf diese Weise ein Erkenntnisprozeß in Gang gesetzt? (...)

War die „linke" Politik wirklich so revolutionär, wie Ihr sie oft darstellt? Ging die Politik nicht oft an den ökonomischen Verhältnissen, der Basis, vorbei? Prämiensystem abschaffen, ja richtig, aber auch dann, wenn die Löhne auf Jahre nicht erhöht werden, wenn man/frau auf ein bißchen mehr angewiesen wäre?

C. Broyelle beschreibt viele solcher Beispiele, wo die „linken" Kampagnen oft nicht so begeistert aufgenommen wurden, weil sie weder der ökonomischen Basis noch dem Bewußtseinsstand entsprachen. Bestimmt das Bewußtsein das Sein oder das Sein das Bewußtsein? Natürlich, es gibt eine Dialektik, dabei sollte man aber nicht vergessen, daß der entscheidende Faktor das „Sein", die materielle Grundlage, ist.

Ihr habt zwar nie behauptet, an der „linken" Politik sei nichts zu kritisieren; aber wo habt Ihr tatsächlich kritisiert?

Die Frage der Partei

Ihr werdet mir sicher zustimmen, daß eine gründliche Analyse der Entwicklung in China notwendig ist, um die heutige Situation zu verstehen. Und nicht zuletzt sicher auch, um aus den Fehlern zu lernen. Aber wenn gewisse Themen quasi tabu sind und systematisch umgangen werden, wie soll man/frau zu einer richtigen Einschätzung kommen? So ein Thema ist z.B. die Parteien-Theorie. In der Tat ein heikles Thema, das die Linken scheuen. Da können Hunderte von Kommunisischen Parteien degenerieren und den Sozialismus in den Dreck ziehen, die „leninistische" Partei, oder wie man sie interpretiert, bleibt unangetastet, wird nicht einmal in Frage gestellt. Muß sich nicht eine Theorie erst in der Praxis behaupten? Und wenn sie in der Praxis offensichtlich versagt hat, muß man sie dann nicht korrigieren? Wäre das so „unmarxistisch", so „unleninistisch"? Der „Demokratische Zentralismus" sieht zwar Kontrolle, Mitbestimmung, freie Meinungsäußerung usw. von unten vor, aber warum scheitert es stets in der Praxis?

Personenkult?

Personenkult?

Was den Personenkult betrifft, so habt Ihr stets darauf verwiesen, daß Mao selbst ihn abgelehnt hat. Daß aber der Personenkult um Mao gerade von den „Linken" gefördert wurde, blieb von Euch unerwähnt und unkritisiert. Das morgendliche Lesen aus dem „roten Buch" in Fabriken und Schulen, das obligatorische Zitieren in Berichten, Aufsätzen usw. – das alles hatte doch mehr einen Charakter von An- oder Nachbeten als von kritischem Überprüfen, eigenem Nachdenken. Die Worte des Vorsitzenden waren schon richtig, bevor er sie überhaupt ausgesprochen hatte.

Leider wird die Kritik am „Personenkult" in China heute von den Machthabern aufgegriffen (Mao war kein Gott, heißt es), um ihre reaktionäre Politik noch intensiver fortzusetzen. Vielleicht liegt es auch an den Hetztiraden der Tengs gegen die „Viererbande", was hierzulande ja von den professionellen Nachbetern verbreitet wird, daß Ihr Euch gerade jetzt scheut, an den „Linken" Chinas irgendetwas zu kritisieren.

Aber ist nicht auch in der westeuropäischen Linken sowas wie Personenkult ziemlich verbreitet? Die Klassiker haben grundsätzlich recht – und dann sehen wir mal weiter. Viel zu oft wird zu Zitaten gegriffen, anstatt den eigenen Kopf zu gebrauchen. Und viel zu oft werden meiner Meinung nach Theorien schon als fester Betandteil des wissenschaftlichen Sozialismus betrachtet, obwohl sie in der Praxis wichtige Mängel gezeigt haben (s.o. Partei).

Eine Frage an die AG Frauen

Zum Abschluß auch noch eine Kritik an der AG Frauen, was ihre Berichte über die Frauen in der VR China betrifft: In vielen Artikeln wurde stets auf die revolutionäre Frauen-Politik der KPCh eingegangen und bereitwillig aus Claudie Broyelles erstem Buch zitiert. Dieses Buch begeisterte alle Frauen der linken Bewegung, und selbst schon Resignierte schöpften wieder Hoffnung. Der Schock des zweiten Buches **„Zweite Rückkehr aus China" verschlug dann** vielen im wahrsten Sinne des Wortes erstmal die Sprache. So wie das erste Buch nur positiv war, blieb das zweite durchgehend nagativ (wo auch der wichtigste zu kritisierende Punkt an Broyelle liegt). Nun, wo blieb Eure Auseinandersetzung? Kann frau denn einfach alles so stehenlassen und die Broyelle mitsamt der Frauenfrage in China wie eine heiße Kartoffel fallenlassen?

Über eine Antwort würde ich mich freuen.

Eine Sympathisantin aus Mainz

★

Antwort der Redaktion

Wir beschränken uns hier bewußt auf Klarstellungen oder Richtigstellungen, soweit es die Einschätzung der Entwicklung in China durch den KB angeht, gehen also nicht auf die grundsätzlicheren Überlegungen der Genossin ein. Diese mögen als Beitrag zur „Krisendebatte" vielleicht die Diskussion wieder einmal beleben. –

Was die chinesische „Linke" angeht, bzw. die „linke" Fraktion in der Parteispitze, gibt es bei uns ein offensichtliches Theorie-Defizit. Dies kommt allerdings nicht aus „Tabus", sondern aus der praktischen Schwierigkeit, b e g r ü n d e t e Aussagen über diese „Linke" zu machen. Wir weigern uns, die „Linke" in der seit dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 geführten Hetzkampagne gegen sie wiederzuerkennen. Wir weigern uns auch, die „Linke" pauschal der Politik von 1966 bis 1976 zu identifizieren. **Wo also ist die „Linke" in ihrer realen Identität für uns faßbar?!**

Die Genossin irrt sich, wenn sie von der Annahme ausgeht, der KB habe bisher die „Linken" nicht kritisiert. Insbesondere ist auf folgende Veröffentlichungen hinzuweisen:

1. AK 89 vom 20.9.76, nach dem Tode Maos, vor allem S.4. Dort hieß es, **„daß die Bezeichnung bestimmter führender Funktionäre der KP Chinas als ‚Linke' höchst zweifelhaft ist"**. (Es folgen dann genau die Namen der heute als „Viererbande" Bekannten). Hervorgehoben wurde, daß die „Linke" die Rechtsentwicklung der chinesischen Außenpolitik vollständig mitgetragen hat.

wurde, daß die „Linke" die Rechtsentwicklung der chinesischen Außenpolitik vollständig mitgetragen hat.

2. AK 91 vom 18.10.76, also ganz kurz nach dem Rechtsputsch, S.3. Dort wird relativ ausführlich die Rolle der „Linken" beleuchtet und festgestellt: **„Die sogenannten ‚Linken' hatten sich schon längst recht weit von den Zielen und Kampfformen der Kulturrevolution entfernt ...". „Es scheint, daß sich die ‚Linken' in der Parteispitze ziemlich weit von den Volksmassen, insbesondere den revolutionären Arbeitern und Studenten, entfernt und isoliert hatten ..."**

3. In der Vorlage zum Rechenschaftsbericht des LG wird dargestellt, wie die „Linken" auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution (1967) **bei der Zerschlagung der sogenannten „Ultralinken" aktiv mitwirkten.**

Der heutigen offiziellen Version zufolge hat von der Kulturevolution (1966/67) an bis zum Oktober 1976 die „Linke" in China eine **faschistische Diktatur** ausgeübt. Dagegen steht folgende Tatsache: In dem 1969 auf dem IX. Parteitag gewählten Politbüro entfielen von insgesamt 21 Mitgliedern 11 auf die heute diffamatorisch als „Linke" gerechneten. Hinzukommen mag als Zwölfter noch Mao. Das war immerhin eine Mehrheit. Nach der Ausschaltung der Lin Biao-Gruppe 1971 waren noch 14 Mitglieder des Politbüros übrig. Von diesen waren 4 der „Linken" zuzurechnen. Mao wäre der Fünfte. Die „Linken", einschließlich Mao, stellten also nur noch ein Drittel des Politbüros. Von den wiederum 21 Mitgliedern des 1973 vom X. Parteitag gewählten Politbüros sind nur vier bzw. mit Mao fünf Mitglieder der „Linken" zuzurechnen, also nur etwa ein Viertel. Nimmt man an, die „Linke" hätte in dieser Zeit tatsächlich eine „faschistische Diktatur" ausgeübt, oder auch nur die Vorherrschaft in der Partei gehabt, so hätte sie es sicher auf dem X. Parteitag versucht und zweifellos auch geschafft, eine erheblich stärkere Fraktion ins Politbüro zu bekommen. Daß ein Viertel der Mitglieder des Politbüros die restlichen drei Viertel ausmanövriert haben soll, läßt sich hypothetisch allerhöchstens dadurch erklären, daß **M a o den Laden praktisch wie ein Diktator regiert hätte. Selbst wenn man dies annehmen will, bleibt aber wieder die Frage, warum Mao es dann nicht geschafft haben soll, auf dem X. Parteitag 1973 „seine Leute" erheblich stärker ins Politbüro zu bringen?**

Man mag es also drehen und wenden wie man will: die heutige offizielle Version ergibt keinen Sinn, sondern erweist sich als Volksverdummung. Die chinesische Politik seit der Kulturrevolution läßt sich wohl nur verstehen als ständiger Kompromiß verschiedener Fraktionen in der Parteispitze, nicht aber als „Diktatur" e i n e r Fraktion. **Die oben genannten Zahlen für die Zusammensetzung des Politbüros zeigen zudem zweifelsfrei, daß bei diesem ständigen Kompromiß die „Linke" seit 1971 deutlich in der Minderheit war und immer mehr aus der Parteispitze verdrängt wurde.**

Die schwindende Rolle Maos in dieser Entwicklung läßt sich wahrscheinlich richtig aus der Tatsache ablesen, **daß er seit etwa 1962/63, also bereits v o r Beginn der Kulturrevolution, für die Massen verstummt war.** Mao hat 1962 seine letzte öffentliche und veröffentlichte Rede gehalten, 1962 oder 1963 seinen letzten theoretischen Artikel verfaßt. Danach wurden nur noch kleine Statemants zu internationalen Ereignissen in seinem Namen veröffentlicht, letztmals 1970. Liest man heute Äusserungen, die Mao für die Jahre seit 1970 bis zu seinem Tod zugeschrieben werden (speziell gegen die „Viererbande"!), so klingen sie nur noch wie Gebrabbel eines Opas während der Fernseh-Nachrichten.

Es geht also gar nicht darum, zu s p e k u l i e r e n, ob Mao in den letzten Jahren seines Lebens noch „voll da" war und wieweit er handlungsfähig war. Die ablesbaren T a t s a c h e n sind eindeutig genug: Mao hat für die Öffentlichkeit bereits 13-14 Jahre vor seinem Tod aufgehört zu sprechen! **Für Mao selbst gilt also noch weit mehr als für die „Linke", daß es schwer ist, ihn für die Jahre der Kulturrevolution und danach in seiner politischen Identitität zu rekonstruieren.**

Heute ist es in China allgemein üblich, s ä m t l i c h e tatsächlichen oder behaupteten Mißstände und Fehler der Vergangenheit als Ergebnis der Politik von „Lin Biao

Fehler der Vergangenheit als Ergebnis der Politik von „Lin Biao

und der Viererbande" darzustellen. Selbst Probleme der Gegenwart und sogar der Zukunft werden von vornherein als Ausdruck der von „Lin Biao und der Viererbande" verursachten Schäden sowie ihres noch bestehenden ideologischen Einflusses erklärt. Geradeso wurde der Personenkult um Mao während der Kulturrevolution seit 1971 plötzlich als böse Verschwörung Lin Biaos dargestellt – als hätte dieser eine solche Linie g e g e n die gesamte Parteispitze und gegen die gesamte Partei im Alleingang durchsetzen können. Insofern akzeptieren wir selbstverständlich nicht die Flut von Unterstellungen, die heute üblich sind – beispielsweise der „Linken" pauschal die Verantwortung für eine Politik der Geringschätzung materieller Interessen der Arbeiter und Bauern anzulasten. Andererseits wird der „Viererbande" ja auch vorgeworfen, die Arbeiter zu Streiks und Demonstrationen „aufgehetzt" zu haben – und es fragt sich doch, wie sich das eine und das andere zusammenreimen sollen. Wir haben, um auch das zu erklären, vom „R e c h t s p u t s c h" schon 1976 nicht im engen Sinn gesprochen, als hätten hier ganz neue Kräfte auf militärischem Weg die Macht ergriffen, die vorher von irgendeiner „korrekten Linie" ausgeübt worden wäre. Tatsächlich hat seit der Kulturrevolution ein k o n t i n u i e r l i c h e r P r o z e s s der Verschiebung der Kräfteverhältnisse in den Zentralen der chinesischen Macht stattgefunden. Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen. **Der von uns so bezeichnete „Rechtsputsch" bedeutete aber den schlagartigen Übergang von einem langen Prozeß des Zurückdrängens zur gewaltsamen Z e r s c h l a g u n g der gesamten „Linken".** In diesem Sinn haben die Ereignisse unsere damalige Einschätzung leider völlig bestätigt.

Noch einige Sätze zu Li Yi Zhe, die die Genossin erwähnt , aber wohl falsch einordnet. Li Yi Zhe ist das Pseudonym einer Personengruppe, die 1974 in Kanton mit kritischen Wandzeitungen auftrat und deswegen bald darauf inhaftiert bzw. zu Zwangsarbeit verurteilt wurde. Obwohl es stutzig machen sollte, daß diese Gruppe erst im Januar 1979 (!) freigelassen wurde, wird sie heute von den Herrschenden Chinas als Opfer der „Viererbande" und als heldenhafte Vorkämpfer gegen diese dargestellt. Im selben Sinn stellte auch die „Rote Fahne" der „KPD" die Sache dar.

Li Yi Zhe bestand im Kern aus drei jugendlichen Aktivisten der Kulturrevolution. In ihren Wandzeitungen warfen sie Lin Biao vor, die Kulturrevolution zerschlagen zu haben. Auch nach dem Sturz der Lin-Biao-Gruppe (1971) bestehe aber das „Lin-Biao-System", wie sie es nannten, weiter: Bürokratismus, Repression etc.

Es gibt k e i n e n Anhaltspunkt, der es rechtfertigen würde, die Verfolgung von Li Yi Zhe der „Viererbande" oder deren örtlichen Parteigängern anzulasten.

„Viererbande" oder deren örtlichen Parteigängern anzulasten.

Festzustehen scheint hingegen, daß die Strafen von mehreren Mitgliedern der Gruppe im Frühjahr 1977 (ein halbes Jahr n a c h Ausschaltung der Viererbande" !) drastisch verschärft wurden – offensichtlich d e s w e g e n, weil die neuen Machthaber in ihnen l i n k e Kritiker und Rebellen der Kulturrevolution sahen! Und in der Tat entschloß man sich erst im Januar 1979, Li Yi Zhe freizulassen und zu 'rehabilitieren'. Daß die Gruppe dann nach ihrer Freilassung Loblieder auf Deng sang und sich mit der neuen Politik vollkommen einverstanden erklärt hat, kann gewiß unterschiedlich interpretiert werden.

Pekinger Frühling — Nachtrag

In dem Artikel zum „Pekinger Frühling" waren bei der Endredaktion die Quellen-Anmerkungen verloren gegangen. Hier sind sie nun:

1) Schanghaier 6-Punkte-Beschluß zitiert nach Radio Schanghai, 24.3., bzw. nach SWB, 27.3.

2) Pekinger 6-Punkte Beschluß zitiert nach Radio Peking, 31.3., bzw. nach SWB, 3.4.

China empfiehlt: „Straflektion" gegen Kuba!

Chinas Machthaber betätigen sich immer ungenierter und direkter als Kriegshetzer: Die USA sollten – nach dem Vorbild der chinesischen Aggression gegen Vietnam – **„Kuba eine Lektion erteilen"**. Das empfahl Dji Peng-fei, Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses, in einem Gespräch mit amerikanischen Kapitalisten und Presseleuten. („Welt" und „Frankfurter Rundschau", 7.5.79). Die „Lektion" brauche sich ja, so Dji Peng-fei, nicht d i r e k t gegen Kuba zu richten, sondern könne **„vielleicht anderswo, wie beispielsweise in Afrika"** erteilt werden. Nach Lage der Dinge ist sonnenklar, daß das eine Aufforderung zu einer US-Aggression entweder gegen Angola oder gegen Äthiopien ist, denn das sind die Länder, wo Kuba nach chinesischer Lesart seine „Söldner" unterhält. Die Sowjetunion werde gegen eine solche „Straflektion" nichts unternehmen, ermunterte Dji Peng-fei seine Gesprächspartner unter dem Hinweis auf die Erfahrungen während der chinesischen Aggression gegen Vietnam.

Wir haben bereits im AK 150 („*Chinas Kriegspolitik – Eine Gefahr für die Welt*") umfassend analysiert, daß es der chinesischen Führung bei ihrem Vietnam-Abenteuer a u c h darum ging, ähnliche Überfälle und Interventionen des Imperialismus gegen andere Länder der Dritten Welt zu ermuntern. Dji Peng-feis Aufruf zur „Lektion" gegen Kuba bestätigt diese Einschätzung – sofern eine solche Bestätigung überhaupt nötig war.

Ein Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua" (siehe „Peking Rundschau" Nr.13, 3.4.79) umreißt gleichfalls den Rahmen der chinesischen Globalstrategie:

– Am Beispiel A n g o l a s wird beklagt, daß *„niemand in der internationalen Arena"* (Hier hat der Verfasser aus unerklärlichen Gründen die südafrikanischen Faschisten vergessen!) 1975 bereit gewesen sei, *„effektive Maßnahmen"* gegen Angola zu ergreifen, d.h. militärisch gegen die MPLA und ihre kubanischen Verbündeten zu intervenieren.

– Inzwischen hätten die Sowjetunion und Kuba *„den südlichen Zipfel der arabischen Halbinsel erreicht"*, d.h. Südjemen. Das sei „beunruhigend".

– *" In Westasien benutzt die Sowjetunion die chaotische Lage in Iran. Sie ist vorbereitet, ihre Infiltration und Expansion hier zu erweitern."* Von dort wolle sie *„die westlichen Energiebasen bedrohen"*.

Als positives Gegenbeispiel nennt der Kommentar die Intervention reaktionärer afrikanischer Regimes und der alten Kolonialmächte (Frankreich, Belgien) 1978 gegen die Volkskämpfe in **Shaba/Zaire zum Sturz des Mobutu-Regimes.**

Der Kommentar schließt: *„Heute fordert die Situation von allen friedliebenden Ländern und Völkern,..... e f f e k t i v e und durchführbare M a ß n a h m e n zu ergreifen, um der sowjetischen Aggression und Expansion zu entgegnen und ihre Globalstrategie zu durchkreuzen. Die Aggression und Expansion der Sowjetunion muß ü b e r a l l Einhalt geboten werden"*.

Die Zeit, wo die chinesische Propaganda sich darauf b e s c h r ä n k t e, unter dem Vorwand der Landesverteidigung die imperialistische Kriegsrüstung zu ermutigen, ist tatsächlich vorbei. Jetzt werden neokolonialistische „Maßnahmen" ü b e r a l l in der Welt ermuntert – zum Schutz von „Energiebasen", „Transportwegen" und allem, was dem Imperialismus sonst noch heilig ist.



KBW-Veteranen planen Wiederaufbau

Am 13./14. April 1979 fand, ohne große Publizität in der linken Öffentlichkeit, ein möglicherweise noch folgenreiches Treffen statt. Sein voller Name: **„Arbeitskonferenz zur Beratung und Beschlußfassung über einen Plattformvorschlag für ‚Komitees für Demokratie und Sozialismus' "**. Ort: Mannheim. Eingeladen hatte eine Kommunistische Arbeitsgruppe Mannheim/Heidelberg (KAG), offenbar eine Absplitterung vom KBW. Besonders fallen in diesem Kreis die Namen der früheren KBW-Funktionäre Hildebrandt, Fücks und Maier auf, die lange Zeit der Führungsspitze des KBW angehört hatten.

An der „Arbeitskonferenz" nahmen nach Angaben der Veranstalter 142 Personen aus 37 Städten teil. Am Schluß waren noch 95 Personen anwesend, von denen 89 für die „Plattform" stimmten. Auf Grundlage dieser „Plattform" sollen u n v e r z ü g l i c h örtliche „Komitees" aufgebaut werden. Mit der „Plattform" soll propagandistisch gearbeitet werden. In spätestens drei Monaten soll eine zweite „Arbeitskonferenz" stattfinden, auf der auch die „Plattform" erneut beraten werden soll. Zur Zentralisierung der örtlichen „Komitees" soll eine Zeitung geschaffen werden. Ein „Arbeitsausschuß" aus sieben Personen leitet die organisatorische Zentralisierung bis zur zweiten „Arbeitskonferenz".

Was das Selbstverständnis dieses Kreises und der „unverzüglich" zu bildenden örtlichen Komitees sein soll, wird von den bisher vorliegenden Dokumenten eher verschleiert als geklärt. Die Komitees sollen, so heißt es, **„für die politische und organisatorische Einheit der Sozialisten und Kommunisten eintreten und ihre Zersplitterung und Spaltung überwin-**

Kommunisten eintreten und ihre Zersplitterung und Spaltung überwin-

den". Sie sollen eine *„Organisationsform von Sozialisten und Kommunisten"* sein, die *„o f f e n"* ist für *„a l l e sozialistischen und kommunistischen Kräfte, die die gemeinsamen Grundanschauungen teilen"*. Die geplante Zeitung soll **„der Auseinandersetzung offenstehen"**.

Da sich die „Plattform" inhaltlich mit keinem Wort von den zahlreichen bestehenden Zirkeln und Organisationen mit kommunistischem Selbstverständnis abgrenzt, wäre es eigentlich logisch, wenn sich der Vorschlag zur Bildung örtlicher Komitees gerade auch an diese Zirkel und Organisationen richten würde. Tatsächlich gibt es einen Beschluß der „Arbeitskonferenz" vom 13./14. April, diesen Vorschlag **„öffentlich a l l e n Kräften, die sich als Sozialisten und Kommunisten verstehen, zu unterbreiten"**. Es ist uns nicht bekannt, wie weit das inzwischen geschehen ist.

Eher ist zu vermuten, daß die Komitees nur als Aufbaugruppen für die Rekonstruktion eines „besseren" KBW gemeint sind. Während der KBW aber bei seiner Gründungsphase 1972/73 mit einem breit ausgelegten „Programm" lockte, begnügt sich der Vorschlag der Mannheimer „Arbeitskonferenz" mit einem zusammengewurschtelten „Aktionsprogramm". Dabei wurde zwar an eher zweitklassige Forderungen gedacht wie *„Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Lohn und Einkommensssteuer"* oder *„Selbstverwaltung der Sozialversicherungen"*, aber beispielsweise die Forderung „Weg mit dem § 218!" und überhaupt die Berücksichtigung von Frauen-Forderungen glatt vergessen. Auch an Forderungen gegen den Polizeistaat wurde nicht gedacht, aber das kann auch in tieferen ideologischen Erwägungen begründet sein. Aufgenommen wurde zwar die Forderung *„Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen"*, aber keine Abrüstungsforderung u n t e r h a l b dieser Schwelle. Zur AKW-Problematik wurden einfach die Forderungen aneinandergereiht: *„Gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung. Kein Bau von Atomkraftwerken gegen den Willen der Bevölkerung. Stillegung der bestehenden Anlagen"*.

Wie das mit dem „Willen der Bevölkerung" (an sich eine DKP-Forderung!) da hineinpaßt, bleibt unklar. Soziale Forderungen (Kindergärten, Schulen etc.) wurden überhaupt nicht berücksichtigt. Auch die ausdrückliche Forderung nach Aufhebung der Berufsverbote fehlt. Es fehlen aber auch klassische KBW-Evergreens wie die „Wahl der Lehrer durch das Volk".

Das „Aktionsprogramm" scheint insgesamt nicht gerade das Ergebnis gründlicherer Arbeit und Erörterung zu sein. Dieser Anspruch wird allerdings auch gar nicht erhoben. Die *„aktuelle Bedeutung"* einzelner Forderungen sei *„gegenwärtig noch strittig"* und das „Aktionsprogramm" soll auf der nächsten „Arbeitskonferenz" weiter beraten werden. Trotzdem bildet es vorläufig einen wesentlichen Bestandteil der „Plattform".

Leider liegt uns von den Referaten (von Hildebrandt, Fücks und Maier) bisher nur das von W. Maier vor. Alten AK-Lesern und Freunden der Linken Szene ist W. Maier seit den Auseinandersetzungen 1971/72 bestens bekannt: Er war damals Chef des KB Bremen (ohne Zusammenhang zu unserer Organisation) und dann Mitgründer des KBW. Maier, der aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit kommt, widersetzte sich im KBW bei mehreren Gelegenheiten der vorherrschenden „links"-optimistischen, abenteuerlichen Linie.

Als Vertreter der „rechtsopportunistischen Linie" ist Maier in die Geschichte des KBW eingegangen. Im September 1976 schließlich wurde Maier, bis dahin Chefredakteur der „KVZ", seiner Funktionen enthoben. Nachzulesen ist diese recht spannende Geschichte ausführlichst im AK 90.

nende Geschichte ausführlichst im AK 90.



In seinem Referat auf der Mannheimer „Arbeitskonferenz" vom 13./14. April knüpfte Maier an seine alten Positionen an und stellte den totalen Subjektivismus in den „Einschätzungen" der KBW-Führung ausführlich dar. Er kritisierte auch das falsche Verhältnis des KBW zum demokratischen Kampf – die Weigerung, demokratische Institutionen und Rechte auszunutzen; die Befrachtung von Kämpfen wie dem gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt mit der „Machtfrage" („Sturz der Magistrate"). Konkrete Schlußfolgerungen hingegen gab Maier kaum an.

Besonders bedenklich ist bei diesem Versuch zur Rekonstruktion eines „besseren", weniger irrational agierenden KBW die Tatsache, daß anscheinend auf Themen wie die chinesische Politik, „Theorie der drei Welten", „Kriegsgefahr" usw. bisher überhaupt nicht eingegangen wird. Fragen wie „Vaterlandsverteidigung", „Antihegemonistische Einheitsfront" usw. sind heute wesentliche Streitfragen, und niemand kann heute eine neue Organisation zusammensammeln wollen, ohne auf diese Fragen Antworten zu geben. Es ist absurd, sich heute über Einkommenssteuer und Sozialversicherung vereinheitlichen zu wollen, aber die Frage der „Vaterlandsverteidigung", des „Hauptfeindes" usw. offen zu lassen. Auf diese Weise mögen sich gerade eben noch kommunale Alternative Wahllisten aufbauen lassen (obwohl auch das immer fragwürdiger werden könnte), aber bestimmt keine kommunistischen Gruppen. Die Frage ist, wieweit die sich nun regruppierenden Ex-KBW'ler bereit sind, mit den reaktionären Theorien der chinesischen Führung zu brechen.

Unabhängig von dieser Frage ist diesem Kreis wohl einiges zuzutrauen. Aus dem Schutt des KBW und selbst aus seinen noch verbliebenen Restbeständen dürfte noch reiche Ernte einzufahren sein. Wieweit dieser Kreis zur öffentlichen Auseinandersetzung bereit ist, wird sich zeigen müssen. Auf ihre V e r s p r e c h e n jedenfalls sollte man sich nicht verlassen. Die haben sie schon einmal gebrochen.

„KPD" gegen bewaffneten

„KPD" gegen bewaffneten

Befreiungskampf in Zimbabwe?

Die "KPD" scheint gegenwärtig eine radikale Kehrtwende ihrer Zimbabwe-Berichterstattung einzuleiten. Anlaß sind die Schein-"Wahlen" in Rhodesien, von denen zwar auch die "KPD" meinte, sie seien eine "Farce" gewesen, die an den Privilegien der Weißen nichts ändert. Die "KPD" stimmt allerdings mit dem CDU-Wahlbeobachter Todenhöfer überein, wonach die "Wahlen" bewiesen hatten, daß *"Bischof Muzorewa noch über beträchtlichen Anhang unter der schwarzen Bevölkerung verfügt"*. Daher könne **"für die Patriotische Front das Wahlergebnis nicht ohne Auswirkungen bleiben"**.

Welche "Auswirkungen" die "KPD" meint, wird gleich deutlich: **"Die Frage stellt sich, ob der Befreiungskampf unter diesen Bedingungen vor allem durch eine Eskalation des bewaffneten Kampfes vorankommen kann. Unter diesen Bedingungen vor allem auf die Waffen zu setzen, könnte auch die Gefahr ausländischer, konkret sowjetischer Einmischung noch vergrößern."**

Anstelle des Volkskrieges sollen die Befreiungsbewegungen einen neuen Schwerpunkt setzen, nämlich auf diplomatischem Parkett, *"auf internationaler Ebene"*.

Natürlich weiß die "KPD"', daß selbst der schönste diplomatische Erfolg noch keinen revolutionären Sturz eines faschistischen Regimes bewirkt hat, und daß ihr "Vorschlag" faktisch auf die Aufgabe des Kampfes der Befreiungsbewegungen hinausläuft.

Was hier schrittweise eingeführt werden soll, ist die Anwendung der These vom "Hauptfeind Sozialimperialismus" auf Zimbabwe und letztendlich das gesamte südliche Afrika. Die konsequente Anwendung dieser These impliziert, daß selbst die Rassistenherrschaft gegenüber einem Staat (bzw. einer Befreiungsbewegung) vorzuziehen wäre, der irgendwie mit der Sowjetunion verbündet wäre. Da die "KPD" dies so offen nicht auszusprechen wagt, hofft sie wohl auf ein Bündnis der opportunistischen Teile der Befreiungsbewegungen mit Muzorewa und auf ein neokoloniales, jedoch nicht so deutlich „weißes" Rhodesien. Daher ist sie sowohl mit der „unflexiblen" Taktik der Rassisten, als auch mit der Politik der Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Frontstaaten unzufrieden. Insbesondere gegen Mosambik - dem wichtigsten Hinterland der zimbabwischen Revolution - soll wohl in nächster Zeit die vaterländische Dreckschleuder verstärkt eingesetzt werden: *"Angesichts der Überfälle der Rassisten und ihrer halsstarrigen Politik verstärkt sich bei den Frontstaaten, aber auch bei den Befreiungsbewegungen die Tendenz, sich Hilfe von außen, konkret von der Sowjetunion, zu beschaffen. Die Rassisten verhelfen dem Sozialimperialismus so zu dem erwünschten Einstieg. Die sowjetische Führung hat sich bereits in Angola fest eingenistet. In Mozambique gibt es eine sowjetische Militärpräsenz und auch wachsende politisch-ideologische Annäherung. Mozambique beglückwünschte die vietnamesische Marionettenregierung unter Heng Samrin in Kampuchea und verurteilte den chinesischen Gegenschlag gegen Vietnam. Auch der tansanische Präsident Nyerere hat in einigen Fragen Annäherung an sowjetische Positionen zu erkennen gegeben.*

(Alle Zitate aus Rote Fahne, 26.4.79)

Viele neue, lohnende Ziele für "Straflektionen" gegen den "Sozialimperialismus"!

Afrika-Kommission

„KPD": Immer noch Streit um den Schleier

Wie berichtet, hatte die „Rote Fahne" der „KPD" (15.3.79) heftig gegen die Frauen-Demonstrationen im Iran gegen Schleier-Zwang und andere Formen der Frauen-Entrechtung polemisiert: **„Die Initiatorinnen der Frauendemonstration treiben ein gefährliches und abenteuerliches Spiel"**. In der "Roten Fahne" vom 3.5. ist dazu ein weiterer Leserbrief abgedruckt, in dem sich die Verfasser(innen) *„sehr entsetzt und auch empört"* über diesen Artikel äußern.

Daraufhin hat „WaK", der Verfasser des Artikels in der „Roten Fahne" vom 15.3., nochmals einige Überlegungen zu Papier gebracht. Dabei spart er nicht mit Bekundungen seiner Überzeugung, daß der Schleier wirklich etwas ganz Reaktionäres und ein Ausdruck der absoluten Vorherrschaft des Mannes in der islamischen Gesellschaft sei. Allerdings, so wiederholt er, d e m o n s t r i e r e n hätten die Frauen dagegen seiner Meinung nach nicht dürfen. Auf den Spuren der „TAZ", die oft ihre Autoren krause Wege wandeln läßt, philosophiert „WaK" über die *„Perspektive eines ‚dritten' Weges"* der Frauenemanzipation, nämlich den *„schiitischen Weg. ... Ob dieser ‚schiitische dritte Weg' der Frauenemanzipation dazu taugt, die Lage der Frauen im Iran ... zu verbessern, vermag ich nicht zu beurteilen"*. Sooo naiv ist er aber gar nicht, sondern fügt gleich hinzu, daß der „schiitische Weg" an der *„strikten Unterordnung der Frau unter den Mann"* gar nichts ändere. Freilich scheinen die V o r t e i l e des „schiitischen Weges" doch zu überwiegen: *„Andererseits ist aber der Emanzipationsbegriff der schiitischen Frauen dem bürgerlich-westlichen (feministischen) insofern überlegen, als er die revolutionäre Energie auf die Bewältigung d e r Aufgaben lenkt, die heute hauptsächlich die iranischen Frauen (und die Männer) anpacken müssen: Den Kampf gegen fremde Herrschaft, Unterentwicklung und Abhängigkeit"*. Bloß nicht „ablenken" lassen, ist da die Devise. Wobei mit „fremder Herrschaft" und „Abhängigkeit" selbstverständlich nur die angebliche Bedrohung durch den „Sozialimperialismus" gemeint ist.

„WaK" versteigt sich sogar zu der Behauptung, bei der Schleier-Frage gehe es um den „Widerspruch zwischen westlich und schiitisch orientierten Frauen", also um einen „Widerspruch innerhalb der iranischen Frauen". Tatsächlich geht es aber um den Widerspruch, ob die Revolution über bürgerlich-demokratische Reformen und darüber hinaus v o r a n g e t r i e b e n werden soll, oder ob ein „islamischer" Staat stabilisiert wird, der teilweise noch hinter die bürgerliche Demokratie zurückfällt. Schleier oder nicht ist also keine Mode-Frage, sondern Bestandteil des Kampfes zwischen Fortschritt und Reaktion. Die Antwort von „WaK" hingegen: Der Schleier werde *„mit der Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse"* von selbst verschwinden! Das ist sicher wahr, aber sollen die Frauen tatsächlich solange warten?

Es geht, wie immer wieder betont werden muß, nicht nur um die Frage des Schleiers. Sondern es geht darum, daß die „KPD" in einem Land wie Iran die Fortführung der Revolution zugunsten der „Einheit gegen den Hauptfeind", d.h. gegen die Sowjetunion, aufzuopfern empfiehlt. Realistisch betrachtet drohen dem Iran zwei große Gefahren: Eine imperialistische Intervention bzw. ein vom Imperialismus inszenierter Staatsstreich und eine reaktionäre Diktatur im Namen des Islam, verbunden mit einem ungeheuren Blutbad unter den linken und progressiven Volkskräften. Indem die „KPD" heute die Volkskämpfe im Iran diffamiert oder totschweigt und indem sie die Sowjetunion zum „Hauptfeind" erklärt, bereitet sie den Boden vor, auf dem sie morgen eine imperialistische „Lösung" im Iran begrüßen oder zumindest rechtfertigen könnte.

Wie halten wir es mit der KPF? — Ein Diskussionsbeitrag —

Am 9.5. begann in einer Vorstadt des Großraums Paris der 23. Parteitag der KPF. In der bürgerlichen Presse Frankreichs und auch der BRD wurde der Parteitag vornehmlich unter den Gesichtspunkten »Restalinisierung« und »Verhärtung« behandelt. Dies macht sich an zwei Hauptpunkten fest. Einmal dem Eingeständnis der KPF-Führung, daß die jahrelange Einheitsstrategie mit der Sozialistischen Partei Frankreichs gescheitert ist. Die KPF will in Zukunft Einheitspolitik mit der PS nur zu einzelnen politischen Anlässen und vornehmlich an der Basis praktizieren. Die Versuche, mit einer Koalitionsverbindung mit der PS auf der Basis eines gemeinsamen Regierungsprogramms (programe commun) die bürgerlichen Regierungen abzulösen, wurden aufgegeben. Das Scheitern ihrer Einheitsstrategie führt die KPF auf die PS zurück, die die gemeinsamen Ansätze verraten hätte, sich scharf nach rechts entwickeln würde und immer mehr zu einer französischen SPD werden würde. Die KPF befürchtet sogar, daß die Sozialisten in absehbarer Zeit zu einem Regierungsbündnis mit den Bürgerblockparteien um Staatspräsident Giscard d'Estaing bereit sein würden.

Der zweite Hauptpunkt ist die Wiederannäherung an die Sowjetunion und die „Europafeindlichkeit" der KPF.

Tatsächlich sind auf dem Parteitag die „sozialistischen Errungenschaften" der SU und anderer RGW-Länder herausgestrichen worden, während Kritikpunkte nur in gedämpftem Ton vorgetragen wurden.

Zur europäischen Integration hat der Parteitag die bisherige Haltung der KPF bekräftigt, daß die Integrationspläne nur Werkzeug multinationaler Konzerne unter Führung des US- und BRD-Imperialismus seien, um einen aggressiven westeuropäischen Block zu schmieden. Vor allem in der sozialdemokratischen Presse wird zudem der „undemokratische Charakter" der KPF beschworen, die Minderheiten oder abweichende Meinungen in der Partei rigide unterdrücken würde. Wir haben als Kommunisten in der BRD allen Grund, uns von den bürgerlichen Angriffen gegen die KPF deutlich zu distanzieren. Dies gilt vor allem deshalb, weil es auch unter revolutionären und linkssozialdemokratischen Kräften oft zum „guten Ton" gehört, die Auseinandersetzung mit der KPF hauptseitig auch als Kritik ihrer „Moskauhörigkeit", undemokratischer Methoden der KPF gegenüber anderen Linken und ihres „Nationalismus" zu führen.

Nüchtern betrachtet sind die KPF und die von ihr beeinflußten Kräfte in der französischen Arbeiterbewegung die einzigen Kräfte, die mit wirklicher Massenverankerung gegen die EG-Großmachtpläne und die besondere Gefahr durch den BRD-Imperialismus in Frankreich ankämpfen.

Daß die KPF keine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist, haben wir oft genug geschrieben. Dieser Parteitag und die absehbare Zukunft werden hier keine Veränderung bringen.

Auch darf nicht verschwiegen werden, daß die Politik der KPF-Führung auch die wenigen wirklich kommunistischen Stimmen in der Partei, die eine Rückkehr zum Marxismus-Leninismus und dem Ziel der Diktatur des Proletariats fordern, innerparteilich ausschalten will.

Ebenso gibt es eine Reihe von Punkten, wo sich revolutionäre Politik in scharfem Widerspruch zu den Forderungen der KPF bewegen muß. Dies gilt in erster Linie für die Stützung des mörderischen Atomprogramms der französischen Bourgeoisie durch KPF-Forderungen, die ähnlich wie bei Teilen der westdeutschen Sozialdemokratie „auf Kernenergie zur Stützung der nationalen Unabhängigkeit" nicht verzichten wollen. Dies gilt auch für das JA der KPF zur Beibehaltung der französischen Atomstreitmacht.

Auf der anderen Seite ist es nur zu begrüßen, wenn die KPF nicht mehr auf eine gemeinsame Regierung mit der französischen PS orientiert ist und wenn sie die PS mit antikapitalistischen Argumenten angreift. Ebenso ist die sogenannte Europafeindlichkeit der KPF hauptseitig ein Anknüpfungspunkt für eine gemeinsame Politik gegen die EG-Großmachtpläne auf einer antikapitalistischen und demokratischen Grundlage.

Wenn die KPF die Stahlkrise in Frankreich mit ihren Stillegungen und Massenentlassungen als Produkt der BRD-Vorherrschaft im Stahlsektor angreift, so ist das keine nationalistische Demagogie, sondern bittere Realität. Ebenso ist der von der KPF mitgetragene Kampf gegen die Ausweitung der EG um Spanien, Portugal und Griechenland kein kleinkarierter Kampf um die Pfründe südfranzösischer Wein-, Obst- und Gemüsebauern. In diesem kapitalistischen Westeuropa stärkt der Beitritt von drei weiteren Staaten nicht nur die aggressive Gesamtpotenz der EG. Er wird die Kleinbauern in Südfrankreich tatsächlich ruinieren und die Lage der Kleinbauern und Landarbeiter in Spanien, Portugal und Griechenland nicht verbessern. Im Ergebnis wird auf längere Sicht die verschärfte Konkurrenz innerhalb der EG die Kleinbauern und Landarbeiter in allen südeuropäischen Ländern treffen.

Für eine revolutionäre Strategie in Westeuropa steht die Frage der hauptsächlichen Gefahr und des Hauptfeindes heute so: Gelingt es dem BRD-Imperialismus, seine wirtschaftliche Vormachtstellung und seine gewachsene politische Macht in eine umfassende Vorherrschaft über Westeuropa auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet umzusetzen? Gelingt es dem BRD-Imperialismus, sein „Modell Deutschland" der Faschisierung und des aggressiven Kurses gegen die Länder der 3. Welt und auch gegen die osteuropäischen Staaten in allen westeuropäischen Staaten durchzusetzen?

Alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte, die sich dagegen zur Wehr setzen, müssen sich zu einer breiten Abwehrfront gegen die Großmachtpläne des BRD-Imperialismus zusammenschließen. Die KPF als kräftemäßig derzeit einflußreichste Gruppe im Spektrum der Gegner der EG-Großmachtpläne muß von uns als Bündnispartner angesprochen werden, wo immer sich praktische Ansatzpunkte bieten können. Der Parteitag der KPF hat solche Ansatzpunkte gezeigt.

Rainer/Göttingen

Aus der „ML"-Scene

„KPD" fordert Atomraketen

Die „KPD" verblüfft mitunter auch die weitgespanntesten Erwartungen. Jetzt ist sie schon so weit, Atomraketen für die Bundesrepublik und die anderen imperialistischen Staaten Westeuropas zu fordern. Das absurde Spektakel der imperialistischen Politiker und Medien um die sagenhafte sowjetische Überlegenheit auf dem Sektor der Mittelstreckenraketen hat der „KPD" das Stichwort gegeben: „ Die NATO steht daher vor der Notwendigkeit, eine gegen die SS 20 (sowjetische Mittelstrecken-Rakete) **einsatzfähige Mittelstreckenrakete zu entwickeln.** *Eine sowjetische Propagandakampagne gegen die Entwicklung einer solchen Rakete und ihre Stationierung in der Bundesrepublik hat schon begonnen*." Im bekannten „KPD"-Sprachgebrauch heißt das: Wer gegen die Stationierung ist, dient zumindest „objektiv" dem „Sozialimperialismus". Also muß man f ü r die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD sein !

Das Ganze ist ein Theater, das auf Volksverdummung abzielt. In Westeuropa lagern Tausende sogenannte „taktische" Atomwaffen. Bei diesen hat die NATO eine riesige Überlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt. Diese Waffen würden allemal ausreichen, um das Aufmarschgebiet eines potentiellen Angreifers zu erreichen, falls das je nötig werden sollte. Sie sind allerdings nicht weitreichend genug, um die Sowjetunion selbst a n z u g r e i f e n. Diese Möglichkeit haben sich die USA mit ihren Langstreckenraketen vorbehalten. Auch bei diesen ist die NATO, was die Zahl der Sprengköpfe angeht, klar überlegen. Die NATO insgesamt braucht also keine Mittelstrecken-Raketen, um die Sowjetunion vernichten zu können. **Wohl aber brauchen die BRD-Imperialisten solche Raketen auf ihrem Territorium (und damit in ihrer potentiellen Verfügung), um – wie Strauß es schon Anfang der 60er Jahre formulierte – „ auch einen Finger ans Druckknopferl zu kriegen ".**

Daß die „KPD" da mit von der Partie ist, erscheint letztlich logisch. Denn alles, was dem BRD–Imperialismus nutzt, schadet ja dem „Sozialimperialismus". Und d a s ist schließlich unser Hauptfeind, gell ...

„MLD" zieht Europa-Kandidatur zurück

Die CSU-nahe Provokateurstruppe
zuruck

Die CSU-nahe Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland") hat es sich überlegt: Sie möchte jetzt doch nicht zu den Europa-Wahlen kandidieren. Zuerst hatte die „MLD" (im November 1978) versucht, den KBW und die „KPD" zu einer gemeinsamen Kandidatur zu animieren. Die reagierten aber überhaupt nicht. Daraufhin proklamierte die „MLD" kurzentschlossen im Alleingang im Dezember eine Liste unter dem Namen „Vereint Europa gegen die sowjetische Bedrohung." Im AK 147 kritisierten wir diesen Schritt: **„Warum will die MLD nicht den einzig konsequenten Schritt tun, für die Wahl einer CSU–Liste mit dem Patrioten und Antihegemonisten Otto von Habsburg aufzurufen?"**

Das Argument war nicht zu widerlegen und die „MLD" hat es sich anscheinend zu Herzen genommen: In ihrem Zentralorgan „die achtziger Jahre" vom 25.April gibt sie bekannt , daß sie bzw. ihre „Bündnis"-liste die Europa-Kandidatur aufgegeben hat. „*Das angestrebte Bündnis wurde trotz vielseitiger Zustimmung nicht breit genug und blieb auch organisatorisch zu schwach, um die Bedingungen zur Kandidatur zu erfüllen.*"

Offen blieb bisher noch die Frage, ob die „MLD" eine andere Wahlempfehlung abgibt. Anscheinend hat sie zuviel Schiß vor der unvermeidlichen Anpinkelei des KB, um sich offen zu Otto von Habsburg zu bekennen ? Wir meinen: Wenn die „MLD" schon vor solchen Entscheidungen kneift – was soll man denn erst von den Opportunisten der „KPD" erwarten ?!

Neuauflage der „Lissabonner Konferenz"

Ist das genauso ein Windei wie die abgeblasene Europa-Kandidatur der „MLD"?...„**In der Tradition der „Lissabonner Konferenz**' " plant die „MLD" (In der Maske ihrer „Bündnis"liste „Vereint Europa gegen die sowjetsiche Bedrohung") ein „Europa-Forum". Stattfinden soll es am 27. Mai in Frankfurt. Teilnehmen sollen, nach Lissabonner Vorbild, diverse (selbstverständlich vaterländische) „*Demokraten und Patrioten verschiedener Richtung*" aus dem In- und Ausland.

K o n k r e t e Teilnehmer nennt die „MLD" freilich bisher keinen einzigen, was zur Skepsis Anlaß gibt. Immerhin verspricht sie aber vollmundig, sie erwarte „**Mitarbeiter verschiedener Zeitungen und Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Vertreter von oppositionenellen Gruppen aus der Sowjetunion, Gäste aus Belgien, England, Frankreich, Italien, Portugal und der Türkei**".

Das k l i n g t schon ganz schön aufregend. Wenn die „MLD" tatsächlich das s c h a f f t, was sie da ankündigt, dann hat sie den D u r c h - b r u c h in der internationalen vaterländischen scene geschafft und die „KPD"-Chefs werden zusehen müssen, wie sie sich mit dieser Konkurrenz arrangieren können, die sie bisher einfach zu ignorieren geruhten.

renz arrangieren können, die sie bisher einfach zu ignorieren geruhten.

(Bericht nach „die achtziger Jahre", 9.5.79).

Nachtrag zu „Krimtataren..."

Im Artikel über die Krim-Tartaren im AK 151 ist am Schluß eine Sprecherin dieser unterdrückten nationalen Minderheit in der Sowjetunion zitiert. Es fehlt an dieser Stelle die Quellenangabe : Das Zitat stammt aus einem Interview, daß in der „Roten Fahne" der „KPD" vom 15.3. abgedruckt war.

DKP: Durch nichts zu erschüttern

Der DKP brachten die Wahlen in Schleswig-Holstein das schon bekannte Ergebnis: Von ohnehin mageren 0,4 % 1975 halbierte sie sich noch einmal auf 0,2 %. In Stimmen: Von 5926 auf 3115. Nur noch in 6 Wahlkreisen erreichte die DKP diesmal die 0,4 %. 1975 waren es 24 Wahlkreise gewesen! Die DKP hat also sehr gleichmäßig verloren, auch in ihren – wenn man so sagen darf – „Hochburgen". Beispielsweise in Kiel-West, Lauenburg-Süd und Ahrensburg von 0,6 auf 0,3 %; in Kiel-Ost von 0,7 auf 0,4 %; in Steinburg-Ost (Brokdorf/Itzehoe!) von 0,5 auf 0,2 %; in Pinneberg-Nord (DKP-Spitzenreiter in S.-H.) von 0,8 auf 0,5 %.

Zu berücksichtigen ist dabei, daß die DKP diesmal wohl vergleichsweise wenig Stimmen an die „Grünen" abgegeben hat, da diese in S.-H. betont konservativ und antikommunistisch auftraten. Dafür hat das „Kopf-an-Kopf-Rennen" zwischen Stoltenberg und Matthiessen der DKP sicher einige Stimmen gekostet, aber das spielte auch 1975 schon eine Rolle.

Insgesamt hält die Tendenz der DKP an, bei Wahlen auf ihre eigene Mitgliedschaft sowie auf deren engsten Verwandten- und Freundeskreis zusammenzuschrumpfen. Die DKP hat schon nach ihren früheren Verlusten die Parole ausgegeben, die DKP müsse ihre „Stammwählerschaft" verstärken. Was sich tatsächlich abspielt, ist genau gegenläufig: Die Wählerschaft der DKP reduziert sich auf die „Stammwähler", also auf diejenigen, die mit der DKP blind durch dick und dünn gehen. Dieses Potential wächst selbstverständlich nicht an, sondern unterliegt der natürlichen Sterblichkeit, nimmt also ab.

Die Zahl derjenigen, die der DKP ihre Stimme geben, um nicht Zustimmung mit deren Politik, sondern nur Protest gegen die etablierten Parteien zu bekunden, geht hingegen gegen Null.

An der DKP geht diese Realität selbstverständlich spurlos vorbei. Sie drischt weiterhin die Phrasen von vorgestern und wird wahrscheinlich auch übermorgen noch nichts Gescheiteres auf Lager haben. Vor der Wahl: „*Rot ist das beste Grün. Nur die DKP ist ohne Wenn und Aber gegen das Bonner und Kieler Atomprogramm*". „*Es gibt nur einen wirkungsvollen Protest gegen das Bonner Atomprogramm, nur eine Stimme, die Gewicht hat, das ist die Wahlentscheidung für die DKP. Nur vor ihr haben die Herrschenden Angst, nur diesen Gegner nehmen sie ernst*". (S.H.-Spitzenkandidat Ewald Stiefvater in der „UZ" vom 27.4.). Nach der Wahl: Nahezu die Hälfte der Erklärung des DKP-Bezirksvorstands zum Wahlergebnis besteht aus weinerlichem Selbstmitleid und Erklärungsversuchen für die Stimmenverluste. Der Einfluß der DKP sei „*grösser, als es das Wahlergebnis ausdrückt*". Die DKP habe den Wahlkampf „*unter 'schwierigsten und ungleichen Bedingungen geführt*". Die DKP sei von CDU, SPD und FDP als „H a u p t f e i n d" bekämpft worden. Alle seien sich „*im aggressiven Antikommunismus einig*" gewesen. Auch die Massenmedien hätten „*alles unternommen, um den Einfluß der DKP auf die Wähler kleinzuhalten*".

Der „Antikommunismus" muß seit den letzten Wahlen wirklich erheblich zugenommen haben, hat es den Anschein. Aber die DKP hat wohl eher darunter gelitten, daß kein Mensch daran dachte, sie überhaupt im Wahlkampf zu erwähnen, geschweige denn als „Hauptfeind" zu bekämpfen. Ihre hektisch-peinlichen Bemühungen, sich wichtig zu machen, verpufften somit wirkungslos.

Die Konsequenz der DKP aus dem Wahlergebnis ist an Tiefsinnigkeit und Schärfe der Analyse kaum noch zu überbieten: Die DKP sei sich „*bewußt, daß es aus den Stimmenverlusten weitere Schlußfolgerungen für die Verstärkung einer systematischen Massenarbeit ... und für die zahlenmäßige Stärkung der DKP zu ziehen gilt*". (Erklärung des Bezirksvorstands S.-H., „UZ" vom 2.5.79). Diese Sätze gibt es inzwischen anscheinend schon als Stempel, der mit einem Handgriff in jede entsprechende DKP-Erklärung reingeklatscht werden kann.



Betr. Artikel-Folge von Karl Heinz Roth im AK

Im AK 148, 149 und 151 erschienen drei Teile einer Artikel-Folge von Karl-Heinz Roth. Für AK 152 lag ein vierter Artikel vor. Diesen haben wir nicht abgedruckt. Das hat – in Zusammenhang mit den wilden Angriffen gegen K.H. Roth im „Langen Marsch" (Westberlin) – zu Mißdeutungen und Gerüchten bei einigen Freunden Anlaß gegeben, die von der Existenz dieses vierten Artikels wußten. K.H. Roth hat es in einem Brief an uns als „*desinformierend den Lesern gegenüber*" bezeichnet, daß wir im AK 151 die Existenz eines vierten Teils und unsere Ablehnung nicht mitgeteilt hatten. Der Grund dafür war, daß wir zunächst in einem direkten Gespräch mit Karl Heinz das weitere Verfahren absprechen wollten.

Um jedoch Mißdeutungen und Gerüchte nicht bestehen zu lassen, sei hier der Sachverhalt aus unserer Sicht kurz dargestellt:

Uns war von Freunden Horst Mahlers eine – im „Spiegel" bereits verkürzt erschienene – Stellungnahme Mahlers mit der Bitte um vollständigen Abdruck zugeschickt worden. Wir baten daraufhin K.H. Roth, der selbst unter „Terrorismus"-Anklage längere Zeit in Haft war, um einen Artikel aus seiner Sicht, den wir zusammen mit der Mahler-Stellungnahme veröffentlichen wollten. Aus einem Artikel von Karl-Heinz Roth wurden jedoch zunächst drei – alle von ziemlicher Länge. Wir akzeptierten das stillschweigend, da die Artikel am Thema blieben.

Der vierte Artikel, den uns Karl-Heinz Roth vorlegte, war jedoch (weit stärker als der dritte Teil, wo sich das schon abzeichnete) in großen Teilen für den Durchschnittsleser unverständlich oder schwerverständlich geschrieben. Außerdem bewegte er sich außerhalb des Ausgangsthemas: er behandelte nämlich (sofern wir das richtig interpretieren) vor allem die Rolle und Perspektive der ‚Intelligenz' in der gegenwärtigen imperialistischen Gesellschaft. **Keineswegs treffen Gerüchte zu, daß dieser Artikel irgendwelche „brisanten" Inhalte (etwa in Sachen „Terrorismus") gehabt habe, die uns vielleicht „zu heiß" gewesen wären.**

Wir können niemanden daran hindern, unsere Entscheidung, den vierten Artikel nicht abzudrucken, doch als „Zensur" zu empfinden und sich in alten Meinungen über die „K-Gruppen" bestätig zu sehen. Tatsache ist aber, daß wir aus P l a t z g r ü n d e n bei jeder Ausgabe des AK's auch eine erhebliche Menge von Artikeln von Genoss/inn/en unserer Organisation nicht abdrucken können. Daher können wir auch ‚Gast-Autoren' nicht **unbegrenzt und unabgesprochen** Platz im AK geben. Trotzdem wird nach wie vor auch Raum für solche Diskussionsbeiträge sein.

So geht's nicht weiter in der KB-Technik!

Was ist die „Technik"?

Fast alle zentralen Veröffentlichungen des KBs werden in der „Technik" erstellt.

Das funktioniert im Prinzip so: Das Manuskript und eine ungefähre Planung gehen auf der einen Seite der Technik hinein, auf der anderen Seite kommen die fertigen Druckvorlagen heraus.

Das Dazwischenliegende bewerkstelligen über hundert „Heinzelmännchen": Redakteure, Planer, Tipper, Korrekturleser, Karikaturisten, Reprofotografen und Layouter.

Dabei herrscht strenge Arbeitsteilung: Jeder Techniker hat seine feste Aufgabe: Ein Layouter kann nicht mit dem Composer umgehen und ein Fotograf keine Seite planen. Lediglich die wenigen hauptamtlichen Technikgenossen (die „Tageskräfte") sind in mehreren Bereichen qualifiziert.

Die Chefs

Da die Erstellung von Publikationen gesteuert und koordiniert werden muß, wurden die wenigen Leute mit Übersicht – eben die Tageskräfte – zu Chefs, die für die reibungslose Erstellung zuständig sind. Und zwar Chefs mit allem, was dazugehört: Zu schnellerer Arbeit antreiben („Wir werden sonst nicht rechtzeitig fertig"), „unfähige" Leute anraunzen („Die Seite ist Mist"), verschiedene Bereiche gegeneinander ausspielen („Die Fotogruppe hält wieder den ganzen Betrieb auf").

Für die Technik gilt: Es ist wichtig, daß die Veröffentlichung herauskommt – die Art und Weise, wie sie produziert wird, ist dabei nebensächlich.

Das gab immer wieder Anlaß zu Beschwerden „einfacher" Technikgenossen und zum Ausstieg aus der Technik, so daß dann neue Genossen „rekrutiert" (Originalton Technik) werden müssen.

Wie kommt jemand in die Technik?

Von Zeit zu Zeit gelt ein Hilferuf durch die Organisation: „Neue Leute für die Technik gesucht!" „Ausgeguckt" werden dann in der Regel folgende Gruppen von Genossen/ Sympathisanten:

– Genossen, die nach langanhaltenden Diskussionen um die Not-

Sympathisanten:

– Genossen, die nach langanhaltenden Diskussionen um die Notwendigkeit der Technik in einer kommunistischen Organisation kein Gegenargument mehr haben, die notgedrungen ihre Schichten „abreißen", weil sie n e b e n ihrer sonstigen Arbeit weder Zeit noch Engagement aufbringen können, sich Gedanken um die Technik zu machen.

– Leute, die ein gewisses technisches Interesse haben und als Sympathisanten oder Neu-KBler noch nicht so mit Terminen vollgeknallt sind, insofern wird die grundlegende Diskussion um die Technik überwiegend von den noch nicht langjährigen KBlern getragen.

Trennung von Hand- und Kopfarbeit

Diese Trennung wird meist mit Rationalisierungsargumenten begründet, wie: So geht das nun mal am schnellsten; in der dadurch gewonnenen Zeit kann man sich ja anderen, wichtigeren Dingen zuwenden; es gibt viel zu wenig Genossen, die gute Artikel schreiben können – und die soll man dann nicht auch noch mit technischen Aufgaben behelligen...

Der Techniker (Handarbeiter) kennt in der Regel nicht die Inhalte der Veröffentlichung, an der er arbeitet. Er kann sich nur abstrakt damit identifizieren: „Es wird schon das richtige drinstehen."

Die Hauptmotivation für den Handarbeiter besteht darin, daß es halt notwendig ist, für eine bestimmte Veröffentlichung technische Arbeiten zu leisten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung findet höchstens im Nachhinein statt. Dabei ist es dem einzelnen Handarbeiter (bzw. seiner Zelle oder Sympathisantengruppe) überlassen, ob und wieweit auch mal der Kopf benutzt wird. Eine Verbindung zwischen Hand- und Kopfarbeit findet nicht statt. Dabei wäre nur durch eine enge Verbindung zwischen Hand- und Kopfarbeit eine Steigerung der Qualität unserer Arbeit wie unserer Publikationen möglich.

Bislang besteht die Trennung: Der Handarbeiter verkümmert zum „Funktionierer".

Wie reagiert der Handarbeiter?

Kriegt der Handarbeiter nun den Frust, so gibt es mehrere Reaktionsmöglichkeiten für ihn:

a) Er akzeptiert sich als reinen Handarbeiter, findet sich also mit der Trennung von Hand- und Kopfarbeit im Arbeitsbereich Technik ab. Wahrscheinlich ist es dann allerdings auch, daß diese Trennung in anderen Arbeitsbereichen ähnlich vollzogen wird. Politische Arbeit wird somit auch anderswo arbeitsteilig. Durch solche Bedingungen werden immer mehr frustanfällige Genossen produziert. Die „Krisen"-Anfälligkeit einer politischen Organisation wird dadurch begünstigt.

b) Er akzeptiert sich nicht als reinen Handarbeiter und zieht sich aus der Technik zurück.

c) Er akzeptiert die bestehenden Strukturen nicht und beginnt um Veränderungen zu „diskutieren". An einer Diskussion über das „Wie" hat das „Establishment" in der Technik nur ein beschränktes Interesse, da für es das Primat der Produktion gilt. Diskussionen werden nur aufgegriffen, wenn vermutet wird, daß die Erstellung von Publikationen gefährdet ist. Die Auseinandersetzungen um die Veränderbarkeit der Technik schliefen immer schnell wieder ein, da außer dem funktionalen technischen Zusammenhang zwischen den Handarbeitern in der Technik kein organisierter Zusammenhang besteht, in dem die Arbeit in der Technik Gegenstand einer inhaltlichen Auseinandersetzung wäre. So funktioniert man und diskutiert nicht oder diskutiert und funktioniert nicht.

Auswirkungen auf die Technik und Organisation

Die oben beschriebene Situation im politischen Teilbereich Technik läßt den Schluß zu, daß Parallelen dazu auch in anderen Arbeitsbereichen des KB zu finden sind. Denn zwischen der Erstellung unseres Zentralorgans ARBEITERKAMPF – mit allem, was dazugehört – und der Politik, die von unserer Organisation nach innen betrieben wird, besteht unseres Erachtens ein enger Zusammenhang.

Genossen der Fotogruppe in der Technik

Genossen der Fotogruppe in der Technik

Handschriftlicher Nachsatz

Wir sind der Meinung, daß dem Schema der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der damit verbundenen Herausbildung hierarchischer Strukturen entgegengetreten werden muß. In der Reprogruppe gab es bisher unterschiedliche Stellungnahmen dazu, wie diese Trennung und die damit verbundene Situation der in der Technik tätigen Genossen aufgehoben werden kann. Eine Lösung des Problems erscheint nur möglich, wenn eine breite Diskussion um diese Problematik geführt wird und das nicht nur auf die Technik bezogen, sondern auf alle Bereiche des KBs.



Erschienen 1. Mai 1977
230 Seiten
Paperback
DM 12,–

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers;
pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78
Postscheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95-203 oder
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Kampf dem Faschismus

Antifaschistische Russell-Reihe

- O Buch 1: Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977
  ISBN 3-88305-001-6
  181 Seiten, DM 10,–
- O Buch 3: „NSDAP"-Propagandisten unter der Lupe, Dokumentation von NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe
  ISBN 3-88305-003-1
  2o4 Seiten, DM 13,50
- O Buch 4: „Jeder kann der nächste sein" – Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihrer Legitimation
  ISBN 3-88305-004-0
  316 Seiten, DM 19,–
- O Buch 5: Nach Schleyer: „Sonderkommandos" in der BRD, Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
  ISBN 3-88305-005-9
  236 Seiten, DM 14,–
- O Droht ein neuer Faschismus?
  279 Seiten, DM 7,–
- O Deutschland und seine Juden
  23 Seiten DM 2,50,–
- O Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten, 10 Jahre ‚NSDAP'-Umtriebe in Hamburg
  64 Seiten, April 1978, DM 3,50
- O Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden? Dokumentation einer Podiumsdiskussion
  56 Seiten, Juli 1977, DM 4,–
- O „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim" vor Gericht
  Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!
  66 Seiten DM 4,–

Kampf den Atomkraftwerken

- O Wer WAA sät, wird Widerstand ernten
  36 Seiten DM 2,–
- O Albrecht wir kommen
  24 Seiten DM 1,50,–
  Weiterhin Prospekt

- O Albrecht wir kommen
  24 Seiten DM 1,50,–
  Weiterhin Prospekt

- O „Kalkar am 24.9."
  64 Seiten, A 4, Sept.77, DM 3,50
- O Brokdorf – Ein Exempel
  Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes
  87 Seiten, A 4, Febr.77, DM 3,50
- O Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
  46 Seiten, 2.Aufl., A 4, Nov.76, DM 2,–
- O Zum Erfolg verdammt – La Hague
  78 Seiten, A 4, 1977, DM 4,20
  Hrsg.: Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung e. V.

- O WiederaufbereitungsgeTÜVtel!
  – Was der TÜV verschweigt ...
  Broschüre verschiedener Umweltschutzverbände, 37 Seiten, DM 3.–

Frauen

- O Weg mit dem § 218! Abtreibung ja oder nein – das muß Sache der Frauen sein!
  40 Seiten, A 5, Jan.76, DM 1,50

Sozialismus

- O Eins teilt sich in zwei
  Orginaltexte der chinesischen Kulturrevolution
  2o9 Seiten, Paperback, A 5, 3.Auflage, November 1975, DM 7,–
- O Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
  134 Seiten, A 4, Febr.74, DM 8.–
- O Zur Außenpolitik der VR China
  58 Seiten, A 4, 3 Aufl., Aug.76, DM 3,–

Westdeutsche Linke

- O KB Unser Weg: 1. Kongreß für 1979 beschlossen
  Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979
  Teil 1
  39 Seiten DM 3,–
- O KB Unser Weg: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums und andere Dokumente für den 1. KB Kongreß,
  Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978
  Teil 2
  32 Seiten DM 3,–
- O Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 1
  Revisionismuskritik
  48 Seiten, A4, DM 4,–
- O Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 2
  Zur Kritik des „Realen Sozialismus"
  93 Seiten, A4, DM 5,50,–
- O Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 3
  Zur Kritik des „Eurokommunismus"
  35 Seiten, A4, DM 3,–

Aus Betrieb und Gewerkschaft

O Rotbuch zu den Gewerkschafts-

und Gewerkschaft

- O Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen
  ISBN 3-8805-011-3
  645 Seiten, DM 22,–
- O Die poltische Macht kommt aus den Gewehrläufen
  244 Seiten, A 5, Paperback, 2.Auflage, Juni 76, DM 7,–
- O GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
  108 Seiten, Febr. 77, A 5, DM 3,50
- O Betriebsräte-Veranstaltung 1975 in Hamburg, Reden der Teilnehmer
  38 Seiten, Jan. 76, A 5,DM 2,50
- O Ernst Thälmann
  Über Gewerkschaften
  12o Seiten, Paperback, DM 3,50

Arbeiterkampf

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der | BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

...., den.......................... ....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Uneingeschränktes Wahlrecht für Ausländer

Bundesrepublikanische Wirklichkeit. „Minderheiten" in der BRD. Gemeint sind die 4,5 Millionen Ausländer, die in der BRD leben. Vor zwei Jahrzehnten in die BRD geholt, um in den Knochenmühlen der Westdeutschen Schwerindustrie das „Wirtschaftswunder" BRD mit aufzubauen, fehlt dieser „Minderheit" noch immer das elementarste bürgerlich-demokratische Recht: das Wahlrecht.

Als erfreulich muß es daher bewertet werden, daß sich Stimmen aus der westdeutschen Sozialdemokratie mehren, die ein Wahlrecht für Ausländer und eine parlamentarische Mitbestimmung fordern.

So forderte der Frankfurter DGB-Kreisvorsitzende Manfred Kiesewetter *„für die ausländischen Arbeitnehmer das kommunale Wahlrecht"*, um mehr an der *„Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse im gesellschaftspolitischen Bereich mitwirken und mitbestimmen zu können"* („FR", 17.4.79).

Der hessische Ministerpräsident sekundierte, daß *„die Landesregierung diese Frage prüft"* (ebenda). Ebenso verweist Kiesewetter auf juristische Gutachten, *„die davon ausgehen, daß so etwas auf der jetzigen gesetzlichen Grundlage möglich ist, es also einer Gesetzänderung gar nicht bedarf"*.

IG-Metall Chef Loderer sprach sich in einem „Welt"-Artikel für eine „soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer aus" und sprach von „einer (?) echten Beteiligung der ausländischen Arbeitnehmer am sozialen und politischen Leben" („Welt", 11.4.79) konnte sich in seinem Forderungskatalog aber bisher nicht bis zum kommunalen Wahlrecht durchringen. Der Verband der türkischen Arbeitervereine (FIDEF-revisionistisch orientiert) forderte auf seinem Kongreß am 24./25. März das „Kommunalwahlrecht für alle ausländischen Arbeitnehmer in der BRD" („Tat", 30.3.79).

Die Hamburger Sozialsenatorin Elsner hat als erste Landespolitikerin der BRD das „Ausländerwahlrecht in Senat und Bürgerschaft" gefordert und will es nach eigenem Bekunden auch durchsetzen („MoPo", 12.3.79).

Will die Sozialdemokratie mit ihrer Diskussions-Initiative zum Ausländer-Wahlgesetz endlich der ständig von der BRD-Linken erhobenen Forderung nach Wahlbeteiligung von Ausländern auf allen Ebenen nachkommen bzw. einen (ersten?) Schritt entgegenkommen? – Kaum. Mal abgesehen davon, daß noch vollkommen offen ist, ob sich die hier zitierten DBG- und SPD-Führer überhaupt durchsetzen können, verfolgen sie mit ihrer Initiative hauptsächlich ganz andere Ziele als die BRD-Linke, u.a. Vergrößerung des eigenen Wählerpotentials gegenüber dem politischen Konkurrenten, Einbindung ausländischer Vertreter in die (parlamentarische) „Verantwortung" bei der Verwaltung der elenden Lage der ausländischen Kollegen und Beschwichtigung eines „sozialen Unruheherds". Trotzdem ist dies für die Westdeutsche Linke kein Grund, abseits zu stehen. Sie sollte kräftig mitmischen. Dies gilt besonders für die „bunten" und alternativen Wahllisten.

Ausländerkommission

Hunderte von Ausländern an Grenze abgewiesen

Bayerns CSU-Regierung und an der Spitze Innenminister Tandler betätigen sich wieder als Schrittmacher in Sachen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Abbau des Asylrechts. Tandlers bayerische Polizeitruppe wies an der Grenze zu Österreich allein innerhalb von vier Tagen im März 564 Ausländer, die aus dem Strom von 4.200 einreisenden Nicht-Deutschen herausgepickt wurden, ab und verweigerte ihnen die Einreise. Tandler erließ eine Anweisung (zunächst auf drei Monate befristet), die auf Bundesebene noch umstritten ist und von allen Ausländerorganisationen, fortschrittlichen westdeutschen Gruppen und Vereinen, u.a. auch amnesty international scharf angegriffen wird: nämlich die Vollmacht für Grenzbeamte schon an der Grenze unliebsame Ausländer, die möglicherweise Asylanträge stellen könnten, gar nicht erst einreisen zu lassen. Mit der Durchsetzung dieser Bestimmung würde das Asylrecht in der BRD praktisch außer Kraft gesetzt.

Bayerns CSU macht's möglich. Auch ein prall gefüllter Geldbeutel kann die abgewiesenen Ausländer nicht retten, seit die bayerischen Behörden beschlossen haben, daß tausend Mark (wie bisher die Regelung lautete) nicht ausreichen, um einen touristischen Aufenthalt in der BRD zu finanzieren. Die Ausländer, überwiegend Türken, kommen nach ihrer Abweisung in österreichische Abschiebehaft und dürfen dann ihre Rückfahrkarte ins existentielle Nichts noch selbst bezahlen. Die bayerischen Methoden, sich nicht erwünschter Menschen zu entledigen, sind im Fall der Ausländer besonders skrupellos.

(Informationen nach „Frankfurter Neue Presse", 24.3.79).

Ausländerkommission

auf Bundesebene noch umstritten ist und von allen Ausländerorganisationen, fortschrittlichen westdeutschen

hörden beschlossen haben, daß tausend Mark (wie bisher die Regelung lautete) nicht ausreichen, um einen

Ausländerkommission

Türkische Faschisten wollen Blutbad

Mit einer in der BRD bisher nicht bekannten Brutalität und Kaltblütigkeit sind türkische Faschisten („Graue Wölfe") in den vergangenen Wochen gegen linke und demokratische Landsleute in Westberlin vorgegangen.

Nachdem am 24. März türkische Flugblattverteiler in Neukölln von einer 40köpfigen Horde faschistischer Schläger brutal mit Ketten, Schlagstöcken, Gummischläuchen usw. zusammengeschlagen worden sind, wobei es vier Verletzte gab, wurden Anfang April zwei türkische Vereinslokale beschossen und auf ein weiteres ein Brandanschlag verübt.

– Am 30. März wurden zwei Schüsse auf den Arbeiterverein ATIF in Wedding gefeuert, als dort sieben Leute Zeitungen verpackten. Die Geschosse blieben in der Hauswand dicht neben dem Fenster stecken und wurden aus einem langsam fahrenden Auto heraus abgefeuert.

– Der zweite Anschlag wurde am 4.4.79 auf die Vereinsräume von „Halkin Kurtulus" am Leopoldsplatz verübt. Hier waren es sieben Schüsse in das nicht besetzte Vereinslokal. Auch aus einem fahrenden Auto.

– Am 17.4. wurde versucht, die Vereinsräume eines weiteren fortschrittlichen türkischen Vereins in Brand zu stecken. Es wurde ein Brandsatz an der Tür befestigt, der aber rechtzeitig gelöscht werden konnte.

Antifaschistische Demonstration in Westberlin

Aus Anlaß der sich häufenden faschistischen Überfälle riefen alle fortschrittlichen türkischen Vereine in Westberlin sowie die „Antifaschistische Front" und der KB zu einer Demonstration am 21.4. auf.

An dieser Demonstration beteiligten sich ca. 800 Antifaschisten, zum überwiegenden Teil Türken. Während der Demo versuchten die Faschisten an mehreren Stellen die Demonstrationsteilnehmer zu provozieren, indem sie ihre Hetzparolen riefen und dabei auch noch von der Polizei geschützt wurden.

Nach der Demonstration erhielt ein fortschrittlicher türkischer Verein, den die Faschisten bisher noch nicht angegriffen hatten, mehrere telefonische Drohungen: „Als nächstes seid Ihr dran", „Wir beobachten Euch ständig" und „Wir werden auf jeden Fall auch morden".

Wie ernst diese Drohungen zu nehmen sind, beweisen die Anschläge der letzten Wochen, die signalisieren, daß die türkischen Faschisten auch in der BRD nicht davor zurückschrekken, ihre Bürgerkriegsstrategie zu verfolgen.

Türkei-Kommission

Asyl für „Graue Wölfe"

Das monatliche Informationsblatt „Info-Türk", das in Brüssel herausgegeben wird, berichtete in der Ausgabe von Januar 79 einige Details über das „Einsickern" von in der Türkei wegen krimineller Delikte (auch Mord) gesuchter türkischer Faschisten („Graue Wölfe") in der BRD: *„Andererseits fliehen alle in Terrorakte verwickelten und identifizierten Grauen Wölfe unverzüglich nach Zypern oder in europäische Länder. Fluchtmöglichkeiten werden ihnen von der Anti-Guerilla-Abteilung des Generalstabshauptquartiers der türkischen Streitkräfte gewährt. Einige extrem rechtsgerichtete westdeutsche Rechtsanwälte geben ihnen Rechtshilfe, damit sie als politische Flüchtlinge in der BRD rechtmäßig anerkannt werden. Zwei dieser Rechtsanwälte sind nach Berichten türkischer Zeitungen die Herren Beckmann und Volker aus Hannover. Jeder Graue Wolf, dem die Flucht aus der Türkei gelingt, wird zunächst vom örtlichen Idealistenclub (Tarnorganisation der faschistischen MHP – AK) in der Bundesrepublik empfangen und dann an diese beiden Rechtsanwälte verwiesen.*

Die Polizei von Hannover erklärt, daß allein in den letzten Monaten 150 Personen türkischer Nationalität die Gewährung politischen Asyls beantragt haben".

Sorgen wir durch die Herstellung eines breiten Protestes der demokratischen Öffentlichkeit dafür, daß diese Banditen kein Asyl für ihre Schandtaten bei uns bekommen!

Ausländerkommission